

# Register

über den

## Inhalt des II. Bandes 1940

Heft 27 bis 52 (S. 1073-2272) *break Heft 48*

Bearbeitet von Dr. Gabriele Böhme-Köst, Leipzig

---

### I. Sachregister. S. \*5.

II. Alphabetisches Verzeichnis der im Gesetzesregister (III) angeführten Gesetze und Verordnungen.  
S. \*69.

### III. Gesetzesregister.

A. Zivilrecht. S. \*72. - B. Strafrecht. S. \*78. - C. Finanz- und Steuerrecht. S. \*79. - D. Sonstige Gebiete des öffentl. Rechts. S. \*80. - E. Versailler Diktat und Internationale Verträge. S. \*82.

IV. Alphabetisches Verzeichnis der Verfasser von Abhandlungen, kleineren Beiträgen und Entgegnungen  
(mit Ausnahme der Anmerkungen).  
S. \*82.

V. Verfasser der Anmerkungen zu den Entscheidungen.  
S. \*84.

### VI. Alphabetisches Verzeichnis des besprochenen Schrifttums.

A. Nach den Namen der Verfasser geordnet. S. \*85. - B. Nach den Namen der Besprecher geordnet. S. \*88.

### VII. Verzeichnis der abgedruckten Entscheidungen.

A. Reichsgericht: a) Zivilsachen S. \*89; b) Strafsachen S. \*90. - B. Volksgerichtshof. S. \*91. - C. Erbgesundheitsobergerichte. S. \*91. - D. Oberlandesgerichte. S. \*91. - E. Sondergerichte. S. \*93. - F. Landgerichte. S. \*93. - G. Amtsgerichte. S. \*94. - H. Arbeitsgerichte. S. \*94. - J. Reichsrechnungshof. S. \*94. - K. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden: a) Reichsbehörden S. \*94; b) Landesbehörden S. \*94.

---





# I. Sachregister

Dieses Register umfaßt die S. 1073—2272 (Heft 27 bis 52)

Bei Zitaten, die nicht ohne weiteres erkennen lassen, ob es sich um Zivil- oder Strafrecht handelt, ist in Klammern „Zi.“ bzw. „Str.“ angefügt. Ein Kreuz † vor der Seitenzahl bedeutet, daß es sich um eine Entscheidung handelt, der eine Anmerkung beigelegt ist. Die Abkürzung „Anm.“ hinter der Seitenzahl bedeutet, daß der zitierte Rechtsgedanke nicht in der Entscheidung, sondern nur in der dazugehörigen Anmerkung enthalten ist.

## Abänderungsklage (§ 323 ZPO.)

Ziel der A. im Vergleich mit dem Ziel des Abänderungsverfahrens nach § 850 IV ZPO. 1584<sup>26</sup>

§ 323 III ZPO. Klagezustellung als maßgebender Zeitpunkt für Beginn der Abänderbarkeit, auch die nur zur Erklärung auf Armenrechtsge- such erfolgte Klagezustellung † 2188<sup>20</sup>

## Abbaurecht

Zulässigkeit einer auf Unterlassung bestimmter Ausübungshandlungen gerichteten beschränkten persönlichen Dienstbarkeit an A. 1781<sup>19</sup>

## Abfindung

Vereinbarung des USA.-Dollars als Wertmesser zur Sicherung der in anderer ausländischer Währung zu leistenden A. eines auscheidenden Gesellschafters von OHG. oder KommGes. Bei unerwarteter Entwertung des Dollars Ausgleichs- anspruch 1282<sup>6</sup>

## Abgaben, öffentliche

Begriff der ö. A. i. S. des § 71 III ABG., für die die LG. ohne Rück- sicht auf den Streitwert ausschließ- lich zuständig † 2183<sup>23</sup>

## Abhandlungsverfahren (österr.)

Zuständigkeit eines Gerichts der Ost- mark als Verlassenschaftsgericht auch bezüglich Abhandlung des im Pro- tektorat Böhmen-Mähren gelegenen unbeweglichen Nachlasses eines in der Ostmark verstorbenen deutschen Staatsangehörigen 1150<sup>24</sup>

§ 810 ABGB. Bedeutung der Geneh- migung des Verkaufs einer Liegen- schaft aus dem Nachlaß durch das Abhandlungsgericht 1742<sup>20</sup>

## Ablehnung des Richters

Anfechtung des Beschlusses, durch den das LG. das A. gesucht für unbe- gründet erklärt, in den für das Rechtsmittel geltenden Formen; da- her im Revisionsrechtszug Begrün- dung gem. § 345 II StPO. erfor- derlich † 2068<sup>21</sup>

## Abminderung

§ 839 ABG. Haftung des Kreis- bzw. Landesbauernführers wegen man- gelhafter Überwachung der Tätig- keit des im A. A.verfahren einge- setzten Nutzverwalters 1950<sup>20</sup>

## Abfallsverteilung (§ 159 ABG.) † 1783<sup>16</sup>

## Abchrift

Bei Gebrauchmachen von einer — wenn auch beglaubigten — A. einer

gefälschten Urkunde keine Beurtei- lung wegen Urkundenfälschung 1828<sup>7</sup>

## Abstammung

Das Familienstammbuch als Nach- weis im Erbscheinsverfahren 1881

§§ 640 ff. ZPO. Unzulässigkeit des Verzichtes auf den Anspruch auf Feststellung der blutmäßigen A. 1485<sup>20</sup>

Unzulässigkeit des Antrags auf Fest- stellung, daß es ungewiß sei, ob Rechtsverhältnis besteht oder nicht. Kein Mißbrauch der Gerichte dazu, eine wenn auch nur mögliche jüdi- sche A. zu verbunkeln † 1690<sup>22</sup>

Im Statusverfahren auf Feststellung der blutmäßigen A. Beachtung je- des Verfahrensmangels von Amts wegen 2265<sup>96</sup>

§§ 158, 159 ABGB. Keine Befugnis des angeblichen außerehelichen Er- zeugers zur Bestreitung der blut- mäßigen A. des Kindes vom Ehe- mann der Mutter 1590<sup>21</sup>

## Abtretung

Der Ausschluß der Abtretbarkeit bei Forderungen. Eine aktuelle Frage der Kreditbeschaffung 1175

Zur Abtretbarkeit des Mietaufhebungs- anspruchs 1144<sup>9</sup> 1990 2152

Inwieweit ist A. und Pfändung von Kinderbeiträgen wegen Mietrückstän- den zulässig? 1148<sup>20</sup> 1164 † 2260<sup>32</sup>

Wirksamkeit der A. der durch Vor- kaufsrechtsausübung entstandenen Ansprüche † 1319<sup>21</sup>

A. einer Tilgungshypothek einschließ- lich der getilgten, zur Eigentümer- grundschuld gewordenen Beträge unter grundbuchlichem Vermerk, welcher Teil Hypothek und welcher Teil Grundschuld ist. Im Fall der TeilA. Teilbrief über den ganzen abgetretenen Betrag 1574<sup>12</sup>

Eine auf Grund des deutsch-schweizeri- schen Goldhypothekenabkommens be- stellte Grundschuld bleibt ausge- stattet mit den Vorteilen dieser Verträge, insbes. freier Übertrag- barkeit, auch wenn sie Eigentümer- grundschuld wird. Zur Frage des Verstoßes gegen die im Juli-August 1932 in Geltung gewesenen bewise- rechtlichen Vorschriften durch Ab- tretung der Frankengrundschuld 2071<sup>23</sup>

Wirkung des außergerichtlichen Ver- gleichs über die Kosten gegen den

Zessionar des Kostenerstattungsan- spruchs auch, wenn das die Kosten- entsch. zugunsten des Bedenten ent- haltende Urteil infolge Rechtsmittel- zurücknahme rechtskräftig wird † 1117<sup>22</sup>

§ 1394 ABGB. Zessionar muß alle Einwendungen eines gegen den Ze- denten ergangenen Strafurteils gegen sich gelten lassen 2191<sup>34</sup>

## Abwerbung

Strafvorschriften für Verstöße gegen das Verbot der A. 1757

## Abwesenheitspflegschaft

A. für Angehörige feindlicher Staaten 1222 1608

Durch Bestellung eines Abwesenheits- pflegers auf Grund der WD. vom 11. Okt. 1939 bleibt Wirksamkeit einer vom Pflegsling erteilten Voll- macht unberührt 1902<sup>17</sup>

## Abwicklung

A. von Gesellschaften vgl. unter Liqui- dation

A. von Lieferverträgen 1535<sup>26</sup>

## Abzahlungsgehalt

vgl. auch Ratengeschäft, tschech. Anwendung der Schutzvorschrift des § 811 ZPO. bei Pfändung der vom Gläubiger unter Eigentumsvorbe- halt auf Abzahlung an den Schuld- ner gelieferten Sache 1485<sup>21</sup>

## Abhängigkeitsverfahren

Das A. der österr. StPO. 1802

## Afrika

Das Rassenrecht in Südwestafrika. Schrifttum 1664

## Agent

vgl. unter HandlungsA.

## Ägypten

Rechtsquellen für Feststellung der Ab- stammung bei Ägyptern. Anerken- nung eines Kindes nach ägyptischem Recht 1375<sup>15</sup>

## Academie für Deutsches Recht

Jahrestagung der A., Ausschnitte aus den Reden von RMin. Dr. Frank und ital. JustMin. Grandi über: Der Krieg — ein Kampf ums Recht 2129

Faschistische und nationalsozialistische Revolution 2130

Der Aufbau des Reichs 2130

Das Volksgesetzbuch 2131

Der deutsche Rechtswahrer im Kriege 2132



- Die Neuordnung der GmbH. Arbeitsbericht des Ausschusses für GmbH. der A. Schrifttum 1229
- Erwerb, Sicherung und Abwicklung der Erbschaft. Denkschrift des Erbrechtsausschusses der A. f. D. R. Schrifttum 1620
- Aktiengesellschaft**
- Die Verschmelzung von Aktiengesellschaften gegen Gewährung von art- oder gattungsmäßig verschiedenen Aktien 1121
- Spruchverfahren für freihändige Aktienankauf- oder -tauschangebote u. für Gemeinschaftsverträge? 1441
- Aktienauslösung bei der KommGes. a. A. zugunsten der persönlich haftenden Gesellschafter 1444
- A. Schrifttum 1230 1621
- § 186 HGB. Bei Sachübernahme durch Aktiengesellschaft unbeschränkte Geltendmachung von Willens- und anderen Mängeln des Übernahmevertrags 2009<sup>11</sup>
- §§ 213, 255 AktG. Übertragung des Vermögens der Aktiengesellschaft während Abwicklung vor Ablauf des Sperrjahres auf anderen, auch wenn dies Verteilung an die Aktionäre ersetzen soll 1723<sup>1</sup>
- §§ 240, 247 AktG. Keine konstitutiv Wirkung der Eintragung eines wichtigen Hauptversammlungsbeschlusses auf Umwandlung der Aktiengesellschaft ins Handelsregister † 1464<sup>2</sup>
- Eintragung von Veränderungen (insbes. Satzungsänderungen) einer ausländischen Aktiengesellschaft nur im Register von deren inländischer Zweigniederlassung ohne Eintragung im Register der Hauptniederlassung 2007<sup>9</sup>
- Befugnis des für jüdische A. eingesetzten Treuhänders, an Stelle der Hauptversammlung Auflösung der A. zu beschließen, sich zum Liquidator zu bestellen und Beschlüsse über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats zu fassen † 2173<sup>13</sup>
- Keine Einstellung der Ruhegehaltszahlung an jüdisches Vorstandsmitglied einer A., das 1933 freiwillig ausgeschieden ist † 1310<sup>18</sup>
- Ablideweis**
- Ablehnung eines A. † 1104<sup>10</sup>
- Alkoholgenuß**
- Frage der Strafbarkeit desjenigen, der einen Kraftfahrer mit Alkohol bewirkt, wenn dieser dann in ange-trunkenem Zustand Verkehrsunfall verschuldet † 1232<sup>4</sup>
- Bewußtseinsstörung i. S. des § 3d AllgAllnZusatzVerf. Bed. infolge A. 1431<sup>17</sup>
- Altersversorgung**
- Die staatliche A. Schrifttum 1138
- Handwerker-versorgungsG. Schrifttum 1276
- Altestenrecht**
- Feststellung des für Erbhöfe geltenden Erbbrauchs 1759
- Amerika**
- Wie geht der amerikanische Wirtschaftsprüfer vor? Schrifttum 2000
- Amtsdelikte**
- Bestrafung nach § 333 StGB. desjenigen, der einem Beamten Vorteil in der Erwartung zuwendet oder verspricht, der Empfänger werde sich hierdurch bestimmen lassen, sein Ermessen zugunsten des Gebers auszuüben. — Zum Tatbestand der schweren Bestechlichkeit des § 332 gehört nicht Bereitwilligkeit des Beamten, die ihm angebotene Pflichtwidrigkeit zu begehen 1829<sup>10</sup>
- § 346 StGB. Verurteilung des Dienst-vorgesetzten wegen Begünstigung im Amte, wenn Unterlassen der Straf-anzeige Ermessensmißbrauch darstellt † 1237<sup>8</sup>
- § 348 StGB. Falsche Eintragungen des Fleischbeschauers im Fleischbe-schautagebuch 1419<sup>4</sup>
- Minderjährigkeit ist für den Begriff des Beamten i. S. des § 359 StGB. bedeutungslos 1520<sup>8</sup>
- Beamteneigenschaft i. S. des § 359 StGB. stets zu bejahen bei Verwaltung staatlichen Vermögens, auch bei Tätigkeit im Verbindung- und Lieferungsweesen 1829<sup>10</sup>
- NSB.-Schwester nicht Beamtin i. S. des § 359 StGB. 1939<sup>2</sup>
- Verneinung der Beamteneigenschaft i. S. des § 359 StGB. für Postfach-arbeiter, der im innerdienstlichen Betrieb der Reichspost als Hand-langer beim Ausschütten von Post-säcken oder bei Grobfortierung von Postsendungen je nach Bedarf be-schäftigt wird 1939<sup>3</sup>
- Leiter einer Ortskrankenkasse ist Be-amer i. S. des § 359 StGB. † 2059<sup>6</sup>
- Zu wie weit sind mit bahnpolizeilichen Aufgaben betraute Angestellte von Privatbahnen als Beamte i. S. des § 359 StGB. anzusehen? 2062<sup>11</sup>
- Amtsgericht**
- Erfahrungen mit der Übertragung der Berufungen gegen amtsgerichtliche Urteile auf die OLG. 1869, desgl. mit der Herabsetzung der amtsge-richtlichen Zuständigkeitsgrenze 1869, desgl. mit der Ermächtigung der Amtsrichter zu freier Verfahrensge-staltung 1870
- § 10 VereinfWD. Recht der A., ihr Verfahren nach freiem Ermessen zu bestimmen, gewährt nicht Befugnis der Anordnung schriftlichen Ver-fahrens an Stelle mündlicher Ver-handlung 1205<sup>16</sup>
- § 11 VereinfWD. Anspruch des OG.-Anwalts, der im Verfahren der OLG. über die Berufung gegen Entsch. des AG. einer Partei als ArmAnw. beigeordnet, auf Ersatz seiner Reisekosten 1384<sup>29</sup> 2027<sup>26</sup>
- Amtspflichtverletzung**
- Zulässigkeit der Schadenersatzklage aus einer bei Erlaß eines Ver-waltungsaktes (der Preisbehörde) begangenen A., auch wenn der Rechtsweg für die Nachprüfung des Verwaltungsaktes selbst verschlossen 1086
- Bei Beteiligung an unentgeltlicher Ge-meinschaftshilfe ohne hoheitsrecht-lichen Befehl entsteht nicht öffent-lich-rechtliche Verpflichtung, sondern Auftragsverhältnis, daher kein An-spruch aus § 839 BGB. wegen man-gelnder Erfüllung der Aufsichts-pflicht durch die verantwortlichen Beamten † 1108<sup>13</sup>
- Bei Beurteilung des Schuldverhält-nisses auf Grund von A. ist per-sönliche Lage des schuldigen Beam-ten nicht maßgebend; daher keine Heranziehung des Beamten durch das in Anspruch genommene Reich nur nach Maßgabe seiner wirtschaft-lichen Verhältnisse 1109<sup>14</sup>
- Keine Geltung des § 839 III BGB., wenn durch den unterlassenen Rechts-behelf zwar Beseitigung der schäd-igenden Amtshandlung, aber nicht Abwendung des Schadens erreicht würde 1115<sup>19</sup>
- Schadenersatzpflicht des Notars, der offenbar rechtsungültiges Rechtsgeschaft beurkundet, wenn auch nur auf Drängen der Parteien 1568<sup>9</sup>
- Amtspflicht des Schulleiters, der regelmäßiges Früherkommen der Schüler duldet, für entsprechend frühzeitige Aufsicht in den Klassen-zimmern zu sorgen 1192<sup>7</sup>
- Anspruch auf Ersatz von Rechtsan-waltsgebühren wegen A. in Steuer-sachen † 1629<sup>9</sup>
- Gem. Art. 7 BayEinfG. ZPD. u. RD. ordentlicher Rechtsweg offen für Vollstreckungsgegenklage auf Besei-tigung der Vollstreckbarkeit eines bereits entstandenen Steueranspruchs einschließlic der Vorfrage, ob er durch Aufrechnung mit aus A. her-geliteter Schadenersatzforderung weggefallen 1894<sup>10</sup>
- Ansprüche der der kassenärztlichen Ver-einigung Deutschlands angehören-den Kassenärzte aus § 839 BGB. bei Pflichtverletzung der Amtsleiter der KVD. Ausschluß von Kassenärz-ten aus der Kassenpraxis durch An-ordnung der Amtsleiter der KVD. keine richterliche Tätigkeit i. S. des § 839 II BGB., sondern Verwal-tungsakte † 1571<sup>10</sup>
- Verpflichtung der Kassenärzte gegen-über der KVD., ihren Amtsträgern die schuldige Achtung zu bezeugen. Maßregelung, die Amtsleiter wegen Verstoßes gegen diese Verpflichtung verhängen, keine A. i. S. des § 839 BGB. 1632<sup>10</sup>
- Haftung des Kreis- bzw. Landes-bauernführers wegen mangelhafter Überwachung der Tätigkeit des im fl. Abmeierungsverfahren eingesetzten Kuhverwalters 1950<sup>20</sup>
- Bei Verursachung von Schäden durch Soldat in Ausübung der ihm an-vertrauten öffentlichen Gewalt Be-schränkung des Rückgriffs des Dienst-herrn auf den Soldaten gemäß Gef.-v. 7. April 1937, gleichviel aus wel-chem Rechtsgrund der Dienstherr vom Geschädigten in Anspruch ge-nommen † 1297<sup>13</sup>
- Vorschriften des § 7 KraftG., § 839 BGB. ohne Belang für Rückgriffs-verhältnis zwischen der erzahlenden öffentlichen Körperschaft und einem bei ihr auf Privatdienstver-trag angestellten Kraftfahrer, der einem Dritten widerrechtlich Schaden zufügte 2254<sup>26</sup>
- Dem Fahrzeughalter als Schädiger ist neben dem Verschulden des Fahrers die Betriebsgefahr bei Schadensausgleich nach § 254 BGB. so-wohl hinsichtlich Haftung aus KraftG. wie der aus § 839 BGB. in An-rechnung zu bringen † 1947<sup>15</sup>
- Anwendung der Amtshaftungsvor-schriften auch auf Fälle der Paket-postbeförderung 1687<sup>19</sup>



**Analogie (§ 2 StGB.)**

Einführung des § 2 StGB. im österr. Strafverfahrensrecht 1803  
 Keine entsprechende Anwendung des § 174 I Ziff. 1 StGB. auf die Übernahme unzüchtiger Handlungen durch leibliche Eltern mit ihren Kindern † 1279<sup>2</sup>  
 Bei Giftbeibringung keine entsprechende Anwendung des § 223 a StGB., sondern in schweren Fällen Bestrafung gem. § 229 † 1937<sup>1</sup>  
 Entsprechende Anwendung des § 271 StGB. auf Fälle, in denen sachlich unzuständiger Beamter gutgläubig falsche Beurkundung in Form einer öffentl. Urkunde vornimmt 1828<sup>7</sup>  
 Keine analoge Anwendung des § 4 VolksschädV.D. bei Fehlen des Erfordernisses der Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse † 1937<sup>1</sup>  
 Keine entsprechende Anwendung des § 2 V.D. zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes, wenn einer Person in kriegswichtigem Betrieb Schaden zugefügt worden † 1937<sup>1</sup>

**Anerbe**

Zweck Klarstellung der A.folge in einen Erbhof keine Befugnis des KrBz, Erbschein zu beantragen, sondern beim Nachlassgericht Anregung der Feststellung gem. § 16 ESNB, daß A. nicht vorhanden oder Einleitung einer Nachlasspflegschaft † 1578<sup>18</sup>  
 A.bestimmung gem. § 50 ESNB auch, wenn Ehegatten sich gegenseitig nur zu Miterben oder mit Vermächtnis bedacht haben. Keine Bindung zugunsten der Verwandten des anderen Ehegatten für den Ehegatten, dem im gemeinschaftlichen Testament vom anderen weniger als sein gesetzliches Erbteil zugewendet wird † 2171<sup>12</sup>

**Anerbenbehörden**

Verfahren i. S. des § 59 der 1. DurchV.D. z. KEG ist jedes Verfahren vor den A. innerhalb deren Geschäftsbereich † 1207<sup>19</sup>

**Anerkenntnis**

vgl. auch SchulbA.  
 § 93 ZPD. Kostenpflicht des anerkennenden Bell., der durch Vorprozessuals Verhalten, z. B. Verzug, Veranlassung zur Klagerhebung gegeben hat, auch bei unsachgemäßem Verhalten des Kl. im Prozeß 2184<sup>25</sup>  
 § 99 ZPD. Bell. wird im Versäumnisweg verurteilt, hat aber vorher anerkannt (§ 93 ZPD.). Keine selbständige Anfechtung der Entsch. im Kostenpunkt durch Kl., dem die Kosten mit Ausnahme der durch die Säumnis entstandenen auferlegt worden † 2114<sup>18</sup>

**Anfechtung**

IrrtumsA. der Rücknahme eines öffentlichen Testaments aus der amtlichen Verwahrung, weil der Erblasser die rechtliche Bedeutung der Rücknahme als eines Widerrufs nicht gekannt habe † 1684<sup>16</sup>  
 §§ 120, 122 BGB. Unrichtige Weitergabe der Willenserklärung des Geschäftsherrn durch den Handlungs-

agenten nach subetendischem Recht 1960<sup>35</sup>  
 § 123 BGB. Androhung eines zulässigen Verhaltens zwecks Erzielung eines Erfolgs, auf den kein Anspruch besteht 2167<sup>6</sup>  
 Wegen bloßer A.gründe grundsätzlich noch keine Richtigkeit nach § 138 BGB. 2169<sup>8</sup>

**Anfechtungsgesetz**

§§ 2, 3, 7. Zur Frage der Sittenwidrigkeit bzw. Anfechtbarkeit der Übertragung des Geschäfts des Ehemanns auf die unvermögende Ehefrau † 1776<sup>9</sup>  
 § 3 Ziff. 1. Begriff der mittelbaren Benachteiligung. Prüfung der Frage, ob die Benachteiligungsabsicht im Zeitpunkt des angefochtenen Rechtserwerbs vorgelegen hat 1201<sup>12</sup>

**Anfechtungsklage**

A. nach sächl. Verwaltungsrecht 1215<sup>27</sup> † 1647<sup>28</sup>  
 Die A. gegen den Erstattungsbeschluß 2219

**Anfechtungsordnung, tschech.**

Keine Anfechtung aus t. A. auf Grund von Freihaltungsanspruch, der sich nur im Wege der Exekution zur Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen vollstrecken läßt 1744<sup>24</sup>

**Angehörige**

vgl. FamilienA.

**Angestellte**

Schuldenbereinigung geht auch für Arbeiter und A. 1602 1604  
 Bei technischen A. (§ 133 a GewD.) keine Anrechnung des während der Karenzfrist durch anderweitige Verdienste auf vereinbarte Karenzentschädigung 1965<sup>42</sup>  
 Für A. gem. § 616 II BGB. und für gewerbliche A. gem. § 133 c GewD. Anspruch auf Vergütung für den Krankheitsfall unabhängig, auch nicht durch Abzug vom Krankengeld einzuschränken † 1642<sup>23</sup>  
 Während des Urlaubs Anspruch des A. nur auf den Lohn, den er verdient hätte, wenn er gearbeitet hätte † 1902<sup>19</sup>

Richtigkeit des Anstellungsvertrags mit einem nicht ordnungsmäßig in die Berufsliste eingetragenen Schriftleiter 1788<sup>29</sup>

Behandlung eines Werkstattarbeiters als A. ohne Rücksicht auf seine kaufmännische Eigenschaft † 2271<sup>45</sup>

Zur Frage des Ruhegehaltsanspruchs von jüdischen A., insbes. solcher, die schon vor Inkrafttreten der Ausschaltungsv.D. v. 12. Nov. 1938 ausgeschieden sind 1246<sup>17</sup> † 1306<sup>17</sup> † 1314<sup>19</sup> 1326<sup>25</sup>

**Angestelltenversicherung**

AngVersG. nebst AusfVorschriften. Schrifttum 1936

**Angleichung des Gehalts**

vgl. unter Gehaltsangleichung

**Anlagegrundriss**

Der A. im österr. Strafprozeß 1801

**Anliegerleistungen**

Der „angrenzende Eigentümer“ im Anliegerleistungsrecht 2222  
 § 39 SächlBauG. Verpflichtung des Anliegers zur Erstattung nicht der Kosten der Herstellung des vor seinem Grundstück liegenden Straßenteils, sondern Anteil an Gesamt-

herstellungskosten des ganzen Straßensegments 1904<sup>21</sup>

**Anmeldepflicht**

A. für feindliches Vermögen 1219  
 Annahme an Kindes Statt

Rechtsquellen für Feststellung der Abstammung bei Ägyptern. Maßgebend für A. a. R. St. sind Gesetze des Staates, dem der Vater z. Z. der A. angehört. Anerkennung eines Kindes nach ägypt. Recht ähnelt der A. a. R. St. 1375<sup>15</sup>

**Anordnungen, einstweilige, nach § 10 SchulbVereinsG.**

Rpr. zu § 10 SchulbVereinsG. 1352

**Anordnungen, einstweilige, nach §§ 627, 627 b ZPD.**

Rpr. betr. e. A. in Ehesachen 1167  
 Zur Frage der Kostenentsch. bei e. A. nach § 627 ZPD. 1268  
 Zustimmung e. A. nach § 627 n. F. ZPD. 1997

Zuständigkeit des Prozeßgerichtes bei Scheidungsstreit zur Regelung des Verkehrs der Eltern mit den Kindern; keine Verweisung der Parteien an das VormGer. 2006<sup>7</sup>

§ 627 ZPD. Bei Gütertrennung keine Prozeßkostenvorschusspflicht des Ehemanns im Ehestreit gegenüber seiner Ehefrau † 1384<sup>28</sup>

§ 627 ZPD. Ablehnung des Erlasses einer e. A. gegen Ehemann auf Prozeßkostenvorschuss, wenn Unterliegen der Frau anzunehmen oder wenn Ehemann zur Zahlung nicht in der Lage 1484<sup>19</sup>

Auf den der e. A. (§ 627 ZPD.) vorbehaltenen Gebieten kein Raum für EinstwVfg. gem. §§ 935 ff. ZPD. Zuständigkeit des Ehegerichts, neben der Anordnung des Getrenntlebens auch für innerhalb des allgemeinen Rahmens des Getrenntlebens erforderliche Maßnahmen † 1586<sup>28</sup>

Zulässigkeit von Gesamtvergleich über die im Verfahren aus §§ 627, 627 b ZPD. geltend zu machenden Unterhaltsansprüche unter Einbeziehung des Scheidungsprozesses und sonstiger vermögensrechtlicher Ansprüche der Ehegatten 1957<sup>31</sup>

Nachträgliche Armenrechtsbewilligung für einen nach Rechtskraft des Scheidungsurteils geschlossenen Unterhaltsvergleich im Rahmen des § 627 b ZPD. 2190<sup>32</sup>

Mündliche Verhandlung im Verfahren aus § 627 ZPD. im gebührenrechtlichen Sinne nicht schon durch Antrag auf e. A. aus § 627 ZPD., sondern erst durch entsprechende Anordnung des Gerichts eingeleitet 1206<sup>18</sup>

Aussetzung des Hauptverfahrens gilt nicht auch für e. A. nach § 627 ZPD. 2182<sup>22</sup>

**Anschlußberufung**

Ermäßigung der Prozeßgebühr gemäß § 30 OAG., wenn A. erst nach Anberaumung des Termins für die Berufung eingelegt, aber vor dem Termin zurückgenommen wird 1211<sup>23</sup>

**Anschlußverfahren**

Das Abh.ionsverfahren der österr. StPD. 1802

**Anschuldigung, falsche**

Erstreckung des Straferlasses gemäß Gnadenverlaß auch auf die Veröffentlichung



- lüchungsbefugnis nach § 165 StGB. 1528<sup>22</sup>
- Anstiftung**  
 A. zum Vergehen nach § 9 Mfucht-St-  
 B.D. † 1835<sup>14</sup>
- Anzeige**  
 vgl. auch ZeitungsA., StrafA.  
 A. an die Militärbehörde vor Beginn  
 der Zwangsvollstreckung gegen Wehr-  
 machtsangehörige 1610
- Arbeiter**  
 Schuldenvereinigung setzt auch für A.  
 und Angestellte 1602 1604
- Arbeitsamt**  
 Zustimmung des A. zu Kündigungen  
 gemäß B.D. über Beschränkung des  
 Arbeitsplatzwechsels 1756 1858
- Arbeitseinkommen i. S. des § 1 Lohn-  
 pfändB.D. 1940 1970**
- Arbeitseinsatz**  
 Das Recht des A. seit Beginn des  
 Jahres 1940 1858  
 Der strafrechtliche Schutz des nationa-  
 len A. 1756  
 Maßnahmen für den A. im General-  
 gouvernement 1797 1800
- Arbeitsfront, Deutsche**  
 Zur Frage der Abhebung der Beiträge  
 zur DAF. vom pfändungsfreien  
 Lohnbetrag 1165 1181, desgl. bei  
 Schadensberechnung wegen Erwerbs-  
 ausfalls 1865  
 Die Rechtsberatungsstellen der DAF.  
 Schrifttum 2057
- Arbeitsgericht**  
 Gilt § 99 ZPO., der die Zulässigkeit  
 einer auf den Kostenpunkt beschränkten  
 Anfechtung eines Urteils regelt,  
 auch für das arbeitsgerichtliche Re-  
 visionsverfahren? 2099  
 Ausschließliche Zuständigkeit der A.  
 für Rückgriffsansprüche zwischen der  
 erwerbsfähigen öffentlichen Körper-  
 schaft und dem bei ihr auf Privat-  
 dienstvertrag angestellten Kraftfah-  
 rer, der einem Dritten widerrecht-  
 lich Schaden zufügte 2254<sup>26</sup>
- Inlauffehen des Rechtsmittelzugs für  
 A. urteile, wenn sich die Zulässigkeit  
 der Berufung nicht aus der Urteils-  
 formel ergibt, erst durch nachträg-  
 lichen Beschluß gem. § 319 ZPO.,  
 der das Urteil durch entsprechende  
 Streitwertfestsetzung oder Zulassung  
 der Berufung berichtigt 1646<sup>26</sup>
- Im judenländischen A.verfahren Re-  
 kurz gegen Beschluß des BG., durch  
 den Rev. als unzulässig zurückge-  
 wiesen wird. In diesem Verfahren  
 war vor Inkrafttreten der B.D. vom  
 19. Dez. 1939 die Rev. wegen Nicht-  
 erreichung des Streitwerts von  
 10000 RM nur ausgeschlossen, wenn  
 beständiges Urteil des BG. vorlag  
 1855<sup>27</sup>
- Wichtigkeit des Verfahrens bei nicht  
 den §§ 16 II, 32 TschechGef. vom  
 4. Juli 1931 entsprechender Befehung  
 der Kreisgerichte als Arbeitsberu-  
 fungsgerichte mit Weisern 1744<sup>22</sup>
- Arbeitslohn**  
 vgl. auch Lohnpfändung  
 Erstattung des Lohnausfalls bei Flie-  
 geralarm und Fliegerschäden 1330  
 1560 1880 2227  
 Die Regulierung der Löhne im Kriege:  
 Festsetzung von Höchstlöhnen, Lohn-  
 stop 1857, Lohnzuschläge 1858 2137  
 Lohnzahlung bei Arbeitsverfallnis.  
 Schrifttum 1413
- Haftung des Unternehmers, der in  
 Lohnbüro die sozialen und steuer-  
 lichen Lohnabzüge für Gefolgschaft  
 bearbeiten läßt, gegenüber den Be-  
 hörden und den Gefolgschaftsmit-  
 gliedern für ordnungsmäßige Er-  
 lebigung der Abzüge 1212<sup>24</sup>
- Voraussetzungen des Gegeneinwands  
 der unzulässigen Rechtsausübung  
 gegenüber der Verjährungseinrede  
 bei Lohnforderungen 2029<sup>31</sup>
- Während des Urlaubs Anspruch des  
 Gefolgsmanns nur auf den Lohn,  
 den er verdient hätte, wenn er ge-  
 arbeitet hätte 1645<sup>25</sup>; Geltung des  
 gleichen Grundsatzes für Angestellte  
 † 1902<sup>19</sup>
- Weiterbeschäftigung ausgelernter Behr-  
 linge und deren Lohnanspruch nach  
 der ReichsbauVord. 1152<sup>25</sup>
- Kein gesetzlicher Anspruch von jüdi-  
 schen Arbeitern auf Lohnzahlung an  
 Feiertagen 1852<sup>34</sup>
- Arbeitsplatzwechsel**  
 Strafvorchriften für die Verstöße  
 gegen Beschränkungen des A. 1756  
 Kriegsarbeitsrecht zur B.D. über Be-  
 schränkung des A. 1858  
 Urlaubsanspruch des Jugendlichen bei  
 A. 1226 † 1487<sup>25</sup> 1877  
 Urlaubsregelung bei Wechsel der  
 Dienststelle, insbes. im öffentlichen  
 Dienst † 1854<sup>35</sup>
- Arbeitsrecht**  
 Kriegsverordnungen arbeitsrechtlichen  
 Inhalts 1250  
 Die Entwicklung des KriegsA. seit Be-  
 ginn des Jahres 1940 1857  
 Schrifttum  
 Deutsche Arbeits- und Sozialpolitik.  
 Schrifttum 1091  
 Entwicklung und Inhalt der Für-  
 sorgepflicht des Unternehmers.  
 Schrifttum 1092  
 A. partei. Schrifttum 1230 1462  
 Das deutsche A. Schrifttum 1230 2104  
 Wahlersprechung. Schrifttum 1623  
 Marxismus und Nationalsozialismus  
 in ihrer Bewertung der Arbeit.  
 Schrifttum 1768  
 Grundlagen und Wesen des A. —  
 Die gesetzliche Regelung des A.  
 Schrifttum 1999  
 Die arbeitsrechtliche Stellung des  
 rückgeführten Gefolgschaftsmitglieds.  
 Schrifttum 2232
- Entscheidungen**  
 § 2 ArbDG. Direktionsrecht des Be-  
 triebführers hinsichtlich Wechsel  
 des Arbeitsplatzes und Übernahme  
 anderer Arbeit durch den Gefolgs-  
 mann. Unbegründete beharrliche  
 Arbeitsverweigerung setzt Bewußt-  
 sein der Pflichtwidrigkeit voraus  
 1695<sup>26</sup> 1855<sup>36</sup>
- Verletzung der Fürsorgepflicht des  
 Führers der Verwaltung oder des  
 Betriebes wegen unrichtiger Ein-  
 gruppierung der Gefolgschaftsmit-  
 glieder im öffentlichen Dienst 1962<sup>39</sup>  
 1964<sup>40 41</sup>
- § 2 ArbDG. Tarifliche Bestimmungen,  
 die das Bestehen von Treue- und  
 Fürsorgepflicht voraussetzen, auf das  
 Dienstverhältnis zwischen Juden und  
 Arien unanwendbar 2126<sup>31</sup>
- §§ 36, 38 ArbDG. Kann die Aberken-  
 nung der Befähigung, Führer des  
 Betriebs zu sein, zeitlich und be-  
 trieblich beschränkt werden? 2126<sup>32</sup>
- Arbeitsverhältnis**  
 A. und Wehrdienst 1860  
 Das A. des kriegsdienstentlassenen Ge-  
 folgschaftsmitglieds 2094  
 A. und Kriegsdienst. Schrifttum 1412  
 Wesen des A., des mittelbaren A. und  
 des mittelbaren Beschäftigungsver-  
 hältnisses 1248<sup>18</sup>  
 Wichtigkeit der Kündigung eines A.  
 wegen Verstoßes gegen die guten  
 Sitten 2271<sup>44</sup>  
 § 823 I BGB. Bei Unfallverletzung des  
 Arbeitnehmers kein Schadensersatz-  
 anspruch des Arbeitgebers gegen  
 den Schädiger wegen des ihm in-  
 folge Beeinträchtigung der Arbeits-  
 kraft des Arbeitnehmers erwachsen-  
 den Schadens † 2254<sup>25</sup>
- Arbeitszeit**  
 A. und Vergütung bei nächtlichem  
 Luftschutzbereitschaftsdienst im Be-  
 triebe 2228  
 Lohn und A. Jugendlicher bei Aus-  
 fall des Berufsschulunterrichts nach  
 nächtlichem Fliegeralarm 2229  
 Kriegsvorschriften zum A. schutz. Schrift-  
 tum 1138  
 Tabellen zum A. recht. Schrifttum 1230  
 Pfändbarkeit der Überstundenver-  
 gütung? † 1149<sup>21</sup> 1164 1438<sup>27</sup>  
 1486<sup>22 23</sup> 1536<sup>28 29</sup>
- Pfändbarkeit von Sonntags-, Nacht-  
 und Feiertagsentgelt? 1536<sup>28 29</sup>
- Arglist**  
 Auch bei Zusage sozialer Leistungen  
 durch Dienstberechtigten unter Vor-  
 behalt der Entsch. von Fall zu Fall  
 kann gegenüber der aus bloßer  
 Willkür erfolgten Berufung auf die  
 Freiwilligkeitskaufel Einrede der A.  
 erhoben werden 2251<sup>21</sup>  
 Wann ist Einwand der A. gegenüber  
 der Berufung auf Formmangel zu-  
 zulassen? † 2269<sup>43</sup>
- Arifizierungsabgabe**  
 Gehört die A. für die Wertzuwachs-  
 steuer zum Veräußerungspreis?  
 1216<sup>31</sup> † 1536<sup>30</sup>
- Armenanwalt**  
 Beiordnung des zum Pfleger bestell-  
 ten RA. als A. in dem für seit  
 Mündel geführten Rechtsstreit 2187<sup>28</sup>  
 Beiordnung eines A. im Vertrags-  
 hilfeverfahren gem. B.D. v. 30. Nov.  
 1939 1379<sup>19</sup>  
 Vor Vollmachtserteilung der armen  
 Partei kein Einsetzen derselben für  
 etwaige Unterlassung des ihr bei-  
 geordneten A. † 2124<sup>26</sup>
- § 234 ZPO. Kein Laufbeginn der Frist  
 für Antrag auf Wiedereinsetzung,  
 wenn der als A. beigeordnete RA.  
 die Vertretung abgelehnt hat 1638<sup>17</sup>
- § 124 ZPO. Verpflichtung des A., die  
 auf Grund der auf den Namen der  
 armen Partei von ihm betriebenen  
 Kostenfestsetzung an ihn gezahlten  
 Kosten an die arme Partei — bei  
 inzwischen erfolgter Konturseröff-  
 nung an die Konturmasse — ab-  
 zuführen † 2185<sup>27</sup>
- Armenanwaltsgebühren**  
 Beschwerde nach B.D. v. 4. Okt. 1939  
 gegen die Festsetzung von Armen-  
 anwaltskosten 1613  
 § 1 ArmAnwG. Bekürzte Höchstgebühr  
 des Staffeltarifs des ArmAnwG.  
 für einen Eheprozeß und Unter-  
 haltansprüche erledigenden Gesamt-  
 vergleich † 1587<sup>29</sup>



§ 1 ArmAnwG., § 11 VereinfBD. Anspruch des OGAwalt's, der im Verfahren der OLG. über die Berufung gegen Entsch. des AG. einer Partei als ArmAnw. beigeordnet, auf Ersatz seiner Reisekosten 1384<sup>29</sup> 2027<sup>26</sup>

§ 4 ArmAnwG. Gemäß dem Grundsatz der Rechtssicherheit keine Wiederaufrollung kostenrechtlich endgültig erledigter Verfahren zwecks anderweiter Berechnung der A. auf Grund geänderter Rechtsauffassung und Rspr. † 1208<sup>20</sup>

Zulässigkeit der Nachliquidation von bisher der Reichskasse gegenüber nicht geltend gemachten A., wenn der ArmAnw. früher der irrigen Ansicht war, die Rspr. siehe der Geltendmachung entgegen 1741<sup>19</sup>

### Armenrecht

Zur Frage der Zulässigkeit des RatenA. 1454 1615

Beurteilung der A.bewilligung für eine behinderte Partei für den Kriegsveteranen aus Art. 2 SchutzBD. 1873

Bewilligung von RatenA. mit der Erklärung, daß das Gericht einstweilen auf den angeordneten Teilzahlungen nicht bestehen 1385<sup>30</sup>

Bei BruchteilsA. Befreiung der armen Partei zu entsprechendem Bruchteil desjenigen Kostenbetrags, den sie ohne die A.bewilligung zu tragen hätte 1955<sup>27</sup>

§ 125 ZPO. Nachzahlungsanordnung auch ohne Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn ratenweise Zahlung der Prozeßkosten möglich gewesen wäre 1147<sup>17</sup>

### Armenrechtsbewilligung

Durch A. für Vergleichsabschluß im Armenrechtsverfahren wird auch das in dieser Instanz bereits schwebende Verfahren gedeckt, damit auch die noch nicht gezahlte gerichtliche Prozeßgebühr 2028<sup>28</sup>

Nachträgliche A. für einen nach Rechtskraft des Scheidungsurteils geschlossenen Unterhaltsvergleich im Rahmen des § 627 b ZPO. 2190<sup>32</sup>

Keine beschränkte A. insofern, als Entsch. über das Armenrechtsgesuch oder die A. von zuvoriger Erlegung irgendeines Betrags durch die antragstellende Partei abhängig gemacht wird 2023<sup>23</sup>

Im Fall nachträglicher teilweiser A. oder A. für Teil des Streitgegenstands Eröffnung eines neuen Verfahrens nach § 519 VI ZPO., also neuer Bescheid über zu zahlende Prozeßgebühr und Bestimmung neuer Nachweisfrist † 2024<sup>24</sup>

A. für Zustellung und Vollstreckung eines Unterhaltstitels 2187<sup>28</sup>

### Armenrechtsentzlegung

Keine A. unmittelbar vor dem Urteil wegen für den Armen ungünstigen Beweisergebnisses 1206<sup>17</sup>

### Armenrechtsgesuch

Armut als unabwendbarer Zufall im Sinne des § 233 ZPO. Beginn der Frist des § 234 I ZPO. bei Ablehnung des A. 1436<sup>34</sup>

§ 323 III ZPO. Klagezustellung als maßgebender Zeitpunkt für Beginn der Abänderbarkeit, auch die nur zur Erklärung auf A. erfolgte Klagezustellung † 2188<sup>30</sup>

### Armenrechtsverfahren

Berechnung der Vergleichs- und Prozeßgebühr des RA. bei Vergleichsabschluß im Armenrechtsbeschwerdeverfahren 1388<sup>35</sup>

Durch Armenrechtsbewilligung für Vergleichsabschluß im A. wird auch das in dieser Instanz bereits schwebende Verfahren gedeckt, damit auch die noch nicht gezahlte gerichtliche Prozeßgebühr 2028<sup>28</sup>

### Armenrechtsverfugung

Ablehnung des Vorstehens höherer Gewalt i. S. des § 203 II BGB., das aus Verweigerung des Armenrechts durch Beschluß des AG. entnommen wird, mit der Begründung, gegen diesen Beschluß hätte Beschwerde an das OLG. eingelegt werden können? 1186<sup>2</sup>

BVG. Sofortige Beschwerde wegen Verfugung des Armenrechts 1379<sup>19</sup>

### Arrest

Rspr. zur A.pfändung 1167

### Arresthypothek

§ 8 ZPO. über Einsetz des jüdischen Vermögens. Genehmigung erforderlich zur Umwandlung einer auf jüdischem Grundbesitz haftenden A. in Verkehrshypothek 1637<sup>18</sup>

### Arzt

A. und private Krankenversicherung. Schrifttum 1623

Fahrlässiges Verschulden i. S. des § 276 BGB. auch möglich, wenn kein ärztlicher Kunstfehler vorliegt 1949<sup>16</sup>

Pflicht des A., vor Vornahme eines schwerwiegenden Eingriffs in den Körper des Kranken (Abnahme der einen weiblichen Brust) dessen Notwendigkeit durch Benutzung aller Erkenntnisquellen festzustellen. Keine Überspannung dieser Forderung. Zur Haftung des A. wegen Vornahme der Operation ohne vorherige Aufklärung bzw. Einholung der Einwilligung des Kranken † 1288<sup>9</sup>

§ 839 BGB. Ansprüche der der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands angehörenden Kassenärzte aus § 839 BGB. bei Pflichtverletzung der Amtsleiter der KVD. Ausschluß von Kassenärzten aus der Kassenpraxis durch Anordnung der Amtsleiter der KVD. keine richterliche Tätigkeit i. S. des § 839 II BGB., sondern Verwaltungsakt. Abgrenzung zwischen der Überwachung der kassenärztlichen Versorgung der Kranken durch die KVD. gem. § 368 d KVD. und der Standesgerichtsbarkeit auf Grund der ÄrzteD. † 1571<sup>10</sup>

Verpflichtung der Kassenärzte gegenüber der KVD., ihren Amtsträgern die schuldige Achtung zu bezeugen. Maßregelung, die Amtsleiter wegen Verstoßes gegen diese Verpflichtung verhängen, keine Amtspflichtverletzung i. S. des § 839 BGB. 1632<sup>10</sup>

Umfang des Schutzbereichs des Warenzeichens für Instrument, dessen Anwendung ein A. für das von ihm entwickelte Operationsverfahren eingeführt hat, und in dem der A. name angeführt ist 1470<sup>5</sup>

Strafbarkeit des A. nach § 278 StGB. wegen Verschönung eines Befundes ohne Vornahme von Untersuchung † 1516<sup>6</sup>

### Auflassung

Bemessung des Streitwerts der Klage des Grundstückskäufers auf A. nach dem Betrag einer streitigen Gegenforderung 1436<sup>22</sup>

Zur Abereignung eines Nachlaßgrundstücks an den damit bedachten Vermächtnisnehmer oder in Erfüllung einer Teilungsanordnung bedarf Vorüberbe nicht der Zustimmung des Nacherben 2256<sup>27</sup>

### Auflassungsvormerkung

Während Dauer einer gemäß BD. zur Sicherung der Landwirtschaft angeordneten Treuhänderschaft keine Grundbucheintragung einer A. auf Bewilligung des Eigentümers ohne Zustimmung des Treuhänders 1899<sup>15</sup>

### Auflösung

vgl. unter Liquidation

### Aufrechnung

A. eines Prozeßkosten-Erstattungsanspruchs gegen eingeklagten Sachanspruch 1949<sup>18</sup>

§ 319 ZPO. Berichtigung eines die Klage zufolge A. abweisenden Urteils, wenn das Gericht irrtümlich die bereits anderweit getilgte A.forderung für bestehend hielt † 1483<sup>17</sup>

Gem. Art. 7 BayEinfG. ZPO. u. RD. ordentlicher Rechtsweg offen für Vollstreckungsgegenlage auf Beilegung der Vollstreckbarkeit eines bereits entstandenen Steueranspruchs einschließlich der Vorfrage, ob er durch A. mit aus Amtspflichtverletzung hergeleiteter Schadenserstattung weggefallen 1894<sup>10</sup>

Aufsichtspflicht über Kinder vgl. u. R.

### Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft

Befugnis des für jüdische Aktiengesellschaft eingesehten Treuhänders, an Stelle der Hauptversammlung Auflösung der Aktiengesellschaft zu beschließen, sich zum Liquidator zu bestellen und Beschlüsse über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats zu fassen † 2173<sup>13</sup>

### Auftrag

§ 667 BGB. Geltung des Grundsatzes, daß demjenigen, dessen Geschäfte geführt werden, die gesamten Vorteile aus der Geschäftsführung gebühren, sowohl für den rechtsgeschäftlich Beauftragten wie für Vormund und Pfleger † 1369<sup>11</sup>

Bei Beteiligung an unentgeltlicher Gemeinschaftshilfe ohne hoheitsrechtlichen Befehl entsteht nicht öffentlich-rechtliche Verpflichtung, sondern Auftragsverhältnis; daher kein Anspruch aus § 839 BGB. wegen mangelnder Erfüllung der Aufsichtspflicht durch die verantwortlichen Beamten † 1108<sup>13</sup>

### Augenscheineinnahme

Zur Frage der Zulässigkeit der „Beweisantizipation“ im Strafverfahren bei Beweisanzug auf A. 2044

### Ausbietungsabkommen

Auslegung von A. Durch Verkauf der Hypothek Begründung von Schadenserstattungspflicht sowohl wegen nachträglicher Unmöglichkeit wie wegen positiver Vertragsverletzung 1426<sup>11</sup>

### Auseinandersehung

Keine vorherige A. für den gemäß RDef. v. 26. März 1934 eintretenden Übergang der Wegeunterhaltungspflicht von dem früheren auf den neuen Träger 1212<sup>25</sup>



**Ausgleichsanspruch**

Bereinbarung des USA.-Dollars als Wertmesser zur Sicherung der in anderer ausländischer Währung zu leistenden Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters von OHG oder KommGes. Bei unerwarteter Entwertung des Dollars A. 1282<sup>6</sup>  
Kein A. aus Gesamtschuldverhältnis für den, der neben dem fahrlässigen Angehörigen einer VerGen. für Unfall haftet † 1779<sup>10</sup>

**Auskunft**

Erlae betr. Rechtsauskünfte auf dem Preisgebiet 1721 1882  
Die A. im Devisenstrafrecht 1814  
Haftung des Arbeitgebers wegen nach Beendigung des Dienstverhältnisses erteilter schuldhafte falscher Auskünfte über seinen Arbeitnehmer 1628<sup>6</sup>  
Keine allgemeine A.pflicht der Miterben untereinander, soweit nicht nach Sonderbestimmungen des Erbrechts gegeben † 1775<sup>5</sup>  
Begriff der A. i. S. des § 34 DevG. Täter bei Erteilung einer unrichtigen A. Begriff der Fahrlässigkeit bei Erteilung falscher A. 1833<sup>13</sup>

**Ausländer**

Der Geltungsbereich des deutschen Strafrechts für Straftaten von A. 1078 1081  
§ 1 UntWG. Zur Frage, ob Wettbewerber berechtigt ist, auf A.eigenschaft eines Mitbewerbers hinzuweisen 1199<sup>11</sup>

**Ausländische Aktiengesellschaft**

Eintragung von Veränderungen (insbes. Satzungsänderungen) einer a. A. nur im Register von deren inländischer Zweigniederlassung ohne Eintragung im Register der Hauptniederlassung 2007<sup>9</sup>

**Ausländische Sender**

Verbot des Abhorens von a. S. gem. WD. v. 1. Sept. 1939 1494 1769<sup>1</sup> 1837<sup>16</sup>

**Auslegung**

WG. hat in A. irrevisiblen Landesrechts die Entsch. eines nach diesem Landesrecht eingeleiteten Kompetenzgerichts, daß der Rechtsweg unzulässig sei, als für diese (Landes-) Gerichte bindend erklärt. Bindung des RG. an diese A. irrevisiblen Landesrechts durch das BG. 1851<sup>33</sup>  
Enge A. von Vordruckmietvertragen, durch die Instandhaltungspflicht auf den Mieter abgewaltzt wird 2252<sup>23</sup>  
Zur A. lehtwilliger Verfügungen 2114<sup>10</sup>  
A. von Ausbittungsabkommen 1426<sup>11</sup>  
Zur A. und Anwendung der KonfessionsmentsWD. v. 4. Okt. 1939 als zeitgebundenes Recht 1618  
A. von Tarifvorschriften 1152<sup>26</sup>, insbes. betr. Urlaubsbestimmungen 1227  
Im öffentlichen Beamtensrecht Erfordernis der klaren Fassung rechtserheblicher Willenserklärungen, die Grundlage eines hoheitlichen Verwaltungsaktes bilden sollen; auslegungsbefurftige Erklärungen ungeeignet † 2179<sup>20</sup>

**Auslosungsanspruch**

Unpfändbarkeit der Auslosungsgelder nach § 3 LohnpfandWD. 1972  
Voraussetzungen und Sinn eines tariflichen A. 1599<sup>39</sup>

**Aussetzung des Verfahrens**

A. d. B. bei Unterhaltsklagen außer-ehelicher Kinder gegen Soldaten gemäß SchutzBD. 1224  
A. d. B. vor dem MG. und der Beschwerdestelle nach der SchutzBD. 1145<sup>11</sup>  
Streitwert der Beschwerde gegen Beschlüsse auf A. des Rechtsstreits 2023<sup>22</sup>  
A. des Hauptverfahrens gilt nicht auch für einstweilige Anordnung nach § 627 ZPO. 2182<sup>22</sup>

**Auswanderer**

Begriff des A. i. S. des § 57 DevG. 1938 † 1520<sup>10</sup> 1944<sup>9</sup>

**Baggerei**

Grundstuckspachter, der GroB. und Kieswascherei betreibt und dadurch das Grundstück für die städtische Wasser- und Abwasserreinigung unbrauchbar macht, die es als Wassereinzugsgebiet benötigt, Störer i. S. des PrPolVerbG.; daher Unterjagung des Betriebs ohne Entschädigung † 1317<sup>20</sup>

**Bank**

B.- und Kreditwesen im Generalgouvernement 1795 1799  
Grundsatlich kann V. für gewährten Kredit höhere Zinsen beanspruchen als private Geldverleiher † 1640<sup>22</sup>  
Zur Frage, wann das Heraushalten des Mitschuldners aus der Schuldensbereinigung unbillige Härte i. S. des § 3 1 2 SchuldVereinG. darstellen würde, insbes. wenn der Gläubiger B.haus ist 1583<sup>23</sup>

**Banktauhfah**

Verfahren bei Pfändung des Inhalts eines B. 1639<sup>21</sup>

**Bauernfahigkeit**

Zur Frage der Wirtschaftsfahigkeit eines 15jahrigen Bauernjohns, der landwirtschaftsremden Beruf gemahlt hat 2075<sup>28</sup>

**Bauernführer**

Zwecks Klarstellung der Anerbenfolge in einem Erbhof keine Befugnis des KrBZ, Erbschein zu beantragen, sondern beim Nachlassgericht Anregung der Feststellung gemäß § 16 EGB, daß Anerbe nicht vorhanden, oder Einleitung einer Nachlasspflegschaft † 1578<sup>18</sup>  
§ 839 BGB. Haftung des KrBZ bzw. BZ wegen mangelhafter Überwachung der Tätigkeit des im kleinen Abmeierungsverfahren eingeleiteten Ruverwalters 1950<sup>20</sup>

**Baugewerbe**

Weiterbeschäftigung ausgelernter Lehrlinge und deren Lohnanspruch nach der ReichsbauTarD. 1152<sup>28</sup>  
Voraussetzungen und Sinn des Auslosungsanspruchs nach der ReichsbauTarD. 1599<sup>39</sup>

**Baukunst**

§ 330 StGB. Verstoß gegen die Regeln der B. 2239<sup>8</sup>

**Baupolizei**

Die baupolizeilichen Vorschriften. Schriftt. 1562  
Zur Auslegung des § 1 BaugestaltWD., Forderung nach „anständiger Baugesinnung“ und „wertgerechter Durchbildung“. Einverständnis der Eisenbahnbehörden mit Anbringung von Werbefildern an Eisenbahnunterfuhrungen ersetzt nicht Genehmigung

der B. Verhältnis des Rechts zur Aufenwerbung im allgemeinen 1791<sup>28</sup>  
Zur Frage, inwieweit bauliche Anlagen außerhalb von Baugelieten oder außerhalb eines im Zusammenhang gebauten Ortsteils, z. B. Wochenend-siedlungen, mit der geordneten Entwicklung des Gemeindegebiets oder einer ordnungsmäßigen Bebauung vereinbar 1790<sup>25</sup>

**Bauspartwesen**

Bausparkasse und Bausparvertrag 1925

**Bauwesen**

Das B. im Generalgouvernement 1800  
Ausführung von Bauarbeiten gemeinsam durch privates Unternehmen und städtische Stelle, die durch Angestellten die Arbeiten leiten läßt. Übernahme von Furjorgepflicht durch Stadt gegenüber den Arbeitern des privaten Unternehmens, aber nicht bzgl. Leistungen, die der verunglückte Arbeiter von Berufsgenossenschaft seines Unternehmers fordern kann 2250<sup>20</sup>

**Bayern**

Gemäß Art. 7 BayerAusG. ZPO. und RD. Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für Vollstreckungsgegenlage zwecks Beseitigung der Vollstreckbarkeit bereits entstandener Steuerforderung 1894<sup>10</sup>

**Beamte**

vgl. auch unter Amtsdelikte, Amtspflichtverletzung, Befolgung  
ABG des BBG. Schrifttum 1090  
Das BBG. Schriftt. 1456 1457  
Erwerb der V.eigenschaft in Preußen seit Inkrafttreten der SparNotWD. nur durch Aushändigung einer Urkunde mit den Worten „unter Berufung in das B.verhältnis“; nur diese Form ist Berufung i. S. des § 5 BeamtAmdG. 1644<sup>24</sup>

Im öffentlichen B.recht Erfordernis der klaren Fassung rechtserheblicher Willenserklärungen, die Grundlage eines hoheitlichen Verwaltungsaktes bilden sollen; auslegungsbefurftige Erklärungen ungeeignet † 2179<sup>20</sup>

Maß der Furjorgepflicht des öffentlich-rechtlichen Dienstherrn, z. B. wenn B. um seine Entlassung bittet 2182<sup>21</sup>

Durch Erhebung von Klage durch beschädigten B. vor Inkrafttreten des BBG. auf Feststellung der Ersatzpflicht des Schädigers für allen künftigen Schaden Unterbrechung der Verjährung auch insoweit, als seine Ansprüche mit Inkrafttreten des BBG. gemäß dessen § 139 auf das infolge seiner später erfolgten Zurusetzung ihm zur Gewährung von Versorgungsbezügen verpflichtete Reich übergegangen † 1434<sup>21</sup>

Auch für Klage eines nach § 4 BWSG. entlassenen Geschäftsführers einer Allgem. Ortskrankenkasse auf Feststellung, daß frühere Feststellung seines Ruhegehaltsdienstalters rechtsverbindlich sei, gelten die Bestimmungen des § 143 BBG. über Zulässigkeit des Rechtswegs † 1844<sup>27</sup>

§ 1 SchuldVereinG. Zur Frage, wann RuhestandsB. wirtschaftlich zusammengebrochen ist 1581<sup>20</sup>

**Bedingter Vorlag**

Für § 4 VolksschadWD. genügt b. B. † 1231<sup>2</sup>

**Bedingte Verurteilung**

Zum SterrGes. über die b. B. 1755



**Bedingt pfändbare Bezüge (§ 4 LohnpfändB.)** 1972

### Bedingung

§§ 18, 19 ÖBÖ. Wertverbarkeit bedingter behördlicher Zustimmungen und Genehmigungen als Eintragungsbewilligungen 1568<sup>9</sup>

Erklärung eines Dritten als auflösende B. für beschränkte persönliche Dienstbarkeit 1781<sup>13</sup>

Bedingte Erhebung der Widerklage in Ehefachen, insbes. Beschränkung auf bestimmten Fall 1956<sup>30</sup>

### Begünstigung

§ 346 StGB. Verurteilung des Dienstvorgesetzten wegen V. im Amte, wenn Unterlassen der Strafanzeige Ermessensmißbrauch darstellt † 1237<sup>9</sup>

### Behörde

Wirksamkeit der Zustellung für B. an den Vorsteher erfordert nicht Nennung der B. in der Adresse. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPO., wenn Adressat der Vorsteher mehrerer B. ist 1482<sup>19</sup>

§ 200 StGB. Öffentlich begangene Beleidigung liegt nicht vor bei Äußerung, die von den Beamten einer B. wahrnehmbar 2236<sup>9</sup>

### Behördenangestellte

Wirksamkeit der vom Führer der Verwaltung oder des Betriebes vorgenommenen Einstufung des B. bei Arbeitsstreitigkeit, solange der Dienstvertrag nicht in zulässiger Weise geändert, bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses 1962<sup>39</sup>

Voraussetzungen für Schadenersatzansprüche des B. wegen unrichtiger Eingruppierung 1964<sup>40 41</sup>

Anwendung der Angleichungsvorschriften (§§ 40 ff. BeamtnVndG.) auf unentziehbare Rechte i. S. des § 5 II Zard. A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst 1966<sup>43</sup>

### Beihilfe

B. zum Zeugenmeind im bürgerlichen Rechtsstreit durch Partei, die es unterläßt, falsche Parteibeauptung zu berichtigen, für die sie den Zeugen benannt hat † 2057<sup>1</sup> † 2234<sup>3</sup>

Strafbarkeit der Weiterleitung von Zahlungsmitteln, die ohne Genehmigung aus dem Inland ins Ausland überbracht und dort vorläufig hinterlegt sind, an ihren endgültigen Empfänger als B. zur ungenehmigten Verbringung 1239<sup>9</sup>

B. zum Verzeihen nach § 9 KfluchtStB. † 1835<sup>14</sup>

### Beisitzer

Richtigkeit des Verfahrens bei nicht den §§ 16 II, 32 TschGef. v. 4. Juli 1931 entsprechender Auswahl der B. für die Kreisgerichte als Arbeitsberufungsgerichte 1744<sup>22</sup>

### Beistandschaft

Anhängigkeit von Fürsorgeerziehungsverfahren und B. für den Minderjährigen bei demselben VormGer. Abgabe des Fürsorgeerziehungsverfahrens ohne die B. und umgekehrt zulässig 2076<sup>27</sup>

### Beleidigung

B. männlicher Jugendlichen unter 16 Jahren durch 42jährige Frau, die mit ihnen den Beischlaf vollzieht † 1514<sup>2</sup>

§ 193 Wahrnehmung berechtigter Interessen 1629<sup>8</sup> 2236<sup>5</sup>

B.fähigkeit von Personengesamtheiten, z. B. der Beamten einer Ortskrankenkasse. Stellung des Strafantrags nach § 196 StGB. durch das örtlich zuständige Versicherungsamt † 2059<sup>6</sup>

§ 200 StGB. Öffentlich begangene B. liegt nicht vor bei Äußerung, die von den Beamten einer Behörde wahrnehmbar 2236<sup>9</sup>

„Schwere B.“ i. S. des § 213 StGB. 1515<sup>3</sup>

Befugnis des Angekl., der für schuldig, aber gemäß § 233 StGB. für strafrei erklärt worden, zur Anfechtung des Urteils mit Rechtsmitteln 1825<sup>9</sup>

### Belgien

Fragen des Rechts- und Wirtschaftsausbaus in B. 1719 1764 1820 1876 1931 1994 2050 2101 2153 2226

Rechtshilfeverkehr mit B. und den besetzten französischen Gebieten in Zivilsachen 1722

Die Militärverwaltung in B. und Nordfrankreich 1916

Die Behandlung Brüssels als „offene Stadt“ im Mai 1940 2196

Art. 15 ÖBÖB. Für Güterrecht belgischer Ehegatten maßgebend das Recht ihres ersten Ehedomizils. Rechtsnatur des im belgischen Recht enthaltenen Verbots der Ehegattengesellschaft 1373<sup>14</sup>

### Bereicherung, ungerechtfertigte

Das Merkmal der Rechtsgrundlosigkeit in der u. B. Schrift. 2104

Ersatzanspruch der VerGen. aus § 1542 RVD. Urteil im Vorprozeß stellt Ersatzpflicht des Schädigers gegenüber dem Versicherungsträger ohne zeitliche Begrenzung fest. Kein Ausschluß der Rückforderung des Schädigers aus § 814 ÖBÖB., wenn er auf Grund dieses Urteils über die Zeit der Arbeitsfähigkeit des Getöteten hinaus Zahlungen geleistet hat † 2263<sup>35</sup>

Unentgeltlicher Besitzwerb i. S. des § 988 ÖBÖB. des Grundstückskaufers, dem der Verkäufer das Grundstück auf Grund eines wichtigen Kaufvertrags übergeben hat. Abrechnung nach B. Grundzügen 1110<sup>10</sup> 1574<sup>11</sup>

Bei Herausgabe und Ersatzpflicht desjenigen, der den Besitz des Grundstücks auf Grund wichtigen Pachtvertrags unentgeltlich i. S. des § 988 ÖBÖB. erlangt hat, Herausgabe der Nutzungen nach den Grundzügen über u. B. 1949<sup>18</sup>

Familienrechtliche Arbeitspflicht der Ehefrau. Entgeltansprüche für darüber hinausgehende Leistungen unter den Gesichtspunkten des Dienstvertrags und der u. B. 1597<sup>38</sup>

### Bergbau

Maßnahmen für den B. im Generalgouvernement 1795 1799

### Berichtigung

B. des Urteils (§ 319 ZPO.) † 1483<sup>17</sup> 1646<sup>20</sup>

B. des Sitzungsprotokolls (ZR.) † 2265<sup>37</sup>

### Berlin

Ablehnung der Erhebung der Erlaubnis zur Untervermietung durch das MEX. wegen Besorgnis, infolge des dem Untermieter zustehenden Mieterschutzes könne eine durch die Wohnungsd. der Stadt B. verbotene Überbelegung der Wohnung eintreten 1430<sup>15</sup>

### Berufsansübungsverbot (§ 421 StGB.)

Gemäß AusfVd. v. 17. Jan. 1940 zur VereinfVd. Rückwirkung der Bestimmung, daß bei zu erwartendem B. notwendige Verteidigung nicht vorgeführt werden 2067<sup>20</sup>

### Berufsgenossenschaft

Kein Ausgleichsanspruch aus Gesamtschuldverhältnis für den, der neben dem fahrlässigen Angehörigen einer B. für Unfall haftet † 1779<sup>10</sup>

§ 898 RVD. Ausführung von Bauarbeiten gemeinsam durch privates Unternehmen und städtische Stelle, die durch Angestellten die Arbeiten leiten läßt. Übernahme von Fürsorgepflicht durch Stadt gegenüber den Arbeitern des privaten Unternehmens, aber nicht bzgl. Leistungen, die der verunglückte Arbeiter von B. seines Unternehmens fordern kann 2250<sup>22</sup>

§ 1542 RVD. Ersatzanspruch der B. nur bzgl. Ansprüche, die auf Grund geschäftlichen Übergangs geltend gemacht werden können. Rechtskraft eines Urteils im Vorprozeß, in dem Ersatzpflicht des Schädigers gegenüber dem Versicherungsträger ohne zeitliche Begrenzung festgestellt worden, nicht auf die Zeit über die Arbeitsfähigkeit des Getöteten hinaus † 2263<sup>35</sup>

### Berufsschule

Lohn und Arbeitszeit Jugendlicher bei Ausfall des B. unterrichtet nach nächstlichem Fliegeralarm 2229

### Berufswahl

Bei Meinungsverschiedenheit der verschiedenen Eltern — des unterhaltspflichtigen Vaters und der sorgeberechtigten Mutter — über Schulausbildung und B. für die Entscheidung nur die Sorgerechtszuteilung maßgebend 1634<sup>12</sup>

### Berufung

Kritische Gedanken über die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Wahrung der Kofristen und zu § 233 ZPO. 1663

Erfahrungen mit der Übertragung der B. gegen amtsgerichtliche Urteile auf die OLG. 1869

Neues Vorbringen in der B. Instanz. Schrift. 1137

§ 511 ZPO. Beschwer des Kl. und daher B. zulässig, wenn das Urteil dem Klagebegehren nur teilweise, nämlich nur hinsichtlich der Scheidung, nicht hinsichtlich des Scheidungsgeldes, entspricht † 1140<sup>2</sup>

Erörterung der Frage der Zulässigkeit des Rechtswegs durch das BG. im Nachverfahren über die Höhe des Anspruchs 2187<sup>20</sup>

Bei vorangegangenen Teilurteil Kostenentscheidung im Schlußurteil einheitlich getroffen, gehört daher auch zum Teilurteil und ist mit diesem b.fähig 1147<sup>18</sup> † 2039<sup>32</sup>

§ 99 ZPO. Vell. wird im Verfaumnisweg verurteilt, hat aber vorher anerkannt (§ 93). Unzulässigkeit der B. gegen Entscheidung im Kostenpunkt durch den Kl., dem die Kosten mit Ausnahme der durch die Säumnis entstandenen auferlegt worden † 2114<sup>10</sup>

Im Fall nachträglicher teilweiser Armenrechtsbewilligung oder Armenrechtsbewilligung für Teil des Streitgegenstands Eröffnung eines neuen



- Verfahrens nach § 519 VI ZPO., also neuer Bescheid über zu zahlende Prozeßgebühr und Bestimmung neuer Nachweisfrist † 2024<sup>24</sup>
- §§ 233, 519 b ZPO. Unabwendbarer Zufall für Partei und Rechtsanwalt, wenn die Gerichtskasse im Lauf von drei Wochen die ihr obliegende Mitteilung des Kosteneingangs nicht an die Gerichtsabteilung gelangen läßt 1382<sup>24</sup>
- § 233 ZPO. Rechtsanwalt gibt in Schreiben an die mit Einlegung beauftragten Rechtsanwälte, das er am Tage der Zustellung des erstinstanzlichen Urteils diktiert, den Tag der Zustellung durch Bezugnahme auf das dem Schreiben voranzusehende Datum an. Bei Abfertigung des Schreibens erst zwei Tage später und Einsetzung dieses Abfertigungsdatums kein unabwendbarer Zufall 1786<sup>19</sup>
- Behandlung des LG. als Eingangsstelle für die in der ersten Zeit nach Inkrafttreten der VereinsVO. bei ihm noch eingelegten B. unzulässig 1893<sup>7</sup>
- § 11 VereinsVO. Anspruch des VGAnwalts, der im Verfahren der OVG. über die B. gegen Entscheidung des AG. einer Partei als ArmAnw. beigeordnet, auf Ersatz seiner Reisekosten 1384<sup>20</sup> 2027<sup>20</sup>
- Inlauffehen des Rechtsmittelzugs für Arbeitsgerichtsurteile, wenn sich die Zulässigkeit der B. nicht aus der Urteilsformel ergibt, erst durch nachträglichen Beschluß gemäß § 319 ZPO., der das Urteil durch entsprechende Streitwertfestsetzung oder Zulassung der B. berichtigt 1646<sup>20</sup>
- Durch Neuerungsverbot des § 482 II SudZPO. Stellung des Antrags nach § 61 II EheG. in zweiter Instanz nicht ausgeschlossen 2124<sup>27</sup>
- Richtigkeit des Verfahrens bei nicht den §§ 16 II, 32 TschGef. v. 4. Juli 1931 entsprechender Befetzung der Kreisgerichte als Arbeitsberufungsgerichte mit Beisitzern 1744<sup>22</sup>
- Berufungsbegründung**
- Formulärmäßige B. mit inhaltlosen Sätzen nicht als ausreichend anzusehen 1437<sup>24</sup>
- Zulässigkeit der B. trotz Fehlens formlicher Berufungsanträge 1484<sup>10</sup>
- Bei unstreitiger Sachlage und Streit nur über bestimmte Rechtsfragen und aus dem erstinstanzlichen Urteil sich klar ergebender Stellungnahme des Verkl. hierzu genügt zur B. Bezugnahme auf früheres Vorbringen 1903<sup>20</sup>
- Vom Berufungsanwalt nicht unterzeichnete Anlagen zur B. nicht als Bestandteile der B. i. S. des § 519 III Ziff. 2 ZPO. anzusehen † 2025<sup>25</sup>
- Verwerfung der vor Beginn der Berufungsfrist eingelegten, nicht rechtzeitig begründeten Berufung trotz form- und fristgerechter Einlegung einer zweiten Berufung 1786<sup>20</sup>
- Berufungssumme**
- Erfahrungen mit der Erhöhung der B. durch VereinsVO. 1869
- § 511 a ZPO. Für Streitwert der Berufung maßgebend die Beschwer des Bekl., jedoch nicht höher als Streitwert der Klage 1952<sup>22</sup>
- Beschwerdegegenstand für Berufung über mehrere in einer Klage geltend gemachte Ansprüche, insbes. bei Gesamtschuldverhältnis 1953<sup>24</sup>
- Der für Frage der Zulässigkeit der Berufung maßgebende Wert der Beschwer ist im Beschluß über Verwerfung des Rechtsmittels zu bezeichnen. Geltung des § 7 ZPO. auch im Rechtsmittelverfahren über Grunddienstbarkeit 1953<sup>25</sup>
- Erfordernis der B. bei gleichzeitiger Verhandlung über Rechtsmittel gegen Vorabentscheidung (§ 301 ZPO.) und Schlufurteil. Kostenentscheidung im Schlufurteil einheitlich, gehört auch zum Teilverurteil und ist mit diesem berufungsfähig 1147<sup>18</sup>
- Kein Unzulässigwerden der zulässigerweise eingelegten Berufung durch Verzicht des Kl. auf Teil seines Anspruches während des Berufungsverfahrens, auch wenn der Restanspruch B. nicht erreicht 2261<sup>34</sup>
- Nur für Klage der in § 14 MietSchG. bezeichneten Art Absehen vom Erfordernis der B. 2111<sup>11</sup>
- § 7 VereinsVO. Keine Wiedereinsetzung bei Verjüngung der Frist, bis zu der die Einlegung der Berufung auch bei Beschwerdewert unter 500 RM zulässig war 1893<sup>7</sup>
- Berufungszurücknahme**
- Ermäßigung der Prozeßgebühr gemäß § 30 OVG., wenn Anschlußberufung erst nach Anberaumung des Termins für die Berufung eingelegt, aber vor dem Termin zurückgenommen wird 1211<sup>23</sup>
- Vergleich zur Hauptsache im Ehe Streit, wenn Partei die von ihr gegen das Scheidungsurteil eingelegte Berufung mit Rücksicht darauf zurücknimmt, daß die andere Partei Teil der Kosten übernimmt † 1738<sup>14</sup>
- Befugungsgruppen**
- Die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen über die Stellung von B. 1153
- Befehntigung**
- § 614 a ZPO. Gerichtliche B., daß das Scheidungsurteil durch Klagezurücknahme wirkungslos geworden sei † 1694<sup>25</sup>
- Beschlagnahme**
- Einfluß öffentlicher Wirtschaftsmahnahmen (B.) auf die Zwangsvollstreckung in bewegliche Sachen 1258
- B. von Briefen und anderen Sendungen nach neuem österreichischen Strafverfahrensrecht 1810
- Beschwerde**
- Unbeschränkte B.fähigkeit der Entscheidung auf Grund des Art. 6 Ziff. 3 SchutzVO.? 1355
- B. nach VO. v. 4. Okt. 1939 gegen die Festsetzung von Armenianwaltskosten 1613
- Zur Einführung der RichtigkeitsB. durch die JustVO. 2134
- Streitwert der B. gegen Beschlüsse auf Aussetzung des Rechtsstreits 2023<sup>22</sup>
- Zuständigkeit zur Entscheidung über die Kosten der B., wenn das Gericht einer B. ganz oder zum Teil abhilft 2190<sup>31</sup>
- Ablehnung des Vorliegens höherer Gewalt i. S. des § 203 II BGB., das aus Verweigerung des Armenrechts durch Beschluß des LG. entnommen wird, mit der Begründung, gegen diesen Beschluß hätte B. an das OVG. eingelegt werden können? 1186<sup>2</sup>
- Im B.verfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit keine Abhängigmachung der Vornahme einer Vereisaufnahme von Kostenvoranschlag 1120<sup>28</sup>
- § 22 II ZGG. Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse bei Prüfung, ob Verjährung der B.frist unberührt ist 1733<sup>7</sup>
- § 76 I ZGG. Verbot der B. gegen die Anordnung der Nachlassverwaltung auf Antrag des Erben † 2170<sup>11</sup>
- VertragsVO. Sofortige B. wegen Verletzung des Armenrechts 1379<sup>19</sup>
- Zulässigkeit der B. gegen Einstellungs- und Aufhebungsbeschlüsse des AG. aus § 17 VertragsVO. 1733<sup>9</sup>
- § 3 VertragsVO. Geltendmachung des Anspruchs auf Entschädigung wegen der Vertragsaufhebung im B.verfahren † 2029<sup>30</sup>
- §§ 8, 11 Schuldbereinig. Schlechterstellung des Beschw. im Schuldbereinigungsverfahren unzulässig 1204<sup>14</sup>
- Ohne Zulassung keine weitere B. im Schuldbereinigungsverfahren 1733<sup>8</sup>
- § 12 RMGebVO. Bei Einlegung von StreitwertB. durch Rechtsanwalt im eigenen Namen ist im B.verfahren die Gegenpartei nicht Partei, daher sind ihr Kosten der B. nicht aufzuerlegen † 1385<sup>21</sup>
- Berechnung der Vergleichs- und Prozeßgebühr des Rechtsanwalts bei Vergleichsabschluß im ArmenrechtsB.verfahren 1388<sup>35</sup>
- Erwachen der  $\frac{1}{10}$  Vergleichsgebühr des § 41 RMGebVO. anstatt der vollen des § 13 Ziff. 3 RMGebVO. nur, wenn durch den Vergleich nur die mit der B. zur Entscheidung der höheren Instanz gestellten Ansprüche erledigt werden 1389<sup>30</sup>
- § 34 ZustBVO. Wann ist Urteil wegen eines Fehlers bei der Anwendung des Rechts auf die festgestellten Tatsachen „ungerecht“? (StR.) 1839<sup>20</sup>
- § 345 II StPO. Begründung im Revisionsrechtszug erforderlich für B. gegen Beschluß des LG., durch den es das gegen die erkennenden Richter gerichtete Ablehnungsgeheiß für unbegründet erklärt hat † 2068<sup>21</sup>
- § 3 a V FürPflVO. Bindung der Gerichte an Entscheidungen der Verwaltungsbehörden im Einspruchs- und Beschwerdeverfahren unter der Voraussetzung, daß das betreffende Verfahren für die getroffene Entscheidung gesetzlich zugelassen war 1849<sup>32</sup>
- Besitz**
- Unentgeltlicher B.erwerb i. S. des § 988 BGB. des Grundstückskäufers, dem der Verkäufer das Grundstück auf



- Grund eines wichtigen Kaufvertrags übergeben hat. Abrechnung nach Bereicherungsgrundsätzen 1110<sup>10</sup> 1574<sup>11</sup>
- Bei Herausgabe und Erbschaftspflicht desjenigen, der den Besitz des Grundstücks auf Grund wichtigen Pachtvertrags unentgeltlich i. S. des § 988 BGB. erlangt hat, Herausgabe der Nutzungen nach den Grundätzen über ungerechtfertigte Bereicherung 1949<sup>18</sup>
- Für Entstehung eines Ehegattenerbhofs steht EigenB. am Grundstück dem Eigentum nicht ohne weiteres gleich † 1846<sup>28</sup>
- MitBGB. Bestellung des Fruchtgenusses an Wertpapierforderung durch Einräumung des MitB. am Papier 1149<sup>22</sup>
- Besitzdiener**  
B. Verhältnis an Konnossementen 2009<sup>12</sup>
- Befolgung**  
vgl. auch Ruhegehalt  
Borentscheid und Pensionsbescheid im deutschen Beamtenrecht. Schrift. 1091  
Rechtsweg den Beamten nur zur Befolgung vermögensrechtlicher Ansprüche offen, auch soweit Verletzung wohlverordneter Rechte geltend gemacht wird. Vermögensrechte der Beamten nur auf Grund der durch die einzelnen B. Ordnungen der Höhe nach bestimmten Bezüge † 1780<sup>12</sup>
- Besonders schwerer Fall**  
Verjährung der „b. sch. F.“ nach § 2 VerbrauchsregelungsstrafB. 1508  
B. sch. F. nach § 69 I DevG. 1521<sup>11</sup> 1830<sup>11</sup>
- Bestandteil**  
Bei Antrag, ein Grundstück einem anderen „zuzuschreiben“, regelmäßig Zuschreibung als B. 1952<sup>21</sup>
- Bestrafung**  
Bestrafung nach § 333 StGB. desjenigen, der einem Beamten Vorteil in der Erwartung zuwendet oder verspricht, der Empfänger welche sich hierdurch bestimmen lassen, sein Ermessen zugunsten des Gebers auszuüben. — Zum Tatbestand der schweren Bestechlichkeit des § 332 gehört nicht Bereitwilligkeit des Beamten, die ihm angebotene Pflichtwidrigkeit zu begehen 1829<sup>10</sup>
- Betriebsanlage**  
§ 2 GrErmStG. Grundstücksbegriff und B. 1502
- Betriebsführer**  
§ 2 ArbDG. Direktionsrecht des B. hinsichtlich Wechsel des Arbeitsplatzes und Übernahme anderer Arbeit durch den Gefolgsmann 1695<sup>28</sup> 1855<sup>28</sup>
- Verletzung der Fürsorgepflicht des Führers der Verwaltung oder des Betriebes wegen unrichtiger Eingruppierung der Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst 1962<sup>29</sup> 1964<sup>40</sup> 41
- Tarifliche Bestimmungen, die das Bestehen einer Treue- und Fürsorgepflicht voraussetzen, auf das Dienstverhältnis zwischen Juden und Arierern unanwendbar 2126<sup>31</sup>
- §§ 36, 38 ArbDG. Kann die Aberkennung der Befähigung, B. zu sein, zeitlich und betrieblich beschränkt werden? 2126<sup>32</sup>
- Betriebsgemeinschaft**  
Bindung des Rufgehaltsanspruchs an die B. 1411 1438<sup>28</sup>
- Betriebsprüfung**  
Schrift. 1768
- Betriebsrisiko**  
Grundsätze des B. nicht anwendbar bei Lohnausfall infolge Fliegeralarms und Fliegerbeschädigen 1231  
Das Recht des B. im geltenden griechischen Recht. Schrift. 1274
- Betriebsstilllegung**  
Absehen vom Erfordernis der Zustimmung des Arbeitsamts bei Kündigung wegen B. 1860  
Die Stilllegung im Zuge Kriegswirtschaftlicher Maßnahmen als Voraussetzung der Gemeinschaftshilfe 1921
- Betrug**  
Zur Frage der Vermögensbeschädigung, wenn B. bei Eingehung eines gegenseitigen Vertrags in Betracht kommt 1097<sup>5</sup>
- Täuschung des Nachlassgerichts durch falsches Testament und Erbscheidung eines Erbscheins 1095<sup>1</sup>
- B. durch Entnahme elektrischer Arbeit unter Abbremsen oder Ausschalten der Tätigkeit des Zählers ohne Schaffung eines falschen Leiters † 1101<sup>5</sup>
- § 165 II RW. B. zum Nachteil einer Ortskrankenkasse 1827<sup>6</sup>
- B. des Juden gegenüber dem Sozialamt, wenn er es unterläßt, sich als Jude zu offenbaren und deshalb noch nach dem 1. Jan. 1939 unterstützt wird 1827<sup>6</sup>
- Urkundenfälschung in Tateinheit mit B. bei Beantragung eines Bezugscheins unter Täuschung über den Aussteller der Antragsurkunde, um auf den erschlüsslichen Bezugschein Waren zu kaufen 1825<sup>4</sup>
- Strafe aus § 263 StGB. und § 4 VolksschädWB. für den, der einer Greisin 150 RM abschwindelt, die für einen von ihr mütterlich betreuten, gefallen Soldaten als Wehrsteuer zu bezahlen seien 1097<sup>4</sup>
- § 4 VolksschädWB. Bestrafung versuchten B., der unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand geschaffenen außergewöhnlichen Verhältnisse begangen worden, mit Todesstrafe 1280<sup>3</sup>
- Strafe aus § 263 StGB. und § 4 VolksschädWB. für den, der Verwandten eines gefallenen Heeresangehörigen wahrheitswidrig nähere Angaben über den angeblich in seiner Gegenwart erfolgten Tod des Gefallenen macht, während er garnicht im Felde war und auch die behaupteten Fahrauslagen nicht gehabt hat 2063<sup>14</sup>
- Fortgesetztes Vergehen gegen § 263 StGB. in Tateinheit mit Vergehen gegen § 7 Geschl. KrankhG. 1838<sup>18</sup>
- § 263 V StGB. Erfordernis des Strafanzugs für B. gegen „Angehörige“, auch wenn für den Täter Voraussetzungen des Rückfalls vorliegen 2061<sup>8</sup>
- Verletzter i. S. des § 61 Ziff. 3 StPD., wenn bei B. der Getäußerte und der am Vermögen Geschädigte verschiedene Personen sind † 1098<sup>8</sup>
- Beurkundung**  
Erfordernis gemäß § 313 BGB. 1292<sup>10</sup> 1946<sup>12</sup> 1947<sup>14</sup> 2106<sup>3</sup>
- § 518 BGB. Inhalt der beurkundungsbedürftigen Erklärung des Schenkers 2107<sup>4</sup>
- Zur Frage der Formbedürftigkeit einer Vereinbarung, durch die der Kaufpreis für ein Grundstück und für Gesellschafteranteile einer GmbH. herabgesetzt wird 1292<sup>10</sup>
- Erfordernis der gerichtlichen oder notariellen B., wenn Vollstreckungsbehörde den freihändigen Verkauf eines gepfändeten Geschäftsanteils von GmbH. angeordnet hat, für Veräußerungsvertrag zwischen Beauftragtem der Vollstreckungsbehörde und Erwerber des Geschäftsanteils 1900<sup>16</sup>
- § 839 BGB. Schadensersatzpflicht des Notars, der offenbar rechtswidriges Rechtsgeschäft beurkundet, wenn auch nur auf Drängen der Parteien 1568<sup>9</sup>
- § 177 II ZOG. Erfordernis der Anwesenheit des Zeugen, der wegen Schreibunsfähigkeit eines Beteiligten zur Aufnahme eines Protokolls zugezogen wird, bei der Vorlesung und Genehmigung 1849<sup>31</sup>
- B. des von Minderjährigem mit Niederlassung im Subetengau abgegebenen Vaterschaftsanerkenntnisses durch die Gerichte des Altreichs auch ohne Vorliegen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters 1117<sup>21</sup>
- Beweis des ersten Anscheins**  
B. d. e. A. bei Straßenverkehrsunfällen 1368<sup>9</sup>
- Was hat der Gegner des Beweispflichtigen darzutun, um den B. d. e. A. zu entkräften? 2105<sup>1</sup> 2116<sup>20</sup>
- Beweisanordnung (§ 272b ZPO.)**  
Nachverhandlungsgebühr bei Anordnung nach § 272b ZPO. 1740<sup>17</sup>
- Beweisantrag**  
§ 24 VereinfZPO. Zur Frage der Zulässigkeit der „Beweisantizipation“ im Strafverfahren 2041
- § 244 StZPO. Ablehnung eines B. wegen Prozeßverschleppung. Ablehnung eines B. nach § 24 VereinfZPO., weil Beweiserhebung nach freiem Ermessen des Gerichts zur Wahrheitsforschung nicht mehr erforderlich. Ablehnung eines Mißbeweises † 1104<sup>10</sup>
- Beweisaufnahme**  
Keine Entziehung des Armenrechts unmittelbar vor dem Urteil wegen für den Armen ungünstigen Beweisergebnisses 1206<sup>17</sup>
- Im Beschwerdeverfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit keine Abhängigmachung der Vornahme einer B. von Kostenvorschuß 1120<sup>26</sup>
- Beweiskraft**  
Was hat der Gegner des Beweispflichtigen darzutun, um den Beweis des ersten Anscheins zu entkräften? 2105<sup>1</sup> 2116<sup>20</sup>
- § 55 EheG. B. desjenigen Ehegatten, der die häusliche Gemeinschaft aufgehoben hat, für seinen berechtigten Grund hierzu; ebenso, wenn Verweigerung der häuslichen Gemeinschaft als Scheidungsgrund i. S. des § 49 EheG. in Betracht kommt 2001<sup>3</sup>
- § 55 EheG. B. des Ehegatten, der seine Familie verlassen und ehewidriger Beziehungen aufgenommen hat, dafür, daß Ehezerüttung andere Ursachen hat † 2004<sup>5</sup>



- Bei Zubwendung eines Vermächtnisses B. des Bedachten, daß es sich um Verschaffungsvermächtnis handelt † 1679<sup>13</sup>
- Beweisicherungsverfahren**  
Entsprechende Anwendung des § 36 Ziff. 3 ZPO. im B., wenn mehrere in verschiedenen Gerichtsbezirken wohnende Zeugen vernommen werden sollen 1481<sup>15</sup>
- Bewertung**  
Die B. der Mietgrundstücke. Schrifttum 1606
- Bezugsschein**  
Urkundensäufchung in Tateinheit mit Betrug bei Beantragung eines B. unter Täuschung über den Aussteller der Antragsurkunde, um auf den erschlissenen B. Waren zu kaufen 1825<sup>4</sup>  
Nach § 1 KrWirtschVO. strafbares Beiseiteschaffen dadurch, daß zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehörende Erzeugnisse aus dem für die Bedarfsdeckung vorgesehenen Verteilungsgang herausgenommen und ohne B. bezogen oder abgegeben werden † 2064<sup>15</sup>
- Bilanz**  
Reichsmarkbilanzen, Umstellung, Umwandlung: Ostmark — Subetenland — Memelland — Danzig. Schrifttum 1622
- Bindung der Gerichte**  
Die B. an Entscheidungen, unter besonderer Berücksichtigung des Reichserbhofrechts. Schrifttum 1623  
B. hat in Auslegung irrevisiblen Landesrechts die Entscheidung eines nach diesem Landesrecht eingesetzten Kompetenzgerichtshofs, daß der Rechtsweg unzulässig sei, als für diese (Landes-)Gerichte bindend erklärt. Bindung des RG. an diese Auslegung irrevisiblen Landesrechts durch das BG. 1851<sup>33</sup>  
B. d. G. in der Frage der vom Führer der Verwaltung oder des Betriebes vorgenommenen Einsetzung eines Angestellten im öffentlichen Dienst bei diesbezüglichen Lohnstreitigkeiten 1962<sup>39</sup> 1964<sup>41</sup>  
B. d. G. durch Erlaß der Preisbehörden, durch den an Stelle des vereinbarten ein niedriger Preis für verkauften Grundstück festgesetzt worden? † 1306<sup>17</sup>  
Enteignungsentschädigungen als Entgelte i. S. des § 2 Gef. zur Durchführung des Vierjahresplans. B. d. G. an die Festsetzung dieser Entschädigungen durch Preisbehörden † 1531<sup>24</sup>  
Keine B. des ErbgesVer. durch die Entscheidung eines Gesundheitsamts in Ehefähigkeitszeugnis, der Betroffene sei nicht erbkrank 2079<sup>32</sup>  
§ 3a Abs. 5 WD. über Fürsorgepflicht. B. d. G. an Entscheidungen der Verwaltungsbehörden im Einspruchs- und Beschwerdeverfahren unter der Voraussetzung, daß das betr. Verfahren für die getroffene Entscheidung gesetzlich zugelassen war 1849<sup>32</sup>
- Blutgruppen**  
Die Bedeutung der B. und Blutkörperchen — Merkmale (Faktoren) in der gerichtlichen Praxis. Schrifttum 1936
- Technik der B.bestimmung. Schrifttum 2157  
Die Technik der B.- u. Blutfaktorenbestimmung. Schrifttum 2157
- Blutschutzgesetz**  
Das B. im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren 1655  
Staatenlose jüdische Mischlinge ersten Grades, die am 14. Sept. 1935 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben und ihren Wohnsitz im Inland haben, gelten als Juden 1668<sup>2</sup>  
Angehörige des Protektorats Böhmen und Mähren sind nicht fremde Staatsangehörige i. S. des § 16 der 1. AusfVO. zum BlutschutzG. 2062<sup>12</sup>  
Bezüglich der Wahl zwischen dem in § 5 II BlutschutzG. für Rassenfremde angedrohtem Gefängnis oder Zuchthaus freies pflichtmäßiges Ermessen des Tatrichters 1522<sup>13</sup>
- Böhmen-Mähren**  
Die deutsche Gerichtsbarkeit im Protektorat B.-M.:  
Der organisatorische Aufbau 1401  
Allgemeines 1746  
Bürgerliche Rechtspflege 1750  
Strafrechtspflege 2085  
Überleitungsvorschrift der LohnpfindungsVO. 1940 für den Geltungsbereich der Exekutionsordnungen 1981  
Die Vollstreckungsklausel im Rechtssystem der Exekutionsordnungen 1171  
Das BlutschutzG. im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat B.-M. 1655
- Rechtsgültigkeit der letztwilligen Verfügung eines Angehörigen des Landes Böhmen über deutschen Grundbesitz in Böhmen in der Form seines Heimatrechts 1372<sup>13</sup>  
Zuständigkeit eines Gerichts der Ostmark als Verlassenschaftsgericht auch bezüglich Abhandlung des im Protektorat B.-M. gelegenen unbeweglichen Nachlasses eines in der Ostmark verstorbenen deutschen Staatsangehörigen 1150<sup>24</sup>  
Angehörige des Protektorats B.-M. sind nicht fremde Staatsangehörige i. S. des § 16 der 1. AusfVO. zum BlutschutzG. 2062<sup>12</sup>
- Vote**  
Vollmacht i. S. der §§ 1002 ff. ABGB., Art. 47—55 StGB., §§ 120, 122 StGB. Abgrenzung vom B. Stellung des Handlungsagenten nach dem im Sudetenland gültigen Recht 1960<sup>35</sup>
- Brandstiftung**  
§ 309 StGB. Begehung fahrlässiger B. durch Unterlassung. Ursächlicher Zusammenhang 1519<sup>7</sup>
- Bremsvorrichtung**  
vgl. unter Kraftfahrzeug
- Bruchteilsgemeinschaft**  
vgl. unter G.
- Brücken**  
Gemäß RGef. v. 26. März 1934 Übergang der Unterhaltungspflicht für im Zug von Reichs- oder Landesstraßen liegende B. auf neuen Träger der Straßenbaulast nur in dem Umfang, in dem sie dem bisherigen Träger der Straßenbaulast oblag, also nicht für fremdbartigen Werken untrennbar verbundene ChausseeB. im früheren Bereich des HannChausseebauG. 1214<sup>26</sup>
- Brüssel**  
Die Behandlung Brüssels als „offene Stadt“ im Mai 1940 2196
- Buchführung**  
Ermittlung des Nachlasses gemäß § 2314 BGB. auf Verlangen des Pflichtteilsberechtigten, wenn Teil der Erbschaft in Anteil an OHG. besteht und die Mitgesellschafter des Erben mit Vorlage der Geschäftsbücher an vereidigten Wirtschaftsprüfer nicht einverstanden 1635<sup>13</sup>  
Treuebruch des Angestellten i. S. des § 266 StGB. bei Unterlassen der ihm obliegenden B. oder geschäftlichen Schriftverkehrs 1515<sup>4</sup>
- Bürge**  
Anwendung des § 10 II GRG. auf Vollstreckungsgegenklage des B. 2267<sup>39</sup>
- Bürgerliches Gesetzbuch**  
Schrifttum 1274 1360 1414  
Deutsches Gemeinrecht im Werden. Schrifttum 1412
- Bürgersteuer**  
Sind bei Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls die vom Verletzten für die B. gezahlten Beträge zu berücksichtigen? 1865  
Einkommensteuergesetz, Neuer Finanzplan, Bürgersteuergesetz, Wehrsteuergesetz. Schrifttum 1360  
Die B. in der Rechtsprechung. Schrifttum 1936
- Butter**  
MilchbewirtschaftungsVO. Weitergabe der von dem Selbstversorger im Rahmen seines B.bezugsrechts bezogenen B. nicht strafbar 1280<sup>4</sup>
- Chausseebau**  
vgl. unter Wegerecht
- Christentum**  
Erbpflege und Ch. Schrifttum 2231
- Clausula rebus sic stantibus**  
Zur Frage der c. r. s. st. bei Unterhaltsverträgen † 2163<sup>4</sup>
- Dänemark**  
§ 606 IV ZPO. Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Ehescheidung von Dänen. D. erkennt die deutschen Ehescheidungsurteile dänischer Staatsangehöriger an 1383<sup>27</sup>
- Danzig**  
Reichsmarkbilanzen, Umstellung, Umwandlung: Ostmark — Subetenland — Memelland — D. Schrifttum 1622  
Unter Inland i. S. des § 606 II ZPO. wird jetzt auch D. verstanden 1383<sup>26</sup>
- Darlehen**  
Zur Rechtsnatur des Bausparvertrags: Anspruch der Bausparkasse auf Hingabe eines D. 1926  
TschechGenG. Für Rechtsbeziehungen auf Grund von D.geschäft zwischen Mitgliedern der Genossenschaft und der Genossenschaft keine Geltung des Grundgesetzes, wonach Genossen sich in Angelegenheiten der Genossenschaft dem Willen der Mehrheit zu unterwerfen haben 1961<sup>37</sup>
- Defektenrecht**  
Der Umfang der gerichtlichen Nachprüfung im früheren D. 2218



**Delegierung**

Die D. in der OstStP.D. 1803

**Depot**

Befreiung von der Form des § 12 I 2 DepotG. für Ermächtigungserklärung des Hinterlegers an den Verwahrer mit der Einschränkung, der Verwahrer dürfe die Wertpapiere nur bis zur Höhe des dem Hinterleger gewährten Kredits verpfänden 1724<sup>2</sup>

**Deutsche Arbeitsfront**

vgl. unter A.

**Devisenrecht**

Der Versuch in der Rechtsprechung zum Devisenstrafrecht: Ausführung von Zahlungsmitteln 1261 Verfügung über Geldforderungen 1262

Verfügung über ausländische Zahlungsmittel 1263

Aushändigung inländischer Zahlungsmittel 1263

Anbietungsverstöße 1263

Genehmigungserklärung 1263

Die Auskunft im Devisenstrafrecht 1814

Hat der Verwalter oder Pfleger nach Feindvermögensrecht für die Verwaltung des Feindvermögens die gleichen devisenrechtlichen Genehmigungen zu erfüllen wie der feindliche Devisenausländer selbst? 1608

Devisenbewirtschaftung im Generalgouvernement 1796 1799

Das neue D. Schrifttum 184

Das Devisengesetz. Schrifttum 1936

§§ 4, 13 DevW.D. 1932. Zur Frage der Nichtigkeit einer im Juli/Aug. 1932 erfolgten Abtretung einer Schweizer Frankengrundschuld wegen Verstoßes gegen die damals geltenden Devisenvorschriften 2071<sup>23</sup>

§§ 4, 69 DevG. Zur Frage der Genehmigungserklärung durch unrichtige, vom Täter irrtümlich für zutreffend gehaltene oder unvollständige Angaben. Unzulässigkeit der Ausnutzung der Devisengenehmigung, die einer später aufgelösten und vom bisherigen Kommanditgesellschaft erteilt worden, durch den neuen Inhaber 1239<sup>10</sup>

§§ 5, 14, 69 DevG. Behandlung eines inländischen, rechtlich unselbständigen Betriebs eines Devisenausländers wie eine mit ihren Rechten und Pflichten der Devisengesetzgebung unterliegende selbständige Rechtspersönlichkeit auch im Liquidationsstadium. Auch „besonders schwerer Fall“ von Devisenzuwerhandlung, bei dem auf Zuchthaus erkannt worden, ist Vergehen i. S. des § 1 StGB. — Unterbrechung der Verjährung durch im devisenrechtlichen selbständigen Einziehungsverfahren ergebende richterliche Handlungen 1830<sup>11</sup>

§§ 8, 69, 70 DevG. Zum inneren Tatbestand der Genehmigungserklärung. Begriff der Auskunft i. S. des § 8. Täter der Erteilung einer unrichtigen Auskunft auch der, mit dessen Wissen und Wollen und unter dessen Mitwirkung anderer die Auskunft unrichtig abgibt. Begriff der Fahrlässigkeit bei Erteilung von Falschauskünften 1833<sup>13</sup>

§ 13 DevG. Strafbare „Ersatzübertragung“ von Gegenständen an Stelle von Zahlungsmitteln nach dem Ausland 1520<sup>9</sup>

Verbotene Verfügung i. S. des § 14 Ziff. 3 DevG. durch ungenehmigte Entgegennahme des Forderungsbetrags, wenn Fremdwährungsforderung ersichtlich den Willen erkennen läßt, der Anbietungspflicht nicht nachzukommen. Bei Anbietung ausländischer Zahlungsmittel an Reichsbank Angaben über Art des Erwerbs der anzubietenden Werte nicht erforderlich. Anbietung zur Erlangung von Straffreiheit nach Gef. v. 15. Dez. 1936 soll tätige Reue darstellen 2067<sup>20</sup>

Verstoß gegen § 16 DevG. durch Verbringung von Goldsachen ins Ausland ohne Genehmigung der Devisenstelle zwecks Umgehung des Verbots der Verbringung von Zahlungsmitteln 1832<sup>12</sup>

§§ 16, 69 DevG. Strafbarkeit der Weiterleitung von Zahlungsmitteln, die ohne Genehmigung aus dem Inland ins Ausland überbracht und dort vorläufig hinterlegt sind, an ihren endgültigen Empfänger als Beihilfe zur ungenehmigten Verbringung 1239<sup>9</sup>

§§ 46, 69 DevG. Für Auslösung der devisenrechtlichen Anbietungspflicht Erwerb der anzubietenden Ware im privatrechtlichen Sinn nicht erforderlich, es genügt tatsächliche Erlangung einer Herrenstellung. Anbietungspflichtig ist auch der Erwerber, der schuldrechtlich zur Überlassung der Werte an andere Person verpflichtet ist † 1941<sup>8</sup>

Begriff des Auswanderers i. S. des § 57 DevG. 1938 † 1520<sup>10</sup> 1944<sup>9</sup>

Nach § 69 I DevG. strafbare Devisenzuwerhandlungen gelten i. S. des österr. Landesrechts stets als Verbrechen 1521<sup>11</sup>

§ 69 I DevG. Voraussetzungen der Annahme eines besonders schweren Falles. Nachprüfbarkeit der Entscheidung über das Vorliegen eines besonders schweren Falles eines Devisenvergehens in der Revisionsinstanz 1521<sup>12</sup>

§ 69 IV DevG. Strafbares Auffordern, Anreizen oder Sicherbieten zu Devisenzuwerhandlung nur, wenn der Auffordernde die Tat des anderen ernstlich will 1944<sup>9</sup>

§ 73 DevG. Niederschlagung des Strafverfahrens nach Gnabenerlaß des Führers ergreift auch die devisenrechtliche Ersatzeinziehung 1241<sup>11</sup>

§ 83 DevG. Stellung des Nebenbeteiligten im Verfahren 1239<sup>10</sup>

**Diebstahl**

§ 463 OstStG. Verwandten D. 2240<sup>13</sup>

**Dienstbarkeit, beschränkte persönliche**

Inhalt einer b. p. D. kann zugleich Unterlassungsanspruch und Benutzungsrecht für den Berechtigten sein, z. B. Zulässigkeit einer auf Unterlassung bestimmter Ausübungshandlungen gerichteten b. p. D. an Abbaurecht 1781<sup>13</sup>

Bestellung eines Nutzungsrechtes, das auf abgegrenzte Teile eines Grundstücks beschränkt ist, nur in Gestalt einer b. p. D., nicht als Nießbrauch möglich † 1679<sup>13</sup>

**Dienstpflicht**

Strafbestimmungen betr. Verstöße gegen die D. 1756

Urlaubsansprüche des Dienstverpflichteten 1967<sup>44</sup>

**Dienststrafrecht**

Ein verbesserungsbedürftiger Rechtszustand auf dem Gebiet des Strafprozeß- und D. (Neufassung des § 362 StP.D.) 1932

Kostenerstattung für Verteidigung im Beamten D. 2212

Reichsdienststrafordnung. Schrift. 1883

**Dienstvertrag**

Familienrechtliche Arbeitspflicht der Ehefrau. Entgeltansprüche für darüber hinausgehende Leistungen unter den Gesichtspunkten des D. und der ungerechtfertigten Bereicherung 1597<sup>33</sup>

§ 615 BGB. Kein Recht auf Beschäftigung an rein kirchlichen Feiertagen, wo Arbeitsruhe betriebsüblich 1789<sup>24</sup>

Für Angestellte gem. § 616 II BGB. und für gewerbliche Angestellte gemäß § 133c GewD. Anspruch auf Vergütung für den Krankheitsfall unabhängig, auch nicht durch Abzug vom Krankengeld einzuschränken † 1642<sup>23</sup>

Bedeutung und Zweck des § 618 BGB. Übernahme der Fürsorgepflicht durch Dritten als Erfüllungsgehilfen 1788<sup>32</sup>

§ 618 BGB. Ausführung von Bauarbeiten gemeinsam durch privates Unternehmen und städtische Stelle, die durch Angestellten die Arbeiten leiten läßt. Übernahme von Fürsorgepflicht durch Stadt gegenüber den Arbeitern des privaten Unternehmens, aber nicht bzgl. Leistungen, die der verunglückte Arbeiter von DerGen. seines Unternehmens fordern kann 2250<sup>20</sup>

§ 626 BGB. Keine Verpflichtung des Dienstherrn, für den ein Angestellter infolge seines Verschuldens in der von ihm bekleideten Stellung untragbar geworden, ihn auf anderem Platze zu verwenden. — Nachprüfung durch das RevG. nur insoweit, ob bestimmter Vorgang in jedem Falle wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung bilden muß 1328<sup>26</sup>

Haftung des Arbeitgebers wegen nach Beendigung des Dienstverhältnisses erteilter schuldhafte falscher Auskünfte über seinen Arbeitnehmer 1628<sup>6</sup>

§ 1157 BGB. Haftung desjenigen, der Arbeitsgerät für auszuführende Arbeit stellt, für die Beschaffenheit des Gerätes auch gegenüber den von seinem Vertragspartner herangezogenen Hilfskräften 2125<sup>29</sup>

**Dienstwohnung**

Zur Frage der Geltung des Kündigungsschuzes für D. 1129

**Dollar**

Bei Vereinbarung des USA.-D. als Wertmesser zur Sicherung einer in anderer ausländischer Währung geschuldeten Zahlung, mangels Vereinbarung von Goldklausel kein Schutz des Gläubigers gegen Entwertung des D. Aber Ausgleichsanspruch gegeben bei derartiger Vereinbarung zur Sicherung der in Gesellschaftsvertrag von DSG. oder



KommGes. zur Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters festgesetzten langfristigen Abzahlungs-raten 1282<sup>6</sup>

### Dreischmaschine

Keine Erstattungspflicht für Kosten der Wahrnehmung eines von Sachverständigen zur Bornahme eines Probebruchs mit bemängelter D. anberaumten Termins durch RA. 1380<sup>22</sup>

### Drohung

§ 123 ABGB. Androhung eines zulässigen Verhaltens zwecks Erzielung eines Erfolgs, auf den kein Anspruch besteht 2167<sup>6</sup>

### Druckschrift

Das Recht der Pflichtexemplare. Schrifttum 1414

### Eheanfechtung

Maßgebend für die Befugnis, eine unter der Herrschaft des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl in Österreich geschlossene Ehe wegen Nichtigkeitgrundes der Impotenz anzusehen, sind die Bestimmungen des österr. Rechts über E. wegen Ungültigkeitsgrundes des Unvermögens 1144<sup>8</sup>

### Eheaufhebung

§ 37 EheG. Fehlen des Geschlechtsverkehrs der Ehegatten bei Fortsetzung der allgemeinen Lebensgemeinschaft kein Indiz dafür, daß Wille zur Fortsetzung der Ehe nicht vorhanden 2001<sup>1</sup>

Verneinung des Vorhandenseins des Willens zur Fortsetzung der Ehe i. S. des § 37 II EheG. auch möglich, wenn Ehegatte nach Entdeckung des Irrtums zu erkennen gibt, daß er von Erhebung der Aufhebungs-klage absehen will 2241<sup>14</sup>

Im Fall des § 37 EheG. wird Kenntnis des nichtaufhebungsberechtigten Ehegatten vom Irrtum des andern Ehegatten und der Ursächlichkeit des Irrtums gefordert. In entsprechender Anwendung der §§ 60 III, 61 II EheG. für die Klage ist bei E. aus Verschulden des bekl. Ehegatten sein Mitschuldentrag, ohne sein Verschulden sein Schuldentrag zu beachten 1672<sup>9</sup>

Nach Ablauf der Frist zur Klagerhebung gem. § 40 EheG. Verlangen auf E. nur bei neuen Umständen, aus denen sich für den Kl. neue Erkenntnis hinsichtlich des Irrtums ergibt, dem er bei Eheschließung unterlegen 1563<sup>1</sup>

Schuldausspruch bei E. erfordert ebensowenig wie bei Scheidung wegen Verschuldens besonderen Antrag. Die Kenntnis des Aufhebungsgrundes (§ 42 II EheG.) setzt kein Verschulden, folglich auch keine Schuldfähigkeit voraus 1625<sup>1</sup>

Antrag des auf E. Verkl., der selbst Ehescheidung aus Verschulden des Kl. begehren könnte, auf Schuldigerklärung des Kl. 1139<sup>1</sup>

Ehenichtigkeitsgrund der Impotenz nach kanonischem Recht nicht gleichartig mit Grund des Irrtums über die Person des anderen Ehegatten betr. Umstände. Maßgebend für Befugnis, eine unter der Herrschaft des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl in Österreich geschlossene Ehe wegen Nichtigkeitsgrundes der

Impotenz anzusehen, sind die Bestimmungen des österr. Rechts über Eheanfechtung wegen Ungültigkeitsgrundes des Unvermögens 1144<sup>8</sup>

### Ehebruch

Sittenwidrigkeit der Zuwendungen eines verheirateten Mannes an seine Geliebte, wenn sie zur Förderung der Fortsetzung des ehebrecherischen Verhältnisses bestimmt sind 2167<sup>7</sup>  
Anwendung des § 56 EheG. nur bei Feststellung, daß die Verfehlung, insbes. E., von dem verletzten Ehegatten schlechterdings nicht mehr als ehezerstörend empfunden werden konnte 1890<sup>4</sup>

Auch nach Scheidung von Tisch und Bett bildete der E. des geschiedenen Ehegatten den Trennungsgrund des E. nach § 115 ABGB. 2078<sup>20</sup>

Beschwer des Kl. und daher Zulässigkeit der Berufung, wenn das Urteil dem Klagebegehren nur teilweise, nämlich nur hinsichtlich der Scheidung, nicht hinsichtlich des Scheidungsgrundes, z. B. E. mit bestimmter Person, entspricht 1140<sup>2</sup>

### Ehefrau

Zur Frage der Unterhaltspflicht des geschiedenen arischen Ehemanns gegenüber der jüdischen E. 1267

Die Pflicht der geschiedenen und getrennt lebenden Ehefrau zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit 1543  
Familienrechtliche Arbeitspflicht der E. Entgeltansprüche für darüber hinausgehende Leistungen unter den Gesichtspunkten des Dienstvertrages und der ungerechtfertigten Bereicherung 1597<sup>28</sup>

Wenn Schuldner für uneheliches Kind und für seine E. unterhaltspflichtig, ist bei Bemessung des Unterhalts für das uneheliche Kind zu berücksichtigen, daß in dem Unterhalt für E. auch derjenige für deren Kinder aus erster Ehe mit inbegriffen 2110<sup>9</sup>

### Ehegattenerbhof

Für Entstehung eines E. steht Eigenbesitz am Grundstück dem Eigentum nicht ohne weiteres gleich 1846<sup>28</sup>

### Ehegesetz v. 6. Juli 1938

Schrifttum 1276

### Eheleute

Bei Herausgabe und Erjähspflicht desjenigen, der den Besitz des Grundstücks auf Grund nichtigen Pachtvertrags unentgeltlich i. S. des § 988 ABGB. erlangt hat, Herausgabe der Nutzungen nach den Grundbesitzen über ungerechtfertigte Bereicherung. Beweislast der Ehefrau, die als Mitpächterin aufgetreten und Nichtbeteiligung an der Fruchtziehung behauptet 1949<sup>18</sup>

Grundstück, als dessen Eigentümer im Grundbuch Ehefrau eingetragen, ist im Auftrag des Ehemanns mit dessen Mitteln erworben. Feststellungsklage des Ehemanns, daß Ehefrau ohne seine Zustimmung nicht über das Grundstück verfügen kann 2115<sup>19</sup>

§ 845 ABGB. Anrechnung des Unterhalts, den der Ehemann hätte seiner Frau leisten müssen, bei Schadenersatzanspruch für den Wert der infolge ihres Todes ihm entgehenden Dienste 1192<sup>8</sup>

Geltendmachung des Anspruchs des Ehemanns auf Rückerstattung der

von ihm an die Ehefrau bezahlten Prozeßkostenvorschüsse im Kostenfestsetzungsverfahren 1785<sup>17</sup>

Zur Frage der Sittenwidrigkeit bzw. Anfechtbarkeit der Übertragung des Geschäfts des Ehemanns auf die unvermögende Ehefrau 1776<sup>9</sup>

§ 1 SchuldbereinG. Wirtschaftlicher Zusammenbruch des Schuldners, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde. Gewährung der Schuldbereinigung auch bei Übertragung des Geschäfts durch den Konkursverwalter auf die Ehefrau 1892<sup>5</sup>

Unerbenbestimmung gem. § 50 ESNB auch, wenn Ehegatten sich gegenseitig nur zu Miterben eingesetzt oder mit Vermächtnis bedacht haben. Keine Bindung zugunsten der Verwandten des anderen Ehegatten für den Ehegatten, dem im gemeinschaftlichen Testament vom anderen weniger als sein gesetzlicher Erbteil zugewendet wird 2171<sup>12</sup>

Anspruch auf tarifliche Treuprämie für verheiratete landwirtschaftliche Arbeiter grundsätzlich nur für den Mann, nicht außerdem für die vertragsmäßig im Betrieb mitarbeitende Ehefrau 1392<sup>40</sup>

### Eheliche Gemeinschaft

vgl. unter Häusliche G.

### Eheliches Güterrecht

§ 1380 ABGB. Bei Zustimmung der Ehefrau zur Prozeßführung des Mannes Wirkung des Urteils für und gegen die Ehefrau. Widerruf der vorher erteilten Zustimmung nur bis zur Klagerhebung 1371<sup>12</sup>

Formvorschrift des § 1434 ABGB. nur auf Verträge anwendbar, die inhaltlich Eheverträge sind, also das gesetzliche G. abändern 1782<sup>14</sup>

§ 627 ZPO. Bei Gütertrennung keine Prozeßkostenvorschusspflicht des Ehemanns im Ehestreit gegenüber seiner Ehefrau 1384<sup>28</sup>

§ 1239 ABGB. Befugnis des Ehemanns, die Nutzungen, die er während der bestehenden Gütergemeinschaft geerntet hat, auch nach Beendigung der Verwaltung zu behalten 2190<sup>33</sup>

Art. 15 ÖBBV. Für G. belgischer Ehegatten maßgebend das Recht ihres ersten Ehedomicils. Rechtsnatur des im belg. Recht enthaltenen Verbots der Ehegattengesellschaft 1373<sup>14</sup>

### Ehelichkeitsanfechtung

Die neuere Rspr. des RO. zur E. (§§ 1591 ff. ABGB.) 1552

Die E. nach § 1594 ABGB. in der höchstgerichtlichen Rspr. 1989

Die Rechtsstellung des StA. bei der E. 1555

Nach E. durch Ehemann innerhalb Jahresfrist Ausübung des Anfechtungsrechts durch StA. nach rechtskräftiger, wenn auch aus sachlichen Gründen erfolgter Abweisung der Klage des Ehemanns. Keine gerichtliche Nachprüfung des Ermessens des StA., wonach Anfechtung geboten 1194<sup>9</sup>

### Ehemann

§ 172 StPD. Der E. der fahrlässig Getöteten ist Verlehter 1839<sup>19</sup>

Beihilfe zum Zeugenmord im bürgerlichen Rechtsstreit begangen durch



- Partei, die es unterläßt, falsche Parteibehauptung zu berichtigen, für die sie den Zeugen benannt hat; insbes. Pflicht des E., Meineid der Frau zu verhindern † 2057<sup>1</sup>
- Chemündigkeitserklärung**  
E. und Volljährigkeitserklärung zum Zwecke der Eheschließung 2053
- Cherichtigkeits**  
Grund der Impotenz nach kanonischem Recht nicht gleichartig mit Eheaufhebungsgrund des Irrtums über die Person des anderen Ehegatten betr. Umstände. Maßgebend für Befugnis, eine unter der Herrschaft des Konfordsats mit dem Heiligen Stuhl in Österreich geschlossene Ehe wegen Nichtigkeitsgrundes der Impotenz anzufechten, sind die Bestimmungen des österr. Rechts über Eheanfechtung wegen Ungültigkeitsgrundes des Unvermögens 1144<sup>8</sup>
- Cherecht**  
Das deutsche E. Schrifttum 2160  
Griechisches internationales E. Schrifttum 2157
- Chesachen**  
Die Beeidigung des Zeugen im Eheprozeß 1653  
Rspr. betr. einstweilige Anordnungen in E. 1167  
Zur Frage der Kostenentsch. bei einstweiligen Anordnungen nach § 627 ZPO. 1268  
Zustellung einstweiliger Anordnungen nach § 627 n. F. ZPO. 1997  
Vergleichsgebühr und Rechtsmittelverzicht in E. 1986  
Unter Inland i. S. des § 606 II ZPO. wird jetzt auch Danzig verstanden 1383<sup>26</sup>  
§ 614 a ZPO. Keine Erteilung einer gerichtlichen Bescheinigung darüber, daß das Scheidungsurteil durch Klagezurücknahme gegenstandslos geworden, wenn kein Bedürfnis dafür vorhanden † 1694<sup>25</sup>  
§ 615 ZPO. Bedingte Erhebung der Widerklage in E., insbes. Beschränkung auf bestimmten Fall 1956<sup>50</sup>  
Erfordernis deutlicher Wiedergabe der Aussagen der gem. § 619 ZPO. vernommenen Parteien im Urteil 1438<sup>25</sup>  
Anwendbarkeit des § 377 IV ZPO. (schriftliche Erklärung des Zeugen) auch im Eheverfahren † 1585<sup>27</sup>
- Chetsanwaltsgebühren**  
Angebühren für Vergleich zur Hauptsache im Ehestreit † 1738<sup>14</sup> 1739<sup>15</sup>  
Durch Erscheinen des Anw. im Verhandlungstermin wird neben der Prozeßgebühr keine weitere Gebühr ausgelöst, auch nicht durch Abgabe von den Prozeßverlauf bestimmenden Erklärungen im Termin, z. B. Klagerücknahme im Falle des § 614 a ZPO. 1386<sup>32</sup>  
Gefürzte Höchstgebühr des Staffeltarifs des ArmAnwG. für einen Eheprozeß u. Unterhaltsanspruch erlebenden Gesamtvergleich † 1587<sup>29</sup>
- Zu § 627 ZPO.**  
§ 627 ZPO. Bei Gütertrennung keine Prozeßkostenvorrichtungspflicht des Ehemanns im Ehestreit gegenüber seiner Ehefrau † 1384<sup>28</sup>  
§ 627 ZPO. Ablehnung des Erlasses einer einstweiligen Anordnung gegen Ehemann auf Prozeßkostenvorrichtung,
- wenn Unterliegen der Frau anzunehmen oder wenn Ehemann zur Zahlung nicht in der Lage 1484<sup>19</sup>  
Auf den der einstweiligen Anordnung (§ 627 ZPO.) vorbehaltenen Gebieten kein Raum für Eintragsgem. §§ 935 ff. ZPO. Zuständigkeit des Ehegerichts, neben der Anordnung des Getrenntlebens auch für innerhalb des allgemeinen Rahmens des Getrenntlebens erforderliche Maßnahmen † 1586<sup>28</sup>  
Mündliche Verhandlung im Verfahren aus § 627 ZPO. im gebührenrechtlichen Sinne nicht schon durch Antrag auf einstweilige Anordnung aus § 627 ZPO., sondern erst durch entsprechende Anordnung des Gerichts eingeleitet 1206<sup>18</sup>  
Nachträgliche Armenrechtsbewilligung für einen nach Rechtskraft des Scheidungsurteils geschlossenen Unterhaltsvergleich im Rahmen des § 627 b ZPO. 2190<sup>32</sup>  
Aussetzung des Hauptverfahrens gilt nicht auch für einstweilige Anordnung nach § 627 ZPO. 2182<sup>22</sup>
- D itmärkisches Recht**  
§ 8 überl. V. Worauf erstreckt sich Zulassung der Rev. bei Häufung vorentscheidender Klage auf Scheidung oder Aufhebung einer Ehe mit vermögensrechtlicher Klage aus der Ehe? 2125<sup>23</sup>  
§ 108 EheG. Beschränkung des Beweismittels der Parteivernehmung in E. inhaltlich aufgehoben. Nach den ostmärkischen und sudetendeutschen Prozeßgesetzen Beweis der Scheidungs-, Aufhebungs- und Nichtigkeitsgründe des großdeutschen Eherechts durch Parteivernehmung zulässig 1596<sup>35</sup>  
Grundsatz des österr. Zivilprozeßrechts, wonach Klage in den Rechtsmittelinstanzen unabänderlich, durch § 76 Durchf. V. z. EheG. für E. durchbrochen, jedoch keine Zulassung der Klageänderung für das Revisionsverfahren 1589<sup>30</sup>
- Chescheidung**  
Berührt das neue EheG. alte Unterhaltsverträge? 1981  
Die Pflicht der geschiedenen Ehefrau zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit 1543  
Zur Frage der Unterhaltspflicht des geschiedenen arischen Ehemanns gegenüber der jüdischen Ehefrau 1267  
§ 616 ZPO. und das neue Scheidungsrecht 1547  
Wann kann eine rechtskräftig abgewiesene Klage aus § 55 EheG. neu erhoben werden? 1983 2204 2242<sup>15</sup>  
E. ohne Verschulden. Schrifttum 1276
- § 46 EheG. Massenverschiedenheit der Ehegatten kein Scheidungsgrund 1589<sup>30</sup>  
§ 49 EheG. Entstehung des Scheidungsanpruchs setzt voraus Vorliegen mindestens einer Pflichtverletzung, die nicht durch Verzeihung, Fristablauf (§ 57 EheG.) oder gemäß § 616 ZPO. von der Geltendmachung als selbständiger Scheidungsgrund ausgeschlossen 1478<sup>8</sup>  
§ 49 EheG. Verneinung der sittlichen Rechtfertigung des Scheidungsbegehrens schon deshalb, weil sich
- auch der Kl. Eheverfehlungen hat zuschulden kommen lassen 1770<sup>3</sup>  
§§ 49, 55. Dem EheG. wie dem bisherigen Recht ist Gedanke einer Aufrechnung der beiderseitigen Eheverfehlungen fremd 1478<sup>8</sup> † 1677<sup>11</sup> 1770<sup>3</sup>  
Scheidung der Ehe statt, wie beantragt, aus § 49 EheG. aus § 50 EheG. nur bei wenigstens hilfsweisem Vorbringen dieses Begehrens. Wann kann trotz eigener grober Verfehlungen des Kl. sein Scheidungsbegehren aus § 49 sittlich gerechtfertigt sein? † 1675<sup>10</sup>  
Keine Gewährung des Scheidungsanspruchs gem. §§ 49, 50, 55 EheG. für Ehegatten, dem infolge geistiger Erkrankung das Verständnis für das Wesen der Ehe und für zur Zerrüttung geeignete Tatsachen verlorengegangen 1474<sup>6</sup>  
Im Fall des § 49 EheG. kann durch krankhafte Störung der Geistestätigkeit das Verschulden oder doch die Bewertung als schwere Eheverfehlung ausgeschlossen werden † 1625<sup>1</sup>  
Voraussetzung des Scheidungsanpruchs aus § 50 EheG. ist eherrüttendes Verhalten des geistig geübten Ehegatten, das sich sachlich als Eheverfehlung darstellt † 1885<sup>1</sup>  
Für Anwendung des § 50 EheG. maßgebend ist Fortdauer der tiefen Zerrüttung, nicht der geistigen Störung. — Außergewöhnliche Härte i. S. des § 54 EheG. † 2161<sup>1</sup>  
§ 53 EheG. Der vorzeitigen Unfruchtbarkeit gleichzusetzen sind Hemmnungen des Mannes beim Geschlechtsverkehr mit seiner Frau, wodurch deren Empfängnis unmöglich 1564<sup>2</sup>  
§ 53 EheG. Bei erst nach 10jährigem Bestehen der Ehe eingetretener Unfruchtbarkeit regelmäßig Verneinung der sittlichen Berechtigung der Scheidung † 1887<sup>2</sup>  
§§ 53, 54 EheG. Scheidung wegen Unfruchtbarkeit nicht unbedingt ausgeschlossen, wenn Unfruchtbarkeit in Erfüllung der Frauen- und Mutterpflichten eingetreten 2001<sup>3</sup>  
§ 53 EheG. Zur Frage, ob wegen Bestimmung des Kl. auch noch durch andere Gründe neben der Unfruchtbarkeit das Scheidungsbegehren sittlich nicht gerechtfertigt † 2162<sup>2</sup>  
§ 55 EheG. Wann liegt unheilbare Zerrüttung der Ehe vor? 1480<sup>11</sup> 1567<sup>4</sup>  
§ 55 EheG. Zur Frage, ob Zerrüttung der Ehe durch neu hinzutretende Umstände noch vertieft werden kann † 1564<sup>3</sup>  
Gem. § 55 I EheG. ununterbrochener Lauf der 3jährigen Frist gefordert † 1675<sup>10</sup> 1772<sup>6</sup>  
§ 55 EheG. „Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft“ setzt nicht Entfremdung voraus, sondern wird durch äußeren Tatbestand erfüllt. Mit dem Wesen der Ehe unvereinbar ist, in ihr wirtschaftlichen Ausgleich für Verzicht der Frau auf bereits besessene Erwerbsstellung zu finden † 2003<sup>4</sup>  
§ 55 EheG. Beweislast desjenigen Ehegatten, der die häusliche Gemeinschaft aufgehoben hat, für seinen berechtigten Grund hierzu; ebenso, wenn Verweigerung der häuslichen



- Gemeinschaft als Scheidungsgrund i. S. des § 49 EheG. in Betracht kommt 2001<sup>2</sup>
- Im Rahmen des § 55 I EheG. Feststellung des Schuldigen nicht erforderlich, wohl aber für die Frage der Zulässigkeit des Widerspruchs nach § 55 II. Berechtigung zum Widerspruch auch auf Grund verziehener Verfehlung. Der Gatte, der sich von häuslicher Gemeinschaft löst, muß die gegen ihn sprechende Vermutung entkräften † 1770<sup>4</sup>
- § 55 EheG. Berücksichtigung des bevölkerungspolitischen Werts oder Unwerts einer Ehe für den Scheidungsrichter unter dem Gesichtspunkt, ob sie zugunsten der Scheidung der bestehende Ehe von Belang 1627<sup>3</sup>
- § 55 EheG. Beweispflicht des Ehegatten, der seine Familie verlassen und ehebrecherische Beziehungen aufgenommen hat, dafür, daß Ehezerüttung andere Ursachen hat. Bei Prüfung der Zulässigkeit und Beachtlichkeit des Widerspruchs Pflicht des Gerichts zur sorgfältigen Erforschung des Ursprungs der Ehezerüttung. Bedeutung unverschuldeter Umstände, die zur Ehezerüttung beigetragen haben, für sittliche Rechtfertigung ihrer Aufrechterhaltung oder Lösung † 2004<sup>5</sup>
- § 55 EheG. Kann bei Zerrüttung, die nur durch Verlust des ehelichen Gefühls auf Seiten eines Ehegatten erfolgt, dieser einen ernstlichen Versöhnungsversuch ebenso wie ernstliches Verlangen des anderen Ehegatten nach Herstellung der ehelichen Gemeinschaft ablehnen? 1363<sup>5</sup>
- Im Fall, daß Kl. schon in Vorprozess E. aus § 55 EheG. hätte durchsetzen können, aber damals dies nicht geltend gemacht hat, § 616 ZPO. anwendbar, so daß Klage aus § 55 drei Jahre nach der letzten Tatsachenverhandlung des Vorprozesses erhoben werden kann 1773<sup>7</sup>
- § 55 II EheG. Für Beachtlichkeit des Widerspruchs ist auch wichtig, ob Entfremdung der Parteien und Trennung schon erfolgt ist, als die Ehegatten und namentlich die Frau noch auf der Höhe des Lebens standen † 1361<sup>1</sup>
- § 55 II 1 EheG. Ausschluß des überwiegenden Verschuldens des klagenden Ehegatten an der Zerrüttung, wenn diese ganz oder teilweise auf Ursachen zurückgeht, die von keinem Ehegatten verschuldet sind † 1889<sup>3</sup>
- Für Anwendung des § 55 II 1 EheG. unmaßgeblich ist, ob das Verhalten des Kl. infolge geminderter Zurechnungsfähigkeit milder zu beurteilen. Dem Verschulden des Kl. an Zerrüttung der Ehe ist gleichzusetzen der Fall, daß ihm sein ehezerrütendes Verhalten infolge geistiger Störung nicht zum Verschulden anzurechnen, er sich aber auf die von ihm herbeigeführte Zerrüttung zur Begründung des Scheidungsanspruchs beruft 1474<sup>6</sup>
- Aufrechterhaltung der Ehe trotz sonstiger Wertlosigkeit, wenn bei Wiederverheiratung die kinderreiche Vekl., die ihre Pflichten als Frau und Mutter gut erfüllt hat, im Alter der Not ausgesetzt wäre 1363<sup>4</sup> 1478<sup>9</sup> 1480<sup>13</sup>
- Aufrechterhaltung der Ehe im Hinblick auf das Vorhandensein mehrerer minderjähriger verpflegungspflichtiger Kinder 1480<sup>13</sup> 1567<sup>6</sup> † 2004<sup>5</sup>
- § 55 EheG. bezweckt nicht, dem Ehegatten die Möglichkeit zu geben, sich seiner wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seiner Frau zu entledigen 2163<sup>3</sup>
- Beachtlichkeit des Widerspruchs, wenn die Vekl. Ehefrau große persönliche Opfer in der Ehe gebracht hat, insbes. durch die Schuld des Kl. erkrankt und arbeitsunfähig geworden ist 1479<sup>10</sup> † 2243<sup>16</sup>
- Ablehnung des Widerspruchs, wenn die Aufhebung der wertlos gewordenen alten Ehe dazu dienen soll, eine andere schon lange Jahre bewährte Lebensgemeinschaft in Ehe umzuwandeln und den daraus hervorgegangenen Kindern die Stellung ehelicher Kinder zu verschaffen 1362<sup>2</sup> 1771<sup>5</sup>
- E. aus § 55 EheG. auch bei schwerstem Verschulden des Kl. Lösung inhaltlos gewordener Ehe nicht nur, weil neue Ehe mit Aussicht auf Kinderlegen beabsichtigt, sondern auch, wenn dadurch eine schon lange Jahre bestehende Lebensgemeinschaft legalisiert werden soll 1141<sup>3</sup>
- § 55 II EheG. Nichtberücksichtigung des Widerspruchs trotz Vorhandenseins mehrerer minderjähriger Kinder und großer von der Ehefrau in der Ehe gebrachter Opfer wegen besonderer Feindschaft der Parteien und völliger Entfremdung der Kinder von der Mutter 1143<sup>6</sup>
- Keine Anerkennung der wirtschaftlichen Belange der Vekl. Ehefrau insofern, als ihre Erwerbsfähigkeit infolge ihres Alters aufgehoben oder gemindert ist 1363<sup>5</sup>
- § 55 II EheG. Rechtsnatur des Widerspruchs. Zurücknahme auch noch in der Rev.Just. zulässig † 1626<sup>2</sup>
- Auch bei E. aus § 55 EheG. ist dem Antrag des Kl. auf Ausspruch, daß Verschulden der Vekl. in gleichem Maße vorhanden, stattzugeben 1143<sup>6</sup> 1363<sup>5</sup>
- § 56 EheG. Rechtsirrigkeit der Auffassung, daß jeder Grad von Ehezerüttung noch weitere Vertiefung durch eine Eheverfehlung zulasse 1364<sup>6</sup>
- § 56 EheG. Rechtliche Bedeutungslosigkeit der Verzeihung, wenn dem verletzten Ehegatten infolge geistiger Erkrankung das Verständnis für das Wesen der Ehe verlorengegangen † 1475<sup>7</sup>
- Anwendung des § 56 EheG. nur bei Feststellung, daß die Verfehlung, insbes. Ehebruch, von dem verletzten Ehegatten schlechterdings nicht mehr als ehezerrütend empfunden werden konnte † 1890<sup>4</sup>
- § 60 EheG. Begründung des Mitschuldens des Vekl. mit Eheverfehlung der Kl., obgleich in früherem Streit der Parteien die auf den gleichen Tatbestand gestützte Widerklage wegen Verzeihung rechtskräftig abgewiesen worden † 1364<sup>7</sup>
- § 60 EheG. Bei Abwägung des beiderseitigen Verschuldens der Ehegatten Berücksichtigung des Umstandes, daß die Frau zu anderem Mann in sittenwidriger dauernder Lebensgemeinschaft steht; aber keine nochmalige Heranziehung dieses Umstandes bei Unterhaltungsfrage gem. § 66 EheG. wegen sittenwidriger Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs 1480<sup>14</sup>
- § 60 EheG. Überwiegendes Verschulden des einen der beiden für schuldig erklärten Gatten darf nicht festgestellt werden, wenn der andere darauf verzichtet † 1678<sup>12</sup>
- § 60 II 2 EheG. Kein Ausspruch des überwiegenden Verschuldens eines Ehegatten bei E. schweizerischer Staatsangehöriger 2006<sup>8</sup>
- Wann kann der aus anderem Grunde auf Scheidung verklagte Ehegatte Scheidungswiderklage wegen Verfehlung des klagenden Ehegatten erheben und Schuldantrag nach § 61 II EheG. stellen, ohne Gefahr zu laufen, den Unterhaltsanspruch nach Billigkeit (§ 69 II EheG.) zu verlieren? Auf Klage aus § 55 EheG. in Verbindung mit Schuldantrag des Kl. entweder im vollen Umfang stattgeben oder Klageabweisung † 1564<sup>3</sup>
- § 61 II EheG. Nur ausnahmsweise Berücksichtigung eines durch Fristablauf erledigten Scheidungsgrundes für den Schuldausspruch nach Billigkeit 1627<sup>4</sup>
- Durch Neuerungsverbot des § 482 II SúdZPO. Stellung des Antrags nach § 61 II EheG. in zweiter Instanz nicht ausgeschlossen 2124<sup>27</sup>
- Antrag des auf Eheaufhebung Vekl., der selbst E. aus Verschulden des Kl. begehren könnte, auf Schuldausspruch des Kl. † 1139<sup>1</sup>
- Beschwer des Kl. und daher Berufung zulässig, wenn das Urteil dem Klagebegehren nur teilweise, nämlich nur hinsichtlich der Scheidung, nicht hinsichtlich des Scheidungsgrundes entspricht † 1140<sup>2</sup>
- Unterhaltsbeitrag gem. § 68 EheG. kein echter Unterhaltsanspruch; daher Haftung der unterhaltsverpflichteten Verwandten vor dem geschiedenen Ehegatten; desgl. gehen Unterhaltsansprüche des zweiten Ehegatten und der Kinder des nach § 68 beitragsverpflichteten Ehegatten dem Anspruch des geschiedenen Ehegatten vor † 2245<sup>17</sup>
- Keine Verwirkung des Unterhaltsanspruchs gem. § 74 EheG. durch Verhalten des berechtigten Ehegatten, das vor Inkrafttreten des EheG. liegt 1567<sup>6</sup>
- Schwere Verfehlung i. S. des § 74 EheG. Bei Fortdauer der Verfehlung aus der Zeit vor Inkrafttreten des EheG. über den 1. Aug. 1938 hinaus Geltendmachung des gesamten Tatbestandes für Verwirkung des Unterhaltsanspruchs zulässig † 2246<sup>18</sup>
- § 80 EheG. Gültigkeit einer zwischen geschiedenen Gatten getroffenen Vereinbarung über Unterhaltspflicht unberührt davon, daß Gatten einen nicht mehr bestehenden Scheidungsgrund geltend gemacht hatten † 1365<sup>8</sup>
- § 80 EheG. Zur Frage der clausula rebus sic stantibus bei Unterhaltsverträgen † 2163<sup>4</sup>



§ 80 EheG. Streitwert für Unterhalts- und Kostenvergleich 1143<sup>7</sup>  
 Aus der Versöhnung der Ehegatten kann Vereinbarung über die Kosten der Rücknahme der bereits erhobenen Scheidungsklage nicht entnommen werden 1894<sup>8</sup>  
 Keine Ausschließungswirkung gemäß § 616 BPD. für solche Tatsachen, die in Rechtsstreit auf Scheidung von Tisch und Bett nach früherem österr. Recht geltend gemacht worden sind † 1736<sup>11</sup>  
 Abreden, durch die im Fall des § 1635 BGB. die Ausübung des Personensorgerrechts vom berechtigten Ehegatten auf den anderen übertragen wird, wirksam, aber nicht bindend und frei widerruflich. Sittenwidrigkeit solcher Vereinbarung, wenn sie unter Ausübung unzulässigen Drucks — z. B. Androhung von Vermögensnachteil — erfolgt 1425<sup>9</sup>  
 Ruht bei E. die elterliche Gewalt des Vaters, so ist Antrag der Mutter auf Übertragung der Ausübung der elterlichen Gewalt gem. § 1685 II BGB. abzulehnen, wenn ihr Teile derselben alsbald wieder entzogen werden müßten. Bei Ungeeignetheit der Mutter zur Personensorge für Kind ist diese gem. § 81 IV EheG. dem Vormund zu übertragen † 1303<sup>15</sup>  
 Durch Wiederverheiratung der geschiedenen Mutter, der die Personensorge einschließlich gesetzlicher Vertretung des Kindes zusteht, Verlust der gesetzlichen Vertretung. Entsch. aus § 81 IV EheG. geboten 1305<sup>16</sup>  
 § 81 EheG. Voraussetzungen für einseitige Regelung, insbes. in dem Sinn, daß das Kind vorerst bei dem nichtsorgeberechtigten Teil verbleibt. Wann ist gem. § 81 IV beiden Elternteilen die Sorge für das gemeinschaftliche Kind zu entziehen und die Unterbringung an dritter Stelle anzuordnen oder die Personensorge einem Pfleger zu übertragen? † 2248<sup>19</sup>  
 § 81 III EheG. Auch bei Erklärung der Ehefrau für allein oder überwiegend schuldig Zulässigkeit der Zuteilung des Sorgerechts an den Vater, der das Kind z. B. nicht zu sich nehmen kann und es bei der Mutter beläßt, die gut dafür sorgt 2166<sup>5</sup>  
 Bei Meinungsverschiedenheit der geschiedenen Eltern — des unterhaltspflichtigen Vaters und der sorgeberechtigten Mutter — über Schul- und Berufswahl des Kindes für die Entsch. die Sorgerechtszuteilung maßgebend 1634<sup>12</sup>  
 Pflegerbestellung für Ausübung der Personensorge über Kinder aus geschiedenen Ehen gem. § 81 IV EheG. auch nach dem Tode eines Elternteils 1567<sup>7</sup>  
 § 82 EheG. Bei Scheidungsstreit Zuständigkeit des Prozeßgerichts zur Regelung des Verkehrs der Eltern mit den Kindern; keine Verweisung der Parteien an das VormGer. 2006<sup>7</sup>  
 Keine anderweite Regelung nach § 97 Satz 2 EheG. bei altgeschiedener Ehe, wenn das Kind bei dem sorgeberechtigten Elternteil nicht gefährdet ist, sondern nur bei dem an-

deren Elternteil „besser“ untergebracht wäre 2006<sup>8</sup>  
 Zulässigkeit von Gesamtvergleich über die im Verfahren aus §§ 627, 627 b BPD. geltend zu machenden Unterhaltsansprüche unter Einbeziehung des Scheidungsprozesses und sonstiger vermögensrechtlicher Ansprüche der Ehegatten 1956<sup>31</sup>  
 Vergleichsgebühr des RV. bei Gesamtvergleich im Scheidungsprozeß, in dem gegen vergleichsweise Unterhaltsregelung auf Rechtsmittel verzichtet wird 2122<sup>24</sup>  
 Anwendung der im Mietvertrag mit Mehrheit von Mietern getroffenen Vereinbarung, daß die von einem der Mieter abgegebene Erklärung für und gegen alle Mieter wirken soll, auf die von einem Mieter nach Scheidung seiner Ehe mit der Mitmieterin ausgesprochene Kündigung 1578<sup>17</sup>

§ 606 II BPD. Zuständigkeit des Gerichts des letzten Wohnsitzes, den Ehemann im Geltungsbereich der KZPD. hatte, für Scheidungsklage, wenn an seinem jetzigen ostmärk. Wohnsitz nach der ÖZM. kein Gerichtsstand dafür begründet 2114<sup>17</sup>  
 Für Wiedervereinigung i. S. des § 110 ABGB. ist maßgebend der Wille der Ehegatten, die eingetretenen Folgen der Scheidung von Tisch und Bett wieder zu beseitigen. — Auch Ehebruch des geschiedenen Ehegatten bildet Trennungsgrund nach § 115 ABGB. 2078<sup>30</sup>  
 Zeitpunkt der Erhebung der Scheidungsklage i. S. des Art. 17 I EG-BGB. 1782<sup>15</sup>  
 § 606 IV BPD. Mit Jugoslawien Gegenseitigkeit in Ehesachen nicht verbürgt. Deutsche Gerichte in Ehesachen jugoslawischer Staatsangehörigkeit nicht zuständig 1383<sup>20</sup>  
 § 606 IV BPD. Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Ehescheidung von Dänen. Dänemark erkennt die deutschen Ehescheidungsurteile dänischer Staatsangehöriger an 1383<sup>27</sup>  
 Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Scheidung der Ehen griechischer Staatsangehörigkeit † 1955<sup>20</sup>

#### Eheschließung

Ehemündigkeitsklärung und Volljährigkeitserklärung zum Zwecke der E. 2053

Ehestandsdarlehn Schrifttum 1936

#### Eheanglichkeitszeugnis

Keine Bindung des Erbges. durch die Entsch. eines Gesundheitsamts in E., der Betroffene sei nicht erkrankt 2079<sup>32</sup>

#### Ehevertrag

Begründung von Gemeinschafts- oder Gesellschaftsverhältnis zwischen Ehegatten erfordert nicht förmlichen E. 1782<sup>14</sup>

#### Ehrengerichtsbarkeit, soziale

§§ 36, 38 ArbDB. Kann die Aberkennung der Befähigung, Führer des Betriebs zu sein, zeitlich und betrieblich beschränkt werden? 2126<sup>32</sup>

#### Eidesnotstand

Maßgebend für Anwendung des § 157 StGB. ist Standpunkt z. B. der Beidigung der unrichtigen Aussage; unmaßgeblich ist Standpunkt der

Gegenwart † 1095<sup>2</sup>, desgl. unmaßgeblich die Meinung des Schwörenden 1097<sup>3</sup>

Für Anwendung des § 157 StGB. ist nicht maßgebend, wie die vom Zeugen zu offenbarende Bortat bei Durchführung des Strafverfahrens gegen ihn schließlich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht zu beurteilen sein würde † 1417<sup>2</sup>

#### Eidesstattliche Versicherung

Notar als „zuständige Behörde“ i. S. der §§ 156, 163 StGB. 1095<sup>1</sup> † 1234<sup>5</sup>

#### Eigentum

§ 771 BPD. Klagebefugnis des Widerspruchsl. durch Veräußerung der gepfändeten Sache während des Widerspruchsstreits an Dritten unberührt 1692<sup>23</sup>

#### Eigentümergebäude

Abtretung einer Tilgungshypothek einschließlich der getilgten, zur E. gewordenen Beträge unter grundbuchlichem Vermerk, welcher Teil Hypothek und welcher Teil Grundschuld ist. Im Fall der Teilabtretung Teilbrief über den ganzen abgetretenen Betrag 1574<sup>13</sup>

Eine auf Grund des deutsch-schweizerischen Goldhypothekensabkommens bestellte Grundschuld bleibt ausgestattet mit den Vorteilen dieser Beträge, insbes. freier Übertragbarkeit, auch wenn sie E. wird. Zur Frage des Verstoßes gegen die im Juli-Aug. 1932 in Geltung gewesenen debitorrechtlichen Vorschriften durch Abtretung der Frankengrundschuld 2071<sup>23</sup>

Keine Anwendung des § 11 BD. vom 27. Sept. 1932 über Zinsermäßigung für den landwirtschaftlichen Realcredit auf Rechte, die bei Inkrafttreten der BD. E. waren 1535<sup>27</sup>

#### Eigentumserwerb

Der E. durch Austauschgeschäft 1264  
 Schrifttum 1275

#### Eigentumsvorbehalt

Anwendung der Schutzvorschrift des § 811 BPD. bei Pfändung der vom Gläubiger unter E. auf Abzahlung an den Schuldner gelieferten Sache 1485<sup>21</sup>

#### Einkommensteuer

Grundstücksveräußerungen u. E. 1504  
 Sind bei Schadensberechnung wegen Erwerbssausfalls die vom Verlehten für die E. gezahlten Beträge zu berücksichtigen? 1865

#### Schrifttum

Kommentar zum EinkStG. 1137  
 EinkStG., Neuer Finanzplan, Bürg. StG., WehrStG. 1360

EinkStG. und Neuer Finanzplan 1514  
 Die E. des Haus- und Grundbesizers nebst Kriegszuschlag zur E. und MehrE. 1936

#### Einfach-Wehrmachtgebührgesetz

Schrifttum 1360

#### Einpruch

Der außerordentliche E. im Strafverfahren 2133

§ 3a V BD. über die FürsPf. Bindung der Gerichte an Entsch. der Verwaltungsbehörden im E.- und Beschwerdeverfahren unter der Voraussetzung, daß das betr. Verfahren für die getroffene Entsch. gesetzlich zugelassen war 1849<sup>32</sup>



**Einstellung der Zwangsversteigerung**

Ist § 5 der W. v. 26. Mai 1933 auch bei jüdischen Schuldnern anwendbar? 1932

Beginn des Fristkaufs nach § 31 II ZwVerfG. nicht mit Tag des Inkrafttretens der VoderungsW., sondern Möglichkeit zur Fortsetzung und Beendigung des einstweilen eingestellten Zwangsversteigerungsverfahrens nur durch Fortsetzungsantrag gem. § 2 RodW. † 2258<sup>31</sup>

**Einstellung der Zwangsvollstreckung**

Zulässigkeit der Beschwerde gegen Einstellungs- und Aufhebungsbeschlüsse des UG. aus § 17 WVB. 1733<sup>9</sup>

§§ 79, 81 WVB. Haftung des Entscheidungsschuldners auf Grund des Urteils durch einstweilige E. d. Z. aus dem Urteil durch das Rechtsmittelgericht unberührt 2028<sup>23</sup>

**Einstellung des Strafverfahrens**

auf Grund des StraffreiG. vgl. unter Straffreiheit

E. d. St. nach Anpassung des österr. Strafrechts an das Reichsrecht 1805 1806

§ 83 DevG. Auspruch der E. d. St. gegen Nebenbeteiligte unzulässig, wenn ihre Mithaftung nicht beantragt worden 1239<sup>10</sup>

**Einstweilige Verfügung**

Rspr. zum Verfahren der e. V. 1167

Auf den der einstweiligen Anordnung (§ 627 ZPO.) vorbehaltenen Gebieten kein Raum für e. V. gemäß §§ 935 ff. ZPO. † 1586<sup>23</sup>

**Einzelhandel**

Kontrahierungszwang im E. ? 1088

**Einzelrichter**

Erfahrungen mit der Einführung des E. beim LG. durch die VereinfW. 1868

**Einziehung**

Unterbrechung der Verjährung durch richterliche Handlungen, die im devienrechtlichen selbständigen E. verfahren ergehen 1830<sup>11</sup>

Nach Niederschlagung des Strafverfahrens durch Gnadenersatz des Führers Anordnung der in dem noch nicht rechtskräftigen Urteil ausgesprochenen und nach dem Gnadenersatz weiterhin zulässigen E. nur in neuem selbständigen E. verfahren. Niederschlagung des Verfahrens ergreift auch devienrechtliche Ersatzeinziehung 1241<sup>11</sup>

**Eisenbahn**

Verbunfelungsunfälle auf der E. 1339  
E. wesen im Generalgouvernement 1796 1800

Haftpflicht. Beeinflussung der Sicht durch Dampfvolken der E. gehört zur Betriebsgefahr der Bahn 1368<sup>9</sup>

Gem. § 79 I 2 EifBVerfG. nur Verbot des Überschreitens des Bahnübergangs bei Bewegung der Schranken zur Schließung, nicht auch zur Öffnung des Übergangs 2112<sup>14</sup>

Vorschriften über E. betriebsgefährdung (§§ 315, 316 StGB., §§ 25, 36 RStrVerfG.) sind Schutzgesetze i. S. des § 823 II BGB. nur bzgl. Gesundheit und Eigentum der vom Verkehr unmittelbar betroffenen Personen, nicht bzgl. deren allgemeiner Vermögensbelange † 1779<sup>10</sup>

Inwieweit sind mit bahnpolizeilichen Aufgaben betraute Angestellte von Privatbahnlinien als Beamte i. S. des § 359 StGB. anzusehen? Die von privater Gesellschaft ausgestellten Fahrkarten sind private Urkunden i. S. des § 267 StGB. 2062<sup>11</sup>

Einverständnis der E. behörden mit Anbringung von Werbeschildern an E. unterführungen ersetzt nicht bahnpolizeiliche Genehmigung 1791<sup>26</sup>

**Eisenwirtschaft**

Anordnungen zur Erfassung der Eisenhalbfabrikate 1251

**Elektrizitätsdiebstahl**

Begriff des zur ordnungsmäßigen Entnahme nicht bestimmten Leiters. Betrug durch Entnahme elektrischer Arbeit unter Abbremsen oder Ausschalten der Tätigkeit des Zählers ohne Schaffung eines falschen Leiters † 1101<sup>9</sup>

**Elfsak**

Fragen des Rechts- und Wirtschaftsausbau im E. 1720 1766 1822 1877 1931 1994 2051 2102 2154 2227

**Elterliche Gewalt**

Rechenchaftspflicht des elterlichen Gewalthabers, dem die Kuzniehung am Kindesvermögen zusteht, nur bzgl. des Stammmögens. Umfang der Rechenchaftspflicht, wenn das Kindesvermögen in Anteil an ungeteiltem Nachlaß besteht, dessen Verwaltung im ganzen dem elterlichen Gewalthaber zusteht 1186<sup>3</sup>

Ruht bei Eheschließung die e. G. des Vaters, so ist Antrag der Mutter auf Übertragung der Ausübung der e. G. gem. § 1685 II BGB. abzulehnen, wenn ihr Teile derselben alsbald wieder entzogen werden müßten. Bei Ungeeignetheit der Mutter zur Personensorge für Kind ist diese gem. § 81 IV EheG. dem Vormund zu übertragen † 1303<sup>15</sup>

Durch Wiederverheiratung der geschiedenen Mutter, der die Personensorge einschließlich gesetzlicher Vertretung des Kindes zusteht, Verlust der gesetzlichen Vertretung. Entsch. aus § 81 IV EheG. geboten 1305<sup>16</sup>

**Eltern**

Keine entsprechende Anwendung des § 174 I 1 StGB. auf die Vornahme unzüchtiger Handlungen durch leibliche E. mit ihren Kindern † 1279<sup>2</sup>

**England**

Die englische koloniale Gerichtsverfassung 2200

Der Völkerverbund als Instrument britischer Machtpolitik. Schrifttum 1460  
Aufhebung eines durch engl. Firma gegen deutschen Schuldner vor dem Krieg im Offenbarungseidsverfahren erwirkten Haftbefehls 1737<sup>12</sup>

**Enteignung**

Zur Frage der Berechnung der E. entschädigung † 2018<sup>20</sup>

Die vollständige Entschädigung i. S. des § 8 PrEnteignG. widerspricht nicht dem nationalsozialistischen Rechtsempfinden. Welche Bedeutung hat die PreisstopW. für die Bemessung der E. entschädigung? † 2019<sup>21</sup>  
E. entschädigungen als Entgelte i. S. des § 2 Gef. z. Durchf. des Vierjahresplans. Bindung der Gerichte an die Festsetzung dieser Entschädigungen durch Preisbehörde † 1531<sup>24</sup>

Auch bei E. von Erbhof oder Teiler eines solchen ist Entschädigung in Geld zu gewähren und nach dem Verkaufswert zu bemessen 1847<sup>29</sup>

**Entbindungsgewinne**

Wertzuwachssteuer bei Erfassung von E. 1216<sup>31</sup> † 1536<sup>30</sup>

**Entlassung, fristlose**

vgl. unter Kündigung

**Entlastungsverordnung**

§ 7. Weitere Verhandlungsgebühr für RA. bei Einverständnis der Parteien mit schriftlicher Entsch. und nachdem ergehender Anordnung der schriftlichen Anhörung des Zeugen (§ 377 ZPO.) 1693<sup>24</sup>

„Vergleich“, der im amtsgerichtlichen Schiedsverfahren nach § 20 EntfW. auf Grund schriftlicher Erklärungen der Parteien zustande gekommen und alsdann vom Prozeßrichter schriftlich niedergelegt worden, kein vollstreckbarer Titel i. S. des § 794 ZPO. 1639<sup>20</sup>

**Entschädigung**

E. bei Enteignung † 1531<sup>24</sup> 1847<sup>29</sup> † 2018<sup>20</sup> † 2019<sup>21</sup>

E. für unschuldig erlittene Untersuchungshaft 1242<sup>13</sup>

**Entscheidungsammlung**

Verjüngte Steuerrechtsprechung in Parteiform. Schrifttum 1093

**Entschuldung, landwirtschaftliche**

vgl. unter L.

**Erbanteil**

Rechenchaftsbericht des elterlichen Gewalthabers bzgl. des ganzen ungeteilten Nachlasses, obwohl das Kindesvermögen nur in E. besteht 1186<sup>3</sup>

**Erbanscheinandersehung**

Zur Übereignung eines Nachlaßgrundstücks in Erfüllung von Teilungsanordnung bedarf Vorerbe nicht der Zustimmung des Nacherben 2256<sup>27</sup>

**Erbbaurecht**

Frage des Erfordernisses der Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Inhaltsänderung einer Hypothek auf E. † 2074<sup>25</sup>

**Erbbiologie**

Zur Erforschung, ob offensbare Unmöglichkeit der Zeugung durch den befr. unehelichen Vater vorliegt, also bei Beurteilung des gegen die gesetzliche Vermutung des § 163 ABGB. geführten Gegenbeweises Ausschöpfung aller dem Gericht zugänglichen Erkenntnisquellen, insbes. auch der erbbiologischen (morphologischen) Untersuchung 1595<sup>34</sup>

**Erben**

Bei Fortführung des zum Nachlaß gehörenden Handelsgeschäfts durch den E. unter der bisherigen Firma Ausschluß der Haftung für die vom Erblasser herrührenden Geschäftsschulden durch Eintragung im Handelsregister und Bekanntmachung † 2007<sup>10</sup>

Devienrechtliche Anbieterspflicht der E. nach österr. Recht hinsichtlich bestimmter Teile der ruhenden Erbschaft vor der „Einantwortung“ † 1941<sup>8</sup>

**Erbgesundheitsgerichte**

vgl. unter Erbkranker Nachwuchs

**Erbhof**

Rechtsprechung zur Pfändung von E. zubehör 1162

Feststellung des für Erbhöfe maßgebenden Erbbauschs 1758



Zur Frage der rechtlichen Stellung der Witwe des Bauern nach dem RGG 1995

Handbuch des Großdeutschen Rechts Schrifttum 1511

Die Bindung an Entscheidungen, unter besonderer Berücksichtigung des Reichserbhofrechts. Schrifttum 1623

Bauernfähigkeit 2075<sup>26</sup>

Zweck Klarstellung der Anerbenfolge in einen E. keine Befugnis des KrVf, Erbschein zu beantragen, sondern beim Nachlassgericht Anordnung der Feststellung gem. § 16 EHRW, daß Anerbe nicht vorhanden, oder Einleitung einer Nachlasspflegschaft † 1578<sup>18</sup>

§ 15 EHRW. Pflicht des Nachlassgerichts, vor Erteilung des Hoffolgezeugnisses, wenn diese von einer der Entscheidung des UEG unterliegenden Vorfrage abhängig, den Beteiligten Gelegenheit zu geben, zunächst Entscheidung des UEG herbeizuführen 2075<sup>26</sup>

§ 18 EHRW. Für Entstehung eines Ehegatten E. steht Eigenbesitz am Grundstück dem Eigentum nicht ohne weiteres gleich † 1846<sup>28</sup>

Keine Gleichsetzung der auf Siedlungs- oder Rentengutsverfahren beruhenden, gem. § 35 EHRW auf Erbhöfen erloschenen Rechte mit gleichartigen Rechten aus der gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzung 1580<sup>19</sup>

Anerbenbestimmung gem. § 50 EHRW auch, wenn Ehegatten sich gegenseitig nur zu Miterben eingesetzt oder mit Vermächtnis bedacht haben. Keine Bindung zugunsten der Verwandten des anderen Ehegatten für den Ehegatten, dem im gemeinschaftlichen Testament vom anderen weniger als sein gesetzliches Erbteil zugewendet wird † 2171<sup>12</sup>

Verfahren i. S. des § 59 der 1. Durchf. VO zum RGG ist jedes Verfahren vor der Anerbenbehörde innerhalb deren Geschäftsbereich † 1207<sup>19</sup>

§ 839 BGB. Haftung des Kreis- bzw. Landesbauernführers wegen mangelhafter Überwachung der Tätigkeit des im kleinen Abmeierungsverfahren eingesetzten Rugverwalters 1950<sup>20</sup>

Auch bei Enteignung von E. oder Teilen eines solchen ist Entschädigung in Geld zu gewähren und nach dem Verkaufswert zu bemessen 1847<sup>29</sup>

erbkranker Nachwuchs

Schizophrenie 2031<sup>34</sup>

„Moralischer Schwachsinn“ 2078<sup>31</sup>

Taubheit 2079<sup>32</sup>

Keine Bindung des ErbgesGer. durch die Entscheidung eines Gesundheitsamts im Ehefähigkeitszeugnis, der Betroffene sei nicht erbkrank 2079<sup>32</sup>

Im Erbgesundheitsverfahren in der Rechtsmittelinstanz Abänderung zum Nachteil des Beschwerdeführers — reformatio in pejus — zulässig 2031<sup>33</sup>

Durch Art. 1 §§ 1, 2 B. v. 31. Aug. 1939 keine Änderung des ERGef. dahin, daß künftig besonders große Fortpflanzungsgefahr Voraussetzung

für Anordnung der Unfruchtbarmachung ist 2080<sup>33</sup>

**Erbspflege**

E. und Christentum. Schrifttum 2231

**Erbrecht**

Kann ein Jude einen Deutschen erben? 1354

Das neue E. auf Grund des TestG. Schrifttum 1936

Erwerb, Sicherung und Abwicklung der Erbschaft. Denkschrift des E. ausschusses der Akademie für Deutsches Recht. Schrifttum 1620

Beerbung eines aus dem Altreich stammenden Erblassers, der seine Niederlassung z. B. seines Todes in der Ostmark hatte, nach dem ABGB. 1958<sup>33</sup>

**Erbschaftsteuer**

Keine Doppelbesteuerung mit E. und Grunderwerbsteuer 1502

Im Fall des § 2314 I 2 BGB. genügt Abschätzung zur E. nicht für Ermittlung des Werts eines Unternehmens 1635<sup>13</sup>

**Erbschein**

Das Familienstammbuch als Abstammungsnachweis im E.verfahren 1881

Keine Berechtigung des KrVf, E. über die Anerbenfolge in Erbhof zu beantragen † 1578<sup>18</sup>

Pflicht des Nachlassgerichts, vor Erteilung des Hoffolgezeugnisses, wenn diese von einer der Entscheidung des UEG unterliegenden Vorfrage abhängig, den Beteiligten Gelegenheit zu geben, zunächst Entscheidung des UEG herbeizuführen 2075<sup>26</sup>

§ 263 StGB. Täuschung des Nachlassgerichts durch falsches Testament und Erbscheinung eines E. 1095<sup>1</sup>

**Erbvertrag**

Die Eröffnung des E. 1652

Gebührenbefreiung nach B. v. 4. Okt. 1939 für Testamente und Erbverträge 1612

**Erfüllungsgehilfe (§ 278 BGB.)**

Haftung des Vermieters gegenüber anderen Mietern für Verletzung der Obhutspflicht eines Raummieters gem. § 278 BGB. 1125

Haftung des Rechtsanwalts gegenüber der Partei für Verschulden des ihm bei zeitweiser Verhinderung amtlich bestellten Vertreters wie für eigenes Verschulden † 1186<sup>4</sup>

übernahme der Fürsorgepflicht (§ 618 BGB.) durch Dritten als E. 1788<sup>22</sup>

**Erinnerung**

Rechtsprechung zur E. in der Zwangsvollstreckung 1161

**Ermessensentscheidung**

§ 346 StGB. Verurteilung des Dienstvorgesetzten wegen Begünstigung im Amte, wenn Unterlassung der Anzeige Ermessensmißbrauch darstellt † 1237<sup>9</sup>

Bezüglich der Wahl zwischen dem in § 5 II BlutschutzG. für Massenstände angedrohtem Gefängnis oder Zuchthaus freies pflichtmäßiges Ermessen des Richters 1522<sup>13</sup>, das- selbe bezüglich Verbrechen nach KriegswirtschaftsB. † 1668<sup>3</sup>

**Eröffnungsbeschluss**

Hinweis auf Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes nach § 265 StPB. erforderlich, wenn an Stelle des dem E. zugrunde liegenden

Offizialbefiktes ein Antragsvergehen tritt 1242<sup>12</sup>

**Erbscheinziehung**

Niederschlagung des Strafverfahrens nach Gnadenerlaß des Führers ergreift auch die devisenrechtliche E. 1241<sup>11</sup>

**Erbschaftsstrafen**

Unzulässig ist, nur E., nicht aber an erster Stelle erkannte Geldstrafen für durch die Unteruchungshaft verbüßt zu erklären 2058<sup>2</sup>

§ 21 Gnadenerlaß für die Zivilbevölkerung. Prüfung der Dreimonatsgrenze bei mehreren nebeneinander erkannten Geldstrafen nach der Höhe der E. für jede einzelne Straftat † 1840<sup>22</sup>

**Erbschaftserben**

Aufnahme auch der E. in den Nach- erbenvermerk im Grundbuch 1116<sup>20</sup>

**Erstattungsverfahren**

Der Umfang der gerichtlichen Nach- prüfung im E. 2218

**Eupen-Malmedy**

Die Fremdberrschaft in E.-M. Schrift- tum 1934

**Europa**

Das neue E., seine Lebenseinheit und Rechtsordnung 2081

**Erektionsordnungen**

Die Vollstreckungsklausel im Rechts- system der E. 1171

§ 308 StErektD. Verpflichtung des Gläubigers, dem durch das Ere- ktionsgericht Forderungen seines Schuldners gepfändet und überwie- sen worden, dem Schuldner gegen- über zur Rechenschaftslegung 2268<sup>11</sup>

**Fabrik**

§ 906 BGB. Frage der Ortsüblichkeit. Charakter einer F.-gegend 2110<sup>7</sup>

Begriff der F. im Wettbewerbsrecht 2175<sup>14</sup>

**Fahrerflucht**

Anwendung des § 22 II KraftG. setzt voraus, daß der Verletzte noch in dem Augenblick lebt, in dem sich der Täter vom Unfallort entfernt 2066<sup>17</sup>

**Fahrlässige Brandstiftung 1519<sup>7</sup>**

**Fahrlässige Körperverletzung † 1232<sup>4</sup>**  
1236<sup>7</sup> 1671<sup>6</sup>

**Fahrlässigkeit**

Fahrlässiges Verschulden i. S. des § 276 BGB. auch möglich, wenn kein ärztlicher Kunstfehler vorliegt 1949<sup>16</sup>

Kein Ausgleichsanspruch aus Gesamt- schuldverhältnis für den, der neben dem fahrlässigen Angehörigen einer Berufsgenossenschaft für Unfall haf- tet † 1779<sup>10</sup>

Grad einer an sich rechtsirrtumfrei festgestellten Verletzung der im Ver- fehr erforderlichen Sorgfalt ist nur Sache tatrichterlicher Würdigung, sofern alle für grobe F. einschlä- gigen Umstände berücksichtigt 1724<sup>2</sup>

§ 8 DevG. Zum Begriff der F. bei Er- teilung von Falschauskünften 1833<sup>13</sup>

**Fallschirmhüben**

Die völkerrechtliche Behandlung der F. 1539

**Falsche Ankuhndigung**

vgl. unter A.

**Familienangehörige**

Die F. des Unternehmers und die Sozialversicherung 1657

§ 263 V StGB. Erfordernis des Straf- antrags für Betrug gegen „An-



gehörige“, auch wenn für den Täter Voraussetzungen des Rückfalls vorliegen 2061<sup>a</sup>

**Familiengesellschaft**

Grunderwerbsteuerfreiheit des Einbringens von Grundstücken in F. 1503

§§ 1, 6 StAnpG. Steuerliche Anerkennung einer F. in der Form, daß alternder Vater seine volljährigen, im Betrieb arbeitenden Kinder als Mitunternehmer aufnimmt unter Vorbehalt des Vorrangs des Vaters bei wichtigen Entscheidungen † 2127<sup>3a</sup>

**Familiengut**

vgl. unter Fideikommiß

**Familienstammbuch**

Das F. als Abstammungsnachweis im Erbscheinsverfahren 1881

**Familienunterhalt**

F. für die Zeit nach der Entlassung aus dem Wehrdienst 1356

Die Wirtschaftsbefehle im Rahmen des Einjahrs. 1921

Führer durch den F. Schrifttum 1138 1884

Das Einjahrsrecht. Schrifttum 1562

F. der Angehörigen der Einberufenen. Schrifttum 1722

Inanspruchnahme richterlicher Vertragshilfe auch nach Gewährung von Wirtschaftsbefehle auf Grund von § 12 FamilienunterhaltsW.D. ? † 2178<sup>19</sup>

**Feiertage**

§ 615 BGB. Kein Recht auf Beschäftigung an rein kirchlichen F., wo Arbeitsruhe betriebsüblich 1789<sup>21</sup>

Kein gesetzlicher Anspruch der Gesellschaftsmitglieder, die an bestimmten F. arbeiten müssen, auf Gewährung eines zusätzlichen freien Tages oder auf Ausgleich in Geld 1962<sup>3a</sup>

Kein gesetzlicher Anspruch von jüdischen Arbeitern auf Lohnzahlung an F. 1852<sup>3a</sup>

Zur Frage der Pfändbarkeit der Zuschläge für F.arbeit 1536<sup>28 29</sup>

**Feindliches Vermögen**

Das f. W. Allgemeine Begriffe: Inland, feindliche Staaten 1217

Feinde 1218

F. W. im Inland 1219

Anmeldung des f. W. 1219

Verfügungsverbot 1219

Zahlungsverbot 1220

Verwaltung von Unternehmen 1220

Abwesenheitspflegschaft 1223

Strafbestimmungen 1223

Fragen aus dem Feindvermögensrecht:

Bedarf die Anordnung der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und die Erteilung des Zuschlags im Zwangsversteigerungsverfahren der Genehmigung nach § 9 FeindvermögensW.D. v. 15. Jan. 1910? 1607

Hat der Verwalter oder Pfleger nach Feindvermögensrecht für die Verwaltung des Feindvermögens die gleichen devisenrechtlichen Genehmigungen zu erfüllen wie der feindliche Devisenausländer selbst? 1608

Das Verhältnis von Abwesenheitspfleger und Verwalter nach Feindvermögensrecht zu Vollmachten Dritter und zu von Dritten

abgeschlossenen Rechtsgeschäften 1609

Feindvermögensverwalter im Handelsregisterrecht 2137

Behandlung des f. W. Schrifttum 1273 1562

**Feldpost**

Bestrafung des Postfacharbeiters, der sich am Inhalt von F.päckchen vergreift, nach § 4 VolksschädW.D. 1939<sup>3</sup>

**Fernmeldewesen**

F. im Generalgouvernement 1796 1799

**Festnahme, vorläufige**

Verhaftung und v. F. nach neuem österr. Strafverfahrensrecht 1808

**Festschrift**

F. zum 70. Geburtstag von Ernst Gehmann 1822 1824

**Feststellungsklage**

Bezüglich §§ 640 ff. ZPO. vgl. unter Statusklage

Keine Unzulässigkeit der F., weil im weiteren Klageantrag aus der behaupteten Rechtsverletzung hergeleitete Ansprüche geltend gemacht werden 1725<sup>3</sup>

Grundstück, als dessen Eigentümer im Grundbuch Ehefrau eingetragen, ist im Auftrag des Ehemanns mit dessen Mitteln erworben. F. des Ehemanns, daß Ehefrau ohne seine Zustimmung nicht über das Grundstück verfügen kann 2115<sup>19</sup>

Voraussetzungen für die Erhebung einer die Verjährung (§ 32a RW.D.) des Schadenersatzanspruchs unterbrechenden und deshalb zur Verhütung der Verjährung erforderlichen F. 1584<sup>24</sup>

Klage des Geschädigten auf Feststellung der Amtshaftung des Kreis- bzw. Landesbauernführers wegen mangelhafter Überwachung der Tätigkeit des im kleinen Abmeierungsverfahren eingesezten Kuhverwalters 1950<sup>20</sup>

Wenn bei Mitversicherung des Führers im Haftpflichtversicherungsvertrag des Kraftfahrzeughalters die Ausübung der Rechte aus der Versicherung nur dem Versicherungsnehmer zusteht, ist F. des mitversicherten Führers gegen den Versicherer unzulässig, jedoch F. des Unfallgeschädigten, der das Recht aus der Führermitversicherung gepfändet hat, zulässig 1433<sup>19</sup>

Durch Erhebung von Klage durch geschädigten Beamten vor Inkrafttreten des DWG. auf Feststellung der Ersatzpflicht des Schädigers für allen künftigen Schaden Unterbrechung der Verjährung auch insoweit, als seine Ansprüche mit Inkrafttreten des DWG. gem. dessen § 139 auf das infolge seiner später erfolgten Zurruhesetzung ihm zur Gewährung von Versorgungsbezügen verpflichtete Reich übergegangen † 1434<sup>21</sup>

**Fideikommiß**

Das Erlöschen der FamilienF. Schrifttum 1621

Anspruch auf Herausgabe von Provisionsempfang aus Pachtvertrag über F.grundstücke durch den Pfleger gehört zum Obereigentum der Familie, nicht zum nutzbaren Eigentum des F.besizers † 1369<sup>11</sup>

**Finanzplan, Neuer**

EntstG., R. F., BürgStG., WehrsteuerG. Schrifttum 1360

EntstG. und R. F. Schrifttum 1514

**Finanzrecht**

Übersicht über kriegswirtschaftliche, kriegssteuerliche und finanzwirtschaftliche Verordnungen nebst kurzer Würdigung 1249 2135

**Finanzwissenschaft**

F. Schrifttum 1138

„Wo kommt das viele Geld her?“ Schrifttum 1447 1462

**Firma**

§ 28 HGB. Haftung der Kommanditgesellschaft, die Geschäft eines Einzelkaufmanns übernimmt, der Minderkaufmann war und deshalb keine F. führte, für die im Geschäftsbetrieb entstandenen Verbindlichkeiten † 1463<sup>1</sup>

§ 30 HGB. Herabsetzung der Anforderungen an Unterscheidbarkeit zweier Firmen, wenn Verwechslungen von Bedeutung nicht zu erwarten 1723<sup>1</sup>

§ 37 II HGB. Anspruch auf Unterlassung unbefugten Firmengebrauchs. Voraussetzung des Einschreitens des Inhabers von an sich nicht unterscheidungskräftiger F. gegen deren unbefugte Benutzung. Begründung der allgemeinen Verletzungsgefahr durch Mitgebrauch eines fremden Kennzeichnungswortes in Annoncen † 1196<sup>10</sup>

Bei Ermittlung des Werts eines Unternehmens nach § 2314 I 2 BGB. auf Verlangen des Pflichtteilsberechtigten Wert der F. mit zu berücksichtigen 1635<sup>13</sup>

**Fleischbeschauer**

Untreue des F., der den Gebührenanteil des Saates zwar einzieht, aber nicht abführt. Falschbeurteilung im Fleischbeschautagebuch 1419<sup>4</sup>

**Fleischkarte**

Begehung von Blankettfälschung durch den, der eine ihm nicht zustehende Reichsf. mit seinem Namen versieht und verwertet 1828<sup>9</sup>

**Fliegerangriffe**

Erstattung des Lohnausfalls bei Fliegeralarm und Flieger Schäden 1330 1560 1880 2227

Arbeitszeit und Vergütung bei nächtlichem Luftschutzbereitschaftsdienst im Betriebe 2228

Lohn und Arbeitszeit Jugendlicher bei Ausfall des Berufsschulunterrichts nach nächtlichem Fliegeralarm 2229

**Fluchtsteuer**

vgl. ReichsF.

**Forderungspfändung**

Rechtsprechung zur F. 1164

F. gegen Wehrmachtangehörige 1612

Wohnpfändung † 1149<sup>21</sup> 1438<sup>26 27</sup>

1486<sup>22</sup> 1536<sup>23 29</sup> 1576<sup>15</sup> 1584<sup>26</sup> 1786<sup>21</sup>

F. im Verwaltungszwangsverfahren 1900<sup>18</sup>

§ 308 Österr. Verpfändung des Gläubigers, dem durch das Exekutionsgericht Forderungen seines Schuldners gepfändet und überwiesen worden, dem Schuldner gegenüber zur Rechenschaftslegung 2268<sup>41</sup>

**Formmangel**

vgl. unter Beurkundung, Schriftform



**Formulare**

Neue F. auf dem Gebiete des Vollstreckungsrechts 1180

**Forschung und Lehre**

Hochschule und Wissenschaft im Kriege 1132

Kriegsstrafrecht 1133

Der Eigentumserwerb durch Austauschgeschäft 1264. Schrifttum 1275

Allgemeine Verwaltungsrechtsordnung? 1505

Die geschichtliche Prüfung in der 1. und in der großen juristischen Staatsprüfung 1507

**Forstverwaltung**

Die F. im Generalgouvernement 1399 1795 1799

**Fortpflanzungsfähigkeit**

Durch Art. 1 §§ 1, 2 B.D. v. 31. Aug. 1939 keine Änderung des Erbtr. NachwGes. dahin, daß künftig besonders große Fortpflanzungsgefahr Voraussetzung für Anordnung der Unfruchtbarmachung ist 2080<sup>33</sup>

**Fortsetzungszusammenhang**

Ablehnung der Verwendung des Rechtsbegriffs der fortgesetzten Handlung für das UnfWG. und das Gebiet der unerlaubten Handlung 2175<sup>14</sup>

Anwendung des § 157 I 1 StGB., wenn der Zeuge nur eine der mehreren in F. stehenden Teilhandlungen offenbart hat † 1417<sup>2</sup>

Fortgesetztes Vergehen gegen § 263 StGB. in Tateinheit mit Vergehen gegen § 7 GeschlStG. 1838<sup>18</sup>

§ 268 StGB. unanwendbar, wenn der Tätschenbe die Absicht hat, Schande der Bestrafung und Freiheitsentziehung zu vermeiden, außer wenn die Vortat und die Urkundensäufung in F. begangen werden † 1515<sup>5</sup>

Nach welchem Recht ist eine in F. in mehreren Rechtsgebieten des Deutschen Reichs begangene Straftat zu beurteilen? † 1525<sup>19</sup>

**Fragepflicht, richterliche**

hat der Richter die Partei zur Geständmachung eines nach der Sach- und Rechtslage möglichen oder naheliegenden Einwands zu veranlassen? 2187<sup>29</sup>

**Frankengrundschuld**

Ein auf Grund des deutsch-schweiz. Goldhypothekenabkommens bestellte Grundschuld bleibt ausgestattet mit den Vorteilen dieser Verträge, insbesondere freier Übertragbarkeit, auch wenn sie Eigentümergrundschuld wird. Zur Frage des Verfalls gegen die im Juli/August 1932 in Geltung gewesenen devisenrechtlichen Vorschriften durch Abtretung der F. 2071<sup>23</sup>

**Frankreich**

Rechtshilfeverkehr mit Belgien und den besetzten französischen Gebieten in Zivilsachen 1722

Fragen des Rechts- und Wirtschaftsbaus in F. 1821 1877 1994 2101 2154 2226

Die Militärverwaltung in Belgien und Nordfrankreich 1916

Die Behandlung von Paris als „offene Stadt“ im Juni 1940 2196

Frankreichs Schuld. Sondernummer des Illust. Beobachters. Schrifttum 1416

Frankreichs Demokratie und ihr gelingender Zusammenbruch. Schrifttum 1561

Art. 53 BB. Zur Frage der Staatsangehörigkeit der Einwohner der an F. abgetretenen Gebiete 2233<sup>1</sup>

Feindliche Kriegsmacht i. S. des § 91a StGB. die französische Fremdenlegion 1769<sup>1</sup>

**„Frau“**

Führung der Bezeichnung „Frau“ durch unversehrte weibliche Personen 1356

**Freigemachtes Gebiet**

Die Werkerhaltungshilfe für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft im ehemals f. G. 1922

**Freiheitsstrafe**

vgl. auch unter ErsatzF.

Bei nebeneinander für dieselbe Straftat erkannter Geld- und F. Prüfung der Anwendbarkeit des Gnadenlasses für die Wehrmacht vom 1. Sept. 1939 für jede Straftat gesondert † 1841<sup>25</sup>

**Freiwilliger**

Die völkerrechtliche Behandlung der F. 1537

**Freispruch**

Voraussetzung für Zubilligung von Entschädigung wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft ist Rechtskraft des F. Zur Rechtslage, wenn bei Verhaftung und Anklage wegen mehrerer selbständiger Straftaten in einigen Fällen freigesprochen, in anderen kein F. erfolgt 1242<sup>13</sup>

**Freiwillige Gerichtsbarkeit**

Im Beschwerdeverfahren in Angelegenheiten der f. G. keine Abhängigmachung der Vornahme einer Beweisaufnahme von Kostenverschuß 1120<sup>26</sup>

§ 22 II FGG. Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse bei Prüfung, ob Verurteilung der Beschwerdefrist unverschuldet ist 1733<sup>7</sup>

§ 33 FGG. Aufhebung des Ordnungsstrafbeschlusses bei ausreichender Entschuldigun der Nichtbefolgung der richterlichen Anordnung durch den Betroffenen 2177<sup>17</sup>

**Fremdenlegion**

Feindliche Kriegsmacht i. S. des § 91a StGB. die französische F. 1769<sup>2</sup>

**Fremdenverkehr**

Die Gemeinschaftshilfe der Reichsgruppe F. 1923

**Friedensmiete**

vgl. unter Mietzinsbildung

**Friedrich der Große**

Der Soldat und das Vaterland während und nach dem Siebenjährigen Krieg. Schrifttum 1357

**Fristversäumnis**

vgl. unter Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

**Frontkämpfer**

Grundsätze für Weitergeltung von Ruhegehaltsvereinbarungen mit jüdischen Privatangestellten, insbesondere mit schwerkriegsbeschädigten F. 1326<sup>25</sup>

**Führerfchein**

Eintragung von Strafen in den F. wegen Verletzung der Verkehrsvorschriften 1089

**Führertum**

Führergewalt. Schrifttum 1416  
Reich und Führung 1913

**Fürsorge, öffentliche**

Wirtschaftliche Volksfürsorge u. wirtschaftliche Jugendhilfe. Schrifttum 1884

Zulässigkeit des Rechtswegs in Preußen für Anspruch auf Freigabe einer Sicherheit, die für Anspruch auf Ersatz von Kosten der ö. F. bestellt war. — Bindung der Gerichte an Entscheidungen der Verwaltungsbehörden im Einspruchs- und Beschwerdeverfahren unter der Voraussetzung, daß das betr. Verfahren für die getroffene Entscheidung gesetzlich zugelassen war 1849<sup>32</sup>

Kann der Fürsorgeverband, der Ersatzansprüche gegen den Vater des Unterstützten geltend macht, bei Pfändung des Arbeitseinkommens das Pfändungsvorrecht des § 850 III ZPD. in Anspruch nehmen? 1786<sup>21</sup>

Kein Vollstreckungsmißbrauch, wenn Unterhaltsgläubiger nur wegen des Unterschieds zwischen den geschuldeten und den aus öffentlichen Mitteln erstattungsfrei empfangenen Beträgen vollstreckt 2119<sup>22</sup>

Betrug des Juden gegenüber dem Sozialamt, wenn er es unterläßt, sich als Jude zu offenbaren und deshalb noch nach dem 1. Jan. 1939 unterstützt wird 1827<sup>6</sup>

Kein Vollstreckungsmißbrauch, wenn Unterhaltsgläubiger nur wegen des Unterschieds zwischen den geschuldeten und den aus öffentlichen Mitteln erstattungsfrei empfangenen Beträgen vollstreckt 2119<sup>22</sup>

Betrug des Juden gegenüber dem Sozialamt, wenn er es unterläßt, sich als Jude zu offenbaren und deshalb noch nach dem 1. Jan. 1939 unterstützt wird 1827<sup>6</sup>

**Fürsorgeerziehung**

Zustimmung des VormGer. zur vorzeitigen Entlassung eines Minderjährigen aus der F. wegen Unausführbarkeit darf nicht von Sicherstellung anderweiter geeigneter Unterbringung des Minderjährigen abhängig gemacht werden 2077<sup>28</sup>

Anhängigkeit von F. Verfahren und Vormundschaft für den Minderjährigen bei demselben VormGer. Abgabe des F. verfahrens ohne die Vormundschaft und umgekehrt zulässig. Dasselbe gilt, wenn neben dem F. verfahren Pfllegschaft, Beistandschaft oder Schulaufsicht anhängig 2076<sup>27</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>

Zustellung an Oberpräsidenten als F. behörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbands“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>



F. voraussetzen, auf das Dienstverhältnis zwischen Juden und Ariern unanwendbar 2126<sup>21</sup>

**Garage**

Von VertragshilfeVD. unberührt das Recht des Mieters von G. Betrieb mit Tankstelle, wegen durch die Kriegsverhältnisse (Einstellung der Benzinlieferungen) eingetretener Mindernehmungsmöglichkeiten Minderung im Prozeßwege geltend zu machen † 2113<sup>16</sup>

**Gastwirtschaft**

Geltung des Kündigungsanspruches für Pachtung einer G. 1131

Urlaubsanspruch der in Gaststätten beschäftigten Musiker, insbes. nach § 8 TarD. für die in Gaststätten beschäftigten Musiker im Treuhänderbezirk Sachsen vom 8. Juni 1935 1599<sup>40</sup>

**Gebäudeinsturz**

Haftung gemäß § 837 BGB. auch für denjenigen, der in Ausübung eines Rechtes öffentlich-rechtlicher Natur ein Gebäude auf fremdem Grundstück besitzt 2105<sup>1</sup>

**Gebrauchsmuster**

Die VD. über das Patent- und G. recht aus Anlaß der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich vom 27. Juli 1940 1714

**Gebührenbefreiungen**

Kostenrechtliche Vergünstigungen und Vereinfachungen aus Anlaß des Krieges 1612

**Geburtsbeihilfen**

Behandlung der G. in der LohnpfändungsVD. 1940 1972

**Gefälligkeitsfahrt**

§ 330 c StGB. Hilfeleistungspflicht nicht nur für Kraftwagenlenker, sondern auch für die Mitfahrer, auch wenn sie sich auf G. befinden 2062<sup>10</sup>

**Gefangene**

vgl. unter KriegsG.

**Gefängnis**

Bezüglich der Wahl zwischen dem in § 5 II BlutschutzG. für Massenschande angedrohten G. oder Zuchthaus freies pflichtmäßiges Ermessen des Tatrichters 1522<sup>13</sup>, dasselbe bei Verbrechen nach KriegswirtschaftsVD. † 1668<sup>9</sup>

Anzuwendender Straßsatz nach § 4 StAnpVD., wenn eine in der Ostmark anzuwendende reichsrechtliche Strafvorschrift als Strafe G. und in besonders schweren Fällen Zuchthaus androht 1102<sup>9</sup>

**Gehaltsangleichung**

§§ 40 ff. WRandG. G. gilt für alle frei vereinbarten Dienstbezüge. Zeitliche Grenze der Angleichungsmaßnahmen. Umfang der gerichtlichen Nachprüfung. Anwendung der Angleichungsvorschriften auf unentziehbare Rechte i. S. von § 5 II TarD. A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst 1966<sup>43</sup>

Keine Anwendung der G. Bestimmungen auf Unternehmungen, deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von 2 einander nebengeordneten Körperschaften des öffentlichen Rechts befindet, ohne daß eine von ihnen mehr als die Hälfte hat 1633<sup>26</sup>

**Geisteskrankheit**

Anwendung des § 616 ZPO. im Fall der G. (§ 51 EheG.) oder geistigen Störung (§ 50 EheG.) 1548

Die Kenntnis des Aufhebungsgrundes (§ 42 II EheG.) setzt kein Verschulden, folglich auch keine Schuldfähigkeit voraus. Im Fall des § 49 EheG. kann durch krankhafte Störung der Geistestätigkeit das Verschulden oder doch die Bewertung als schwere Eheverfehlung ausgeschlossen werden † 1625<sup>1</sup>

Scheidung der Ehe, statt, wie beantragt, aus § 49 EheG. aus § 50 EheG. nur bei wenigstens hilfsweisem Vorbringen dieses Begehrens † 1675<sup>10</sup>

Voraussetzung des Scheidungsanspruchs aus § 50 EheG. ist ehzerüttendes Verhalten des geistig gestörten Ehegatten, das sich sachlich als Eheverfehlung darstellt † 1885<sup>1</sup>

Für Anwendung des § 50 EheG. maßgebend ist Fortdauer der tiefen Zerrüttung, nicht der geistigen Störung. — Außergewöhnliche Härte i. S. des § 54 EheG. † 2161<sup>1</sup>

Keine Gewährung des Scheidungsanspruchs gemäß §§ 49, 50, 55 EheG. für Ehegatten, dem infolge geistiger Erkrankung das Verständnis für das Wesen der Ehe und für zur Zerrüttung geeignete Tatsachen verloren gegangen. — Für Anwendung des § 55 II 1 EheG. unmaßgeblich ist, ob das Verhalten des Klägers infolge geminderter Zurechnungsfähigkeit milder zu beurteilen 1474<sup>6</sup>

§ 56 EheG. Rechtliche Bedeutungslosigkeit der Verzeihung, wenn dem verletzten Ehegatten infolge geistiger Erkrankung das Verständnis für das Wesen der Ehe verloren gegangen † 1475<sup>7</sup>

§ 1 III 1 ErbfrNachwGef. Schwachsin 2078<sup>31</sup>

**Geldentwertung**

Unerweiterte Festsetzung einer in der Zeit der G. vereinbarten Kornwertpacht nach § 2 PrPachtfD. 1431<sup>16</sup>

Bei Vereinbarung des USA.-Dollars als Wertmesser zur Sicherung einer in anderer ausländischer Währung geschuldeten Zahlung, mangels Vereinbarung von Goldklausel kein Schutz des Gläubigers gegen Entwertung des Dollars. Aber Ausgleichsanspruch gegeben bei derartiger Vereinbarung zur Sicherung der in Gesellschaftsvertrag von D.G. oder KommGef. zur Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters festgesetzten langfristigen Abzahlungsraten 1282<sup>6</sup>

**Geldpolitik**

„Wo kommt das viele Geld her?“ Schrifttum 1447 1462

**Geldstrafe**

Gewinnsucht i. S. des § 27a StGB. † 1941<sup>8</sup>

Unzulässig ist, nur Ersatzfreiheitsstrafen, nicht aber an erster Stelle erkannte Geldstrafen für durch die Untersuchungshaft verbüßt zu erklären 2058<sup>2</sup>

§ 2 I Gnabenerlaß für die Zivilbevölkerung. Prüfung der Dreimonats-

grenze bei mehreren nebeneinander erkannten Geldstrafen nach der Höhe der Ersatzstrafen für jede einzelne Straftat † 1840<sup>22</sup>

Im Fall des § 27b StGB. für Anwendbarkeit des Gnabenerlasses für die Zivilbevölkerung maßgebend die erkannte G. 2240<sup>12</sup>

Bei nebeneinander für dieselbe Straftat erkannter Geld- und Freiheitsstrafe Prüfung der Anwendbarkeit des Gnabenerlasses für die Wehrmacht v. 1. Sept. 1939 für jede Straftat getrennt † 1841<sup>26</sup>

Geldzeichen, Zurückhalten von (§ 1 II KriegswirtschaftVD.) 1102<sup>9</sup>

**Gemeinderecht**

vgl. auch unter Stadtgemeinde  
Neuregelung der Beziehungen zwischen Gemeinden und Versorgungsunternehmen bzgl. Entgelte für Straßenbeleuchtung mit Rücksicht auf die Verdunkelungsmaßnahmen 1927  
Die Deutsche GemD. Schrifttum 1458  
Jahrbuch für Kommunalwissenschaft. Schrifttum 2160

Frage der Rechtsnachfolge bei Neuregelung der Kreis- und Gemeindegrenzen öffentlich-rechtlicher Natur. Neubildung von Gemeinde bedingt Auflösung der vereinigten Gemeinden. Dabei kein Untergang der ursprünglich Berechtigten, sondern nur Wandel in Erscheinungsform † 1319<sup>21</sup>

Rechtsgültigkeit der gemäß §§ 28, 35 GemD. für Böhmen von der Gemeindevertretung erlassenen und von der Bezirkshauptmannschaft zur Kenntnis genommenen Bestimmung, wonach Besitzer von Liegenschaften Bürgersteige von Schnee und Eis zu reinigen und bei Glätteis zu streuen haben 1151<sup>26</sup>

Eigenbedarfsklage der Gemeinde aus § 4 MietSchG., wenn sie gemeindeeigene Wohnung zur Unterbringung einer kinderreichen Familie dringend benötigt † 2112<sup>13</sup>

**Gemeindesteuern**

Zur Erhöhung der Realsteuern 1251

**Gemeinrecht**

Deutsches G. im Werden. Schrifttum 1412

**Gemeinschaft**

Keine Befugnis des Bruchteilseigentümers von Grundstücken, einen seinem Anteil am Grundstück entprechenden Teil des Mietzinses vom Mieter unmittelbar einzuziehen † 2169<sup>10</sup>

Begründung von Gemeinschafts- oder Gesellschaftsverhältnis zwischen Ehegatten erfordert nicht förmlichen Ehevertrag 1782<sup>14</sup>

**Gemeinschaftliches Testament 1652**

**Gemeinschaftsgedante**

Der Kampf des Nationalsozialismus für die deutsche Volksgemeinschaft und für die europäische Völkergemeinschaft 1910

**Gemeinschaftshilfe**

Bei Beteiligung an unentgeltlicher G. ohne hoheitsrechtlichen Befehl entsteht nicht öffentlich-rechtliche Verpflichtung, sondern Auftragsverhältnis; daher kein Anspruch aus § 839 BGB. wegen mangelnder Erfüllung der Aufsichtspflicht durch die verantwortlichen Beamten † 1108<sup>13</sup>



**Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft** 1250  
1918 2136 2148  
Schrifttum 2232

**Generalgouvernement**  
Das Recht des G.:  
Militärverwaltung 1393  
Errichtung des G. 1394  
Organisation der deutschen Verwaltung im G. 1395  
Die polnische Verwaltung 1396  
Deutsches und polnisches Recht 1396  
Stellung der deutschen Volkzugehörigen 1397  
Die völkischen Minderheiten 1398  
Die Juden 1398  
Die Organisation der Rechtspflege 1398  
Das Wirtschaftsrecht 1399  
Rechtshilfeverkehr mit dem G. in Zivilsachen 1400 1819  
Neues aus dem Rechtsleben im G.:  
Regelung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Judenbegriff, Staatsaufsicht für Stiftungen, 2 Durchführungsvorschriften zur Rechtspflege im G. 1559  
Der Rechtshilfeverkehr mit dem Reich 1560 1995

1 Jahr G.: Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gerichtsbarkeit 1793, innere Organisation der Verwaltung, Rechtsleben 1794, Landwirtschaft 1794, Waldbirtschaft 1795, Bergwesen 1795, Geld- und Kreditwesen 1796, Steuer- und Zollrecht, Verkehrswesen 1796, Sozialpolitik, Schulwesen 1797, Erfolge der deutschen Maßnahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft 1798, Forstwirtschaft, Bergbau, Geld- und Kreditwesen, Post- und Fernmeldewesen 1799, Eisenbahn, Sozialpolitik, Bauwesen, Wasserstraßenverwaltung 1800, Propaganda- und Schulwesen 1801  
Fragen des Rechts- und Wirtschaftsausbau im G. 1819 1874 1993  
2050 2100 2153

Berleihung des Kriegsverdienstkreuzes I. Klasse an Generalgouverneur Dr. Frank 1489

Das Recht des G. Schrifttum 1183

**Generalversammlung**  
vgl. unter Hauptversammlung

**Generalsubstitut**  
G. = Gesamtvertreter? 1766  
Gemäß § 102 ZPO. Haftung des Rechtsanwalts auch für von seinem G. vorgenommene Maßnahmen 2185<sup>26</sup>

**Genossenschaft**  
Die Besteuerung der Genossenschaften. Schrifttum 1935  
Trotz Eintragung in die Genossenliste keine Begründung der Mitgliedschaft durch eine dem § 131a GenG. nicht entsprechende Beitrittserklärung, auch nicht durch nachträgliche Einreichung ergänzender Erklärung ohne Mitwirkung des Vorstands 1728<sup>5</sup>  
Entsprechend weitverbreiteter Rechtsüberzeugung ist dem auszufließenden Genossen vorher Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben 2013<sup>15</sup>

TschechGenG. Für Rechtsbeziehungen auf Grund von Darlehensgeschäft zwischen Mitgliedern der G. und der G. keine Geltung des Grundgesetzes, wonach Genossen sich in Angelegenheiten der G. dem Willen

der Mehrheit zu unterwerfen haben 1961<sup>37</sup>

**Gerichtliche Medizin**  
Die Bedeutung der Blutgruppen und Blutkörperchen — Merkmale (Faktoren) in der gerichtlichen Praxis. Schrifttum 1936

**Gerichtsbareit**  
Die Organisation der Rechtspflege im Generalgouvernement 1398 1793  
Die deutsche G. im Protektorat Böhmen und Mähren 1401 1745 2085  
Deutsche G. in Strafsachen in den Niederlanden 1508

**Gerichtskosten**  
Kostenrechtliche Vergünstigungen und Vereinfachungen aus Anlaß des Krieges 1612  
Kritische Gedanken über die höchstgerichtliche Rechtsprechung zur Wahrung der Notfristen und zu § 233 ZPO. 1663  
GGG. Schrifttum 1416

Keine beschränkte Armenrechtsbewilligung insofern, als Entscheidung über das Armenrechtsgesuch oder die Armenrechtsbewilligung von zuvoriger Erlegung irgendeines Betrags durch die antragstellende Partei abhängig gemacht wird 2023<sup>23</sup>  
Im Fall nachträglicher teilweiser Armenrechtsbewilligung oder Armenrechtsbewilligung für Teil des Streitgegenstands Eröffnung eines neuen Verfahrens nach § 519 VI ZPO., also neuer Bescheid über zu zahlende Prozeßgebühr und Bestimmung neuer Nachweisfrist † 2024<sup>24</sup>  
§§ 233, 519b ZPO. Unabwendbarer Zufall für Partei und Rechtsanwalt, wenn die Gerichtskasse im Lauf von 3 Wochen die ihr obliegende Mitteilung des Kosteneingangs nicht an die Gerichtsabteilung gelangen läßt 1382<sup>24</sup>  
§ 627 ZPO. Bei Gütertrennung keine Prozeßkostenvorschusspflicht des Ehemanns im Ehefreit gegenüber seiner Ehefrau † 1384<sup>28</sup>  
§ 627 ZPO. Ablehnung des Erlasses einer einstweiligen Anordnung gegen Ehemann auf Prozeßkostenvorschuss, wenn Unterliegen der Frau anzunehmen oder wenn Ehemann zur Zahlung nicht in der Lage 1484<sup>19</sup>

§ 7 II KostO. Im Beschwerdeverfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit keine Abhängigmachung der Vornahme einer Beweisaufnahme von Kostenvorschuss 1120<sup>26</sup>  
§§ 1, 4 GKG. Keine Heranziehung einer Partei als Kostenschuldner für Auslagen der Reichskasse, weil diese im Interesse der Partei gemacht und von dieser als eigene Aufwendungen erspart werden 1210<sup>21</sup>  
§ 20 Ziff. 1 GKG. Durch Armenrechtsbewilligung für Vergleichsabschluss im Armenrechtsverfahren wird auch das in dieser Instanz bereits schwebende Verfahren gedeckt, damit auch die noch nicht gezahlte gerichtliche Prozeßgebühr 2028<sup>28</sup>  
Ermächtigung der Prozeßgebühr gem. § 30 GKG., wenn Anschlußberufung erst nach Anberaumung des Ter-

mins für die Berufung eingelegt, aber vor dem Termin zurückgenommen wird 1211<sup>23</sup>

Voraussetzung für Anwendung des § 73 GKG. ist lediglich Zustellung von Amts wegen, gleichgültig ob sie zu Recht oder Unrecht erfolgt ist 1210<sup>21</sup>  
§§ 79, 81 GKG. Haftung des Entscheidungsschuldners auf Grund des Urteils durch einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung aus dem Urteil durch das Rechtsmittelgericht unberührt 2028<sup>29</sup>

**Gerichtsstand**  
vgl. unter Zuständigkeit

**Gerichtsverfassung**  
G. im Protektorat Böhmen-Mähren 1746

**Gerichtsvollzieher**  
Bei Pfändung des Inhalts eines Bankstahlfaches ist anzuordnen, daß ein vom Gläubiger zu beauftragender G. Zutritt zu dem Fach zu nehmen hat 1639<sup>21</sup>

**Gesamthand**  
Erteilung des Zeugnisses gem. § 36 GGD. auch dann, wenn Erblasser nur als G. mitberechtigter an Grundstück beteiligt war 1377<sup>17</sup>

**Gesamthypothek**  
Richtigkeit der entgegen § 867 II ZPO. auf mehreren Grundstücken als G. eingetragenen Zwangshypothek, daher Löschung von Amts wegen 1115<sup>19</sup>

**Gesamt Schuldner**  
Kein Ausgleichsanspruch aus Gesamtschuldverhältnis für den, der neben dem fahrlässigen Angehörigen einer BerGen. für Unfall haftet † 1779<sup>10</sup>  
Beitritt eines von mehreren verklagten G. nach § 66 ZPO. als Streitgehilfe des Kl. † 1324<sup>22</sup>  
Beschwerdegegenstand für Berufung über mehrere in einer Klage geltend gemachte Ansprüche, insbes. bei Gesamtschuldverhältnis 1953<sup>24</sup>

**Gesamtstrafe**  
Bei der Bildung einer neuen G. keine höhere Bewertung der früher abgeurteilten Straftaten als in der früher erkannten G. 1417<sup>1</sup>

**Geschäftsbücher**  
vgl. unter Buchführung

**Geschäftsführer der GmbH.**  
Durch Gesellschaftsvertrag Ermächtigung der Gesellschafterversammlung der GmbH., die zur Bestellung der G. berufen, die Art der Vertretungsmacht für den Einzelfall zu regeln † 1467<sup>3</sup>  
Verpflichtung des G. von GmbH., der nach außen deren gesetzlicher Vertreter ist, im Innenverhältnis die Weisungen der GmbH. zu beachten und bei Ausübung seiner Vertretungsmacht einzuhalten 1725<sup>3</sup>

**Geschäftsführung ohne Auftrag**  
Bei Unfall, für den beide Teile nicht verantwortlich, Ansprüche des Geschädigten aus §§ 683, 904 BGB., wenn er selbst den Schaden auf sich genommen hat, um den anderen vor größerem Unheil zu bewahren 1188<sup>5</sup>  
Rechtshängigkeit des Anspruchs auf Schmerzensgeld nach § 847 I 2 BGB., wenn der vom RA. im Namen des Unfallverletzten erwirkte Zahlungsbefehl über Schmerzensgeldforderung dem Ersatzpflichtigen vor



dem Tode des Unfallverletzten zu gestellt worden, auch wenn der Antrag in G. o. A. gestellt worden 1634<sup>11</sup>

**Geschäftsgrundlage, Erschütterung der (§ 242 BGB.)**

Einwand der Veränderung der G. gegen Leibrentenvertrag † 2167<sup>7</sup>

Herabsetzung der Unterhaltsrente (§ 80 EheG.) bei Veränderungen, die geeignet sind, die G. zu erschüttern und den Endzweck beider Parteien zu vereiteln † 2163<sup>4</sup>

Anwendung der Grundzüge des bürgerlichen Rechts über Unwirksamkeit von Verträgen wegen fehlender oder fortgefallener G. nicht im gleichen Umfang auf hoheitliche Verwaltungsakte † 2179<sup>20</sup>

**Geschäftsräume**

Die Räumungsschädigung des Geschäftsräummieters oder -pächters 1252

Räumungsschädigung und Streitwertbemessung 1453

Einzelfragen zur Mietbeihilfe für den Handel 2146

Gültigkeit der neben Mietvertrag über G. getroffenen Abrede, wonach die ganze Instandhaltungspflicht auf den Mieter übergehen soll 2252<sup>23</sup>

§ 49 a MietSchG. Vermietung v. G. zu Wohnzwecken. Mietwucher gegen Untermieter auch möglich, wenn Untermiete gleich Hauptmiete ist 2017<sup>19</sup>

**Geschäftsübernahme**

Bei Fortführung des zum Nachlaß gehörenden Handelsgeschäfts durch den Erben unter der bisherigen Firma Ausschluß der Haftung für die vom Erblasser herrührenden Geschäftsschulden durch Eintragung im Handelsregister u. Bekanntmachung † 2007<sup>10</sup>

**Geschäftsübertragung**

Zur Frage der Sittenwidrigkeit bzw. Anfechtbarkeit der Übertragung des Geschäfts des Ehemanns auf die unvermögende Ehefrau † 1776<sup>9</sup>

§ 1 SchulbVereinG. Wirtschaftlicher Zusammenbruch des Schuldners, über dessen Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde. Gewährung der Schuldenbereinigung auch bei Übertragung des Geschäfts durch den Konkursverwalter auf die Ehefrau † 1892<sup>5</sup>

**Geschäftsveräußerung**

§ 28 BGB. Haftung der KommGes., die Geschäft eines Einzelkaufmanns übernimmt, der Minderkaufmann war und deshalb keine Firma führte, für die im Geschäftsbetrieb entstandenen Verbindlichkeiten † 1463<sup>1</sup>

HftABGB. Zur Frage der Sittenwidrigkeit des Verzichts des Veräußerers eines Unternehmens auf Eröffnung und Führung eines gleichen Unternehmens. Vorliegen stillschweigenden Wettbewerbsverzichts bei Mitveräußerung des Kundenstocks gegen Entgelt 1150<sup>23</sup>

**Geschichte**

Die geschichtliche Prüfung in der ersten und in der großen juristischen Staatsprüfung 1507

Aufriß der deutschen G. im 19. und 20. Jahrhundert. Schrifttum 1509  
Deutsche G. von 1918—1939. Schrifttum 1509

**Geschlechtskrankheit**

§ 55 II EheG. Beachtslichkeit des Widerpruchs bei geschlechtlicher Infektion eines Ehegatten durch den anderen und dadurch hervorgerufener Arbeitsunfähigkeit 1479<sup>10</sup> † 2243<sup>16</sup>

Schon die bloße Untersuchung auf das Vorhandensein von G. bildet Behandlung i. S. des § 7 GeschlKrankhG. 1524<sup>17</sup>

Fortgesetztes Vergehen gegen § 263 StGB. in Tateinheit mit Vergehen gegen § 7 GeschlKrankhG. Keine Anwendung des § 11 GeschlKrankhG., wenn Handlung bereits Verstoß gegen § 7 darstellt 1838<sup>18</sup>

Abperrungs- und Aufsichtsmaßregeln gem. § 327 StGB. auf dem Gebiete des Dienstenwesens † 1516<sup>6</sup>

**Geschlechtsverkehr**

§ 37 EheG. Fehlen des G. der Ehegatten bei Fortsetzung der allgemeinen Lebensgemeinschaft kein Grund dafür, daß Wille zur Fortsetzung der Ehe nicht vorhanden † 2001<sup>1</sup>

Zur Frage, wann Vermächtnis zugunsten der Geliebten nichtig † 1424<sup>8</sup>

Zur Frage, ob Zuwendungen eines verheirateten Mannes an seine Geliebte unsittlich und nichtig sind † 2167<sup>7</sup>

Beleidigung männlicher Jugendlicher unter 16 Jahren durch 42jährige Frau, die mit ihnen den Beischlaf vollzieht † 1514<sup>2</sup>

**Gesellschaften**

Die Besteuerung der G., des Gesellschafterswechsels und der Umwandlungen. Schrifttum 1935

**Gesellschaft, bürgerlich-rechtliche**

Begründung von Gemeinschafts- oder G.verhältnis zwischen Ehegatten erfordert nicht förmlichen Ehevertrag 1782<sup>14</sup>

Art. 15 EGBGB. Rechtsnatur des im belg. Recht enthaltenen Verbots der EhegattenG. 1373<sup>14</sup>

**GmbH.**

Die Neuordnung der GmbH. Schrifttum (Arbeitsbericht des Aussch. f. GmbH. der Akademie für Deutsches Recht) 1229

§§ 2, 3 GmbHG. Bei dauerndem Interesse der GmbH. an Erfüllung der von Gesellschafter übernommenen Verpflichtung durch diesen persönlich ist nichtgesellschaftsrechtliche Verpflichtung des Betreffenden anzunehmen. Fortdauer solcher Verpflichtung auch nach Übertragung des Geschäftsanteils auf anderen 2013<sup>14</sup>

§ 15 IV GmbHG. Zur Frage der Formbedürftigkeit einer Vereinbarung, durch die der Kaufpreis für ein Grundstück und für Gesellschafteranteile einer GmbH. herabgesetzt wird 1292<sup>10</sup>

§ 15 GmbHG. Erfordernis der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung, wenn Vollstreckungsbehörde den freihändigen Verkauf eines gepfändeten Geschäftsanteils angeordnet hat, für Veräußerungsvertrag zwischen Beauftragtem der Vollstreckungsbehörde und Erwerber des Geschäftsanteils 1900<sup>16</sup>

§§ 35, 37 GmbHG. Verpflichtung des Geschäftsführers von GmbH., der

nach außen deren gesetzlicher Vertreter ist, im Innenverhältnis die Weisungen der GmbH. zu beachten und bei Ausübung seiner Vertretungsmacht einzuhalten 1725<sup>3</sup>

§§ 35, 46 GmbHG. Durch Gesellschaftsvertrag Ermächtigung der Gesellschafterversammlung der GmbH., die zur Bestellung der Geschäftsführer berufen, die Art der Vertretungsmacht für den Einzelfall zu regeln † 1467<sup>3</sup>

Wenn von zwei Gesellschaftern der eine nach § 47 IV GmbHG. kein Stimmrecht hat, Befugnis des anderen, aus eigener Entschließung namens der GmbH. gegen seinen Mitgesellschafter Klage zu erheben 1725<sup>3</sup>

§ 61 GmbHG. Treupflicht der Gesellschafter gegenüber GmbH. 2177<sup>15</sup>

§ 61 GmbHG. Beurteilung der Unmöglichkeit der Erreichung des Gesellschaftszwecks im Gegensatz zur Unmöglichkeit der Ausführung von Kaufverträgen. Stellung des einer auf Auslösung nach § 61 GmbHG. verklagten GmbH. im Rechtsstreit beitretenen Gesellschafters als selbständiger Streitgegenstand i. S. der §§ 69, 61 ZPO. † 1726<sup>4</sup>

§ 61 GmbHG. Wichtiger Grund für Verlangen der Auflösung der GmbH. kann in persönlichen Verhältnissen der Gesellschafter liegen, z. B. auch in persönlichen Zerrwürnissen. Kein Recht des Gesellschafters, der selbst die Zerrwürnisse verschuldet hat, auf Verlangen der Auflösung. Befugnis der Gesellschafterversammlung, diesem Gesellschafter Ausübung des Mitverwaltungsrechts zu entziehen und auf Treuhänder zu übertragen † 2011<sup>13</sup>

**Gesetzesinheit**

Gedanken zur Konkurrenzfrage im Strafrecht:

Das tateinheitliche Zusammentreffen mehrerer Straftaten 1491

Frage aus dem Gebiete der Gesetzeskonkurrenz 1492

Konkurrenzfragen aus dem Gebiete der Kriegsgesetzgebung 1494

Zwischen Verbrechen nach §§ 2, 4 VolksschädliVd. und sonstiger Straftat keine Tateinheit, sondern G. † 1231<sup>12</sup>

**Gesetzesammlungen (Schrifttum)**

Das neue Deutsche Reichsrecht 1138 1512

Das neue Recht in Preußen 1138

Deutsche Reichsgesetze 1360

Nachschlagewerk für das Deutsche Reichsrecht 2230

Das Recht des Generalgouvernements 1183

**Gesetzlicher Vertreter**

vgl. unter B.

**Gesundheitszeugnis, Ausstellen von unrichtigem (§ 278 StGB.) † 1516<sup>6</sup>**

**Getrenntlebende Eheleute**

Die Pflicht der getrenntlebenden Ehefrau zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit 1547

§ 627 ZPO. Zuständigkeit des Ehegerichts neben der Anordnung des Getrenntlebens der E. auch die innerhalb des allgemeinen Rahmens des Getrenntlebens erforderlichen Maßnahmen zu erlassen † 1586<sup>28</sup>



**Gewährleistung**

§§ 922 ff. ABGB. Durch Vereinbarung, daß beim Geschäftsabluß vorhandene und angezeigte Mängel behoben werden sollen, Verbrauch des ursprünglichen G. anspruchlos; Entstehung eines neuen, nach §§ 918 ff. ABGB. zu beurteilenden Anspruchs 1592<sup>22</sup>

**Gewaltverbrecher WD.**

Konkurrenzfragen auf dem Gebiete der G.W.D. 1496

§ 1 I auch anwendbar, wenn das Bedrohen an Leib oder Leben nicht mit Schuß-, Stieb- oder Stoßwaffe, sondern mit einem „anderen gleich gefährlichen Mittel“ erfolgt 1232<sup>3</sup> „Waffen“ i. S. des § 1 G.W.D. nur „Waffen“ im technischen Sinn. „Anderes“ gleich gefährliches Mittel kann auch eigene Körperkraft des Täters sein 1939<sup>5</sup>

**Gewerbegericht**

Im G.verfahren der Ostmark Ausschluß eines weiteren Rechtszugs, insbes. des Rekurses, gegen Beschlüsse des BG. Durch § 27 Ost-GewOG. n. F. Eröffnung der Rev. nur gegen Urteile, nicht Beschlüsse des BG. 1856<sup>28</sup>

**Gewerbeordnung**

Bei technischen Angestellten (§ 133 a GewD.) keine Anrechnung des während der Karenzfrist durch anderweitige Verwertung seiner Arbeitskraft Verdienens auf vereinbarte Karenzentschädigung 1965<sup>42</sup>

Für Angestellte gem. § 616 II BGB. und für gewerbliche Angestellte gemäß § 133 c GewD. Anspruch auf Vergütung für den Krankheitsfall unabhängig, auch nicht durch Abzug von Krankengeld einzuschränken † 1642<sup>23</sup>

**Gewerbepolitik**

G. im Generalgouvernement 1796

**Gewerbliche Räume**

vgl. unter Geschäftsräume

**Gewinnjucht i. S. des § 27 a StGB.**

† 1941<sup>8</sup>

**Gewohnheitsverbrecher**

Zur Frage der Strafschärfung beim gefährlichen G. und zur Frage der Anwendung von Sicherungsmaßregeln † 1278<sup>1</sup> Anm.

**Giftverbringung**

Bei G. keine entsprechende Anwendung des § 223 a StGB. gem. § 2 StGB., sondern in schweren Fällen Bestrafung gem. § 229 StGB. † 1937<sup>1</sup>

**Gläubigerbenachteiligung (§ 3 Ziff. 1 AnfG.) 1201<sup>12</sup>****Gnadenrecht**

vgl. unter Straffreiheit

**Guldklausel**

Bei Vereinbarung des USA.-Dollars als Wertmesser zur Sicherung einer in anderer ausländischer Währung geschuldeten Zahlung, mangels Vereinbarung von G. kein Schutz des Gläubigers gegen Entwertung des Dollars. Über Ausgleichsanspruch gegeben bei derartiger Vereinbarung zur Sicherung der in Gesellschaftsvertrag von DdG. oder RommGef. zur Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters festgesetzten langfristigen Abzahlungsraten 1282<sup>6</sup>

**Griechenland**

Das Recht des Betriebsrisikos im geltenden griechischen Recht. Schrifttum 1274

Die Richterfüllung des schulrechtlichen Vertrags. Griech. Schrifttum 2056  
Griechisches internationales Eherecht. Schrifttum 2157

Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Scheidung der Ehen griechischer Staatsangehöriger † 1955<sup>29</sup>

**Strohraumpolitik**

Das neue Europa, seine Lebens Einheit und Rechtsordnung 2081

**Grund des Anspruchs, Urteil über den (§ 304 ZPO.)**

Bei Geltendmachung von Rentenanspruch ohne zeitliche Beschränkung ist im U. u. d. G. b. A. (§ 304 ZPO.) darüber zu entscheiden, ob dieser Anspruch begründet oder Altersgrenze festzusetzen sei 1287<sup>8</sup>

Zulässigkeit der Entsch. dem Grund nach über zeitlich begrenzten Teil des Klageanspruchs 1628<sup>6</sup>

Erörterung der Frage der Zulässigkeit des Rechtswegs durch das BG. im Nachverfahren über die Höhe des Anspruchs 2187<sup>29</sup>

**Grundbesitz**

Schuldenbereinigung wegen der Hingabe von G. 1602

Die Einkommensteuer des Haus- und Grundbesitzers nebst Kriegszuschlag zur Einkommensteuer und Mehreinkommensteuer. Schrifttum 1936

Keine Befugnis des Miteigentümers von Grundstück, einen seinem Anteil am Grundstück entsprechenden Teil des Mietzinses vom Mieter unmittelbar einzuziehen † 2169<sup>10</sup>

§ 8 WD. über Einatz des jüdischen Vermögens. Genehmigung erforderlich zur Umwandlung einer auf jüdischem G. haftenden Arresthypothek in Verkehrshypothek. 1637<sup>16</sup>

Rechtsgültigkeit der letztwilligen Verfügung eines Angehörigen des Landes Böhmen über deutschen G. in Böhmen in der Form seines Heimatrechts 1372<sup>13</sup>

**Grundbuch**

Gführung. Schrifttum 1184

Komm. zur G.W.D. Schrifttum 1509  
§ 6 G.W.D. Bei Antrag, ein Grundstück einem anderen „zuzuschreiben“, regelmäßig Zuschreibung als Bestandteil 1952<sup>21</sup>

§§ 18, 19 G.W.D. Verwertbarkeit bedingter behördlicher Zustimmungen und Genehmigungen als Eintragungsbewilligungen 1568<sup>8</sup>

Während Dauer einer auf Grund der WD. zur Sicherung der Landwirtschaft angeordneten Treuhänderschaft keine Eintragung einer Auflassungsvormerkung auf Bewilligung des Eigentümers ohne Zustimmung des Treuhänders 1899<sup>15</sup>

Erteilung des Zeugnisses gem. § 36 G.W.D. auch, wenn Erblasser nur als Miteigentümer oder Gesamthandmitberechtigter an Grundstück beteiligt war 1377<sup>17</sup>

§ 39 I G.W.D. Auch bei Übergang von bisher buchungsreiem und nicht gebuchtem Grundstück an einen vom Buchungszwang nicht befreiten Erwerber ist vor Eintragung des Erwerbers im G. ein Blatt auf den

Namen des Veräußerers anzulegen 2073<sup>24</sup>

§ 51 G.W.D. Aufnahme auch der Ersahnacherben in den Nachbenvermerk im G. 1116<sup>20</sup>

Gem. § 53 I 2 G.W.D. von Amts wegen Löschung der entgigen § 867 II ZPO. auf mehreren Grundstücken als Gesamthypothek eingetragenen Zwangshypothek 1115<sup>19</sup>

§ 61 G.W.D. Abtretung einer Tilgungshypothek einschließlich der getilgten, zur Eigentümergrundschuld gewordenen Beträge unter grundbuchlichem Vermerk, welcher Teil Hypothek und welcher Teil Grundschuld ist. Im Fall der Teilabtretung Teilbrief über den ganzen abgetretenen Betrag 1574<sup>12</sup>

§§ 84 ff. G.W.D. Keine Löschung der Grunddienstbarkeit als gegenstandslos, wenn ihr Bestehen durch Abweisung der Lösungsklage rechtskräftig festgestellt worden 1378<sup>18</sup>

§ 84 G.W.D. G.eintragung der Verpfändung des Erbanteils eines Miterben ist als gegenstandslos zu löschen, wenn Testamentvollstrecker des Nachlasses das Grundstück wirklich veräußert 2256<sup>28</sup>

**Grundbuchberichtigung**

Eintragung als Eigentümer als Rechtsfolge aus Ausübung des dinglichen Vorkaufsrechts ist rechtsbegründender, nicht berichtigender Natur † 1319<sup>21</sup>

§ 82 G.W.D. Keine Durchführung des Berichtigungsangriffverfahrens, wenn Veräußerung des Grundstücks nahe bevorsteht 2177<sup>17</sup>

**Grunddienstbarkeit**

§§ 84 ff. G.W.D. Keine Löschung der G. als gegenstandslos, wenn ihr Bestehen durch Abweisung der Lösungsklage rechtskräftig festgestellt worden 1378<sup>18</sup>

Streitwertbemessung für G. nach § 7 ZPO. auch im Rechtsmittelverfahren 1953<sup>26</sup>

**Grunderwerbsteuer**

Wichtige G.fragen aus der Praxis und zum Gef. v. 29. März 1940 1500  
Das neue GrErwStG. 1251. Schrifttum 1462 2158 2159

**Grundschuld**

vgl. unter EigentümerG., FrankenG.

**Grundschuldbrief**

Bemessung des Streitwerts der Klage auf Herausgabe von Hypotheken- und G. nach dem an Hand des Interessens des Kl. an dem Besitz zu schätzenden Wert der Urkunde 1952<sup>22</sup>

**Grundsteuer**

Das G.gesetz. Schrifttum 1768

Abwälzung der G. vom Eigentümer auf den Pächter nicht verboten, auch Verstoß gegen die PreisstopWD. liegt nicht vor 2178<sup>18</sup>

**Grundstücksbesitz**

Bei Herausgabe und Ersahpflicht desjenigen, der den G. auf Grund nichtigen Pachtvertrags unentgeltlich i. S. des § 988 BGB. erlangt hat, Herausgabe der Nutzungen nach den Grundstücken über ungerechtfertigte Bereicherung 1949<sup>18</sup>

**Grundstücksbestandteil**

Bei Antrag, ein Grundstück einem anderen „zuzuschreiben“, regelmäßig Zuschreibung als Bestandteil 1952<sup>21</sup>,



**Grundstücksbewertung**

Die Bewertung der Mietgrundstücke.  
Schrifttum 1666

**Grundstückseigentum**

Der „angrenzende Eigentümer“ im  
Anliegerbeitragsrecht 2222

Grundstück, als dessen Eigentümer im  
Grundbuch Ehefrau eingetragen, ist  
im Auftrag des Ehemanns mit des-  
sen Mitteln erworben. Feststellungs-  
klage des Ehemanns, daß Ehefrau  
ohne seine Zustimmung nicht über  
das Grundstück verfügen kann 2115<sup>19</sup>  
Eigentumsübergang an litauischem  
Staatsgrundbesitz auf den deutschen  
Reichsfiiskus durch den Staatsver-  
trag mit Litauen über das Memel-  
land 1377<sup>18</sup>

**Grundstücksrechte**

Behandlung von G. in der Schulden-  
bereinigung 1604

Grunderwerbsteuerfreier Grundstücks-  
erwerb in der Zwangsversteigerung  
zur Rettung gefährdeter G. 1503

**Grundstücksteile**

Bestellung eines Nutzungsrechtes, das  
auf abgegrenzte G. beschränkt ist,  
nur in Gestalt einer beschränkten  
persönlichen Dienstbarkeit, nicht als  
Nießbrauch möglich † 1679<sup>13</sup>

**Grundstücksteilung**

Anfechtungsklage nicht gegeben gegen  
die aus „staatspolitischen Gründen“  
ausgesprochene Verfassung der Ge-  
nehmigung einer G. 1215<sup>27</sup>

**Grundstücksveräußerung**

Rpr. zu § 6 SchuldBereinG.: Gewinn  
aus Weiterveräußerung 1351

Grundstücksverkehrsrecht. Schriftt. 1562

§ 313 BGB. Zur Frage der Formbe-  
dürftigkeit einer Vereinbarung, durch  
die der Kaufpreis für ein Grund-  
stück und für Gesellschafteranteile  
einer GmbH. herabgesetzt wird 1292<sup>10</sup>

§ 139 BGB. Wirksamkeit der in be-  
glaubigter Form erteilten unwider-  
rufflichen allgemeinen Grundstücks-  
vollmacht, die mangels Form des  
§ 313 BGB. als Vollmacht zur Ver-  
äußerung unwirksam, insoweit es  
sich um andere Grundstücksge-  
schäfte handelt 1946<sup>12</sup>

Für Vollmacht zur Veräußerung eines  
Grundstücks nicht schon deshalb  
Formfordernis aus § 313 BGB.,  
weil der Bevollmächtigte zugleich  
Generalbevollmächtigter des Erwer-  
bers ist 1947<sup>14</sup>

Formgerechtes Kaufvertragsangebot  
bzgl. Grundstücks an Stadtgemeinde  
und dessen Billigung durch die  
Ratschoren stellt weder Vertragsab-  
schluß noch Vorvertrag dar. Keine  
Haftung der Stadtgemeinde wegen  
Verhandlungen mit Kaufinteressent-  
en über Veräußerung von Grund-  
stücken, die RegPräs. und Reichs-  
heimstättenamt der NSDAP. zur  
Einkaufung für geeignet erklärt haben.  
Zur Gewährleistungspflicht wegen  
hohen Grundwasserstands 2106<sup>3</sup>

Unentgeltlicher Besitzerwerb i. S. des  
§ 988 BGB. des Grundstückskäufers,  
dem der Verkäufer das Grundstück  
auf Grund eines nichtigen Kaufver-  
trags übergeben hat. Abrechnung  
nach Bereicherungsgrundsätzen 1110<sup>16</sup>  
1574<sup>11</sup>

§ 82 BGB. Keine Durchführung des Be-  
richtigungszwangsverfahrens, wenn  
Veräußerung des Grundstücks nahe  
bevorsteht 2177<sup>17</sup>

§ 84 BGB. Grundbucheintragung der  
Verpfändung des Erbanteils eines  
Miterben ist als gegenstandslos zu  
lösen, wenn Testamentsvollstrecker  
das Grundstück wirksam veräußert  
2256<sup>28</sup>

Bemessung des Streitwerts der Klage  
des Grundstückskäufers auf Auf-  
lassung nach dem Betrag einer strei-  
tigen Gegenforderung 1436<sup>22</sup>

Laut vertraglicher Vereinbarung soll  
Räumungsfrist für Mieträume im  
Zeitpunkt des Hausverkaufs begin-  
nen. Begriff des „Hausverkaufs“  
1946<sup>13</sup>

Grundstücksverkäufer kann seinen Miet-  
aufhebungsgrund an den Käufer  
abtreten 1144<sup>9</sup>

Wirtschaftliche Notlage des Hauseigen-  
tümers als Mietaufhebungsgrund  
nach § 4 MietSchG., wenn der Ver-  
kauf zur baulichen Erhaltung des  
Hauses notwendig 1145<sup>10</sup>

Bindung der Gerichte durch Erlaß der  
Preisbehörden, durch den an Stelle  
des vereinbarten ein niedriger Preis  
für verkauftes Grundstück festgesetzt  
worden? Weiterhin Gültigkeit des  
gegen die PreisstopV.D. verstoßen-  
den Kaufvertrags mit der Maßgabe,  
daß der niedrigere Preis als verein-  
bart gilt † 1306<sup>17</sup>

Rechtsbehelfe desjenigen Nichtjuden,  
der Grundstück eines Juden er-  
worben hat und die Räume eines  
jüdischen Mieters selbst benutzen will  
2111<sup>12</sup>

**Grundwasser**

§ 459 BGB. Verhältnismäßig hoher  
G. Spiegel nicht ohne weiteres Man-  
gel von zur Bebauung bestimmten  
Grundstücken. Inwieweit ist mit den  
örtlichen Verhältnissen vertrauten  
Kaufinteressenten Kenntnis der G.-  
verhältnisse zuzumuten? 2106<sup>3</sup>

**Gutachten**

vgl. auch unter Sachverständiger  
Gutachtliche Mitarbeit der Preisbe-  
hörden in gerichtlichen Verfahren  
1997

**Gütergemeinschaft**

§ 1239 ABGB. Befugnis des Ehe-  
manns, die Nutzungen, die er wäh-  
rend der bestehenden G. geerntet  
hat, auch nach Beendigung der Ver-  
waltung zu behalten 2190<sup>33</sup>

**Gütertrennung**

§ 627 BPD. Bei G. keine Prozeßkosten-  
vorschußpflicht des Ehemanns im  
Ehestreit gegenüber seiner Ehefrau  
† 1384<sup>28</sup>

**Gutsherrschaft**

Keine Gleichsetzung der auf Sied-  
lungs- oder Rentengutverfahren  
beruhenden, gem. § 35 GHAB auf  
Erbhöfen erblichenden Rechte mit  
dem Vorkaufsrecht aus der guts-  
herrlich-bäuerlichen Auseinander-  
setzung 1580<sup>19</sup>

**Haftbefehl**

Aufhebung eines durch engl. Firma  
gegen deutschen Schuldner vor dem  
Krieg im Offenbarungseidsverfah-  
ren erwirkten H. 1737<sup>12</sup>

**Haftpflicht**

Ist Verdunkelung höhere Gewalt i. S.  
des § 1 HaftpflG.? 1338

Beeinflussung der Sicht durch Dampf-  
wolken der Eisenbahn gehört zur  
Betriebsgefahr der Bahn 1368<sup>9</sup>

§ 3 a HaftpflG. Abwägung gem. § 254  
BGB., wenn der Haftpflichtige dem  
Verletzten die Aussicht eröffnet,  
durch Anstellung bei ihm Erwerbs-  
einbuße zu vermeiden und der Ver-  
letzte sich dieser Aussicht durch Be-  
gehung einer Straftat beraubt  
† 1285<sup>7</sup>

**Haftpflichtversicherung**

Das Recht der Kraftfahrzeug-H. Schrift-  
tum 2160

Versicherungsfall bei H. im Rahmen  
des § 39 BGB. Abstellen auf das  
Ergebnis des Einzelfalls bei An-  
wendung des § 42 BGB. † 1432<sup>18</sup>

Wenn bei Mitversicherung des Füh-  
rers im H.vertrag des Kraftfahr-  
zeughalters die Ausübung der Rechte  
aus der Versicherung nur dem Ver-  
sicherungsnehmer zusteht, ist Fest-  
stellungsklage des mitversicherten  
Führers gegen den Versicherer un-  
zulässig, jedoch Feststellungsklage des  
Unfallgeschädigten, der das Recht  
aus der Führermitversicherung ge-  
pfländet hat, zulässig 1433<sup>19</sup>

In Leistung von Zahlungen durch H.-  
gesellschaft auf Grund von Teilver-  
gleichen an den Geschädigten nicht ohne  
weiteres Anerkenntnis der Haftungs-  
verpflichtung des Versicherungsneh-  
mers i. S. der §§ 780—782 BGB.  
zu erblicken 1949<sup>17</sup>

**HGB.**

Komm. z. HGB. Schrifttum 1275

**Handelsregister**

Feindvermögensverwalter im H.recht  
2137

Keine konstitutive Wirkung der Ein-  
tragung eines nichtigen Hauptver-  
sammlungsbeschlusses auf Umwand-  
lung der Aktiengesellschaft ins H.  
† 1464<sup>2</sup>

Bei Fortführung des zum Nachlaß  
gehörenden Handelsgeschäfts durch  
den Erben unter der bisherigen  
Firma Ausschluß der Haftung für  
die vom Erblasser herrührenden Ge-  
schäftsschulden durch Eintragung im  
H. und Bekanntmachung † 2007<sup>10</sup>

Eintragung von Veränderungen (ins-  
bes. Satzungsänderungen) einer aus-  
ländischen Aktiengesellschaft nur im  
Register von deren inländischer  
Zweigniederlassung ohne Eintragung  
im Register der Hauptniederlassung  
2007<sup>9</sup>

**Handlungsagent**

Behandlung des im judetendeutschen  
Rechtsgebiet als Erklärungsmittler  
auftretenden H. nach der Regelung  
der §§ 120, 122 BGB. 1960<sup>35</sup>

**Handwert**

HandwerkerversorgG. Schrifttum 1276  
Abgrenzung zwischen bürgerlichem  
Rechtstreit und richterlicher Ver-  
tragshilfe nach 1. und 2. Bd. über  
Durchführung des Vierjahresplans  
auf Gebiet der H.wirtschaft † 1635<sup>14</sup>

**Hannover**

§ 16 HannChausseebauG. Unterhal-  
tungslast für die mit fremdartigen  
Werken untrennbar verbundenen  
Chausseebrücken 1214<sup>26</sup>

**Hanja**

H. und Großraumwirtschaft 2083



**Hauptverhandlung**

§ 149 StPD. Hat der gesetzliche Vertreter des Angekl. Anspruch auf Labung zur H. ? 2239<sup>9</sup>

Gem. § 32 JustWB. Pflicht des Vorsitzers, in jeder Lage des Verfahrens, auch während H., von Amts wegen zu prüfen, ob Bestellung eines Verteidigers geboten 2239<sup>11</sup>

**Hauptversammlungsbeschluss**

Keine konstitutive Wirkung der Eintragung eines nichtigen H. auf Umwandlung der Aktiengesellschaft ins Handelsregister † 1464<sup>2</sup>

**Hausbesitz**

Die Einkommensteuer des Haus- und Grundbesitzers nebst Kriegszuschlag zur Einkommensteuer und Mehreinkommensteuer. Schrifttum 1936

**Hausgewerbetreibender**

Keine Änderung des Begriffs des H. i. S. der RW. durch die Begriffsbestimmung des Heimarbeiters i. S. des § 3 HeimarbG. 1646<sup>27</sup>

**Häusliche Gemeinschaft (§ 55 EheG.)**

Gem. § 55 I EheG. ununterbrochener Lauf der 3jährigen Frist der Aufhebung der h. G. gefordert † 1675<sup>10</sup> 1772<sup>6</sup>

§ 55 EheG. „Aufhebung der h. G.“ setzt nicht Entzerrung voraus, sondern wird durch äußeren Tatbestand erfüllt † 2003<sup>4</sup>

Beweislast desjenigen Ehegatten, der die h. G. aufgehoben hat, für seinen berechtigten Grund hierzu; ebenso, wenn Verweigerung der h. G. als Scheidungsgrund i. S. des § 49 EheG. in Betracht kommt 2001<sup>2</sup>

Berechtigung zum Widerspruch nach § 55 II EheG. auf Grund der Tatsache, daß der andere Gatte sich von der h. G. losgesagt hat † 1770<sup>4</sup>

Wann stellt sich das Verlangen der bekl. Ehefrau auf Herstellung der h. G. als Rechtsmißbrauch dar? Rechtliches Interesse der Bekl. an der richterlichen Feststellung der Rechtswidrigkeit des Sichfernhaltens des Kl. von seiner Familie, auch wenn Änderung des gegenwärtigen Zustands nicht zu erwarten 1142<sup>4</sup>

**Heeresgeschichte**

Der Soldat und das Vaterland während und nach dem Siebenjährigen Krieg. Schrifttum 1357

**Hellkunde**

Schon die bloße Untersuchung auf das Vorhandensein von Geschlechtskrankheiten bildet Behandlung i. S. des § 7 GeschlKrankhG. 1524<sup>17</sup>

**Heimarbeiter**

Keine Änderung des Begriffs des Hausgewerbetreibenden i. S. der RW. durch die Begriffsbestimmung des H. i. S. des § 3 HeimarbG. 1646<sup>27</sup>

**Heimückegesetz**

Unzulässigkeit der Durchführung eines wegen Vergehens gegen § 2 Heimückeges. eingeleiteten Sicherungsverfahrens bei Fehlen der And. gemäß § 2 III 1523<sup>14</sup>

**Heimverein des RSNB. 1620****Heiratsbeihilfen**

Zur Frage der Pfändbarkeit von H. 1165 1972

**Herausgabepflicht**

Zusammenhang zwischen Rechenschaftspflicht und H. des elterlichen Gemalthabers nach § 1681 BGB. 1186<sup>3</sup>

Bemessung des Streitwerts der Klage auf Herausgabe von Hypotheken- und Grundschuldbriefen nach dem an Hand des Interesses des Kl. an dem Besitz zu schätzenden Wert der Urkunde 1952<sup>22</sup>

**Herstellung der häuslichen Gemeinschaft**

vgl. unter Häusliche G.

**Heymann, Ernst**

Festschrift zum 70. Geburtstag 1822

1824

**Hilfsleistungspflicht (§ 330 c StGB.)**

Bestrafung nach § 330 c wegen der rücksichtslosen Gefinnung, unabhängig davon, ob und welche Folgen das Unterlassen der Hilfsleistung gehabt hat. H. nicht nur für Kraftwagenlenker, der den Unfall verschuldet hat, sondern auch für Mitfahrer † 1420<sup>5</sup> 2062<sup>10</sup>

Das durch § 330 c StGB. geschützte Rechtsgut kann Leben, Leib oder Eigentum des durch den Unfall Betroffenen sein. Anwendung des § 2 VolksSchädWB. 2063<sup>13</sup>

**Hinterbliebenenrente**

Zur Frage der Zugrundelegung des Brutto- oder Nettolohns bei Berechnung der H. im Fall des Todes des Verletzten infolge des Unfalls 1865

**Hinterlegung**

vgl. auch unter Depot

Die H. der Räumungsschädigung für Geschäftsräummieter und -pächter 1256

**Hinweis auf Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes (§ 265 StPD.)**

H. a. B. d. r. G. nach § 265 StPD. erforderlich, wenn an Stelle des dem Eröffnungsbeschluss zugrunde liegenden Offizialdelikts Antragsvergehen tritt 1242<sup>12</sup>

Auch wenn B. d. r. G. dem Straftrag des StA. zu entnehmen, ist ausdrücklicher H. des Vorstehenden erforderlich 2067<sup>20</sup>

**Hochschule**

H. und Wissenschaft im Kriege 1132

**Höchstlöhne im Kriege 1857**

Hoffolgezeugnis † 1578<sup>18</sup> 2075<sup>26</sup>

**Höhere Gewalt**

Ist Verdunkelung h. G. i. S. des § 1 RaftspjG. ? 1338

H. G. i. S. des § 203 II BGB. 1186<sup>3</sup>

**Holzwirtschaft**

Kriegsmaßnahmen in der H. 2135

**Homosexualität**

§§ 175 a, 176 StGB. Bei Begrenzung unzüchtiger Handlungen weniger auf strenge Trennung zwischen äußerer und innerer Tatseite als auf die gesunde Volkanschauung abzustellen 1825<sup>1</sup>

Zum Tatbestand des versuchten Verbrechens gegen § 175 a I 3 StGB. 2059<sup>5</sup>

**„Hydraulik“ (Firmenrechtsentscheidung)**

† 1196<sup>10</sup>

**Hypothek**

Durch rechtsgeschäftliche Vereinbarung hat Hypothek Nr. 2 den Vorrang vor Hypothek Nr. 1 und dann Hypothek Nr. 3 den Vorrang vor Hypothek Nr. 2 erhalten; nach auf Bewilligung erfolgter Löschung der Hypothek Nr. 2 Vorrang der Hypothek Nr. 3 vor Hypothek Nr. 1 2109<sup>6</sup>

Nichtigkeit der entgegen § 867 II ZPD. auf mehreren Grundstücken als Gesamthypothek eingetragenen Zwangs-

hypothek, daher Löschung von Amts wegen 1115<sup>19</sup>

Abtretung einer Tilgungshypothek einschließlich der getilgten, zur Eigentümergrundschuld gewordenen Beträge unter grundbuchlichem Vermerk, welcher Teil Hypothek und welcher Teil Grundschuld ist. Im Fall der Teilabtretung Teilbrief über den ganzen abgetretenen Betrag 1574<sup>12</sup>

Frage des Erfordernisses der Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Inhaltsänderung einer Hypothek auf Erbbaurecht † 2074<sup>25</sup>

§ 8 WD. über Einlag des jüdischen Vermögens. Genehmigung erforderlich zur Umwandlung einer auf jüdischem Grundbesitz haftenden Arresthypothek in Verkehrshypothek 1637<sup>16</sup>

Auslegung von Ausbietungsabkommen. Durch Verkauf der Hypothek Begründung von Schadensersatzpflicht sowohl wegen nachträglicher Unmöglichkeit wie wegen positiver Vertragsverletzung 1426<sup>11</sup>

Zulässigkeit des Rechtswegs in Preußen für Anspruch auf Freigabe einer Sicherheit (Löschung einer Sicherungshypothek), die für Anspruch auf Ersatz von Kosten der öffentlichen Fürsorge bestellt war 1849<sup>32</sup>

**Hypothekenbrief**

Bemessung des Streitwerts der Klage auf Herausgabe von H. und Grundschuldbriefen nach dem an Hand des Interesses des Kl. an dem Besitz zu schätzenden Wert der Urkunde 1952<sup>22</sup>

**Hypothekensfälligkeit**

Bei Anhängigkeit des Vertragshilfsverfahrens gem. HypfällWB. fehlt für Zahlungsklage des Hypothekengläubigers das Rechtsschutzbedürfnis und Einrede der Rechtshängigkeit steht entgegen 1379<sup>20</sup>

**Jahrbücher (Schrifttum)**

Jahrbuch des Zivil-, Handels- und Prozeßrechts 1360

Jahrbuch für Kommunalwissenschaft 2160

**Japan**

Das politische Gesicht Japans. Schrifttum 1357

**Jurimunität**

Die J. der Besatzungstruppen 1154

**Jurpotenz**

Ehenichtigkeitsgrund der J. nach kanonischem Recht nicht gleichartig mit Eheaufhebungsgrund des Irrtums über die Person des anderen Ehegatten betreffende Umstände. Maßgebend für Befugnis, eine unter der Herrschaft des Konkordats mit dem heiligen Stuhl in Osterreich geschlossene Ehe wegen Nichtigkeitsgrundes der J. anzufechten, sind die Bestimmungen des österr. Rechts über Eheaufhebung wegen Ungültigkeitsgrundes des Unvermögens 1144<sup>3</sup>

**Industrie**

Der Ersatz des indirekten Schadens. Ein Beitrag zur Frage der industriellen Lieferbedingungen 1449

**Inland**

J. i. S. der WD. über die Behandlung feindlichen Vermögens 1217

J. i. S. des § 606 II ZPD. ist auch Danzig 1383<sup>26</sup>



**Inserat**

vgl. unter Zeitungsanzeige

**Instandsetzung**

Die Pflicht des Hauseigentümers während des Krieges 1700

Reichszuschüsse für Teilung, Umbau und Z. von Wohnungen. Schrifttum 1276

§ 536 BGB. Enge Auslegung von Vor- und Mietverträgen, durch die Instandhaltungspflicht auf den Mieter abgewälzt wird, außer wenn bei Miete von gewerblichen Räumen (Bäckerei) die ganze Instandhaltungspflicht auf den Mieter übergehen soll 2252<sup>23</sup>**Institut für Deutsche Starbeit**

Eröffnung und Aufgaben des I. 1797

**Interlokales Privatrecht**

Das Personalstatut im deutschen i. P. (Anknüpfung an Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit?) 1178 1539

Interlokaler Geltungsbereich des deutschen E. 1493

**Internationales Privatrecht**

Griechisches internationales Eherecht. Schrifttum 2157

Entsch. der Frage, welches von mehreren in einem Staat territorial nebeneinander geltenden Rechtssystemen anzuwenden, nach den für das i. P. geltenden Grundsätzen 1959<sup>34</sup>Art. 11, 27 EGVGB. Rechtsgültigkeit der von einem Angehörigen des Landes Böhmen dort in der Form seines Heimatrechts vorgenommenen letztwilligen Verfügung über deutschen Grundbesitz 1372<sup>13</sup>Art. 15 EGVGB. Für Güterrecht belgischer Ehegatten maßgebend das Recht ihres ersten Eheheimats. Rechtsnatur des im belg. Recht enthaltenen Verbots der Ehegattengesellschaft 1373<sup>14</sup>Zeitpunkt der Erhebung der Scheidungsklage i. S. des Art. 17 I EGVGB. 1732<sup>15</sup>§ 60 II 2 EheG. Kein Ausspruch des überwiegenden Verschuldens eines Ehegatten bei Ehescheidung schweizerischer Staatsangehöriger 2006<sup>6</sup>Art. 18, 22 EGVGB. Rechtsquellen für die Feststellung der Abstammung bei Ägyptern. Maßgebend für Legitimation eines unehelichen Kindes sowie Annahme an Kindes Statt sind Gesetze des Staates, dem der Vater z. Z. der Legitimation bzw. der Annahme angehört. Anerkennung eines Kindes nach ägyptischem Recht ähneln der Annahme an Kindes Statt, nicht der Legitimation durch nachfolgende Ehe 1375<sup>15</sup>**Internationales Strafrecht**

Das österr. i. St. 1755

**Internationales Zivilprozessrecht**§ 606 II ZPO. Zuständigkeit des Gerichts des letzten Wohnsitzes, den Ehemann im Geltungsbereich der ZPO. hatte, für Scheidungsklage, wenn an seinem jetzigen ostmärk. Wohnsitz nach der ZM. kein Gerichtsstand dafür begründet 2114<sup>17</sup>§ 606 IV ZPO. Mit Jugoslawien vergesellschaftet in Ehesachen nicht verbürgt. Deutsche Gerichte in Scheidungssachen jugoslawischer Staatsangehöriger nicht zuständig 1333<sup>25</sup>

§ 606 IV ZPO. Zuständigkeit der deutschen Gerichte für Ehescheidung von Dänen. Dänemark erkennt die deut-

schen Scheidungsurteile dänischer Staatsangehöriger an 1333<sup>27</sup>Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Ehescheidung griechischer Staatsangehöriger † 1955<sup>29</sup>**Invalidentversicherung**

Sind bei Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls die Beiträge zur Z. dem Lohn des Verletzten hinzuzurechnen? 1864

Zur Frage der bevorzugten Behandlung von Forderungen aus der Z. nach § 2 SchuldbereinG. 1582<sup>22</sup>**Irrtum**

Der Verbotsz. im Kriegswirtschafts-StrafG. 1816

§ 37 EheG. Fehlen des Geschlechtsverkehrs der Ehegatten bei Fortsetzung der allgemeinen Lebensgemeinschaft des Z. zu erkennen gibt, daß er von Fortsetzung der Ehe nicht vorhanden † 2001<sup>1</sup>Verneinung des Vorhandenseins des Willens zur Fortsetzung der Ehe i. S. des § 37 II EheG. auch möglich, wenn Ehegatte nach Entdeckung des Z. zu erkennen gibt, daß er von Erhebung der Aufhebungs-klage absehen will † 2241<sup>14</sup>Nach Ablauf der Frist zur Klagerhebung gem. § 40 EheG. Verlangen auf Eheaufhebung nur bei neuen Umständen, aus denen sich für den Kl. neue Erkenntnis hinsichtlich des Z. ergibt, dem er bei Eheschließung unterlegen 1563<sup>1</sup>Im Fall des § 37 EheG. wird Kenntnis des nichtaufhebungsberechtigten Ehegatten vom Z. des andern Ehegatten und der Ursächlichkeit des Z. gefordert † 1672<sup>9</sup>Ehenichtigkeitsgrund der Impotenz nach kanonischem Recht nicht gleichartig mit Eheaufhebungsgrund des Z. über die Person des anderen Ehegatten betr. Umstände. Maßgebend für Befugnis, eine unter der Herrschaft des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl in Österreich geschlossene Ehe wegen Nichtigkeitsgründes der Impotenz anzufechten, sind die Bestimmungen des österr. Rechts über Eheaufhebung wegen Ungültigkeitsgrundes des Unvermögens 1144<sup>8</sup>Anfechtung der Rücknahme eines öffentlichen Testaments aus der amtlichen Verwahrung, weil der Erblasser die rechtliche Bedeutung der Rücknahme als eines Widerrufs nicht gekannt habe † 1684<sup>15</sup>§§ 120, 122 BGB. Unrichtige Weitergabe der Willenserklärung des Geschäftsherrn durch den Handlungsagenten nach judetendeutschem Recht 1960<sup>35</sup>Unbeachtlicher Strafrechtsz. des Täters, der das Abhören von Musikdarbietungen ausländischer Sender für zulässig hält 1837<sup>16</sup>**Italien**Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Deutschen WD. v. 3. Dez. 1938 über den Einsatz des jüdischen Vermögens durch die italienischen Gerichte 1455  
Reden des italienischen Justizmin. Dino Grandi auf der Jahresstagung der Akademie für Deutsches Recht, insbesondere über „Faschistische und nationalsozialistische Revolution“ 1230**Jude**vgl. auch unter BlutschutzG.  
Zur Frage der Unterhaltspflicht gegenüber jüdischen Angehörigen 1266  
Kann ein J. einen Deutschen beerben? 1354

Ist § 5 der WD. v. 26. Mai 1933 auch bei jüdischen Schuldnern anwendbar? 1932

Die Stellung der J. im Generalgouvernement 1398, J. begriff 1559 1793

§ 640 ZPO. Unzulässigkeit des Antrags auf Feststellung, daß es ungewiß sei, ob Rechtsverhältnis besteht oder nicht. Kein Mißbrauch der Gerichte dazu, eine wenn auch nur mögliche jüdische Abstammung zu verbunkeln † 1690<sup>22</sup>§ 91 ZPO. Mehrkosten bei Konsulentenwechsel grundsätzlich erstattungsfähig † 1584<sup>25</sup>§ 91 ZPO. Mehrkosten nicht erstattungsfähig im Fall des Ausscheidens eines jüdischen Parteivertretenden arischen Rechtsanwalts u. Übernahme der Vertretung durch jüdischen Konsulenten 1785<sup>18</sup>§ 91 ZPO. Mehrkosten nicht erstattungsfähig bei Ausscheiden eines jüdischen Konsulenten wegen Widerrufs seiner Zulassung und Eintritt eines anderen Konsulenten sowie bei Eintritt eines arischen Rechtsanwalts an Stelle des jüdischen Konsulenten nach Arierisierung der Partei 1953<sup>26</sup>Nur ausnahmsweise Ersetzung der Erlaubnis des nichtjüdischen Vermieters zur Untervermietung eines jüdischen Mieters durch das MGW. 1146<sup>13</sup>Bescheinigung der Gemeindebehörde über Sicherstellung der Unterbringung des jüdischen Mieters nicht vom Gericht auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen 1577<sup>16</sup>Rechtsbehelfe desjenigen Nichtj., der Grundstück eines J. erworben hat und die Räume eines jüdischen Mieters selbst benutzen will 2111<sup>12</sup>Kein gesetzlicher Anspruch von jüdischen Arbeitern auf Lohnzahlung an Feiertagen 1852<sup>34</sup>Alle tariflichen Bestimmungen, die Bestehen einer Treue- und Fürsorgepflicht voraussetzen, z. B. über den Urlaub, auf das Dienstverhältnis zwischen J. und Arieren unanwendbar 2126<sup>31</sup>Zur Frage des Ruhegehaltsanspruchs von jüdischen Angestellten, insbes. solcher, die schon vor Inkrafttreten der AusschaltungsWD. v. 12. Nov. 1938 ausgeschieden sind 1246<sup>17</sup> † 1310<sup>18</sup> † 1314<sup>19</sup> 1326<sup>25</sup>Betrug des J. gegenüber dem Sozialamt, wenn er es unterläßt, sich als J. zu offenbaren und deshalb noch nach dem 1. Jan. 1939 unterstützt wird 1827<sup>6</sup>**Jüdisches Vermögen**

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Deutschen WD. v. 3. Dez. 1938 über den Einsatz des j. V. durch die italienischen Gerichte 1455

Befugnis des nach WD. über Einsatz des j. V. für eine Kapitalgesellschaft eingesehten Treuhänders,



- deren Auflösung zu beschließen und sich zum Liquidator zu bestellen 1637<sup>15</sup> † 2173<sup>13</sup>
- § 8 W.D. über Einsatz des j. V. Genehmigung erforderlich zur Umwandlung einer auf jüdischem Grundbesitz haftenden Arresthypothek in Verkehrshypothek 1637<sup>16</sup>
- Wertzuwachssteuer bei Erfassung von Entjüdungsgewinnen 1216<sup>21</sup> † 1536<sup>30</sup>
- Jugendgericht**  
Die bedingte Verurteilung gem. § 13 StfGG. 1755
- Jugendhilfe**  
Wirtschaftliche Volksfürsorge u. wirtschaftliche J. Schrifttum 1884
- Jugendliche**  
Urlaubsanspruch des J. bei Betriebswechsel 1226 † 1487<sup>25</sup> 1877  
Lohn und Arbeitszeit J. bei Ausfall des Berufsschulunterrichts nach nächtlichem Fliegeralarm 2229
- Jugendstrafrecht**  
Zur Einführung des Jugendarrests 2033  
Der Jugendverteidiger 2038
- Jugoslawien**  
§ 606 IV ZPO. Mit J. Gegenseitigkeit in Ehesachen nicht verbürgt. Deutsche Gerichte in Ehesachen jugoslawischer Staatsangehöriger nicht zuständig 1383<sup>25</sup>
- Junge Rechtswahrer**  
Die Aufgaben der Reichsgruppe J. R. im Kriege 1228
- Jüngstenrecht**  
Feststellung des für Erbhöfe geltenden Erbbruchs 1759
- Juristische Person**  
Art. 111 ABG. Wenn OHG. unter ihrer Firma verklagt wird, sind Prozeßpartei die Gesellschafter in ihrer gesellschaftlichen Verbindung, nicht eine von ihnen trennbare j. P. 2177<sup>16</sup>  
Keine Anwendung des Gnadenerlasses v. 9. Sept. 1939 auf j. P. 1119<sup>23</sup>
- Justizverwaltung**  
J. im Protektorat Böhmen-Mähren 1746
- Kapitalerhöhung**  
Geltendmachung des Anspruchs des Kommanditisten auf Feststellung, daß ihm bei R. vertragliches Recht auf Vorweigerung seiner Kommanditeinlage zustehe, nur gegenüber den Mitgesellschaftern, nicht gegenüber der Kommanditgesellschaft. Wirksamkeit des Beschlusses, durch den Teil der Gesellschafter allgemeine Erhöhung der Kapitaleinlagen beschlossen, bei nachträglichem Beitritt der übrigen Gesellschafter 1427<sup>12</sup>
- Kapitalgesellschaften**  
vgl. auch unter Umwandlung von R. Befugnis des nach W.D. über Einsatz des jüdischen Vermögens für R. eingesetzten Treuhänders, deren Auflösung zu beschließen und sich zum Liquidator zu bestellen 1637<sup>16</sup> † 2173<sup>13</sup>
- Karenzentschädigung**  
vgl. unter Wettbewerbsverbot
- Kartell**  
Unterscheidung zwischen R. entschädigung und Gemeinschaftshilfe 1920, Hilfsmaßnahmen von R. zugunsten im Krieg stillgelegter Betriebe 1922
- Kartoffelbewirtschaftung**  
Natur des Rechts, das einem Arbeiter von Kartoffeln nach § 4 W.D. über Zusammenschluß der R. zusteht 2013<sup>14</sup>
- Kassenärzte**  
§ 839 BGB. Ansprüche der der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands angehörenden R. aus § 839 BGB. bei Pflichtverletzung der Amtsleiter der KVD. Ausschluß von R. aus der Kassenpraxis durch Anordnung der Amtsleiter der KVD. keine richterliche Tätigkeit i. S. des § 839 II BGB., sondern Verwaltungsakte. Abgrenzung zwischen der Überwachung der Kassenärztlichen Versorgung der Kranken durch die KVD. gem. § 368 d W.D. und der Standesgerichtsbarkeit auf Grund der ÄrztesD. † 1571<sup>10</sup>  
Verpflichtung der R. gegenüber der KVD., ihren Amtsträgern die schuldige Achtung zu bezeugen. Maßregelung, die Amtsleiter wegen Verstoßes gegen diese Verpflichtung verhängen, keine Amtspflichtverletzung i. S. des § 839 BGB. 1632<sup>10</sup>
- Kauf**  
Auf Kaufvertrag mit Vorbehalt des Wiederkaufrechts, der gleichen wirtschaftlichen Zwecken dient wie Pfandungsvertrag, nicht ohne weitere Anwendung der Pfandrechtsgrundsätze. Frage des Sittenverstößes wegen erheblichem Mißverhältnis von Leistung und Gegenleistung 2252<sup>22</sup>  
Verletzung einer allgemeinen Verkehrspflicht i. S. der §§ 823, 826 BGB. durch den, der ein infolge wesentlichen Konstruktionsfehlers mit unzuverlässiger Bremsvorrichtung ausgestattetes und deshalb nicht verkehrssicheres Kraftfahrzeug als Hersteller oder Verkäufer in den Verkehr gibt; ferner Haftung des Verkäufers, der den Konstruktionsfehler und seine Gefährlichkeit vor dem Verkauf des Kraftfahrzeuges oder der Ausstellung von Garantiescheinen hätte erkennen müssen, für Folgen eines durch den Fehler verursachten Verkehrsunfalls 1293<sup>11</sup>  
§§ 922 ff. ABGB. Durch Vereinbarung, daß beim Geschäftsabluß vorhandene und angezeigte Mängel behoben werden sollen, Verbrauch des ursprünglichen Gewährleistungsanspruchs; Entstehung eines neuen, nach §§ 918 ff. ABGB. zu beurteilenden Anspruchs 1592<sup>32</sup>
- Kaufzusammenhang**  
vgl. unter Urächlicher Zusammenhang
- Kieler Blätter** Schrifttum 1132 1138 1824
- Kinder**  
Anforderungen an die Sorgfalt eines Aufsichtspflichtigen, wenn dieser die Aufsicht aus Gefälligkeit übernommen hat 1110<sup>15</sup>  
§ 55 EheG. Aufrechterhaltung der Ehe im Hinblick auf das Vorhandensein mehrerer minderjähriger Versorgungsbedürftiger R. 1480<sup>13</sup> 1567<sup>5</sup> † 2004<sup>5</sup>  
§ 176 I 3 StGB. Unzucht mit R. 1825<sup>1</sup>
- Kinderrechte**  
Wohnungsbeschaffung für I. Familien 1699  
Eigenbedarfsklage der Gemeinde aus § 4 MietSchG., wenn sie gemeindeeigene Wohnung zur Unterbringung einer I. Familie dringend benötigt 2112<sup>13</sup>
- Kinderzulagen**  
Unpfändbarkeit der R. 1164  
Inwiefern sind staatliche R. an kinderreiche Familien für Miete und diesbezügliche Vollstreckungskosten pfändbar? 1148<sup>20</sup> † 2260<sup>32</sup>
- Kinderraub**  
Entziehung i. S. des § 235 StGB. kann auch vorliegen bei Entfernung des Kindes nur auf einige Stunden verbunden mit besonderer Gefährdung des Kindes z. B. durch Vornahme unzüchtiger Handlungen 2060<sup>7</sup>
- Kirche**  
Das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten. Schrifttum 1462  
Zulässigkeit des Rechtswegs für rechtliche Ansprüche auf vermögenswerte Leistungen zu kirchlichen Zwecken, daher auch für Ansprüche aus Patronat 2114<sup>18</sup>  
Zur Frage, ob dingliche Grundstückslasten zugunsten der R. als „öffentliche Abgaben“ i. S. des § 71 III ABG. anzusehen † 2183<sup>23</sup>
- Kirchenrecht**  
Ehenichtigkeitsgrund der Impotenz nach kanonischem Rechte nicht gleichartig mit Eheaufhebungsgrund des Zerrums über die Person des anderen Ehegatten betreffende Umstände. Maßgebend für Befugnis, eine unter der Herrschaft des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl in Österreich geschlossene Ehe wegen Nichtigkeitsgrundes der Impotenz anzufechten, sind die Bestimmungen des österr. Rechts über Eheaufhebung wegen Ungültigkeitsgrundes des Unvermögens 1144<sup>8</sup>
- Kirchlicher Feiertag**  
vgl. unter F.
- Klageänderung**  
Grundsatz des österreichischen Zivilprozeßrechts, wonach Klage in den Rechtsmittelinstanzen unabänderlich, durch § 76 DurchfW.D. zum EheG. für Ehesachen durchbrochen, jedoch keine Zulassung der R. für das Revisionsverfahren 1589<sup>30</sup>
- Klagebefugnis**  
Die Begrenzung der Befugnis zur Erhebung der Mietaufhebungsklage 1991  
Wenn von zwei Gesellschaftern der eine nach § 47 IV GmbHG. kein Stimmrecht hat, Befugnis des anderen, aus eigener Entschließung namens der GmbH. gegen seinen Mitgesellschafter Klage zu erheben 1725<sup>3</sup>  
§ 771 ZPO. R. des Widerspruchsklägers durch Veräußerung der gepfändeten Sache während des Widerspruchsrechtsstreits an Dritten unberührt 1692<sup>25</sup>
- Klagerhebung**  
§ 323 III ZPO. Maßgebender Zeitpunkt der R. für Abänderungsbegehren † 2188<sup>30</sup>  
Wideruf der von der Ehefrau zur Prozeßführung des Ehemanns vorher erteilten Zustimmung nur bis zur R. 1371<sup>12</sup>  
Zeitpunkt der Erhebung der Scheidungsklage i. S. des Art. 17 I EG. BGB. 1782<sup>15</sup>



**Klagegrund**

Nachprüfung in der RevJnst. nur, soweit für Ansprüche die Voraussetzungen des § 547 Ziff. 2 ZPO. erfüllt; Auscheiden aller in Zusammenhang damit stehenden sonstigen Klagebegründungen, für die es an Revisionssumme fehlt 1734<sup>10</sup>

**Klagerücknahme**

§ 614a ZPO. Keine Erteilung einer gerichtlichen Bescheinigung darüber, daß das Scheidungsurteil durch K. gegenstandslos geworden, wenn kein Bedürfnis dafür vorhanden † 1694<sup>25</sup>  
Durch Erscheinen des Rechtsanwalts im Verhandlungstermin wird neben der Prozeßgebühr keine weitere Gebühr ausgelöst, auch nicht durch Abgabe von den Prozeßverlauf bestimmenden Erklärungen im Termin, z. B. K. im Fall des § 614a ZPO. 1386<sup>32</sup>

Aus der Veröhnung der Ehegatten kann Vereinbarung über die Kosten der Rücknahme der bereits erhobenen Scheidungsfrage nicht entnommen werden 1894<sup>5</sup>

**Kleinbahn**

Zur Frage des Überholens bei gleichzeitiger Begegnung mit K. 1188<sup>5</sup>

**Knappschaft**

KnappschaftG. Schrifttum 1415

**Kolonien**

Die Regelung der Rechtspflege in den früheren und in den künftigen deutschen K. 2197

Deutsche Kolonialkunde. Schrifttum 1933

**Kommanditgesellschaft**

§ 28 HGB. Haftung der K., die Geschäft eines Einzelkaufmanns übernimmt, der Minderkaufmann war und deshalb keine Firma führte, für die im Geschäftsbetrieb entstandenen Verbindlichkeiten † 1463<sup>1</sup>

Geltendmachung des Anspruchs des Kommanditisten auf Feststellung, daß ihm bei Kapitalerhöhung vertragliches Recht auf Vorweigerung seiner Kommanditeinlage zustehe, nur gegenüber den Mitgesellschaftern, nicht gegenüber der K. Wirksamkeit des Beschlusses, durch den Teil der Gesellschafter allgemeine Erhöhung der Kapitaleinlagen beschlossen, bei nachträglichem Beitritt der übrigen Gesellschafter 1427<sup>12</sup>

Vereinbarung des USA.-Dollars als Wertmesser zur Sicherung der in anderer ausländischer Währung zu leistenden Abfindung eines auscheidenden Gesellschafters von OHG. oder K. Bei unerwarteter Entwertung des Dollars Ausgleichsanspruch 1282<sup>6</sup>

Strafbarkeit der Ausnutzung der Devisengenehmigung, die einer später aufgelösten und vom bisherigen Komplementär übernommenen K. erteilt worden, durch den neuen Inhaber 1239<sup>10</sup>

**Kommanditgesellschaft auf Aktien**

Aktienauslösung bei der K. a. A. zugunsten der persönlich haftenden Gesellschafter 1444

**Kommunalwissenschaft**

Jahrbuch für K. Schrifttum 2160

**Kompetenzgerichtshof**

BG. hat in Auslegung irreviziblen Landesrechts die Entscheidung eines nach diesem Landesrecht eingesehten

K., daß der Rechtsweg unzulässig sei, als für die LG. bindend erklärt. Bindung des RG. an diese Auslegung durch das BG. 1851<sup>33</sup>

**Konturs**

Einwirkung des K. des Bauarbeiters auf die Rechte aus dem Bauvertragsvertrag 1927

Rechtsprechung zur Schuldbereinigung: Verlust des Vermögens im K. 1347

§ 1 SchuldbereinG. Wirtschaftlicher Zusammenbruch des Schuldners, über dessen Vermögen das K.verfahren eröffnet wurde. Gewährung der Schuldbereinigung auch bei Übertragung des Geschäfts durch den K.verwalter auf die Eheg. † 1892<sup>5</sup>

Keine Gewährung der Schuldbereinigung für Mitverpflichteten, solange K.- oder Vergleichsverfahren gegen ihn schwebt 1893<sup>6</sup>

§ 124 ZPO. Verpflichtung des Arm.-Anw., die auf Grund der auf den Namen der armen Partei von ihm betriebenen Kostenfestsetzung an ihn gezahlten Kosten an die arme Partei — bei inzwischen erfolgter K.-eröffnung an die K.masse — abzuführen † 2185<sup>27</sup>

Keine Anwendung des § 366 II BGB. im Falle des § 159 RD. † 1783<sup>16</sup>

Vorrecht des § 80 VersAuffG. für Forderungen des Rückversicherungsnehmers gegen den Rückversicherer auch dann, wenn das K.verfahren vor Inkrafttreten des VersAuffG. in n. F. eröffnet worden † 1783<sup>16</sup>

**Konnossement**

Zur Auslegung und Anwendung der K.R.D. v. 4. Okt. 1939 als zeitgebundenes Recht 1618

Anwendung der für Kraftloserklärung von Urkunden geltenden Bestimmungen des HGB. und der ZPO. bei Kraftloserklärung von K. Stellung des Antrags auf Kraftloserklärung nur vom letzten Inhaber 2009<sup>12</sup>

**Konsulenten, jüdische**

§ 91 ZPO. Mehrkosten bei K.wechsel grundsätzlich erstattungsfähig † 1584<sup>25</sup>

§ 91 ZPO. Mehrkosten nicht erstattungsfähig im Fall des Ausscheidens eines eine jüdische Partei vertretenden arischen Rechtsanwalts u. Übernahme der Vertretung durch j. K. 1785<sup>18</sup>

§ 91 ZPO. Mehrkosten nicht erstattungsfähig bei Ausscheiden eines j. K. wegen Widerruf seiner Zulassung und Eintritt eines anderen K. sowie bei Eintritt eines arischen Rechtsanwalts an Stelle des j. K. nach Ausrufung der Partei 1953<sup>26</sup>

**Kontokorrent**

Keine vorzeitige Beendigung des zwischen Vertragsparteien für die Dauer des rechtlichen Verhältnisses, zu dessen Abwicklung vereinbarten K.verhältnisses, wenn Ansprüche und Leistungen von der einen Seite aufhören oder wenn pflichtwidrig keine Kontoauszüge erteilt werden und keine Saldofeststellungen erfolgen † 1640<sup>22</sup>

**Kontrahierungszwang**

K. im Einzelhandel? 1088

**Konversationslexikon**

Taschen-Brodhaus zum Zeitgesehen. Schrifttum 1722

**Konzern**

K.gestaltung im Lichte des Steuerrechts. Schrifttum 1138

**Kornwertpacht 1431<sup>16</sup>****Körperschaften des öffentlichen Rechts**

Die K., Anstalten und Stiftungen des ö. K. Schrifttum 2000

Bestimmung des verfassungsmäßigen Vertreters von K. d. ö. K. i. S. der §§ 31, 89 BGB. 2105<sup>1</sup>

Keine Anwendung der Gehaltsangleichungsbestimmungen auf Unternehmungen, deren Gesellschaftskapital sich mit mehr als der Hälfte im Eigentum von zwei einander nebengeordneten K. d. ö. K. befindet, ohne daß eine von ihnen mehr als die Hälfte hat 1533<sup>25</sup>

**Körperverletzung**

Gefährliches Werkzeug i. S. des § 223a StGB. ein solches, das durch mechanische Anwendung, nicht auch auf chemischem Wege wirkt. Bei Beibringung von Gift keine entsprechende Anwendung des § 223a StGB., sondern Verurteilung nach § 229 StGB. † 1937<sup>1</sup>

Befugnis des Angekl., der für schuldig, aber gem. § 233 StGB. für straffrei erklärt worden, zur Anfechtung des Urteils mit Rechtsmitteln 1825<sup>3</sup>

**Körperverletzung, fahrlässige**

§ 230 StGB. Frage der Strafbarkeit desjenigen, der einen Kraftfahrer mit Alkohol bewirtet, wenn dieser dann in angetrunkenem Zustand Verkehrsunfall verschuldet † 1232<sup>4</sup>

Begehung einer f. K. auch durch den, der fahrlässig seine Pflicht, die K. zu verhindern, nicht erfüllt. Für Frage der Anwendung der nötigen Sorgfalt ist maßgebend, inwiefern der Täter nach der besonderen Sachlage und seinen persönlichen Kenntnissen hierzu imstande war 1236<sup>7</sup>

Geltung der Verfahrensvoraussetzung, daß, außer wenn StA. besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung annimmt, Strafverfolgung nur auf Antrag eintritt, auch für vor dem Inkrafttreten der St.D. v. 2. April 1940 begangene f. K., die erst nach dem Inkrafttreten zur Aburteilung gelangt 1671<sup>6</sup>

**Kosten**

Haftung für die K. des Kriegsverretters aus Art. 2 SchutzZD. 1871 1902<sup>18</sup>

Gilt § 99 ZPO., der die Zulässigkeit einer auf den K.punkt beschränkten Anfechtung eines Urteils regelt, auch für das arbeitsgerichtliche Revisionsverfahren? 2099

Zur Frage der K.entcheidung bei einstweiligen Anordnungen nach § 627 ZPO. 1268

Rechtsprechung zu § 12 SchuldbereinG.: K. des Verfahrens 1353

Regelung der Erstattung bei Zuziehung eines Rechtsanwalts im Bereich der Verwaltung 2212

§ 91 ZPO. Zur Frage der Erstattungsfähigkeit von Aufwendungen einer Partei, die durch entsprechende Maßnahmen der Gegenpartei veranlaßt sind, insbesondere solcher, die einer Vorwegnahme der be-



weismäßigen Klärung gleichkommen 1690<sup>21</sup>

§ 91 ZPO. Erstattungsfähigkeit der K. für von einer Partei zum Termin gestellten Sachverständigen als Privatgutachter 1380<sup>21</sup>

§ 91 ZPO. Zur Frage der Erstattungspflicht der K. der Wahrnehmung eines von Sachverständigen anberaumten Termins durch Rechtsanwalt 1380<sup>22</sup>

§ 91 ZPO. Mehrkosten bei Konsulentenwechsel grundsätzlich erstattungsfähig † 1584<sup>25</sup>

§ 91 ZPO. Mehrkosten nicht erstattungsfähig im Fall des Ausscheidens eines eines jüdische Partei vertretenden arischen Rechtsanwalts u. Übernahme der Vertretung durch jüdischen Konsulenten 1785<sup>18</sup>

§ 91 ZPO. Mehrkosten nicht erstattungsfähig bei Ausscheiden eines jüdischen Konsulenten wegen Widerrufs seiner Zulassung und Eintritt eines anderen Konsulenten sowie bei Eintritt eines arischen Rechtsanwalts an Stelle des jüdischen Konsulenten nach Arisierung der Partei 1953<sup>26</sup>

§ 91 ZPO. Bei Einlegung von Streitwertbeschwerden durch Rechtsanwalt im eigenen Namen ist im Beschwerdebefahren die Gegenpartei nicht Partei, daher sind ihr K. der Beschwerde nicht aufzuerlegen † 1385<sup>21</sup>

§ 93 ZPO. K.pflicht des anerkennenden Bekl., der durch vorprozessuales Verhalten, z. B. Verzug, Veranlassung zur Klagerhebung gegeben hat, auch bei unachgemäßen Verhalten des Kl. im Prozeß 2184<sup>25</sup>

§ 98 ZPO. Aus der Versöhnung der Ehegatten kann Vereinbarung über die K. der Rücknahme der bereits erhobenen Scheidungsklage nicht entnommen werden 1894<sup>8</sup>

Vergleich zur Hauptsache im Ehestreit, wenn Partei die von ihr gegen das Scheidungsurteil eingelegte Berufung mit Rücksicht darauf zurücknimmt, daß die andere Partei Teil der K. übernimmt † 1738<sup>14</sup>

§ 99 ZPO. Bekl. wird im Versäumnisweg verurteilt, hat aber vorher anerkannt (§ 93 ZPO.). Keine selbständige Anfechtung der Entscheidung im K.punkt durch Kl., dem die K. mit Ausnahme der durch die Säumnis entstandenen aufgelegt worden † 2114<sup>18</sup>

Keine Geltung des Verbots der Schlechterstellung der Partei, die Rechtsmittel ergriffen hat, im künftigen Urteil für den von Amts wegen zu ordnenden Punkt der Kentscheidung 1953<sup>23</sup>

Bei vorangegangenen Teilmittel (§ 301 ZPO.) Kentscheidung im Schlußurteil einheitlich getroffen, gehört daher auch zum Teilmittel und ist mit diesem berufungsfähig 1147<sup>18</sup> † 2039<sup>32</sup>

Zuständigkeit zur Entscheidung über die K. der Beschwerde, wenn das Gericht einer Beschwerde ganz oder zum Teil abhilft 2190<sup>31</sup>

Bei Herabsetzung des Streitwerts nach § 53 I PatG. Ausgleichung unter den Parteien nach dem Herabgesetzten Streitwert 1381<sup>23</sup>

Geht die Unmöglichkeit der Rücklangung von Gebühren, die auf Grund höherer Streitwertfestsetzung an den Rechtsanwalt gezahlt worden und die sich nun nach Herabsetzung des Streitwerts ermäßigen, zu Lasten des erstattungspflichtigen Gegners? † 2183<sup>24</sup>

Gem. § 102 ZPO. Haftung des Rechtsanwalts auch für Maßnahmen des von ihm oder für ihn bestellten Vertreters 2185<sup>26</sup>

#### Kostenfestsetzung

§ 124 ZPO. Verpflichtung des Arm-Anw., die auf Grund der auf den Namen der armen Partei von ihm betriebenen K. an ihn gezahlten Kosten an die arme Partei — bei inzwischen erfolgter Konkursöffnung an die Konkursmasse — abzuführen † 2185<sup>27</sup>

Geltendmachung des Anspruchs des Ehemanns auf Rückerstattung der von ihm an die Ehefrau bezahlten Prozeßkostenvorschüsse im K.verfahren 1785<sup>17</sup>

Anrechnung eines Prozeßkostenerstattungsanspruchs gegen eingeklagten Sachanspruch 1949<sup>18</sup>

§ 788 ZPO. Voraussetzung für Rückfestsetzung von Kosten nach Aufhebung des Titels, auf Grund dessen diese Kosten festgesetzt und von der jetzt obliegenden Partei gezahlt worden. Kostenerstattung gem. § 788 II auch bei Aufhebung des früheren Urteils durch gerichtlichen Vergleich 1896<sup>11</sup>

Beitreibung der  $\frac{3}{10}$ -Gebühr für das Offenbarungsseidverfahren nach § 23 Ziff. 18 KMOGd. mit den sonstigen Zwangsvollstreckungskosten ohne besondere K. 1119<sup>24</sup>

Keine Festsetzung der im Wichtigkeitsverfahren vor dem Reichspatentamt zur K. angemeldeten Kosten als Rechtsfreikosten des Patentprozesses † 2183<sup>24</sup>

#### Kostenvergleich

Wirkung des außergerichtlichen Vergleichs über die Kosten gegen den Zessionar des Kostenerstattungsanspruchs auch, wenn das die Kostenentscheidung zugunsten des Bedenten enthaltende Urteil infolge Rechtsmittelzurücknahme rechtskräftig wird † 1117<sup>22</sup>

§ 80 EheG. Streitwert für Unterhalts- und K. 1143<sup>7</sup>

#### Kraftfahrzeug

Eintragung von Strafen in den Führerschein wegen Verletzung der Verkehrsvorschriften 1089

Kraftverkehrsrecht von A.—B. Schrifttum 1416 1768

Verletzung einer allgemeinen Verkehrsspflicht i. S. der §§ 823, 826 BGB. durch den, der ein infolge wesentlichen Konstruktionsfehlers mit unzuverlässiger Bremsvorrichtung ausgestattetes und deshalb nicht verkehrssicheres K. als Hersteller oder Verkäufer in den Verkehr gibt; ferner Haftung des Verkäufers, der den Konstruktionsfehler und seine Gefährlichkeit vor dem Verkauf des K. oder der Ausstellung von Garantieschein hätte erkennen müssen,

für Folgen eines durch den Fehler verursachten Verkehrsunfalls 1293<sup>11</sup>

§ 7 KraftfG. Ein infolge Kupplungsschadens fahruntbrauchbarer Kraftwagen befindet sich nicht mehr im Betrieb † 2260<sup>33</sup>

Vorschriften des § 7 KraftfG., § 839 BGB. ohne Belang für Rückgriffsverhältnis zwischen der ersatzleistenden öffentlichen Körperschaft und einem bei ihr auf Privatdienstvertrag angestellten Kraftfahrer, der einem Dritten widerrechtlich Schaden zufügte 2254<sup>26</sup>

Zur Sorgfaltspflicht gemäß § 7 II KraftfG. gehört Rücksichtnahme auch auf durch die Umstände nahegelegte Möglichkeit eines unrichtigen oder ungeschickten Verhaltens anderer Verkehrsteilnehmer 1687<sup>19</sup>

Wird eine an sich mit Einverständnis des Halters ausgeführte und von dem von ihm angestellten ordnungsmäßigen Führer begonnene Fahrt zu unerlaubter Benutzung i. S. des § 7 III KraftfG., wenn Fahrer unterwegs die Steuerung des K. ohne Wissen und Willen des Halters einem Unbefugten überlassen hat? 1687<sup>18</sup>

Abwägung nach § 254 BGB. wie nach §§ 17 I, 18 III KraftfG. erst möglich, wenn Art und Umfang der Verursachung und Größe des Verschuldens und der Betriebsgefahr feststehen 1287<sup>8</sup>

Dem Fahrzeughalter als Schädiger ist neben dem Verschulden des Fahrers die Betriebsgefahr bei Schadensausgleichung nach § 254 BGB. sowohl hinsichtlich Haftung aus KraftfG. wie der aus § 839 BGB. in Anrechnung zu bringen † 1947<sup>15</sup>

Anwendung des § 22 II KraftfG. setzt voraus, daß der Verletzte noch in dem Augenblick lebt, in dem sich der Täter vom Unfallort entfernt 2066<sup>17</sup>

StrafVerfD. Inwieweit muß der Kraftfahrer mit verkehrswidrigem Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer rechnen? 1671<sup>5</sup>

Voraussetzungen des Rechtsfahres, wonach der Vorsichtberechtigte im Vertrauen auf sein Vorsichtrecht beim Auftauchen des nachfahrtsverpflichteten Fahrzeugs zunächst seine Fahrt fortsetzen darf (StN.) 1419<sup>3</sup>

Strafbarkeit desjenigen, der einen zur Weiterbenutzung gekennzeichneten Wagen für Fahrten benutzt, die nicht durch das öffentliche Interesse an der Weiterbenutzung gedeckt 1837<sup>17</sup> 2065<sup>16</sup>

Frage der Strafbarkeit desjenigen, der einen Kraftfahrer mit Alkohol bewirtet, wenn dieser dann in ange-trunkenem Zustand Verkehrsunfall verschuldet † 1232<sup>4</sup>

Bestehen der Hilfeleistungspflicht nach § 330 c StGB. nicht nur für Kraftfahrer, der den Unfall verschuldet hat, sondern auch für Mitfahrer † 1420<sup>5</sup> 2062<sup>10</sup>

§ 45 StKraftfG. Verurteilung einer Verletzung durch den „Betrieb“ eines K. 1597<sup>95</sup>



- §§ 1302, 1304 BGB. Höhe des Schadenersatzanspruchs des Eigentümers eines K., das aus Verschulden des Kraftwagenführers und eines Dritten beschädigt worden, gegen den Dritten 1743<sup>21</sup>
- Berechnung der Reisekosten des K., der bei Dienstreise eigenen Kraftwagen benutzt, wodurch die Gesamtkosten der Reise niedriger als bei Benutzung eines anderen Beförderungsmittels 1898<sup>14</sup>
- Kraftfahrzeugreparatur**  
Zulässigkeit und Umfang des Ausschlusses der Haftung des Werkstatteibesizers für Probefahrten 1368<sup>10</sup>
- Kraftfahrzeugversicherung**  
Neues Vertragsrecht in der K. Bestimmungen zu den Allg. Bedingungen für die K. 1710  
Das Recht der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung. Schrifttum 2160  
Wenn bei Mitversicherung des Führers im Haftpflicht-Versicherungsvertrag des Kraftfahrzeughalters die Ausübung der Rechte aus der Versicherung nur dem Versicherungsnehmer zusteht, ist Feststellungsklage des mitversicherten Führers gegen den Versicherer unzulässig, jedoch Feststellungsklage des Unfallgeschädigten, der das Recht aus der Führermitversicherung gepfändet hat, zulässig 1433<sup>19</sup>
- Kraftloserklärung von Konnoismenten**  
2009<sup>12</sup>
- Krankenkasse**  
vgl. auch unter Kassenarzt  
Übersicht über die Personengruppen, denen die reichsgerichtlichen Krankenkassen Leistungen zu gewähren haben. Schrifttum 1416  
Auch für Klage eines nach § 4 BVBG. entlassenen Geschäftsführers einer Allg. Ortsk. auf Feststellung, daß frühere Feststellung seines Ruhegehaltsdienstalters rechtsverbindlich sei, gelten die Bestimmungen des § 143 BVBG. über Zulässigkeit des Rechtswegs † 1844<sup>27</sup>  
§ 165 II RVD. Betrug zum Nachteil einer Ortsk. 1827<sup>6</sup>  
Beleidigungsfähigkeit von Personengesamtheiten, z. B. der Beamten einer Ortsk. Leiter der Ortsk. ist Beamter i. S. des § 359 StGB. Stellung des Strafantrags nach § 196 StGB. vom örtlich zuständigen Versicherungsamt † 2059<sup>6</sup>
- Krankenversicherung, öffentliche**  
Sind bei Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls die Beiträge zur K. dem Lohn des Verletzten hinzu-zurechnen? 1863  
Der Rückgriffsanspruch des Versicherungsträgers in der K. Schrifttum 2231  
Für Angestellte gem. § 616 II BGB. und für gewerbliche Angestellte gem. § 133c GewD. Anspruch auf Vergütung für den Krankheitsfall unabhängig, auch nicht durch Abzug von Krankengeld einzuschränken † 1642<sup>23</sup>
- Krankenversicherung, private**  
Empfehlungsvertrag mit der Deutschen Beamtenk. in Koblenz 1272  
Arzt und pr. K. Schrifttum 1623
- Krankheit**  
Anwendung des § 616 ZPD. im Fall der ansteckenden oder ekelerregenden K. (§ 52 EheG.) 1549
- Kreditkassen**  
Die KriegswB. über die K. 1252
- Kreditwesen**  
Der Ausschluß der Abtretbarkeit bei Forderungen. Eine aktuelle Frage der Kreditbeschaffung 1175  
Bank- und Kreditwesen im Generalgouvernement 1795 1799  
Befreiung von der Form des § 1212 DepotG. für Ermächtigungserklärung des Hinterlegers an den Verwahrer mit der Einschränkung, der Verwahrer dürfe die Wertpapiere nur bis zur Höhe des dem Hinterleger gewährten Kredits verpfänden 1724<sup>2</sup>
- Kreisbauernführer**  
vgl. unter Bauernführer
- Krieg**  
Die Kriegs- und Greuelpropaganda unserer Feinde 1073  
Hochschule und Wissenschaft im K. 1132  
Der K. — ein Kampf ums Recht, Ansprachen von RMin. Dr. Frank und JustMin. Grandi auf der Jahres-tagung der Akademie für Deutsches Recht 2129  
Die Aufgaben der Reichsgruppe Junge Rechtswahrer im K. 1228  
Mitteilung des Reichsgeschäftsführers betr. Beitragspflicht zum RSNB. während des K. 1619  
Der deutsche Sieg im Westen. Schrifttum 1936  
§ 22 II ZGG. Berücksichtigung der K.-verhältnisse bei Prüfung, ob Verjähmung der Beschwerdefrist unverschuldet ist 1733<sup>7</sup>  
§ 233 ZPD. Berücksichtigung der K.-verhältnisse bei Anerkennung eines unabwehrbaren Zufalls † 2124<sup>26</sup>
- Kriegsausgleichsverfahren**  
Das K. Schrifttum 1459
- Kriegsgefangene**  
Die völkerrechtliche Behandlung der K. 1539  
Verbotener Umgang mit K. 1669<sup>4</sup> 1811 1941<sup>7</sup>  
Keine Anwendung der WD. zur Ergänzung der Vorschriften z. Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes auf den Umgang mit „Zivilgefangenen“ 1836<sup>15</sup>
- Kriegsrecht**  
Aufsätze  
Die Mietpolitik während des Krieges 1697 1701  
Anwendung der SchutzWD. auf Unterhaltsklagen auferhelicher Kinder gegen Soldaten? 1224  
Unbeschränkte Beschwerdefähigkeit der Entsch. auf Grund des Art. 6 Ziff. 3 SchutzWD.? 1355  
Anwendung von Art. 6 I Ziff. 3 SchutzWD. bei der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen von Wehrmacht Angehörigen 1611  
Die rechtliche Stellung des Kriegsvertreters aus Art. 2 SchutzWD. 1870  
Die Änderung der VereinsWD. durch WD. v. 18. Sept. 1940 1761 2054  
Erfahrungen mit dem Kriegsverfahrensrecht 1866
- § 24 VereinsWD. Zur Frage der Zulässigkeit der „Beweisantikipation“ im Strafverfahren 2041  
Kostenrechtliche Vergünstigungen und Vereinfachungen aus Anlaß des Krieges 1612  
Übersicht über kriegswirtschaftliche, Kriegssteuerliche und Kriegsfinanzwirtschaftliche WD. nebst kurzer Würdigung 1249 2135  
Die Entwicklung des Kriegsrechts seit Beginn des Jahres 1940 1857  
Einzelfragen zur Mietbeihilfe für den Handel 2146  
Die Gemeinschaftshilfe in der deutschen Rechtsordnung 1918  
Kontrahierungszwang im Einzelhandel? 1088  
Das Preiserhöhungsverbot in der Kriegswirtschaft 1404  
Unbefriedigendes aus der VerbraucheregelungsstrafWD. 1508  
Der Verbotssirrum im Kriegswirtschafts-Strafrecht 1816  
Erstattung des Lohnausfalls bei Fliegeralarm und Flieger Schäden 1330 1560 1880  
Kriegsrecht für Forderungen und Rechte auf wiederkehrende Naturalleistungen. Zur WD. v. 29. Juli 1940 1403  
Arbeitszeit und Vergütung bei nächstlichem Luftschutzbereitschaftsdienst im Betriebe 2228  
Lohn und Arbeitszeit Jugendlicher bei Ausfall des Berufsschulunterrichts nach nächstlichem Fliegeralarm 2229  
Kriegsstrafrecht. Bepfung des Werts von Gleispfad 1133  
Konkurrenzfragen aus dem Gebiete der Kriegsgesetzgebung: RundfunkWD. 1494  
VolkschadlWD. 1495  
GewaltverbrWD. 1496  
KriegswirtschaftWD. 1497  
Der Jugendarrest als Mittel zur Bekämpfung der Kriegs-Jugendkriminalität 2033  
Das Strafverfahren im Kriege 1232  
Das feindliche Vermögen 1217  
Die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen über die Stellung von Besatzungsstruppen 1153  
Aktuelle Fragen des Kriegsvölkerrechts: Freischärler, Zivilpersonen, offene Städte, Kriegsgefangene, Fallschirmschützen und Luftlandestruppen 1537  
Die „offene Stadt“ im geltenden Kriegsrecht 2193
- Schrifttum**  
Kriegsverwaltungsrecht 1090  
Der Mieterschutz im Kriege 1092  
Führer durch den Familienunterhalt 1138 1884  
Kriegsvorschriften zum Arbeitszeitschutz 1138  
Reichsverteidigungsrecht 1094 1184 1360 1462 1512 1884 1936  
Kriegsstrafrecht. 1229 1416 1883  
Kommentar zur Reichsverteidigungsgesetzgebung 1230 1722  
Behandlung des feindlichen Vermögens 1273  
Das bürgerliche K. 1273  
Arbeitsverhältnis u. Kriegsdienst 1412  
Das Zivilprozessrecht des Krieges 1413  
Schuldnerschutz im Kriege 1414  
Deutschland im Kampf 1456



Strafverfahrensrecht seit Kriegsbeginn 1510  
 Das Einfaß = Familienunterhaltsrecht 1562  
 Die Privatversicherung im Kriege 1622  
 Das Kriegsstrafrecht und Kriegsstrafverfahren 1722  
 Familienunterhalt der Angehörigen der Einberufenen 1722  
 Die neuen Kriegsgesetze 2000  
 Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft 2232  
**Entscheidungen**  
 Entsch. zur BGB. 1379<sup>19</sup> 1733<sup>9</sup> + 2029<sup>30</sup> + 2113<sup>15</sup>  
 Entsch. zur SchutzBD. 1145<sup>11</sup> 1737<sup>13</sup> 1902<sup>18</sup> 2182<sup>22</sup> + 2258<sup>31</sup>  
 Entsch. z. VereinsBD. + 1104<sup>10</sup> 1147<sup>18</sup> 1205<sup>16</sup> 1384<sup>29</sup> 1737<sup>13</sup> 1693<sup>7</sup> 2027<sup>26</sup> 2067<sup>20</sup>  
 Entsch. zur BD. über die Abwesenheitspflegschaft 1902<sup>17</sup>  
 Entsch. zur VoderungsBD. + 2258<sup>31</sup>  
 Entsch. zur KriegswirtschaftsBD. 1102<sup>9</sup> + 1668<sup>3</sup> + 1939<sup>8</sup> + 2064<sup>15</sup>  
 Entsch. z. VerbrauchsregelungsStrafBD. + 2236<sup>7</sup>  
 Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug bei Beantragung eines Bezugscheins auf falschen Namen 1825<sup>4</sup>  
 Begehung von Blankettfälschung durch den, der eine ihm nicht zustehende Reichsfleischkarte mit seinem Namen besieht und verwertet 1828<sup>9</sup>  
 Entsch. zur BD. über Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen 1837<sup>17</sup> 2065<sup>16</sup>  
 Entsch. zur VolksSchädBD. 1097<sup>4</sup> 1231<sup>12</sup> 1280<sup>3</sup> + 1420<sup>5</sup> + 1937<sup>1</sup> 1939<sup>34</sup> 2063<sup>13 14</sup> + 2236<sup>7</sup>  
 Entsch. zur GewaltverbrBD. 1232<sup>3</sup> 1939<sup>5</sup>  
 Entsch. z. BD. zum Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes + 1937<sup>1</sup>  
 Entsch. z. KriegsstrafverfBD. + 1842<sup>26</sup>  
 Entsch. zur ZustandsBD. + 1390<sup>37 38</sup> 1740<sup>18</sup> 2239<sup>11</sup>  
**Kriegsschäden**  
 Verdunkelungsunfälle als R. 1339  
**Kriegswichtige Zwede**  
 Eigenbedarf für I. B. des Vermieters 1707  
**Kriegszuschlag zur Einkommensteuer**  
 Schrifttum 1936  
**Küchenabfallsammlung der RSB. 1701**  
**Kündigung**  
 Zustimmung des Arbeitsamts zu Kündigungen gemäß BD. über Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels 1756 1858  
 § 626 BGB. Keine Verpflichtung des Dienstherrn, für den ein Angestellter infolge seines Verschuldens in der von ihm bekleideten Stellung untragbar geworden, ihn auf anderem Platze zu verwenden. — Nachprüfung durch das RevG. nur insoweit, ob bestimmter Vorgang in jedem Falle wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung bilden muß 1328<sup>26</sup>  
 Richtigkeit der R. eines Arbeitsverhältnisses wegen Verstößes gegen die guten Sitten 2271<sup>44</sup>  
 Anwendung der im Mietvertrag mit Mehrheit von Mietern getroffenen Vereinbarung, daß die von einem der Mieter abgegebene Erklärung für und gegen alle Mieter wirken soll, auf die von einem Mieter nach Scheidung seiner Ehe mit der Mitmieterin ausgesprochene R. 1578<sup>17</sup>

Bei Vorliegen von wichtigem Grund R. eines auf persönlichem Zusammenwirken der Beteiligten beruhenden Pachtverhältnisses mit sofortiger Wirkung 2169<sup>9</sup>  
**Kündigungsschuß**  
 Grenzen des R. für Miet- und Pacht-räume 1128  
 R. als Voraussetzung für die Räumungsschädigung des Geschäftsräummieters oder -pächters 1253  
 Ausdehnung des R. auf unbebaute Grundstücke 1704  
 Wirksamkeit des gegen Kündigung des Vermieters vor Inkrafttreten der KündBD. v. 19. April 1939 erklärten Widerspruchs des Mieters nur bei Wiederholung nach Inkrafttreten der BD. 1430<sup>14</sup>  
 2. AusfBD. z. KündSchBD. v. 31. Aug. 1938 auch nach Verkündung der AusfBD. v. 5. Sept. 1939 in Kraft geblieben 2258<sup>30</sup>  
 Durch Vereinbarung der Parteien, daß die auf Grund rechtswirksamer Kündigung eingetretene Räumungspflicht des Mieters anstatt zum 30. Sept. 1939 zum 31. März 1940 eintreten soll, werden Wirkungen der Kündigung hinausgeschoben und Fortsetzung des alten Mietverhältnisses vereinbart. Bedeutung des Eintritts der Geltung des R. für diese Mietverhältnisse + 2015<sup>17</sup>  
**Künftige Forderungen**  
 Unzulässigkeit der Vohnpfändung wegen künftiger Unterhaltsrenten 1438<sup>26</sup>  
**Kunstfehler, ärztlicher 1949**  
**Kuppelrei**  
 § 180 StGB. Vorschubleisten durch bloßes Dulden der Unzucht 1825<sup>2</sup>  
**Ladung**  
 § 149 StBD. Hat der gesetzliche Vertreter des Angekl. Anspruch auf L. zur Hauptverhandlung? 2239<sup>9</sup>  
**Lagerhalter**  
 Keine Schuldenbereinigung für Anspruch des L. auf Entschädigung, weil er Umzugsgut des Schuldners nach dessen Zusammenbruch über die Vertragszeit hinaus in Ausübung seines Pfandrechtes auf Lager behalten hat 1581<sup>21</sup>  
**Landesbauernführer**  
 vgl. unter Bauernführer  
**Landesrecht**  
 BG. hat in Auslegung irrevisiblen L. die Entscheidung eines nach diesem L. eingeseßten Kompetenzgerichtshofs, daß der Rechtsweg unzulässig sei, als für diese (Landes-) Gerichte bindend erklärt. Bindung des RG. an diese Auslegung irrevisiblen L. durch das BG. 1851<sup>33</sup>  
**Landesverräterische Waffenhilfe (§ 91a StGB.)**  
 Feindliche Kriegsmacht i. S. des § 91a StGB. die französische Fremdenlegion. Beginn des Verjüchs der I. W. mit Reise des Täters zur Reichsgrenze in der Absicht, in die feindliche Kriegsmacht einzutreten 1769<sup>2</sup>  
**Landgericht**  
 Die Aufhebung der Kammern beim LG. durch VereinsBD. 1867  
 Behandlung des LG. als Eingangsstelle für die in der ersten Zeit nach Inkrafttreten der VereinsBD. bei ihm noch eingelegten Berufungen unzulässig 1893<sup>7</sup>

Begriff der öffentlichen Abgaben i. S. des § 71 III BGB., für die die BG. ohne Rücksicht auf den Streitwert ausschließlich zuständig + 2183<sup>23</sup>  
**Landkarten**  
 Westermanns Generalkarten. Mittelmeerländer 1230  
**Landwirtschaft**  
 Kriegsverordnungen für die L. 1249  
 Maßnahmen für die L. im Generalgouvernement 1794 1798  
 Während Dauer einer auf Grund der BD. zur Sicherung der Landwirtschaft angeordneten Treuhänderschaft keine Grundbucheintragung einer Auflassungsvormerkung auf Bewilligung des Eigentümers ohne Zustimmung des Treuhänders 1899<sup>15</sup>  
 Keine Anwendung des § 11 BD. vom 27. Sept. 1932 über Zinsermäßigung für den landwirtschaftlichen Realcredit auf Rechte, die bei Inkrafttreten der BD. Eigentümergrundschulden waren 1535<sup>27</sup>  
 Keine besondere Sorgfaltspflicht des Bauern, der sich mit einer Stute auf dem Heimweg von einer Deckstation befindet 1188<sup>5</sup>  
**Landwirtschaftliche Arbeiter**  
 Anspruch auf tarifliche Treuprämie für verheiratete I. U. grundsätzlich nur für den Mann, nicht außerdem für die vertragsmäßig im Betrieb mitarbeitende Ehefrau 1392<sup>40</sup>  
**Landwirtschaftliche Schuldenregelung**  
 L. Sch. im Altreich, in der Ostmark und in den subetendentschen Gebieten. Schrifttum 1093  
**Laufende Rechnung**  
 vgl. unter Kontokorrent  
**Laufende Verträge**  
 Die Einwirkungen einer Preisvorschrift auf I. B. 1659  
**Lebenslängliche Zuchthausstrafe**  
 vgl. unter Z.  
**Lebensmittelfarten**  
 Erfüllung des Tatbestands des § 4 VolksSchädBD. durch Zuwiderhandlung gegen kriegswirtschaftliche BD. Erschleichung von L. + 2236<sup>7</sup>  
**Ledermirtschaft**  
 Kriegsmassnahmen in der L. 2135  
**Legitimation unehelicher Kinder**  
 Rechtsquellen für die Feststellung der Abstammung bei Ägyptern. Maßgebend für L. eines u. R. sowie Annahme an Kindes Statt sind Gesetze des Staates, dem der Vater z. B. der L. bzw. der Annahme angehört. Anerkennung eines Kindes nach ägyptischem Recht ähnelt der Annahme an Kindes Statt, nicht der L. durch nachfolgende Ehe 1375<sup>15</sup>  
**Lehrlinge**  
 Weiterbeschäftigung ausgebildeter L. und deren Lohnanspruch nach der ReichsbauTarD. 1152<sup>26</sup>  
**Leibrente**  
 § 242 BGB. Einwand der Veränderung der Geschäftsgrundlage gegen L.vertrag + 2167<sup>7</sup>  
**Letztland**  
 Letztlands Zivilgesetzbuch. Band II: Das Rechtsgeschäft. Schrifttum 1461  
**Lichtspieltheater**  
 Geltung des Kündigungsschutzes für Pachtung eines L. 1131



**Lieferbedingungen**

Der Erfaß des indirekten Schadens.  
Ein Beitrag zur Frage der industriellen L. 1449

**Lieferverträge**

VO. über Abwicklung von L. Abwicklung eines Inzeratenvertrags 1535<sup>26</sup>

**Liquidation**

Die ZwangsL. u. freiwillige L. feindlichen Vermögens 2138

Übertragung des Vermögens der AktG. während Abwicklung vor Ablauf des Sperrjahres auf anderen, auch wenn dies Verteilung an die Aktionäre ersetzen soll 1723<sup>1</sup>

Befugnis des nach VO. über Erfaß des jüdischen Vermögens für eine Kapitalgesellschaft eingesetzten Treuhänders, deren Auflösung zu beschließen und sich zum Liquidator zu bestellen 1637<sup>15</sup> + 2173<sup>13</sup>

Behandlung eines inländischen, rechtlich unselbständigen Betriebs eines Devisenausländers wie eine mit ihren Rechten und Pflichten der Devisengesetzgebung unterliegende selbständige Rechtspersönlichkeit auch im L. Stadium 1830<sup>11</sup>

**Litauen**

Eigentumsübergang an litauischem Staatsgrundbesitz auf den deutschen Reichsfiiskus durch den Staatsvertrag mit L. über das Memelland 1377<sup>16</sup>

**Lizenz**

Bedeutung der sog. L. an Warenzeichen 1470<sup>5</sup>

**LoderungsVO.**

Beginn des Fristlaufs nach § 31 II ZwVorstG. nicht mit dem Tag des Inkrafttretens der LoderVO., sondern Möglichkeit zur Fortsetzung und Beendigung der einstw. eingestellten Versteigerungsverfahren nur durch Fortsetzungsantrag gemäß § 2 LoderVO. + 2258<sup>21</sup>

**Lohnabzüge**

vgl. unter Arbeitslohn

**Lohnpfändung**

Rechtssprechung zur L. 1164

Die L.-VO. v. 30. Okt. 1940: 1969

zu § 1: Arbeitseinkommen 1970  
zu § 2: dem Arbeitseinkommen gleichgestellte Bezüge 1971

zu § 3: unpfändbare Bezüge 1971  
zu § 4: bedingt pfändbare Bezüge 1972

zu § 5: Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen 1973

zu § 6: Unterhaltsansprüche 1975

zu § 7: Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens 1977

zu §§ 8ff. 1980

§ 751 ZPO. Unzulässigkeit der L. wegen künftiger Unterhaltsrenten (sog. „Vorratsverfahren“) 1438<sup>26</sup>

§ 850 ZPO. Dem überschuldeten Schuldner von seinem geringen Einkommen Beträge weder für Verwandtenunterhalt noch für Unterhalt seiner nicht unterhaltsbedürftigen Ehefrau pfandfrei zu belassen 1576<sup>13</sup>

Kein Vollstreckungsmißbrauch, wenn Unterhaltsgläubiger nur wegen des Unterschieds zwischen den geschuldeten und den aus öffentlichen Mitteln (Fürsorge) ersattungsfrei

empfangenen Beträgen vollstreckt 2119<sup>22</sup>

§ 850 b ZPO. Pfändbarkeit der überstundenvergütung? + 1149<sup>21</sup> 1438<sup>27</sup> 1536<sup>28</sup> 29

Wegen rückständiger Unterhaltsforderung Pfändung des vollen Urlaubsgelbes, des überstundenverdienstes nur zur Hälfte 1486<sup>22</sup>

Pfändbarkeit der Ministerialzulage eines Angestellten auch für Unterhaltsforderungen nur zur Hälfte 1486<sup>23</sup>

Zur Frage der Pfändbarkeit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit 1536<sup>23</sup> 29

Kann der Fürsorgeverband, der Erbschaftsprüfung gegen den Vater des Unterstützten geltend macht, bei Pfändung des Arbeitseinkommens das Pfändungsvorrecht des § 850 III ZPO. in Anspruch nehmen? 1786<sup>21</sup>

Ziel der Abänderungsfrage nach § 323 ZPO. ist Änderung des materiell-rechtlichen Anspruchs, des Abänderungsverfahrens nach § 850 IV ZPO. Änderung des unpfändbaren Teils der Bezüge 1584<sup>28</sup>

**Lohnsteuer**

Sind bei Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls die vom Verletzten für die L. gezahlten Beträge zu berücksichtigen? 1865

Haftung des Unternehmers, der in Lohnbüro die sozialen und steuerlichen Lohnabzüge für Gefolgschaft bearbeiten läßt, gegenüber den Behörden und den Gefolgschaftsmigliedern für ordnungsmäßige Erledigung der Abzüge 1212<sup>24</sup>

**Lohnstopp 1857****Lohringen**

Fragen des Rechts- und Wirtschaftsausbau in L. 1721 1822 1931 1994 2051 2102 2154 2226

**Lustfahrt**

Nachtrag zum Recht der L. Schrifttum 1138

**Lusthoheit**

Die L. und ihre Beschränkungen. Schrifttum 1666

**Lustlandtruppen**

Die völkerrechtliche Behandlung der L. 1539

**Lustraum**

Berücksichtigung der Belange der Nachbarn bei Anbringung von Werbeschildern am Haus 1792<sup>27</sup>

**Lustfuß**

L. Fragen im Mietrecht 1702

Arbeitszeit und Vergütung bei nächstem L. bereitchaftsdienst im Betriebe 2228

Kommentar zum L. ges. Schrifttum 1824

Bestrafung wegen Störung der Verdunkelung; Verantwortlichkeit für Durchführung der Verdunkelung; „schwerer Fall“ i. S. von § 9 L. ges. 1524<sup>16</sup>

9. DurchVO. zum L. ges. Grundsätze für Umlegung des dem Hauseigentümer zu erstattenden Betrags der Kosten der Befehlsmaßnahmen auf die Beitragspflichtigen + 1729<sup>8</sup>

**Luxemburg**

Fragen des Rechts- und Wirtschaftsausbau in L. 1719 1765 1821 1877 1931 1994 2051 2102 2154 2226

**Mandatsgebiete**

Die Rechtspflege nach fremdem Kolonialrecht und in den M. 2199

**Markentechnik**

Die Gewinnung des öffentlichen Vertrauens. Schrifttum 1459

**Marrismus**

M. und Nationalsozialismus in ihrer Bewertung der Arbeit. Schrifttum 1768

**Mehreinkommensteuer**

Die Einkommensteuer des Haus- und Grundbesitzers nebst Kriegszuschlag zur Einkommensteuer u. M. Schrifttum 1936

**Meineid**

Beihilfe zum Zeugenmeineid im bürgerlichen Rechtsstreit durch Partei, die es unterläßt, falsche Parteibehauptung zu berichtigen, für die sie den Zeugen benannt hat + 2057<sup>1</sup> + 2234<sup>3</sup>

§ 157 StGB. Eidesnotstand + 1095<sup>2</sup> 1097<sup>3</sup> + 1417<sup>2</sup>

§ 159 StGB. Verleitung zur Begehung eines M. 2236<sup>4</sup>

**Melbewesen**

Unterzeichnung des Melbescheins mit falschem Namen als falsche Anfertigung von Privatirakunde 1828<sup>8</sup>

**Memelland**

Reichsmarkbilanzen, Umstellung, Umwandlung: Ostmark — Sudetenland — M. — Danzig. Schrifttum 1622

Eigentumsübergang an litauischem Staatsgrundbesitz auf den deutschen Reichsfiiskus durch den Staatsvertrag mit Litauen über das M. 1377<sup>16</sup>

**Mietbeihilfe**

Einzelfragen zur M. für den Handel 2146

**Mieteinigungsamt**

Entscheidung des M. auf Erhöhung des Mietzinses, nachdem Festsetzung der Friedensmiete aus verschiedenen Gründen, u. a. auch wegen vor teilhafter Veränderung der Gegen beantragt 1145<sup>11</sup>

Nach Beseitigung der Wirksamkeit einer die Friedensmiete feststellenden oder festsetzenden Entscheidung des M. durch Vergleich ist neuer Antrag auf Ermittlung der Friedensmiete unter denselben Parteien zulässig 1147<sup>15</sup>

Erziehung der Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung der Mieträume durch das M., auch wenn dem Dritten die ganzen Mieträume überlassen werden sollen 1145<sup>12</sup>

Nur ausnahmsweise Erziehung der Erlaubnis des nichtjüdischen Vermieters zur Untervermietung eines jüdischen Mieters durch das M. 1146<sup>13</sup>

Erziehung der Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung durch das M. nicht allgemein, sondern nur für bestimmten Dritten 1146<sup>14</sup>

Ablehnung der Erziehung der Erlaubnis zur Untervermietung durch das M. wegen Besorgnis, infolge des dem Untermieter zustehenden Mieterschutzes können eine durch die Wohnungsordnung der Stadt Berlin verbotene Überbelegung der Wohnung eintreten 1430<sup>15</sup>

Anwendung der Vorschriften der Art. 1, 2 SchutzVO. über Aussetzung



und Unterbrechung des Verfahrens und Bestellung von Prozeßvertretern im Verfahren vor dem M. und der Beschwerdestelle 1145<sup>11</sup>

**Mieterschutz**  
Grenzen des Kündigungs-schutzes für Miet- und Pächträume 1128  
Die Räumungsschädigung des Geschäftsraummieters oder -pächters 1252  
Räumungsschädigung und Streitwertbemessung 1453  
Zur Abtretbarkeit des Mietaufhebungsanspruchs 1990 2152  
Der M. im Kriege. Schrifttum 1092

Wirtschaftliche Notlage des Hauseigentümers als Mietaufhebungsgrund nach § 4 MietSchG., wenn der Verkauf zur baulichen Erhaltung des Hauses notwendig 1145<sup>10</sup>  
Eigenbedarfsklage der Gemeinde aus § 4 MietSchG., wenn sie gemeindeeigene Wohnung zur Unterbringung einer kinderreichen Familie dringend benötigt † 2112<sup>13</sup>  
Grundstücksverkäufer kann seinen Mietaufhebungsgrund an den Käufer abtreten 1144<sup>9</sup>  
M. für Untermieter, der Wohnung auf bestimmte kurze Zeit mietet mit der dem Mieter bekannten Absicht, an seiner Stelle Hauptmieter zu werden 1430<sup>12</sup>  
Kein M. für Untermieter, der seine Familie am bisherigen Wohnort zurückläßt und nur einen von mehreren gemieteten Räumen einrichtet 1577<sup>15</sup>  
Bemessung der „gesamten streitigen Zeit“ für Mietverhältnis von unbestimmter Dauer; Schätzung des Streitwerts für Mietaufhebungs-klage des Vermieters unter Zugrundelegung der Annahme, wie lange das Mietverhältnis bei Verneinung des behaupteten Aufhebungsgrundes voraussichtlich dauern wird 2013<sup>16</sup>  
§ 13 IV MietSchG. Bei Streitwertfestsetzung für Mietaufhebungs-klage keine Berücksichtigung des Antrags des Bekl., den Kl. zur Erstattung und Hinterlegung der Anzugskosten und einer Räumungsschädigung zu verpflichten 2257<sup>29</sup>  
Nur für Klage der in § 14 MietSchG. bezeichneten Art Absehen vom Erfordernis der Berufungssumme 2111<sup>11</sup>  
Wirksamkeit des gegen Kündigung des Vermieters vor Inkrafttreten der KündVd. v. 19. April 1939 erklärten Widerspruchs des Mieters nur bei Wiederholung nach Inkrafttreten der Vd. 1430<sup>14</sup>  
2. AusfVd. zur KündSchVd. vom 31. Aug. 1938 auch nach Verkündung der AusfVd. v. 5. Sept. 1939 in Kraft geblieben 2258<sup>30</sup>  
Bescheinigung der Gemeindebehörde über Sicherstellung der Unterbringung des jüdischen Mieters nicht vom Gericht auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen 1577<sup>16</sup>  
Rechtsbehelfe desjenigen Nichtjuden, der Grundstück eines Juden erworben hat und die Räume eines jüdischen Mieters selbst benutzen will 2111<sup>12</sup>

Ablehnung der Ersetzung der Erlaubnis zur Untervermietung durch das M.G.A. wegen Besorgnis, in Folge des dem Untermieter zustehenden M. könne eine durch die Wohnungsordnung der Stadt Berlin verbotene Überbelegung der Wohnung eintreten 1430<sup>15</sup>

### Mietrecht

Die Mietpolitik während des Krieges:  
Preisstop 1697  
Mietpreisüberwachung 1698  
Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien 1699  
Untermietfragen 1700  
Instandsetzungspflicht des Hauseigentümers 1700  
Mietverträge im Wechsel der Zeiten:  
Rüchenabfallsammlung 1701  
Luftschutzmaßnahmen 1702  
Beseitigung der Vorgartengitter 1702  
Sammelheizung 1703 2229  
Mietzinsbildung 1703  
Haftung des Vermieters für Verletzung der Obhutspflicht eines Raummieters 1125  
Formlose Aufhebung der Schriftform-Klausel bei Mietverträgen 1268  
Verdunkelungsunfälle in Treppenhäusern 1335  
Verpflichtung des Vermieters zu vorzeitiger Weitervermietung? 1707  
Die „gemäßbilligsten Klauseln“ in alten Mietverträgen 2149  
Neue mietrechtliche Vorschriften:  
Erweiterung des Kündigungsschutzes 1704  
Wohnungsaustausch 1705  
Eigenbedarf für kriegswichtige Zwecke des Vermieters 1707  
Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung 1707  
Die Bewertung der Mietgrundstücke. Schrifttum 1666

§ 536 BGB. Enge Auslegung von Vorbrudermietverträgen, durch die Instandhaltungspflicht auf den Mieter abgewälzt wird, außer wenn bei Miete von gewerblichen Räumen (Bäckeret) die ganze Instandhaltungspflicht auf den Mieter übergehen soll 2252<sup>23</sup>  
Begründung von Mietverhältnis durch Benutzung einer Kutschbahn gegen Entgelt, daher Haftung des Veranstalters bei Unfall nach §§ 537 ff. BGB. 1425<sup>10</sup>  
Durch Vertragshilfe Vd. Anwendbarkeit des § 537 BGB. nicht ausgeschlossen, daher Minderungsrede des Mieters oder Pächters zulässig, wenn infolge der Kriegsverhältnisse Minder-Nutzungsmöglichkeiten und Mindereinnahmen entstehen † 2113<sup>15</sup>  
Kann nach Gewährung von Wirtschaftshilfe für den Mietzins gemäß § 12 FamIntVd. noch richterliche Vertragshilfe beansprucht werden? † 2178<sup>19</sup>  
Anwendung der im Mietvertrag mit Mehrheit von Mietern getroffenen Vereinbarung, daß die von einem der Mieter abgegebene Erklärung für und gegen alle Mieter wirken soll, auf die von einem Mieter nach Scheidung seiner Ehe mit der Mitmieterin ausgesprochene Kündigung 1578<sup>17</sup>

Durch Vereinbarung der Parteien, daß die auf Grund rechtswirksamer Kündigung eingetretene Räumungspflicht des Mieters anstatt zum 30. Sept. 1939 zum 31. März 1940 eintreten soll, werden Wirkungen der Kündigung hinausgeschoben u. Fortsetzung des alten Mietverhältnisses vereinbart. Bedeutung des Eintritts der Geltung des Kündigungsschutzes für dieses Mietverhältnis † 2015<sup>17</sup>  
Bestimmbare Mietzeit als bestimmte Mietzeit i. S. des § 564 BGB. Nachweis der Einigung bei uncharakterzeitlicher Begrenzung 1577<sup>15</sup>  
Laut vertraglicher Vereinbarung soll Räumungsfrist für Mieträume im Zeitpunkt des Hausverkaufs beginnen. Begriff des „Hausverkaufs“ 1946<sup>13</sup>  
Inwieweit sind staatliche Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien für Miete und diesbezügliche Vollstreckungskosten pändbar? 1148<sup>20</sup> 1164 † 2260<sup>32</sup>  
Grundsätze für Umlegung des dem Hauseigentümer zu erstattenden Betrags der Kosten von Luftschutzmaßnahmen auf die einzelnen Beitragspflichtigen † 1729<sup>6</sup>  
Keine Befugnis des Miteigentümers vom Grundstück, einen seinem Anteil am Grundstück entsprechenden Teil des Mietzinses vom Mieter unmittelbar einzuziehen † 2169<sup>10</sup>

### Mietwucher

§ 49a MietSchG. Vermietung von Geschäftsräumen zu Wohnzwecken. M. gegen Untermieter auch möglich, wenn Untermiete gleich Hauptmiete ist 2017<sup>19</sup>  
§ 138 BGB. Zur Frage der Sittenwidrigkeit der übermäßigen wirtschaftlichen Bindung der Gegenpartei zusammen mit nur objektiv feststellbarer Überforderung in der Miete 1946<sup>11</sup>

### Mietzinsbildung

Mieten und Pachten und Preis-erhöhungsverbot im Kriege 1408 1697 1703  
Bei Festsetzung der Friedensmiete unter Umständen auch Heranziehung als Vergleichsräume von Räumen mit feststehender Friedensmiete, die nach dem 1. Juli 1914 durch Teilung verändert worden 1577<sup>14</sup>  
Entscheidung des M.G.A. auf Erhöhung des Mietzinses, nachdem Festsetzung der Friedensmiete aus verschiedenen Gründen, u. a. auch wegen vorteilhafter Veränderung der Gegend beantragt 1145<sup>11</sup>  
Nach Beseitigung der Wirksamkeit einer die Friedensmiete feststellenden oder festsetzenden Entscheidung des M.G.A. durch Vergleich ist neuer Antrag auf Ermittlung der Friedensmiete unter denselben Parteien zulässig 1147<sup>15</sup>  
Bei jetzt bestehendem Alleinbenutzungsrecht des Mieters an Raum, den er am 1. Juli 1914 nur gemeinschaftlich mit anderen benutzen durfte, Festsetzung der Friedensmiete nach § 2 IV MietSchG. durch M.G.A. und Beschwerdestelle ohne Mitwirkung der Preisbildungsbehörde auch dann, wenn der vertragliche Mietzins von



- der Preisbildungsbehörde auf die gesetzliche Miete gesenkt worden 2017<sup>18</sup>
- Milchwirtschaft**  
Milchbewirtschaft. Weitergabe der von dem Selbstversorger im Rahmen seines Butterbezugsrechts bezogenen Butter nicht strafbar 1280<sup>4</sup>
- Militärgericht**  
Nach Aufnahme vollstreckbarer Urkunde (§ 794 Ziff. 5 ZPO.) durch M. und Aushängung der Urschrift an Beteiligten keine Befugnis des AG. zur Verwahrung und Erteilung vollstreckbarer Ausfertigung 1638<sup>19</sup>
- Militärstrafrecht**  
Zur Neuassung des MilStGB. 2091
- Militärverwaltung**  
Die M. in Belgien und Nordfrankreich 1916
- Minderheiten**  
Die Stellung der völkischen M. im Generalgouvernement 1398
- Minderjähriger**  
Beurkundung des von M. mit Wohnsitz im Subetengau abgegebenen Partnerschaftsanerkenntnisses durch die Gerichte des Altreichs auch ohne Vorliegen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters 1117<sup>21</sup>  
§§ 175a, 176 StGB. Bei Begrenzung unzüchtiger Handlungen weniger auf strenge Trennung zwischen äußerer und innerer Tatseite, als auf die gesunde Volksanschauung abzustellen 1825<sup>1</sup>  
Zum Tatbestand des versuchten Verbrechens gegen § 175a I Ziff. 3 StGB. 2059<sup>5</sup>  
Minderjährigkeit ist für den Begriff des Beamten i. S. des § 359 StGB. bedeutungslos 1520<sup>8</sup>
- Minderkaufmann**  
§ 28 BGB. Haftung der Kommanditgesellschaft, die Geschäft eines Einzelkaufmanns übernimmt, der M. war und deshalb keine Firma führte, für die im Geschäftsbetrieb entstandenen Verbindlichkeiten † 1463<sup>1</sup>
- Ministerialzulage**  
Pfändbarkeit der M. eines Angestellten auch für Unterhaltsforderungen nur zur Hälfte 1486<sup>23</sup>
- Mitbestitz**  
StABGB. Bestellung des Fruchtgenusses an Wertpapierforderung durch Einräumung des M. am Papier. Verschaffung des M. an von einem Dritten verwahrten Wertpapier 1149<sup>22</sup>
- Miteigentum**  
Keine Befugnis des Miteigentümers vom Grundstück, einen seinem Anteil am Grundstück entsprechenden Teil des Mietzinses vom Mieter unmittelbar einzuziehen † 2169<sup>10</sup>  
Erteilung des Zeugnisses gemäß § 36 GBD. auch, wenn Erblasser nur als Miteigentümer an Grundstück beteiligt war 1377<sup>17</sup>
- Miterbe**  
Grunderwerbsteuerfreier Erwerb von Nachlassgrundstücken durch M. 1502  
Keine allgemeine Auskunftspflicht der M. untereinander, soweit nicht nach Sonderbestimmungen des Erbrechts gegeben † 1775<sup>8</sup>  
Nur gemeinsame Verfügung über den Erbteil eines M. durch dessen Erben zulässig 1114<sup>18</sup>
- Grundbucheintragung der Verpfändung des Erbanteils eines M. ist als gegenstandslos zu löschen, wenn Testamentsvollstrecker das Grundstück wirksam veräußert 2256<sup>28</sup>
- Mitschulderklärung (Eherecht)**  
vgl. unter Schuldanspruch
- Mitverpflichtete**  
§ 3 SchuldbereinG. Vereinigung von Schulden eines M. 1168 1350 1583<sup>23</sup> 1606 1733<sup>7</sup> 1893<sup>6</sup>
- Mitverschulden (§ 254 BGB.)**  
M. des Verletzten bei Verdunkelungsunfällen 1339  
§ 3a HaftpfG. Abwägung gem. § 254 BGB., wenn der Haftpflichtige dem Verletzten die Aussicht eröffnet, durch Anstellung bei ihm Erwerbseinkünfte zu vermeiden und der Verletzte sich dieser Aussicht durch Begehung einer Straftat beraubt † 1285<sup>7</sup>  
Haftung des Unternehmers, der in Lohnbüro die sozialen und steuerlichen Lohnabzüge für Gefolgschaft bearbeiten läßt, für ordnungsmäßige Erledigung der Abzüge. M. des Gefolgschaftsmitgliedes 1212<sup>24</sup>  
Abwägung nach § 254 BGB. wie nach §§ 17 I, 18 III KraftfG. erst möglich, wenn Art und Umfang der Verursachung und Größe des Verschuldens und der Betriebsgefahr feststehen 1287<sup>8</sup>  
Dem Fahrzeughalter als Schädiger ist neben dem Verschulden des Fahrers die Betriebsgefahr bei Schadensausgleichung nach § 254 BGB. sowohl hinsichtlich Haftung aus KraftfG. wie der aus § 839 BGB. in Anrechnung zu bringen † 1947<sup>15</sup>
- Monroe-Doktrin**  
Das neue Europa, seine Lebensinheit und Rechtsordnung 2081
- Morphologische Untersuchung**  
vgl. unter Erbbiologie
- Musik**  
Das Urheberpersönlichkeitsrecht im musikalischen Urheberrecht. Schrifttum 1184  
Unbeachtlicher Strafrechtsirrtum des Täters, der das Abhören von Musdarbietungen ausländischer Sender für zulässig hält 1837<sup>16</sup>
- Musiker**  
Urlaubsanspruch der in Gaststätten beschäftigten M., insbesondere nach § 8 TaxD. für die in Gaststätten beschäftigten M. im Treuhänderbezirk Sachsen v. 8. Juni 1935 1599<sup>10</sup>
- Nachbarrecht**  
§ 906 BGB. Frage der Ortsüblichkeit. Charakter einer Fabrikgegend 2110<sup>7</sup>
- Nacherbe**  
Zur übereignung von Nachlassgrundstück an den damit bedachten Vermächtnisnehmer bedarf Vorerbe nicht der Zustimmung des N., bezgleichen nicht bei übereignung in Erfüllung einer Teilungsanordnung 2256<sup>27</sup>  
Abfassung des nach § 2121 BGB. dem N. zu erteilenden Nachlassverzeichnis nach der Zeit der Aufstellung und Erteilung, nicht der des Erbfalls † 1683<sup>14</sup>  
Aufnahme auch der ErsfM. in den N.vermerk im Grundbuch 1116<sup>20</sup>
- Nachlassgericht**  
Erteilung des Zeugnisses gem. § 36 GBD. auch, wenn Erblasser nur als Miteigentümer oder Gesamthandmitberechtigter an Grundstück beteiligt war 1377<sup>17</sup>  
Zweck Darstellung der Auerbenfolge in einen Erbfhof kann der Nr. B. beim N. entweder Feststellung gem. § 16 EBNB, daß Auerbe nicht vorhanden, beantragen oder Einleitung von Nachlasspflegschaft anregen † 1578<sup>18</sup>  
Pflicht des N., vor Erteilung des Hoffolgezeugnisses, wenn diese von einer der Entscheidung des AG unterliegenden Vorfrage abhängig, den Beteiligten Gelegenheit zu geben, zunächst Entscheidung des AG herbeizuführen 2075<sup>26</sup>  
Zuständigkeit eines Gerichts der Ostmark als Verlassenschaftsgericht auch bezüglich Abhandlung des im Proktorat Böhmen-Mähren gelegenen unbeweglichen Nachlasses eines in der Ostmark verstorbenen deutschen Staatsangehörigen 1150<sup>24</sup>  
Beerbung eines aus dem Altreich stammenden Erblassers, der seine Niederlassung z. B. seines Todes in der Ostmark hatte, nach dem ABGB. Keine Übertragung der Verlassenschaftsabhandlung vom zuständigen Gericht der Ostmark an Gericht des Altreichs 1958<sup>33</sup>  
§ 263 StGB. Täuschung des N. durch falsches Testament und Erschleichung eines Erbtheils 1095<sup>1</sup>
- Nachlassgrundstück**  
Grunderwerbsteuerfreier Erwerb von Nachlassgrundstücken durch Miterben 1502  
§ 810 ABGB. Bedeutung der Genehmigung des Verkaufs einer Piegenschaft aus dem Nachlass durch das Abhandlungsgericht 1742<sup>20</sup>  
Zur übereignung von N. an den damit bedachten Vermächtnisnehmer bedarf Vorerbe nicht der Zustimmung des Nacherben, bezgleichen nicht zur übereignung in Erfüllung einer Teilungsanordnung 2256<sup>27</sup>  
Grundbucheintragung der Verpfändung des Erbanteils eines Miterben ist als gegenstandslos zu löschen, wenn Testamentsvollstrecker das Grundstück wirksam veräußert 2256<sup>28</sup>
- Nachlassverwaltung**  
Nach Anordnung der N. auf Antrag des Erben kann dieser nicht durch Zurücknahme des Antrags Aufhebung der Anordnung erreichen † 2170<sup>11</sup>
- Nachlassverzeichnis**  
Abfassung des nach § 2121 BGB. dem Nacherben zu erteilenden N. nach der Zeit der Aufstellung und Erteilung, nicht der des Erbfalls † 1683<sup>14</sup>  
§ 2314 BGB. Anspruch des Pflichtteilsberechtigten auf Auskunft über Nachlassbestand. Ermittlung des Werts eines Unternehmens einchl. Firma und Kundschaft, insbesondere eines Anteils an OHG. 1635<sup>13</sup>  
Auf Grund des § 2314 BGB. unbedingtes Recht des Pflichtteilsberechtigten darauf, daß das zur Ermittlung des Nachlassverzeichnisses dienende Verzeichnis der Nachlassgegenstände durch Behörde, Beamten oder Notar aufgenommen wird 1685<sup>16</sup>



- Nachruf**  
N. für Parteigenossen Dr. Karl Kettelhohn, Kreisrechtsamtleiter u. Kreisgruppenführer des NSDAP. 1229
- Nacharbeit**  
Zur Frage der Pfändbarkeit der Zuschläge für N. 1536<sup>28 29</sup>
- Nachverfahren**  
vgl. unter Grund des Anspruchs (§ 304 ZPO.)
- Nachzahlungsanordnung (§ 125 ZPO.)**  
1147<sup>17</sup>
- Namensrecht**  
Umfang des Schutzbereichs des Warenzeichens für Instrument, dessen Anwendung ein Arzt für das von ihm entwickelte Operationsverfahren eingeführt hat, und in dem der Arztname angeführt ist 1470<sup>5</sup>
- Nationalsozialismus**  
Der Kampf des N. für Herstellung der deutschen Volksgemeinschaft und der europäischen Völkergemeinschaft 1908  
Marxismus und N. in ihrer Bewertung der Arbeit. Schrifttum 1768  
Die vollständige Entschädigung i. S. des § 8 PrEnteignG. widerspricht nicht dem nat.-soz. Rechtsempfinden † 2019<sup>21</sup>
- Naturalleistungen**  
Kriegsrecht für Forderungen und Rechte auf wiederkehrende Naturalleistungen. Zur ZD. v. 29. Juli 1940 1403
- Nebenteilige**  
im Devisenstrafverfahren 1239<sup>10</sup>
- Nebenintervenient**  
vgl. unter Streitgehilfe
- Neutralität**  
Geschichtliche Entwicklung und rechtliche Grundlage der sog. Dauernenden N. der Schweiz. Schrifttum 1461
- Nichterfüllung**  
Die N. des schuldrechtlichen Vertrags. Griech. Schrifttum 2056
- Nichtigkeit**  
Vgl. § 138 BGB. vgl. unter Sittenwidrigkeit  
§ 139 BGB. Wirksamkeit der in beglaubigter Form erteilten unwiderruflichen allgemeinen Grundstücksvollmacht, die mangels Form des § 313 BGB. als Vollmacht zur Veräußerung unwirksam, insofern es sich um andere Grundstücksgeschäfte handelt 1946<sup>12</sup>
- Unentgeltlicher Besitzwerb i. S. des § 988 BGB. des Grundstückskäufers, dem der Verkäufer das Grundstück auf Grund eines nichtigen Kaufvertrags übergeben hat. Abrechnung nach Bereicherungsgrundsätzen 1110<sup>16</sup> 1574<sup>11</sup>**  
Keine konstitutive Wirkung der Eintragung eines nichtigen Hauptverksamlungsbeschlusses auf Umwandlung der AktG. ins Handelsregister † 1464<sup>2</sup>  
N. des Anstellungsvertrags mit einem nicht ordnungsmäßig in die Berufskarte eingetragenen Schriftleiter 1788<sup>33</sup>  
Wann ist Einwand der Arglist gegenüber der Berufung auf Formmangel zuzulassen? † 2269<sup>43</sup>
- Nichtigkeitsbeschwerde**  
Zur Einföhrung der N. durch die ZustZD. 2134
- § 34 ZustZD. Wann ist Urteil wegen eines Fehlers bei der Anwendung des Rechts auf die festgestellten Tatsachen „ungerecht“? 1839<sup>20</sup>
- Nichtigkeitsklage**  
§§ 529, 534 TschchZPO. Beginn des Laufs der Monatsfrist, in der N. wegen mangelnder Vertretung zu erheben ist, vom Tag der Zustellung an die Partei oder ihren gesetzlichen Vertreter 1597<sup>37</sup>
- Niederlande**  
Fragen des Rechts- und Wirtschafts-ausbaus in den N. 1718 1762 1820 1875 1931 1993 2050 2101 2153 2226  
Deutsche Gerichtsbarkeit in Strafsachen in den N. 1508
- Niedererschlagung des Verfahrens**  
vgl. unter Straffreiheit
- Niederschrift**  
vgl. auch unter Sitzungsprotokoll  
N. über Errichtung eines öffentlichen Testaments 1650, desgleichen eines Notestaments 1651 † 1685<sup>17</sup>
- Nießbrauch**  
Bestellung eines Nießbrauches, das auf abgegrenzte Teile eines Grundstücks beschränkt ist, nur in Gestalt einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit, nicht als N. möglich † 1679<sup>13</sup>  
Zuwendung eines N. an Nachlassgegenständen durch letztwillige Verfügung niemals mit dinglicher Wirkung, sondern nur durch Anordnung von Vermächtnis. Rechenschaftspflicht des elterlichen Gewalthabers bzgl. zum Kindesvermögen gehörenden Erbanteils, auch wenn ihm der N. am Nachlass eingeräumt 1186<sup>3</sup>
- Norwegen**  
Fragen des Rechts- und Wirtschafts-ausbaus in N. 1717 1762 1819 1875 1931 1993 2050 2101 2153 2226
- Notar**  
Amts- und Berufsbezeichnung der Rechtsanwälte u. Anwaltsnotare 1136  
Deutsche N. im Protektorat Böhmen-Mähren 1747  
§ 839 BGB. Schadensersatzpflicht des N., der offenbar rechtsungültiges Rechtsgeschäft beurkundet, wenn auch nur auf Drängen der Parteien 1568<sup>9</sup>  
N. als „zuständige Behörde“ i. S. der §§ 156, 163 StGB. 1095<sup>1</sup> † 1234<sup>5</sup>
- Notargebühren**  
Anwendung der Gebührenbefreiungen nach ZD. v. 4. Okt. 1939 auf N. 1612
- Nothilfe (§ 904 BGB.)**  
Bei Unfall, für den beide Teile nicht verantwortlich, Ansprüche des Geschädigten aus §§ 683, 904 BGB., wenn er selbst den Schaden auf sich genommen hat, um den anderen vor größerem Unheil zu bewahren 1188<sup>5</sup>
- Notestament**  
Das N. vor dem Bürgermeister oder drei Zeugen nach dem TestG. 1651 † 1685<sup>17</sup>
- NSDAP.**  
Sammlung der Küchen- und Rahmungsmittelabfälle 1701
- NSDAP.-Schwester**  
NSDAP.-Sch. nicht Beamtin i. S. des § 359 StGB. 1939<sup>2</sup>
- Nußverwalter**  
vgl. unter Abmeierung
- Oberlandesgericht**  
Erfahrungen mit der Übertragung der Berufungen gegen amtsgerichtliche Urteile auf die O. 1859  
Zuständigkeit des O. für sofortige Beschwerden wegen Armenrechtsverfügung für das BSW. 1379<sup>19</sup>  
§ 11 VereinfZD. Anspruch des AG.-Anwalts, der im Verfahren der O. über die Berufung gegen Urteil des AG. einer Partei als ArmAnw. beigeordnet, auf Ersatz seiner Reisekosten 1384<sup>29</sup> 2027<sup>26</sup>  
Gebühr des Verteidigers vor dem O. für die zweite Hauptverhandlung bei Vertagung † 1897<sup>13</sup>  
StZPO. Gegen Zurückweisung der Rev. durch Beschluß des O. als unzulässig Rekurs an das AG. gegeben 2267<sup>40</sup>  
§ 24 StZM. Unzulässigkeit des Rekurses gegen Beschlüsse, die O. in erster Instanz faßt, auch in Verfahren außer Streitigkeiten 2268<sup>42</sup>
- Oberpräsident**  
Zustellung an O. als Fürsorgeerziehungsbehörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des Provinzialverbandes“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPO. 1482<sup>16</sup>
- Offenbarungseid**  
Rspr. zu § 807 ZPO. 1162, zu §§ 899 ff. ZPO. 1167  
Neues Formular zur Behandlung von Ratengebieten des Schuldners im D.verfahren 1181  
Aufhebung eines durch engl. Firma gegen deutschen Schuldner vor dem Krieg im D.verfahren erwirkten Haftbefehls 1737<sup>12</sup>  
Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner im D.verfahren, eine schuldtitelmäßig feststehende Schuld in bestimmten Raten abzutragen, kein Vergleich i. S. von § 779 BGB., daher keine Vergleichsgebühr für RA. Beitreibung der  $\frac{3}{10}$ -Gebühr für das D.verfahren nach § 23 Ziff. 18 RAGebD. mit den sonstigen Zwangsvollstreckungskosten ohne besondere Kostenfestsetzung 1119<sup>24</sup>
- Offene Handelsgesellschaft**  
Ermittlung des Nachlasses gemäß § 2314 BGB. auf Verlangen des Pflichtteilsberechtigten, wenn Teil der Erbschaft in Anteil an OHG. besteht und die Mitgesellschafter des Erben mit Vorlage der Geschäftsbücher an bereidigten Wirtschaftsprüfer nicht einverstanden 1635<sup>13</sup>  
Vereinbarung des USA.-Dollars als Wertmesser zur Sicherung der in anderer ausländischer Währung zu leistenden Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters von OHG. oder KommGes. Bei unerwarteter Entwertung des Dollars Ausgleichsanspruch 1282<sup>6</sup>  
Art. 111 AGWB. Wer ist Prozesspartei bei Verklagung von OHG. unter ihrer Firma? 2177<sup>16</sup>  
§§ 1, 6 StAnpG. Steuerliche Anerkennung einer Familiengesellschaft in der Form, daß alternder Vater seine volljährigen, im Betrieb arbeitenden Kinder als Mitunterneh-



mer aufnimmt unter Vorbehalt des Vorrangs des Vaters bei wichtigen Entscheidungen † 2127<sup>33</sup>

**„Offene Stadt“**  
Die o. St. im geltenden Kriegsrecht 1538 2193

**Öffentliche Abgaben**  
vgl. unter A.

**Öffentliche Anstalten**  
Können Zivilgerichte in den Betrieb ö. N. eingreifen? 2154

**Öffentlicher Dienst**  
vgl. unter Behördenangestellte

**Ölgebiet**  
Die Staatsangehörigkeitsverhältnisse im Teschener Gebiet (O.) 2234<sup>2</sup>

**Operation**  
Pflicht des Arztes, vor Vornahme eines schwerwiegenden Eingriffs in den Körper des Kranken (Abnahme der einen weiblichen Brust) dessen Notwendigkeit durch Benutzung aller Erkenntnisquellen festzustellen. Keine Überspannung dieser Forderung. Zur Haftung des Arztes wegen Vornahme der O. ohne vorherige Aufklärung bzw. Einholung der Einwilligung des Kranken † 1288<sup>9</sup>

Umfang des Schutzbereichs des Warenzeichens für Instrument, dessen Anwendung ein Arzt für das von ihm entwickelte D.verfahren eingeführt hat, und in dem der Arztname angeführt ist 1470<sup>5</sup>

**Ordnungsstrafe**  
D. gegen den RA., der dem Mandanten Zuwiderhandlung gegen Anordnung der Preisbehörde angeraten hat 1086

§ 33 FGG. Aufhebung des O.beschlusses bei ausreichender Entschuldigung der Nichtbefolgung der richterlichen Anordnung durch den Betroffenen 2177<sup>17</sup>

**Ortskrankenkasse**  
vgl. unter Krankenkasse

**Osterreich**  
Die WD. über das Patent- und Gebrauchsmusterrecht aus Anlaß der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich v. 27. Juli 1940 1714

Überleitungsvorschrift der Lohnpänd-WD. 1940 für den Geltungsbereich der Exekutionsordnungen 1981

Die WD. über den Geltungsbereich des Strafrechts in ihrer Bedeutung für die Ostmark 1079

Grundgedanken der österr. Strafgesetzgebung. Strafrecht 1754. Strafverfahrensrecht 1801

Neuerungen im Strafverfahrensrecht auf Grund der WD. zur weiteren Anpassung des österr. Strafrechts an das Reichsrecht v. 13. Aug. 1940: Rechtschöpfung durch entsprechende Anwendung der Strafgesetze 1803 Lockerung des Verfolgungszwangs 1804 Einstellung des Verfahrens in geringfügigen Privatklagesachen 1806 Unzulässigkeit der Subsidiarklage, Vorerhebungen 1806

Einschränkung der Voruntersuchung, Verhaftung und vorläufige Festnahme 1808

Körperliche Untersuchung und Eingriffe, Beschlagnahme von Briefen usw., Antrag auf Strafbesetzung, Verbot des Rücktritts von der Anklage 1810

Reichsmarkbilanzen, Umstellung, Umwandlung: Ostmark — Sudetenland — Memelland — Danzig. Schrifttum 1622

Maßgebend für die Befugnis, eine unter der Herrschaft des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl in D. geschlossene Ehe wegen Nichtigkeitgrundes der Zypotenz anzufechten, sind die Bestimmungen des österr. Rechts über Eheanfechtung wegen Ungültigkeitsgrundes des Unvermögens 1144<sup>8</sup>

Grundsatz des österr. Zivilprozessrechts, wonach Klage in den Rechtsmittelinstanzen unabänderlich, durch § 76 DurchfWD. z. EheG. für Ehe-sachen durchbrochen, jedoch keine Zulassung der Klageänderung für das Revisionsverfahren 1589<sup>30</sup>

Durch EheG. ist Beschränkung des Beweismittels der Parteivernehmung in Ehe-sachen (§ 99 ABGB.) inhaltlich aufgehoben und Beweis der Scheidungs-, Aufhebungs- und Nichtigkeitsgründe des großdeutschen Eherechts durch Parteivernehmung auch nach den ostmärkischen und sudeten-deutschen Prozeßgesetzen zulässig 1596<sup>35</sup>

Für Wiedervereinigung i. S. des § 110 ABGB. ist maßgebend der Wille der Ehegatten, die eingetretenen Folgen der Scheidung von Tisch und Bett wieder zu beseitigen. — Auch Ehebruch des geschiedenen Ehegatten bildet Trennungsgrund nach § 115 ABGB. 2078<sup>30</sup>

§ 158 ABGB. Beginn des Laufs der dreimonatigen Ausschlussfrist für Klage auf Unehelicherklärung eines Kindes 1959<sup>34</sup>

§§ 158, 159 ABGB. Keine Befugnis des angeblichen außerehelichen Erzeugers zur Bestreitung der blutmäßigen Abstammung des Kindes vom Ehemann der Mutter 1590<sup>31</sup>

Zur Erforschung, ob offenbare Unmöglichkeit der Zeugung durch den befl. unehelichen Vater vorliegt, also bei Beurteilung des gegen die gesetzliche Vermutung des § 163 ABGB. geführten Gegenbeweises Ausschöpfung aller dem Gericht zugänglichen Erkenntnisquellen, insbes. auch der erbbiologischen (morphologischen) Untersuchung 1595<sup>34</sup>

§§ 427, 1393 OstABGB. Bestellung des Fruchtgenusses an Wertpapierforderung durch Einräumung des Mitbesitzes am Papier. Verschaffung des Mitbesitzes an von einem Dritten verwahrten Wertpapier 1149<sup>22</sup>

§ 810 ABGB. Bedeutung der Genehmigung des Verkaufs einer Liegenschaft aus dem Nachlaß durch das Abhandlungsgericht 1742<sup>20</sup>

§ 879 OstABGB. Zur Frage der Sittenwidrigkeit des Verzehrs des Veräußerers eines Unternehmens auf Eröffnung und Führung eines gleichen Unternehmens. Vorliegen stillschweigenden Wettbewerbsverzichts bei Mitveräußerung des Kundenstoffs gegen Entgelt 1150<sup>23</sup>

§§ 922 ff. ABGB. Durch Vereinbarung, daß beim Geschäftsabschluß vorhandene und angezeigte Mängel

begehrt werden sollen, Verbrauch des ursprünglichen Gewährleistungsanspruchs; Entstehung eines neuen, nach §§ 918 ff. ABGB. zu beurteilenden Anspruchs 1592<sup>32</sup>

§ 1035 ABGB. Haftung desjenigen, der sich gegen den Willen des Verfügungsberechtigten eigenmächtig die Verwendung einer fremden Sache anmaßt 1593<sup>33</sup>

§ 1157 ABGB. Haftung desjenigen, der Arbeitsgerät für auszuführende Arbeit stellt, für die Beschaffenheit des Gerätes auch gegenüber den von seinem Vertragspartner herangezogenen Hilfskräften 2125<sup>29</sup>

§ 1239 ABGB. Befugnis des Ehemanns, die Nahrungen, die er während der bestehenden Gütergemeinschaft geerntet hat, auch nach Beendigung der Verwaltung zu behalten 2190<sup>33</sup>

§ 1295 ABGB. Sittenwidrigkeit der Vereinbarung des Schuldners mit dem Gläubiger, daß dieser Befriedigung nur aus dem Vermögen des Dritten, der für die fremde Schuld Haftung übernommen oder Pfand bestellt hat, suche, sowie der Ausnutzung dieser Vereinbarung zur Erleichterung der Sache des Interzedenenten unter dem Schätzwert 1593<sup>33</sup>

§§ 1302, 1304 ABGB. Höhe des Schadenersatzanspruchs des Eigentümers eines Kraftfahrzeugs, das aus Verschulden des Kraftwagenführers und eines Dritten beschädigt worden, gegen den Dritten 1743<sup>21</sup>

§ 1311 ABGB. Rechtsgültigkeit der gem. §§ 28, 35 GemD. für Böhmen von der Gemeindevertretung erlassenen und von der Bezirkshauptmannschaft zur Kenntnis genommenen Bestimmung, wonach Besitzer von Liegenschaften Bürgersteige von Schnee und Eis zu reinigen und bei Glätteis zu streuen haben 1151<sup>25</sup>

§ 1394 ABGB. Zeßionar muß alle Einwendungen eines gegen den Lebenden ergangenen Strafurteils gegen sich gelten lassen 2191<sup>34</sup>

Beginn der dreijährigen Verjährungsfrist des § 1489 ABGB. 2126<sup>30</sup>

§ 4 überfWD. Gegen Urteile in Vaterschaftsprozessen Rev. stets zulässig 1595<sup>34</sup>

§ 8 überfWD. Worauf erstreckt sich Zulassung der Rev. bei Häufung vorentscheidender Klage auf Scheidung oder Aufhebung einer Ehe mit vermögensrechtlicher Klage aus der Ehe? 2125<sup>28</sup>

Keine Ausschließungswirkung gemäß § 616 ZPD. für solche Tatsachen, die in Rechtsstreit auf Scheidung von Tisch und Bett nach früherem österr. Recht geltend gemacht worden sind † 1736<sup>11</sup>

§ 606 II ZPD. Zuständigkeit des Gerichts des letzten Wohnsitzes, den Ehemann im Geltungsbereich der ZPD. hatte, für Scheidungsklage, wenn an seinem jetzigen ostmärkischen Wohnsitz nach der ZPD. kein Gerichtsstand dafür begründet ist 2114<sup>17</sup>

Zuständigkeit eines Gerichts der Ostmark als Verlassenschaftsgericht auch bezüglich Abhandlung des im Pro-



- tektorat Böhmen-Mähren gelegenen unbeweglichen Nachlasses eines in der Ostmark verstorbenen deutschen Staatsangehörigen 1150<sup>24</sup>
- Beerbung eines aus dem Mtreich stammenden Erblässers, der seine Niederlassung z. B. seines Todes in der Ostmark hatte, nach dem ABGB. Keine Übertragung der Verlassenschaftsabhandlung vom zuständigen Gericht der Ostmark an Gericht des Mtreichs 1958<sup>33</sup>
- Art. 111 ABGB. Wer ist Prozeßpartei bei Verklagung von DÖG. unter ihrer Firma? 2177<sup>16</sup>
- Erfordernis der Schriftform für Verträge über Anstellung eines Schriftleiters auch in D. † 2269<sup>43</sup>
- § 45 ÖstkrftföG. Verursachung einer Verletzung durch den „Betrieb“ eines Kraftfahrzeugs 1597<sup>38</sup>
- ÖstkrftföG. Gegen Zurückweisung der Rev. durch Beschluß des OÖG. als unzulässig Rekurs an das RG. gegeben 2267<sup>40</sup>
- § 24 ÖstkrftföG. Unzulässigkeit des Rekurses gegen Beschlüsse, die OÖG. in erster Instanz faßt, auch in Verfahren außer Streitigkeiten 2268<sup>42</sup>
- § 308 ÖstkrftföG. Verpflichtung des Gläubigers, dem durch das Exekutionsgericht Forderungen seines Schuldners gepfändet und überwiesen worden, dem Schuldner gegenüber zur Rechenschaftslegung 2268<sup>41</sup>
- Im Gewerbegerichtsverfahren der Ostmark Ausschluß eines weiteren Rechtszugs, insbes. des Rekurses, gegen Beschlüsse des BG. Durch § 27 ÖstGewöG. n. F. Eröffnung der Rev. nur gegen Urteile, nicht Beschlüsse des BG. 1856<sup>39</sup>
- Begünstigung des Verwandtendiebstahls nach § 463 ÖstStG. gilt nicht auch für durch Schwägerschaft mit dem Bestohlenen Verbundene 2240<sup>13</sup>
- §§ 52 ff. ÖstStBd. Beurteilung einer vor der Wiedervereinigung D. mit dem Deutschen Reich in D. begangenen Straftat nach der Wiedervereinigung von jedem zuständigen Gericht des Deutschen Reichs nach dem am Tatort (D.) geltenden sachlichen Strafgesetz † 1525<sup>19</sup>
- Anzuwendender Strafsatz nach § 4 StrafanpaßBD., wenn eine in der Ostmark anzuwendende reichsrechtliche Strafvorschrift als Strafe Gefängnis und in besonders schweren Fällen Zuchthaus androht. Anwendung des § 20 überlBD. in Fällen der Bemessung der Strafe nach einer in der Ostmark geltenden Strafvorschrift des Reichsrechts 1102<sup>9</sup>
- Zur Anwendung der RStBd. in den Verfahren vor den Sondergerichten der Ostmark 1672<sup>8</sup>
- Nach § 69 I DevöG. strafbare Devisenzwiderhandlungen gelten i. S. des österr. Landesrechts stets als Verbrechen 1521<sup>11</sup>
- Devisenrechtliche Anbieterspflicht der Erben nach österr. Recht hinsichtlich bestimmter Teile der ruhenden Erbschaft vor der „Einantwortung“ † 1941<sup>8</sup>
- Östgebiete**  
Die Neuordnung des Rechts in den D. Schrifttum 2156
- Pacht**  
Grenzen des Kündigungs-schutzes für Miet- und Pachträume 1128  
Die Räumungsschädigung des Geschäftsräummieters oder -pächters 1252  
Mieten und Pachten und Preiserhöhungsverbot im Kriege 1408  
Räumungsschädigung und Streitwertbemessung 1453
- Der Einheitspachtvertrag. Schrifttum 1138  
Die RPachtschD. Schrifttum 2056
- Infolge Herabsetzung des Pzinses durch die Preisbehörde keine Auflösung des Vertrags wegen Wegfalls oder Erschütterung der Geschäftsgrundlage. Bei Vorliegen von wichtigem Grund Kündigung eines auf persönlichem Zusammenwirken der Beteiligten beruhenden Pverhältnisses mit sofortiger Wirkung 2169<sup>9</sup>
- Bei Herausgabe und Ersatzpflicht desjenigen, der den Besitz des Grundstücks auf Grund nichtigen Pvertrags unentgeltlich i. S. des § 988 ABGB. erlangt hat, Herausgabe der Nutzungen nach den Grundätzen über ungerechtfertigte Bereicherung 1949<sup>18</sup>
- Anspruch auf Herausgabe von Provisionsempfang aus Pvertrag über Fideikommißgrundstücke durch den Pfleger gehört zum Oberigentum der Familie, nicht zum mußbaren Eigentum des Fideikommißbesizers † 1369<sup>11</sup>
- Anderweite Festsetzung einer in der Zeit der Geldentwertung vereinbarten KornwertP. nach § 2 PrPöSchD. 1431<sup>16</sup>
- Keine Geltung der Ausschlussfrist des § 15 Ib PrPöSchD. für den Antrag des Pächters, ein ohne Kündigung ablaufendes Pverhältnis gem. § 2 Ia Gef. über Weitergeltung und Ergänzung des Pnotrechts v. 30. Sept. 1937 zu verlängern 1147<sup>16</sup>
- Erfüllung der Erlaubnis des Verpächters zur Unterverpachtung durch das MÖA. auch, wenn dem Dritten die ganzen Räume überlassen werden sollen 1145<sup>12</sup>
- Abwälzung der Grundsteuer vom Eigentümer auf den Pächter nicht verboten, auch Verstoß gegen die PreisstopBD. liegt nicht vor 2178<sup>18</sup>
- Paketpost**  
Anwendung der Amtshaftungsvorschriften auch auf Fälle der Pbeförderung 1687<sup>19</sup>
- Paris**  
Die Behandlung von P. als „offene Stadt“ im Juni 1940 2196
- Parteiernennung**  
Erfordernis deutlicher Wiedergabe der Aussagen der gem. § 619 ZPD. vernommenen Parteien im Urteil 1438<sup>28</sup>  
Durch EheG. ist Beschränkung des Beweismittels der P. in Ehefachen (§ 99 ABGB.) inhaltlich aufgehoben und Beweis der Scheidungs-, Aufhebungs- und Nichtigkeitgründe des großdeutschen Eherechts durch P. auch nach den östmärk. und sudetendeutschen Prozeßgesetzen zulässig 1596<sup>35</sup>
- Patent**  
Die BD. über das P- und Gebrauchsmusterrecht aus Anlaß der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich v. 27. Juli 1940 1714
- Patentsachen**  
Bei Herabsetzung des Streitwerts nach § 53 I PatöG. Kostenausgleichung unter den Parteien nach dem herabgesetzten Streitwert. Daneben zugunsten des RA. der begünstigten Partei Festsetzung seiner Gebühren nach dem vollen Streitwert 1381<sup>23</sup> † 2183<sup>24</sup>  
Keine Festsetzung der im Nichtigkeitsverfahren vor dem RPatM. zur Kostenfestsetzung angemeldeten Kosten als Rechtsstreitkosten des Patentprozesses † 2183<sup>24</sup>
- Patronat**  
Zulässigkeit des Rechtswegs für rechtliche Ansprüche auf vermögenswerte Leistungen zu kirchlichen Zwecken, daher auch für Ansprüche aus P. 2114<sup>16</sup>
- Pauschalbesteuerung**  
P. gem. § 14 GrEwStöG. 1503
- Penston**  
vgl. unter Ruhegehalt
- Personenforge**  
§ 81 EheG. Voraussetzungen für einseitige Regelung, insbes. in dem Sinn, daß das Kind vorerst bei dem nichtforgeberechtigten Teil verbleibt. Wann ist gem. § 81 IV beiden Elternteilen die Sorge für das gemeinschaftliche Kind zu entziehen und die Unterbringung an dritter Stelle anzuordnen oder die P. einem Pfleger zu übertragen? † 2248<sup>19</sup>  
§ 81 III EheG. Auch bei Erklärung der Ehefrau für allein oder überwiegend schuldig Zulässigkeit der Zuteilung des Sorgerechts an den Vater, der das Kind z. B. nicht zu sich nehmen kann und es bei der Mutter beläßt, die gut dafür sorgt 2166<sup>5</sup>  
Ruht bei Ehescheidung die elterliche Gewalt des Vaters und ist die Mutter zur P. ungeeignet, so ist die P. gem. § 81 IV EheG. dem Vormund zu übertragen 1303<sup>15</sup>  
Durch Wiederverheiratung der geschiedenen Mutter, der die P. einschl. gesetzlicher Vertretung des Kindes zusteht, Verlust der gesetzlichen Vertretung. Entsch. aus § 81 IV EheG. geboten 1305<sup>16</sup>  
Pflegerbestellung für Ausübung der P. über Kinder aus geschiedenen Ehen gem. § 81 IV EheG. auch nach dem Tode eines Elternteils 1567<sup>7</sup>  
Abreden, durch die im Fall des § 1635 ABGB. die Ausübung des Prechts vom berechtigten Ehegatten auf den anderen übertragen wird, wirksam, aber nicht bindend und frei widerruflich. Sittenwidrigkeit solcher Vereinbarung, wenn sie unter Ausübung unzulässigen Drucks — z. B. Androhung von Vermögensnachteil — erfolgt 1425<sup>9</sup>  
Bei Meinungsverschiedenheit der geschiedenen Eltern — des unterhaltspflichtigen Vaters und der forgeberechtigten Mutter — über Schul- und Berufswahl des Kindes für die Entsch. die Sorgerechtszuteilung maßgebend 1634<sup>12</sup>



- Keine anderweite Regelung nach § 97 Satz 2 EheG. bei altgediehener Ehe, wenn das Kind bei dem sorgeberechtigten Elternteil nicht gefährdet ist, sondern nur bei dem anderen Elternteil „besser“ untergebracht wäre 2006<sup>8</sup>
- Pfandrecht**  
vgl. auch unter Verpfändung
- § 124 ZPO. Verpflichtung des Arm-Anw., die auf Grund der auf den Namen der armen Partei von ihm betriebenen Kostenfestsetzung an ihn gezahlten Kosten an die arme Partei — bei inzwischen erfolgter Konkursöffnung an die Konkursmasse — abzuführen. Kein Pf. des Arm-Anw. am Kostenersatzanspruch der armen Partei † 2185<sup>27</sup>
- Pfändung**  
Rspr. zur Pf.: Allgemeines 1162  
Zu § 811 ZPO. 1163  
Zur Verwertung nach § 825 ZPO. 1163  
Zur Pf. und Überweisung 1163  
Zur Vorpf. 1164  
Zu §§ 850 ff. ZPO. 1164 1165  
Zur Pf. von Rechten 1166  
Einfluß öffentlicher Wirtschaftsmassnahmen (Beschlagnahme) auf die Zwangsvollstreckung in bewegliche Sachen 1258  
Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen von Angehörigen der Wehrmacht 1610  
Zur Frage der Pf. von Beihilfen auf Grund der Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft 1924  
Die LohnZPO. v. 30. Okt. 1940: 1969  
Zu § 1: Arbeitseinkommen 1970  
Zu § 2: Dem Arbeitseinkommen gleichgestellte Bezüge 1971  
Zu § 3: Unpfändbare Bezüge 1971  
Zu § 4: bedingt pfändbare Bezüge 1972  
Zu § 5: Pf.schutz für Arbeitseinkommen 1973  
Zu § 6: Unterhaltsansprüche 1975  
Zu § 7: Berechnung des pfändbaren Arbeitseinkommens 1977  
Zu §§ 8 ff. 1980
- § 751 ZPO. Unzulässigkeit der Lohn-Pf. wegen künftiger Unterhaltsrenten (sog. „Vorratsverfahren“) 1438<sup>26</sup>  
Verfahren bei Pf. des Inhalts eines Banktitelsches 1639<sup>21</sup>  
Anwendung der Schutzvorschriften des § 811 ZPO. bei Pf. der vom Gläubiger unter Eigentumsvorbehalt auf Abzahlung an den Schuldner gelieferten Sache 1485<sup>21</sup>  
Kaufliche Anschaffung von nach § 811 Ziff 1 ZPO. unpfändbarer Sache gegenüber dringlichen Verpflichtungen — nicht gerechtfertigt 1584<sup>26</sup>  
§ 829 ZPO. Inwieweit sind staatliche Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien für Miete und diesbezügliche Vollstreckungskosten pfändbar? 1148<sup>20</sup> 1164 † 2260<sup>32</sup>  
Keine Anwendung des § 844 II ZPO., wonach der Schuldner vor Anordnung der anderweiten Verwertung einer gepfändeten Forderung gehört werden soll, im Verwaltungsverfahren. Geltung des § 35 ZPO. nur für Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen 1900<sup>16</sup>
- § 850 ZPO. Dem überschuldeten Schuldner von seinem geringen Einkommen Beträge weder für Verwandtenunterhalt noch für Unterhalt seiner nicht unterhaltsbedürftigen Ehefrau pfandfrei zu belassen 1576<sup>13</sup>  
Kein Vollstreckungsmißbrauch, wenn Unterhaltsgläubiger nur wegen des Unterschieds zwischen den geschuldeten und den aus öffentlichen Mitteln (Fürsorge) erstattungsfrei empfangenen Beträgen vollstreckt 2119<sup>22</sup>  
Kann der Fürsorgeverband, der Erbschaftsansprüche gegen den Vater des Unterstühten geltend macht, bei Pf. des Arbeitseinkommens das Pf.vorrecht des § 850 III ZPO. in Anspruch nehmen? 1786<sup>21</sup>  
Ziel der Abänderungsfrage nach § 323 ZPO. ist Änderung des materiellrechtlichen Anspruchs, des Abänderungsverfahrens nach § 850 IV ZPO. Änderung des unpfändbaren Teils der Bezüge 1584<sup>26</sup>  
§ 850 b ZPO. Pfändbarkeit der überstundenvergütung? † 1149<sup>21</sup> 1164 1438<sup>27</sup> 1536<sup>28</sup> 29  
Wegen rückständiger Unterhaltsforderung Pf. des Urlaubsgelds voll, des überstundenverdienstes nur zur Hälfte 1486<sup>22</sup>  
Pfändbarkeit der Ministerialzulage eines Angestellten auch für Unterhaltsforderungen nur zur Hälfte 1486<sup>23</sup>  
Zur Frage der Pfändbarkeit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit 1536<sup>28</sup> 29  
Erjordernis der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung, wenn Vollstreckungsbehörde den freihändigen Verkauf eines gepfändeten Geschäftsanteils von GmbH. angeordnet hat, für Veräußerungsvertrag zwischen Beauftragtem der Vollstreckungsbehörde und Erwerber des Geschäftsanteils 1900<sup>16</sup>  
Wenn bei Mitversicherung des Führers im Kraftfahrzeugversicherungsvertrag des Kraftfahrzeughalters die Ausübung der Rechte aus der Versicherung nur dem Versicherungsnehmer zusteht, ist Feststellungsfrage des Unfallgeschädigten, der das Recht aus der Führermitversicherung gepfändet hat, zulässig 1433<sup>19</sup>
- Pfändungs- und Überweisungsbeschluss**  
Rspr. zur Pf. u. ü. 1163  
Neues Formular für Pf. u. ü. 1180  
§ 308 Ziff 1 ZPO. Verpflichtung des Gläubigers, dem durch das Exekutionsgericht Forderungen seines Schuldners gepfändet und überwiesen worden, dem Schuldner gegenüber zur Rechenschaftslegung 2268<sup>41</sup>
- Pferdezucht**  
Keine besondere Sorgfaltspflicht des Bauern, der sich mit einer Stute auf dem Heimweg von einer Deckstation befindet 1188<sup>5</sup>
- Pflegschaft**  
Die AbwesenheitsPf. für Angehörige feindlicher Staaten 1222  
Durch Bestellung eines Abwesenheitspflegers auf Grund der VO. vom 11. Okt. 1939 bleibt Wirksamkeit einer vom Pfleger erteilten Vollmacht unberührt 1902<sup>17</sup>  
Beiordnung des zum Pfleger bestellten RM. als Arm-Anw. in dem für
- sein Mündel geführten Rechtsstreit 2187<sup>28</sup>  
§ 667 BGB. Geltung des Grundsatzes, daß demjenigen, dessen Geschäfte geführt werden, die gesamten Vorteile aus der Geschäftsführung gebühren, sowohl für den rechtsgeschäftlich Beauftragten wie für Vormund und Pfleger † 1369<sup>11</sup>  
Pflegerbestellung für Ausübung der Personenpflege über Kinder aus geschiedenen Ehen gem. § 81 IV EheG. 1305<sup>16</sup> 1567<sup>7</sup> † 2248<sup>19</sup>  
Anhängigkeit von Fürsorgeerziehungsverfahren und Pf. für den Minderjährigen bei demselben VormGer. Abgabe des Fürsorgeerziehungsverfahrens ohne die Pf. und umgekehrt zulässig 2076<sup>27</sup>  
Zwecks Klarstellung der Anerkennung in einen Erbhof kann der KrBf beim Nachlassgericht Einleitung einer NachlassPf. anregen † 1578<sup>18</sup>  
Anspruch auf Herausgabe von Provisionsempfang aus Pachtvertrag über Fideikommißgrundstücke durch den Pfleger gehört zum Dberigentum der Familie, nicht zum nutzbaren Eigentum des Fideikommißbesizers † 1369<sup>11</sup>
- Pflichterempler**  
Das Recht der Pflichteremplare. Schrifttum 1414
- Pflichtjahrmädchen**  
Erzieherverhältnis i. S. des § 174 I 1 StGB. zwischen Familienvater als Haushaltungsvorstand und dem jugendlichen Pf. † 2058<sup>4</sup>
- Pflichtteil**  
Anspruch des Pf.berechtigten auf Auskunft über Nachlassbestand. Ermittlung des Werts eines Unternehmens einschl. Firma und Kundschaft, insbes. eines Anteils an OHG. 1635<sup>13</sup>  
Auf Grund des § 2314 BGB. unbedingtes Recht des Pf.berechtigten darauf, daß das zur Ermittlung des Nachlasswerts dienende Verzeichnis der Nachlassgegenstände durch Behörde, Beamten oder Notar aufgenommen wird 1685<sup>16</sup>
- Pilsner Bier**  
P. B. als Warenzeichen 1182
- Polen**  
vgl. auch unter Generalgouvernement  
Offene und verteidigte Städte im polnischen Feldzug 1939 2195  
Das Privatrecht in ehemals poln. Staatsgebiet. Schrifttum 1460  
Die Polen vor Berlin. Schriftt. 1561  
Dokumente poln. Grausamkeit. Schrifttum 1272  
Dichter auf den Schlachtfeldern in P. Schrifttum 1461  
Deutsche Staatsangehörigkeit von Volksdeutschen aus dem früheren KongreßP., die ihre poln. Staatsangehörigkeit verloren hatten und in Deutschland wohnen 1782<sup>15</sup>  
Verbotener Umgang mit poln. Kriegsgefangenen 1669<sup>4</sup>
- Polizei**  
Zu dringenden Fällen Zuständigkeit der Ortspolizeibehörde neben der ordentlichen Begepolizeibehörde zu wegebaupolizeilichen Maßnahmen für Reichs- und Landstraßen i. S. des KRef. v. 26. März 1934 1212<sup>25</sup>  
Grundstückspächter, der Großbaggerei und Kiezmäscherei betreibt und dadurch das Grundstück für die städti-



- sche Wasserversorgung unbrauchbar macht, die es als Wassereinzugsgebiet benötigt, Störer i. S. des BrPolVerwG.; daher Unterjagung des Betriebs ohne Entschädigung † 1317<sup>20</sup>
- Positive Vertragsverletzung**  
vgl. unter V.
- Post**  
vgl. auch unter Reichspost  
P. wejen im Generalgouvernement 1796 1799
- Preisbildung**  
Zulässigkeit des Rechtswegs gegen Maßnahmen der Preisbehörden 1086  
Kriegsverordnungen auf dem Gebiete der Preispolitik 1251 2136  
Das Preiserhöhungsverbot in der Kriegswirtschaft 1404  
Prüfung der P. behörde vor Erteilung der Grunderwerbsteuerbescheinigung 1501  
Die Einwirkung einer Preisvorschrift auf laufende Verträge 1659  
Mietstop und Mietpreisüberwachung während des Krieges 1697 1703  
Der Lohnstop: Lohnstop und Erfolgsvergütung 1857  
Fürsorgereiche Leistungen 1858  
Auswirkungen der Gemeinschaftshilfe auf die P. 1923  
Die Anordnung über die Einwirkung der Verdunkelungsmaßnahmen auf die Entgelte für Straßenbeleuchtung 1927  
Erlasse betr. Rechtsauskünfte auf dem Preisgebiet 1721 1882  
Gutachtliche Mitarbeit der Preisbehörden in gerichtlichen Verfahren 1997
- Enteignungsentanschädigungen als Entgelte i. S. des § 2 Gef. z. Durchf. des Vierjahresplans. Bindung der Gerichte an die Festsetzung dieser Entschädigungen durch Preisbehörde † 1531<sup>24</sup>
- Welche Bedeutung hat die Preisstop-WD. für die Bemessung der Enteignungsentanschädigung? † 2019<sup>21</sup>
- Abwälzung der Grundsteuer vom Eigentümer auf den Pächter nicht verboten, auch Verstoß gegen die Preisstop-WD. liegt nicht vor 2178<sup>18</sup>
- Bindung der Gerichte durch Erlaß der Preisbehörden, durch den an Stelle des vereinbarten ein niedriger Preis für verkauften Grundstück festgesetzt worden? Weiterhin Gültigkeit des gegen die Preisstop-WD. verstoßenden Kaufvertrags mit der Maßgabe, daß der niedere Preis als vereinbart gilt † 1306<sup>17</sup>
- Verstoß eines Vergleichs gegen die Preisstop-WD. Aufhebung eines Schiedspruchs, der, ohne die Anwendbarkeit der Stop-WD. zu prüfen, die auf einen gegen die WD. verstoßenden Vergleich gestützten Ansprüche anerkennt † 1528<sup>23</sup>
- Mietzinsbildung 1145<sup>11</sup> 1147<sup>15</sup> 1577<sup>14</sup> 1946<sup>11</sup> 2017<sup>13</sup>  
(Näheres vgl. unter M.)  
Pachtzinsbildung 2169<sup>9</sup>
- Presse**  
Angriffe der P. eines okkupierten Staates auf die Besatzungstruppen 1159
- Preußen**  
Das neue Recht in P. Schrifttum 1138
- Privateisenbahn**  
vgl. unter Eisenbahn
- Privatklage**  
Einstellung des Verfahrens in geringfügigen P. sachen gem. österr. Strafverfahrensrecht nach Anpassung an das Reichsrecht 1806  
Gebührenanspruch des RA., dessen Tätigkeit in P. sache sich auf vorbereitende Besprechung und Antrag auf Sühnetermin beschränkt † 2123<sup>25</sup>
- Privatrecht**  
Das P. im ehemals poln. Staatsgebiet. Schrifttum 1460
- Probefahrt**  
Kraftwagenreparaturvertrag. Zulässigkeit und Umfang des Ausschlusses der Haftung des Werkstättenbesizers für P. 1368<sup>10</sup>
- Propaganda**  
Die Kriegs- und GreuelP. unserer Feinde 1073  
Maßnahmen der P. im Generalgouvernement 1801
- Prostitution**  
Absperungs- und Aufsichtsmaßregeln gem. § 327 StGB. auf dem Gebiete des Dirnentwesens † 1516<sup>6</sup>
- Protectorat**  
vgl. unter Böhmen-Mähren
- Protokoll**  
vgl. auch unter SitzungsP.  
§ 177 II ZGB. Erfordernis der Anwesenheit des Zeugen, der wegen Schreibunfähigkeit eines Beteiligten zur Aufnahme eines P. zugezogen wird, bei der Vorlesung und Genehmigung 1849<sup>31</sup>
- Provinzialverband**  
Zustellung an Oberpräsidenten als Fürsorgeerziehungsbehörde bedarf zur Wirksamkeit nicht des Zusatzes „Verwaltung des P.“. Ersatzzustellung nach § 184 I ZPD. 1482<sup>16</sup>
- Provision**  
Vermögenszugehörigkeit des Anspruchs auf Herausgabe eines P. empfangs aus Pachtvertrag über Fideikommißgrundstücke durch den Pfleger † 1369<sup>11</sup>
- Prozessgebühr des RA.**  
Berechnung der Vergleichs- und P. b. RA. bei Vergleichsabschluß im Armenrechtsbeschwerdeverf. 1388<sup>35</sup>  
Berechnung der Prozessgebühren und der Vergleichsgebühren bei Gesamtvergleich über die im Verfahren aus §§ 627, 627 b ZPD. geltend zu machenden Unterhaltsansprüche unter Einbeziehung des Scheidungsprozesses und sonstiger vermögensrechtlicher Ansprüche der Ehegatten 1956<sup>31</sup>  
§ 43 RAGebD. Anspruch des BG., der gem. § 11 VereinWD. im Verfahren vor dem OVG. über die Berufung gegen Entsch. des VG. seiner Partei als ArmAnw. beigeordnet, auf Ersatz seiner Reisekosten bis zum Betrag einer nach den Sätzen der RAGebD. berechneten halben P. 2027<sup>26</sup>
- Prozessgebühr, gerichtliche**  
Ermäßigung der P. gem. § 30 GKG., wenn Anschlussberufung erst nach Anberaumung des Termins für die Berufung eingelegt, aber vor dem Termin zurückgenommen wird 1211<sup>23</sup>  
Durch Armenrechtsbewilligung für Vergleichsabschluß im Armenrechtsverfahren wird auch das in dieser Instanz bereits schwebende Verfahren gedeckt, damit auch die noch nicht gezahlte g. P. 2028<sup>28</sup>
- Prozessvertreter**  
Die rechtliche Stellung des Kriegsververtreters aus Art. 2 der SchutzW. 1870  
Anwendung der Vorschriften der SchutzW. über Bestellung von P. im Verfahren vor dem OVG. und der Beschwerdestelle 1145<sup>11</sup>  
Vertreterbestellung gem. Art. 2 SchutzW. stets, wenn nicht besondere Gründe der Durchführung des Verfahrens in Abwesenheit des Betroffenen entgegenstehen 1737<sup>13</sup>  
Erstattung von Gebühren und Auslagen des zum P. gem. Art. 2 SchutzW. bestellten RA. aus der Reichskasse? 1871 † 1902<sup>18</sup>  
Haftung des RA. gegenüber der Partei für Verschulden des ihm bei zeitweiser Verhinderung amtlich bestellten Vertreters auf Grund des § 278 BGB. wie für eigenes Verschulden † 1186<sup>4</sup>
- Prüfung, juristische**  
Die geschichtliche P. in der ersten und in der Großen juristischen Staatsprüfung 1507
- Rabatt**  
R. und Preiserhöhungsverbot in der Kriegswirtschaft 1408
- Rang von Grundstücksrechten**  
Durch rechtsgeschäftliche Vereinbarung hat Hypothek Nr. 2 den Vorrang vor Hypothek Nr. 1 und dann Hypothek Nr. 3 den Vorrang vor Hypothek Nr. 2 erhalten; nach auf Bewilligung erfolgter Löschung der Hypothek Nr. 2 Vorrang der Hypothek Nr. 3 vor Hypothek Nr. 1 2109<sup>6</sup>
- Rasse**  
R. und Kultur. Schrifttum 1998  
Das R. recht in Südwestafrika. Schrifttum 1664  
§ 46 EheG. R. verschiedenheit der Ehegatten kein Scheidungsgrund 1589<sup>30</sup>  
§ 53 EheG. Zur Frage, ob wegen Bestimmung des R. zur Klagerhebung auch noch durch andere Gründe außer der Unfruchtbarkeit, z. B. R. verschiedenheit, das Scheidungsbegehren sittlich nicht gerechtfertigt † 2162<sup>2</sup>
- Rassenschande**  
Angehörige des Protectorats Böhmen-Mähren sind nicht fremde Staatsangehörige i. S. des § 16 der 1. AusfW. zum BlutschutzG. 2062<sup>12</sup>  
Bezüglich der Wahl zwischen dem in § 5 II BlutschutzG. für R. angedrohtem Gefängnis oder Zuchthaus freies pflichtmäßiges Ermessen des Tatrichters 1522<sup>13</sup>
- Raten**  
Neues Formular zur Behandlung von R. angeboten des Schuldners im Offenbarungsverfahrensverfahren 1181  
Durch Teilzahlungen auf Unterhaltsrückstand keine Unterbrechung der Verjährung hinsichtlich des ganzen Rückstands † 1185<sup>1</sup>  
§ 125 ZPD. Nachzahlungsanordnung auch ohne Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn ratenweise Zahlung der Prozesskosten möglich gewesen wäre 1147<sup>17</sup>  
Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner im Offenbarungsver-



- fahren, eine schuldtitlemäßig feststehende Schuld in bestimmten R. abzutragen, kein Vergleich i. S. von § 779 BGB., daher keine Vergleichsgebühr für Rechtsanwalt 1119<sup>24</sup>
- Maternarmenrecht** 1385<sup>30</sup> 1454 1615
- Matengeschäft, Tischsch.**
- § 3 TischschMatenG. Entstehung von Terminverlust und Fälligkeit des ganzen Kaufpreises. Für jede Rate läuft besondere Verjährungsfrist 1960<sup>36</sup>
- Mäumung**
- Zur Anwendung des VollstrMißbrG. bei R. 1168
- Laut vertraglicher Vereinbarung soll R.frist für Mieträume im Zeitpunkt des Hausverkaufs beginnen. Begriff des „Hausverkaufs“ 1946<sup>13</sup>
- Staatliche Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien nicht wegen der Kosten der ZwangsR. pfändbar 1148<sup>20</sup>
- Mäumungsentschädigung**
- Die R. des Geschäftsraummieters oder -pächters 1252
- R. und Streitwertbemessung 1453
- Bei Streitwertfestsetzung für Mietaufhebungslage keine Berücksichtigung des Antrags des Bekl., den Kl. zur Erstattung und Hinterlegung der Umzugskosten und einer R. zu verpflichten 2257<sup>29</sup>
- Realsteuern**
- Zur Erhöhung der R. 1251
- Rechenhaftspflicht**
- R. des elterlichen Gewalthabers, dem die Nuhniesung am Kindesvermögen zusteht, nur bzgl. des Stammvermögens. Umfang der R., wenn das Kindesvermögen in Anteil an ungeteiltem Nachlaß besteht, dessen Verwaltung in ganzen dem elterlichen Gewalthaber zusteht 1186<sup>3</sup>
- § 308 OstPrezD. R. des Gläubigers, dem durch das Exekutionsgericht Forderungen seines Schuldners gepfändet und überwiesen worden, dem Schuldner gegenüber 2268<sup>41</sup>
- Rechtsanwalt**
- Amts- und Berufsbezeichnung der Notaranwälte und Anwaltsnotare 1136
- Der R. — der berufene Vertreter und Berater des Kaufmanns 1355
- Entschädigungen für Anwaltsvertretungen 1721
- Generalsubstitut = Gesamtvertreter? 1766
- Ordnungsstrafe gegen den beratenden R. 1086, standesrechtliche Zulässigkeit des Antrats der Zuwiderhandlung gegen einen nach Ansicht des R. nichtigen Verwaltungsakt 1088
- Der R. als Rechtswahrer im Raum der Verwaltung 2209
- Die R. in den früheren und künftigen deutschen Kolonien 2198 2201
- Die deutsche R.schaft im Protektorat Böhmen-Mähren 1746
- Deutsche R. im Generalgouvernement 1819
- Beordnung des zum Pfleger bestellten R. als Armenanwalt in dem für sein Mündel geführten Rechtsstreit 2187<sup>28</sup>
- Pflicht des für eine Partei tätigen R., für Erhaltung und Sicherung auch eines gegen ihn selbst bestehenden Rückgriffsanspruchs Sorge zu tragen. Voraussetzungen für die Erhebung einer Verjährung (§ 32a RWD.) des Schadenserfolgsanspruchs unterbrechenden und deshalb zur Verhütung der Verjährung erforderlichen Feststellungsfrage 1584<sup>24</sup>
- Haftung des R. gegenüber der Partei für Verschulden des ihm bei zeitweiser Verhinderung amtlich bestellten Vertreters auf Grund des § 278 BGB. wie für eigenes Verschulden † 1186<sup>4</sup>
- §§ 233, 519b ZPO. Unabwendbarer Zufall für den R., wenn die Gerichtskasse im Lauf von 3 Wochen die ihr obliegende Mitteilung des Kosteneingangs nicht an die Gerichtsabteilung gelangen läßt 1382<sup>24</sup>
- § 233 ZPO. Verschulden des R., der sich nicht davon überzeugt, daß neu eingetretene Angestellte die Bestimmungen über das Fristenwesen vollständig beherrscht, bzw. sie nicht ausreichend belehrt und überwacht 1437<sup>24</sup>
- R. gibt in Schreiben an die mit Berufungseinlegung beauftragten R., das er am Tag der Zustellung des erstinstanzlichen Urteils diktiert, den Tag der Zustellung durch Bezugnahme auf das dem Schreiben voranzulegende Datum an. Bei Abfertigung des Schreibens erst 2 Tage später und Einsetzung dieses Abfertigungsdatums kein unabwendbarer Zufall gemäß § 233 ZPO. 1786<sup>19</sup>
- Vom Berufungsanwalt nicht unterzeichnete Anlagen zur Berufungsbegründung nicht als Bestandteile der Berufungsbegründung i. S. des § 519 III 2 ZPO. anzusehen † 2025<sup>25</sup>
- § 91 ZPO. Im Fall des Ausscheidens eines eine jüdische Partei vertretenden arischen R. und Übernahme der Vertretung durch jüdischen Konsulenten Mehrkosten nicht erstattungsfähig 1785<sup>19</sup>
- § 91 ZPO. Mehrkosten nicht erstattungsfähig bei Eintritt eines arischen R. an Stelle des jüdischen Konsulenten, nachdem die jüdische Partei arisiert worden 1953<sup>26</sup>
- Gem. § 102 ZPO. Haftung des R. auch für Maßnahmen des von ihm oder für ihn bestellten Vertreters 2185<sup>26</sup>
- § 198 ZPO. Subjektive Voraussetzungen beim R. für Wirksamkeit der Zustellung von Anwalt zu Anwalt 1326<sup>23</sup>
- Rechtsanwaltsgebühren**
- Erstattung von Gebühren und Auslagen des zum Prozeßvertreter gem. Art. 2 SchußWD. bestellten Rechtsanwalts aus der Reichskasse? 1871 † 1902<sup>18</sup>
- Gebührenrechtliche Fragen aus der Praxis: Entstehung einer Prozeßgebühr, soweit Vergleich über das Prozeßobjekt hinausgeht 2102, R. bei Vergleichsabschluss ohne Rechtsstreit, desgleichen für Führung von Schriftwechsel, der nicht zu Rechtsstreit führt 2103
- Vergleichsgebühr für Vergleiche nach Rechtskraft des Urteils 1387<sup>24</sup> 1615
- Vergleichsgebühr und Rechtsmittelverzicht in Ehejahren 1986
- § 91 ZPO. Zur Frage der Erstattungsfähigkeit der R. für Wahrnehmung eines von Sachverständigen anberaumten Termins 1380<sup>22</sup>
- § 12 RWGed. Bei Einlegung von Streitwertbeschwerde durch Rechtsanwalt im eigenen Namen ist im Beschwerdeverfahren die Gegenpartei nicht Partei, daher sind ihr Kosten der Beschwerde nicht aufzuerlegen † 1385<sup>31</sup>
- § 13 Ziff. 2 RWGed. Mündliche Verhandlung im Verfahren aus § 627 ZPO. im gebührenrechtlichen Sinne nicht schon durch Antrag auf einstweilige Anordnung aus § 627 ZPO., sondern erst durch entsprechende Anordnung des Gerichts eingeleitet 1206<sup>18</sup>
- Durch Erscheinen des Rechtsanwalts im Verhandlungstermin wird neben der Prozeßgebühr keine weitere Gebühr ausgelöst, auch nicht durch Abgabe von den Prozeßverlauf bestimmenden Erklärungen im Termin 1386<sup>32</sup>
- R. für Vergleich zur Hauptsache im Ehefreit † 1738<sup>14</sup> 1739<sup>15</sup>
- Berechnung der Prozeßgebühren und der Vergleichsgebühr bei Gesamtvergleich über die im Verfahren aus §§ 627, 627b ZPO. geltend zu machenden Unterhaltsansprüche unter Einbeziehung des Scheidungsprozesses und sonstiger vermögensrechtlicher Ansprüche der Ehegatten 1956<sup>31</sup>
- Vergleichsgebühr des Rechtsanwalts bei Gesamtvergleich im Scheidungsprozeß, in dem gegen vergleichsweise Unterhaltsregelung auf Rechtsmittel verzichtet wird 2122<sup>24</sup>
- Gelürzte Höchstgebühr des Staffeltarifs des ArmAnwG. für einen Eheprozeß und Unterhaltsansprüche erledigenden Gesamtvergleich † 1587<sup>29</sup>
- Begriff des „Vergleichs“ als Voraussetzung für Entstehung der Vergleichsgebühr des Rechtsanwalts. Keine Vergleichsgebühr für Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner im Offenbarungseidsverfahren oder sonstigen Verfahren der Zwangsvollstreckung, eine schuldtitlemäßig feststehende Schuld in bestimmten Raten abzutragen 1119<sup>24</sup>
- Maßgebender Streitwert für Berechnung der Vergleichsgebühr bei Vergleichsabschluss in höherer Instanz, der auch Ansprüche mitumfaßt, über die bereits in unterer Instanz unangefochten entschieden worden 1740<sup>16</sup>
- Keine Vergleichsgebühr für Vereinbarung, daß der Rechtsstreit durch Schiedsrichter erledigt werden soll 1387<sup>33</sup>
- Schriftsatz i. S. des § 14 RWGed. ist weder bloße Vertretungsanzeige noch die Erklärung des Rechtsanwalts, einen formellen Antrag nicht stellen zu wollen 2028<sup>27</sup>
- Weitere Verhandlungsgebühr für Rechtsanwalt bei Einverständnis der Parteien mit schriftlicher Entscheidung (§ 7 EntfWD.) und nachher ergehender Anordnung der schriftlichen Anhörung des Zeugen (§ 377 ZPO.) 1693<sup>24</sup>
- Nachverhandlungsgebühr bei Anordnung nach § 272b ZPO. 1740<sup>17</sup>
- Beitreibung der  $\frac{3}{10}$ -Gebühr für das



Offenbarungsseidsverfahren nach § 23 Ziff. 18 RAGebD. mit den sonstigen Zwangsvollstreckungskosten ohne besondere Kostenfestsetzung 1119<sup>24</sup>

Für mehrere zu gleicher Zeit gegen denselben Schuldner für denselben Gläubiger beantragte Zwangsvollstreckungsmaßnahmen Anspruch des Rechtsanwalts auf nur eine  $\frac{3}{10}$  Gebühr aus § 23 Ziff. 18 RAGebD. nach den zusammengerechneten Forderungen 1120<sup>25</sup>

§ 25, 51 RAGebD. Zur Frage, ob der Rechtsanwalt von den durch ihn vertretenen Streitgenossen mehrfach die Gebühren fordern kann † 1897<sup>12</sup>

§ 41 RAGebD. Berechnung der Vergleichs- und Prozeßgebühr des Rechtsanwalts bei Vergleichsabschluß im Armenrechtsbeschwerdeverfahren 1388<sup>36</sup>

Erwachsen der  $\frac{3}{10}$ -Vergleichsgebühr des § 41 RAGebD. anstatt der vollen des § 13 Ziff. 3 RAGebD. nur, wenn durch den Vergleich nur die mit der Beschwerde zur Entscheidung der höheren Instanz gestellten Ansprüche erledigt werden 1389<sup>36</sup>

§ 43 RAGebD. Anspruch des UG., der gem. § 11 VereinfWD. im Verfahren vor dem OLG. über die Berufung gegen Entscheidung des UG. seiner Partei als Armenanwalt beigeordnet, auf Ersatz seiner Reisekosten bis zum Betrag einer nach den Sätzen der RAGebD. berechneten halben Prozeßgebühr 2027<sup>26</sup>

§ 63 RAGebD. Gebühr des Verteidigers für vor der JustW.D. vor das Schwurgericht gehörende Strafsache, für die jetzt Strafammer oder Sondergericht zuständig ist † 1390<sup>37 38</sup> 1740<sup>18</sup>

§ 64 RAGebD. Gebühr des Verteidigers vor dem OLG. für die zweite Hauptverhandlung bei Vertagung † 1897<sup>13</sup>

§ 67 RAGebD. Gebührenanspruch des Rechtsanwalts, dessen Tätigkeit in Privatklagsache sich auf vorbereitende Besprechung und Antrag auf Sühnetermin beschränkt † 2123<sup>25</sup>

§ 78 RAGebD. Berechnung der Reisekosten des Rechtsanwalts, der bei Dienstreise eigenen Kraftwagen benutzt, wodurch die Gesamtkosten der Reise niedriger als bei Benutzung eines anderen Beförderungsmittels 1898<sup>14</sup>

Verfahren i. S. des § 59 der 1. DurchfWD. zum RAGebD. ist jedes Verfahren vor der Auerbenbehörde innerhalb deren Geschäftsbereich † 1207<sup>19</sup>

Auch bei Herabsetzung des Streitwerts nach § 53 I PatG. Festsetzung der Gebühren des Rechtsanwalts der begünstigten Partei nach dem vollen Streitwert, auch für den Verkehrsanwalt 1381<sup>23</sup>

Geht die Unmöglichkeit der Rückerlangung von Gebühren, die auf Grund höherer Streitwertfestsetzung an den Rechtsanwalt gezahlt worden und die sich nun nach Herabsetzung des Streitwerts ermäßigen, zu Lasten des erstattungspflichtigen Gegners? † 2183<sup>24</sup>

Anspruch auf Ersatz von R. wegen Amtspflichtverletzung in Steuerfachen † 1629<sup>9</sup>

### Rechtsauffassung

Gemäß dem Grundsatz der Rechtssicherheit keine Wiederaufrollung kostenrechtlich endgültig erledigter Verfahren zwecks anderweiter Berechnung der Armenanwaltsgebühren auf Grund geänderter R. und Rechtsprechung † 1208<sup>20</sup>

Zulässigkeit der Nachliquidierung von bisher der Reichskasse gegenüber nicht geltend gemachten Armenanwaltsgebühren, wenn der Armenanwalt früher der irrigen Ansicht war, die Rechtsprechung stehe der Geltendmachung entgegen 1741<sup>19</sup>

### Rechtsauskünfte

Erlasse betr. Rechtsauskünfte auf dem Preisgebiet 1721 1882

### Rechtsausübung, unzulässige

vgl. U. R.

### Rechtsberatung

Rechtsprechung zum RMißbrG. 1171  
Geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten 1270

Die Rstellen der DJZ. Schrifttum 2057

### Rechtsfälle

Praktische Strafprozeßfälle mit Lösungen. Schrifttum 2056

### Rechtsgeschäft

Letztlands ZivGB. Band II: Das R. Schrifttum 1461

### Rechtsgeschichte

Deutsche R. und deutsches Rechtsdenken. Schrifttum 2156

### Rechtshängigkeit

R. des Anspruchs auf Schmerzensgeld nach § 847 I 2 BGB., wenn der von Rechtsanwalt im Namen des Unfallverletzten erwirkte Zahlungsbefehl über Schmerzensgeldforderung dem Ersatzverpflichteten vor dem Tode des Unfallverletzten zugestellt worden 1634<sup>11</sup>

Bei Anhängigkeit des Vertragshilfeverfahrens gem. HypfällWD. fehlt für Zahlungsklage des Hypothekengläubigers das Rechtsschutzbedürfnis u. Einrede der R. steht entgegen 1379<sup>20</sup>

### Rechtshilfe

R.verkehr mit dem Generalgouvernement in Zivilsachen 1400, 1819, in Strafsachen † 2123<sup>25</sup>

R.verkehr mit Belgien und den besetzten französischen Gebieten in Zivilsachen 1722

### Rechtskraft

Wann kann eine rechtskräftig abgewiesene Klage aus § 55 EheG. neu erhoben werden? 1983 2204 2242<sup>15</sup>  
Die R. des Mietaufhebungsurteils 1991

Urteil, das Endzeitpunkt einer zu zahlenden Rente nicht kalendermäßig bestimmt, schafft keine R. über die Dauer der Rentenverpflichtung, bezuglichen keine R. des Urteils, in dem Ersatzpflicht des Schädigers gegenüber dem Versicherungs-träger ohne zeitliche Begrenzung festgestellt worden, auf die Zeit über die Arbeitsfähigkeit des Getöteten hinaus † 2263<sup>35</sup>

Klage aus § 826 BGB. gegenüber Gebrauchsmachen von unrichtigem rechtskräftigen Urteil nur bei Vorliegen weiterer Umstände, aus denen sich Sittenwidrigkeit ergibt † 1190<sup>6</sup>

Keine Anwendung des § 826 BGB., wenn sachlich richtiges Urteil von der obliegenden Partei in sitten-

widriger Weise herbeigeführt wird † 1296<sup>19</sup>

Wirkung des außergerichtlichen Vergleichs über die Kosten gegen den Zessionar des Kostenerstattungsanspruchs auch, wenn das die Kostenentscheidung zugunsten des Zedenten enthaltende Urteil infolge Rechtsmittelzurücknahme rechtskräftig wird † 1117<sup>22</sup>

Regelmäßig keine Vergleichsgebühr für nach R. des Urteils getroffene Vergleiche 1387<sup>34</sup> 1615

Nur ausnahmsweise Erneuerung eines rechtskräftig zurückgewiesenen Antrags auf Schuldenbereinigung 1204<sup>15</sup>  
Folge rechtskräftiger Verneinung der Anwendbarkeit des Gnadenlasses v. 9. Sept. 1939 1119<sup>23</sup>

Voraussetzung für Zubilligung von Entschädigung wegen unschuldig erlittener Unterjuchungshaft ist R. des Freispruchs 1242<sup>13</sup>

### Rechtsmittel

§ 839 III BGB. Einlegung eines R. zur Abwendung des durch Amtspflichtverletzung entstandenen Schadens 115<sup>19</sup>

Maßgebend für Wertberechnung des R.gegenstands nach § 41 Halbabs 1 ZPO. Zeitpunkt der Einlegung des R.; aber bei Wettbewerbsfachen auch Berücksichtigung von Zukunftsaussichten 1953<sup>23</sup>

Keine Geltung des Verbots der Schlechterstellung der Partei, die R. ergriffen hat, im künftigen Urteil für den von Amts wegen zu ordnenden Punkt der Kostenentscheidung 1953<sup>23</sup>

Befugnis des Angekl., der für schuldig, aber gem. § 233 StGB. für straffrei erklärt worden, zur Aufhebung des Urteils mit R. 1825<sup>9</sup>

Gegen wegebaupolizeiliche Verfügung betr. Reichs- und Landstraßen i. S. des R.Gef. v. 26. März 1934 sind im Gebiet des preuß. Rechts die R. des § 56 JustG. gegeben 1212<sup>25</sup> 1214<sup>26</sup>

### Rechtsmittelverzicht

Vergleichsgebühr und R. in Ehefachen 1986 2122<sup>24</sup>

### Rechtsmittelzurücknahme

Wirkung des außergerichtlichen Vergleichs über die Kosten gegen den Zessionar des Kostenerstattungsanspruchs auch, wenn das die Kostenentscheidung zugunsten des Zedenten enthaltende Urteil infolge R. rechtskräftig wird † 1117<sup>22</sup>

Ermäßigung der Prozeßgebühr gem. § 30 OAG., wenn Anschlußberufung erst nach Anberaumung des Termins für die Berufung eingelegt, aber vor dem Termin zurückgenommen wird 1211<sup>23</sup>

### Rechtspflege

Die Organisation der R. im Generalgouvernement 1398 1559

Die deutsche Gerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren 1401  
Die Regelung der R. in den früheren und in den künftigen deutschen Kolonien 2197

### Rechtsschutzbedürfnis

Bei Anhängigkeit des Vertragshilfeverfahrens gem. HypfällWD. fehlt für Zahlungsklage des Hypothekengläubigers das R. und Einrede der Rechtshängigkeit steht entgegen 1379<sup>20</sup>



**Rechtssprechung**

Die neuere R. des RG. zur Ehelichkeitsanfechtung (§§ 1591 ff. BGB.) 1552

Die Anfechtung der Ehelichkeit nach § 1594 BGB. in der Höchstrichterlichen R. 1989

Die R. zur Schuldenbereinigung 1343

Die neuere R. auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen einschließlich der Schuldenbereinigung 1160

Die Einheit des Urlaubsanspruchs in der neuesten R. des ArbG. 1225

Der Versuch in der R. zum Devisenstrafrecht 1261

Entscheidungs-magazin. Schrifttum 1462

Unfallneurose u. R. des RG. Schrifttum 1510

Gem. dem Grundsatz der Rechtssicherheit keine Wiederaufrollung kostenrechtlich endgültig erledigter Verfahren zwecks anderweiter Berechnung der Armenanwaltsgebühren auf Grund geänderter Rechtsauffassung und R. † 1208<sup>20</sup>

Zulässigkeit der Nachliquidierung von bisher der Reichskasse gegenüber nicht geltend gemachten Armenanwaltsgebühren, wenn der ArmAnw. früher der irrigen Ansicht war, die R. stehe der Geltendmachung entgegen 1741<sup>19</sup>

**Rechtswahrer**

Der Bedarf an R. in den künftigen Kolonien 2203

**Rechtswahrerbund, Nationalsozialistischer, und Deutsche Rechtsfront**

Mitteilung des Reichsgeschäftsführers betr. Beitragspflicht zum NSRB. während des Krieges 1619

Erlasse betr. Rechtsauskünfte auf dem Preisgebiet 1721

1. Arbeitstagung des Gaues Warthe-land des NSRB. 1271

Empfehlungsvertrag mit der Deutschen Beamten-Krankenversicherung in Koblenz 1272

Anmeldung von Ansprüchen auf Zahlung des NSRB.-Sterbegebühs 1998

Zustellungen an Bundesmitglieder unbekannt n. Aufenthalt 1136 1229 1357 1619 1823

**Nachruf 1229**

Heimverein des NSRB. e. V. 1620

Arzt- und Berufsbezeichnung der Notaranwälte und Anwaltsnotare 1136

Entschädigungen für Anwaltsvertretungen 1721

Die Aufgaben der Reichsgruppe Junge Rechtswahrer im Kriege 1228

**Rechtsweg**

Zulässigkeit des R. gegen Maßnahmen der Preisbehörden 1086

Ausschluß des R. bei Zweifeln über das Erfordernis der Zustimmung des Arbeitsamts gemäß ArbeitsplatzwechselVD. 1860

Können Zivilgerichte in den Betrieb öffentlicher Anstalten eingreifen? 2154

Keine Befugnis der Gerichte, Hochzeitsmaßnahmen auf Rechtmäßigkeit hin nachzuprüfen und ihnen Verbindlichkeit und Wirksamkeit abzusprechen, weil sie sittlich zu beanstanden und deshalb unbeachtlich seien 1900<sup>16</sup>

R. den Beamten nur zur Verfolgung vermögensrechtlicher Ansprüche offen, auch soweit Verletzung wohlver-

bener Rechte geltend gemacht wird. Vermögensrechte der Beamten nur auf Grund der durch die einzelnen Befolgsordnungen der Höhe nach bestimmten Bezüge † 1780<sup>12</sup>

Auch für Klage eines nach § 4 BWSG. entlassenen Geschäftsführers einer Allg. Ortskrankenkasse auf Feststellung, daß frühere Feststellung seines Ruhegehaltsdienstalters rechtsverbindlich sei, gelten die Bestimmungen des § 143 DVG. über Zulässigkeit des R. † 1844<sup>27</sup>

Bindung der Gerichte in der Frage der vom Führer der Verwaltung oder des Betriebs vorgenommenen Einstufung eines Angestellten im öffentlichen Dienst nicht gleichbedeutend mit Unzulässigkeit des R. bei diesbezügl. Lohnstreitigkeiten 1962<sup>39</sup>

Zulässigkeit des R. in Preußen für Anspruch auf Freigabe einer Sicherheit, die für Anspruch auf Ersatz von Kosten der öffentlichen Fürsorge bestellt war 1849<sup>32</sup>

Zulässigkeit des R. für rechtliche Ansprüche auf vermögenswerte Leistungen zu kirchlichen Zwecken, daher auch für Ansprüche aus Patronat 2114<sup>16</sup>

Zulässigkeit des R. für Schadenersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Steuerbeamten † 1629<sup>9</sup>

Gem. Art. 7 BayEinfG. z. ZPD. und RD. Zulässigkeit des R. für Vollstreckungsgegenklage zwecks Beseitigung der Vollstreckbarkeit eines bereits entstandenen Steueranspruchs 1894<sup>10</sup>

Abgrenzung zwischen bürgerlichem Rechtsstreit und richterlicher Vertragshilfe nach 1. AnD. z. VD. über Durchführung des Vierjahresplans auf Gebiet der Handwerkswirtschaft † 1635<sup>14</sup>

Erörterung der Frage der Zulässigkeit des R. durch das VG. im Nachbarverfahren über die Höhe des Anspruchs 2187<sup>29</sup>

VG. hat in Auslegung irreversiblen Landesrechts die Entsch. eines nach diesem Landesrecht eingefetzten Kompetenzgerichtshofs, daß der R. unzulässig sei, als für die Landesgerichte bindend erklärt. Bindung des RG. an diese Auslegung durch das VG. 1851<sup>33</sup>

Reformatio in pejus  
Keine Geltung des Verbots der Schlechterstellung der Partei, die Rechtsmittel ergriffen hat, im künftigen Urteil für den von Amts wegen zu ordnenden Punkt der Kostenentscheidung 1953<sup>23</sup>

Schlechterstellung des Beschw. im Schuldenbereinigungsverfahren unzulässig 1204<sup>14</sup>

Im Erbgesundheitsverfahren in der Rechtsmittelinstanz Abänderung zum Nachteile des Beschw. zulässig 2031<sup>33</sup>

Reichsarbeitsgericht  
Die Einheit des Urlaubsanspruchs in der neuesten Rpr. des R. 1225

Reichsbahn  
Fahrdienstleiter und Aufsichtsbeamter bei der R. ist nicht verfassungsmäßig bestellter oder besonderer Vertreter nach §§ 30, 31 BGV., sondern Berichtigungsgehilfe nach § 831 BGV. 1945<sup>10</sup>

**Reichsfinanzhof**

Alphabetische Schlagwortsammlung zur Rpr. des R. Schrifttum 1094

**Reichsfluchtsteuer**

Voraussetzungen für Tateinheit des Vergehens der schuldhaft nicht rechtzeitigen Entrichtung der R. (§ 9 Ziff. 1 RFlStVD.) mit Steuerhinterziehung Teilnahme eines Nichtsteuerpflichtigen als Gehilfe oder Anstifter an dem Vergehen des § 9 RFlStVD. † 1835<sup>14</sup>

Reichsgericht  
Die neuere Rpr. des RG. zur Ehelichkeitsanfechtung (§§ 1591 ff. BGB.) 1552

Unfallneurose und Rpr. des RG. Schrifttum 1510

Reichsfinanzlei Schrifttum 1936

Reichsleistungsgefeß  
Schrifttum 1090 1360 1934 1935

Reichspost  
Anwendung der Amtshaftungsvorschriften auch auf Fälle der Paletpostbeförderung 1687<sup>19</sup>

Verneinung der Beamteneigenschaft i. S. des § 359 StGB. für Postfacharbeiter, der im innerdienstlichen Betrieb der R. als Handlanger beim Ausschütten von Postfäden oder bei Grobfortierung von Postsendungen je nach Bedarf beschäftigt wird. Bestrafung des Postfacharbeiters, der sich am Inhalt von Feldpostfächern vergreift, nach § 4 VolkszählungsVD. 1939<sup>3</sup>

Reichstreuhänder der Arbeit  
vgl. unter Treuhänder

Reichsverteidigung  
R.gesetze. Schrifttum 1094 1184 1230 1360 1462 1512 1722 1884 1936

Die R. (Wehrrecht). Schrifttum 1767

Reichszuschüsse  
Reichszuschüsse für Teilung, Umbau und Instandsetzung von Wohnungen. Schrifttum 1276

Reisekosten des R.A.  
§ 11 VereinsVD. Anspruch des LG-Anw., der im Verfahren der DVG. über die Verurteilung gegen Entsch. des VG. einer Partei als ArmAnw. beigeordnet, auf Ersatz seiner R. 1384<sup>29</sup> 2027<sup>26</sup>

Berechnung der R. d. R.A., der bei Dienstreise eigenen Kraftwagen benutzt, wodurch die Gesamtkosten der Reise niedriger als bei Benutzung eines anderen Beförderungsmittels 1898<sup>14</sup>

Rekurs  
Im sudetenländischen Arbeitsgerichtsverfahren R. gegen den Beschluß des VG., durch den Rev. als unzulässig zurückgewiesen wird 1855<sup>37</sup>

StZPD. Gegen Zurückweisung der Rev. durch Beschluß des DVG. als unzulässig R. an das RG. gegeben 2267<sup>40</sup>

§ 24 StZN. Unzulässigkeit des R. gegen Beschlüsse, die DVG. in erster Instanz faßt, auch in Verfahren außer Streitfachen 2268<sup>42</sup>

Im Gewerbegerichtsverfahren der Ostmark Ausschluß eines weiteren Rechtszugs, insbes. des R., gegen Beschlüsse des VG. 1856<sup>38</sup>

Rente  
Zur Frage der clausula rebus sic stantibus bei Vergleich über UnterhaltsR. nach Ehescheidung † 2163<sup>4</sup>



- Bei Geltendmachung von R.ausspruch ohne zeitliche Beschränkung ist im Urteil über den Grund des Anspruchs (§ 304 ZPO.) darüber zu entscheiden, ob dieser Anspruch begründet oder Altersgrenze festzusetzen sei 1287<sup>8</sup>
- Urteil, daß Endzeitpunkt einer zu zahlenden R. nicht kalendermäßig bestimmt, schafft keine Rechtskraft über Dauer der R.verpflichtung † 2263<sup>35</sup>
- Rentengut**  
Keine Gleichsetzung der auf Siedlungs- oder R.verfahren beruhenden, gem. § 35 EGNB auf Erbhöfen erloschenen Rechte mit gleichartigen Rechten aus der gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzung 1680<sup>19</sup>
- Revision**  
**Zivilsachen**  
Gilt § 99 ZPO., der die Zulässigkeit einer auf den Kostenpunkt beschränkten Anfechtung eines Urteils regelt, auch für das arbeitsgerichtliche R.verfahren? 2099  
Inwieweit sich der Vorderrichter mangels eigener hinreichender Sachkunde dem Gutachten eines Sachverständigen anschließt, ist Sache tatrichterlicher Würdigung und dem R.angriff entzogen (Z.N.) † 1148<sup>19</sup>  
Nachprüfung des R.gerichts nur insoweit zulässig, ob bestimmter Vorgang in jedem Fall wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung (§ 626 BGB.) bilden muß 1328<sup>25</sup>  
Grad einer an sich rechtsirrtumfrei festgestellten Verletzung und im Verlehrs erforderlichen Sorgfalt ist nur Sache tatrichterlicher Würdigung, sofern alle für grobe Fahrlässigkeit einschlägigen Umstände berücksichtigt 1724<sup>2</sup>  
Berufung in einer an sich nicht revidiblen Sache teils als unzulässig verworfen, teils als unbegründet zurückgewiesen. Inwieweit ist der nach § 547 Ziff. 1 ZPO. zulässigen R. auch der nach sachlicher Prüfung ergangene auf Zurückweisung lautende Teil des BU. zugänglich? † 2013<sup>16</sup>  
§ 549 ZPO. BG. hat in Auslegung irrevidiblen Landesrechts die Entsch. eines nach diesem Landesrecht eingeleiteten Kompetenzgerichtshofs, daß der Rechtsweg unzulässig sei, als für die Landesgerichte bindend erklärt. Bindung des RG. an diese Auslegung durch das BG. 1851<sup>33</sup>  
Zurücknahme des Widerspruchs (§ 55 II EheG.) auch noch in der R.instanz † 1626<sup>2</sup>  
§ 4 überl. WD. Gegen Urteile in Vaterschaftsprozessen R. stets zulässig 1595<sup>34</sup>  
§ 8 überl. WD. Worauf erstreckt sich Zulassung der R. bei Säufung vorentscheidender Klage auf Scheidung oder Aufhebung einer Ehe mit vermögensrechtlicher Klage aus der Ehe? 2125<sup>28</sup>  
Grundsatz des österr. Zivilprozessrechts, monach Klage in den Rechtsmittelinstanzen unabänderlich, durch § 76 Durchf. WD. z. EheG. für Ehe-sachen durchbrochen, jedoch keine Zulassung der Klageänderung für das R.verfahren 1589<sup>30</sup>  
Öst. ZPO. Gegen Zurückweisung der R. durch Beschluß des OLG. als unzulässig Rekurs an das RG. gegeben 2267<sup>40</sup>  
Im südböhmischen Arbeitsgerichtsverfahren Rekurs gegen Beschluß des BG., durch den R. als unzulässig zurückgewiesen wird. In diesem Verfahren war vor Inkrafttreten der WD. v. 19. Dez. 1939 die R. wegen Nichterreichung des Streitwerts von 10 000 RM nur ausgeschlossen, wenn bestätigendes Urteil des BG. vorlag 1855<sup>37</sup>  
Durch § 27 Öst. Gew. O. n. F. Eröffnung des Rechtszugs der R. nur gegen Urteile, nicht auch Beschlüsse des BG. 1856<sup>38</sup>
- Strafsachen**  
Zur Frage der Zulässigkeit der R. gegenüber der Einstellung des Verfahrens auf Grund des Gnaden-erlasses 1528<sup>21</sup>  
Kann die Unterlassung der in § 64 StPD. vorgeschriebenen Angabe der Gründe für Nichtvereidigung eines Zeugen im Protokoll die R. begründen? 1528<sup>20</sup>  
Veltung der Verfahrensvoraussetzung des Strafantrags auch für vor dem Inkrafttreten der WD. v. 2. April 1940 begangene, nach dem Inkrafttreten dem R.gericht zur Entsch. vorliegende fahrlässige Körperverletzungen. Keine Nachprüfung durch das R.gericht, ob Annahme besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung durch die StA. begründet 1671<sup>6</sup>  
Nachprüfbarkeit der Entsch. über das Vorliegen eines besonders schweren Falls eines Verlehrsvergehens in der R.instanz 1521<sup>12</sup>  
Ergehen der gem. § 2 III HeimtückG. zur Durchführung eines wegen Vergehens nach § 2 eingeleiteten Sicherungsverfahrens erforderlichen Anordnung im R.verfahren genügt 1523<sup>14</sup>
- Revisionsbegründung**  
§ 554 III ZPO. Anforderungen an die R., wenn sie mehrere selbständige Beschwerdepunkte betrifft, denen je ein besonderer, zum Teilurteil geeigneter Streitstoff zugrunde liegt. Unzulässigkeit des Verzichts auf ordnungsgemäße R. 1894<sup>9</sup>  
Berücksichtigung des Inhalts einer den Erfordernissen des § 554 ZPO. nicht genügenden Schrift durch das RevGer. 1955<sup>28</sup>  
§ 345 II StPD. Begründung im Revisionsrechtszug erforderlich für Beschwerde gegen Beschluß des BG., durch den es das gegen die erkennenden Richter gerichtete Ablehnungsgesuch für unbegründet erklärt hat † 2068<sup>21</sup>  
Mangelhafte R., wenn Verteidiger in Revisionschrift nur Ansichten des Angekl. vorträgt, ohne ersichtlich zu machen, inwieweit er dafür die Verantwortung übernimmt 2239<sup>10</sup>
- Revisionssumme**  
Erfahrungen mit der Erhöhung der R. durch Vereinf. WD. 1869  
Serabsetzung der R. oder was sonst? 2224  
Unzulässigkeit der künstlichen Gestaltung oder Fassung des Revisionsantrags, um ihm den Anschein höheren Werts zu geben und die
- Vorschriften über die R. zu umgehen 1894<sup>9</sup>  
R. nicht erforderlich bei Verbindung vermögens- und nichtvermögensrechtlicher Ansprüche, bei der letztere präjudiziell für erstere 1638<sup>18</sup>  
Nachprüfung in der RevInst. nur, soweit für Anspruch die Voraussetzungen des § 547 Ziff. 2 ZPO. erfüllt; Ausscheiden aller in Zusammenhang damit stehenden sonstigen Klagebegründungen, für die es an R. fehlt 1734<sup>10</sup>  
Beurteilung der Zulässigkeit der Rev. bei echten Streitgenossen nach der Summe der von ihnen oder gegen sie geltend gemachten, im Revisionsverfahren noch strittigen Ansprüche 1326<sup>24</sup>
- Richter**  
Warum richterlicher Strafbefehl? 1499 2052  
Gerichtstag. Aufzeichnungen eines R. Schrifttum 1184  
Recht und Sprache, Prolegomena zu einer richterlichen Hermeneutik. Schrifttum 1665  
**Richterliche Vertragshilfe**  
vgl. unter B.  
**Rückfall**  
Erfordernis des Strafantrags für Betrug gegen „Angehörige“, auch wenn für den Täter Voraussetzungen des R. vorliegen 2061<sup>8</sup>  
**Rückgeführte**  
Die arbeitsrechtliche Stellung des rückgeführten Gesellschaftsmitglieds. Schrifttum 2232  
**Rückgriff**  
Der R.ausspruch des Versicherungsträgers in der Krankenversicherung. Schrifttum 2231  
Pflicht des für eine Partei tätigen RA., für Erhaltung und Sicherung auch eines gegen ihn selbst bestehenden R.ausspruchs Sorge zu tragen 1584<sup>24</sup>  
Vorschriften des § 7 KraftG., § 839 BGB. ohne Belang für R.verhältnis zwischen der ersatzleistenden öffentlichen Körperschaft und einem bei ihr auf Privatdienstvertrag angestellten Kraftfahrer, der einem Dritten widerrechtlich Schaden zufügte. Für solche R.aussprüche ausschließlich Zuständigkeit der ArbG. 2254<sup>26</sup>  
Bei Verurteilung von Schaden durch Soldat in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt Beschränkung des R. des Dienstherrn auf den Soldaten gem. Gef. vom 7. April 1937, gleichviel aus welchem Rechtsgrund der Dienstherr vom Geschädigten in Anspruch genommen † 1297<sup>13</sup>  
**Rücktritt vom Verlöbnis** 1114<sup>17</sup> † 1365<sup>8</sup> † 2077<sup>29</sup> 2110<sup>8</sup>  
**Rücktritt von der Anklage**  
Verbot des R. v. d. A. nach neuem österr. Strafverfahrensrecht 1810  
**Rückversicherung**  
Vorrecht des § 80 Versl. O. für Forderungen des R.nehmers gegen den Rückversicherer auch dann, wenn das Konkursverfahren vor Inkrafttreten des Versl. O. in n. F. eröffnet worden † 1783<sup>16</sup>  
**Rückwirkung**  
R. des § 74 EheG. (Rückwirkung des Unterhaltsanspruchs) 1567<sup>6</sup>



Eintragung in Schriftleiterberufsliste „auf Widerruf“ nur bis zum 31. Jan. 1934 zulässig. Keine rückwirkende Kraft der endgültigen Eintragung 1788<sup>23</sup>

### Ruhegehalt

#### Beamtenrecht

Vorentscheid und Pensionsbescheid im deutschen Beamtenrecht. Schrifttum 1091

§ 242 BGB. Zubilligung von Rente bei vorzeitigem freiwilligen Ausscheiden eines Beamten aus seinem Amt durch bisherigen Dienstherrn in mit ihm geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag † 2179<sup>20</sup>

Im Sonderfall der Entstehung von zwei Ansprüchen ohne das sonst nötige Dazwischentreten einer Unterbrechung des Beamtenverhältnisses Anwendung der Vergünstigung des § 90 I DVBG. durch Berücksichtigung der höheren Dienstbezüge in Gestalt des R. aus ihnen ausgeschlossen. Keine Beschränkung der in § 184 I DVBG. ausgesprochenen Unterstellung der aus der Zeit vor dem 1. Juli 1937 stammenden R. unter das frühere Recht bei Zusammentreffen mit später erworbenem zweiten R. † 2069<sup>22</sup>

Durch Erhebung von Klage durch beschädigten Beamten vor Inkrafttreten des DVBG. auf Feststellung der Ersatzpflicht des Schädigers für allen künftigen Schaden Unterbrechung der Verjährung auch insoweit, als seine Ansprüche mit Inkrafttreten des DVBG. gem. dessen § 139 auf das infolge seiner später erfolgten Zuruhesetzung ihm zur Gewährung von R. verpflichtete Reich übergegangen † 1434<sup>21</sup>

Auch für die Klage eines nach § 4 BWHG. entlassenen Geschäftsführers einer Allg. Ortskrankenkasse auf Feststellung, daß frühere Feststellung seines R. dienstafters rechtsverbindlich sei, gelten die Bestimmungen des § 143 DVBG. über Zulässigkeit des Rechtswegs † 1844<sup>27</sup>

§ 1 SchuldvereinG. Zur Frage, wann Ruhestandsbeamter wirtschaftlich zusammengebrochen ist 1581<sup>20</sup>

#### Dienstvertrag

Gem. § 242 BGB. Zubilligung von R., ohne daß die hierfür aufgestellten Voraussetzungen erfüllt, wenn dessen Verfassung gegen Treu und Glauben verstoßen würde 2251<sup>21</sup>

Einwand unzulässiger Rechtsausübung gegenüber dem Anspruch eines früheren Dienstverpflichteten wegen erst nachträglich bekannt gewordener Verfehlungen desselben. Richtigkeit der R.vereinbarung, die ungeachtet dem früheren Dienstverpflichteten zur Last fallender, in Kauf genommener Verfehlungen getroffen worden und nach der heutigen Verkehrsanschauung gegen die guten Sitten verstößt 1533<sup>25</sup>

Bindung an die Betriebsgemeinschaft. Begründung des Anspruchs durch stillschweigende Zusage. Bedeutung des Vorbehalts jederzeitigen Widerrufs bei R.zufage; durch Ausübung des Widerrufsrechts keine endgültige Vernichtung des Anspruchs 1410 1438<sup>28</sup>

Zur Frage des Anspruchs von jüdischen Angestellten, insbes. solcher, die schon vor Inkrafttreten der AusschaltungsVO. v. 12. Nov. 1938 ausgeschieden sind 1246<sup>17</sup> † 1310<sup>18</sup> † 1314<sup>19</sup> 1326<sup>25</sup>

### Rundfunk

Konkurrenzfragen auf dem Gebiete der RVD. 1494

§§ 2, 5 RD. über außerordentliche R.maßnahmen. Verbreitung von Nachrichten ausländischer Sender durch Erlaubnis an andere Personen, das R.gerät abzuheben. Keine Anwendung der Fristvorschrift des § 61 StGB. auf den Antrag nach § 5 RD. 1769<sup>1</sup>

Verbot des Abhörens ausländischer Sender gilt auch für musikalische Darbietungen 1837<sup>16</sup>

### Mietbahn

Begründung von Mietverhältnis durch Benutzung einer R. gegen Entgelt, daher Haftung des Veranstalters bei Unfall nach §§ 537 ff. BGB., unabhängig hiervon u. U. auch wegen unerlaubter Handlung 1425<sup>10</sup>

### Saatgut

S.maßnahmen im Generalgouvernement 1795 1798

### Sabotage

§ 2 RD. z. Ergänzung der Strafvorschr. z. Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes richtet sich nur gegen Sachsabotage, keine entsprechende Anwendung bei einer Person in kriegswichtigem Betrieb zugefügten Schaden † 1937<sup>1</sup>

### Sachen

Sächs. Baurecht 1904<sup>21</sup>

### Sachverständige

Zur Frage der Zulässigkeit der „Veweisanzipation“ im Strafverfahren bei Beweisanzug auf Vernehmung eines S. 2046

Inwieweit sich der Vorbereichter mangels hinreichender eigener Sachkunde dem Gutachten eines S. anschließt, ist Sache tatrichterlicher Würdigung (ZR.) † 1148<sup>19</sup>

§ 91 ZPO. Erstattungsfähigkeit der Kosten für von einer Partei zum Termin gestellten S. als Privatgutachter 1380<sup>21</sup>

§ 91 ZPO. Zur Frage der Erstattungspflicht der Kosten der Wahrnehmung eines von S. anberaumten Termins durch RA. 1380<sup>22</sup>

§ 91 ZPO. Zur Frage der Erstattungsfähigkeit von Aufwendungen einer Partei für Privatgutachten 1690<sup>21</sup>

### Sachverständigengebühren

Zur Frage der Bindung des Sachverständigen an Vorschlag über Höhe der entstehenden S. Keine Befreiung der kostenpflichtigen Partei von Verpflichtung zur Zahlung des Mehrbetrags dadurch, daß Gericht keine Erhöhung des Auslagenvorschlusses fordert. Grundsätzlich nicht angemessenes Verhältnis zwischen Höhe der S. und Streitwert erforderlich 2266<sup>38</sup>

Beanstandung der Festsetzung der S. von den Parteien erst, wenn diese ihnen als gerichtliche Auslage in Rechnung gestellt werden 1210<sup>22</sup>

### Sammelheizung

S.fragen im Kriege 1703 2229

### Schadensersatz

Der Ertrag des indirekten Schadens. Ein Beitrag zur Frage der industriellen Lieferbedingungen 1449 § 845 BGB. Vorteilsausgleichung bei der Verpflichtung zum Sch. † 1192<sup>8</sup> §§ 823, 826 BGB. Für Schadensberechnung maßgebend der Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Tatrichter 1629<sup>7</sup>

### Schaufensterwerbung 2141

### Schad

Wechselgesetz und Sch.gesetz. Schrifttum 1359 1360

### Schenkung

§ 518 BGB. Inhalt der beurkundungsbedürftigen Erklärung des Schenkers 2107<sup>4</sup>

Zur Frage, ob Zuwendungen eines verheirateten Mannes an seine Geliebte unstatlich und nichtig sind † 2167<sup>7</sup>

### Schiedsrichter

Keine Vergleichsgebühr für Vereinbarung, daß der Rechtsstreit durch Sch. erledigt werden soll 1387<sup>23</sup>

### Schiedsrichterliches Verfahren

„Anspruch“ i. S. des § 1045 ZPO., für dessen gerichtliche Geltendmachung das Gericht zuständig sein würde, wenn kein Schiedsvertrag bestünde † 2120<sup>23</sup>

### Schiedsspruch

§ 1041 I 2 ZPO. Aufhebung eines Sch., der, ohne die Anwendbarkeit der StopVO. zu prüfen, die auf einen gegen die StopVO. verstoßenden Vergleich gestützten Anspruch als berechtigt anerkennt † 1528<sup>23</sup>

### Schiedsverfahren nach § 20 EntlVO.

1639<sup>20</sup>

### Schiffahrt

Außerer Tatbestand des § 315 I StGB. fordert nicht Beeinträchtigung der Sicherheit der Sch. im ganzen; die Vorschrift schützt auch das einzelne Schiff 2061<sup>9</sup>

### Schizophrenie

§ 1 II 1 ErbR.Nachw.Ges. Diagnose „Sch.“ auf Grund eines einzelnen Schubs schizophrener Art zu stellen 2031<sup>34</sup>

### Schlachtung

Unbefugte Sch. ist Verfeiteschaffen i. S. des § 1 KriegsWirtschaftVO. † 1939<sup>6</sup>

### Schmerzensgeld

Der Sch.anspruch bei nachträglichem Tod des Verletzten 1340

Für Bemessung des Sch., das vom Reich auf Grund Amtshaftung gefordert wird, keine Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des schuldigen Beamten 1110<sup>14</sup>

Rechtshängigkeit des Anspruchs auf Sch. nach § 847 I 2 BGB., wenn der von RA. im Namen des Unfallverletzten erwirkte Zahlungsbefehl über Sch.forderung dem Ertragverpflichteten vor dem Tode des Unfallverletzten zugestellt worden 1634<sup>11</sup>

### Schriftform

Formlose Aufhebung der Sch.klausel bei Mietverträgen 1268

Erfordernis der Sch. für Verträge über Aufstellung eines Schriftleiters auch in Österreich. Wann ist Einwand der Arglist gegenüber der Berufung auf Formmangel zuzulassen? † 2269<sup>43</sup>



**Schriftleiter**

Eintragung in Sch.berufsliste „auf Widerruf“ nur bis zum 31. Jan. 1934 zulässig. Keine rückwirkende Kraft der endgültigen Eintragung. Richtigkeit des Anstellungsvertrags mit einem nicht ordnungsmäßig eingetragenen Sch. 1788<sup>23</sup>  
 Erfordernis der Schriftform für Verträge über Anstellung eines Sch. auch in Österreich † 2269<sup>43</sup>

**Schriftliches Verfahren**

§ 10 VereinsVD. Recht der AG., ihr Verfahren nach freiem Ermessen zu bestimmen, gewährt nicht Befugnis der Anordnung des sch. B. an Stelle mündlicher Verhandlung 1205<sup>15</sup>

**Schriftsatz i. S. des § 14 ABGBD.****Schrottkaffon**

Entfernung der Vorgartenzäune 1702

**Schuldanerkenntnis**

Zu Leistung von Zahlungen durch Haftpflicht-Versicherungsgesellschaft auf Grund von Teilvergleich an den Geschädigten nicht ohne weiteres Anerkenntnis der Haftungsverpflichtung des Versicherungsnehmers i. S. der §§ 780—782 BGB. zu erblicken 1949<sup>17</sup>

Durch einseitiges Anerkenntnis sowie vertragsmäßiges Anerkenntnis, durch das nur die bestehende Schuld im Rahmen des alten Schuldgrunds bestätigt werden soll, Unterbrechung der Verjährung, aber keine Begründung einer selbständigen rechtlichen Verpflichtung 1628<sup>5</sup>

**Schuldausspruch (Ehescheidung)**

§ 37 EheG. Sch. bei Eheauflösung erfordert ebensowenig wie bei Scheidung wegen Verschuldens besonderen Antrag. Die Kenntnis des Aufhebungsgrundes (§ 42 II EheG.) setzt kein Verschulden, folglich keine Schuldfähigkeit voraus † 1625<sup>1</sup>

Zu entsprechender Anwendung der §§ 60 III, 61 II EheG. für die Eheauflösungsfrage ist bei Aufhebung der Ehe aus Verschulden des bekl. Ehegatten sein Mitschuldantrag, bei Aufhebung ohne sein Verschulden sein Schuldantrag zu beachten † 1672<sup>9</sup>

Antrag des auf Eheauflösung Verklagten, der selbst Ehescheidung aus Verschulden des Kl. begehren könnte, auf Schuldigenerklärung des Klägers † 1139<sup>1</sup>

Auch bei Ehescheidung aus § 55 EheG. ist dem Antrag des Kl. auf Ausspruch, daß Verschulden der Bekl. in gleichem Maße vorhanden, stattzugeben 1143<sup>5</sup> 1363<sup>5</sup>

§ 55 EheG. Kann bei Zerrüttung, die auf Verlust des ehelichen Gefühls nur auf Seiten eines Ehegatten beruht, dieser einen ernstlichen Versöhnungsversuch ebenso wie ernstliches Verlangen des anderen Ehegatten nach Herstellung der ehelichen Gemeinschaft ablehnen, ohne sich dem Sch. auszusetzen? 1363<sup>5</sup>

§ 60 EheG. Begründung des Mitschuldantworts des Bekl. mit Eheverfehlung der Kl., obgleich in früherem Ehescheidungsstreit der Parteien die auf den gleichen Tatbestand gestützte Widerklage wegen Verzeihung rechtskräftig abgewiesen worden † 1364<sup>7</sup>

§ 60 EheG. überwiegendes Verschulden des einen der beiden für schuldig erklärten Gatten darf nicht festgesetzt werden, wenn der andere darauf verzichtet † 1678<sup>12</sup>

§ 60 EheG. Bei Abwägung des beiderseitigen Verschuldens der Ehegatten Berücksichtigung des Umstands, daß die Frau zu anderem Mann in sittenwidriger dauernder Lebensgemeinschaft steht; aber keine nochmalige Heranziehung dieses Umstands bei Unterhaltsfrage gemäß § 66 EheG. wegen sittenwidriger Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs 1480<sup>14</sup>

Wann kann der aus anderem Grunde auf Scheidung verklagte Ehegatte Scheidungswiderklage wegen Verfehlung des klagenden Ehegatten erheben und Schuldantrag nach § 61 II EheG. stellen, ohne Gefahr zu laufen, den Unterhaltsanspruch nach Billigkeit (§ 69 II EheG.) zu verlieren? Auf Klage aus § 55 EheG. in Verbindung mit Schuldantrag des Kl. entweder im vollen Umfang stattzugeben oder Klageabweisung † 1564<sup>3</sup>

§ 61 II EheG. Nur ausnahmsweise Berücksichtigung eines durch Fristablauf erledigten Scheidungsgrundes für den Sch. nach Billigkeit 1627<sup>4</sup>

Durch Keuerungsverbot des § 482 II SubVPD. Stellung des Antrags nach § 61 II EheG. in zweiter Instanz nicht ausgeschlossen 2124<sup>27</sup>

§ 60 II 2 EheG. Kein Anspruch des überwiegenden Verschuldens eines Ehegatten bei Ehescheidung schweizerischer Staatsangehöriger 2006<sup>6</sup>

**Schuldbefreiung**

Bei Anspruch auf Sch. Geltendmachung des Anspruchs auf Befreiung wegen der Zinsen und Kosten nicht als Nebenanspruch i. S. des § 4 ZPD., sondern als Hauptanspruch 2009<sup>11</sup>

**Schuldenbereinigungsgesetz**

Rspr. zu Fragen der Schuldenbereinigung 1168 1343

Die Neufassung des Ges. über eine Bereinigung alter Schulden 1601  
 Gewährleistung des Vollstreckungsschutzes bei öffentlich-rechtlichen Forderungen im Rahmen des Schuldenbereinigungsverfahrens 1996

§ 1. Zum Begriff der selbständigen Lebenshaltung des Schuldners 1169 1203<sup>13</sup> 1344

§ 1. Zum Begriff des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 1581<sup>20</sup> † 1892<sup>5</sup>

§ 1 III. Keine Schuldenbereinigung für Anspruch des Lagerhalters auf Entschädigung, weil er Umzugsgut des Schuldners nach dessen Zusammenbruch über die Vertragszeit hinaus in Ausübung seines Pfandrechts auf Lager befallen hat 1581<sup>21</sup>

Zur Frage der bevorzugten Behandlung von Forderungen aus der Invalidenversicherung nach § 2 1582<sup>22</sup>

Zur Frage, wann das Heraushalten des Mitschuldners aus der Schuldenbereinigung unbillige Härte i. S. des § 3 I 2 darstellen würde 1583<sup>23</sup>  
 Auch für Mitverpflichtete Bewilligung der Schuldenbereinigung nur bei

Schuldwürdigkeit i. S. des § 1 IV 1733<sup>7</sup>

Keine Gewährung der Schuldenbereinigung für Mitverpflichteten, solange Konkurs- oder Vergleichsverfahren gegen ihn schwebt 1893<sup>6</sup>

§§ 8, 11. Schlechterstellung des Beschw. im Schuldenbereinigungsverfahren unzulässig 1204<sup>14</sup>

§ 11. Ohne Zulassung keine weitere Beschwerde im Schuldenbereinigungsverfahren 1733<sup>8</sup>

Nur ausnahmsweise Erneuerung eines rechtskräftig zurückgewiesenen Antrags auf Schuldenbereinigung 1204<sup>15</sup>

**Schuldnerstich**

Sch. im Kriege. Schrifttum 1414

**Schuldrecht**

Die Nichterfüllung des schulrechtlichen Vertrags. Griech. Schrifttum 2056

**Schuldtitle**

§ 788 ZPD. Voraussetzung für Rückfestsetzung von Kosten nach Aufhebung des Titels, auf Grund dessen diese Kosten festgesetzt und von der jetzt obsiegenden Partei gezahlt worden. Kostenerstattung gemäß § 788 II auch bei Aufhebung des früheren Urteils durch gerichtlichen Vergleich 1896<sup>11</sup>

**Schule**

Schulwesen im Generalgouvernement 1797 1801

§ 839 BGB. Amtspflicht des Schulleiters, der regelmäßiges Früherkommen der Schüler duldet, für entsprechend frühzeitige Aufsicht in den Klassenzimmern zu sorgen 1192<sup>7</sup>

Bei Meinungsverschiedenheit der geschiedenen Eltern — des unterhaltspflichtigen Vaters und der forgeberberechtigten Mutter — über Schul- und Berufswahl des Kindes für die Entscheidung die Sorgerechtszuteilung maßgebend 1634<sup>12</sup>

**Schulaufsicht**

Anhängigkeit von Fürsorgeerziehungsverfahren und Sch. für den Minderjährigen bei demselben VormGer. Abgabe des Fürsorgeerziehungsverfahrens ohne die Sch. und umgekehrt zulässig 2076<sup>27</sup>

**Schuldgebiete**

Die Rechtspflege in den früheren Sch. 2197

Schuldgesetz (§ 823 II BGB.) 1629<sup>8</sup> † 1779<sup>10</sup> † 2253<sup>24</sup>

**Schuldverordnung**

Anwendung der Sch. auf Unterhaltslagen außerehelicher Kinder gegen Soldaten 1224

Die rechtliche Stellung des Kriegsverretters aus Art. 2 der Sch. 1870  
 Unbeschränkte Beschwerdefähigkeit der Entsch. auf Grund des Art. 6 Ziff. 3 Sch. ? 1355

Anwendung von Art. 6 I 3 Sch. bei der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen von Wehrmachtangehörigen 1611

Art. 1. Aussetzung des Hauptverfahrens gilt nicht auch für einstweilige Anordnung gem. § 627 ZPD. 2182<sup>22</sup>

Anwendung der Vorschriften der Art. 1, 2 Sch. über Aussetzung und Unterbrechung des Verfahrens und Bestellung von Prozessvertretern im Verfahren vor dem M. O. und der Beschwerdestelle 1145<sup>11</sup>



- Vertreterbestellung gem. Art. 2 Sch. stets, wenn nicht besondere Gründe der Durchführung des Verfahrens in Abwesenheit des Betroffenen entgegenstehen 1737<sup>13</sup>
- Erfassung von Gebühren und Auslagen des zum Prozeßvertreter gemäß Art. 2 bestellten RA. aus der Reichskasse? 1871 † 1902<sup>18</sup>
- Beginn des Fristlaufs nach § 31 II ZwVstG. nicht mit dem Tag des Inkrafttretens der LockerungsVD., sondern Möglichkeit zur Fortsetzung und Beendigung der einstweilen eingestellten Versteigerungsverfahren nur durch Fortsetzungsantrag gem. § 2 LockerungsVD. † 2258<sup>31</sup>
- Schwachsinn**  
§ 1 II 1 ErbRachwGes. Wertung des „moralischen“ Sch. 2078<sup>31</sup>
- „Schwarzschlachten“** † 1939<sup>6</sup>
- Schweiz**  
Zum schweizerischen Wehroffer. Besteuerung ausländischen Vermögens 1766
- Geschichtliche Entwicklung und rechtliche Grundlage der sog. dauernden Neutralität der Sch. Schrifttum 1461
- § 60 II 2 EheG. Kein Auspruch des überwiegenden Verschuldens eines Ehegatten bei Ehescheidung schweizerischer Staatsangehöriger 2006<sup>6</sup>
- Schweizer Frankengrundschild**  
vgl. unter F.
- Schwerbeschädigte**  
Grundsätze für Weitergeltung von Ruhegehaltsvereinbarungen mit jüdischen Privatangestellten, insbes. mit schwerkriegsbeschädigten Frontkämpfern 1326<sup>35</sup>
- Schwurgericht**  
§ 63 RAGebD. Gebühr des Verteidigers für Tätigkeit in Strafsache, die früher zur Zuständigkeit des Sch., seit VD. v. 21. Febr. 1940 zu der der Str.R. gehört † 1390<sup>37</sup>
- Erhöhte Gebühr des Pflichtverteidigers gem. § 63 RAGebD., falls bei Fortfall des SondG. das Sch. zuständig gewesen wäre 1390<sup>38</sup>
- Serecht**  
Zur Auslegung und Anwendung der KonnossementsVD. v. 4. Okt. 1939 als zeitgebundenes Recht 1618
- Sicherung der Landbewirtschaftung**  
vgl. unter Landwirtschaft
- Sicherungshypothek**  
Zulässigkeit des Rechtswegs in Preußen für Anspruch auf Freigabe einer Sicherheit (Büschung einer S.), die für Anspruch auf Ersatz von Kosten der öffentlichen Fürsorge bestellt war 1849<sup>32</sup>
- Sicherungsverfahren (§§ 429 a ff. StPD.)**  
Verhältnis des S. zum ordentlichen Strafverfahren 2052
- Unzulässigkeit der Durchführung eines wegen Vergehens gegen § 2 HeimtückeG. eingeleiteten S. bei Fehlen der AnD. gem. § 2 III 1523<sup>14</sup>
- Siebenjähriger Krieg**  
Der Soldat und das Vaterland während und nach dem S. R. Schrifttum 1357
- Siedlung**  
Keine Haftung der Stadtgemeinde wegen Verhandlungen mit Kaufinteressenten über Bestiedlung von Grundstücken, die RegPräs. und Reichsheimstättenamt der RSDAP. zur S. für geeignet erklärt haben 2106<sup>3</sup>
- Keine Gleichsetzung der auf S. oder Rentengutsverfahren beruhenden, gemäß § 55 ERM auf Erbhöfen erloschenen Rechte mit gleichartigen Rechten aus der gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzung 1580<sup>19</sup>
- Sittenwidrigkeit**  
Bzgl. § 826 BGB. vgl. unter Unerlaubte Handlung
- Richtigkeit der „gemäßbilligten Klauseln“ in Mietverträgen 2149
- § 48 II TestG. Richtigkeit einer Verfügung von Todes wegen bei Verstoß gegen das gesunde Volksempfinden 1652
- § 138 BGB. Zur Frage der S. der übermäßigen wirtschaftlichen Bindung der Gegenpartei zusammen mit nur objektiv feststellbarer Überforderung in der Miete 1946<sup>11</sup>
- Keine Richtigkeit der allgemein erteilten Grundstücksvollmacht gem. § 138 BGB. weg. Unwiderruflichkeit 1946<sup>12</sup>
- Keine S. des Kaufvertrags mit Vorbehalt des Wiederkaufsrechts selbst bei erheblichem Mißverhältnis von Leistung und Gegenleistung, wenn Wiederkauf zu gleichen Bedingungen erfolgen kann, zu denen Kauf erfolgt ist 2252<sup>22</sup>
- § 138 BGB. Richtigkeit des Vertrags, durch den einem anderen die Benutzung eines Warenzeichens gestattet wird, wenn die Benutzung zur Täuschung der Allgemeinheit führt 2106<sup>2</sup>
- Richtigkeit der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses wegen Verstoßes gegen die guten Sitten 2271<sup>44</sup>
- Richtigkeit der Ruhegehaltsvereinbarung, die ungeachtet dem früheren Dienstverpflichteten zur Last fallender, in Kauf genommener Verfehlungen getroffen worden und nach der heutigen Verkehrsauffassung gegen die guten Sitten verstößt 1533<sup>25</sup>
- S. der Vereinbarung, durch die im Fall des § 1635 BGB. die Ausübung des Personensorgerechts vom berechtigten Ehegatten an den anderen überlassen worden, wenn dabei unzulässiger Druck, z. B. durch Androhung von Vermögensnachteil, ausgeübt worden 1425<sup>9</sup>
- Zur Frage, wann Vermächtnis zugunsten der Geliebten nichtig † 1424<sup>8</sup>
- Zur Frage, ob Zuwendungen eines verheirateten Mannes an seine Geliebte unftichtig und nichtig sind † 2167<sup>7</sup>
- Wegen bloßer Anfechtungsgründe grundsätzlich noch keine Richtigkeit nach § 138 BGB. 2169<sup>8</sup>
- Keine Befugnis der Gerichte, Hoheitsmaßnahmen auf Rechtmäßigkeit hin nachzuprüfen und ihnen Verbindlichkeit und Wirksamkeit abzusprechen, weil sie sittlich zu beanstanden und deshalb unbeachtlich seien 1900<sup>16</sup>
- StV BGB. Zur Frage der S. des Verzichts des Veräußerers eines Unternehmens auf Eröffnung und Führung eines gleichen Unternehmens 1150<sup>23</sup>
- ABGB. S. der Vereinbarung des Schuldners mit dem Gläubiger, daß dieser Befriedigung nur aus dem Vermögen des Dritten, der für die fremde Schuld Haftung übernommen oder Pfand bestellt hat, suche, sowie der Ausnutzung dieser Vereinbarung zur Ersteigerung der Sache des Zinterzedenten unter dem Schätzwert 1593<sup>33</sup>
- Sittlichkeitsdelikte**  
Voraussetzung des Tatbestands des § 174 I 1 StGB. ist nur das Vorliegen der im Gesetz genannten Abhängigkeitsverhältnisse, nicht Mißbrauch der Abhängigkeit oder Verleiten zu Unzucht † 1513<sup>1</sup>
- Erzieherverhältnis i. S. des § 174 I 1 StGB. zwischen Familienvater als Haushaltungsvorstand und dem jugendl. Pflichtjahrmädchen † 2058<sup>4</sup>
- Keine entsprechende Anwendung des § 174 I 1 StGB. auf die Vornahme unzüchtiger Handlungen durch leibliche Eltern mit ihren Kindern † 1279<sup>2</sup>
- §§ 175 a, 176 StGB. Bei Begrenzung unzüchtiger Handlungen weniger auf strenge Trennung zwischen äußerer und innerer Tatseite als auf die gesunde Volkanschauung abzustellen 1825<sup>1</sup>
- Zum Tatbestand des versuchten Verbrechen gegen § 175 a I 3 StGB. 2059<sup>5</sup>
- § 180 StGB. Vorerschleichen durch bloßes Dulden der Unzucht 1825<sup>2</sup>
- Entziehung i. S. des § 235 StGB. kann auch vorliegen bei Entfernung des Kindes nur auf einige Stunden verbunden mit besonderer Gefährdung des Kindes, z. B. durch Vornahme unzüchtiger Handlungen 2060<sup>7</sup>
- Sitzungsprotokoll**  
Wirksame Berichtigung des S. auch möglich nach Erhebung einer auf die ursprüngliche Fassung des Protokolls gegründeten Verfahrensrüge. Bei Verhinderung des UrV. der Geschäftsstelle Berichtigung des S. auch durch Vorsitzenden allein † 2265<sup>37</sup>
- Kann die Unterlassung der in § 64 StPD. vorgeschriebenen Angabe der Gründe für Nichtvereidigung eines Zeugen im S. die Rev. begründen? 1528<sup>20</sup>
- Soldat**  
vgl. unter Wehrmacht
- Sondergerichte**  
Zuständigkeit der Strafgerichte, S. und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften 1083 2134
- Zur Anwendung der RStPD. in den Verfahren vor den S. der Ostmark 1672<sup>8</sup>
- § 63 RAGebD. Gebühr des Verteidigers, falls bei Fortfall des S. das SchwGer. zuständig gewesen wäre 1390<sup>38</sup> 1740<sup>18</sup>
- Sonntagsarbeit**  
Zur Frage der Pfändbarkeit der Zuschläge für S. 1536<sup>29</sup> 29
- Sozialpolitik**  
S. im Generalgouvernement 1797 1800
- Deutsche Arbeits- und S. Schrifttum 1091
- Die Lage des deutschen Arbeiters. Schrifttum 1999
- Sparkasse**  
BauSp. und Bauparvertrag 1925
- Sprachverfälschung** 2054
- Staatenlose**  
BlutschußG. St. jüdische Mischlinge ersten Grades, die am 14. Sept. 1935 der jüdischen Religionsgemeinschaft



- angehört haben und ihren Wohnsitz im Inland haben, gelten als Juden 1668<sup>2</sup>
- Staatsangehörigkeit**  
Das Personalstatut im deutschen interlokalen Privatrecht (Anknüpfung an Wohnsitz oder St.?) 1178 1539  
Deutsche St. von Volksdeutschen aus dem früheren Kongresspolen, die ihre poln. St. verloren hatten und in Deutschland wohnen 1782<sup>15</sup>  
Art. 53 W. Zur Frage der St. der Einwohner der an Frankreich abgetretenen Gebiete 2233<sup>1</sup>  
Die St.verhältnisse im Teschener Gebiet (Ostgebiet) 2234<sup>2</sup>
- Staatsanwalt**  
Die Rechtsstellung des StA. bei der Anfechtung der Ehelichkeit 1555  
Vorschlag der Übertragung der Befugnis zum Erlass eines Strafbefehls auf den St. 1499 2052  
Die Staatsanwaltschaften im Protektorat Böhmen-Mähren 1746  
Reuerungen im österr. Strafverfahrensrecht: Voderung des Verfolgungszwangs 1804, Einführung des staatsanwaltschaftlichen Vorverfahrens 1806
- Nach Ehelichkeitsanfechtung durch Ehemann innerhalb Jahresfrist Ausübung des Anfechtungsrechts durch St. nach rechtskräftiger, wenn auch aus sachlichen Gründen erfolgter Abweisung der Klage des Ehemanns. Keine gerichtliche Nachprüfung des Ermessens des St., wonach Anfechtung geboten 1194<sup>9</sup>  
Auch wenn Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes dem Strafantrag des St. zu entnehmen, ist ausdrücklicher Hinweis des Vorsitzenden gem. § 265 StPD. erforderlich 2067<sup>20</sup>
- „Staatspolitische Gründe“**  
Anfechtungsklage nicht gegeben gegen die aus „st. G.“ ausgesprochene Verurteilung der Genehmigung einer Grundstücksteilung 1215<sup>27</sup>
- Staatsprüfung**  
Die geschichtliche Prüfung in der ersten und in der Großen juristischen St. 1507
- Staatsrecht**  
Deutsche Verfassungsgeschichte. Schrifttum 1090  
Die Errichtung des Großdeutschen Reiches. Schrifttum 1456  
Grundzüge einer deutschen Staats- und Volkskunde. Schrifttum 1998
- Stadt, offene**  
Die „o. St.“ im geltenden Kriegesrecht 1538 2193
- Stadtgemeinde**  
Formgerechtes Kaufvertragsangebot bzgl. Grundstücks an St. und dessen Billigung durch die Ratsherren stellt weder Vertragsabschluss noch Vorvertrag dar. Keine Haftung der St. wegen Verhandlungen mit Kaufinteressenten über Befriedlung von Grundstücken, die RegPräs. und Reichsheimstättenamt der NSDAP. zur Sieblung für geeignet erklärt haben 2106<sup>3</sup>  
Ausführung von Bauarbeiten gemeinsam durch privates Unternehmen und städtische Stelle, die durch Angestellten die Arbeiten leiten läßt.
- libernahme von Fürsorgepflicht durch Stadt gegenüber den Arbeitern des privaten Unternehmens, aber nicht bzgl. Leistungen, die der verunglückte Arbeiter von VerGen. seines Unternehmens fordern kann 2250<sup>20</sup>
- Statusklage**  
§§ 640 ff. ZPD. Unzulässigkeit des Verzichts auf den Anspruch auf Feststellung der blutmäßigen Abstammung 1485<sup>20</sup>  
Unzulässigkeit des Antrags auf Feststellung, daß es ungewiß sei, ob Rechtsverhältnis besteht oder nicht. Kein Mißbrauch der Gerichte dazu, eine wenn auch nur mögliche jüdische Abstammung zu verbunkeln † 1690<sup>22</sup>  
Im Statusverfahren auf Feststellung der blutmäßigen Abstammung Beachtung jedes Verfahrensmangels von Amts wegen 2265<sup>36</sup>
- Steueranpassungsgezet**  
§§ 1, 6 StAnpG. Steuerliche Anerkennung einer Familiengesellschaft in der Form, daß alternder Vater seine volljährigen, im Betrieb arbeitenden Kinder als Mitunternehmer aufnimmt unter Vorbehalt des Vorrangs des Vaters bei wichtigen Entscheidungen † 2127<sup>33</sup>
- Steuerbeamte**  
Zulässigkeit des Rechtswegs für Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von St. † 1629<sup>9</sup>  
Gem. Art. 7 BahEinfG. z. ZPD. und RD. ordentlicher Rechtsweg offen für Vollstreckungsgegenklage auf Beseitigung der Vollstreckbarkeit eines bereits entstandenen Steueranspruchs einschl. der Vorfrage, ob er durch Aufrechnung mit aus Amtspflichtverletzung hergeleiteter Schadensersatzforderung weggefallen 1894<sup>10</sup>
- Steuerbevollmächtigter**  
Zustellung des Zuwachssteuerbescheids nach freiem Ermessen der Steuerbehörde an den Steuerpflichtigen oder an seinen Bevollmächtigten 1216<sup>29</sup>  
Die Zustellung an den Bevollmächtigten im steuerlichen Verfahren 1617
- Steuererlaß**  
Erlaß der Grunderwerbsteuer aus Billigkeitsgründen 1501
- Steuererstattung**  
Erstattung der Grunderwerbsteuer 1504
- Steuerflucht**  
vgl. unter Reichsfluchtsteuer
- Steuerforderung**  
Gem. Art. 7 BahAusfG. z. ZPD. und RD. Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für Vollstreckungsgegenklage zwecks Beseitigung der Vollstreckbarkeit bereits entstandener St. 1894<sup>10</sup>  
Verwirklichung des Tatbestands des § 396 ABGd. nicht nur durch den Abgabenschuldner, sondern auch durch Dritten möglich 2067<sup>19</sup>  
Voraussetzungen für Tateinheit des Vergehens der schuldhaft nicht rechtzeitigen Entrichtung der Reichsfluchtsteuer (§ 9 Ziff. 1 RFStGd.) mit St. † 1835<sup>14</sup>
- Steuerrecht**  
Übersicht über kriegswirtschaftliche, kriegssteuerliche und kriegsfinanzwirtschaftliche Verordnungen nebst kurzer Würdigung 1249 2135  
Steuer- und Zollrecht im Generalgouvernement 1796 1799
- Die Rechtsstellung der Besatzungstruppen gegenüber den steuerlichen Bestimmungen des okkupierten Staates 1157
- Verjüngte SteuerNpr. in Karteiform. Schrifttum 1093  
Alphabetische Schlagwortsammlung zur Npr. des RFSt. Schrifttum 1094  
Konzerngestaltung im Lichte des Steuerrechts. Schrifttum 1138  
Die Reichssteuergesetze. Schrifttum 1624  
Die Besteuerung der Genossenschaften. Schrifttum 1935  
Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschaftswechsels und der Umwandlungen. Schrifttum 1935
- Steuerfahnen**  
Die Zustellung an den Bevollmächtigten im steuerlichen Verfahren 1617  
Anspruch auf Erlass von Rechtsanwaltsgebühren wegen Amtspflichtverletzung in St. † 1629<sup>9</sup>
- Steuerhuldner**  
St. bei der Grunderwerbsteuer 1504  
Veräußerer bleibt Schuldner der Wertzuwachssteuer, auch wenn Erwerber Tragung der Steuer übernommen hat 1216<sup>30</sup>
- Steuerstrafrecht**  
Tätige Reue i. S. des § 410 ABGd. 1525<sup>18</sup>
- Stiftungen**  
Staatliche Aufsicht für St. im Generalgouvernement 1559
- Stillelegung**  
vgl. unter BetriebsSt.
- Stillschweigen**  
Begründung des Ruhegehaltanspruchs durch stillschweigende Zulage 1410 1438<sup>28</sup>
- Stimmrecht**  
Wenn von zwei Gesellschaftern der eine nach § 47 IV GmbHG. kein St. hat, Befugnis des anderen, aus eigener Entscheidung namens der GmbH. gegen seinen Mitgesellschaftler Klage zu erheben 1725<sup>3</sup>
- Stoppstrafe**  
Haltzeichen an St. zu beachten ohne Rücksicht darauf, ob die zu befehrende Straße verkehrsfrei ist oder nicht 1235<sup>6</sup>
- Strafantrag**  
Gegenstand des St. ist nicht Person des Täters, sondern die rechtsverletzende Handlung † 1232<sup>4</sup>  
Keine Strafverfolgung, wenn St. fehlt und wegen Fristablaufs nicht mehr nachzuholen ist † 1098<sup>6</sup>  
Anwendung des § 157 I 1 StGB., wenn die Strafverfolgung des Zeugen wegen Beleidigung von einem noch nicht gestellten St. abhängig † 1417<sup>2</sup>  
Bei Beleidigung der Beamten einer Ortskrankenkasse Stellung des St. nach § 196 StGB. durch das örtlich zuständige Versicherungsamt als Aufsichtsbehörde † 2059<sup>6</sup>  
§ 263 V StGB. Erfordernis des St. für Betrug gegen „Angehörige“, auch wenn für den Täter Voraussetzungen des Rückfalls vorliegen 2061<sup>6</sup>  
Geltung der Verfahrensvoraussetzung, daß, außer wenn StA. besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung annimmt, Strafverfolgung nur auf Antrag eintritt,



- auch für vor dem Inkrafttreten der *BD. v. 2. April 1940* begangene fahrlässige Körperverletzung, die erst nach dem Inkrafttreten zur Aburteilung gelangt 1671<sup>6</sup>
- Keine Anwendung der Fristvorschrift des § 61 StGB. auf den Antrag nach § 5 *BD. über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen 1769*<sup>1</sup>
- § 4 Volksschädli*BD.* erfaßt auch Antragsvergehen § 1231<sup>2</sup>
- Hinweis auf Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes nach § 265 St*BD.* erforderlich, wenn an Stelle des dem Eröffnungsbeschluß zugrunde liegenden Offizialdelikts Antragsvergehen tritt 1242<sup>12</sup>
- Strafanzeige**  
§ 346 StGB. Verurteilung des Dienstvorgesetzten wegen Begünstigung im Amte, wenn Unterlassen der St. Erweissensmißbrauch darstellt § 1237<sup>8</sup>
- Strafbefehl**  
Warum richterlicher St. ? 1499 2052
- Strafberufung**  
Die St. nach der österr. St*BD.* 1803
- Straffreierklärung** (§ 233 StGB.) 1825<sup>3</sup>
- Straffreiheit**  
Das gesamte deutsche Gnadenrecht. Schrifttum 1665
- § 2 I GnadErl. f. d. Zivlbevölkerung. Prüfung der Dreimonatsgrenze bei mehreren nebeneinander erkannten Geldstrafen nach der Höhe der Ersatzstrafen für jede einzelne Strafart § 1840<sup>22</sup>
- Im Fall des § 27 b StGB. für Anwendbarkeit des GnadErl. f. d. Zivlbevölkerung maßgebend die erkannte Geldstrafe 2240<sup>12</sup>
- Erstreckung des Straferlasses gemäß GnadErl. auch auf die Veröffentlichungsbefugnis nach § 165 StGB. 1528<sup>22</sup>
- Geltung des GnadErl. f. d. Zivlbevölkerung v. 9. Sept. 1939 auch für die Nebenstrafe des Wertersatzes, auf die im Verfahren wegen Abgabenhinterziehung erkannt worden 1841<sup>23</sup>
- Folge rechtskräftiger Verneinung der Anwendbarkeit des GnadErl. vom 9. Sept. 1939. Keine Anwendung auf juristische Personen 1119<sup>23</sup>
- Zur Frage der Zulässigkeit der Rev. gegenüber der Einstellung des Verfahrens auf Grund des GnadErl. 1528<sup>21</sup>
- Anbietung zur Erlangung von St. gemäß Ges. über St. bei Devisenzuwiderhandlungen v. 15. Dez. 1936 soll tätige Reue darstellen; daher St. verwirkt bei unrichtigen Angaben bei der Anbietung 2067<sup>20</sup>
- Nach Niederschlagung des Strafverfahrens durch GnadErl. des Führers Anordnung der in dem noch nicht rechtskräftigen Urteil ausgesprochenen und nach dem GnadErl. weiterhin zulässigen Einziehung nur in neuem selbständigen Einziehungsverfahren. Niederschlagung des Verfahrens ergreift auch devisenrechtliche Erlaßeinziehung 1241<sup>11</sup>
- Keine Anwendung des GnadErl. für die Wehrmacht v. 1. Sept. 1939 auf nur vorübergehende, zeitlich begrenzte Heranziehung zu militärischer Hilfeleistung 1841<sup>24</sup>
- Prüfung der Anwendbarkeit des GnadErl. für die Wehrmacht v. 1. Sept. 1939 bei nebeneinander für dieselbe Straftat erkannter Geld- und Freiheitsstrafe für jede Strafart gesondert § 1841<sup>25</sup>
- Zur Frage der Gewährung von Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft, wenn bei Verhaftung und Anklage wegen mehrerer selbständiger Straftaten von der Str.R. als Ver*Zust.* in allen Fällen freigesprochen und Entschädigung zugebilligt und dies Urteil in einigen Fällen rechtskräftig geworden, in den anderen Fällen aber durch das Rev.G. das Verfahren auf Grund des Straffrei*GB.* eingestellt worden 1242<sup>13</sup>
- Strafgerichte**  
Zuständigkeit der St., Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften 1083
- Strafgesetzbuch**  
Schrifttum 1360 1462 2055
- Strafkammer**  
Gebühr des Verteidigers für Tätigkeit in Strafsache, die früher zur Zuständigkeit des Schw.G., seit *BD. v. 21. Febr. 1940* zu der der Str.R. gehört § 1390<sup>37</sup> 1740<sup>18</sup>
- Strafprozeß**  
Das Strafverfahren im Kriege 1232  
Kriegsstrafverfahrensrecht. Besprechung des Werks von Gleispach 1134  
Einberufung eines Beschuldigten zum Wehrdienst 1182  
Grundgedanken der österr. Strafgesetzgebung. Strafverfahrensrecht 1801  
Neuerungen im Strafverfahrensrecht auf Grund der *BD.* zur weiteren Anpassung des österr. Strafrechts an das Reichsrecht v. 13. Aug. 1940: Rechtschöpfung durch entsprechende Anwendung der Strafgesetze 1803  
Lockerung des Verfolgungszwangs 1804  
Einstellung des Verfahrens in geringfügigen Privatklagesachen 1806  
Unzulässigkeit der Subsidiarklage, Vorerhebungen 1806  
Einschränkung der Voruntersuchung, Verhaftung und vorläufige Festnahme 1808  
Körperliche Untersuchung und Eingriffe, Beschlagnahme von Briefen usw., Antrag auf Strafzumessung, Verbot des Rücktritts von der Anklage 1810
- St*BD.* und *GG.* Schrifttum 1462  
Strafverfahrensrecht seit Kriegsbeginn. Schrifttum 1510  
Das Kriegsstrafrecht und Kriegsstrafverfahren. Schrifttum 1722  
Neues Strafverfahrensrecht. Schrifttum 2055  
Praktische St.fälle mit Lösungen. Schrifttum 2056
- § 120 V *RStBD.* in der Neufassung nur noch auf Straftaten zu beziehen, die beim Inkrafttreten der *BD.* noch nicht bei einem allgemeinen Gericht anhängig waren und daher nicht unter Überleitungsver*Schrift* des § 120 I fallen § 1842<sup>26</sup>
- Strafrecht**  
Der Geltungsbereich des deutschen St. 1076
- Die *BD.* über den Geltungsbereich des St. in ihrer Bedeutung für die Ostmark 1079  
Kriegsstrafrecht 1133. Schrifttum 1229 1416 1833  
Interlokaler Geltungsbereich des deutschen St. 1498  
Grundgedanken der österr. Strafgesetzgebung. Strafrecht 1754  
Die St.pflege im Protektorat Böhmen und Mähren 2085  
Der strafrechtliche Schutz des nationalen Arbeitseinkommens 1756  
Das Kriegsst. und Kriegsstrafverfahren. Schrifttum 1722
- Grundsätzlich Beurteilung jeder Straftat, die in einem der mehreren Rechtsgebiete des Deutschen Reiches begangen, von jedem zuständigen Gericht des Deutschen Reiches nach dem am Tatort geltenden sachlichen Strafgesetz § 1525<sup>19</sup>
- Einführung des *RStGB.* im Sudeten*gau.* Anwendung des § 18 Satz 2 *BD. v. 16. Jan. 1939* erfordert, daß die Tat nicht nur nach tschechischem Recht mit Strafe bedroht, sondern auch am Stichtag nach tschechischem Recht verfolgbar gewesen ist 1839<sup>21</sup>
- Straftilgung**  
Heranziehung bereits getilgter Vorstrafen als Beweisanzzeichen zur Feststellung persönlicher Eigenschaften des Angekl. und zur Strafzumessung zuungunsten des Angekl. 1105<sup>11</sup>
- Strafurteil**  
§ 1394 *ABGB.* ZeSSIONAR muß alle Einwendungen eines gegen den ZeBenten ergangenen St. gegen sich gelten lassen 2191<sup>34</sup>
- Strafverfolgung**  
Auslockerung des St.zwanges bei fehlendem Sühnebedürfnis 1085
- Strafzumessung**  
Beihilfe zum Meineid des Zeugen durch Unterlassen, der unrichtigen Aussage des Zeugen entgegenzutreten. St.gründe § 2234<sup>3</sup>  
Kriegswirtschaft*BD.* Keine straffschärfende Verwertung der Böswilligkeit in Form eines Rachegefühls, das den Täter leitete § 1668<sup>3</sup>  
Vgl. der Wahl zwischen dem in § 5 II Blut*SchutzG.* für Rassenchande angedrohtem Gefängnis oder Zuchthaus freies pflichtmäßiges Ermessen des Tatrichters 1522<sup>13</sup>; dasselbe bei Verbrechen nach Kriegswirtschaft*BD.* § 1668<sup>3</sup>  
Heranziehung bereits getilgter Vorstrafen als Beweisanzzeichen zur Feststellung persönlicher Eigenschaften des Angekl. und zur St.zuungunsten des Angekl. 1105<sup>11</sup>  
Bei Bildung einer neuen Gesamtstrafe keine höhere Bewertung der früher abgeurteilten Straftaten als in der früher erkannten Gesamtstrafe 1417<sup>1</sup>  
Anwendung des § 20 *Über*BD.** in Fällen der Bemessung der Strafe nach einer in der Ostmark geltenden Strafvorschrift des Reichsrechts 1102<sup>9</sup>
- Straßenanlieger**  
vgl. unter Anlieger
- Straßenbau**  
vgl. unter Wegerecht



**Straßenbeleuchtung**

Die Anordnung über die Einwirkung der Verbunkelungsmaßnahmen auf die Entgelte für St. 1927

**Straßenverkehrsrecht**

Schrifttum 1276 1824

Haftung für Verbunkelungsunfälle 1335. Schrifttum 1358

§§ 1, 9, 49 StraßVerfD. Inwieweit muß der Kraftfahrer mit verkehrswidrigem Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer rechnen? 1671<sup>5</sup>

Zur Sorgfaltspflicht gemäß § 7 II KraftfG. gehört Rücksichtnahme auch auf durch die Umstände nahegelegte Möglichkeit eines unrichtigen oder ungeschickten Verhaltens anderer Verkehrsteilnehmer 1687<sup>19</sup>

§ 8 StraßVerfD. Begriff „Fahrbahn“ 2066<sup>18</sup>

Zur Frage des überholens bei gleichzeitiger Begegnung mit Kleinbahn 1188<sup>5</sup>

Für polizeilich für den Durchgangsverkehr gesperrte Straßen keine Ausnahme von den Regeln über das Vorfahrtsrecht † 1099<sup>7</sup>

Halbzeichen an Stoppstraße zu beachten ohne Rücksicht darauf, ob die zu befahrende Straße verkehrsfrei ist oder nicht 1235<sup>6</sup>

Voraussetzungen des Rechtsruges, wonach der Vorfahrtsberechtigte im Vertrauen auf sein Vorfahrtsrecht beim Austausch des nachfahrtsverpflichteten Fahrzeugs zunächst seine Fahrt fortsetzen darf (StR.) 1419<sup>3</sup>

§ 33 RStraßVerfD. Fahren nur mit Standlicht erfordert entsprechend verminderte Geschwindigkeit 1689<sup>20</sup>

Prima-facie-Beweis bei Straßenverkehrsunfällen 1368<sup>9</sup>

**Streitgehülfe**

Stellung des einer auf Auflösung nach § 61 GmbHG. verklagten GmbH. im Rechtsstreit beitretenden Gesellschafters als selbständiger St. i. S. der §§ 69, 61 ZPO. † 1726<sup>4</sup>

Keine Beanstandung des Beitritts des St. von Amts wegen wegen Verletzung der Formvorschrift des § 70 ZPO. oder mangelnden rechtlichen Interesses des Beitretenden am Obliegen der unterstützten Partei. Beitritt eines von mehreren Gesamtschuldnern nach § 66 ZPO. als St. des Kl. † 1324<sup>22</sup>

**Streitgenosse**

Verurteilung der Zulässigkeit der Rev. bei echten St. nach der Summe der von ihnen oder gegen sie geltend gemachten, im Revisionsverfahren noch strittigen Ansprüche 1326<sup>24</sup>

Zur Frage, ob der Kl. von den durch ihn vertretenen St. mehrfach die Gebühren fordern kann † 1897<sup>12</sup>

**Streitwert**

Der St. des Anspruchs des Geschäftsräummieters oder -pächters auf Räumungsschädigung 1257 1453

Bei Anspruch auf Schuldbefreiung Geltendmachung des Anspruchs auf Befreiung wegen der Zinsen und Kosten nicht als Nebenanspruch i. S. des § 4 ZPO., sondern als Hauptanspruch 2009<sup>11</sup>

Bemessung des St. der Klage des Grundstückskäufers auf Auflassung nach dem Betrag einer streitigen Gegenforderung 1436<sup>22</sup>

Bei St.festsetzung für Mietaufhebungs-klage keine Berücksichtigung des Antrags des Bekl., den Kl. zur Erstattung und Hinterlegung der Umzugskosten und einer Räumungsschädigung zu verpflichten 2257<sup>29</sup>

Bemessung der „gesamten streitigen Zeit“ für Mietverhältnis von unbestimmter Dauer; Schätzung des Streitwerts für Mietaufhebungs-klage des Vermieters unter Zugrundelegung der Annahme, wie lange das Mietverhältnis bei Vereinbarung des behaupteten Aufhebungsgrundes voraussichtlich dauern wird 2013<sup>16</sup>

Anwendung des § 10 II OAG. auf Vollstreckungsgegenklage des Bürgen. St. für Rechtsstreit über Ansprüche aus Vertrag über Unterhaltsleistungen, die über den gesetzlichen Umfang hinausgehen 2267<sup>39</sup>

§ 80 EheG. St. für Unterhalts- und Kostenvergleich 1143<sup>7</sup>

Für St. der Berufung maßgebend die Beschwer des Bekl., jedoch nicht höher als St. der Klage. Bemessung des St. auf Herausgabe von Urkunden, die nicht selbst Wertträger, wie z. B. Hypotheken- oder Grundschuldbriefe 1952<sup>22</sup>

Beschwerbegegenstand für Berufung über mehrere in einer Klage geltend gemachte Ansprüche, insbes. bei Gesamtschuldverhältnis 1953<sup>24</sup>

Der für Frage der Zulässigkeit der Berufung maßgebende Wert der Beschwer ist im Beschluß über Verwerfung des Rechtsmittels zu bezeichnen. Geltung des § 7 ZPO. auch im Rechtsmittelfahren über Grunddienstbarkeit 1953<sup>25</sup>

Maßgebend für Werberechnung des Rechtsmittelgegenstands nach § 4 I Halbf. 1 ZPO. Zeitpunkt der Einlegung des Rechtsmittels; aber bei Wettbewerbsjahren auch Berücksichtigung von Zukunftsaussichten 1953<sup>25</sup>

St. der Beschwerde gegen Beschlüsse auf Aussetzung des Rechtsstreits 2023<sup>22</sup>

Maßgebender St. für Berechnung der Vergleichsgebühr bei Vergleichsabschluß in höherer Instanz, der auch Ansprüche mitumfaßt, über die bereits in unterer Instanz unangefochten entschieden worden 1740<sup>16</sup>

Bei Herabsetzung des St. nach § 53 I PatG. Kostenausgleichung unter den Parteien nach dem herabgesetzten St. Daneben zugunsten des Kl. der begünstigten Partei Festsetzung seiner Gebühren nach dem vollen St. 1381<sup>23</sup>

Geht die Unmöglichkeit der Rückerlangung von Gebühren, die auf Grund höherer St.festsetzung an den Kl. gezahlt worden und die sich nun nach Herabsetzung des St. ermäßigen, zu Lasten des erstattungspflichtigen Gegners? † 2183<sup>24</sup>

Ausschluß der Rev. im sudetenländischen Arbeitsgerichtsverfahren vor Inkrafttreten der WD. v. 19. Dez. 1939 wegen Nichterreicherung des St. von 10 000 RM 1855<sup>37</sup>

Grundsätzlich nicht angemessenes Verhältnis zwischen Höhe der Sachverständigengebühren und St. erforderlich 2266<sup>38</sup>

**Streitwertbeschwerde**

§ 12 RAGebD. Bei Einlegung von St. durch Kl. im eignen Namen ist im Beschwerdeverfahren die Gegenpartei nicht Partei, daher sind ihr Kosten der Beschwerde nicht aufzuerlegen † 1385<sup>31</sup>

**Streupflicht**

Rechtsgültigkeit der gemäß §§ 28, 35 GemD. für Böhmen von der Gemeindevertretung erlassenen und von der Bezirkshauptmannschaft zur Kenntnis genommenen Bestimmung, wonach Besitzer von Liegenschaften Bürgersteige von Schnee und Eis zu reinigen und bei Glätteis zu streuen haben 1151<sup>25</sup>

**Stundung**

Hemmung der Verjährung von Unterhaltsrückständen durch St. † 1185<sup>1</sup>

**Subidiarklage**

Abschaffung der S. des österr. Strafprozesses 1806

**Substitut**

vgl. unter GeneralS.

**Sudetengau**

Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren 1655 Die Vollstreckungsklausel im Rechtssystem der Exekutionsordnungen 1171 Überleitungsvorschrift der Lohnpfänd-VD. 1940 für den Geltungsbereich der Exekutionsordnungen 1981 Reichsmarkbilanzen, Umstellung, Umwandlung: Ostmark — Sudetenland — Memelland — Danzig. Schrifttum 1622

Anwendung der Regelung der §§ 120, 122 BGB. auf den im sudeten-deutschen Rechtsgebiet als Erklärungsmittler auftretenden Handlungsagenten 1960<sup>35</sup>

Ansprüche einer Sudeten-Deutschen aus Verlöbnißbruch gegen Angehörigen des Altreichs † 2077<sup>29</sup>

Durch Neuerungsverbot des § 482 II SudZPO. Stellung des Antrags nach § 61 II EheG. in zweiter Instanz nicht ausgeschlossen 2124<sup>27</sup>

Durch EheG. ist Beschränkung des Beweismittels der Parteivernehmung in Ehe-sachen (§ 99 BGB.) inhaltlich aufgehoben und Beweis der Scheidungs-, Aufhebungs- und Nichtigkeitgründe des großdeutschen Ehe-rechts durch Parteivernehmung auch nach den ostmärkischen und sudeten-deutschen Prozeßgef. zulässig 1596<sup>35</sup>

Beurkundung des von Minderjährigem mit Wohnsitz im S. abgegebenen Vaterschaftsanerkenntnisses durch die Gerichte des Altreichs auch ohne Vorliegen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters 1117<sup>21</sup>

Im sudetenländischen Arbeitsgerichtsverfahren Rekurs gegen Beschluß des BG., durch den Rev. als unzulässig zurückgewiesen wird. In diesem Verfahren war vor Inkrafttreten der WD. v. 19. Dez. 1939 die Rev. wegen Nichterreicherung des Streitwerts von 10 000 RM nur ausgeschlossen, wenn bestätigendes Urteil des BG. vorlag 1855<sup>37</sup>

Einführung des RStGB. im S. Anwendung des § 18 Satz 2 WD. vom 16. Jan. 1939 erfordert, daß die Tat



nicht nur nach tschechischem Recht mit Strafe bedroht, sondern auch am Stichtag nach tschechischem Recht verfolgt gewesen ist 1839<sup>21</sup>

### Südwestafrika

Das Rasserecht in S. Schrifttum 1664

### Sühnetermin

Gebührenanspruch des N., dessen Tätigkeit in Privatklagesache sich auf vorbereitende Besprechung und Antrag auf S. beschränkt † 2123<sup>25</sup>

### Tarif

Voraussetzung der Befugnis des Betriebsführers, den Dienstverpflichteten unter wesentlich anderen Verhältnissen in anderen Betrieb zu versetzen, ist vertragliche Vereinbarung oder ausdrückliche L.bestimmung 1855<sup>30</sup>

Weiterbeschäftigung ausgebildeter Lehrlinge und deren Lohnanspruch nach der RBauZarD. 1152<sup>20</sup>

Voraussetzungen und Sinn eines tariflichen Auslösungsanspruchs 1599<sup>39</sup>

Bei Bezugnahme des als ZarD. weitergeltenden L.vertrages für den Angestelltenbegriff auf § 12 BetrRG. ist jeder Werkstattschreiber ohne Rücksicht auf kaufmännische Eigenschaft als Angestellter zu behandeln † 2271<sup>45</sup>

§ 2 ArbDG. Tarifliche Bestimmungen, die das Bestehen von Treue- und Fürsorgepflicht voraussetzen, auf das Dienstverhältnis zwischen Juden und Ariern unanwendbar 2126<sup>31</sup>

### Tarifauslegung

Bedeutung einer Übung im Gewerbe für die Auslegung einer Tarifvorschrift 1152<sup>20</sup>

### Tarifeinheit

Gemäß dem Grundsatz der L. Geltung des Tarifs auch für die dem technischen Zweck mittelbar dienenden Arbeiter, insbes. auch für sogenannte Unternehmerarbeiter 1488<sup>25</sup>

### Tateinheit

Gedanken zur Konkurrenzfrage im Strafrecht:

Das tateinheitliche Zusammentreffen mehrerer Straftaten 1491

Fragen aus dem Gebiet der Gesetzeskonkurrenz 1492

Konkurrenzfragen aus dem Gebiete der Kriegsgesetzgebung 1494

des Tarifs auf für die dem technischen Zusammentreffen mehrerer Straftaten oder mehrerer Strafbestimmungen bei Verstößen gegen die Arbeitseinsatzregelung 1757

L. und Tateinheit im österreichischen Strafrecht 1754

Urkundensäufung in L. mit Betrug bei Beantragung eines Bezugsscheins unter Täuschung über den Aussteller der Antragsurkunde, um auf den erschlichenen Bezugsschein Waren zu kaufen 1825<sup>4</sup>

Zwischen Verbrechen nach §§ 2, 4 VolksschädWD. und sonstiger Straftat keine L., sondern Gesetzesinheit † 1231<sup>1 2</sup>

Fortgesetztes Vergehen gegen § 263 StGB. in L. mit Vergehen gegen § 7 GeschlStrG. 1838<sup>18</sup>

Voraussetzungen für L. des Vergehens der schuldhaft nicht rechtzeitigen Entziehung der Reichsfluchtsteuer (§ 9 Ziff. 1 RFStGB.) mit Steuerhinterziehung † 1835<sup>14</sup>

### Tätige Reue

Anbietung von Devisen zur Erlangung von Straffreiheit gemäß Gef. vom 15. Dez. 1936 soll tätige Reue darstellen 2067<sup>20</sup>

L. R. nach § 410 ABGD. 1525<sup>18</sup>

### Tatmehrheit

Zusammentreffen mehrerer Straftaten oder mehrerer Strafbestimmungen bei Verstößen gegen die Arbeitseinsatzregelung 1757

Tateinheit und L. im österreichischen Strafrecht 1754

**Taubheit (Erbl.RachwG.)** 2079<sup>32</sup>

### Tausch

Der Wohnungstausch 1705

Der Eigentumsenerwerb durch Austauschgeschäft 1264 Schriftt. 1275

### Technische Angestellte

vgl. unter A.

### Teilanpruch

Anforderungen an die RevBegr., wenn sie mehrere selbständige Beschwerdepunkte betrifft, denen je ein besonderer, zum Teilurteil geeigneter Streitstoff zugrunde liegt (ZK.) 1894<sup>9</sup>

**Teilarmenrecht** 1955<sup>27</sup> † 2024<sup>24</sup>

### Teilnehmer an Straftat

Teilnahmehandlungen bei Verstößen gegen die Arbeitseinsatzbestimmungen 1758

Die L. a. St. im österreichischen Strafrecht 1754

### Teilurteil

Erfordernis der Berufungssumme bei gleichzeitiger Verhandlung über Rechtsmittel gegen Vorabentscheidung (§ 301 ZPD.) und Schlussurteil 1147<sup>18</sup>

Kostenentscheidung im Schlussurteil einheitlich, gehört auch zum L. und ist mit diesem berufsungsfähig 1147<sup>18</sup> † 2029<sup>32</sup>

### Telegraphie

Fernmeldebefehl in Generalgouvernement 1796 1799

### Testament

Die Durchführung des L.gesetzes vom 31. Juli 1938:

Geltungsbereich, Ergänzungen, Schrifttum 1649

Die Errichtung, Testierfähigkeit 1649

Öffentliches, eigenhändiges L. 1650

NotL. vor dem Bürgermeister oder drei Zeugen, Widerruf 1651

Eröffnung von gemeinschaftlichen L. und Erbverträgen, Nichtigkeit einer Verfügung von Todes wegen bei Verstöß gegen das gesunde Volksempfinden 1652

Gebührenbefreiung nach WD. v. 4. Okt. 1939 für L. und Erbverträge 1612

Das neue Erbrecht auf Grund des L.gesetzes. Schriftt. 1936

Das L. Schriftt. 2157

Zur Auslegung letztwilliger Verfügungen 2111<sup>10</sup>

Vorlesung der Niederschrift sowie Genehmigung und Unterzeichnung durch den Erblasser sind zwingende Form-erfordernisse für Gültigkeit eines NotL. vor drei Zeugen † 1685<sup>17</sup>

Irrtumsaufrechnung der Rücknahme eines öffentlichen L. aus der amtlichen Verwahrung, weil der Erblasser die rechtliche Bedeutung der Rücknahme als eines Widerrufs nicht gefasst habe † 1684<sup>15</sup>

Rechtsgültigkeit der letztwilligen Verfügung eines Angehörigen des Landes des Böhmen über deutschen Grundbesitz in Böhmen in der Form seines Heimatrechts 1372<sup>13</sup>

§ 263 StGB. Täuschung des Nachlassgerichts durch falsches L. und Erschleichung eines Erbscheins 1095<sup>1</sup>

### Testamentseröffnung 1652

### Testamentsvollstrecker

Grundbucheintragung der Verpfändung des Erbanteils eines Miterben ist als gegenstandslos zu löschen, wenn L. des Nachlasses das Grundstück wirksam veräußert 2256<sup>28</sup>

### Tierhalterhaftung (§ 833 BGB.)

L. bei Verdunkelungsunfällen 1337

### Tierzeuchen

Die Deutsche L.gesetzgebung. Schrifttum 1138

### Tilgungshypothek

Abtretung einer L. einschließlich der getilgten, zur Eigentümergrundschuld gewordenen Beträge unter grundbuchlichem Vermerk, welcher Teil Hypothek und welcher Teil Grundschuld ist. Im Fall der Teilabtretung Teilbrief über den ganzen abgetretenen Betrag 1574<sup>12</sup>

### Todesstrafe

§ 4 VolksschädWD. L. für versuchten Betrug, der unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse begangen worden 1280<sup>3</sup>

Voraussetzung der notwendigen Verteilung nicht, daß der abstrakte Strafrahmen L. und lebenslanges Zuchthaus umfaßt, sondern daß der Vorfürer im konkreten Fall ein Erkennen des Gerichts auf diese Strafen für möglich hält † 1281<sup>5</sup>

### Totschlag

„Schwere Beleidigung“ i. S. des § 213 StGB. Für Anwendung des § 213 genügt auch der irrtige Glaube des Totschlägers, herausgefordert worden zu sein 1515<sup>3</sup>

### Tötung

§ 845 BGB. Anrechnung des Unterhalts, den der Ehemann hätte seiner Frau leisten müssen, bei Schadensersatzanspruch für den Wert der infolge ihres Todes ihm entgehenden Dienste † 1192<sup>5</sup>

### Tötung, fahrlässige

§ 172 StGB. Der Ehemann der fahrlässig Getöteten ist Verletzter 1839<sup>10</sup>

### Transportgefährdung

Außerer Tatbestand des § 315 I StGB. fordert nicht Beeinträchtigung der Sicherheit der Schifffahrt im ganzen; die Vorschrift schützt auch das einzelne Schiff. Zur Frage des ursächlichen Zusammenhangs zwischen der Tatbestand der §§ 315 I, 316 I StGB. verwirklichenden Unterlassungen und dem eingetretenen Erfolg 2061<sup>9</sup>

### Transportkosten

L. und Preiserhöhungsverbot in der Kriegswirtschaft 1408

### Treppenhäuser

Verdunkelungsunfälle in L. 1335

### Treu und Glauben

Gemäß § 242 BGB. Zubilligung von Ruhegehalt bzw. Witwengeld, ohne daß die hierfür aufgestellten Voraussetzungen erfüllt, wenn dessen Ver- sagung gegen L. u. G. verstößen würde 2251<sup>21</sup>



**Treupflicht**

ℒ. der Gesellschafter gegenüber GmbH.  
2177<sup>15</sup>

**Treuhänder**

Treuhandschaft im Grunderwerbsteuerrecht 1502

Grundstück, als dessen Eigentümer im Grundbuch die Ehefrau eingetragen, ist als auf Grund eines Treuhänderverhältnisses im Auftrag des Ehemanns mit dessen Mitteln erworben anzusehen. Feststellungsklage des Ehemanns, daß Ehefrau ohne seine Zustimmung nicht über das Grundstück verfügen kann 2115<sup>10</sup>

Während Dauer einer gemäß B.D. zur Sicherung der Landbewirtschaftung angeordneten ℒschaft keine Grundbucheintragung einer Auflassungsvormerkung auf Bewilligung des Eigentümers ohne Zustimmung des ℒ. 1899<sup>15</sup>

Gesellschafterversammlung der GmbH. entzieht einem Gesellschafter, dessen Verhalten für sie untragbar, die Ausübung des Mitverwaltungsrechts und überträgt sie auf ℒ. † 2011<sup>15</sup>

Befugnis des nach B.D. über Einfluß des jüdischen Vermögens für eine Kapitalgesellschaft eingesetzten ℒ., deren Auflösung zu beschließen und sich zum Liquidator zu bestellen 1637<sup>15</sup> † 2173<sup>13</sup>

**Treuhänder der Arbeit**

Anordnungen der Reichsℒ. d. A. betr. Erstattung des Lohnausfalls bei Fliegeralarm und Fliegerbeschädigen 1331

**Treuprämie**

Voraussetzung des Anspruchs auf eine nach längerer Betriebszugehörigkeit üblicherweise gewährte ℒ. 1391<sup>20</sup>

Anspruch auf tarifliche ℒ. für verheiratete landwirtschaftliche Arbeiter grundsätzlich nur für den Mann, nicht außerdem für die vertragsmäßig im Betrieb mitarbeitende Ehefrau 1392<sup>40</sup>

**Trunksucht**

Inanspruchnahme „fremder Hilfe“ i. S. des § 361 Ziff. 5 StGB., weil der Täter infolge ℒ. seine Unterhaltspflicht nicht erfüllt 1671<sup>7</sup>

**Tschechoslowakei**

vgl. auch unter Sudetengau

Die Staatsangehörigkeitsverhältnisse im Teschener Gebiet (Ostgebiet) 2234<sup>2</sup>

§ 3 TschechRatenG. Entstehung von Terminverlust und Fälligkeit des ganzen Kaufpreises. Für jede Rate läuft besondere Verjährungsfrist 1960<sup>30</sup>

TschechGenG. Für Rechtsbeziehungen auf Grund von Darlehensgeschäft zwischen Mitgliedern der Genossenschaft und der Genossenschaft keine Geltung des Grundgesetzes, wonach Genossen sich in Angelegenheiten der Genossenschaft dem Willen der Mehrheit zu unterwerfen haben 1961<sup>37</sup>

§ 1 TschechUnlWBG. Wettbewerbsverstoß des Geschäftsveräußerers, der entgegen seinem Verzicht ein gleichartiges Unternehmen eröffnet 1150<sup>23</sup>

Beginn des Laufs der Verjährungsfrist des § 23 TschechUnlWBG. 1744<sup>23</sup>

§§ 529, 534 TschechZPD. Beginn des Laufs der Monatsfrist, in der Nichtigkeitsklage wegen mangelnder Ver-

tretung zu erheben ist, vom Tag der Zustellung an die Partei oder ihren gesetzlichen Vertreter 1597<sup>37</sup>

Keine Anfechtung aus TschechUnfD. auf Grund von Freihaltungsanspruch, der sich nur im Wege der Exekution zur Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen vollstrecken läßt 1744<sup>24</sup>

Richtigkeit des Verfahrens bei nicht dem § 16 II, § 32 TschechGes. vom 4. Juli 1931 entsprechender Bezeugung der Kreisgerichte als Arbeitsberufungsgerichte mit Beisitzern 1744<sup>22</sup>

**Überholen (StraßVerR.)**

Zur Frage des U. bei gleichzeitiger Begegnung mit Kleinbahn 1188<sup>5</sup>

**Überstunden**

§ 850 b ZPD. Pfändbarkeit der U.vergütung? † 1149<sup>21</sup> 1164 1438<sup>27</sup> 1486<sup>22</sup> 1486<sup>23</sup> 1536<sup>28</sup> 20

**Umsatzsteuer**

Erhebung von U. für das bei Grundstücksüberäußerung mitberäußerte Zubehör 1500

Die U. in der Praxis. Schriftt. 1276

U.gesetz. Schriftt. 2157

**Umstellungsrecht**

Reichsmarbilanzen, Umstellung, Umwandlung: Ostmark—Sudetensland—Memelland—Danzig. Schriftt. 1622

**Umwandlung von Kapitalgesellschaften**

Reichsmarbilanzen, Umstellung, U.: Ostmark—Sudetensland—Memelland—Danzig. Schriftt. 1622

Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterswechsels und der Umwandlungen. Schriftt. 1935

Keine konstitutive Wirkung der Eintragung eines nichtigen Hauptversammlungsbeschlusses auf U. der Aktiengesellschaft ins Handelsregister † 1464<sup>2</sup>

**Umzugskosten**

Bei Streitwertfestsetzung für Mietaufhebungsklage keine Berücksichtigung des Antrags des Bekl., den Kl. zur Erstattung und Hinterlegung der U. und einer Räumungsschädigung zu verpflichten 2257<sup>20</sup>

**Uneheliches Kind**

Unterhaltsklagen außerehelicher Kinder gegen Soldaten im Kriege 1224

Führung der Bezeichnung „Frau“ durch uneheliche Mütter 1356

Gegen rechtskräftige Verurteilung eines säumigen Bekl. aus § 1717 BGB. Klage aus § 826 BGB. wegen Unrichtigkeit des Verfümmisurteils allein nicht gegeben † 1190<sup>0</sup>

Ausübung von Zeugniszwang durch VormGer. gegen uneheliche Mutter, die die Angabe des Namens des Erzeugers ihres Kindes verweigert, unzulässig 1348<sup>30</sup>

Schadensersatzpflicht der unehelichen Mutter, die im Unterhaltsprozeß wahrheitswidrig Mehrverehr befreit, gegenüber dem daraufhin zu Unrecht als Erzeuger zu Unterhaltszahlungen Beurteilten wegen Verletzung der Vorschriften betr. die Zeugenpflicht (§§ 390 ff. ZPD.) i. Verb. m. § 823 II BGB., sowie wegen Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht im Prozeß (§ 138 ZPD.) i. Verb. m. § 826 BGB. † 2253<sup>24</sup>

Bei Unterhaltspflicht des Schuldners für außereheliches Kind und seine

Ehefrau bei Bemessung des Unterhalts für das außereheliche Kind zu berücksichtigen, daß in dem Unterhalt für die Ehefrau auch derjenige für deren Kinder aus erster Ehe inbegriffen 2110<sup>0</sup>

§ 4 ÜberlWB. Gegen Urteile in Vaterschaftsprozessen Revision stets zulässig. Zur Erforschung, ob offenbare Unmöglichkeit der Zeugung durch den beklagten unehelichen Vater vorliegt, also bei Beurteilung des gegen die gesetzliche Vermutung des § 163 ABGB. geführten Gegenbeweises Ausschöpfung aller dem Gericht zugänglichen Erkenntnisquellen, insbes. auch der erbbiologischen (morphologischen) Untersuchung 1595<sup>34</sup>

§§ 158, 159 ABGB. Keine Befugnis des angeblichen außerehelichen Erzeugers zur Bestreitung der blutmäßigen Abstammung des Kindes vom Ehemann der Mutter 1590<sup>31</sup>

§ 158 ABGB. Beginn des Laufs der dreimonatigen Ausschlussfrist für Klage auf Unehelichkeitserklärung eines Kindes 1959<sup>34</sup>

Beurkundung des von Minderjährigen mit Wohnsitz im Sudetengau abgegebenen Vaterschaftsanerkenntnisses durch die Gerichte des Altreichs auch ohne Vorliegen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters 1117<sup>21</sup>

Rechtsquellen für die Feststellung der Abstammung bei Ägyptern. Maßgebend für Legitimation eines u. k. sowie Annahme an Kindes Statt sind Gesetze des Staates, dem der Vater zur Zeit der Legitimation bzw. der Annahme angehört. Anerkennung eines Kindes nach ägyptischem Recht ähnelt der Annahme an Kindes Statt, nicht der Legitimation durch nachfolgende Ehe 1375<sup>15</sup>

**Unerlaubte Handlung**

vgl. auch unter Untersplichverletzung § 833 BGB. Tierhalterhaftung bei Verdunkelungsunfällen 1337

Der Schmerzensgeldanspruch bei nachträglichem Tod des Verletzten 1340

Ist der Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls der Brutto- oder Nettolohn des Verletzten zugrunde zu legen? 1862

§ 823 I BGB. Bei Unfallverletzung des Arbeitnehmers kein Schadenserstattungsanspruch des Arbeitgebers gegen den Schädiger wegen des ihm infolge Beeinträchtigung der Arbeitskraft des Arbeitnehmers erwachsenden Schadens † 2254<sup>25</sup>

§§ 823, 826 BGB. Für Schadensberechnung maßgebend der Zeitpunkt der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Tatrichter. Keine Störung des ursächlichen Zusammenhangs durch nicht wirksam gemordenes Ereignis, das ohne die Handlung des Schädigers hätte Schadensursache werden können, infolge dieser Handlung aber nicht zur Auswirkung gekommen ist 1629<sup>7</sup>

Anforderungen an die Sorgfalt eines Aufsichtspflichtigen, wenn dieser die Aufsicht aus Gefälligkeit übernommen hat 1110<sup>15</sup>

§ 823 BGB. Einzelfall maßgebend für Frage, mit welchen Gefahren man bei Anwendung der im Verkehr er-



- forderlichen Sorgfalt zu rechnen und wie man demnach sein Verhalten einzurichten hat 1950 <sup>19</sup>
- Verletzung einer allgemeinen Verkehrspflicht i. S. der §§ 823, 826 BGB. durch den, der ein infolge wesentlichen Konstruktionsfehlers mit unzuverlässiger Bremsvorrichtung ausgestattetes und deshalb nicht verkehrsfähigeres Kraftfahrzeug als Hersteller oder Verkäufer in den Verkehr gibt; ferner Haftung des Verkäufers, der den Konstruktionsfehler und seine Gefährlichkeit vor dem Verkauf des Kraftfahrzeuges oder der Ausstellung von Garantieschein hätte erkennen müssen, für Folgen eines durch den Fehler verursachten Verkehrsunfalls 1293 <sup>11</sup>
- Auch bei Ausschluß der Haftung des Werkstättenbesitzer für Probefahrten Haftung des die Kraftwagenreparatur ausführenden Monteurs gegenüber dem Fahrzeugbesitzer nach §§ 823 ff. BGB. 1368 <sup>10</sup>
- Gemäß § 823 II BGB. Schadensersatzanspruch nur für denjenigen, dessen Schaden unmittelbar auf Beeinträchtigung der durch das verletzte Schutzgesetz geschützten Interessen beruht. Durch Vorschriften über Eisenbahnbetriebsgefährdung nur Schutz von Gesundheit und Eigentum der vom Verkehr berührten Personen, nicht deren allgemeiner Vermögensbelange + 1779 <sup>20</sup>
- Schadensersatzpflicht der unehelichen Mutter, die im Unterhaltsprozeß wahrheitswidrig Mehrverehr bestreitet, gegenüber dem daraufhin zu Unrecht als Erzeuger zu Unterhaltszahlungen Verurteilten wegen Verletzung der Vorschriften betr. die Zeugenpflicht (§§ 390 ff. ZPO.) i. Verb. m. § 823 II BGB., sowie wegen Vertoszes gegen die Wahrheitspflicht im Prozeß (§ 138 ZPO.) i. Verb. m. § 826 BGB. + 2253 <sup>24</sup>
- § 823 II BGB. Grundsätzlich kein Schutz nach § 193 StGB. für den, der in seinen Behauptungen wesentlich von der Wahrheit abweicht 1629 <sup>9</sup>
- § 826 BGB. Zur Frage, wann Verfolgung eines Rechts gegen die guten Sitten verstößt 1106 <sup>12</sup>
- Klage aus § 826 BGB. gegenüber Gebrauchsmachen von unrichtigem Urteil bei Vorliegen besonderer Umstände, aus denen sich Sittenwidrigkeit ergibt + 1190 <sup>6</sup> + 1296 <sup>12</sup> + 2107 <sup>5</sup>
- § 826 BGB. Zur Frage der Sittenwidrigkeit der Übertragung des Geschäfts des Chemanns auf die unvermögende Ehefrau + 1776 <sup>9</sup>
- Kann Rücktritt vom Verlöbniß u. S. darstellen? + 1365 <sup>8</sup> + 2077 <sup>20</sup>
- Fahrdienstleiter und Aufsichtsbeamter bei der Reichsbahn ist nicht verfassungsmäßig bestellter oder besonderer Vertreter nach §§ 30, 31 BGB., sondern Verrichtungsgehilfe nach § 831 BGB. 1945 <sup>10</sup>
- Haftung gemäß § 837 BGB. auch für denjenigen, der in Ausübung eines Rechtes öffentlich-rechtlicher Natur ein Gebäude auf fremdem Grundstück besitzt 2105 <sup>1</sup>
- § 845 BGB. Anrechnung des Unterhalts, den der Chemann hätte seiner Frau leisten müssen, bei Schadensersatzanspruch für den Wert der infolge ihres Todes ihm entgehenden Dienste + 1192 <sup>8</sup>
- Anspruch auf Unterhalt für die Vergangenheit ohne die Voraussetzung des § 1613 BGB. zu erheben, wenn der gesetzlich geschuldete Unterhalt unter den Beteiligten vertraglich festgelegt oder wenn Unterhalt für Vergangenheit als Schadensersatz aus u. S. verlangt wird + 1300 <sup>14</sup>
- § 847 BGB. Für Bemessung des Schmerzensgeldes, das vom Reich auf Grund Amtshaftung gefordert wird, keine Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse des schuldigen Beamten 1110 <sup>14</sup>
- Rechtshängigkeit des Anspruchs auf Schmerzensgeld nach § 847 I 2 BGB., wenn der von Rechtsanwalt im Namen des Unfallverletzten erwirkte Zahlungsbefehl über Schmerzensgeldforderung dem Ersatzerpflichteten vor dem Tode des Unfallverletzten zugestellt worden 1634 <sup>11</sup>
- Begründung von Mietverhältnis durch Benutzung einer Kutschbahn gegen Entgelt, daher Haftung des Veranstalters bei Unfall nach §§ 537 ff. BGB., unabhängig hiervon unter Umständen auch wegen u. S. 1425 <sup>10</sup>
- Ablehnung der Verwendung des Rechtsbegriffs der fortgesetzten Handlung für das AnWGB. und das Gebiet der u. S. 2175 <sup>14</sup>
- Beginn der dreijährigen Verjährungsfrist des § 1489 ABGB. 2126 <sup>20</sup>
- Unfall**  
vgl. auch unter VerkehrsU.  
VerdunkelungsU. 1334  
Ist der Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls der Brutto- oder Netto-lohn des Verletzten zugrunde zu legen? 1862  
Begründung von Mietverhältnis durch Benutzung einer Kutschbahn gegen Entgelt, daher Haftung des Veranstalters bei U. nach §§ 537 ff. BGB., unabhängig davon unter Umständen auch wegen unerlaubter Handlung 1425 <sup>10</sup>
- § 823 I BGB. Bei U. Verletzung des Arbeitnehmers kein Schadensersatzanspruch des Arbeitgebers gegen den Schädiger wegen des ihm infolge Beeinträchtigung der Arbeitskraft des Arbeitnehmers erwachsenden Schadens + 2254 <sup>25</sup>
- Unfallneurose**  
U. und Rechtsprechung des RG. Schrifttum 1510
- Unfallversicherung, öff.**  
Grundriß der ReichsU. Schriftt. 1276  
Die deutsche U. Schriftt. 1622
- Keine Geltung des § 898 ABW. für Anspruch eines Dritten, der dem Verletzten haftet und vertraglichen Anspruch auf Schadensersatz wegen Verschuldens gegen den Unternehmer hat 1434 <sup>20</sup>
- § 898 ABW. Ausführung von Bauarbeiten gemeinsam durch privates Unternehmen und städtische Stelle, die durch Angestellte die Arbeiten leiten läßt. Übernahme von Fürsorgepflicht durch Stadt gegenüber den Arbeitern des privaten Unternehmers, aber nicht bzgl. Leistungen, die der verunglückte Arbeiter von Berufsgenossen
- schafft seines Unternehmers fordern kann 2250 <sup>20</sup>
- Unfallversicherung, priv.**  
Bewußtseinsstörung i. S. des § 3d Allg- UnfZufahVerf. Bed. infolge Alkoholenusses 1431 <sup>17</sup>
- Unfruchtbarkeit**  
Anwendung des § 616 ZPO. im Fall der U. (§ 53 EheG.) 1549  
§ 53 EheG. Zur Frage, ob wegen Bestimmung des Kl. auch noch durch andere Gründe neben der U. das Scheidungsbegehren sittlich nicht gerechtfertigt + 2162 <sup>2</sup>
- § 53 EheG. Der vorzeitigen U. gleichzusetzen sind Hemmungen des Mannes beim Geschlechtsverkehr mit seiner Frau, wodurch deren Empfängnis unmöglich 1564 <sup>2</sup>
- § 53 EheG. Bei erst nach zehnjährigen Bestehen der Ehe eingetretener U. regelmäßig Verneinung der sittlichen Berechtigung der Scheidung + 1887 <sup>2</sup>
- §§ 53, 54 EheG. Scheidung wegen U. nicht unbedingt ausgeschlossen, wenn U. in Erfüllung der Frauen- und Mutterpflichten eingetreten 2001 <sup>3</sup>
- Unlauterer Wettbewerb**  
vgl. unter W.
- Unmöglichkeit der Leistung**  
Bei Verkauf der Hypothek trotz vorherigem Abschluß von Ausbietungsabkommen Schadensersatzpflicht wegen positiver Vertragsverletzung und wegen nachträglicher U. begründet 1426 <sup>11</sup>
- Zulässigkeit der Vollstreckungsgegenklage, wenn die Gegenleistung unmöglich geworden und daher der Anspruch des Gläubigers auf die Leistung erlöschen (§ 323 BGB.) + 2117 <sup>21</sup>
- Unrichtiges Urteil**  
Klage aus § 826 BGB. gegenüber Gebrauchsmachen von u. U. bei Vorliegen besonderer Umstände, aus denen sich Sittenwidrigkeit ergibt + 1190 <sup>6</sup> + 1296 <sup>12</sup> + 2107 <sup>5</sup>
- Unterbrechung des Verfahrens**  
U. d. B. vor dem OLG. und der Beschwerdestelle nach der SchutzW. 1145 <sup>11</sup>
- Unterhaltspflicht**  
Die Pflicht der geschiedenen und getrennt lebenden Ehefrau zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit 1543  
Zur Frage der U. gegenüber jüdischen Angehörigen 1266  
Anspruch auf Unterhalt für die Vergangenheit ohne die Voraussetzung des § 1613 BGB. zu erheben, wenn der gesetzlich geschuldete Unterhalt unter den Beteiligten vertraglich festgelegt oder wenn Unterhalt für Vergangenheit als Schadensersatz aus unerlaubter Handlung verlangt wird + 1300 <sup>14</sup>
- § 55 EheG. Berücksichtigung der Gefährdung des Unterhaltsanspruchs der Ehefrau bei Prüfung ihres Widerstands + 1361 <sup>1</sup> 1363 <sup>3</sup> 1478 <sup>6</sup> 1479 <sup>10</sup> 1480 <sup>12</sup> 2163 <sup>3</sup> + 2243 <sup>16</sup>, desgl. des Unterhaltsanspruchs mehrerer minderjähriger Kinder 1480 <sup>13</sup> 1567 <sup>5</sup>
- § 60 EheG. Bei Abwägung des beiderseitigen Verschuldens der Ehegatten Berücksichtigung des Umstands, daß die Frau zu anderem Mann in sittenwidriger dauernder Lebensgemeinschaft steht; aber keine nochmalige Heranziehung dieses Umstands bei



- Unterhaltsfrage gemäß § 66 EheG. wegen sittenwidriger Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs 1480<sup>14</sup>
- Unterhaltsbeitrag gemäß § 68 EheG. kein echter Unterhaltsanspruch; daher Haftung der unterhaltsverpflichteten Verwandten vor dem geschiedenen Ehegatten; desgl. gehen Unterhaltsansprüche des zweiten Ehegatten und der Kinder des nach § 68 beitragsverpflichteten Ehegatten dem Anspruch des geschiedenen Ehegatten vor † 2245<sup>17</sup>
- Wann kann der aus anderem Grunde auf Scheidung verklagte Ehe teil Scheidungswiderklage wegen Verfehlung des klagenden Ehe teils erheben und Schuldantrag nach § 61 II EheG. stellen, ohne Gefahr zu laufen, den Unterhaltsanspruch nach Billigkeit (§ 69 II EheG.) zu verlieren? † 1564<sup>3</sup>
- Keine Vermirkung des Unterhaltsanspruchs gemäß § 74 EheG. durch Verhalten des berechtigten Ehe teils, das vor Inkrafttreten des EheG. liegt 1567<sup>6</sup>
- Schwere Verfehlung i. S. des § 74 EheG. Bei Fortdauer der Verfehlung aus der Zeit vor Inkrafttreten des EheG. über den 1. Aug. 1938 hinaus Geltendmachung des gesamten Tatbestands für Vermirkung des Unterhaltsanspruchs zulässig † 2246<sup>18</sup>
- § 845 BGB. Anrechnung des Unterhalts, den der Ehemann hätte seiner Frau leisten müssen, bei Schadensersatzanspruch für den Wert der infolge ihres Todes ihm entgehenden Dienste † 1192<sup>8</sup>
- § 361 Ziff. 5 StGB. Inanspruchnahme „fremder Hilfe“. Beendigung des strafbaren Verhaltens, wenn der Täter in Haft genommen wird 1671<sup>7</sup>
- Unterhaltsprozeß**
- Unterhaltsklagen außerehelicher Kinder gegen Soldaten im Kriege 1224
- § 8 überlWB. Worauf erstreckt sich Zulassung der Revision bei Häufung vorentscheidender Klage auf Scheidung oder Aufhebung der Ehe mit vermögensrechtlicher Klage aus der Ehe? 2125<sup>28</sup>
- Schadensersatzpflicht der unehelichen Mutter, die im U. wahrheitswidrig Mehrverkehr bestreitet, gegenüber dem daraufhin zu Unrecht als Erzeuger zu Unterhaltszahlungen Verurteilten wegen Verletzung der Vorschriften betreffend die Zeugenpflicht (§§ 390 ff. ZPO.) i. Verb. m. § 823 II BGB., sowie wegen Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht im Prozeß (§ 138 ZPO.) i. Verb. m. § 826 BGB. † 2253<sup>24</sup>
- Unterhaltsrückstand**
- Durch Teilzahlungen auf U. keine Unterbrechung der Verjährung hinsichtlich des ganzen Rückstands. Wann ist Hemmung der Verjährung durch Stundung anzunehmen? † 1185<sup>1</sup>
- Wegen rückständiger Unterhaltsforderung Pfändung des Urlaubsgelds voll, des Überstundenverdienstes nur zur Hälfte 1486<sup>22</sup>
- Unterhaltsvergleich**
- Berührt das neue EheG. alte Unterhaltsverträge? 1981
- Gültigkeit einer zwischen geschiedenen Gatten getroffenen Vereinbarung über Unterhaltspflicht unberührt davon, daß Gatten einen nicht mehr bestehenden Scheidungsgrund geltend gemacht hatten † 1365<sup>8</sup>
- Zulässigkeit von Gesamtvergleich über die im Verfahren aus §§ 627, 627 b ZPO. geltend zu machenden Unterhaltsansprüche unter Einbeziehung des Scheidungsprozesses und sonstiger vermögensrechtlicher Ansprüche der Ehegatten 1956<sup>31</sup>
- § 80 EheG. Zur Frage der clausula rebus sic stantibus bei Unterhaltsverträgen † 2163<sup>4</sup>
- § 80 EheG. Streitwert für U. und Kostenvergleich 1143<sup>7</sup>
- Streitwert für Rechtsstreit über Ansprüche aus Vertrag über Unterhaltsleistungen, die über den gesetzlichen Umfang hinausgehen 2267<sup>30</sup>
- Nachträgliche Armenrechtsbewilligung für einen nach Rechtskraft des Scheidungsurteils geschlossenen U. im Rahmen des § 627 b ZPO. 2190<sup>32</sup>
- Gekürzte Höchstgebühr des Staffeltarifs des ArmAnwG. für einen Eheprozeß und Unterhaltsansprüche erledigenden Gesamtvergleich † 1587<sup>29</sup>
- Kein Vergleich zur Hauptsache im Scheidungsprozeß, wenn in Verbindung mit U. der eine Ehegatte seine Einwendungen gegen den Scheidungsanspruch des andern Teils fallen läßt 1739<sup>15</sup>
- Auch nach Urteilserlaß im Scheidungsprozeß Gesamtvergleich möglich, in dem gegen vergleichsweise Unterhaltsregelung auf Rechtsmittel verzichtet wird 2122<sup>24</sup>
- Unterhaltsvollstreckung**
- Rechtspfändung zur U. gemäß §§ 850 III, 850 b ZPO. 1165
- Notwendiger Unterhalt i. S. des § 850 ZPO. 1165
- Die Regelung der U. in der Lohnpfändung Z. 1940 1975
- Rechtspfändung zur Anwendung des VollstrMißbrG. bei U. 1168
- § 751 ZPO. Anzulässigkeit der Lohnpfändung wegen künftiger Unterhaltsrenten (sogen. „Vorratsverfahren“) 1438<sup>26</sup>
- § 850 ZPO. Dem überschuldeten Schuldner von seinem geringen Einkommen Beträge weder für Verwandtenunterhalt noch für Unterhalt seiner nicht unterhaltsbedürftigen Ehefrau pfandfrei zu belassen 1576<sup>13</sup>
- Bei Unterhaltspflicht des Schuldners für außereheliches Kind und seine Ehefrau bei Bemessung des Unterhalts für das außereheliche Kind zu berücksichtigen, daß in dem Unterhalt für die Ehefrau auch derjenige für deren Kinder aus erster Ehe inbegriffen ist 2110<sup>9</sup>
- Wegen rückständiger Unterhaltsforderung Pfändung des Urlaubsgelds voll, des Überstundenverdienstes nur zur Hälfte 1486<sup>22</sup>
- Pfändbarkeit der Ministerialzulage eines Angestellten auch für Unterhaltsforderungen nur zur Hälfte 1486<sup>23</sup>
- Kann der Fürsorgeverband, der Erbschaftsprüche gegen den Vater des Unterstützten geltend macht, bei Pfändung des Arbeitseinkommens das Pfändungsvorrecht des § 850 III ZPO. in Anspruch nehmen? 1786<sup>21</sup>
- Ziel der Abänderungsklage nach § 323 ZPO. ist Verringerung des materiellrechtlichen Anspruchs, des Abänderungsverfahrens nach § 850 IV ZPO. Änderung des unpfändbaren Teils der Bezüge. Künftige Anschaffung von nach § 811 Ziff. 1 ZPO. unpfändbarer Sache gegenüber dringlichen Verpflichtungen — z. B. Unterhaltsverpflichtung — nicht gerechtfertigt 1584<sup>26</sup>
- Wenn Schuldner für uneheliches Kind und für seine Ehefrau unterhaltspflichtig, ist bei Bemessung des Unterhalts für das uneheliche Kind zu berücksichtigen, daß in dem Unterhalt für Ehefrau auch derjenige für deren Kinder aus erster Ehe mit inbegriffen. Bei Widerspruch des unehelichen Kindes VollstrMißbrG. anwendbar 2110<sup>9</sup>
- Kein Vollstreckungsmißbrauch, wenn Unterhaltsgläubiger nur wegen des Unterschieds zwischen den geschuldeten und den aus öffentlichen Mitteln erstattungsfrei empfangenen Beträgen vollstreckt 2119<sup>22</sup>
- Armenrechtsbewilligung für Zustellung und Vollstreckung eines Unterhaltstitels 2187<sup>28</sup>
- Unterlassungsanspruch**
- Inhalt einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit kann zugleich U. und Benutzungsrecht für den Berechtigten sein, z. B. Zulässigkeit einer auf Unterlassung bestimmter Ausübungshandlungen gerichteten beschränkten persönlichen Dienstbarkeit an Abbaurecht 1781<sup>13</sup>
- Anspruch auf Unterlassung unbefugten Firmengebrauchs. Voraussetzung des Einschreitens des Inhabers von an sich nicht unterscheidungskräftiger Firma gegen deren unbefugte Benutzung. Begründung der allgemeinen Verkehrsgeltung einer Firma. Verwechslungsgefahr durch Mitgebrauch eines fremden Kennzeichnungswortes in Annoncen † 1196<sup>10</sup>
- Bei U. des Zeicheninhabers gemäß § 24 WZG., wenn Benutzung des Zeichens nicht der Warenbezeichnung dient 1470<sup>5</sup>
- Unterlassungsdelikt**
- Beihilfe zum Zeugenmeineid im bürgerlichen Rechtsstreit legangen durch Partei, die es unterläßt, falsche Parteibehauptungen zu berichtigen, für die sie den Zeugen benannt hat † 2057<sup>1</sup> † 2234<sup>3</sup>
- Begehung fahrlässiger Körperverletzung auch durch den, der fahrlässig seine Pflicht, die Körperverletzung zu verhindern, nicht erfüllt hat 1236<sup>7</sup>
- Treubruch des Angestellten i. S. des § 266 StGB. bei Unterlassen der ihm obliegenden Buchführung oder geschäftlichen Schriftverkehrs 1515<sup>4</sup>
- § 309 StGB. Begehung fahrlässiger Brandstiftung durch Unterlassung. Ursächlicher Zusammenhang 1519<sup>7</sup>
- Befrafung nach § 330 c StGB. wegen der rückständigen Gewinnung, unabhängig davon, ob und welche Folgen das Unterlassen der Hilfeleistung gehabt hat. Hilfeleistungspflicht nicht nur für Kraftwagenlenker, der den Unfall verschuldet hat, sondern auch für Mitfahrer † 1420<sup>5</sup> 2062<sup>10</sup>
- Das durch § 330 c StGB. geschützte Rechtsgut kann Leben, Leib oder



Eigentum des durch den Unfall Betroffenen sein 2063<sup>13</sup>  
 Begehung von U. (hier § 330 c StGB.) unter den straf erhöhenden Umständen des § 2 VolkschäblB.D. † 1420<sup>5</sup> 2063<sup>13</sup>  
 § 346 StGB. Beurteilung des Dienstvorgesetzten wegen Begünstigung im Amte, wenn Unterlassung der Anzeige Ermessensmißbrauch darstellt † 1237<sup>8</sup>

**Untermiete**

U. und Mietpreisüberwachung 1700  
 Die Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung 1707  
 Zur Anwendung des VolkstMißbr.G. bei Pfändung von U.ansprüchen 1168

Mieterschutz für Untermieter, der Wohnung auf bestimmte kurze Zeit mietet mit der dem Mieter bekannten Absicht, an seiner Stelle Hauptmieter zu werden 1430<sup>19</sup>

Kein Mieterschutz für Untermieter, der seine Familie am bisherigen Wohnort zurückläßt und nur einen von mehreren gemieteten Räumen einrichtet 1577<sup>15</sup>

Ablehnung der Ersetzung der Erlaubnis zur Untervermietung durch das M.G.A. wegen Besorgnis, infolge des dem Untermieter zustehenden Mieterschutzes könne eine durch die Wohnungsd. der Stadt Berlin verbotene Überbelegung der Wohnung eintreten 1430<sup>15</sup>

Ersetzung der Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung der Mieträume durch das M.G.A., auch wenn dem Dritten die ganzen Mieträume überlassen werden sollen 1145<sup>12</sup>

Ersetzung der Erlaubnis des Vermieters zur Untervermietung durch das M.G.A. nicht allgemein, sondern nur für bestimmten Dritten 1146<sup>14</sup>

Nur ausnahmsweise Ersetzung der Erlaubnis des nichtjüdischen Vermieters zur Untervermietung eines jüdischen Mieters durch das M.G.A. 1146<sup>13</sup>

§ 49 a MietSchG. Vermietung von Geschäftsräumen zu Wohnzwecken. Mietwucher gegen Untermieter auch möglich, wenn U. gleich Hauptmieter ist 2017<sup>19</sup>

**Unternehmerarbeiter**

Anwendung des Grundsatzes der Tarifeinheit auf sogenannte U. † 1488<sup>26</sup>

**Untersuchungshaft**

Überwachung des Schrift- und Besuchsverkehrs der Untersuchungsgefangenen im Vorverfahren 2053

Voraussetzung für Zubilligung von Entschädigung wegen unschuldig erlittener U. ist Rechtskraft des Freispruchs. Zur Rechtslage, wenn bei Verhaftung und Anklage wegen mehrerer selbständiger Straftaten in einigen Fällen freigesprochen, in anderen kein Freispruch erfolgt 1242<sup>13</sup>

Unzulässig ist, nur Ersahfreiheitsstrafen, nicht aber an erster Stelle erkannte Geldstrafen für durch die U. verbüßt zu erklären 2058<sup>2</sup>

**Untreue (§ 266 StGB.)**

Treuebruch des Angestellten i. S. des § 266 StGB. bei Unterlassen der ihm obliegenden Buchführung oder geschäftlichen Schriftverkehr 1515<sup>4</sup>

U. des Fleischbeschauers, der den Gebührenanteil des Staates zwar einzieht, aber nicht abführt 1419<sup>4</sup>

**Unzulässige Rechtsausübung**

Einwand u. R. gegenüber dem Ruhegehaltsanspruch eines früheren Dienstverpflichteten wegen erst nachträglich bekanntgewordenen Verfehlungen desselben 1533<sup>25</sup>

Voraussetzungen des Gegeneinwands der u. R. gegenüber der Verjährungseinrede bei Lohnforderungen 2029<sup>31</sup>

**Urheberrecht**

Das Urheberpersönlichkeitsrecht im musikalischen U. Schrifttum 1184

**Urkundenfälschung**

Unterzeichnung des Meldescheins mit falschem Namen als falsche Anfertigung von Privaturkunde 1828<sup>8</sup>

Die von privater Eisenbahngesellschaft ausgestellten Fahrkarten sind private Urkunden i. S. des § 267 StGB. 2062<sup>11</sup>

§ 268 StGB. unanwendbar, wenn der Fälschende die Absicht hat, Schande der Bestrafung und Freiheitsentziehung zu vermeiden † 1515<sup>5</sup>

§ 269 StGB. Begehung von Blankettfälschung durch den, der eine ihm nicht zustehende Reichsfleischkarte mit seinem Namen versieht und verwertet 1828<sup>9</sup>

U. in Lateinheit mit Betrug bei Beantragung eines Bezugscheins unter Täuschung über den Aussteller der Antragsurkunde, um auf den erschlüsslichen Bezugschein Waren zu kaufen 1825<sup>4</sup>

Bei Gebrauchmachen von einer — wenn auch beglaubigten — Abschrift einer gefälschten Urkunde keine Verurteilung wegen U. Entsprechende Anwendung des § 271 StGB. auf Fälle, in denen ein sachlich unzuständiger Beamter gutgläubig falsche Beurkundung in Form einer öffentlichen Urkunde vornimmt 1828<sup>7</sup>

Strafbarkeit des Arztes nach § 278 StGB. wegen Bescheinigung eines Befundes ohne Vornahme von Untersuchung † 1516<sup>6</sup>

§ 348 StGB. Falsche Eintragungen des Fleischbeschauers im Fleischbeschautagebuch 1419<sup>4</sup>

**Urkundensteuer**

U. gefeh. Schrifttum 2104

**Urlaub**

Die Einheit des U.anspruchs in der neuesten Rechtsprechung des ArbG.: Die Einheit des U.anspruchs bei Betriebswechsel 1226

Rückforderung der U.bergütung? 1227

Zweimal U. in einem Jahre? 1228 1244<sup>14</sup> 1245<sup>15</sup> 1618

Der U. im Kriege, insbes. für Familienheimfahrten 1858

U.anspruch des Jugendlichen bei Betriebswechsel 1226 † 1487<sup>25</sup> 1877

U.regelung bei Wechsel der Dienststelle, insbes. im öffentlichen Dienst † 1854<sup>35</sup>

U.ansprüche des Dienstverpflichteten 1967<sup>44</sup>

U.anspruch der in Gaststätten beschäftigten Musiker, insbes. nach § 8 TarD. für die in Gaststätten beschäftigten Musiker im Trenhänderbezirk Sachsen v. 8. Juni 1935 1599<sup>40</sup>

Alle tariflichen Bestimmungen, die bestehen einer Treue- und Fürsorgepflicht voraussetzen, z. B. über den U., auf das Dienstverhältnis zwischen Juden und Arieren unanwendbar 2126<sup>31</sup>

Während des U. Anspruch des Gefolgsmanns nur auf den Lohn, den er verdient hätte, wenn er gearbeitet hätte 1645<sup>25</sup>; Geltung des gleichen Grundsatzes für Angestellte † 1902<sup>19</sup>  
 Wegen rückständiger Unterhaltsforderung Pfändung des vollen U.gelds 1486<sup>22</sup>

**Ursächlicher Zusammenhang**

Der u. Z. in der Rechtsprechung des RG. zur Unfallneurose. Schrifttum 1511

§§ 823, 826 BGB. Keine Störung des u. Z. durch nicht wirksam gewordenes Ereignis, das ohne die Handlung des Schädigers hätte Schadensursache werden können, infolge dieser Handlung aber nicht zur Auswirkung gekommen ist 1629<sup>7</sup>

§ 230 StGB. Frage der Strafbarkeit desjenigen, der einen Kraftfahrer mit Alkohol bewirkt, wenn dieser dann in angetrunkenem Zustand Verkehrsunfall verschuldet † 1232<sup>4</sup>

§ 309 StGB. Begehung fahrlässiger Brandstiftung durch Unterlassung. U. Z. 1519<sup>7</sup>

Zur Frage des u. Z. zwischen den Tatbestand der §§ 315 I, 316 I StGB. verwirklichenden Unterlassungen und dem eingetretenen Erfolg. Ursache hört nicht deshalb auf, eine solche zu sein, weil außer ihr noch andere Ursachen zum Erfolg beigetragen haben 2061<sup>9</sup>

Urteil in einer Rechtsache i. S. des § 839 II BGB. † 1571<sup>10</sup>

**Urteilsberichtigung**

§ 319 ZPO. Berichtigung eines die Klage zufolge Aufrechnung abweisenden Urteils, wenn das Gericht irrtümlich die bereits anderweitig getriggte Aufrechnungsforderung für bestehend hielt † 1483<sup>17</sup>

Inaufsetzen des Rechtsmittelzugs für Arbeitsgerichtsurteile, wenn sich die Zulässigkeit der Berufung nicht aus der Urteilsformel ergibt, erst durch nachträglichen Beschluß gemäß § 319 ZPO., der das Urteil durch entsprechende Streitwertfestsetzung oder Zulassung der Berufung berichtigt 1646<sup>25</sup>

**Urteilsgründe**

Bei Parteibernehmung gemäß § 619 ZPO. genügt Wiedergabe der Aussagen in den U., auch in getrennten Abschnitten 1438<sup>25</sup>

**Urteilsveröffentlichung**

Erstreckung des Straferlasses gemäß Gnadenerlaß auch auf die Veröffentlichungsbefugnis nach § 165 StGB. 1528<sup>22</sup>

**Vaterschaftsanerkennung**

vgl. unter Uneheliches Kind

**Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes (§ 265 StPD.)**

vgl. unter Hintweis auf B.

**Verbindung von Klagen**

Revisionssumme nicht erforderlich bei B. vermögens- und nichtvermögensrechtlicher Ansprüche, bei der Letztere präjudizuell für erstere 1638<sup>18</sup>



**Verbrauchsregelung**

vgl. auch unter Bezugsgeld  
Unbefriedigendes aus der V. strafV.D.  
1508

Der Verbotsirrtum im Gebiet der V.-  
strafV.D. 1817

Erfüllung des Tatbestands des § 4  
VolkschädV.D. durch Zuwiderhand-  
lung gegen kriegswirtschaftliche Ver-  
ordnungen — Erschleichung von Be-  
bensmittelfkarten † 2236<sup>7</sup>

**Verbrechen**

Nach § 69 I DevG. strafbare Delikten-  
zuwiderhandlungen gelten i. S. des  
österreichischen Landesrechts stets als  
V. 1521<sup>11</sup>

Verstoß gegen § 1 KrWirtschV.D. ist  
V., nicht Vergehen † 2064<sup>15</sup>

**Verdunkelung**

V.unfälle 1934 Schrifttum 1938

Die Anordnung über die Einwirkung  
der V.mahnahmen auf die Entgelte  
für Straßenbeleuchtung 1927

Bestrafung wegen Störung der V.;  
Verantwortlichkeit für Durchführung  
der V.; „schwerer Fall“ i. S. von § 9  
LuftschG. 1524<sup>16</sup>

§ 2 VolkschädV.D. Bewußte Aus-  
nutzung der V. durch Handlung des  
Täters im Affekt nicht ausgeschlossen  
1939<sup>4</sup>

**Vereinfachungsverordnung**

Erfahrungen mit dem Kriegsverfah-  
rensrecht 1866

Die Änderung der V. durch V.D. vom  
18. Sept. 1940 1761 2054

Die Vorschriften der V. über die  
Strafrechtspflege 2132

§ 24 VereinfV.D. Zur Frage der Zu-  
lässigkeit der „Beweisanticipation“  
im Strafverfahren 2041

§ 7. Erfordernis der Berufungssumme  
bei gleichzeitiger Verhandlung über  
Rechtsmittel gegen Vorabentschei-  
dung (§ 301 ZPD.) und Schluß-  
urteil 1147<sup>18</sup>

§§ 7, 9. Behandlung des VG. als Ein-  
gangsstelle für die in der ersten Zeit  
nach Inkrafttreten der V. bei ihm  
noch eingelegten Berufungen unzu-  
lässig. Keine Wiedereinsetzung bei  
Versäumung der Frist, bis zu der  
noch Berufungseinlegung bei Beru-  
fungssumme unter 500 RM zulässig  
war 1893<sup>7</sup>

§ 10. Recht der AG., ihr Verfahren  
nach freiem Ermessen zu bestimmen,  
gewährt nicht Befugnis der Anord-  
nung schriftlichen Verfahrens an  
Stelle mündlicher Verhandlung  
1205<sup>19</sup>

§ 11. Anspruch des VGAnwalts, der  
im Verfahren der VG. über die  
Berufung gegen Entscheidung des  
AG. einer Partei als ArmAntw. bei-  
geordnet, auf Ersatz seiner Reise-  
kosten 1384<sup>20</sup> 2027<sup>26</sup>

Ablehnung eines Beweisantrags nach  
§ 24, weil Beweiserhebung nach  
freiem Ermessen des Gerichts zur  
Wahrheitsforschung nicht mehr er-  
forderlich † 1104<sup>10</sup>

Zur Frage der Rechtsgültigkeit der  
AusfV.D. v. 17. Jan. 1940 zur V.  
2067<sup>20</sup>

**Verfahrensmangel**

Im Statusverfahren auf Feststellung  
der blutmäßigen Abstammung Be-  
achtung jedes V. von Amts wegen  
2265<sup>30</sup>

Wirksame Berichtigung des Sitzungs-  
protokolls auch möglich nach Er-  
hebung einer auf die ursprüngliche  
Fassung des Protokolls gegründeten  
Verfahrensrüge (ZR.) † 2265<sup>27</sup>

**Verfassung**

Reich und Führung 1913

Der Aufbau des Reichs, Rede von  
RMIn. Dr. Frank auf der Jahres-  
tagung der Akademie für Deutsches  
Recht 2130

Deutsche V.geschichte. Schrifttum 1090  
2000

**Vergehen**

V. i. S. des § 1 StGB. ist auch ein  
„besonders schwerer Fall“ einer De-  
visenzuwiderhandlung, bei dem auf  
Zuchthaus erkannt wird 1830<sup>11</sup>

Verstoß gegen § 1 KrWirtschV.D. ist  
Verbrechen, nicht V. † 2064<sup>15</sup>

**Vergleich**

Berechnung der Rechtsanwaltsgebühr  
bei Abschluß eines über den bisher-  
gen Prozeßstoff hinausgehenden Pro-  
zeßV. 2102, desgl. bei V.abschluß  
ohne Rechtsstreit 2103

Durch V. grundsätzlich das bisherige  
Rechtsverhältnis und die damit ver-  
bundenen Sicherungen und Vor-  
rechte unberührt † 1783<sup>16</sup>

Wirkung des außergerichtlichen V. über  
die Kosten gegen den Fessionar des  
Kostenerstattungsanspruchs auch,  
wenn das die Kostenentscheidung zu-  
gunsten des Zedenten enthaltende  
Urteil infolge Rechtsmittelzurück-  
nahme rechtskräftig wird † 1117<sup>22</sup>

Kostenerstattung gemäß § 788 II ZPD.  
auch bei Aufhebung des früheren  
Urteils durch gerichtlichen V. 1896<sup>11</sup>

Absehen vom Erfordernis der Beru-  
fungssumme gemäß § 14 MietSchG.  
gilt nicht für Klage gegen Urteil,  
durch das zu einem vor dem AG. auf  
Aufhebungsklage hin abgeschlossenen  
V. die Vollstreckungsklausel erteilt  
wird 2111<sup>11</sup>

Nach Beseitigung der Wirksamkeit einer  
die Friedensmiete feststellenden oder  
festsetzenden Entscheidung des MGA.  
durch V. ist neuer Antrag auf Er-  
mittlung der Friedensmiete unter  
denselben Parteien zulässig 1147<sup>1</sup>

In Zahlungen durch Haftpflichtver-  
sicherungsgesellschaft an Geschädigten  
auf Grund von Teilvergleichen nicht  
ohne weiteres Anerkenntnis der Haf-  
tungspflichtung des Versiche-  
rungsnehmers i. S. der §§ 780—782  
BGB. zu erblicken 1949<sup>17</sup>

Verstoß eines V. gegen die Preisstop-  
V.D. Aufhebung eines Schieds-  
spruchs, der, ohne die Anwendbarkeit  
der StopV.D. zu prüfen, die auf  
einen gegen die Verordnung ver-  
stoßenden V. gestützten Ansprüche  
anerkennt † 1528<sup>23</sup>

„V.“, der im amtsgerichtlichen Schieds-  
verfahren nach § 20 EntlV.D. auf  
Grund schriftlicher Erklärungen der  
Parteien zustande gekommen und  
alsdann vom Prozeßrichter schriftlich  
niedergelegt worden, kein vollstreck-  
barer Titel i. S. des § 794 ZPD.  
1639<sup>20</sup>

Durch Armenrechtsbewilligung für V.-  
abschluß im Armenrechtsverfahren  
wird auch das in dieser Instanz be-  
reits schwebende Verfahren gedeckt,  
damit auch die noch nicht gezahlte ge-  
richtliche Prozeßgebühr 2028<sup>28</sup>

**UnterhaltsV. in Ehesachen**

Gültigkeit einer zwischen geschiedenen  
Gatten getroffenen Vereinbarung  
über Unterhaltspflicht unberührt da-  
von, daß Gatten einen nicht mehr be-  
stehenden Scheidungsgrund geltend  
gemacht hatten † 1365<sup>9</sup>

Zulässigkeit von GesamtV. über die im  
Verfahren aus §§ 627, 627 b ZPD.  
geltend zu machenden Unterhaltsan-  
sprüche unter Einbeziehung des  
Scheidungsprozesses und sonstiger  
vermögensrechtlicher Ansprüche der  
Ehegatten 1956<sup>31</sup>

Nachträgliche Armenrechtsbewilligung  
für einen nach Rechtskraft des Schei-  
dungsurteils geschlossenen Unter-  
haltsV. im Rahmen des § 627 b  
ZPD. 2190<sup>32</sup>

§ 80 EheG. Zur Frage der clausula  
rebus sic stantibus bei Unterhalts-  
verträgen † 2163<sup>4</sup>

§ 80 EheG. Streitwert für Unterhalts-  
und Kostenvergleich 1143<sup>7</sup>

**Vergleichsgebühr des Rechtsanwalts**

V. für Vergleiche nach Rechtskraft des  
Urteils 1615 1387<sup>24</sup>

V. und Rechtsmittelverzicht in Ehe-  
sachen 1986

Begriff des „Vergleichs“ als Voraus-  
setzung für Entziehung der V. d. R.  
Keine V. für Vereinbarung zwischen  
Gläubiger und Schuldner im Offen-  
barungsverfahrensverfahren oder sonstigen  
Verfahren der Zwangsvollstreckung,  
eine schuldittelmäßig feststehende  
Schuld in bestimmten Raten abzu-  
tragen 1119<sup>24</sup>

Keine V. für Vereinbarung, daß der  
Rechtsstreit durch Schiedsrichter er-  
ledigt werden soll 1387<sup>33</sup>

Gefürzte Höchstgebühr des Staffeltarifs  
des ArmAntwG. für einen Eheprozeß  
und Unterhaltsansprüche erledigenden  
Gesamtvergleich † 1587<sup>20</sup>

Berechnung der Prozeßgebühren und  
der V. bei Gesamtvergleich über die  
im Verfahren aus §§ 627, 627 b  
ZPD. geltend zu machenden Unter-  
haltsansprüche unter Einbeziehung  
des Scheidungsprozesses und sonstiger  
vermögensrechtlicher Ansprüche der  
Ehegatten 1956<sup>31</sup>

V. d. R. bei Gesamtvergleich im Schei-  
dungsprozeß, in dem gegen ver-  
gleichsweise Unterhaltsregelung auf  
Rechtsmittel verzichtet wird 2122<sup>24</sup>

Maßgebender Streitwert für Berech-  
nung der V. bei Vergleichsabschluß  
in höherer Instanz, der auch An-  
sprüche mitumfaßt, über die bereits  
in unterer Instanz unangefochten  
entschieden worden 1740<sup>16</sup>

Rechtsanwaltsgebühr für Vergleich zur  
Hauptsache im Ehestreit † 1738<sup>14</sup>  
1739<sup>15</sup>

Berechnung der V. und Prozeßgebühr  
des Rechtsanwalts bei Vergleichsab-  
schluß im Armenrechtsbeschwerdever-  
fahren 1388<sup>35</sup>

Erwachsen der <sup>3</sup>/<sub>10</sub>-V. des § 41 RM-  
GebD. anstatt der vollen des § 13  
Ziff. 3 RMGebD. nur, wenn durch  
den Vergleich nur die mit der Be-  
schwerde zur Entscheidung der höhe-  
ren Instanz gestellten Ansprüche er-  
ledigt werden 1389<sup>36</sup>

**Vergleichsverfahren, gerichtliches**

Keine Gewährung der Schuldenbereini-  
gung für Mitverpflichteten, solange



- Konkurs** oder B. gegen ihn schwach 1893<sup>6</sup>
- Verhaftung**  
B. und vorläufige Festnahme nach neuem österreichischen Strafverfahrensrecht 1808
- Verhandlungsgebühr des Rechtsanwalts**  
Entstehen der B. für Verfahren aus § 627 ZPO. nicht schon durch Antrag auf einstweilige Anordnung aus § 627 ZPO., sondern erst durch entsprechende Anordnung des Gerichts 1206<sup>18</sup>
- Nachverhandlungsgebühr bei Anordnung nach § 272 b ZPO. 1740<sup>17</sup>
- Weitere B. für Rechtsanwalt bei Einverständnis der Parteien mit schriftlicher Entscheidung (§ 7 EntfW.) und nachher ergehender Anordnung der schriftlichen Anhörung des Zeugen (§ 377 ZPO.) 1693<sup>24</sup>
- Verjährung**  
B. der „besonders schweren Fälle“ nach § 2 VerbrauchsregelungsstrafV. 1508
- Durch Teilzahlungen auf Unterhaltsrückstand keine Unterbrechung der B. hinsichtlich des ganzen Rückstands. Wann ist Hemmung der B. durch Stundung anzunehmen? † 1185<sup>1</sup>
- Ablehnung des Vorliegens höherer Gewalt i. S. des § 203 II BGB., das aus Verweigerung des Armenrechts durch Beschluß des LG. entnommen wird, mit der Begründung, gegen diesen Beschluß hätte Beschwerde an das OLG. eingelegt werden können? 1186<sup>2</sup>
- § 208 BGB. Durch einseitiges Anerkenntnis sowie vertragsmäßiges Anerkenntnis, durch das nur die bestehende Schuld im Rahmen des alten Schuldgrundes bestätigt werden soll, Unterbrechung der B., aber keine Begründung einer selbständigen rechtlichen Verpflichtung 1628<sup>5</sup>
- Voraussetzungen für die Erhebung einer die B. (§ 32a RW.) des Schadensersatzanspruchs unterbrechenden und deshalb zur Verhütung der B. erforderl. Feststellungsfrage 1585<sup>24</sup>
- Voraussetzungen des Gegeneinwands der unzulässigen Rechtsausübung gegenüber der B. einrede bei Lohnforderungen 2029<sup>31</sup>
- Beginn der dreijährigen B. frist des § 1489 ABGB. 2126<sup>30</sup>
- Beginn des Laufs der B. frist des § 23 TschchUnWGB. 1744<sup>23</sup>
- Bei Ratengeschäften nach tschechischem Gesetz läuft für jede Rate besondere B. frist 1960<sup>30</sup>
- Durch Erhebung von Klage durch geschädigten Beamten vor Inkrafttreten des DBG. auf Feststellung der Ersatzpflicht des Schädigers für allen künftigen Schaden Unterbrechung der B. auch insoweit, als seine Ansprüche mit Inkrafttreten des DBG. gemäß dessen § 139 auf das infolge seiner später erfolgten Zurrücksetzung ihm zur Gewährung von Versorgungsbezügen verpflichtete Reich übergegangen † 1434<sup>21</sup>
- Unterbrechung der B. durch richterliche Handlungen, die im devisenrechtlichen selbständigen Einziehungsverfahren ergehen 1830<sup>11</sup>
- „Tat“ i. S. des § 68 StGB. 2058<sup>3</sup>
- Verkehrsanwalt**  
Auch bei Herabsetzung des Streitwerts nach § 53 I PatG. Festsetzung der Gebühren des Rechtsanwalts der begünstigten Partei nach dem vollen Streitwert, auch für den B. 1381<sup>23</sup>
- Verkehrsrecht**  
vgl. auch unter StraßenB.  
Eintragung von Strafen in den Führerschein wegen Verletzung der Verkehrsvorschriften 1089
- Verkehrsregelung (§ 1636 BGB.)**  
Grundsätze für Häufigkeit, Dauer, Ort der Besuche. Bei Scheidungsfreit Zuständigkeit des Prozeßgerichts zur B., keine Verweisung an das Vorm-Ger. 2006<sup>7</sup>
- Verkehrsunfall**  
Haftung für Verdunkelungsunfälle 1334. Schrifttum 1358
- Haftung des Verkäufers von Kraftfahrzeug, der einen Konstruktionsfehler und seine Gefährlichkeit vor dem Verkauf des Wagens oder der Ausstellung von Garantieschein hätte erkennen müssen, für die Folgen eines hierdurch verursachten B. aus § 823 BGB. 1293<sup>11</sup>
- Bei Unfall, für den beide Teile nicht verantwortlich, Ansprüche des Geschädigten aus §§ 683, 904 BGB., wenn er selbst den Schaden auf sich genommen hat, um den anderen vor größerem Unheil zu bewahren 1188<sup>5</sup>
- Prima-facie-Beweis bei Straßenverkehrsunfällen 1368<sup>9</sup>
- Frage der Strafbarkeit desjenigen, der einen Kraftfahrer mit Alkohol bewirtet, wenn dieser dann in ange-trunkenem Zustand B. verschuldet † 1232<sup>4</sup>
- Bestehen der Hilfeleistungspflicht nach § 330 c StGB. nicht nur für Kraftfahrer, der den Unfall verschuldet hat, sondern auch für Mitfahrer † 1420<sup>5</sup>
- Verlagsrecht**  
Das Recht der Pflichtexemplare. Schrifttum 1414
- Verlagswesen im Generalgouvernement 1797
- Verlassenschaftsgericht**  
vgl. unter Nachlassgericht
- Verleitung zur Begehung eines Meineids (§ 159 StGB.)** 2236<sup>4</sup>
- Verlester i. S. des § 172 StPD.** 1839<sup>19</sup>
- Verlöbnis**  
Berechtigung des Mannes zum Rücktritt vom B. wegen der längere Zeit aufrechterhaltenen Täuschung der Verlobten über ihr Alter 1114<sup>17</sup>
- Rücktritt vom B. kann nicht unerlaubte Handlung darstellen † 1365<sup>9</sup>
- Zur Frage der Unbescholtenheit einer Frau gegenüber ihrem zweiten Verlobten, wenn sie dem ersten Verlobten die Wohnwohnung gestattet, ohne daß es zur Eheschließung kam 2110<sup>5</sup>
- Ansprüche einer Sudetendeutschen aus B. bruch gegen Angehörigen des Reichs † 2077<sup>20</sup>
- Vermächtnis**  
§ 48 II TestG. Zur Frage, wann B. zugunsten der Geliebten nichtig † 1424<sup>8</sup>
- Zumwendung eines Nießbrauchs an Nachlassgegenständen durch letztwillige Verfügung niemals mit dinglicher Wirkung, sondern nur durch Anordnung von B. 1186<sup>3</sup>
- Zur Abrechnung von Nachlassgrundstück an den damit bedachten B. nehmer bedarf Vorerbe nicht der Zustimmung des Nacherben 2256<sup>27</sup>
- Bei Zuwendung eines B. Beweislast des Bedachten, daß es sich um Verschaffungsvermächtnis handelt † 1679<sup>13</sup>
- Vermögen, feindliches**  
vgl. unter F.
- Vermögenssteuer**  
Das B. gesetz. Schrifttum 2159
- Vermögensübertragung**  
B. liegt nicht vor bei Übertragung eines wertlosen Geschäfts vom Ehemann auf die Ehefrau † 1776<sup>9</sup>
- Übertragung des Vermögens der Aktiengesellschaft während Abwicklung vor Ablauf des Sperrjahres auf anderen, auch wenn dies Verteilung an die Aktionäre ersehen soll 1723<sup>1</sup>
- Veröffentlichung**  
vgl. UrteilsB.
- Verpackung**  
B. material und Preiserhöhungsverbot in der Kriegswirtschaft 1408
- Verpfändung**  
Keine Anwendung des § 1290 BGB. auf die Verwertung einer mehrfach gepfändeten Forderung im Verwaltungsverfahren 1900<sup>16</sup>
- Auf Kaufvertrag mit Vorbehalt des Wiederkaufsrechts, der gleichen wirtschaftlichen Zwecken dient wie Pfandungsvertrag, nicht ohne weiteres Anwendung der Pfandrechtsgrundsätze 2252<sup>22</sup>
- Grundbucheintragung der B. des Erbanteils eines Miterben ist als gegenstandslos zu löschen, wenn Testamentvollstrecker des Nachlasses das Grundstück wirksam veräußert 2256<sup>23</sup>
- Befreiung von der Form des § 12 I 2 DepotG. für Ermächtigungserklärung des Hinterlegers an den Verwahrer mit der Einschränkung, der Verwahrer dürfe die Wertpapiere nur bis zur Höhe des dem Hinterleger gewährten Kredits verpfänden 1724<sup>2</sup>
- Verrichtungsgehilfe (§ 831 BGB.)**  
Keine Haftung des Vermieters aus § 831 BGB. wegen Verletzung der Obhutspflicht eines Mieters 1127
- Fahrdienstleiter und Aufsichtsbeamter bei der Reichsbahn ist nicht verfassungsmäßig bestellter oder besonderer Vertreter nach §§ 30, 31 BGB., sondern B. 1945<sup>10</sup>
- Verfall der Diktat**  
Ungültigkeit des Art. 53 2233<sup>1</sup>
- Verjährungsfrist**  
Gegen rechtskräftige Verurteilung eines jäumigen B. schl. aus § 1717 BGB. Klage aus § 826 BGB. wegen Unrichtigkeit des B. allein nicht gegeben † 1190<sup>6</sup>
- § 99 ZPO. B. schl. wird im Verjährungswege verurteilt, hat aber vorher anerkannt (§ 93 ZPO.). Keine selbständige Anfechtung der Entscheidung im Kostenpunkt durch Kl., dem die Kosten mit Ausnahme der durch die Säumnis entstandenen auferlegt worden † 2114<sup>13</sup>
- Verschaffungsvermächtnis † 1679<sup>13</sup>**
- Verschmelzung**  
Die B. von Aktiengesellschaften gegen Gewährung von art- oder gattungsmäßig verschiedenen Aktien 1121



**Versicherungsbeiträge (Sozialversicherung)**

Ist der Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls der Brutto- oder Netto-lohn des Verletzten zugrunde zu legen? 1862

Haftung des Unternehmers, der in Lohnbüro die sozialen und steuerlichen Lohnabzüge für Gefolgschaft bearbeiten läßt, gegenüber den Behörden und den Gefolgschaftsmitgliedern für ordnungsmäßige Erledigung der Abzüge 1212<sup>24</sup>

**Versicherungsrecht, öffentliches**

Die Familienangehörigen des Unternehmers und die Sozialversicherung 1657

Der Rückgriffsanspruch des Versicherungsträgers in der Krankenversicherung. Schrifttum 2231

Reichs-Versicherungsgesetze. Schrifttum 1230

Grundriß der Reichsunfallversicherung. Schrifttum 1276

ReichsKnappschaftsgesetz. Schriftt. 1415  
Übersicht über die Personengruppen, denen die reichsgesetzlichen Krankenkassen Leistungen zu gewähren haben. Schrifttum 1416

Die deutsche Unfallversicherung. Schrifttum 1622

Angestelltenversicherungsgesetz nebst Ausführungsvorschriften. Schrifttum 1936

Bismarcks Erbe in der Sozialversicherung. Schrifttum 2000

Keine Änderung des Begriffs des Hausgewerbetreibenden i. S. der RVD. durch die Begriffsbestimmung des Heimarbeiters i. S. des § 3 HeimarbG. 1646<sup>27</sup>

§ 165 II RVD. Betrug zum Nachteil einer Ortskrankenkasse 1327<sup>5</sup>

§ 189 RVD. Für Angestellte gemäß § 616 II BGB. und für gewerbliche Angestellte gemäß § 133c GewO. Anspruch auf Vergütung für den Krankheitsfall unabdingbar, auch nicht durch Abzug von Krankengeld einzuschränken † 1642<sup>23</sup>

§ 368 d RVD. Abgrenzung zwischen der Überwachung der kassenärztlichen Versorgung der Kranken durch die RVD. und der Standesgerichtsbarkeit auf Grund der ÄrzteD. † 1571<sup>10</sup> 1632<sup>10</sup>

Keine Geltung des § 898 RVD. für Ansprüche eines Dritten, der dem Verletzten haftet und vertraglichen Anspruch auf Schadensersatz wegen Verschuldens gegen den Unternehmer hat 1434<sup>20</sup>

§ 898 RVD. Ausführung von Bauarbeiten gemeinsam durch privates Unternehmen und städtische Stelle, die durch Angestellten die Arbeiten leiten läßt. Übernahme von Fürsorgepflicht durch Stadt gegenüber den Arbeitern des privaten Unternehmens, aber nicht bzgl. Leistungen, die der verunglückte Arbeiter von Berufsgenossenschaft seines Unternehmers fordern kann 2250<sup>20</sup>

§ 1542 RVD. Erbschaftsanspruch der Berufsgenossenschaft nur bzgl. Ansprüche, die auf Grund gesetzlichen Übergangs geltend gemacht werden können. Rechtskraft eines Urteils im Vorprozeß, in dem Erbschaft des

Schädigers gegenüber dem Versicherungsträger ohne zeitliche Begrenzung festgestellt worden, nicht auf die Zeit über die Arbeitsfähigkeit des Getöteten hinaus † 2263<sup>25</sup>

Zur Frage der bevorzugten Behandlung von Forderungen aus der Invalidenversicherung nach § 2 SchuldvereinG. 1582<sup>22</sup>

**Versicherungsrecht, privates**

Empfehlungsvertrag mit der Deutschen Beamten-Krankenversicherung in Koblenz 1272

Neues Vertragsrecht in der Kraftfahrzeugversicherung. Bemerkungen zu den Allgem. Bedingungen für die Kraftfahrzeugversicherung 1710

Die Privatversicherung im Kriege. Schrifttum 1622

Arzt und private Krankenversicherung. Schrifttum 1623

Betrachtungen zum Abschluß des Versicherungsvertrags. Schrifttum 2160

In Leistung von Zahlungen durch Haftpflichtversicherungsgesellschaft auf Grund von Teilvergleichen an den Geschädigten nicht ohne weiteres Anerkenntnis der Haftungsverpflichtung des Versicherungsnehmers i. S. der §§ 780—782 BGB. zu erblicken 1949<sup>17</sup>

Versicherungsfall bei Haftpflichtversicherung im Rahmen des § 39 BGB. Abstellen auf das Ergebnis des Einzelfalles bei Anwendung des § 42 BGB. † 1432<sup>18</sup>

§ 75 BGB. Wenn bei Mitversicherung des Führers im Haftpflichtversicherungsvertrag des Kraftfahrzeughalters die Ausübung der Rechte aus der Versicherung nur dem Versicherungsnehmer zusteht, ist Feststellungsklage des mitversicherten Führers gegen den Versicherer unzulässig, jedoch zulässig Feststellungsklage des Unfallgeschädigten, der das Recht aus der Führermitversicherung gepfändet hat 1433<sup>19</sup>

Bewußtseinsstörung i. S. des § 3 d AllgUnfZusatzVersBed. infolge Alkoholgenusses 1431<sup>7</sup>

Vorrecht des § 80 VersAufsG. für Forderungen des Rückversicherungsnehmers gegen den Rückversicherer auch dann, wenn das Konkursverfahren vor Inkrafttreten des VersAufsG. in n. F. eröffnet worden † 1783<sup>10</sup>

**Verzöhnung**

vgl. unter Verzeihung

**Versorgungsrecht**

Die 12 Deutschen Versorgungsgesetze. Schrifttum 1416

**Versorgungsunternehmen**

Neuregelung der Beziehungen zwischen Gemeinden und V. bzgl. Entgelte für Straßenbeleuchtung mit Rücksicht auf die Verdunkelungsmaßnahmen 1927

**Versuch**

Der V. in der Rechtsprechung zum Deliktstrafrecht 1261

Der V. im österreichischen Strafrecht 1754

Beginn des V. der landesverräterischen Waffenhilfe § 91 a StGB. mit der Reise des Täters zur Reichsgrenze in der Absicht, in die feindliche Kriegsmacht einzutreten 1769<sup>2</sup>

Zum Tatbestand des versuchten Verbrechens gegen § 175 a I Ziff. 3 StGB. 2059<sup>5</sup>

§ 4 VolksschädVd. Bestrafung versuchten Betrugs, der unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand geschaffenen außergewöhnlichen Verhältnisse begangen worden, mit Todesstrafe 1280<sup>3</sup>

**Vertagung**

Gebühr des Verteidigers vor dem OLG. für die zweite Hauptverhandlung bei V. † 1897<sup>13</sup>

**Verteidiger**

Der JugendV. 2038

Kostenerstattung für die V. im Beamtendienststrafrecht 2212

Voraussetzung der notwendigen Verteidigung nicht, daß der abstrakte Strafrahmen Todesstrafe und lebenslanges Zuchthaus umfaßt, sondern daß der Vorsitzer im konkreten Fall ein Erkennen des Gerichts auf diese Strafen für möglich hält † 1281<sup>5</sup>

Gemäß AusfVd. v. 17. Jan. 1940 zur VereinfVd. Rückwirkung der Bestimmung, daß bei zu erwartendem Berufsausübungsverbot (§ 421 StGB.) notwendige Verteidigung nicht vorgeschrieben 2067<sup>20</sup>

Gemäß § 32 JustVd. Pflicht des Vorsitzers, in jeder Lage des Verfahrens, auch während Hauptverhandlung, von Amts wegen zu prüfen, ob Bestellung eines V. geboten 2239<sup>11</sup>

Mangelhafte Revisionsbegründung, wenn V. in Revisionschrift nur Ansichten des Angekl. vorträgt, ohne ersichtlich zu machen, inwieweit er dafür die Verantwortung übernimmt 2239<sup>10</sup>

§ 63 RVGebD. Gebühr des V. für vor der JustVd. vor das SchwG. gehörende Strafsache, für die jetzt Strafkammer oder Sondergericht zuständig ist † 1390<sup>37</sup> 1740<sup>18</sup>

§ 64 RVGebD. Gebühr des V. vor dem OLG. für die zweite Hauptverhandlung bei Vertagung † 1897<sup>13</sup>

§ 67 RVGebD. Gebührenanspruch des Rechtsanwalts, dessen Tätigkeit in Privatklagesache sich auf vorbereitende Besprechung und Antrag auf Bestimmung eines Sühntermins beschränkt † 2123<sup>25</sup>

**Vertragsabschluß**

Formgerechtes Kaufvertragsangebot bzgl. Grundstücks an Stadtgemeinde und dessen Billigung durch die Ratsherren stellt nicht V. dar 2106<sup>3</sup>

Zur Frage der Vermögensbeschädigung, wenn Betrug bei Eingehung eines gegenseitigen Vertrags in Betracht kommt 1097<sup>5</sup>

**Vertragshilfe, richterliche**

Verhältnis der Gemeinschaftshilfe zur V. 1923

Verhältnis der Mietbeihilfe für Handwerksbetriebe zur V. 2148

Die V. des Richters aus Anlaß des Krieges. Schrifttum 1666

Durch V.verordnung Anwendbarkeit des § 537 BGB. nicht ausgeschlossen, daher Minderungseinrede des Mieters oder Pächters zulässig, wenn infolge der Kriegsverhältnisse Mindernehmungsmöglichkeiten und Mindereinnahmen entstehen † 2113<sup>15</sup>



§ 3 VertragshilfeVD. Geltendmachung des Anspruchs auf Entschädigung wegen der Vertragsaufhebung im Beschwerdeverfahren † 2029<sup>30</sup>  
 § 4 VertragshilfeVD. Inanspruchnahme der r. V. auch nach Gewährung von Wirtschaftshilfe auf Grund von § 12 FamllntVD. † 1278<sup>10</sup>  
 §§ 12, 19 VertragshilfeVD. Sofortige Beschwerde wegen Verjagung des Armenrechts. Beiordnung eines Arm-Anw. im B.verfahren 1379<sup>19</sup>  
 Zulässigkeit der Beschwerde gegen Einstellungs- und Aufhebungsbeschlüsse des AG. aus § 17 VertragshilfeVD. 1733<sup>9</sup>

R. B. gemäß HypothekVD. 1379<sup>20</sup>  
 R. B. gemäß § 5 SchuldvereinG. 1171 1351  
 R. B. gemäß VD. über die Abwicklung von Lieferverträgen 1535<sup>26</sup>  
 R. B. gemäß 1. AnD. z. VD. über Durchf. des Vierjahresplans auf Gebiet der Handwerkswirtschaft † 1633<sup>14</sup>

**Vertragsverletzung, positive**

Bei Verkauf der Hypothek trotz vorherigem Abluß von Ausbietungsabkommen Schadensersatzpflicht wegen p. V. und nachträglicher Unmöglichkeit begründet 1426<sup>11</sup>

**Vertreter**

vgl. auch unter ProzeßV.  
 Entschädigungen für Anwaltsvertretern 1721  
 Generalsubstitut = GesamV.? 1766  
 Gemäß § 102 ZPD. Haftung des Rechtsanwalts auch für Maßnahmen des von ihm oder für ihn bestellten B. 2185<sup>25</sup>  
 Bestimmung des verfassungsmäßigen B. von Körperschaft des öffentlichen Rechts i. S. der §§ 31, 89 BGB. 2105<sup>1</sup>  
 Fahrdienstleiter und Aufsichtsbeamter bei der Reichsbahn nicht verfassungsmäßig bestellter oder besonderer B. nach §§ 30, 31 BGB., sondern Vertretungsgesilf nach § 831 BGB. 1945<sup>10</sup>

Durch Gesellschaftsvertrag Ermächtigung der Gesellschafterversammlung der GmbH., die zur Bestellung der Geschäftsführer berufen, die Art der Vertretungsmacht für den Einzelfall zu regeln † 1467<sup>3</sup>

Verpflichtung des Geschäftsführers von GmbH., der nach außen deren gesetzlicher B. ist, im Innenverhältnis die Weisungen der GmbH. zu beachten und bei Ausübung seiner Vertretungsmacht einzuhalten 1725<sup>3</sup>

§§ 529, 534 TschechZPD. Beginn des Laufs der Monatsfrist, in der Nichtigkeitsklage wegen mangelnder Vertretung zu erheben, vom Tag der Zustellung der angefochtenen Entscheidung an die Partei oder deren gesetzlichen B. an 1597<sup>37</sup>

**Vertreter, gesetzlicher**

Durch Wiederverheiratung der geschiedenen Mutter, der die Personensorge einschließlich gesetzlicher Vertretung des Kindes zusteht, Verlust der gesetzlichen Vertretung. Entscheidung aus § 81 IV EheG. geboten 1305<sup>16</sup>  
 Beurkundung des von Minderjährigem mit Niederlassung im Subetengau abgegebenen Vaterchaftsanerkennnisses

durch die Gerichte des Altreichs auch ohne Vorliegen der Zustimmung des g. B. 1117<sup>21</sup>

§ 149 StPD. Hat der g. B. des Angekl. Anspruch auf Ladung zur Hauptverhandlung? 2239<sup>9</sup>

**Verunstaltungsbekämpfung**

Abwägung der schönheitlichen Gesichtspunkte und der gewerblichen Belange bei der B. 1215<sup>25</sup>

**Verwahrung**

Nach Aufnahme vollstreckbarer Urkunde (§ 794 Ziff. 5 ZPD.) durch Militärgericht und Aushändigung der Urschrift an Beteiligten keine Befugnis des AG. zur B. und Erteilung vollstreckbarer Ausfertigung 1638<sup>19</sup>

**Verwaltung fremder Sachen**

ABGB. Haftung desjenigen, der sich gegen den Willen des Verfügungsberechtigten eigenmächtig die B. einer fremden Sache anmaßt 1593<sup>23</sup>

**Verwaltungsrecht**

Allgemeine Verwaltungsrechtsordnung? 1505  
 Der Rechtsanwalt als Rechtswahrer im Raum der Verwaltung 2209  
 Zulässigkeit der Schadenersatzklage aus einer bei Erlaß eines Verwaltungsaktes (der Preisbehörde) begangenen Amtspflichtverletzung, auch wenn der Rechtsweg für die Nachprüfung des Verwaltungsaktes selbst verschlossen 1086

Die Organisation der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement 1395, 1794, die polnische Verwaltung 1396

Verwaltungsgerichtsbarkeit im Generalgouvernement 1559

Das Verwaltungsstrafverfahren im Generalgouvernement 1819  
 KriegsV. Schrifttum 1090

Der Allgemeine Teil des B. und die Verwaltungsrechtspflegung. Schrifttum 1509

Zubilligung von Ruhegehaltsrente bei vorzeitigem Ausscheiden eines Beamten aus seinem Amt durch bisherigen Dienstherren in mit ihm geschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag entspricht der Verwaltungsübung. Keine allgemeine Anwendung der Grundfäße des bürgerlichen Rechts über Unwirksamkeit von Verträgen nach § 242 BGB. wegen fehlender oder fortgefallener Geschäftsgrundlage auf hoheitliche Verwaltungsakte † 2179<sup>20</sup>

**Verwaltungsstreitverfahren**

Anfechtungsklage nicht gegeben gegen die aus „staatspolitischen Gründen“ ausgesprochene Verjagung der Genehmigung einer Grundstücksteilung 1215<sup>27</sup>

Verwarnung verbunden mit einem Strafzweck verfolgender überhöhter Verwaltungsgebühr ist Verwaltungsverfügung und mit den ordentlichen Rechtsmitteln angreifbar † 1647<sup>28</sup>

**Verwaltungszwangverfahren**

Gewährung des Vollstreckungsschutzes bei öffentlich-rechtlichen Forderungen im Rahmen des Schuldenbereinigungsverfahrens 1996

Für das V. Anhörung des Schuldners vor anderweiter Bewertung einer gepfändeten Forderung nicht vorge-

schrieben. Geltung des § 35 BZB. nur für Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen. Keine Anwendung des § 1290 BGB. auf die Verwertung einer mehrfach gepfändeten Forderung im B. 1900<sup>16</sup>

**Verwandtendiebstahl (§ 463 StStG.)**

2240<sup>13</sup>

**Verweisung**

Zu § 24 JustVD. v. 21. Febr. 1940. B. durch das Sondergericht 1083

**Verwirkung**

Einwand der B. aus § 242 BGB. gegenüber Ansprüchen aller Art möglich, aber besonders sorgfältige Prüfung erforderlich 1186<sup>3</sup>

B. des Rechts zur Erhebung der Vollstreckungsgegenklage † 2117<sup>21</sup>

B. des Unterhaltsanspruchs gemäß § 74 EheG. 1567<sup>6</sup> † 2246<sup>18</sup>

**Verzeihung (EheR.)**

§ 56 EheG. Rechtliche Bedeutungslosigkeit der B., wenn dem verletzten Ehegatten infolge geistiger Erkrankung das Verständnis für das Wesen der Ehe verlorengegangen † 1475<sup>7</sup>

Anwendung des § 56 EheG. nur bei Feststellung, daß die Verzeihung, insbes. Ehebruch, von dem verletzten Ehegatten schlechterdings nicht mehr als ehezerstörend empfunden werden konnte † 1890<sup>4</sup>

§ 56 EheG. Rechtsirrigkeit der Auffassung, daß jeder Grad von Ehezerüttung noch weitere Vertiefung durch eine Eheverfehlung zulasse 1364<sup>6</sup>

§ 60 EheG. Begründung des Mitschuldanantrags des Verfl. mit Eheverfehlung der Kl., obgleich in früherem Ehescheidungsstreit der Parteien die auf den gleichen Tatbestand gestützte Widerklage wegen B. rechtskräftig abgewiesen worden † 1364<sup>7</sup>

Aus Verzeihung der Ehegatten kann Vereinbarung über die Kosten der Rücknahme der bereits erhobenen Scheidungsklage nicht entnommen werden 1894<sup>6</sup>

**Verzicht**

Vergleichsgebühr und RechtsmittelV. in Ehefachen 1986

§§ 640 ff. ZPD. Unzulässigkeit des B. auf den Anspruch auf Feststellung der blutmäßigen Abstammung 1485<sup>20</sup>

§ 60 EheG. Überwiegendes Verschulden des einen der beiden für schuldig erklärten Gatten darf nicht festgestellt werden, wenn der andere darauf verzichtet † 1678<sup>12</sup>

Kein Unzulässigwerden der zulässigerweise eingelegten Berufung durch B. des Kl. auf Teil seines Anspruchs während des Berufungsverfahrens, auch wenn der Restanspruch Berufungssumme nicht erreicht 2261<sup>34</sup>

Unzulässigkeit des B. auf ordnungsmäßige Revisionsbegründung bzw. Teil derselben, mag er sich auch auf abtrennbaren Teil des Anspruchs beziehen (ZR.) 1894<sup>9</sup>

§ 11 VereinfVD. Anspruch des BAnwalts, der im Verfahren der DVG. über die Berufung gegen Entscheidung des AG. einer Partei als Arm-Anw. beigeordnet, auf Ersatz seiner Reisekosten, auch bei vor der AB. d. RZM. v. 30. Dez. 1939 erklärtem B. 1384<sup>29</sup>

StABGB. Zur Frage der Sittenwidrigkeit des B. des Veräußerers eines Unternehmens auf Eröffnung



- und Führung eines gleichen Unternehmens. Vorliegen stillschweigenden Wettbewerbsverzichtes bei Mitbewerberung des Kundenstocks gegen Entgelt 1150<sup>23</sup>
- Verzug**  
 § 615 BGB. B. des Dienstberechtigten, der an rein kirchlichen Feiertagen nicht arbeiten läßt? 1789<sup>24</sup>  
 § 93 ZPO. Kostenpflicht des anerkennenden Bekl., der durch vorprozessuales Verhalten, z. B. B., Veranlassung zur Klagerhebung gegeben hat, auch bei unfaulem Verhalten des Kl. im Prozeß 2184<sup>25</sup>
- Viehseuchen**  
 Die Deutsche Tierseuchengesetzgebung. Schrifttum 1138
- Viehzucht**  
 Maßnahmen zur Hebung der V. im Generalgouvernement 1798
- Völkerbund**  
 Der V. als Instrument britischer Machtpolitik. Schrifttum 1460
- Völkerrecht**  
 Deutschland — der Feind des V.? Entwicklung und Widerlegung einer westeuropäischen Ideologie 1905  
 Die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen über die Stellung von Besatzungstruppen 1153  
 Aktuelle Fragen des KriegsV.: Freischärler, Zivilpersonen, offene Städte, Kriegsgefangene, Fallschirmschützen und Luftlandtruppen 1537  
 Die „offene Stadt“ im geltenden Kriegsrecht 2193
- Vollstreckungsbuch**  
 Das V., Ansprache von Min. Dr. Frank auf der Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht 2131
- Vollstunde**  
 Grundzüge einer deutschen Staats- und V. Schrifttum 1998
- Vollstschädlinge**  
 Konkurrenzfragen aus dem Gebiet der VollstschädV. 1495  
 B. am Pranger. Schrifttum 2230  
 Anwendung der VollstschädV. auch, wenn die Verdunkelung nicht für die tatbestandsmäßigen Ausführungs-handlungen, sondern zur Vorbereitung der Tat oder zur Sicherung ihres Erfolgs ausgenutzt wird † 1667<sup>1</sup>  
 § 2 VollstschädV. gibt nicht Straf-schärferungsgrund für durch andere gesetzliche Bestimmungen für strafbar erklärten Tatbestand, sondern neuen gesetzlichen Tatbestand 1231<sup>1</sup>  
 Begehung von Unterlassungsdelikt (hier § 330 c StGB.) unter den straf-erhöbenden Umständen des § 2 VollstschädV. † 1420<sup>5</sup>  
 § 2 VollstschädV. Bewußte Aus-nutzung der Verdunkelung durch Handlung des Täters im Affekt nicht ausgeschlossen 1939<sup>4</sup>  
 Annahme von Verbrechen oder Ver-gehen gegen den Leib i. S. des § 2 VollstschädV. bei Verletzung der Silfeleistungspflicht (§ 330 c StGB.) 2063<sup>13</sup>
- Anwendung der §§ 2, 4 VollstschädV. nur auf den, der dem „Tätertyp“ der Verordnung entspricht † 1420<sup>6</sup> 1422<sup>0</sup> † 1423<sup>7</sup>  
 § 4 VollstschädV. erfährt auch An-tragsvergehen. Für Ausnutzen der außergewöhnlichen Verhältnisse ac-nügt bedingter Vorfaß † 1231<sup>2</sup>
- Anwendung des § 4 VollstschädV. setzt voraus Ausnutzung der beson-deren Kriegsverhältnisse und Not-wendigkeit der Überschreitung des regelmäßigen Strafrahmens 1523<sup>15</sup>  
 Keine analoge Anwendung (§ 2 StGB.) des § 4 VollstschädV. bei Fehlen des Erfordernisses der Ausnutzung der durch den Kriegszustand verur-sachten außergewöhnlichen Verhält-nisse † 1937<sup>1</sup>  
 Strafe aus § 263 StGB. und § 4 VollstschädV. für den, der Ver-wandten eines gefallenen Heeresan-gehörigen wahrheitswidrig nähere Angaben über den angeblich in seiner Gegenwart erfolgten Tod des Gefal-lenen macht, während er gar nicht im Felde war und auch die behaupteten Fahrtauslagen nicht gehabt hat 2063<sup>14</sup>  
 Strafe aus § 263 StGB. und § 4 VollstschädV. für den, der einer Greisin 150 RM abschwindelt, die für einen von ihr mütterlich betreu-ten gefallenen Soldaten als Wehr-steuer zu bezahlen seien 1097<sup>4</sup>  
 § 4 VollstschädV. Bestrafung versuch-ten Betrugs, der unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand geschaf-fenen außergewöhnlichen Verhältnisse begangen worden, mit Todesstrafe 1280<sup>3</sup>  
 Bestrafung des Postfacharbeiters, der sich am Inhalt von Feldpostpäckchen vergreift, nach § 4 VollstschädV. 1939<sup>2</sup>  
 Erfüllung des Tatbestands des § 4 VollstschädV. durch Zuwiderhand-lung gegen kriegswirtschaftliche Ver-ordnungen — Erschleichung von Le-bensmittellarten † 2236<sup>7</sup>
- Vollwirtschaft**  
 Kurzgefaßte V. Lehre und V. politik. Schrifttum 1823
- Vollzugehörigkeit**  
 Stellung der deutschen Vollzugehöri-gen im Generalgouvernement 1397
- Volljährigkeitserklärung**  
 Ehemündigkeitserklärung und V. zum Zwecke der Eheschließung 2053
- Vollmacht**  
 vgl. auch Steuerbevollmächtigter  
 Das Verhältnis von Abwesenheitspfle-ger und Bevorm. nach Feindver-mögensrecht zu B. Dritter 1609  
 V. für Kriegsbereiter gemäß Art. 2 SchutzV. nicht erforderlich 1871  
 § 139 BGB. Wirksamkeit der in be-glaubigter Form erteilten unwider-ruflichen allgemeinen GrundstücksV., die mangels Form des § 313 BGB. als V. zur Veräußerung unwirksam, insoweit es sich um andere Grund-stücks-geschäfte handelt 1946<sup>12</sup>  
 Für V. zur Veräußerung eines Grund-stücks nicht schon deshalb Formverfor-dernis aus § 313 BGB., weil der Bevollmächtigte zugleich Generalbe-vollmächtigter des Erwerbers ist 1947<sup>14</sup>  
 Vor Verteilung der armen Partei kein Entstehen derselben für etwaige Un-terlassung des ihr beigeordneten ArmAnw. † 2124<sup>20</sup>  
 Durch Bestellung eines Abwesenheits-pflegers auf Grund der V. vom 11. Okt. 1939 bleibt Wirksamkeit einer vom Pfleger erteilten V. un-berührt 1902<sup>17</sup>
- V. i. S. der §§ 1002 ff. ABGB., Art. 47—55 GB., §§ 120, 122 BGB. Abgrenzung vom Boten. Stel-lung des Handlungsagenten nach dem im Sudetenland gültigen Recht 1960<sup>35</sup>
- Vollstreckbare Urkunde**  
 Nach Aufnahme von v. U. (§ 794 Ziff. 5 ZPO.) durch Militärgericht und Aushändigung der Urchrift an Be-teiligten keine Befugnis des AG. zur Verwahrung und Erteilung voll-streckbarer Ausfertigung 1638<sup>10</sup>
- Vollstreckungsgegenklage (§ 767 ZPO.)**  
 Rechtsprechung zur V. 1162  
 Zulässigkeit der V., wenn die Gegen-leistung unmöglich geworden und da-her der Anspruch des Gläubigers auf die Leistung erloschen (§ 323 BGB.) † 2117<sup>21</sup>  
 Anwendung des § 10 II ORG. auf V. des Bürgen 2267<sup>30</sup>  
 Gemäß Art. 7 BayrAusfG. zur ZPO. und RD. Zuständigkeit der ordent-lichen Gerichte für V. zwecks Befrei-ung der Vollstreckbarkeit bereits entstandener Steuerforderung 1894<sup>10</sup>
- Vollstreckungsklausel**  
 Rechtsprechung betr. Umschreibung der V. 1161  
 Die V. im Rechtssystem der Exekutions-ordnungen 1171  
 Nur für Klage der in § 14 MietSchG. bezeichneten Art Absehen vom Erfor-dernis der Berufungssumme, nicht dagegen für Klage gegen Urteil, durch das V. zu einem vor AG. auf Auf-hebungsklage hin abgeschlossenen Ver-gleich erteilt wird 2111<sup>11</sup>
- Vollstreckungsmißbrauchsgefeß**  
 Rechtsprechung zum V. 1168  
 Zum Begriff der größten Härte i. S. des V. † 1486<sup>24</sup>  
 Wenn Schuldner für uneheliches Kind und für seine Ehefrau unterhalts-pflichtig, ist bei Bemessung des Un-terhalts für das uneheliche Kind zu berücksichtigen, daß in dem Unterhalt für Ehefrau auch derjenige für deren Kinder aus erster Ehe mit unbegrif-fen. Bei Widerspruch des unehelichen Kindes V. anwendbar 2110<sup>9</sup>  
 Kein Vollstreckungsmißbrauch, wenn Unterhaltsgläubiger nur wegen des Unterschieds zwischen den geschuldeten und den aus öffentlichen Mitteln erstattungsfrei empfangenen Beträ-gen vollstreckt 2119<sup>22</sup>  
 Anwendung des V. bei übermäßiger Höhe der Zinsforderung, wegen der vollstreckt werden soll † 1640<sup>22</sup>  
 Auf Grund des V. keine Befugnis des Prozeßgerichts, die Zwangsvollstref-ung aus rechtskräftigem Urteil für unzulässig zu erklären, bzw. den Gläubiger zur Rückzahlung zu verur-teilen † 1190<sup>0</sup>
- Vollstreckungsschutz**  
 Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft und V. 1925  
 Ist § 5 VollstSchV. v. 26. Mai 1933 auch bei jüdischen Schuldner an-wendbar? 1932  
 Gewährung des Vollstreckungsschutzes bei öffentlich-rechtlichen Forderungen im Rahmen des Schuldbereini-gungsverfahrens 1996  
 V. gemäß SchutzV. 1355 1611  
 V. gemäß VertragshilfeV. 1733<sup>9</sup>



- Vorbereitung einer Straftat**  
Abgrenzung der V. handlungen vom Versuch in der Rechtspredung zum Devisenstrafrecht 1261
- Vorbekleid** nach § 143 DStG. 1091  
† 1844<sup>27</sup>
- Vorerbe**  
vgl. unter Nacherbe
- Vorfahrtsrecht** † 1099<sup>7</sup> 1419<sup>3</sup>
- Vorgarten**  
Entfernung der V. gitter im Zuge der Schrotaktion 1702  
§ 823 BGB. Bei Begehung des Wegs zur Haustür durch V. in städtischen Verhältnissen bei Dunkelheit ist mit Treppenhäufen, die ungesichert in Keller hinabführen, nicht zu rechnen 1950<sup>19</sup>
- Vorkaufsrecht**  
Wirksamkeit der Abtretung der durch V. ausübung entstandenen Ansprüche. Eintragung als Eigentümer als Rechtsfolge aus Ausübung des dinglichen V. ist rechtsbegründender, nicht berichtigender Natur † 1319<sup>21</sup>  
Keine Gleichsetzung der auf Siedlungs- oder Rentengutsverfahren beruhenden, gemäß § 35 EStB auf Erbhöfen erlöschenden Rechte mit dem V. aus der gutsherrlich-bäuerlichen Auseinanderziehung 1580<sup>10</sup>
- Vormerkung**  
Während Dauer einer gemäß V.D. zur Sicherung der Landbewirtschaftung angeordneten Treuhänderschaft keine Grundbucheintragung einer AuflassungsV. auf Bewilligung des Eigentümers ohne Zustimmung des Treuhänders 1899<sup>15</sup>
- Vormund**  
§ 667 BGB. Geltung des Grundsatzes, daß demjenigen, dessen Geschäfte geführt werden, die gesamten Vorteile aus der Geschäftsführung gebühren, sowohl für den rechtsgeschäftlich Beauftragten, wie für V. und Pfleger † 1369<sup>11</sup>  
Ruht bei Ehescheidung die elterliche Gewalt des Vaters und ist die Mutter zur Personensorge ungeeignet, so ist die Personensorge gemäß § 81 IV EheG. dem V. zu übertragen † 1303<sup>15</sup>
- Vormundschaftsgericht**  
Ausübung von Zeugniszwang durch V. gegen uneheliche Mutter, die die Angabe des Namens des Erzeugers ihres Kindes verweigert, unzulässig 1848<sup>30</sup>  
§ 82 EheG. Bei Scheidungsstreit Zuständigkeit des Prozeßgerichts zur Regelung des Verkehrs der Eltern mit den Kindern; keine Verweisung der Parteien an das V. 2006<sup>7</sup>  
Anhängigkeit von Fürsorgeerziehungsverfahren und Vormundschaft für den Minderjährigen bei demselben V. Abgabe des Fürsorgeerziehungsverfahrens ohne die Vormundschaft und umgekehrt zulässig. Dasselbe gilt, wenn neben dem Fürsorgeerziehungsverfahren Pflegschaft, Beistandschaft oder Schutzaußsicht anhängig 2076<sup>27</sup>
- Vorspandung**  
Rechtspredung zur V. gemäß § 845 ZPO. 1164
- Vorrang**  
vgl. Rang von Grundstücksrechten
- Vorsatz**  
Für § 4 VolksschuldV.D. genügt bedingter V. 1231<sup>2</sup>
- Vorschuß**  
Rechtspredung zur Pfändung von V. 1164  
Zur Frage des Anspruchs des Kriegsdienstverweigerers aus Art. 2 SchutzV.D. auf KostenV. 1872  
§ 627 ZPO. Bei Gütertrennung keine ProzeßkostenV. pflicht des Ehemanns im Ehestreit gegenüber seiner Ehefrau † 1384<sup>28</sup>  
§ 627 ZPO. Ablehnung des Erlasses einer einstweiligen Anordnung gegen Ehemann auf ProzeßkostenV., wenn Unterliegen der Frau anzunehmen oder wenn Ehemann zur Zahlung nicht in der Lage 1484<sup>19</sup>  
Geltendmachung des Anspruchs des Ehemanns auf Rückerstattung des von ihm an die Ehefrau bezahlten ProzeßkostenV. im Kostenfestsetzungsverfahren 1785<sup>17</sup>  
Im Beschwerdeverfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit keine Abhängigmachung der Vornahme einer Beweisaufnahme von KostenV. 1120<sup>26</sup>
- Vorstand der Aktiengesellschaft**  
Keine Einstellung der Ruhegehaltszahlung an jüdisches Vorstandsmitglied einer A., das 1933 freiwillig ausgeschieden ist † 1310<sup>18</sup>
- Vorstrafen**  
Heranziehung bereits getilgter V. als Beweisanzeichen zur Feststellung persönlicher Eigenschaften des Angekl. und zur Strafzumessung zuungunsten des Angekl. 1105<sup>11</sup>
- Vorteilsausgleichung**  
§ 845 BGB. V. bei der Verpflichtung zum Schadenersatz † 1192<sup>8</sup>
- Voruntersuchung**  
Einschränkung der V. im neuen österreichischen Strafverfahren 1808
- Vorverfahren**  
Einführung des staatsanwaltschaftlichen V. in der Ostmark 1806  
Überwachung des Schrift- und Besuchsverkehrs der Untersuchungsgefängenen im V. 2053
- Vorvertrag**  
Formgerechtes Kaufvertragsangebot bzgl. Grundstücks an Stadtgemeinde und dessen Billigung durch die Rathsherrn stellt nicht V. dar 2106<sup>3</sup>
- Waffenhilfe, landesverräterische (§ 91 a StGB.)** 1769<sup>2</sup>
- Wahlschuld (§ 262 BGB.)**  
V. nicht anzunehmen, wenn bei Abfassung eines Vertrags zwei darin vorgesehene Leistungen durch das Wort „beziehungsweise“ anstatt durch „oder“ verbunden worden 2013<sup>14</sup>
- Wahrheitspflicht gemäß § 138 ZPO.**  
Schadenersatzpflicht der unehelichen Mutter, die im Unterhaltsprozeß wahrheitswidrig Mehrverehr bestreitet, gegenüber dem daraufhin zu Unrecht als Erzeuger zu Unterhaltszahlungen Verurteilten wegen Verletzung der Vorschriften betr. die Zeugnispflicht (§§ 390 ff. ZPO.) i. Verb. m. § 823 II BGB. sowie wegen Verstoßes gegen die W. im Prozeß i. Verb. m. § 826 BGB. † 2253<sup>24</sup>
- Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 StGB.)** 1629<sup>8</sup> 2236<sup>6</sup>
- Warenzeichen**  
Pilsner Bier als W. 1182  
Bedeutung der sogenannten Lizenz an W. Kein Unterlassungsanspruch des Zeicheninhabers gemäß § 24 WZG., wenn Benutzung des Zeichens nicht der Warenbezeichnung dient. Umfang des Schutzbereichs des W. für Instrument, dessen Anwendung ein Arzt für das von ihm entwickelte Operationsverfahren eingeführt hat, und in dem der Arztname angeführt 1470<sup>5</sup>  
§ 25 WZG. Kein Schutz der kennzeichnenden Gestaltung einer Ware an sich, sondern nur ihrer Verfehrsgeltung als Erzeugnis bestimmter Herkunftsstätte 1780<sup>11</sup>  
§ 138 BGB. Nichtigkeit des Vertrags, durch den einem anderen die Benutzung eines W. gestattet wird, wenn die Benutzung zur Täuschung der Allgemeinheit führt 2106<sup>2</sup>
- Warschau**  
W. als verteidigte Stadt im polnischen Feldzug 1939 2195
- Wartefrist**  
Bedeutung der W. für Urlaubsanspruch des Gefolgschaftsmitglieds 1228 1244<sup>14</sup> 1245<sup>15</sup>
- Wartehagan**  
1. Arbeitstaqung des Gauses Wartheland des NSRB. 1271
- Wasserstraßenverwaltung**  
W. im Generalgouvernement 1800
- Wasserversorgung**  
Grundstückspächter, der Großbaggerei und Kieswäscherei betreibt und dadurch das Grundstück für die städtische W. unbrauchbar macht, die es als Wassereinzugsgebiet benötigt, Störer i. S. des Pr-Pol-BewV.G.; daher Unterfügung des Betriebs ohne Entschädigung † 1317<sup>20</sup>
- Wesjel**  
W. gesetz und Scheckgesetz. Schrifttum 1359 1360  
Unvollständiger W. i. S. des Art. 10 WZG., wenn W. summe nur in Ziffern angegeben und neben der Ziffernangabe der für Einfügung der W. summe in Buchstaben bestimmte Raum freigelassen 1469<sup>4</sup>
- Wegerecht**  
In dringenden Fällen Zuständigkeit der Ortspolizeibehörde neben der ordentlichen Wegpolizeibehörde zu wegbaupolizeilichen Maßnahmen für Reichs- und Landstraßen i. S. des RGes. v. 26. März 1934. Rechtsmittel des § 56 ZustG. gegen wegbaupolizeiliche Verfügung betr. diese Straßen. Vorherige Auseinandersetzung nicht erforderlich für den gemäß RGes. v. 26. März 1934 eintretenden Übergang der Wegeunterhaltungspflicht von früherem auf neuen Träger 1212<sup>25</sup>  
Gemäß RGes. v. 26. März 1934 Übergang der Unterhaltungspflicht für im Zug von Reichs- oder Landstraßen liegende Brücken auf neuen Träger der Straßenbaulast nur in dem Umfang, in dem sie dem bisherigen Träger der Straßenbaulast oblag, also nicht für mit fremdartigen Werken untrennbar verbundene Chausseebrücken im früheren Bereich des HannChausseebauG. 1214<sup>26</sup>
- Wekraft des deutschen Volkes**  
§ 2 V.D. zur Ergänzung der Strafschriften zum Schutze der W. d. d. V.  
• richtet sich nur gegen Sachsabotage, keine entsprechende Anwendung bei einer Person in kriegswichtigem Betrieb zugefügten Schaden † 1937<sup>1</sup>



**Wehrmacht**

vgl. auch unter Militärgericht  
Mitteilung des Reichsgeschäftsführers  
des NSRB. betr. Beitragspflicht der  
zur W. einberufenen Mitglieder 1619  
Arbeitsverhältnis und Wehrdienst 1860  
Schrifttum 1412

Das Arbeitsverhältnis des kriegsdienst-  
entlassenen Gefolgshaftsmittgl. 2094  
Unterhaltsklagen außerehelicher Kinder  
gegen Soldaten im Kriege 1224

Die Zwangsvollstreckung in das beweg-  
liche Vermögen von Angehörigen der  
W. 1610

Familienunterhalt für die Zeit nach der  
Entlassung aus dem Wehrdienst 1356

Einberufung eines Beschuldigten zum  
Wehrdienst 1182

Die Militärverwaltung im Generalgou-  
vernement 1393

Einjahrs-W. gebührnisgesetz. Schriftt. 1360  
Die Reichsverteidigung (Wehrrecht).  
Schrifttum 1767

Reichsleistungsgesetz. Schrifttum 1090  
1360 1934 1935

Bei Verurteilung von Schaden durch  
Soldat in Ausübung der ihm anver-  
trauten öffentlichen Gewalt Beschränkung  
des Rückgriffs des Dienstherrn auf den  
Soldaten gemäß Gef. v. 7. April 1937,  
gleichviel aus welchem Rechtsgrund  
der Dienstherr vom Geschädigten in  
Anspruch genommen † 1297<sup>13</sup>

Keine Anwendung des GnadErl. für die  
W. v. 1. Sept. 1939 auf nur vorüber-  
gehende, zeitlich begrenzte Heranziehung  
zu militärischer Hilfeleistung 1841<sup>24</sup>

Prüfung der Anwendbarkeit des Gnad-  
Erl. für die W. v. 1. Sept. 1939 bei  
nebeneinander für dieselbe Straftat  
erkannter Geld- und Freiheitsstrafe  
für jede Straftat gesondert † 1841<sup>25</sup>

§ 120 V StWB. in der Neufassung  
nur noch auf Straftaten zu beziehen,  
die beim Inkrafttreten der Verord-  
nung noch nicht bei einem allge-  
meinen Gericht anhängig waren und  
daher nicht unter Überleitungsbor-  
schrift des § 120 I fallen † 1842<sup>26</sup>

**Wehrmachtsstrafrecht**

Zur Neufassung des MilStGB. 2091  
MilStGB. Schrifttum 1458

**Wehrpfer, Schweizer 1766****Wehrsteuer**

EinStG., Neuer Finanzplan, Bürger-  
StG., WehrStG. Schrifttum 1360  
Strafe aus § 263 StGB. und § 4 Volks-  
schädWB. für den, der einer Greisin  
150 RM abschwindelt, die für einen  
von ihr mütterlich betreuten Soldaten  
als W. zu bezahlen seien 1097<sup>4</sup>

**Weihnachtsgeld**

Zur Frage der Pfändbarkeit von W.  
1165 1972

Voraussetzungen des Anspruchs auf  
W. 1245<sup>16</sup>

**Wehrbeschilder**

Durch Baupolizeirecht kein grundsätz-  
liches Verbot der Außenwerbung,  
aber Forderung nach Innehaltung  
der gesetzlichen Vorschriften, insbes.  
§ 1 Baugesetzbuch. Einverständnis  
der Eisenbahnbehörden mit Anbrin-

gung von W. an Eisenbahnunterfüh-  
rungen ersetzt nicht baupolizeiliche  
Genehmigung 1791<sup>20</sup>

Berücksichtigung der Belange der Nach-  
barn bei Anbringung von W. am  
Haus 1792<sup>27</sup>

**Werbewesen**

Zeitgerechte Schaufensterwerbung 2141

**Werterhaltungshilfe**

Die W. für Unternehmen der gewerb-  
lichen Wirtschaft im ehemals freige-  
machten Gebiet 1922

**Werstattschreiber**

Behandlung eines W. als Angestellter  
ohne Rücksicht auf seine kaufmänni-  
sche Eigenschaft 2271<sup>45</sup>

**Werbvertrag**

Kraftwagenreparaturvertrag. Zulässig-  
keit und Umfang des Ausschlusses  
der Haftung des Werstattbesizers  
für Probefahrten 1368<sup>10</sup>

**Wertwohnung**

Zur Frage der Geltung des Ründi-  
gungsschlusses für W. 1129

Recht der W. bei Einberufung des Ge-  
folgshaftsmittgl. des 1861

**Werterfatz**

Geltung des GnadErl. für die Zivili-  
bevölkerung v. 9. Sept. 1939 auch  
für die Nebenstrafe des W., auf die  
in Verfahren wegen Abgabenhinter-  
ziehung erkannt worden 1841<sup>23</sup>

**Wertpapier**

Befreiung von der Form des § 12 I 2  
DepotG. für Ermächtigungserklä-  
rung des Hinterlegers an den Ver-  
wahrer mit der Einschränkung, der  
Verwahrer dürfe die Wertpapiere  
nur bis zur Höhe des dem Hinter-  
leger gewährten Kredits verpfänden  
1724<sup>2</sup>

StWBGB. Bestellung des Fruchtge-  
nisses an W.forderung durch Ein-  
räumung des Mitbesitzes am Papier.  
Verschaffung des Mitbesitzes an von  
einem Dritten verwahrten W. 1149<sup>22</sup>

**Wertzuwachssteuer**

Zur Erhebung von W. neben der  
Grunderwerbsteuer 1500

W.recht. Schrifttum 2159

Zustellung des Zuwachssteuerbescheids  
nach freiem Ermessen der Steuerbe-  
hörde an den Steuerpflichtigen oder  
an seinen Bevollmächtigten 1216<sup>29</sup>

Beräucherer bleibt Schuldner der W.,  
auch wenn Erwerber Ertragung der  
Steuer übernommen hat 1216<sup>30</sup>

W. bei Erfassung von Entjudungsge-  
winnen 1216<sup>31</sup> † 1536<sup>30</sup>

**Wettbewerb**

Wissenschaft und W. Schrifttum 1092

§ 1 UnlWG. Zur Frage, ob Wettbe-  
werber berechtigt ist, auf Ausländer-  
eigenschaft eines Mitbewerbers hin-  
zuweisen 1199<sup>11</sup>

§§ 3, 21 UnlWG. Begriff der Fabrik.  
Kann sich Erwerber eines Unterneh-  
mens bei Angabe von dessen Alter  
die Zeit des Betriebs seiner Vor-  
gänger hinzurechnen? Beurteilung  
zum Widerruf einer Behauptung  
nicht nur zwecks Demütigung des  
Verurteilten. Ablehnung der Ver-  
wendung des Rechtsbegriffs der fort-  
gesetzten Handlung für das UnlWG.  
2175<sup>14</sup>

§§ 3, 4 UnlWG. Bei Streitwertbemessung  
in W.sachen Berücksichtigung  
nicht nur der Vergangenheit, son-

dern auch der Zukunftsaussichten.  
Möglichkeit des Verbots weiterer,  
nicht nur abgeschlossenen Geschäften  
nach dem UnlWG. 1953<sup>23</sup>

§ 16 UnlWG. Anspruch auf Unterlas-  
sung unbefugten Firmengebrauchs.  
Voraussetzung des Einschreitens des  
Inhabers von an sich nicht unter-  
scheidungskräftiger Firma gegen  
deren unbefugte Benutzung. Ver-  
gründung der allgemeinen Verkehrs-  
geltung einer Firma. Verwechslungs-  
gefahr durch Mitgebrauch eines  
fremden Kennzeichnungswortes in  
Annoncen † 1196<sup>10</sup>

Geltung der von der Rechtsprechung  
für den wirtschaftlichen Wettkampf  
entwickelten Grundsätze auch da,  
wo sich die Beteiligten nicht als wirt-  
schaftliche Wettbewerber gegenüber-  
stehen 1106<sup>12</sup>

§ 1 TschechUnlWG. W.verstoß des Ge-  
schäftsveräußerers, der entgegen sei-  
nem Verzicht ein gleichartiges Un-  
ternehmen eröffnet 1150<sup>23</sup>

**Wettbewerbsverbot (ArbN.)**

Bei technischen Angestellten (§ 133 a  
GemD.) keine Anrechnung des wäh-  
rend der Karenzfrist durch ander-  
weitige Verwertung seiner Arbeits-  
kraft Verdienten auf vereinbarte  
Karenzentschädigung 1965<sup>42</sup>

**Widerklage**

Bedingte Erhebung der W. in Ehe-  
sachen, insbes. Beschränkung auf be-  
stimmten Fall 1956<sup>30</sup>

Wann kann der aus anderem Grunde  
auf Scheidung verklagte Ehemann  
ScheidungsW. wegen Verfehlung  
des klagenden Eheteils erheben und  
Schuldantrag nach § 61 II EheG.  
stellen, ohne Gefahr zu laufen, den  
Unterhaltsanspruch nach Billigkeit  
(§ 69 II EheG.) zu verlieren?  
† 1564<sup>3</sup>

**Widerruf**

Der W. des Testaments nach dem  
TestG. 1651

Keine Nichtigkeit der allgemein erteil-  
ten Grundstücksvollmacht gemäß  
§ 133 BGB. wegen Unwiderruflich-  
keit 1946<sup>12</sup>

W. der dem Ehemann durch die Ehe-  
frau erteilten Zustimmung zur Pro-  
zessführung 1371<sup>12</sup>

Freie Widerruflichkeit von Vereinba-  
rungen, durch die im Fall des § 1635  
BGB. die Ausübung des Personen-  
sorgerechts vom berechtigten Ehe-  
gatten an den anderen überlassen  
worden 1425<sup>9</sup>

Irtrumsanfechtung der Rücknahme  
eines öffentlichen Testaments aus  
der amtlichen Verwahrung, weil der  
Erblasser die rechtliche Bedeutung  
der Rücknahme als eines W. nicht  
gekannt habe † 1684<sup>15</sup>

UnlWG. Beurteilung zum W. einer  
Behauptung nicht lediglich zwecks  
Demütigung des zum W. Verurteil-  
ten 2175<sup>14</sup>

Eintragung in Schriftleiter-Verzeichnisse  
„auf W.“ nur bis zum 31. Jan. 1934  
zulässig 1788<sup>23</sup>

Bedeutung des Vorbehalts jederzeitigen  
W. bei Ruhegehaltszusage; durch  
Ausübung des W.rechts keine end-  
gültige Vernichtung des Ruhege-  
haltsanspruchs 1410 1438<sup>28</sup>



**Widerspruch** (§ 55 II EheG.) 1141<sup>3</sup>  
1142<sup>4</sup> 1143<sup>6</sup> + 1361<sup>1</sup> 1362<sup>2</sup> 1363<sup>3,4</sup>  
1474<sup>6</sup> 1478<sup>9</sup> 1479<sup>10</sup> 1480<sup>12</sup> 13 1550  
+ 1626<sup>2</sup> + 1677<sup>11</sup> + 1770<sup>4</sup> 1771<sup>5</sup>  
+ 1889<sup>3</sup> 1984 + 2004<sup>5</sup> + 2243<sup>10</sup>

**Widerspruchsklage** (§ 771 ZPO.)

Rechtsprechung zur W. 1162

Klagebefugnis des Widerspruchsklägers durch Veräußerung der gepfändeten Sache während des Widerspruchsrechtsstreits an Dritten unberührt 1692<sup>23</sup>

**Wiederaufnahme des Verfahrens**

W. d. W. nach der StStPO. 1755

Ein verbesserungsbedürftiger Rechtszustand auf dem Gebiet des Strafprozess- und Dienststrafrechts (Neufassung des § 362 StPO.) 1932

**Wiedereinsetzung in den vorigen Stand**

Kritische Gedanken über die höchstgerichtliche Rechtsprechung zur Wahrung der Rechtsfristen und zu § 233 ZPO. 1663

§§ 233, 519 b ZPO. Unabwendbarer Zufall für Partei und Rechtsanwalt, wenn die Gerichtskasse im Lauf von zwei Wochen die ihr obliegende Mitteilung des Kosteneingangs nicht an die Gerichtsabteilung gelangen läßt 1382<sup>24</sup>

§ 233 ZPO. Verschulden des Rechtsanwalts, der sich nicht davon überzeugt, daß neu eingetretene Angeordnete die Bestimmungen über das Fristenwesen vollständig beherrscht, bzw. sie nicht ausreichend belehrt und überwacht 1437<sup>24</sup>

Rechtsanwalt gibt in Schreiben an die mit Berufungseinlegung beauftragten Rechtsanwälte, das er am Tag der Zustellung des erstinstanzlichen Urteils diktiert, den Tag der Zustellung durch Bezugnahme auf das dem Schreiben voranzusetzende Datum an. Bei Abfertigung des Schreibens erst zwei Tage später und Einsetzung dieses Abfertigungsdatums kein unabwendbarer Zufall gemäß § 233 ZPO. 1786<sup>19</sup>

Armut als unabwendbarer Zufall i. S. des § 233 ZPO. Beginn der Frist des § 234 I ZPO. bei Ablehnung des Armenrechtsgehechs 1436<sup>24</sup>

§ 234 ZPO. Kein Laufbeginn der Frist für Antrag auf W., wenn der als ArmAnw. beigeordnete Rechtsanwalt die Vertretung abgelehnt hat 1638<sup>17</sup>

§ 7 VereinsVO. Keine W. bei Verjährung der Frist, bis zu der die Einlegung der Berufung auch bei Beschwerdewert unter 500 RM zulässig war 1893<sup>7</sup>

§ 22 II ZOG. Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse bei Prüfung, ob Verjährung der Beschwerdefrist unverändert ist 1733<sup>7</sup>

§ 233 ZPO. Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse bei Anerkennung eines unabwendbaren Zufalls + 2124<sup>26</sup>

**Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums**

Auch für die Klage eines nach § 4 BWSG. entlassenen Geschäftsführers einer Allgem. Ortskrankenkasse auf Feststellung, daß frühere Feststellung seines Ruhegehaltsdienalters rechtsverbindlich sei, gelten die Bestimmungen des § 143 BGB. über Zulässigkeit des Rechtswegs + 1844<sup>27</sup>

**Wiederkauf**

Auf Kaufvertrag mit Vorbehalt des W.rechts, der gleichen wirtschaftlichen Zwecken dient wie Pfändungsvertrag, nicht ohne weiteres Anwendung der Pfandrechtsgrundsätze. Frage des Sittenverstößes wegen erheblichem Mißverhältnis von Leistung und Gegenleistung 2252<sup>22</sup>

**Winterhilfswert**

Behandlung der WSW-Abzüge bei Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls 1865

**Wirtschaftsbeihilfe**

Die W. im Rahmen des Einsparfamilienunterhalts 1921

Inanspruchnahme richterlicher Vertragshilfe auch nach Gewährung von W. auf Grund von § 12 FamUntVO.? + 1278<sup>10</sup>

**Wirtschaftsprüfer**

Wie geht der amerikanische W. vor? Schrifttum 2000

Ermittlung des Nachlasses gemäß § 2314 BGB. auf Verlangen des Pflichtteilsberechtigten, wenn Teil der Erbschaft in Anteil an OHG. besteht und die Mitgesellschafter des Erben mit Vorlage der Geschäftsbücher an berechtigten W. nicht einverstanden 1635<sup>13</sup>

**Wirtschaftsrecht**

Die Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft 1918

Übersicht über kriegswirtschaftliche, kriegssteuerverrechtliche und kriegsfinanzwirtschaftliche Verordnungen nebst kurzer Würdigung 1249 2135

Das Preiserhöhungsverbot in der Kriegswirtschaft 1404

Konkurrenzfragen auf dem Gebiete der KrWirtschaftVO. 1497

Der Verbotsirrtum im Kriegswirtschafts-Strafrecht 1816

Das W. des Generalgouvernements 1399

Wirtschafts-Kartei. Schrifttum 1094 2231

§ 1 II KrWirtschaftVO. Zurückhalten von Geldzeichen 1102<sup>9</sup>

Voraussetzung der Anwendung des § 1 KrWirtschaftVO. ist Beeinträchtigung des lebenswichtigen Bedarfs nicht der Gesamtbevölkerung, sondern einer örtlich abgegrenzten Verbraucherschicht. Strafzumessungsfragen + 1668<sup>3</sup>

Unbefugte Schlägung ist Beiseiteschaffen i. S. des § 1 KrWirtschaftVO. + 1939<sup>6</sup>

Weisen der „Böswilligkeit“ i. S. des § 1 KrWirtschaftVO. + 1668<sup>3</sup> + 1939<sup>6</sup>

Verstoß gegen § 1 KrWirtschaftVO. ist Verbrechen, nicht Vergehen. Beiseiteschaffen dadurch, daß zum lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung gehörende Erzeugnisse aus dem für die Bedarfsdeckung vorgesehenen Verteilungsgang herausgenommen und ohne Bezugsschein bezogen oder abgegeben werden + 2064<sup>15</sup>

**Wittwengeld**

Gemäß § 242 BGB. Zubilligung von W., ohne daß die hierfür aufgestellten Voraussetzungen erfüllt, wenn dessen Versagung gegen Treu und Glauben verstoßen würde 2251<sup>21</sup>

Wochenendarrest für Jugendliche 2036

**Wochenendhäuser**

Zur Frage, inwieweit bauliche Anlagen außerhalb von Baugebieten oder außerhalb eines im Zusammenhang gebauten Ortsteils, z. B. Wochenendgebäude, mit der geordneten Entwicklung des Gemeindegebiets oder einer ordnungsmäßigen Bebauung vereinbar? 1790<sup>25</sup>

**Wohnsitz**

W.grundsatz im deutschen interlokalen Privatrecht? 1178 1539

**Wohnungen**

Reichszuschüsse für Teilung, Umbau und Instandsetzung von W. Schrifttum 1276

**Wohnungsrecht**

Ablehnung des Wohnungsnießbrauchs an Teilen von Gebäuden, statt dessen beschränkte persönliche Dienstbarkeit — nämlich W. des § 1093 BGB. — anzunehmen + 1679<sup>13</sup>

**Wohnungstausch** 1705

**Wucher**

MietW. 2017<sup>10</sup>

**Zahlungsbefehl**

Rechtshängigkeit des Anspruchs auf Schmerzensgeld nach § 847 I 2 BGB., wenn der vom Rechtsanwalt im Namen des Unfallverletzten erwirkte Z. über Schmerzensgeldforderung dem Ersatzverpflichteten vor dem Tode des Unfallverletzten zugestellt worden 1634<sup>11</sup>

**Zahlungsfristen**

Rechtsprechung zur ZPO. 1171

**Zeitungsanzeige**

VO. über Abwicklung von Lieferverträgen. Abwicklung eines Inseratenvertrags 1535<sup>26</sup>

§ 16 UnlWG. Verwechslungsgefahr durch Mitgebrauch eines fremden Kennzeichnungswortes in Z. + 1196<sup>10</sup>

**Zeuge**

Die Beeidigung des Z. im Eheprozess 1653

Entsprechende Anwendung des § 36 Ziff. 3 ZPO. im Beweisicherungsverfahren, wenn mehrere in verschiedenen Gerichtsbezirken wohnende Z. vernommen werden sollen 1481<sup>16</sup>

Anwendbarkeit des § 377 IV ZPO. (schriftliche Erklärung des Z.) auch im Eheverfahren + 1585<sup>27</sup>

Weitere Verhandlungsgebühr für Rechtsanwalt bei Einverständnis der Parteien mit schriftlicher Entscheidung (§ 7 EntlVO.) und nachher ergehender Anordnung der schriftlichen Anhörung des Z. (§ 377 ZPO.) 1693<sup>24</sup>

Schadensersatzpflicht der unehelichen Mutter, die im Unterhaltsprozess wahrheitswidrig Mehrverehr bestrittet, gegenüber dem daraufhin zu Unrecht als Erzeuger zu Unterhaltszahlungen Verurteilten wegen Verletzung der Vorschriften betr. die Z.pflicht (§§ 390 ff. ZPO.) i. Verb. m. § 823 II BGB. sowie wegen Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht im Prozess (§ 138 ZPO.) i. Verb. m. § 826 BGB. + 2253<sup>24</sup>

§ 15 ZOG. Ausübung von Zeugniszwang durch VormGer. gegen uneheliche Mutter, die die Angabe des Namens des Erzeugers ihres Kindes verweigert, unzulässig 1848<sup>20</sup>

Errichtung des Testaments vor drei Z. 1651 + 1685<sup>17</sup>



- § 177 II ZGB. Erfordernis der Anwesenheit des Z., der wegen Schreidunfähigkeit eines Beteiligten zur Aufnahme eines Protokolls zugezogen wird, bei der Vorlesung und Genehmigung 1849<sup>21</sup>
- Verlester i. S. des § 61 Ziff. 3 StPD., wenn bei Betrug der Getäuschte und der am Vermögen Geschädigte verschiedene Personen sind † 1098<sup>6</sup>
- Kann die Unterlassung der in § 64 StPD. vorgeschriebenen Angabe der Gründe für Nichtereidigung eines Z. im Protokoll die Revision begründen? 1528<sup>20</sup>
- Beihilfe zum Z. meid im bürgerlichen Rechtsstreit, durch Partei, die es unterläßt, falsche Parteibehauptungen zu berichtigen, für die sie den Zeugen benannt hat † 2057<sup>1</sup> † 2234<sup>3</sup>
- § 157 StGB. Eidesnotstand † 1095<sup>2</sup> 1097<sup>3</sup> † 1417<sup>2</sup>
- Zeugnis**
- Z. des Nachlassgerichts gemäß § 36 GBD. 1377<sup>17</sup>
- § 278 StGB. Ausstellen unrichtiger Gesundheitsz. † 1516<sup>6</sup>
- Zinsen**
- Zur Anwendung des VollstrMißbrG. bei Zwangsvollstreckung wegen überhöhter Ansprüche 1168
- Zinsenkung**
- Anwendung des VollstrMißbrG. bei übermäßiger Höhe der Zinsforderung, wegen der vollstreckt werden soll. Grundsätzlich für Kreditinstitute höhere Zinsen für gewährten Kredit gerechtfertigt als für private Geldverleiher † 1640<sup>22</sup>
- Keine Anwendung des § 11 BD. vom 27. Sept. 1932 über Zinsereleichterung für den landwirtschaftlichen Realredit auf Rechte, die bei Inkrafttreten der Verordnung Eigentümergrundschulden waren 1535<sup>27</sup>
- Zivilprozeß**
- Erfahrungen mit dem Kriegsverfahrensrecht 1866
- Schrifttum**
- ZPD. 1139
- Das Z. recht des Krieges 1413
- Rechtsstreit einschließlich der Zwangsvollstreckung 1415
- Rechtsstreit 2232
- Zollrecht**
- Steuer- und Z. im Generalgouvernement 1796 1799
- Zubehör**
- Rechtsprechung zur Pfändung von Erbhofz. 1162
- Erhebung von Umsatzsteuer für das bei Grundstücksveräußerung mitveräußerte Z. 1500
- Zuchthaus**
- Bzgl. der Wahl zwischen dem in § 5 II BlutschutzG. für Rassenschande angedrohtem Gefängnis oder Z. freies pflichtmäßiges Ermessen des Patriciers 1522<sup>13</sup>, daselbe bei Verbrechen nach KrWirtschBD. † 1668<sup>3</sup>
- Anzuwendender Strafsatz nach § 4 StrafanpassBD., wenn eine in der Ostmark anzuwendende reichsrechtliche Strafvorschrift als Strafe Gefängnis und in besonders schweren Fällen Z. androht 1102<sup>6</sup>
- Voraussetzung der notwendigen Verteidigung nicht, daß der abstrakte Strafrahmen Todesstrafe und lebenslanges Z. umfaßt, sondern daß der Vorstizer im konkreten Fall ein Erkennen des Gerichts auf diese Strafen für möglich hält † 1281<sup>5</sup>
- Zugaben**
- Z. und Preiserhöhungsverbot in der Kriegswirtschaft 1408
- Zug-um-Zug-Leistung**
- Vollstreckung von Z.-u.-Z.-A. 1161
- Zurechnungsfähigkeit**
- Für Anwendung des § 55 II 1 EheG. unmaßgeblich ist, ob das Verhalten des Kl. infolge geminderter Z. milder zu beurteilen 1474<sup>6</sup>
- Verminderte Schuldfähigkeit und Strafmilderung bei einem vermindert Zurechnungsfähigen † 1277<sup>1</sup>
- Zurückbehaltungsrecht**
- Keine Anwendung des § 11 BD. vom 27. Sept. 1932 über Zinsereleichterungen für den landwirtschaftlichen Realredit auf Rechte, die bei Inkrafttreten der Verordnung Eigentümergrundschulden waren, auch wenn der Grundschuldbrief unter Vergründung von Z. einem anderen überlassen war 1535<sup>27</sup>
- Zurücknahme**
- vgl. auch unter BerufungsZ., Klagerücknahme, RechtsmittelZ.
- Z. des Widerspruchs (§ 55 II EheG.) auch noch in der Revisionsinstanz † 1626<sup>2</sup>
- Nach Anordnung der Nachlassverwaltung auf Antrag des Erben kann dieser nicht durch Z. des Antrags Aufhebung der Anordnung erreichen † 2170<sup>11</sup>
- Zuständigkeit**
- Erfahrungen mit der Heraufsetzung der amtsgerichtlichen Z.grenze 1869
- Die Z. des Anfechtungsgerichts im Erstattungsverfahren 2219
- Z. und Verfahren der deutschen Gerichte im Protektorat Böhmen-Mähren 1752
- Die Delegation in der OstStPD. 1803
- Der Gerichtsstand des Verwahrungsortes gemäß § 8 a StPD. n. F. 1082
- Z. der Strafgerichte, Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften 1083 2133
- Z. für die Grunderwerbsteuerung 1504
- Begriff der öffentlichen Abgaben i. S. des § 71 III GVG., für die die LG. ohne Rücksicht auf den Streit ausschließlich zuständig † 2183<sup>23</sup>
- Entsprechende Anwendung des § 36 Ziff. 3 ZPD. im Beweisverfahren, wenn mehrere in verschiedenen Gerichtsbezirken wohnende Zeugen vernommen werden sollen 1481<sup>15</sup>
- „Anspruch“ i. S. des § 1045 ZPD., für dessen gerichtliche Geltendmachung das Gericht zuständig sein würde, wenn kein Schiedsvertrag bestünde † 2120<sup>23</sup>
- Z. des OLG. für sofortige Beschwerden wegen Armenrechtsverfügung für das Vertragshilfsverfahren 1379<sup>10</sup>
- § 82 EheG. Bei Scheidungsstreit Z. des Prozeßgerichts zur Regelung des Verfalls der Eltern mit den Kindern; keine Verweisung der Parteien an das VormGer. 2006<sup>7</sup>
- Anhängigkeit von Fürsorgeerziehungsverfahren und Vormundschaft für den Minderjährigen bei demselben Vorm-
- Ger. Abgabe des Fürsorgeerziehungsverfahrens ohne die Vormundschaft und umgekehrt zulässig. Daselbe gilt, wenn neben dem Fürsorgeerziehungsverfahren Pflegschaft, Beistandschaft oder Schutzaufsicht anhängig 2076<sup>27</sup>
- § 806 II ZPD. Z. des Gerichts des letzten Wohnsitzes, den Ehemann im Geltungsbereich der RZBD. hatte, für Scheidungsklage, wenn an seinem jetzigen ostmärkischen Wohnsitz nach der OstM. kein Gerichtsstand dafür begründet 2114<sup>17</sup>
- Keine Z. deutscher Gerichte in Scheidungssachen jugoslawischer Staatsangehöriger 1383<sup>25</sup>
- Z. deutscher Gerichte für Ehescheidung von Dänen 1383<sup>27</sup>
- Z. der deutschen Gerichte für die Scheidung der Ehen griechischer Staatsangehöriger † 1955<sup>29</sup>
- Z. eines Gerichts der Ostmark als Verlassenschaftsgericht auch bzgl. Abhandlung des im Protektorat Böhmen-Mähren gelegenen unbeweglichen Nachlasses eines in der Ostmark verstorbenen deutschen Staatsangehörigen 1150<sup>24</sup>
- Ausschließliche Z. der Arbeitsgerichte für Rückgriffsansprüche zwischen der erkaufenden öffentlichen Körperschaft und dem bei ihr auf Privatdienstvertrag angestellten Kraftfahrer, der einem Dritten widerrechtlich Schäden zufügte 2254<sup>28</sup>
- Grundsätzlich Beurteilung jeder Straftat, die in einem der mehreren Rechtsgebiete des Deutschen Reiches begangen, von jedem zuständigen Gericht des Deutschen Reichs nach dem am Tatort geltenden sachlichen Strafgesetz † 1525<sup>10</sup>
- „Zuständige Behörde“ i. S. der §§ 156, 163 StGB. 1095<sup>1</sup> † 1234<sup>5</sup>
- Entsprechende Anwendung des § 271 StGB. auf Fälle, in denen sachlich unzuständiger Beamter gutgläubig falsche Beurkundung in Form einer öffentlichen Urkunde vornimmt 1828<sup>7</sup>
- § 63 RAGebD. Gebühr des Verteidigers für vor der JustBD. vor das SchwG. gehörende Strafsache, für die jetzt Strafkammer oder Sondergericht zuständig ist † 1390<sup>37</sup> 1740<sup>18</sup>
- In dringenden Fällen Z. der Ortspolizeibehörde neben der ordentlichen Wegepolizeibehörde zu wegebaupolizeilichen Maßnahmen für Reichs- und Landstraßen i. S. des RGef. vom 26. März 1934 1212<sup>25</sup>
- Zustellung**
- Z. an Wehrmachtangehörige 1610
- Z. einstweiliger Anordnungen nach § 627 n. F. ZPD. 1997
- Die Z. an den Bevollmächtigten im steuerlichen Verfahren 1617
- Z. an Bundesmitglieder und unbekanntem Aufenthaltes 1136 1229 1357 1619 1823
- § 171 ZPD. Wirksamkeit der Z. für Behörde an den Vorstizer erfordert nicht Nennung der Behörde in der Adresse. ErsatzZ. nach § 184 I ZPD., wenn Adressat der Vorstizer mehrerer Behörden ist; Z. an den Oberpräsidenten als Fürsorgeerziehungsbehörde 1482<sup>16</sup>



- § 198 ZPO. Subjektive Voraussetzungen beim Rechtsanwalts für Wirksamkeit der Z. von Anwalt zu Anwalt 1326<sup>23</sup>
- § 323 III ZPO. KlageZ. als maßgebender Zeitpunkt für Beginn der Abänderbarkeit, auch die nur zur Erklärung auf Armenrechtsgejud erfolgte KlageZ. † 2188<sup>20</sup>
- Rechtsanwalt gibt in Schreiben an die mit Berufungseinlegung beauftragten Rechtsanwälte, das er am Tag der Z. des erstinstanzlichen Urteils diktiert, den Tag der Z. durch Bezugnahme auf das dem Schreiben voranzusetzende Datum an. Bei Abfertigung des Schreibens erst zwei Tage später und Einsetzung dieses Abfertigungsdatums kein unabwendbarer Zufall gemäß § 233 ZPO. 1786<sup>19</sup>
- Armenrechtsbewilligung für Z. und Vollstreckung eines Unterhaltstitels 2187<sup>23</sup>
- Rechtshängigkeit des Anspruchs auf Schmerzensgeld nach § 847 I 2 BGB., wenn der vom Rechtsanwalt im Namen des Unfallverletzten erwirkte Zahlungsbefehl über Schmerzensgeldforderung dem Erfahrberechtigten vor dem Tode des Unfallverletzten zugestellt worden 1634<sup>11</sup>
- Voraussetzung für Anwendung des § 73 OAG. ist lediglich Z. von Amts wegen, gleichgültig, ob sie zu Recht oder Unrecht erfolgt ist 1210<sup>21</sup>
- Zulaufzeit der Ausschlussfrist durch die in § 143 I OBG. genannten Bescheide nur bei Z. † 1844<sup>27</sup>
- §§ 529, 534 TschechZPO. Beginn des Laufs der Monatsfrist, in der Nichtigkeitssklage wegen mangelnder Vertretung zu erheben ist, vom Tag der Z. an die Partei oder ihren gesetzlichen Vertreter 1597<sup>37</sup>
- Z. des Zuwachsteuerbescheids nach freiem Ermessen der Steuerbehörde an den Steuerpflichtigen oder an seinen Bevollmächtigten 1216<sup>20</sup>
- Zwangshypothek**
- Nichtigkeit der entgegen § 867 II ZPO. auf mehreren Grundstücken als Gesamthypothek eingetragenen Z., da-  
für Löschung von Amts wegen 1115<sup>19</sup>
- Zwangsversteigerung**
- Rechtsprechung zur Schuldbereinigung: Hingabe des Vermögens infolge Anordnung der Z. 1347
- Gründerwerbsteuerfreier Grundstücks-  
erwerb in der Z. zur Rettung gefährdeter Grundstücksrechte 1503
- Zit § 5 B. v. 26. Mai 1933 auch bei jüdischen Schuldner anwendbar? 1932
- Bedarf die Anordnung der Z. und Zwangsverwaltung und die Erteilung des Zuschlags im Z.verfahren der Genehmigung nach § 9 FeindvermögB. v. 15. Jan. 1940? 1607
- Beginn des Fristlaufs nach § 31 II ZwVerfG. nicht mit dem Tag des Inkrafttretens der ForderungsB., sondern Möglichkeit zur Fortsetzung und Beendigung der einstweilen eingestellten Versteigerungsverfahren nur durch Fortsetzungsantrag gemäß § 2 ZwVerfG. † 2258<sup>31</sup>
- §§ 81, 72 ZwVerfG. Behandlung von nacheinander abgegebenen gleichlautenden Höchstgeboten, sogen. unechtes Doppelgebot 1957<sup>32</sup>
- Auslegung von Ausbietungsabkommen. Durch Verkauf der Hypothek Begründung von Schadensersatzpflicht sowohl wegen nachträglicher Unmöglichkeit wie wegen positiver Vertragsverletzung 1426<sup>11</sup>
- OGB. Sittenwidrigkeit der Vereinbarung des Schuldners mit dem Gläubiger, daß dieser Befriedigung nur aus dem Vermögen des Dritten, der für die fremde Schuld Haftung übernommen oder Pfand bestellt hat, suche, sowie der Ausnutzung dieser Vereinbarung zur Ersteigerung der Sache des Interzedenten unter dem Schätzwert 1593<sup>33</sup>
- Zwangsverwaltung**
- Bedarf die Anordnung der Zwangsversteigerung und Z. und die Erteilung des Zuschlags im Zwangsversteigerungsverfahren der Genehmigung nach § 9 FeindvermögB. vom 15. Jan. 1940? 1607
- Zwangsvollstreckung**
- Die neuere Rechtsprechung auf dem Gebiete der Z. in das bewegliche Vermögen einschließlich der Schuldbereinigung 1160
- Neue Formulare auf dem Gebiete des Vollstreckungsrechts 1180
- Die Z. in das bewegliche Vermögen von Angehörigen der Wehrmacht 1610
- Die Z. des Räumungsurteils, wenn dem Geschäftsraummieter bzw. -pächter Räumungsentuschädigung zugesprochen 1257
- Einfluß öffentlicher Wirtschaftsmaßnahmen (Beschlagnahme) auf die Z. in bewegliche Sachen 1258
- Unbeschränkte Beschwerdefähigkeit der Entscheidungen auf Grund des Art. 6 Ziff. 3 SchutzB. 1355
- Zu § 1 SchuldbereinG. Vermögenshingabe als Folge von Zwangsmaßnahmen 1170 1347
- Rechtsstreit einschließlich der Z. Schrifttum 1415
- § 788 ZPO. Voraussetzung für Rückfestsetzung von Kosten nach Aufhebung des Titels, auf Grund dessen diese Kosten festgesetzt und von der jetzt obliegenden Partei gezahlt worden. Kostenerstattung gemäß § 788 II auch bei Aufhebung des früheren Urteils durch gerichtlichen Vergleich 1896<sup>14</sup>
- „Vergleich“, der im amtsgerichtlichen Schiedsverfahren nach § 20 EntlB. auf Grund schriftlicher Erklärungen der Parteien zustande gekommen und alsdann vom Prozeßrichter schriftlich niedergelegt worden, kein vollstreckbarer Titel i. S. des § 794 ZPO. 1639<sup>20</sup>
- §§ 79, 81 OAG. Haftung des Entscheidungsschuldners auf Grund des Urteils durch einstweilige Einstellung der Z. aus dem Urteil durch das Rechtsmittelgericht unberührt 2028<sup>29</sup>
- Beitreibung der  $\frac{1}{10}$ -Gebühr für das Offenbarungsverfahrens nach § 23 Ziff. 18 RVGebD. mit den sonstigen Z.kosten ohne besondere Kostenfestsetzung 1119<sup>24</sup>
- Für mehrere zu gleicher Zeit gegen denselben Schuldner für denselben Gläubiger beantragte Z.mahnahmen Anspruch des Rechtsanwalts auf nur eine  $\frac{1}{10}$ -Gebühr aus § 23 Ziff. 18 RVGebD. nach den zusammengerechneten Forderungen 1120<sup>25</sup>
- Keine Anfechtung aus TschechAnfD. auf Grund von Freihaltungsanspruch, der sich nur im Wege der Exekution zur Erwirkung von Handlungen und Unterlassungen vollstrecken läßt 1744<sup>24</sup>
- Zweigniederlassung**
- Eintragung von Veränderungen (insbes. Satzungsänderungen) einer ausländischen Aktiengesellschaft nur im Handelsregister von deren inländischer Z. ohne Eintragung im Register der Hauptniederlassung 2007<sup>9</sup>
- Zwischenurteil**
- vgl. unter Grund des Anspruchs, Urteil über den (§ 304 ZPO.)



## II.

## Alphabetisches Verzeichnis der im Gesetzesregister (III) angeführten Gesetze und Verordnungen

- Abwesenheitspflegschaft, *VD.* über die 21  
Abwicklung von Lieferverträgen 160  
Aktiengesetz 34  
Allgemeines Bergrecht, preuß. 209  
Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch,  
öfterr. 215  
Allgemeines Preussisches Landrecht 207  
Altersversorgung für das Deutsche Hand-  
werk 186  
Anfechtungsgesetz 98  
Anfechtungsordnung, tschech. 232  
Angestelltenversicherungsgesetz 348  
Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen im  
Generalgouvernement 388  
Anpassung des österreichischen Strafrechts  
an das Reichsrecht 252  
Anwendung deutschen Rechts auf deutsche  
Staatsangehörige im Protektorat 26  
Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz im  
Generalgouvernement 132  
Arbeitsgerichtsgesetz 130  
Arbeitsgerichtliches Verfahren im Sude-  
tenland 131 234  
Arbeitslosenhilfe, *VD.* über 350, Durchf-  
Erl. 351  
Arbeitsordnungsgesetz 111  
Arbeitspflicht für die polnische Bevölke-  
rung im Generalgouvernement 133  
Arbeitsplatzwechsel, Beschränkung des 125,  
Durchf*VD.* 126  
Arbeitsrecht, *VD.* zur Änderung und Er-  
gänzung der Vorschriften des 115  
Arbeitsschutzverordnung 114  
Arbeitszeitordnung 113  
Arbeitszwang für die jüdische Bevölkerung  
im Generalgouvernement 134  
Armenanwaltsgebührengesetz 109  
Auflösung von Zweckparunternehmen 48  
Ausländische Waren, Preisbildung für 143  
Ausschaltung der Juden aus dem deutschen  
Wirtschaftsleben 162
- Bankaufsichtsstelle im Generalgouverne-  
ment 292  
Bargeldloser Verkehr, Ges. gegen Miß-  
bräuche des 279  
Baugesetz, sächs. 400  
Baugestaltungsverordnung 365  
Bayr. *AusfG.* zur Zivilprozessordnung  
und Konkursordnung 213  
Beamtengesetz, Deutsches 320, Durchf*VD.*  
321  
Beamtenhaftungsgesetz 7  
Beamtenrechtsänderungsgesetz 322  
Bebauung, *VD.* zur Regelung der 364  
Bedingte Verurteilung, öfterr. Ges. über  
276  
Beihilfeordnung des Reichsstands des  
Deutschen Handwerks 187  
Belg. Vermögen, *VD.* über Behandlung  
des 360  
Bergrecht, preuß. allgem. 209  
Bergverwaltung im Generalgouverne-  
ment 178  
Berufsbeamtenentum, Ges. zur Wiederher-  
stellung des 323  
Berufsfürsorge für entlassene Soldaten  
und Arbeitsmänner 333  
Beschlagnahme zur Regelung des Waren-  
verkehrs 149, Beschlagnahme in den be-  
setzten poln. Gebieten 387  
Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels  
125, Durchf*VD.* 126
- Betriebsrätegesetz 112  
Betriebsstilllegung zur Freimachung von  
Arbeitskräften 129  
Bier, tschech. Herkunftsbezeichnung für 220  
Blutschuhgesetz, 14. Durchf*VD.* 15, Erg-  
*VD.* 16  
Böhmen, Gemeindeordnung für 402  
Böhmen und Mähren vgl. unter Protek-  
torat  
Bürgerliches Gesetzbuch 1, *EinfG.* 2, öfterr.  
*ABGB.* 215  
Bürgersteuergesetz 305
- Chausseebaugesetz, hannob. 401
- Depotgesetz 32  
Devisenbewirtschaftung für das besetzte  
poln. Gebiet 291  
Devisenbewirtschaftung, Richtlinien 282  
286  
Devisensachen, geschäftsmäßige Hilfe-  
leistung in 287  
Devisenverordnung 1931: 280, 1932: 281,  
1935: 283, 1936: 284, 1938: 285  
Devisenzuwohlerhandlungen, Straffreiheit  
bei 288  
Dienstpflichtverordnung 123, Durchf*AnD.*  
124  
Dienststrafordnung, Reichs- 326  
Dotationsgesetz, preuß. 395  
Durchfuhrverbote, *VD.* über 150
- Gehegesetz 17, Durchf*VD.* 18  
Cherrecht, *Einf.* in den sudetendeutschen Ge-  
bieten 19  
Einkommensteuergesetz 296  
Einsatz-Wehrmachtsgebührengesetz 334  
Einspruchsrecht des Reichsprotectors in  
Böhmen und Mähren in bürgerlichen  
Rechtssachen 78  
Einziehung kommunistischer Vermögens  
354, desgl. volks- und staatsfeindlichen  
Vermögens 355  
Eisenbahnbaubetriebsordnung 51  
Eisenbahnverkehrsordnung 50  
Eisenbahndwesen im Generalgouvernement  
53  
Elektrizitätsdiebstahlgesez 239  
Energiewirtschaftsgesetz 147  
Enteignungsgesetz, preuß. 210  
Entlastungsverordnung 69  
Entschädigung für unschuldig erlittene Un-  
tersuchungshaft 269  
Erbbaurechtsverordnung 5  
Erbhofgesetz, Reichs- 163, Durchf*VD.* 164  
Erbhofrechtsverordnung 165  
Erbfrankennachwuchsgesetz 377, Durchf-  
*VD.* 378  
Erbrechtliche Beschränkungen, *Einf.* in  
Ostmark, Sudetenland u. Protektorat 27  
Erstattungsgesetz 325  
Ezekutionsordnung, öfterr. 224, tschech. 233
- Familienrechtsänderungsgesetz 13  
Familienunterhalt während besondern  
Einsatzes 336  
Familienunterstützungsdurchführungsver-  
ordnung 335  
Feiertage, Lohnzahlung an 117 ff.  
Feindliches Vermögen, Behandlung des  
356 ff., desgl. im Generalgouvernement  
359  
Fernmeldeanlagen gesetz 32
- Fernmeldewesen im Generalgouverne-  
ment 54  
Fernsprechornung 55  
Fleisch- und Wurstpreise, *VD.* über 142  
Fluchliniengesetz, preuß. 398  
Forst- und Jagdwesen im Generalgou-  
vernement 179  
Frankreich, Waffenstillstandsverträge 406 f.  
Freiwilliges Gerichtsbarkeitsgesetz, Reichs-  
87, für die Wehrmacht 333 f.  
Freiwillige Gerichtsbarkeit, öfterr. *Pat.*  
225, öfterr. *Ges.* 226, tschech. *Ges.* 231  
Fürsorge für Juden 375  
Fürsorgekosten, Ges. über Befreiung von  
der Pflicht zum Ersatz der 372  
Fürsorgepflichtverordnung 371  
Fürsorgevereinfachungsverordnung  
374  
Fürsorgeverordnung für Soldaten und  
Arbeitsmänner 332, für deutsche Volks-  
zugehörige im Generalgouvernement 389
- Gebrauchsmusterrecht aus Anlaß der Wie-  
dervereinigung Österreichs 44  
Gemeindeordnung, Deutsche 363, für Böh-  
men 402  
Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft 153 f.  
Generalgouvernement, Recht des:  
Eisenbahndwesen 53  
Fernmeldewesen 54  
Polnische und deutsche Gerichtsbarkeit  
83 ff.  
Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz  
132  
Arbeitspflicht für die polnische Bevölke-  
rung 133  
Arbeitszwang für die jüdische Bevölke-  
rung 134  
Bekämpfung der Preistreiberei 144  
Bergbauverwaltung 177  
Bergverwaltung 178  
Forst- und Jagdwesen 179  
Jagdordnung 180  
Verlagswesen 204  
Kulturelle Betätigung 205  
Schulwesen 206  
Rechtshilfeverkehr in Strafsachen 270  
Bankaufsichtsstelle 292  
Devisenordnung 293  
Zollrecht 307  
Wehrmachtsgerichtsbarkeit gegen Zivil-  
personen 346  
Behandlung feindlichen Vermögens 359  
Verwaltungsgerichtsbarkeit 382  
Verwaltungsstrafverfahren 383  
Kennkarte für deutsche Volkszugehörige  
384  
Waffenbesitz 385  
Begriff „Jude“ 386  
Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen  
388  
Fürsorgeverordnung für deutsche Volks-  
zugehörige 389
- Genfer Abkommen über Behandlung von  
Kriegsgefangenen 405  
Genossenschaftsgesetz, 36, tschech. 229  
Gerichtsbarkeit, deutsche *G.* im Protek-  
torat 77, poln. und deutsche *G.* im Ge-  
neralgouvernement 83 ff.  
Gerichtskosten gesetz 107  
Gerichtsverfassungsgesetz 65  
Geschlechtskrankheitengesetz 379  
GmbH.-Gesetz 35



- Getreidelagerung 171  
 Getreidepreise, Regelung der 170  
 Getreidewirtschaft, Ordnung der 169, desgl. im Generalgouvernement 177  
 Gewaltverbrecherverordnung 245  
 Gewerbegerichtsgesetz, österr. 227  
 Gewerbegerichtliches Verfahren in der Ostmark 131  
 Gewerbeordnung 367  
 Gewerblicher Rechtsschutz im Sudetenland 43  
 Gnadenerlaß für Zivilbevölkerung 261 f., für Patentanwälte 263, für Wehrmacht 264  
 Goldhypothekenabkommen, Deutsch-Schweizer 408, Zusatzabt. 409  
 Grundbuchordnung 3 3 a  
 Grunderwerbsteuergesetz 300, Durchf. B. 301  
 Grundsteuergesetz 304
- Haager Landkriegsordnung 404  
 Haftpflichtgesetz, Reichs- 49  
 Haftung des Reichs für seine Beamten 7, für seine Justizbeamten 8  
 Handelsabkommen zwischen Österreich und Tschechoslowakei 410  
 Handelsbeschränkungen, B. D. über 368  
 Handelsgesetzbuch 28, österr. 216  
 Handwerk, Altersversorgung des 186, Beihilfeordnung 187  
 Handwerkswirtschaft, Durchf. des Vierjahresplans auf Gebiet der 185  
 Hannover. Chaußeebaugesetz 401  
 Heimarbeitergesetz 127  
 Heimtückegesetz 242  
 Feuerungs- und Werkwohnungen, beschleunigter Bau von 184  
 Hypothekenfälligkeitsverordnung 4
- Jagdordnung für das Generalgouvernement 180  
 Juden, Arbeitszwang im Generalgouvernement 134, Ausschaltung aus dem deutschen Wirtschaftsleben 162, Mietverhältnis mit J. 195, öffentliche Fürsorge für J. 375, Begriff der J. im Generalgouvernement 386  
 Jüdisches Vermögen, B. D. über Einzug des 361, Anmeldepflicht für Generalgouvernement 388  
 Jugendgerichtsgesetz 237, österr. 275  
 Jugendschutzgesetz 128  
 Jugendstrafrecht, Erg. B. D. 238  
 Jugendwohlfahrtsgesetz 23  
 Jurisdiktionsnorm, österr. 222  
 Justizbeamte, Haftung des Reichs für seine 8
- Kartoffelwirtschafts-Zusammenschluß, B. D. über 172  
 Kennkartenzwang-Bekanntmachung 370, im Generalgouvernement 384  
 Kinderbeihilfen, Durchf. B. D. über Gewährung an kinderreiche Familien 352 f.  
 Kinderreiche Familien, Wohnungsbeschaffung für 196 f.  
 Kleinrentnerhilfegesetz 373  
 Knappschaftsgesetz, Reichs- 349  
 Kommunalbeamtenengesetz, preuß. 397  
 Kommunale Grenzen im rheinisch-westfäl. Industriebezirk 396  
 Kommunales Vermögen, Einziehung des 354  
 Kompetenzkonflikte, Reichs B. D. 68, württemberg. 214  
 Konordat, Durchf. G. 20  
 Konkursordnung 97, Pr. Ausf. G. 213  
 Konsulargerichtsbarkeitsgesetz 67  
 Kostenordnung, Reichs- 106  
 Kraftfahrzeuggesetz 61, österr. 219  
 Kraftfahrzeughalter, Einf. der Pflichtversicherung für 46  
 Kraftfahrzeughaltergesetz, österr. 218  
 Kraftfahrzeugweiterbenutzungsverordnung 62  
 Kraftloserklärung von Konossementen 33  
 Kreditkassen, B. D. über 278  
 Kriegsausgleichsverfahrensverordnung 103  
 Kriegsgefangene, Umgang mit 250, Genfer Abkommen über Behandlung der 405  
 Kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer 327  
 Kriegsverstrafrechtsverordnung 246, Erg. B. D. 247 f.  
 Kriegsverstrafverfahrensordnung 265  
 Kriegswirtschaftsverordnung 156, Durchf. B. 157 f.  
 Kulturelle Betätigung im Generalgouvernement 205  
 Kündigungsschutz für Miet- und Pachträume, B. D. 190, Ausf. B. D. 191 ff.
- Lagern von Getreide 171  
 Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht 166  
 Landwirtschaft, Sicherung der 167, Durchf. B. D. 168  
 Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte, preuß. 208  
 Landesverwaltungs-gesetz, preuß. 391  
 Landkriegsordnung, Haager 404  
 Landwirtschaftliche Erzeugnisse, B. D. über Bewirtschaftung der 174  
 Landwirtschaftliche Marktordnung in den angegliederten Ostgebieten 176  
 Landwirtschaftlicher Realkredit, Zinsleichterung für den 181 ff.  
 Letz. Zivilgesetzbuch 235  
 Lieferverträge, Abwicklung von 160  
 Litauen, Staatsvertrag zwischen Deutschem Reich und 411  
 Lockerungsverordnung 99  
 Lohnausfälle infolge Luftangriffen 121 f.  
 Lohngefaltungsverordnung 116  
 Lohnzahlung am nationalen Feiertag 117, an Feiertagen 118  
 Luftangriffe, Lohnausfälle durch 121 f.  
 Luftschutzesgesetz 341, Durchf. B. D. 342 ff.  
 Luftverkehrs-gesetz 63  
 Luxemburg. Vermögen, Behandlung des 360
- Marktordnung, landwirtschaftliche, in den angegliederten Ostgebieten 176  
 Mehrarbeitszuschläge, Wiedereinführung der 120  
 Metallpreise, B. D. über 140 f.  
 Mietengesetz, Reichs- 188  
 Mieterschutzgesetz 189  
 Mietverhältnisse mit Juden 195  
 Milchbewirtschaftung, B. D. über die öffentliche 173  
 Militärgerichtsbarkeit im Protektorat 345, desgl. im Generalgouvernement 346  
 Militärstrafgesetzbuch 251  
 Mißbräuche auf Gebiet der Rechtsberatung 90 f., M. beim bargeldlosen Verkehr 279
- Naturalleistungen, B. D. über Forderungen und Rechte auf wiederkehrende 183  
 Neuer Finanzplan 295  
 Niederland. Vermögen, Behandlung des 360  
 Nießbrauchrechte, Ges. über Veräußerung von 6  
 Norweg. Vermögen, Behandlung des 360  
 Notarordnung, Reichs- 89  
 Notverordnung 324
- Öffentliche Aufträge, Handel und Auftragsvermittlung bei 159  
 Österreich, Handelsübereinkommen mit Tschechoslowakei 410  
 Österr. Recht 215 ff., 274 ff., 402  
 Ostgebiete, Organisation der gewerblichen Wirtschaft in den angegliederten 152, landwirtschaftliche Marktordnung 176, Gliederung und Verwaltung 319  
 Ostmark, Einführung erbrechtlicher Beschränkungen in 27, Patent- und Gebrauchsmusterrecht aus Anlaß der Wiedervereinigung 44, Überleitung der Rechtspflege 75, gewerbegerichtliches Verfahren 131, Einführung des Schriftleiter G. 203, Anpassung an das Reichsstrafrecht 252, deutsche Staatsangehörigkeit in der 313
- Pachtnotrecht, Weitergeltung und Ergänzung des 199  
 Pachtbuchordnung, Reichs- 200, preuß. 212  
 Patentanwälte, Gnadenerlaß für 263  
 Patentgesetz 40, österr. 217  
 Patentrecht aus Anlaß der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Reich 44  
 Personenschädenverordnung 376  
 Personenstands-gesetz 24, Ausf. B. D. 25  
 Pfändung von Arbeitsvergütungen, Erg. B. D. 100  
 Pfändungsschutz bei Fahrnisvollstreckung 101, für Arbeitseinkommen 102  
 Pflichtversicherungsgesetz für Kraftfahrzeughalter 46  
 Polen, Sozialausgleichs-abgabe der 298  
 Polizeiverwaltungsgesetz, preuß. 393  
 Poln. Gebiete, Rechtshilfeverkehr mit den besetzten 86, gesetzliche Zahlungsmittel in den 289, Reichskreditkassen 290, Devisenbewirtschaftung 291, Verwaltung der 380 f., Beschlagnahme in den 387  
 Poln. Republik, Vertrag über Rechtsverkehr zwischen Reich und der 412  
 Preise für unedle Metalle 140, für Silber 141, für Fleisch und Wurst 142, für ausländische Waren 143, für Getreide 170  
 Preiskommissar, Bestellung des 135  
 Preistopverordnung 137, Ausf. B. D. 138  
 Preistreiberbelämpfung im Generalgouvernement 144  
 Preisvorschriften, B. D. über Strafen und Strafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen 139  
 Preuß. Recht 207 ff., 390 ff.  
 Protektorat, Recht des:  
 Anwendung deutschen Rechts auf deutsche Staatsangehörige im P. 26  
 Einführung erbrechtlicher Beschränkungen 27  
 Deutsche Gerichtsbarkeit 77  
 Einspruchsrecht des Reichsprotectors in bürgerlichen Rechts-sachen 78  
 Ausübung der bürgerlichen Rechtspflege 79 f.  
 Das in bürgerlichen Rechts-sachen anzuwendende Verfahrensrecht 81  
 Verordnung des Reichsprotectors gegen Sabotagehandlungen 254  
 Ausübung der Strafgerichtsbarkeit 271  
 Zuständigkeit bei außergerichtlichen Strafsachen gegen deutsche Staatsangehörige 272  
 Führer-erlaß über das Protektorat 315  
 Rechtshilfe-gesetz im Protektorat 316  
 Rechtsvorschriften des Reichs für das Protektorat 317  
 Ausübung der Militärgerichtsbarkeit 345



- Protektorsangehörigkeit, Reg. V. betr. die 318  
 Ratengesetz, tschech. 228  
 Rechtsanwaltsgebühren für erstinstanzliche oberlandesgerichtl. Strafsachen 273  
 Rechtsanwaltsgebührenordnung 108, preuß. LandesGeb. V. 208  
 Rechtsanwaltsordnung 88  
 Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz 90, Ausf. V. 91 ff.  
 Rechtshilfeabkommen zwischen Reich und Sowjetrußland 413  
 Rechtshilfeverehr mit den besetzten poln. Gebieten 86, R. in Strafsachen mit dem Generalgouvernement 270  
 Rechtspflege, Ausübung im Protektorat 79 f., desgl. in Sudetenland 82  
 Rechtshilfeverehr im Protektorat 316  
 Rechtsverkehr zwischen Reich und poln. Republik, Vertrag über 412  
 Rechtsvorschriften des Reichs für das Protektorat 317  
 Reichsabgabenordnung 308  
 Reichsarbeitsdienst, Fortführung während des Krieges 337  
 Reichsbürgergesetz, Durchf. V. 311  
 Reichsdienststrafordnung 326  
 Reichserbhofgesetz 163, Durchf. V. 164  
 Reichsfluchtsteuerverordnung 306  
 Reichshaftpflichtgesetz 49  
 Reichsknappschafftsgesetz 349  
 Reichskostenordnung 106  
 Reichskreditkassen für das besetzte poln. Gebiet 290  
 Reichsleistungsgesetz 329  
 Reichsmelbeordnung 369  
 Reichsmietengesetz 188  
 Reichsnotarordnung 89  
 Reichspachtenschutzordnung 200  
 Reichsrechtsanwaltsordnung 88  
 Reichsstraßenverkehrsordnung 58  
 Reichsversicherungsordnung 347  
 Rhein.-westfäl. Industriebezirk, Neuregelung der kommunalen Grenzen im 396  
 Richterliche Vertragshilfe aus Anlaß des Krieges 12  
 Rückgriffshaftung der Soldaten, Beschränkung der 9  
 Rundfunkmaßnahmen, V. über außerordentliche 243  
 Sabotagehandlungen, V. des Reichsprotektors in Böhmen und Mähren gegen 254  
 Sachschädenfeststellungsverordnung 376 a  
 Sächsl. Verwaltungsrecht 399 f.  
 Schedgesetz 30  
 Schedrecht, Ermächtigungsgesetz 31  
 Schmalzmittelverordnung 146  
 Schriftleitergesetz 201, Durchf. V. 202, Einführung in Österreich 203  
 Schuldenbereinigungsgesetz 10, 11  
 Schulwesen im Generalgouvernement 206  
 Schutzgebietsverordnung 66  
 Schutzverordnung 73  
 Schweizer Goldhypothekenabkommen 408 f.  
 Schweizer Wehropfer 309  
 Sicherung der Landwirtschaft 167, Durchf. V. 168  
 Silberpreise, V. über 141  
 Soldaten, Beschränkung der Rückgriffshaftung der 9  
 Sonderfeiertage, Gef. über einmalige 119  
 Sondergerichte, V. über Bildung von 257  
 Sowjetrußland, Rechtsmittelhilfeabkommen mit dem Deutschen Reich 413  
 Sozialausgleichsabgabe der Polen 298  
 Sparnotverordnung, preuß. 392  
 Spinnstoffgesetz 145  
 Staatsangehörigkeit, V. über die deutsche 312, deutsche St. im Lande Österreich 313, desgl. in Sudetenland 314  
 Steueranpassungsgesetz 294  
 Strafanpassungsverordnung 266  
 Strafreiheit bei Devisenzwiderhandlungen 288  
 Strafrechtsgesetz 260  
 Strafgerichtsbarkeit, Ausübung im Protektorat 271  
 Strafgesetzbuch 236, österr. 274  
 Strafprozeßordnung 255, österr. 277  
 Strafrecht, V. über Geltungsbereich des 241, Anpassung des österr. St. an das ReichsSt. 252, Einführung des deutschen St. in Sudetenland 253  
 Strafregister, Gef. über beschränkte Auskunft aus dem 268  
 Straftilgungsgesetz 267  
 Strafverfahren, AndGes. 256  
 Straßenverkehrsordnung 59  
 Straßenverkehrsbeschränkungsordnung 60  
 Straßenwesen, Gef. über Neuregelung des 57, Durchf. V. 58  
 Sudetenland, Einführung des großdeutschen Erbrechts in 19, Einführung erbrechtlicher Beschränkungen 27, gewerblicher Rechtschutz 43, Überleitung der Rechtspflege 75, Ausübung der Rechtspflege 82, arbeitsgerichtliches Verfahren 131, 234, Einführung des deutschen Strafrechts 253, deutsche Staatsangehörigkeit im S. 314  
 Telegrammenordnung 56  
 Testamentengesetz 22  
 Tiere und tierische Erzeugnisse, V. über öffentliche Bewirtschaftung der 175  
 Tschechoslowakei, Handelsübereinkommen mit Österreich 410  
 Tschechische Herkunftsbezeichnungen für Bier 220  
 Tschech. Recht 228 ff.  
 Überleitung der Rechtspflege in Österreich und Sudetenland 75  
 Umgang mit Kriegsgefangenen, V. über 250  
 Umsatzsteuergesetz 303  
 Umwandlungsgesetz 37, Durchf. V. 38 f.  
 Unlauteres Wettbewerbsgesetz 42, tschech. 230  
 Urkundensteuergesetz 302  
 Verbrauchsregelungsstrafverordnung 161  
 Verdunkelungsverordnung 343  
 Vereinfachungsverordnung 70, Durchf. V. 71, And. V. 72  
 Verfahrensrecht, V. über das im Protektorat in bürgerlichen Rechtsachen anzuwendende 81  
 Verkehrsunfälle, Änderung der Vorschriften über fahrlässige Tötung, Körperverletzung und Flucht bei 240  
 Verlagswesen im Generalgouvernement 204  
 Vermögensteuergesetz 299  
 Versailler Diktat 403  
 Versicherungsaufsichtsgesetz 47  
 Versicherungsvertragsgesetz 45  
 Versorgungssachen, Gef. über das Verfahren in 330  
 Vertragshilfeverordnung 12  
 Verwaltung der besetzten poln. Gebiete 380 f.  
 Verwaltungsgebührenordnung, And. V. zur preuß. 394  
 Verwaltungsgerichtsbarkeit im Generalgouvernement 382  
 Verwaltungsrechtspflegegesetz, sächsl. 399  
 Verwaltungsstrafverfahren im Generalgouvernement 383  
 Verwaltungszwangsverfahren wegen Vertreibung von Geldbeträgen 362  
 Vierjahresplan, Durchf. des 135 ff., 185  
 Volksschädlingsverordnung 244  
 Vollstreckungsmißbrauchsgesetz 105  
 Vollstreckungshilfeverordnung 104  
 Vollstreckungstitel, einheitliche Regelung der V. in den verschiedenen Rechtsgewebieten 76  
 Waffenbesitz im Generalgouvernement 385  
 Waffenstillstandsvertrag, deutsch-franz. 406, ital.-franz. 407  
 Warenverkehr, Beschlagnahme zur Regelung des 149  
 Warenverkehrsverordnung 148  
 Warenzeichengesetz 41  
 Wechselgesetz 29  
 Wechselrecht, Ermächtigungsgesetz 31  
 Wehrgesetz 328  
 Wehrkraftschußverordnung 249  
 Wehrmacht, Landbeschaffung für Zwecke der 166, Grnd. Erl. für die 264  
 Wehrmachtangehörige, Zustellungen an 340  
 WehrmachtfreiwilligergerichtsbG. 338 f.  
 Wehrmachtübungen, V. über Einberufung zu 331  
 Wehropfer, Schweizer 309  
 Wehrsteuergesetz 297  
 Weimarer Verfassung 310  
 Weiterbenutzung von Kraftfahrzeugen 62  
 Werkwohnungen, beschleunigter Bau von 184  
 Wirtschaftsgarantiegesetz 155  
 Wirtschaftsorganisation in den angegliederten Ostgebieten 152  
 Wirtschaftswerbung, Durchf. V. 151  
 Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien 196 f.  
 Wohnungsmangelgesetz 198  
 Zahlungsfristen, Bewilligung in Rechtsstreitigkeiten 74  
 Zahlungsmittel, gesetzliche, im besetzten poln. Gebiet 289  
 Zeugen- und Sachverständigengebührenordnung 110  
 Zinsereleichterungen für den landwirtschaftlichen Realkredit 181 f.  
 Zivilgesetzbuch, lett. 235  
 Zivilprozeßordnung 64, Pr. Ausf. G. 213, österr. ZP. V. 221, Einf. G. zur österr. und sudeten-deutschen ZP. V. 223  
 Zollrecht im Generalgouvernement 307  
 Zuständigkeit der Strafgerichte, Sondergerichte usw. V. 258, Durchf. V. 259, Z. bei außergerichtlichen Strafsachen gegen deutsche Staatsangehörige im Protektorat 272  
 Zuständigkeitsgesetz, preuß. 390  
 Zustellungen an Wehrmachtangehörige 340  
 Zwangsaufhebungsverordnung, preuß. 211  
 Zwangsversteigerungsgesetz 96  
 Zweckparunternehmen, Auflösung von 48



### III. Gesetzesregister

#### A. Zivilrecht

##### I. Reichsrecht

##### a) Bürgerliches Recht

1. BGB. v. 18. Aug. 1896: 1274 1360  
1414

12: 1196<sup>10</sup> 1470<sup>5</sup>  
30: 1945<sup>10</sup>  
31: 1945<sup>10</sup> 2105<sup>1</sup>  
35: 1121  
89: 1945<sup>10</sup> 2105<sup>1</sup>  
93: 1679<sup>13</sup>  
99: 2169<sup>10</sup>  
119: 1410  
120: 1960<sup>35</sup>  
122: 1960<sup>35</sup>  
123: 2167<sup>6</sup>  
137: 1175  
138: 1310<sup>13</sup> 1365<sup>8</sup> 1368<sup>10</sup> 1424<sup>8</sup>  
1533<sup>25</sup> 1946<sup>11</sup> 2106<sup>2</sup> 2167<sup>7</sup>  
2169<sup>8</sup> 2269<sup>43</sup> 2271<sup>44</sup>  
139: 1927 1946<sup>19</sup> 2150  
157: 1126 1282<sup>6</sup> 1946<sup>13</sup> 2250<sup>20</sup>  
158: 1568<sup>8</sup>  
161: 1190<sup>6</sup>  
167: 1946<sup>12</sup> 1947<sup>14</sup>  
181: 1947<sup>14</sup>  
185: 1992  
§§ 194 ff.: 2029<sup>31</sup>  
202: 1185<sup>1</sup>  
203: 1186<sup>2</sup> 1341 1555 1989  
208: 1185<sup>1</sup> 1628<sup>5</sup>  
209: 1434<sup>21</sup>  
226: 1708  
241: 1405  
242: 1186<sup>3</sup> 1246<sup>17</sup> 1282<sup>6</sup> 1326<sup>25</sup>  
1533<sup>25</sup> 1628<sup>3</sup> 1701 1709 1775<sup>8</sup>  
2018<sup>20</sup> 2019<sup>21</sup> 2029<sup>31</sup> 2116<sup>21</sup>  
2163<sup>4</sup> 2167<sup>7</sup> 2179<sup>20</sup> 2251<sup>21</sup>  
2269<sup>43</sup>  
§ 244: 1282<sup>6</sup>  
§ 249: 1862  
§ 254: 1110<sup>15</sup> 1115<sup>19</sup> 1212<sup>24</sup> 1285<sup>7</sup>  
1287<sup>8</sup> 1339 1368<sup>9</sup> 1425<sup>10</sup>  
1709 1863 1947<sup>15</sup> 2106<sup>3</sup>  
§ 262: 2013<sup>14</sup>  
§§ 275 ff.: 1426<sup>11</sup>  
§ 276: 1288<sup>9</sup> 1335 1368<sup>10</sup> 1449  
1949<sup>16</sup> 2106<sup>3</sup>  
§ 278: 1125 1186<sup>4</sup> 1368<sup>9</sup> 1450  
1766 1788<sup>22</sup> 2106<sup>3</sup>  
§§ 300 ff.: 2116<sup>21</sup>  
305: 1705  
313: 1292<sup>10</sup> 1946<sup>12</sup> 1947<sup>14</sup> 2106<sup>3</sup>  
§§ 320 ff.: 2116<sup>21</sup>  
325: 1426<sup>11</sup>  
366: 1185<sup>1</sup> 1783<sup>16</sup>  
372: 1176  
387: 1949<sup>18</sup>  
398: 1117<sup>22</sup>  
399: 1176 1927  
401: 1176  
419: 1776<sup>9</sup>  
420: 2169<sup>10</sup>  
426: 1110<sup>15</sup> 1779<sup>10</sup>  
433: 1405  
§§ 433 ff.: 2252<sup>22</sup>  
485: 2106<sup>3</sup>  
497: 2252<sup>22</sup>  
514: 1319<sup>21</sup>  
518: 2107<sup>4</sup> 2167<sup>7</sup>  
536: 1125 1701 2252<sup>23</sup>  
537: 2113<sup>15</sup>  
§§ 537—539: 1425<sup>10</sup>

§ 538: 1125 2149  
542: 2149  
545: 1125  
547: 2149  
549: 1146<sup>13 14</sup> 1705 2149  
552: 1708  
554: 2149  
564: 1577<sup>15</sup>  
571: 1990  
§§ 581 ff.: 2169<sup>9</sup>  
596: 1705  
§§ 611 ff.: 1186<sup>4</sup> 2251<sup>21</sup>  
612: 1597<sup>38</sup>  
615: 1789<sup>24</sup>  
616: 1413 1642<sup>23</sup>  
618: 1788<sup>22</sup> 2250<sup>20</sup>  
626: 1328<sup>26</sup>  
§§ 631 ff.: 1368<sup>10</sup>  
661: 1775<sup>8</sup>  
664: 1186<sup>4</sup>  
667: 1369<sup>11</sup>  
675: 1186<sup>4</sup>  
681: 1775<sup>8</sup>  
683: 1188<sup>5</sup>  
707: 1427<sup>12</sup>  
717: 1176  
738: 1282<sup>6</sup>  
743: 2169<sup>10</sup>  
747: 2169<sup>10</sup>  
748: 2169<sup>10</sup>  
759: 2167<sup>7</sup>  
779: 1119<sup>24</sup> 1783<sup>16</sup>  
§ 780—782: 1949<sup>17</sup>  
781: 1628<sup>5</sup>  
812: 1343 1597<sup>38</sup> 2104  
§§ 812 f.: 1949<sup>18</sup>  
814: 2263<sup>35</sup>  
§ 823: 1106<sup>12</sup> 1288<sup>9</sup> 1293<sup>11</sup> 1368<sup>10</sup>  
1629<sup>7</sup> 1779<sup>10</sup> 1950<sup>19</sup> 2106<sup>3</sup>  
2253<sup>24</sup> 2254<sup>25</sup> 2263<sup>35</sup>  
§ 823 II: 1335 1629<sup>8</sup>  
824: 1092  
§ 826: 1088 1106<sup>12</sup> 1190<sup>6</sup> 1293<sup>11</sup>  
1296<sup>12</sup> 1365<sup>8</sup> 1629<sup>7</sup> 1776<sup>9</sup>  
1780<sup>11</sup> 2107<sup>5</sup> 2253<sup>24</sup>  
§ 831: 1125 1368<sup>10</sup> 1425<sup>10</sup> 1945<sup>10</sup>  
2105<sup>1</sup>  
§ 833: 1337  
837: 2105<sup>1</sup>  
§ 839: 1087 1108<sup>13</sup> 1109<sup>14</sup> 1115<sup>19</sup>  
1192<sup>7</sup> 1242<sup>13</sup> 1297<sup>13</sup> 1568<sup>9</sup>  
1571<sup>10</sup> 1629<sup>9</sup> 1632<sup>10</sup> 1687<sup>19</sup>  
1734<sup>10</sup> 1780<sup>12</sup> 1947<sup>15</sup> 1950<sup>20</sup>  
2254<sup>26</sup>  
§ 840: 1110<sup>15</sup>  
§ 843: 1287<sup>8</sup>  
§ 844: 2263<sup>35</sup>  
§ 845: 1192<sup>8</sup> 1658  
§ 847: 1340 1634<sup>11</sup>  
§ 852: 2126<sup>30</sup>  
855: 2009<sup>12</sup>  
873: 1292<sup>10</sup>  
880: 2109<sup>6</sup>  
890 II: 1952<sup>21</sup>  
904: 1188<sup>5</sup>  
906: 2110<sup>7</sup> 2155  
932: 2104  
§ 987 ff.: 1949<sup>18</sup>  
988: 1110<sup>15</sup> 1574<sup>11</sup>  
1004: 2155  
1018: 1781<sup>13</sup>  
1030: 1679<sup>13</sup>  
1061: 1319<sup>21</sup>  
1085 f.: 1186<sup>3</sup>

§ 1089: 1186<sup>3</sup>  
1090: 1319<sup>21</sup> 1679<sup>13</sup> 1781<sup>13</sup>  
1093: 1679<sup>13</sup>  
1113: 1574<sup>12</sup>  
1154: 1574<sup>12</sup>  
§§ 1204 ff.: 2252<sup>22</sup>  
1282: 1176  
1290: 1900<sup>16</sup>  
1293: 1114<sup>17</sup> 1365<sup>8</sup>  
§ 1298 ff.: 2077<sup>29</sup>  
1300: 2110<sup>8</sup>  
1353: 1361<sup>1</sup> 1544  
1356: 1597<sup>38</sup> 1657  
1360: 1544 1576<sup>13</sup> 2110<sup>9</sup>  
1361: 1547  
1367: 1547 1657  
1371: 1547  
1380: 1371<sup>12</sup>  
1383: 1949<sup>18</sup>  
1432: 1782<sup>14</sup>  
1434: 1782<sup>14</sup>  
1442: 1568<sup>9</sup>  
1568: 1770<sup>3</sup>  
1578: 1543  
§§ 1591 ff.: 1552  
1594: 1554 1989  
1595 a: 1194<sup>9</sup> 1555  
1603: 1576<sup>13</sup> 2110<sup>9</sup>  
1611: 1547  
1613: 1300<sup>14</sup>  
1617: 1658  
1635: 1634<sup>12</sup> 2006<sup>8</sup>  
1649: 1186<sup>3</sup>  
1681: 1186<sup>3</sup>  
1685: 1303<sup>15</sup>  
1698: 1303<sup>15</sup>  
1708: 2110<sup>9</sup>  
1717: 1190<sup>6</sup>  
1719: 1375<sup>15</sup>  
1833: 1369<sup>11</sup>  
1911: 1223  
1915: 1223 1369<sup>11</sup>  
1981: 2170<sup>11</sup>  
2027: 1715<sup>8</sup>  
2028: 1775<sup>8</sup>  
2038: 1775<sup>8</sup>  
2048: 2256<sup>27</sup>  
2057: 1775<sup>8</sup>  
2078: 1684<sup>15</sup>  
2084: 2111<sup>10</sup>  
2113: 2256<sup>27</sup>  
2121: 1683<sup>14</sup>  
2136: 2256<sup>27</sup>  
2147: 2256<sup>27</sup>  
2170: 1679<sup>13</sup>  
2211: 2256<sup>28</sup>  
2256: 1684<sup>15</sup>  
§§ 2270, 2271: 2171<sup>12</sup>  
§ 2287: 1775<sup>8</sup>  
2. BGB. v. 18. Aug. 1896:  
Art. 7: 2077<sup>29</sup>  
Art. 7 ff.: 1178  
Art. 11: 1372<sup>13</sup>  
Art. 15: 1373<sup>14</sup>  
Art. 17: 1782<sup>15</sup> 2006<sup>8</sup>  
Art. 18: 1375<sup>15</sup>  
Art. 22: 1375<sup>15</sup>  
Art. 24, 25: 1752  
Art. 27: 1372<sup>13</sup>  
3. BGB. i. d. Fass. der Bef. v. 5. Aug.  
1935: 1509  
§ 6: 1952<sup>21</sup>  
§ 18: 1568<sup>8</sup>  
§ 19: 1568<sup>8</sup>



- 36: 1377<sup>17</sup>  
 39: 2073<sup>24</sup>  
 51: 1116<sup>20</sup>  
 61: 1574<sup>12</sup>  
 82: 2177<sup>17</sup>  
 84: 2256<sup>28</sup>  
 §§ 84 ff.: 1378<sup>18</sup>
- 3a. **GBD. a. N.:**  
 § 12: 1115<sup>19</sup>  
 §§ 53, 54: 1115<sup>19</sup>
4. **BD. zur Regelung der Fälligkeit alter Hypotheken v. 22. Dez. 1938:** 1379<sup>20</sup>
5. **ErbbaurechtsBD. v. 15. Jan. 1919:**  
 § 5: 2074<sup>25</sup>
6. **Gef. über die Veräußerung von Nießbrauchsrechten und beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten v. 13. Dez. 1935:** 1319<sup>21</sup>
7. **Gef. über die Haftung des Reichs für seine Beamten v. 22. Mai 1910:** 1297<sup>13</sup>
8. **BD. über die Haftung des Reichs für die Justizbeamten v. 3. Mai 1935:**  
 § 6: 1115<sup>19</sup>
9. **Gef. über die Beschränkung der Rückgriffshaftung der Soldaten v. 7. April 1937:** 1297<sup>13</sup>
10. **SchuldvereinG. v. 17. Aug. 1938:**  
 § 1: 1168<sup>f</sup>, 1203<sup>13</sup>, 1344, 1581<sup>20</sup>, 21, 1733<sup>7</sup>, 1892<sup>5</sup>  
 § 2: 1170, 1350, 1582<sup>22</sup>  
 § 3: 1168, 1350, 1583<sup>23</sup>, 1733<sup>7</sup>, 1893<sup>6</sup>  
 § 4: 1350  
 § 5: 1171, 1351  
 § 6: 1351  
 § 7: 1351  
 § 8: 1171, 1204<sup>14</sup>, 15, 1351, 1601, 1733<sup>7</sup>  
 § 9: 1204<sup>15</sup>, 1352  
 § 10: 1352  
 § 11: 1204<sup>14</sup>, 1352, 1733<sup>8</sup>  
 § 12: 1353  
 § 14: 1353, 1893<sup>6</sup>
11. **SchuldvereinG. i. d. Fass. v. 3. Sept. 1940:** 1601  
 § 1: 1602  
 § 2: 1602  
 § 3: 1603  
 § 4: 1603  
 § 6: 1604  
 § 7: 1606  
 § 8: 1606, 1893<sup>6</sup>  
 § 9: 1605  
 § 13: 1606  
 § 14 V: 1601  
 § 15: 1606  
 § 16: 1996  
 § 18: 1606, 1733<sup>8</sup>  
 § 24: 1893<sup>6</sup>
12. **BD. über die Vertragshilfe des Richters aus Anlaß des Krieges v. 30. Nov. 1939:** 1666, 2113<sup>15</sup>, 2146  
 § 3: 2029<sup>30</sup>  
 § 4: 1924, 2178<sup>19</sup>  
 § 12: 1379<sup>19</sup>  
 § 17: 1733<sup>9</sup>  
 § 18: 2148  
 § 19: 1379<sup>19</sup>
13. **Gef. über die Änderung und Ergänzung familienrechtlicher Vorschriften v. 12. April 1938:**  
 § 28: 1194<sup>9</sup>
14. **BlutbeschG. v. 15. Sept. 1935:** 1655  
 § 2: 1522<sup>13</sup>, 2062<sup>12</sup>  
 § 5 II: 1522<sup>13</sup>
15. 1. **DurchfBD. z. BlutbeschG. v. 14. Nov. 1935:** 1655  
 § 12 III: 1655  
 § 15: 1668<sup>2</sup>  
 § 16 II: 2062<sup>12</sup>
16. **ErgänzBD. z. 1. AusfBD. z. BlutbeschG. v. 16. Febr. 1940:** 1134
17. **Gef. v. 6. Juli 1938:** 1276  
 § 1 II: 2053  
 § 9: 1140<sup>2</sup>  
 § 37: 1144<sup>8</sup>, 1563<sup>1</sup>, 1625<sup>1</sup>, 1672<sup>3</sup>, 1885<sup>1</sup>, 2001<sup>1</sup>, 2241<sup>14</sup>  
 § 40: 1563<sup>1</sup>  
 § 42: 1139<sup>1</sup>, 1625<sup>1</sup>  
 § 46: 1589<sup>30</sup>  
 § 47: 1140<sup>2</sup>  
 § 49: 1140<sup>2</sup>, 2001<sup>2</sup>  
 § 49: 1140<sup>2</sup>, 1474<sup>6</sup>, 1477<sup>8</sup>, 1548, 1625<sup>1</sup>, 1675<sup>10</sup>, 1678<sup>12</sup>, 1770<sup>3</sup>  
 § 50: 1474<sup>6</sup>, 1548, 1675<sup>10</sup>, 1885<sup>1</sup>, 2161<sup>1</sup>  
 § 51: 1549  
 § 52: 1549  
 § 53: 1549, 1564<sup>2</sup>, 1887<sup>2</sup>, 2001<sup>3</sup>, 2162<sup>2</sup>  
 § 54: 1550, 1887<sup>2</sup>, 2001<sup>3</sup>, 2161<sup>1</sup>  
 § 55: 1141<sup>3</sup>, 1142<sup>4</sup>, 1143<sup>5</sup>, 1361<sup>1</sup>, 1362<sup>2</sup>, 1363<sup>3</sup>, 4<sup>5</sup>, 1474<sup>6</sup>, 1478<sup>9</sup>, 1479<sup>10</sup>, 1480<sup>11</sup>, 12<sup>13</sup>, 1550, 1564<sup>3</sup>, 1567<sup>4</sup>, 5, 1626<sup>2</sup>, 1627<sup>3</sup>, 1675<sup>10</sup>, 1677<sup>11</sup>, 1770<sup>4</sup>, 1771<sup>5</sup>, 1772<sup>6</sup>, 1773<sup>7</sup>, 1889<sup>3</sup>, 1956<sup>30</sup>, 1983, 2001<sup>2</sup>, 2003<sup>4</sup>, 2004<sup>5</sup>, 2163<sup>3</sup>, 2204, 2242<sup>15</sup>, 2243<sup>16</sup>  
 § 56: 1364<sup>6</sup>, 1475<sup>7</sup>, 1677<sup>11</sup>, 1890<sup>4</sup>  
 § 57: 1477<sup>8</sup>  
 § 58: 1887<sup>2</sup>  
 § 59 II: 1477<sup>8</sup>  
 § 60: 1139<sup>1</sup>, 1364<sup>7</sup>, 1480<sup>14</sup>, 1625<sup>1</sup>, 1672<sup>9</sup>, 1678<sup>12</sup>, 2006<sup>6</sup>  
 § 61: 1564<sup>3</sup>, 1625<sup>1</sup>, 1627<sup>4</sup>, 1672<sup>9</sup>, 1677<sup>11</sup>, 2124<sup>27</sup>  
 § 66: 1480<sup>14</sup>, 1543  
 §§ 66 ff.: 1981  
 § 67: 1545  
 § 68: 1546, 2245<sup>17</sup>  
 § 69: 1546  
 § 71: 1545  
 § 74: 1567<sup>6</sup>, 2246<sup>18</sup>  
 § 80: 1143<sup>7</sup>, 1365<sup>8</sup>, 1982, 1988, 2163<sup>4</sup>  
 § 81: 1301<sup>15</sup>, 1305<sup>16</sup>, 1567<sup>7</sup>, 1634<sup>12</sup>, 2006<sup>8</sup>, 2166<sup>5</sup>, 2248<sup>19</sup>  
 § 82: 2006<sup>7</sup>  
 § 95: 1887<sup>2</sup>  
 § 96: 1981  
 § 97: 1567<sup>7</sup>, 1634<sup>12</sup>, 2006<sup>8</sup>  
 § 108: 1596<sup>35</sup>  
 § 118: 1144<sup>8</sup>  
 § 120: 1144<sup>8</sup>
18. **DurchfBD. z. Gef. v. 27. Juli 1938:**  
 § 17, 18: 1625<sup>1</sup>  
 § 76: 1589<sup>30</sup>, 2124<sup>27</sup>
19. **BD. z. Einf. des großdeutschen Eherechts in den sudetendeutschen Gebieten v. 22. Dez. 1938:**  
 § 37: 1596<sup>35</sup>  
 § 42: 2124<sup>27</sup>
20. **DurchfG. v. 4. Mai 1934 zum Konkordat v. 5. Juni 1933:** 1144<sup>8</sup>
21. **BD. über die Abwesenheitspflegschaft v. 11. Okt. 1939:** 1222<sup>f</sup>, 1273, 1608, 1902<sup>17</sup>
22. **Gef. über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen v. 31. Juli 1938:** 2157  
 § 1: 1650  
 § 2: 1650  
 § 11: 1650  
 § 13: 1650  
 § 16: 1650  
 § 21: 1651  
 § 23: 1651, 1685<sup>17</sup>  
 § 24: 1651, 1685<sup>17</sup>  
 § 33: 1651  
 § 34: 1651, 1684<sup>15</sup>
- § 44: 1652  
 § 45: 1652  
 § 46: 1652  
 § 48 II: 1354, 1424<sup>8</sup>, 1652  
 § 51: 1653
23. **JugendwohlfG. v. 9. Juli 1922:**  
 § 73: 2077<sup>28</sup>
24. **PerfStG. v. 6. Febr. 1875:**  
 § 15a, b: 1881
25. 1. **AusfBD. z. PerfStG. v. 19. Mai 1938:**  
 § 107: 1882
26. **BD. v. 20. Juli 1939 über die Anwendung deutschen Rechts auf deutsche Staatsangehörige im Protektorat:** 1540, 1753
27. **BD. v. 31. Dez. 1939 über die Einführung erbrechtlicher Beschränkungen in der Dänark, dem Sudetenland und Protektorat:** 1541
- b) Handelsrecht, gewerbliches Urheberrecht und Privatversicherungrecht**
28. **HGB. v. 10. Mai 1897:** 1275  
 § 13b: 2007<sup>9</sup>  
 § 25: 2007<sup>10</sup>  
 § 27: 2007<sup>10</sup>  
 § 28: 1463<sup>1</sup>  
 § 30: 1723<sup>1</sup>  
 § 37 II: 1196<sup>10</sup>  
 § 63: 1413  
 § 74c: 1965<sup>42</sup>  
 § 105 II: 1427<sup>12</sup>  
 § 124: 2177<sup>16</sup>  
 § 138: 1282<sup>6</sup>  
 § 145: 1446  
 § 161 II: 1427<sup>12</sup>  
 § 186: 2009<sup>11</sup>  
 § 304: 1464<sup>2</sup>  
 § 306: 1464<sup>2</sup>  
 § 355: 1640<sup>22</sup>  
 § 365: 2009<sup>12</sup>  
 § 366: 1724<sup>2</sup>  
 §§ 377, 378: 1407
29. **HGB. v. 21. Juni 1933:** 1359, 1360  
 Art. 1 Ziff. 2: 1469<sup>4</sup>  
 Art. 4 Ziff. 2: 1469<sup>4</sup>  
 Art. 6: 1469<sup>4</sup>  
 Art. 10: 1469<sup>4</sup>  
 Art. 69: 1469<sup>4</sup>
30. **SchedG. v. 14. Aug. 1933:** 1359, 1360
31. **Gef. über Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über Verlängerung der Fristen des Wechsels- und Schedrechts im Falle kriegerischer Ereignisse v. 4. Aug. 1914:** 1816
32. **DepotG. v. 5. Juli 1896:**  
 § 12: 1724<sup>2</sup>
33. **BD. über das Verfahren zum Zwecke der Kraftloserklärung von Konossementen v. 4. Okt. 1939:** 1618
34. **UffG. v. 30. Jan. 1937:** 1230, 1621  
 § 20: 2009<sup>11</sup>  
 § 37 V: 2007<sup>9</sup>  
 § 49: 1123, 1444  
 § 61: 1121  
 §§ 66, 67: 1446  
 § 70: 1443  
 § 84: 1443  
 § 111: 2140  
 § 112: 2140  
 § 115: 1123  
 § 116: 1123  
 § 148: 2007<sup>9</sup>, 2141  
 §§ 203, 206: 2173<sup>13</sup>  
 § 213: 1723<sup>1</sup>  
 § 219: 1445  
 § 231: 1447  
 § 233: 1121  
 § 240: 1464<sup>2</sup>



- § 247: 1464<sup>2</sup>  
 § 255: 1121 1723<sup>1</sup>  
 § 256: 1441
35. UmbG. v. 20. Mai 1898:  
 § 2: 2013<sup>14</sup>  
 § 3: 2013<sup>14</sup>  
 § 15 III: 1900<sup>16</sup>  
 § 15 IV: 1292<sup>10</sup>  
 § 35: 1467<sup>3</sup> 1725<sup>3</sup>  
 § 37: 1725<sup>3</sup>  
 § 46 Ziff. 5: 1467<sup>3</sup>  
 § 61: 1726<sup>4</sup> 2011<sup>13</sup> 2177<sup>15</sup>
36. GenG. v. 1. Mai 1889 und 20. Mai 1898:  
 § 15: 1728<sup>5</sup>  
 § 131a: 1728<sup>5</sup>
37. Gef. über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften v. 5. Juli 1934: 1319<sup>21</sup>  
 § 4: 1464<sup>2</sup>  
 § 5: 1464<sup>2</sup>
38. 3. Durchf. v. z. UmwandlG. v. 2. Dez. 1936:  
 §§ 9, 12: 1442
39. 4. Durchf. v. z. UmwandlG. v. 24. Juni 1937:  
 § 5: 1442
40. PatG. v. 5. Mai 1936:  
 § 53: 1381<sup>23</sup>
41. WZG. v. 5. Mai 1936:  
 §§ 15, 16: 1470<sup>5</sup>  
 § 25: 1780<sup>11</sup>
42. UmlW. v. 7. Juni 1909: 2106<sup>2</sup>  
 § 1: 1199<sup>11</sup> 1470<sup>5</sup> 2145  
 § 3: 1953<sup>23</sup> 2145 2175<sup>14</sup>  
 § 4: 1953<sup>23</sup> 2145  
 § 16: 1196<sup>10</sup>  
 § 21: 2175<sup>14</sup>
43. W. über gewerblichen Rechtsschutz im Reichsgau Sudetenland v. 31. Jan. 1940:  
 § 6: 1182
44. W. über das Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht aus Anlaß der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich v. 27. Juli 1940:  
 § 1: 1714  
 §§ 3, 7, 8, 12: 1715  
 §§ 14, 16, 19 ff.: 1716  
 §§ 22, 24 ff.: 1717
45. W. v. 30. Mai 1908:  
 § 39: 1432<sup>18</sup>  
 § 42: 1432<sup>18</sup>  
 § 75: 1433<sup>19</sup> 1713  
 § 76: 1713  
 § 158c: 1710  
 § 158h: 1712
46. Gef. über die Einführung der Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter und zur Änderung des Gef. über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen und des W. v. 7. Nov. 1939: 2160  
 § 3: 1710
47. Gef. über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen u. Bauparaffassen i. d. Fass. v. 5. März 1937:  
 § 10 III: 1710  
 § 80: 1783<sup>16</sup>
48. Gef. über die Auflösung von Zwecksparunternehmen v. 12. Dez. 1935: 2138
- c) Verkehrsrecht**
49. HaftpflG. v. 7. Juni 1871:  
 § 1: 1338  
 § 3a: 1285<sup>7</sup>
50. GifVerfD. v. 16. Mai 1928 u. 8. Sept. 1938:  
 § 85: 1451
51. GifBetrD. v. 17. Juli 1928:  
 § 79: 2112<sup>14</sup>
52. Gef. über Fernmeldeanlagen v. 14. Jan. 1928:  
 § 12: 1808
53. W. über die Verwaltung des Eisenbahnwesens im Generalgouvernement v. 9. Nov. 1939: 1796
54. W. über die Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens im Generalgouvernement v. 31. Okt. 1939: 1796
55. FernsprechD. v. 24. Nov. 1939:  
 § 41: 1451
56. TelegraphenD. v. 30. Juni 1926:  
 § 24: 1451
57. Gef. über die einstufige Neuordnung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung v. 26. März 1934:  
 § 1: 1214<sup>26</sup>  
 § 2: 1212<sup>25</sup> 1214<sup>26</sup>  
 § 9: 1212<sup>25</sup>
- 57a. Durchf. v. z. StraßenwesenG. vom 7. Dez. 1934:  
 §§ 17, 28: 1212<sup>25</sup>
58. StrafVerfD. v. 28. Mai 1934:  
 § 25: 1779<sup>10</sup>  
 § 36: 1779<sup>10</sup>
59. StrafVerfD. v. 13. Nov. 1937: 1276 1824  
 § 1: 1235<sup>6</sup> 1671<sup>5</sup>  
 § 8: 2066<sup>18</sup>  
 § 9: 1671<sup>5</sup>  
 § 12: 1100<sup>7</sup>  
 § 13: 1099<sup>7</sup> 1235<sup>6</sup>  
 § 33: 1689<sup>20</sup>  
 § 48: 1099<sup>7</sup>  
 § 49: 1235<sup>6</sup> 1671<sup>5</sup>
60. StrafVerfZulD. v. 13. Nov. 1937:  
 § 6: 1089
61. StrafG. v. 3. Mai 1909 i. d. Fass. v. 13. Dez. 1933:  
 § 3 II: 1089  
 § 7: 1336 1687<sup>18</sup> 19 1734<sup>10</sup> 2254<sup>26</sup> 2260<sup>33</sup>  
 § 17: 1287<sup>8</sup> 1779<sup>10</sup>  
 § 18: 1287<sup>8</sup>  
 § 22 II: 2066<sup>17</sup>  
 § 23: 1837<sup>17</sup> 2065<sup>16</sup>
62. W. über die Weiterbenutzung von Kraftwagen v. 6. Sept. 1939:  
 § 1: 1837<sup>17</sup>  
 § 4: 1837<sup>17</sup> 2065<sup>16</sup>
63. LuftW. i. d. Fass. der Bef. v. 21. Aug. 1936: 1824  
 § 19: 1337
- d) Verfahren einschließlich Kosten**
64. W. i. d. Fass. der Bef. v. 8. Nov. 1933: 1138  
 § 3: 1257 1952<sup>22</sup> 2013<sup>16</sup>  
 §§ 3 ff.: 2023<sup>22</sup>  
 § 4: 1257 1454 1953<sup>23</sup> 2009<sup>11</sup>  
 § 5: 1953<sup>24</sup>  
 § 6: 1436<sup>22</sup> 1952<sup>22</sup>  
 § 7: 1953<sup>25</sup>  
 § 9: 2267<sup>39</sup>  
 § 16: 2013<sup>16</sup>  
 § 33: 2220  
 § 36: 1481<sup>15</sup> 2114<sup>17</sup>  
 § 57: 1872  
 § 61: 1726<sup>4</sup>  
 § 62: 1726<sup>4</sup>  
 § 66: 1324<sup>22</sup>  
 § 67: 1324<sup>22</sup> 1726<sup>4</sup>  
 § 69: 1726<sup>4</sup>  
 § 70: 1324<sup>22</sup>  
 § 71: 1324<sup>22</sup>  
 § 91: 1117<sup>22</sup> 1268 1356 1380<sup>21</sup> 23 1385<sup>31</sup> 1584<sup>25</sup> 1690<sup>21</sup> 1785<sup>17</sup> 18 1873 1953<sup>26</sup> 2183<sup>24</sup> 2190<sup>31</sup>  
 § 92: 2220
- § 93: 2184<sup>25</sup>  
 § 98: 1894<sup>8</sup>  
 § 99: 2029<sup>32</sup> 2099 2114<sup>18</sup>  
 § 102: 2185<sup>26</sup>  
 § 103: 1896<sup>11</sup> 2185<sup>27</sup>  
 § 104: 2183<sup>24</sup>  
 § 106: 1381<sup>23</sup>  
 § 114: 1454 2190<sup>32</sup>  
 §§ 114 ff.: 2187<sup>28</sup>  
 § 115: 1385<sup>30</sup> 1454 1955<sup>37</sup> 2023<sup>23</sup> 2024<sup>24</sup> 2028<sup>28</sup>  
 § 120: 1617  
 § 121: 1206<sup>17</sup>  
 § 124: 2185<sup>27</sup>  
 § 125: 1147<sup>17</sup> 1454  
 § 138: 2235<sup>3</sup> 2253<sup>24</sup>  
 § 139: 2187<sup>29</sup> 2220  
 § 157: 1270  
 § 171: 1482<sup>16</sup>  
 § 176: 1617  
 § 184: 1482<sup>16</sup>  
 § 198: 1326<sup>23</sup>  
 § 208: 1482<sup>16</sup>  
 § 233: 1382<sup>24</sup> 1436<sup>23</sup> 1437<sup>24</sup> 1663 1786<sup>19</sup> 2124<sup>26</sup>  
 § 234: 1436<sup>23</sup> 1638<sup>17</sup> 1786<sup>19</sup>  
 § 256: 1433<sup>19</sup> 1690<sup>22</sup> 1725<sup>3</sup> 1950<sup>20</sup> 2115<sup>19</sup>  
 § 265: 1692<sup>23</sup>  
 § 268: 2191<sup>34</sup>  
 § 271: 1894<sup>8</sup>  
 § 272b: 1693<sup>24</sup> 1740<sup>17</sup>  
 § 275: 2187<sup>29</sup>  
 § 282: 2105<sup>1</sup> 2116<sup>30</sup>  
 § 286: 1776<sup>9</sup>  
 § 295: 1324<sup>22</sup>  
 § 301: 1147<sup>18</sup>  
 § 304: 2187<sup>29</sup>  
 § 306: 2261<sup>34</sup>  
 § 308: 2029<sup>32</sup>  
 § 318: 2187<sup>29</sup>  
 § 319: 1483<sup>17</sup> 1646<sup>26</sup>  
 § 322: 1547 2206 2263<sup>35</sup>  
 § 323: 1584<sup>26</sup> 1983 2188<sup>30</sup>  
 § 325: 1692<sup>23</sup>  
 § 328: 1383<sup>25</sup>  
 §§ 373 ff.: 1848<sup>30</sup>  
 § 377 IV: 1585<sup>27</sup> 1693<sup>24</sup>  
 § 379: 1873  
 §§ 390 ff.: 2253<sup>24</sup>  
 § 391: 1653  
 §§ 402 ff.: 1148<sup>19</sup>  
 § 457 Ziff. 1: 1324<sup>22</sup>  
 § 486: 1481<sup>15</sup>  
 § 511: 1140<sup>2</sup>  
 § 511a: 1147<sup>18</sup> 1952<sup>22</sup> 1953<sup>24</sup> 25 2261<sup>34</sup>  
 § 512: 2187<sup>29</sup>  
 § 519: 1382<sup>24</sup> 1437<sup>24</sup> 1484<sup>18</sup> 1616 1663 1903<sup>20</sup>  
 § 519 III Ziff. 2: 2025<sup>25</sup>  
 § 519 VI: 1873 2024<sup>24</sup>  
 § 519b: 1147<sup>18</sup> 1382<sup>24</sup> 1786<sup>20</sup>  
 § 521: 1211<sup>23</sup>  
 § 524: 1172  
 § 538: 1761  
 § 539: 1205<sup>16</sup> 1761  
 § 546: 1638<sup>18</sup> 1894<sup>9</sup> 2224  
 § 547 Ziff. 1: 2013<sup>16</sup>  
 § 547 Ziff. 2: 1734<sup>10</sup>  
 § 548: 2187<sup>29</sup>  
 § 549: 1851<sup>33</sup>  
 § 554: 1955<sup>28</sup> 2187<sup>29</sup>  
 § 554 III: 1894<sup>9</sup>  
 § 554 VII: 1664  
 § 559: 1955<sup>28</sup>  
 § 566: 2100  
 § 571: 2190<sup>31</sup>  
 § 606 II: 1383<sup>26</sup> 2114<sup>17</sup>  
 § 606 IV: 1383<sup>25</sup> 27 1955<sup>29</sup>  
 § 607: 1559



- 614: 1679<sup>12</sup> 2124<sup>27</sup>  
 614a: 1386<sup>32</sup> 1694<sup>25</sup>  
 615: 1956<sup>30</sup>  
 616: 1364<sup>7</sup> 1477<sup>8</sup> 1547 1736<sup>11</sup>  
 1773<sup>7</sup> 1983 2204  
 617: 1653 1679<sup>12</sup>  
 619: 1438<sup>26</sup>  
 622: 1679<sup>12</sup>  
 627: 1167 1206<sup>18</sup> 1268 1384<sup>28</sup>  
 1484<sup>19</sup> 1547 1586<sup>28</sup> 1956<sup>31</sup>  
 1997 2006<sup>7</sup> 2122<sup>24</sup> 2182<sup>22</sup>  
 2190<sup>31</sup>  
 627b: 1167 1956<sup>31</sup> 2122<sup>24</sup> 2190<sup>31</sup>  
 634: 1559  
 635: 1559  
 637: 1559  
 640: 1559 1690<sup>29</sup>  
 640 ff.: 1485<sup>20</sup> 2265<sup>36</sup>  
 643: 1194<sup>9</sup>  
 696: 1634<sup>11</sup>  
 704: 1161  
 707: 1161  
 717: 1896<sup>11</sup>  
 724: 1171  
 725: 1171  
 726: 1173  
 727: 1161  
 750: 1161  
 751: 1161 1438<sup>26</sup>  
 752: 1610  
 758: 1611  
 765: 1161  
 766: 1161 1996  
 767: 1162 1343 1615 1894<sup>10</sup>  
 1996 2116<sup>21</sup>  
 769: 1162  
 771: 1162 1692<sup>23</sup>  
 775: 1172  
 788: 1119<sup>24</sup> 1120<sup>25</sup> 1162 1896<sup>11</sup>  
 793: 1355  
 794: 1638<sup>19</sup> 1639<sup>20</sup>  
 797: 1638<sup>19</sup>  
 798: 1162  
 807: 1162 1737<sup>12</sup>  
 808: 1162 1259 1611 1639<sup>21</sup>  
 809: 1162  
 811: 1162 1485<sup>21</sup>  
 811 Ziff. 1: 1163 1584<sup>26</sup>  
 811 Ziff. 4: 1163  
 825: 1163  
 828 ff.: 1163  
 829: 1148<sup>20</sup>  
 840: 1164  
 844: 1900<sup>18</sup>  
 845: 1164  
 850: 1181 1438<sup>27</sup> 1486<sup>22</sup> 1536<sup>28</sup> 20  
 1584<sup>26</sup> 1786<sup>21</sup> 2110<sup>9</sup> 2119<sup>22</sup>  
 850 ff.: 1164 1486<sup>23</sup>  
 850b: 1149<sup>21</sup> 1165 1486<sup>22</sup> 1576<sup>13</sup>  
 1786<sup>21</sup>  
 850d: 1165  
 850g: 1166  
 851: 1166 1176 1639<sup>21</sup> 1924  
 857: 1166  
 867 II: 1115<sup>19</sup>  
 883 ff.: 1166  
 890: 1119<sup>23</sup>  
 899 ff.: 1167  
 916 ff.: 1167  
 935 ff.: 1586<sup>28</sup>  
 1004: 2009<sup>12</sup>  
 1041 I Ziff. 2: 1528<sup>23</sup>  
 1045, 1046: 2120<sup>23</sup>  
 65. **Verf.** i. b. Fass. v. 22. März 1924:  
 1462  
 § 13: 1087 1849<sup>32</sup> 1851<sup>33</sup> 2114<sup>16</sup>  
 2155  
 § 25: 1758  
 28: 1758  
 71 II: 1734<sup>10</sup>  
 § 71 III: 2183<sup>23</sup>  
 § 158 II: 1117<sup>21</sup>  
 § 170: 2265<sup>37</sup>  
 §§ 172, 174: 1444  
 66. **Schutzgebietsg.** von 1900:  
 §§ 2 ff.: 2198  
 67. **Ges.** über die Konkursgerichtsbarkeit  
 v. 7. April 1900:  
 §§ 5, 17, 19 ff., 42: 2198  
 68. **Verf.** über die Behörden zur Entschei-  
 dung von Kompetenzkonflikten vom  
 27. März 1935: 1851<sup>33</sup>  
 69. **Entf. Verf.** i. b. Fass. v. 13. Mai 1924:  
 § 20: 1639<sup>20</sup>  
 70. **Verf.** über Maßnahmen auf dem Ge-  
 biete der Gerichtsverfassung und der  
 Rechtspflege (VereinsVerf.) v. 1. Sept.  
 1939: 2132  
 § 5: 1867  
 § 6: 1869  
 § 7: 1147<sup>18</sup> 1869 1893<sup>7</sup>  
 § 9: 1869 1893<sup>7</sup> 2267<sup>40</sup>  
 § 10: 1205<sup>16</sup> 1870  
 § 11: 1384<sup>29</sup> 2027<sup>26</sup>  
 § 13: 1740<sup>18</sup> 1758  
 § 20: 1740<sup>18</sup> 2067<sup>20</sup>  
 § 22: 1758  
 § 23: 1499 2052  
 § 24: 1104<sup>10</sup> 2041  
 § 25: 2067<sup>20</sup>  
 § 29: 2267<sup>40</sup>  
 §§ 32, 35: 1326<sup>24</sup>  
 § 33: 1855<sup>37</sup>  
 71. 2. **Durchf. Verf.** v. 4. Okt. 1939 zur Ver-  
 einf. Verf.: 1649 1867  
 § 1: 1612  
 § 2: 1612  
 § 4: 1613  
 § 7: 1613  
 72. **Verf.** z. Änderung der Vereinf. Verf. vom  
 18. Sept. 1940: 1761 2054  
 73. **Verf.** über Maßnahmen auf dem Ge-  
 biete des bürgerlichen Streitverfahrens,  
 der Zwangsvollstreckung, des Konkurses  
 und des bürgerlichen Rechts (SchutzVerf.)  
 v. 1. Sept. 1939:  
 Art. 1: 1145<sup>11</sup> 1737<sup>13</sup> 2182<sup>22</sup>  
 Art. 2: 1145<sup>11</sup> 1224 1737<sup>13</sup> 1870  
 1902<sup>18</sup>  
 Art. 3: 1893<sup>7</sup>  
 Art. 6 Ziff. 3: 1355 1438<sup>27</sup> 1611  
 74. **Ges.** über Bewilligung von Zahlungs-  
 fristen in Rechtsstreitigkeiten v. 7. Okt.  
 1939: 1171  
 75. **Verf.** zur weiteren Überleitung der  
 Rechtspflege im Lande Österreich und  
 in den sudeten-deutschen Gebieten vom  
 28. Febr. 1939:  
 § 4: 1595<sup>34</sup> 2267<sup>40</sup>  
 § 6: 1326<sup>24</sup>  
 § 7: 2267<sup>40</sup>  
 § 8: 2125<sup>28</sup>  
 § 9: 2267<sup>40</sup>  
 § 13: 2268<sup>42</sup>  
 § 20: 1102<sup>9</sup>  
 76. **Verf.** zur einheitlichen Regelung der  
 Vollstreckung von Titeln in den ver-  
 schiedenen Rechtsgebieten v. 16. Jan.  
 1940:  
 § 2 II: 1171  
 § 5 IV: 1172  
 77. **Verf.** über die deutsche Gerichtsbarkeit  
 im Protektorat Böhmen und Mähren  
 v. 14. April 1939: 1402 1745  
 § 9: 1746  
 § 11, 12, 13: 1747  
 78. **Verf.** über das Einspruchsrecht des  
 Reichsprotektors in Böhmen und Mäh-  
 ren in bürgerlichen Rechtsfällen vom  
 4. April 1940: 1402  
 79. 1. **Verf.** über die Ausübung der bürger-  
 lichen Rechtspflege im Protektorat Böh-  
 men und Mähren v. 14. April 1939:  
 1402 1745  
 80. 2. **Verf.** über die Ausübung der bürger-  
 lichen Rechtspflege im Protektorat Böh-  
 men und Mähren v. 20. März 1940:  
 1402  
 81. **Verf.** über das vor den deutschen Ge-  
 richten im Protektorat Böhmen und  
 Mähren in bürgerlichen Rechtsfällen  
 anzuwendende Verfahrensrecht vom  
 11. Juli 1940: 1752  
 82. 2. **Verf.** über die Ausübung der Rechts-  
 pflege in den sudetendeutschen Gebieten  
 v. 2. Sept. 1939:  
 § 13: 1744<sup>22</sup>  
 83. **Verf.** über die polnische Gerichtsbarkeit  
 im Generalgouvernement v. 19. Febr.  
 1940: 1398  
 84. **Verf.** über die deutsche Gerichtsbarkeit  
 im Generalgouvernement v. 19. Febr.  
 1940: 1401  
 85. **Durchf. Vorschr.** zur deutschen und pol-  
 nischen Gerichtsbarkeit im Generalgou-  
 vernement v. 1. Aug. 1940: 1559  
 86. **Verf.** des R. Z. M. über den Rechtshilfe-  
 verkehr mit den besetzten polnischen  
 Gebieten v. 30. April 1940: 1400  
 87. **Z. G. G.** v. 17. Mai 1898:  
 § 12: 2075<sup>26</sup>  
 § 15: 1848<sup>30</sup>  
 § 16: 1482<sup>16</sup>  
 § 22: 1733<sup>7</sup>  
 § 33: 2177<sup>17</sup>  
 § 46: 2076<sup>27</sup>  
 § 76: 2170<sup>11</sup>  
 § 177: 1849<sup>31</sup>  
 88. **R. R. Anw. Verf.** i. b. Fass. der Verf. vom  
 21. Febr. 1936:  
 Vorpruch: 2213  
 § 37: 1584<sup>24</sup>  
 89. **Notar. Verf.** v. 13. Febr. 1937:  
 § 21: 1568<sup>9</sup>  
 § 26: 1568<sup>9</sup>  
 90. **Ges.** zur Verhütung von Mißbräuchen  
 auf dem Gebiet der Rechtsberatung  
 v. 13. Dez. 1935: 1171  
 Art. 1 § 1: 1270  
 § 3 Ziff. 3: 1270  
 §§ 5—7: 1271  
 91. 1. **Ausf. Verf.** zum R. Verat. Mißbr. G. vom  
 13. Dez. 1935:  
 § 2: 1270  
 92. 2. **Ausf. Verf.** zum R. Verat. Mißbr. G. vom  
 3. April 1936:  
 § 4: 1270  
 § 5: 1271  
 93. 3. **Ausf. Verf.** v. 25. Juni 1936: 1270  
 94. 4. **Ausf. Verf.** v. 13. April 1937: 1270  
 95. 5. **Ausf. Verf.** v. 29. März 1938: 1270  
 96. **Zw. Verf. G.** v. 24. März 1897:  
 § 10 I Ziff. 3: 2223  
 § 31 II: 2258<sup>31</sup>  
 § 72: 1957<sup>39</sup>  
 § 81: 1957<sup>32</sup>  
 97. **Verf.** v. 10. Febr. 1877:  
 § 19: 1130  
 § 44: 1265  
 § 159: 1783<sup>16</sup>  
 98. **Anf. G.** v. 20. Mai 1898:  
 § 2: 1776<sup>9</sup>  
 § 3: 1201<sup>12</sup> 1776<sup>9</sup>  
 § 7: 1776<sup>9</sup>  
 99. **Ges.** über weitere Maßnahmen auf dem  
 Gebiet der Zwangsvollstreckung vom  
 31. Okt. 1939 (VoderungsVerf.):  
 § 2: 2258<sup>31</sup>



100. B.D. zur Ergänzung der Vorschriften über die Pfändung der Arbeitsvergütung v. 7. April 1938: 1166 1969
101. B.D. zur Ergänzung der Vorschriften über den Pfändungsschutz bei der Fahrnisvollstreckung v. 17. Juli 1939: 1163
102. B.D. zur einheitlichen Regelung des Pfändungsschutzes für Arbeitseinkommen v. 30. Okt. 1940:  
 § 1: 1970  
 § 2: 1971  
 § 3: 1971  
 § 4: 1972  
 § 5: 1973  
 § 6: 1975  
 § 7: 1977  
 § 8—13: 1980  
 §§ 14, 16: 1981  
 § 15: 1970
103. B.D. über das Kriegsausgleichsverfahren v. 30. Nov. 1939: 1459
104. B.D. über Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung v. 26. Mai 1933:  
 § 5: 1932  
 § 18: 1355
105. VolkstrMißbrG. v. 13. Dez. 1934: 1168 1486<sup>24</sup> 1640<sup>22</sup>
106. RKostD. v. 25. Nov. 1935:  
 § 2 Ziff. 1: 1120<sup>26</sup>  
 § 7 II: 1120<sup>26</sup>  
 § 13: 1614  
 § 15 I: 1120<sup>26</sup>  
 § 123: 1120<sup>26</sup>
107. GG. i. d. Fass. der Bef. v. 5. Juli 1927: 1416  
 § 1: 1210<sup>21</sup>  
 § 4: 1210<sup>21</sup> 22 1614  
 § 9: 2023<sup>22</sup>  
 § 10 II: 2267<sup>39</sup>  
 § 13: 1454  
 20 Ziff. 1: 2028<sup>28</sup>  
 23: 2102  
 30: 1211<sup>23</sup>  
 36: 2102  
 38: 2023<sup>22</sup> 2190<sup>31</sup>  
 73: 1210<sup>21</sup>  
 74: 1664  
 79 Ziff. 1: 2028<sup>28</sup>  
 81: 2028<sup>29</sup>
108. RWerbD. v. 5. Juli 1927:  
 § 1: 2103  
 § 12: 1385<sup>31</sup>  
 13 Ziff. 1: 1386<sup>32</sup> 1956<sup>31</sup>  
 13 Ziff. 2: 1206<sup>18</sup> 1386<sup>32</sup>  
 § 13 Ziff. 3: 1119<sup>24</sup> 1387<sup>33</sup> 1388<sup>35</sup> 1389<sup>36</sup> 1587<sup>29</sup> 1615 1738<sup>14</sup> 1739<sup>15</sup> 1740<sup>16</sup> 1956<sup>31</sup> 1986 2103 2122<sup>24</sup>  
 § 14: 1388<sup>35</sup> 2028<sup>27</sup> 2102 2123<sup>25</sup>  
 17: 1740<sup>17</sup>  
 23 Ziff. 5: 2023<sup>22</sup>  
 23 Ziff. 18: 1119<sup>24</sup> 1120<sup>25</sup>  
 25: 1897<sup>12</sup>  
 41: 1388<sup>35</sup> 1389<sup>36</sup>  
 43: 2027<sup>25</sup>  
 51: 1897<sup>12</sup>  
 63: 1390<sup>37</sup> 38 1740<sup>18</sup>  
 64: 1897<sup>13</sup>  
 67: 2123<sup>25</sup>  
 78: 1898<sup>14</sup>  
 89: 1386<sup>32</sup> 2123<sup>25</sup>
109. ArmAnwGerbG. v. 20. Dez. 1928:  
 § 1: 1384<sup>29</sup> 1587<sup>29</sup> 1741<sup>19</sup> 1898<sup>14</sup> 2124<sup>26</sup>  
 § 4: 1208<sup>20</sup> 1741<sup>19</sup>
110. ZeugGerbD. v. 21. Dez. 1925:  
 § 3: 2266<sup>38</sup>  
 § 20: 1210<sup>22</sup>
- e) Arbeitsrecht**
111. ArbDG. v. 20. Jan. 1934:  
 § 2 I: 1695<sup>26</sup> 1855<sup>36</sup> 2271<sup>44</sup>  
 § 2 II: 1212<sup>24</sup> 1331 1412 2029<sup>31</sup> 2126<sup>31</sup>  
 §§ 5 ff.: 1411  
 § 32: 1488<sup>26</sup>  
 §§ 36, 38: 2126<sup>32</sup>  
 § 56: 2098
112. BetrMG. v. 4. Febr. 1920:  
 § 12: 2271<sup>45</sup>
113. ArbGD. v. 30. April 1938:  
 § 4 II: 1331
114. B.D. über den Arbeitsschutz v. 12. Dez. 1939: 1858 1860
115. B.D. zur Abänderung und Ergänzung von Vorschriften auf dem Gebiet des Arbeitsrechts v. 1. Sept. 1939:  
 § 1: 1861 2094
116. LohngestaltungsB.D. v. 25. Juni 1938: 1331 1757
117. Gef. über die Lohnzahlung am nationalen Feiertag des deutschen Volkes v. 26. April 1934: 1852<sup>34</sup>  
 § 2: 1962<sup>38</sup>
118. Anordnung über die Lohnzahlung an Feiertagen v. 3. Dez. 1937: 1852<sup>34</sup> 1962<sup>38</sup>
119. Gef. über einmalige Sonderfeiertage v. 17. April 1939: 1962<sup>38</sup>
120. B.D. über Wiedereinführung der Mehrarbeitszuschläge v. 3. Sept. 1940: 1205
121. Anordnung über Erstattung von Lohnausfällen, die infolge von Beschädigung der Betriebe durch Luftangriffe eintreten, v. 6. Juni 1940: 1332 1880 2227
122. Änderungsanordnung v. 22. Okt. 1940: 2227
123. B.D. zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung (DienstpflichtB.D.) v. 13. Febr. 1939: 1756  
 § 2: 1967<sup>44</sup>
124. 1. DienstpflichtDurchfVnD. v. 2. März und 27. Juli 1939: 1756  
 §§ 7, 9: 1333  
 §§ 10—15: 1334  
 § 16: 1967<sup>44</sup>
125. B.D. über Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels v. 1. Sept. 1939: 1756 1858  
 § 2 Ziff. 2: 1860  
 § 7 II: 1860
126. 1. DurchfB.D. v. 6. Sept. 1939: 1756
127. HeimarbeiterG. v. 23. März 1934 und 30. Okt. 1939:  
 § 3: 1646<sup>27</sup>
128. JugendschutzG. v. 30. April 1938:  
 § 8 II: 2229  
 § 21: 1226 1487<sup>26</sup> 1877  
 § 24: 1877
129. B.D. über die Stilllegung von Betrieben zur Freimachung von Arbeitskräften v. 21. April 1940: 1250
130. ArbGG. i. d. Fass. v. 10. April 1934:  
 § 2: 1789<sup>24</sup> 2222 2254<sup>26</sup>  
 § 61: 1646<sup>26</sup>  
 § 64: 1646<sup>26</sup>  
 § 72: 2100
131. B.D. über Änderungen des gemeinrechtlichen Verfahrens in der Ostmark und des arbeitsgerichtlichen Verfahrens im Sudetenland usw. v. 19. Dez. 1939:  
 § 1: 1856<sup>38</sup>  
 § 2: 1855<sup>37</sup>
132. B.D. über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und den Arbeitsschutz im Generalgouvernement v. 31. Okt. 1939: 1797
133. B.D. über die Einführung der Arbeitspflicht für die polnische Bevölkerung des Generalgouvernements v. 26. Okt. 1939: 1797
134. B.D. über die Einführung des Arbeitszwangs für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements v. 26. Okt. 1939: 1797
- f) Wirtschaftsrecht**
- a) Allgemeines**
135. Gef. zur Durchführung des Vierjahresplans (Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung) v. 29. Okt. 1936:  
 § 1: 1405  
 § 2: 1531<sup>24</sup>  
 § 4: 1086  
 § 6: 1087 2187<sup>29</sup>
136. DurchfB.D. zum Vierjahresplan vom 18. Okt. 1936: 1701
137. PreisstoppB.D. v. 26. Nov. 1936: 1528<sup>33</sup>  
 § 1: 1145<sup>11</sup> 1306<sup>17</sup> 1405  
 § 2: 1406  
 § 3: 1145<sup>11</sup> 1407
138. 1. AusfB.D. zur PreisstoppB.D. vom 30. Nov. 1936: 1406
139. B.D. über Strafen und Strafrahmen bei Zuwiderhandlungen gegen Preisvorschriften v. 3. Juni 1939:  
 § 12: 1509
140. B.D. über Preise für unedle Metalle v. 31. Juli 1934: 1406
141. B.D. über Preise für Silber v. 6. Okt. 1936: 1406
142. B.D. über Fleisch- und Wurstpreise v. 22. Okt. 1936: 1406
143. B.D. über Preisbildung für ausländische Waren v. 15. Juli 1937: 1405
144. B.D. z. Bekämpfung der Preistreiberie im Generalgouvernement v. 21. Jan. 1940: 1796
145. SpinnstoffG. v. 6. Dez. 1935: 1406
146. PolB.D. zur Verhütung der Selbstentzündung von geschmolzenen Fasern (SchmälzmittelB.D.) v. 6. Sept. 1940: 2135
147. EnergiewirtschaftsG. v. 13. Dez. 1935: § 7: 1452
148. B.D. über den Warenverkehr v. 18. Aug. 1939: 1258
149. B.D. über die Wirkungen der Beschlagnahme zur Regelung des Warenverkehrs v. 4. März 1940: 1258
150. B.D. über Durchfuhrverbote v. 14. Mai 1940: 2137
151. 2. DurchfB.D. v. 27. Okt. 1933 z. Gef. über die Wirtschaftswerbung:  
 § 6: 1452
152. B.D. über die Einführung der Organisation der gemeinlichen Wirtschaft in den angegliederten Ostgebieten vom 27. März 1940: 1250
153. B.D. über die Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft v. 19. Febr. 1940: 1250 1918 2136 2148 2232
154. 1. DurchfB.D. v. 3. Mai 1940: 1250 1918
155. B.D. über die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie v. 22. Aug. 1940: 2136
156. KriegswirtschaftsB.D. v. 4. Sept. 1939:  
 § 1: 1089 1102<sup>9</sup> 1497 1509 1668<sup>3</sup> 1816 1939<sup>6</sup> 2064<sup>15</sup>  
 § 18: 1405 1857  
 § 22: 1407  
 § 25: 1409  
 § 27: 1409
157. 2. DurchfBest. z. Abschn. III der KriegswirtschaftB.D. v. 12. Okt. 1939: 1332



158. **BD.** z. Ergänzung des Abschn. III der KriegswirtschaftsD. v. 29. März 1940: 1249
159. **BD.** über den Handel und die Auftragsvermittlung bei öffentlichen Aufträgen v. 11. Sept. 1940: 2136
160. **BD.** über die Abwicklung von Lieferverträgen v. 20. April 1940:  
§§ 1, 2: 1535<sup>26</sup>
161. **VerbrauchsregelungsstrafBD.** v. 6. April 1940: 1251 2236<sup>7</sup>  
§ 1: 1089 1817  
§ 2: 1508 1817  
§ 3: 1509  
§ 11: 1509
162. **BD.** zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. Nov. 1938: 2138  
§ 2 II: 1246<sup>17</sup> 1310<sup>18</sup> 1314<sup>19</sup>
- β) Landwirtschaftsrecht**
163. **REG.** v. 29. Sept. 1933: 1511  
§ 1: 1846<sup>23</sup>  
§ 5: 1207<sup>19</sup>  
§ 19: 1758  
§ 20: 1758 1995  
§ 21: 1758 1995  
§ 25: 1758  
§ 26: 1995  
§ 34: 1995  
§ 38: 1162
164. 1. **DurchfBD.** z. **REG.** v. 19. Okt. 1933:  
§§ 44, 59: 1207<sup>19</sup>
165. **GHWB.** v. 21. Dez. 1936:  
§ 9a: 1759  
§ 11: 1995  
§ 15: 2075<sup>26</sup>  
§ 16: 1578<sup>18</sup>  
§ 28: 1846<sup>23</sup>  
§ 35: 1580<sup>19</sup>  
§ 50: 2171<sup>12</sup>
166. **BD.** über die Änderung des Gef. über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht v. 18. März 1940: 1250
167. **BD.** zur Sicherung der Landbewirtschaftung v. 23. März 1937:  
§ 1: 1899<sup>15</sup>
168. **DurchfBD.** v. 22. April 1937:  
§§ 13, 15: 1899<sup>15</sup>
169. **BD.** z. Ordnung der Getreidewirtschaft v. 10. Juli 1935: 1406
170. **BD.** z. Regelung der Getreidepreise v. 28. Juni 1940: 1249
171. **BD.** über das offene Lagern von Getreide v. 18. Juni 1940: 1250
172. **BD.** über den Zusammenschluß der Kartoffelwirtschaft v. 18. April 1935:  
§ 4: 2013<sup>14</sup>
173. **BD.** über die öffentliche Bewirtschaftung von Milch v. 7. Sept. 1939: 1280<sup>4</sup>
174. **BD.** über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen v. 27. April 1939: 1403
175. **BD.** über die öffentliche Bewirtschaftung von Tieren und tierischen Erzeugnissen v. 7. Sept. 1939: 1939<sup>6</sup>
176. **BD.** zur Einführung der landwirtschaftlichen Marktordnung in den angegliederten Ostgebieten v. 15. März 1940: 1249
177. **BD.** über die Getreidewirtschaft im Generalgouvernement im Wirtschaftsjahr 1940/41 v. 1. Aug. 1940: 1795
178. **BD.** über die Bergverwaltung im Generalgouvernement v. 13. Sept. 1940: 1795
179. **BD.** über das Forst- und Jagdwesen im Generalgouvernement v. 31. Okt. 1939: 1399

180. **JagdBD.** für das Generalgouvernement v. 13. Juni 1940: 1399
181. **BD.** über die Zins erleichterung für den landwirtschaftlichen Realkredit vom 27. Sept. 1932:  
§ 11: 1535<sup>27</sup>
182. **Gef.** über die Zins erleichterung für den landwirtschaftlichen Realkredit vom 31. Juli 1935:  
§ 2: 1535<sup>27</sup>
183. **BD.** über Forderungen und Rechte auf wiederkehrende Naturalleistungen vom 29. Juli 1940: 1403
184. 3. **DurchfBD.** über die beschleunigte Förderung des Baus von Heuerlings- und Werkwohnungen v. 30. März 1940: 1249
- γ) Handwerksrecht**
185. 1. **Anordnung z. BD.** über die Durchführung des Vierjahresplanes auf dem Gebiet der Handwerkswirtschaft vom 22. Febr. 1939:  
§§ 9, 13, 14: 1635<sup>14</sup>
186. 2. **DurchfErgänzBD.** z. **Gef.** über die Altersversorgung für das deutsche Handwerk v. 28. Okt. 1939: 1276
187. **BeihilfeD.** des Reichsstandes des Deutschen Handwerks v. 2. Juli 1940: 1921
- g) Miet- und Pachtrecht**
188. **MietG.** i. d. Fass. v. 20. April 1936:  
§ 2 IV: 2017<sup>13</sup>
189. **MietSchG.** i. d. Fass. v. 17. Febr. 1928:  
§ 1: 1991 2152  
§ 2: 1708  
§ 4: 1145<sup>10</sup> 1254 1430<sup>13</sup> 1993  
2112<sup>13</sup>  
§ 5: 2013<sup>16</sup> 2152  
§ 5a: 1704  
§ 12: 1271  
§ 13 IV: 2257<sup>29</sup>  
§ 14: 2111<sup>11</sup>  
§ 17: 2153  
§ 21: 1129  
§ 25: 1129  
§ 26: 1130  
§ 27: 1430<sup>13</sup>  
§ 28 II: 1703  
§ 29: 1431<sup>15</sup>  
§ 32: 1130 2112<sup>13</sup>  
§ 32a: 1252  
§ 49a: 2017<sup>19</sup>
190. **BD.** über den Kündigungsanspruch für Miet- und Pachtträume v. 28. Aug. 1937: 1128
191. 1. **AusfBD.** v. 4. Dez. 1937:  
§ 4: 1704
192. 2. **AusfBD.** v. 31. Aug. 1938: 1253  
§ 2: 2258<sup>30</sup>
193. 3. **AusfBD.** v. 5. Sept. 1939: 1128  
1409 1698 2258<sup>30</sup>  
§ 2: 1430<sup>13</sup> 1431<sup>15</sup> 1577<sup>16</sup>  
§ 4: 1707  
§ 5: 1145<sup>13</sup> 1146<sup>13</sup> 14 1431<sup>15</sup> 1705  
§ 6: 1705  
§ 7: 1253  
§ 8: 1144<sup>9</sup> 2015<sup>17</sup>
194. 5. **AusfBD.** v. 14. Aug. 1940:  
§ 1: 1706  
§ 2: 1698
195. **Gef.** über Mietverhältnisse mit Juden v. 4. Mai 1939:  
§§ 1, 2: 1577<sup>16</sup> 2111<sup>12</sup>  
§ 8: 2111<sup>12</sup>
196. **BD.** zur Erleichterung der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien v. 20. April 1939: 1699
197. **DurchfBD.** v. 15. Juni 1939:  
§ 4: 1699

198. **Wohnungsg.** v. 26. Juli 1923:  
§ 8: 1706
199. **Gef.** über Weitergeltung und Ergänzung des Pachtnotrechts v. 30. Sept. 1937:  
§ 2 Ia: 1147<sup>16</sup>
200. **PachtSchD.** v. 30. Juli 1940: 2056
- h) Kulturwesen**
201. **SchriftleiterG.** v. 4. Okt. 1933:  
§ 8: 1788<sup>23</sup>  
§ 17: 2269<sup>43</sup>  
§ 37: 1788<sup>23</sup>
202. **DurchfBD.** z. **SchriftleiterG.** v. 19. Dez. 1933:  
§§ 13, 24: 1788<sup>23</sup>
203. **BD.** über die Einführung des SchriftleiterG. im Lande Österreich v. 14. Juli 1938: 2269<sup>43</sup>
204. **BD.** über das Verlagswesen im Generalgouvernement v. 26. Okt. 1939: 1797
205. **BD.** über die kulturelle Betätigung im Generalgouvernement v. 8. März 1940: 1797
206. **BD.** über das Schulwesen im Generalgouvernement v. 31. Okt. 1939 und 31. Aug. 1940: 1797

**II. Landesrecht**

**a) Preußen**

207. **PrMR.** v. 5. Sept. 1794:  
§ 75 **Einl.**: 1317<sup>20</sup>  
§§ 376, 377 I 21: 1709
208. **LandesgebührenD.** v. 28. Okt. 1922:  
Art. 14: 2103 2123<sup>25</sup>
209. **Allg. Bergrecht** v. 24. Juni 1865:  
§ 82: 1695<sup>26</sup>
210. **EnteigG.** v. 11. Juni 1874:  
§ 7: 1847<sup>29</sup>  
§ 8: 1847<sup>29</sup> 2019<sup>21</sup>
211. **ZwangsaufBD.** v. 12. Nov. 1920:  
§ 28 X: 1369<sup>11</sup>
212. **PachtSchD.** v. 19. Sept. 1927:  
§ 2: 1431<sup>16</sup>  
§ 15 Ib: 1147<sup>16</sup>

**b) Bayern**

213. **AusfG.** z. **ZBD.** und **RD.** i. d. Fass. der **Ref.** v. 26. Juni 1899:  
Art. 7: 1894<sup>10</sup>

**c) Württemberg**

214. **Gef.** betr. die Entscheidung von Kompetenzkonflikten v. 25. Aug. 1879: 1851<sup>33</sup>

**III. Österreich**

215. **ABGB.** v. 1. Juni 1811:  
§ 60: 1144<sup>9</sup>  
§ 94: 1144<sup>8</sup>  
§ 95: 1144<sup>8</sup>  
§ 96: 1144<sup>9</sup>  
§ 110, 115: 2078<sup>30</sup>  
§ 152: 1117<sup>21</sup>  
§ 158: 1590<sup>31</sup> 1959<sup>34</sup>  
§ 159: 1590<sup>31</sup>  
§ 163: 1695<sup>34</sup>  
§ 427: 1149<sup>22</sup>  
§ 585: 1372<sup>13</sup>  
§ 810: 1742<sup>20</sup>  
§§ 825 ff.: 2190<sup>33</sup>  
§ 837: 1593<sup>33</sup>  
§ 879: 1150<sup>23</sup> 1593<sup>33</sup>  
§ 886: 2269<sup>43</sup>  
§§ 918 ff.: 1592<sup>32</sup>  
§§ 922 ff.: 1592<sup>32</sup>  
§§ 1002 ff.: 1960<sup>35</sup>  
§ 1012: 2268<sup>41</sup>  
§ 1035: 1593<sup>33</sup>  
§ 1040: 1593<sup>33</sup>



- § 1157: 2125<sup>29</sup>
- §§ 1236 ff.: 2190<sup>33</sup>
- § 1295: 1593<sup>33</sup>
- §§ 1302, 1304: 1743<sup>31</sup>
- § 1311: 1151<sup>25</sup>
- § 1393: 1149<sup>22</sup>
- § 1394: 2191<sup>34</sup>
- § 1478: 1960<sup>36</sup>
- § 1486: 1960<sup>36</sup>
- § 1489 1158<sup>30</sup>
- 216. StGB.:
  - Art. 47—55: 1960<sup>35</sup>
  - Art. 111: 2177<sup>1c</sup>
- 217. PatG.:
  - §§ 14, 29: 1716
- 218. KraftfahrzeugG.:
  - § 45: 1597<sup>36</sup>
- 219. Gef. v. 26. März 1935 über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen: 1597<sup>36</sup>
- 220. WD. v. 15. Dez. 1925 über tschechoslowakische Herkunftszusammenfassungen für Bier: 1182
- 221. ZPD. v. 1. Aug. 1895:
  - § 11: 1326<sup>24</sup>
  - § 228: 1590<sup>31</sup>
  - § 270: 1595<sup>34</sup>
  - § 471: 2267<sup>40</sup>
  - § 482: 2124<sup>27</sup>
  - § 483: 1589<sup>30</sup>
  - § 502: 2125<sup>28</sup>
  - § 507: 1855<sup>37</sup> 2267<sup>40</sup>
  - § 513: 2267<sup>40</sup>
  - § 514: 2267<sup>40</sup>
  - § 519: 2267<sup>40</sup>
  - § 528: 2267<sup>40</sup>
- 222. Jurisdiktionsnorm v. 1. Aug. 1895:
  - § 24: 2268<sup>42</sup>
  - § 42 II: 1750
  - §§ 54—59: 1326<sup>24</sup> 2267<sup>40</sup>
  - § 68: 2114<sup>17</sup>
  - § 73: 2114<sup>17</sup>
- 223. Einfg. z. österr. und sudet. ZPD.:
  - Art. VI Ziff. 1: 1596<sup>35</sup>
- 224. GrektD. v. 27. Mai 1896:
  - § 3: 1172
  - § 4 II: 1172
  - § 7: 1172
  - § 8: 1173
  - § 9: 1173
  - § 10a: 1173
  - § 17: 1172
  - § 45: 1173
  - § 54: 1172
  - § 63: 1173
  - § 308: 2268<sup>41</sup>
- 225. Kaiserpatent v. 9. Aug. 1854, wodurch ein neues Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitigkeiten eingeführt wird:
  - § 21: 1150<sup>24</sup>
  - § 145: 1742<sup>20</sup>
- 226. Gef. über gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitigkeiten v. 9. Aug. 1854: 1752
- 227. GemVerG. v. 5. April 1922 i. d. Fassung der WD. v. 19. Dez. 1939:
  - § 27: 1856<sup>38</sup>

**IV. Ausländisches Recht**

a) Tschechoslowakei

- 228. KatenG. v. 27. April 1896:
  - § 3: 1960<sup>36</sup>
- 229. GenG.: 1961<sup>37</sup>
- 230. UnfWG. v. 15. Juli 1937:
  - § 1: 1150<sup>23</sup>
  - § 23: 1744<sup>23</sup>
- 231. Gef. über die Grundbestimmungen des Verfahrens außer Streitigkeiten vom 19. Juni 1931:
  - §§ 23, 24, 26, 41: 1742<sup>20</sup>

- 232. Anfd.:
  - § 9: 1744<sup>24</sup>
- 233. GrektD.:
  - §§ 346—369: 1744<sup>24</sup>
- 234. Sudetenl. Gef. über die Gerichtsbarkeit in Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Dienst- und Lehrverhältnis v. 4. Juli 1931:
  - §§ 34, 35, 36: 1855<sup>37</sup>

b) Lettland

- 235. Ziviltagebuch v. 28. Jan. 1937: 1461

**B. Strafrecht**

**I. Reichsrecht**

**1. Materielles Recht**

- 236. StGB. i. d. Fassung der Bef. v. 26. Febr. 1876 und der Novellen: 1360 1462 2055
  - § 1: 1830<sup>11</sup>
  - § 2: 1803 1837<sup>17</sup> 1937<sup>1</sup> 2065<sup>16</sup>
  - § 3: 1076 1080 1498
  - § 4: 1077 1080
  - § 5: 1081
  - § 27a: 1941<sup>8</sup>
  - § 27b: 1840<sup>22</sup> 2240<sup>12</sup>
  - § 29: 1840<sup>22</sup>
  - § 42b: 2036
  - § 42c: 2036
  - § 43: 1261
  - § 47: 1758
  - § 48: 1758
  - § 49: 1239<sup>9</sup> 2057<sup>1</sup> 2234<sup>8</sup>
  - § 51: 1277<sup>1</sup>
  - § 59: 1817
  - § 60: 2058<sup>2</sup>
  - § 61: 1769<sup>1</sup>
  - § 63: 1232<sup>4</sup>
  - § 67: 1509
  - § 68: 1830<sup>11</sup> 2058<sup>3</sup>
  - § 73: 1490 1516<sup>6</sup> 1758
  - § 74: 1417<sup>1</sup> 1490
  - § 79: 1417<sup>1</sup>
  - § 91a: 1769<sup>2</sup>
  - § 130a: 1495
  - § 134a, b: 1495
  - § 153: 2057<sup>1</sup>
  - § 154: 2234<sup>3</sup>
  - § 156: 1095<sup>1</sup> 1234<sup>5</sup>
  - § 157: 1095<sup>2</sup>
  - § 157 Ziff. 1: 1097<sup>3</sup> 1417<sup>2</sup>
  - § 159: 2236<sup>4</sup>
  - § 163: 1095<sup>1</sup>
  - § 171: 1077
  - § 174 I Ziff. 1: 1279<sup>2</sup> 1513<sup>1</sup> 2058<sup>4</sup>
  - § 175: 1077 1493 2059<sup>5</sup>
  - § 175a: 1493 1825<sup>1</sup> 2059<sup>5</sup>
  - § 176 Ziff. 3: 1077 1825<sup>1</sup>
  - § 180: 1825<sup>2</sup>
  - § 185: 1514<sup>2</sup> 1629<sup>8</sup> 2059<sup>6</sup>
  - § 186: 1629<sup>8</sup>
  - § 193: 1629<sup>8</sup> 2236<sup>5</sup>
  - § 196: 2059<sup>6</sup>
  - § 200: 2236<sup>6</sup>
  - § 213: 1515<sup>3</sup>
  - § 218: 1077
  - § 222: 1235<sup>6</sup> 1419<sup>3</sup> 1671<sup>5</sup>
  - § 223: 1493 1825<sup>3</sup> 1937<sup>1</sup>
  - § 223a: 1937<sup>1</sup> 1939<sup>2</sup>
  - § 223b: 1493
  - § 224: 1493
  - § 226: 1493
  - § 229: 1937<sup>1</sup>
  - § 230: 1232<sup>4</sup> 1235<sup>6</sup> 1236<sup>7</sup>
  - § 232: 1671<sup>5</sup>
  - § 233: 1825<sup>3</sup>
  - § 235: 2060<sup>7</sup>
  - § 243 I Ziff. 3: 1101<sup>8</sup>

- § 263: 1097<sup>4</sup> 1101<sup>8</sup> 1280<sup>3</sup> 1825<sup>4</sup> 1827<sup>6</sup> 1838<sup>18</sup> 2061<sup>8</sup> 2063<sup>14</sup>
- § 263 V: 1098<sup>6</sup>
- § 264: 2061<sup>8</sup>
- § 266: 1419<sup>4</sup> 1515<sup>4</sup>
- § 267: 1828<sup>7</sup> 2236<sup>7</sup>
- § 268: 1515<sup>5</sup> 1825<sup>4</sup> 2236<sup>7</sup>
- § 269: 1828<sup>9</sup>
- § 271: 1828<sup>7</sup>
- § 278: 1516<sup>6</sup>
- § 284: 1077
- § 309: 1519<sup>7</sup>
- § 315: 1779<sup>10</sup> 2061<sup>9</sup>
- § 316: 1779<sup>10</sup> 2061<sup>9</sup>
- § 327: 1516<sup>6</sup>
- § 330: 2239<sup>8</sup>
- § 330c: 1420<sup>5</sup> 2062<sup>10</sup> 2063<sup>13</sup>
- § 332: 1829<sup>10</sup>
- § 333: 1829<sup>10</sup>
- § 346: 1237<sup>8</sup>
- § 348: 1419<sup>4</sup>
- § 350: 1939<sup>2</sup>
- § 359: 1520<sup>8</sup> 1939<sup>3</sup> 2062<sup>11</sup>
- § 361 Ziff. 5: 1671<sup>7</sup>
- 237. JugVerG. v. 16. Febr. 1923:
  - §§ 5, 6: 2035
  - § 7: 2034
  - § 18: 2038
  - § 29: 2038
- 238. WD. zur Ergänzung des Jugendstrafrechts v. 4. Okt. 1940: 2033
- 239. Gef. betr. die Bestrafung der Entziehung elektrischer Arbeit v. 9. April 1900:
  - § 1: 1101<sup>8</sup>
- 240. WD. zur Änderung der Strafvorschriften über fahrlässige Tötung, Körperverletzung und Flucht bei Verkehrsunfällen v. 2. April 1940: 1671<sup>6</sup>
- 241. WD. über den Geltungsbereich des Strafrechts v. 6. Mai 1940: 1076 1079 1498 1755
- 242. Gef. gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat v. 20. Dez. 1934:
  - § 1: 1493
  - § 2: 1493 1523<sup>14</sup>
- 243. WD. über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen v. 1. Sept. 1939: 1494
  - § 1: 1837<sup>16</sup>
  - § 2: 1769<sup>1</sup>
  - § 5: 1769<sup>1</sup>
- 244. VolksschädlWD. v. 5. Sept. 1939: 1495 1667<sup>1</sup>
  - § 2: 1231<sup>1</sup> 1420<sup>5</sup> 1422<sup>6</sup> 1939<sup>4</sup> 2063<sup>13</sup>
  - § 4: 1097<sup>4</sup> 1231<sup>2</sup> 1280<sup>3</sup> 1422<sup>6</sup> 1423<sup>7</sup> 1523<sup>15</sup> 1937<sup>1</sup> 1939<sup>3</sup> 2063<sup>14</sup> 2236<sup>7</sup>
- 245. WD. gegen Gewaltverbrecher v. 5. Dez. 1939: 1496
  - § 1: 1232<sup>3</sup> 1939<sup>5</sup>
- 246. KriegssonderstrafrechtsWD. v. 17. Aug. 1938: 1134 1229 1722
  - § 5a: 2091
- 247. 1. ErgWD. zur KriegssonderstrafrechtsWD. v. 1. Nov. 1939: 1134
- 248. 2. ErgWD. zur KriegssonderstrafrechtsWD. v. 27. Febr. 1940: 1134
- 249. WD. zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutze der Wehrmacht und des deutschen Volkes v. 25. Nov. 1939:
  - § 2: 1937<sup>1</sup>
  - § 4: 1669<sup>4</sup> 1811 1836<sup>15</sup> 1941<sup>7</sup>
- 250. WD. über den Umgang mit Kriegsgefangenen v. 11. Mai 1940: 1811
- 251. MilStGB. i. d. Fassung v. 10. Okt. 1940: 1458
  - § 29: 2091
  - §§ 30, 31: 2092
  - §§ 33, 34, 35: 2093
  - § 107: 2092



252. **BD.** über die weitere Anpassung des österr. Strafrechts an das Reichsrecht v. 13. Aug. 1940: 1801  
 § 1: 1803  
 § 4: 1806  
 § 5: 1806  
 § 8: 1808  
 § 10, 11: 1808
253. **BD.** über die Einführung des deutschen Strafrechts in den sudetendeutschen Gebieten v. 16. Jan. 1939:  
 § 18 S. 2: 1839<sup>21</sup>
254. **BD.** des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren gegen Sabotagehandlungen v. 26. Aug. 1939: 2089

**2. Verfahren**

255. **StPD.** i. b. Fass. der Bef. v. 22. März 1924: 1462  
 §§ 7, 8: 1525<sup>19</sup>  
 § 8a: 1082  
 § 12: 1082  
 § 28: 2068<sup>21</sup>  
 § 64: 1528<sup>20</sup>  
 § 81a: 1810  
 §§ 112, 113: 1808  
 § 116: 2053  
 § 127: 1808  
 § 130: 1809  
 § 149: 2239<sup>9</sup>  
 § 153: 1085 1805  
 § 153a: 1077  
 § 154: 1490 1804  
 § 154a: 1805  
 § 155 II: 1104<sup>10</sup>  
 § 156: 1084  
 § 170a: 1804  
 § 172: 1802 1839<sup>19</sup>  
 § 244: 1104<sup>10</sup> 2045  
 § 245: 2042  
 § 265: 1242<sup>12</sup> 2067<sup>20</sup>  
 § 267a: 1804  
 § 269: 1084  
 § 270: 1084  
 § 338 Ziff. 3: 2068<sup>21</sup>  
 § 344: 2239<sup>10</sup>  
 § 345 II: 2068<sup>21</sup>  
 § 362: 1933  
 §§ 413 ff.: 1499  
 §§ 419 ff.: 1499  
 § 429a ff.: 2052
256. **Gef. z. Änderung von Vorschriften des allgemeinen Strafverfahrens, des Wehrmachtsstrafverfahrens und des StGB.** v. 16. Sept. 1939: 2132
257. **BD.** über die Bildung von Sondergerichten v. 21. März 1933:  
 § 3a: 1083
258. **BD.** über die Zuständigkeit der Strafgerichte, der Sondergerichte und sonstiger strafverfahrensrechtlicher Vorschriften v. 21. Febr. 1940: 1740<sup>18</sup> 2088 2132  
 § 13: 1083  
 § 17: 1672<sup>8</sup>  
 § 22: 1084  
 § 24: 1083  
 § 25: 1083  
 § 28: 2037  
 § 30: 2037  
 § 32 I Ziff. 2: 1281<sup>5</sup>  
 § 32 II: 2239<sup>11</sup>  
 § 34: 1672<sup>8</sup> 1839<sup>20</sup>
259. **Durchf. BD. z. JustD.** v. 13. März 1940:  
 § 13: 1085
260. **StraffreiG.** v. 7. Aug. 1934: 1242<sup>13</sup>
261. **Gnabenerlaß** des Führers für die Zivilbevölkerung v. 9. Sept. 1939: 1119<sup>23</sup> 1528<sup>21</sup> 1841<sup>23</sup> 2240<sup>12</sup>  
 § 1: 1241<sup>11</sup>  
 § 2: 1840<sup>22</sup>

262. **Ausf. Best. v. 12. Sept. 1939** zum Gnabenerlaß:  
 § 1: 1528<sup>22</sup>
263. **Gnabenerlaß** für Patentanwälte vom 1. März 1940: 1134
264. **Gnabenerlaß** für die Wehrmacht vom 1. Sept. 1939: 1182 1841<sup>24 25</sup>
265. **KriegsstrafverfahrensD.** v. 17. Aug. 1939: 1722  
 § 120: 1183 1842<sup>26</sup>
266. **StrafenanpassungsBD.** v. 8. Juli 1938:  
 § 1: 1079 1672<sup>8</sup>  
 § 4: 1102<sup>9</sup>  
 § 5: 1521<sup>11</sup>
267. **StraftilgungsG.** v. 9. April 1920:  
 §§ 4, 5: 1105<sup>11</sup>
268. **BD.** zur Änderung des Gef. über beschränkte Auskunfts aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken: 1105<sup>11</sup>
269. **Gef. betr. die Entschädigung** für ungeschuldig erlittene Untersuchungshaft vom 14. Juli 1904:  
 §§ 1, 2, 4: 1242<sup>13</sup>
270. **BD.** v. 1. Aug. 1940 betr. Rechtshilfeverkehr in Strafsachen mit dem Generalgouvernement: 1560
271. **BD.** über die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit im Protectorat Böhmen und Mähren v. 14. April 1939: 1402 1745 2085  
 §§ 14, 15, 16: 2085  
 § 17: 2087  
 §§ 19, 20, 21: 2088  
 §§ 23, 24: 2089
272. **BD.** des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren über die Zuständigkeit bei außegerichtlichen Strafsachen gegen deutsche Staatsangehörige im Protectorat v. 21. Okt. 1939: 2089
273. **Gef. über Rechtsanwaltsgebühren** für die erstinstanzlichen oberlandesgerichtlichen Strafsachen v. 28. Juni 1935:  
 Art. 8 Ziff. 6: 1897<sup>13</sup>

**II. Österreich**

274. **StGB.** v. 27. Mai 1852:  
 § 5: 1754  
 § 8: 1754  
 § 34: 1521<sup>11</sup> 1754  
 § 35: 1754  
 § 36: 1076 1079 1755  
 § 37: 1079  
 § 38: 1079 1755  
 § 39: 1079 1755  
 § 40: 1079 1755  
 § 54: 1521<sup>11</sup>  
 § 55: 1521<sup>11</sup>  
 § 234: 1079  
 § 235: 1079  
 § 239: 1754  
 § 267: 1754  
 § 295: 1079  
 § 463: 2240<sup>13</sup>
275. **JugGerG.**:  
 § 2: 2035  
 § 12: 2035  
 § 13: 1755  
 § 23 II: 1083  
 § 29: 1804 1810  
 § 30: 1083 1810
276. **Gef. über die bedingte Verurteilung** v. 23. Juni 1920:  
 § 1: 1755
277. **StPD.** v. 23. Mai 1873:  
 § 2: 1806  
 § 33: 1750  
 § 34: 1083 1804  
 § 38: 1808  
 § 46: 2085  
 § 52: 1082

- §§ 52 ff.: 1525<sup>19</sup>  
 § 54: 1082  
 §§ 62, 63: 1803  
 § 64: 1082  
 § 84: 1804  
 § 86: 1804  
 § 88: 1802 1808  
 § 89: 1804  
 § 90: 1802  
 § 91: 1804  
 § 92: 1802 1804  
 § 109: 1802  
 § 113: 1082 1807  
 § 114: 1807  
 § 132: 1807  
 §§ 146—149: 1810  
 § 173: 1807  
 § 174: 1807  
 § 177: 1809  
 § 179: 1809  
 § 180: 1807 1809  
 § 190: 1809  
 § 199: 1807  
 § 207: 1804  
 § 219: 1082  
 § 227: 1802  
 § 255: 1810  
 § 259: 1802 1810  
 § 260: 1804  
 § 262: 1802  
 § 265: 1672<sup>8</sup> 1754  
 § 267: 1802  
 § 270: 1804  
 § 281: 1103<sup>9</sup> 1802  
 § 358: 1755  
 § 359: 1755 1808  
 § 360: 1808  
 § 363: 1808  
 §§ 365 ff.: 1802  
 § 412: 1082  
 § 451: 1082  
 § 467: 1806  
 § 470: 1806  
 § 474: 1806  
 § 481: 1083 1806

**C. Finanz- und Steuerrecht**

**I. Reichsrecht**

**1. Materielles Recht**

278. **BD.** über Kreditkassen v. 3. Mai 1940: 1252
279. **Gef. gegen den Mißbrauch bargeldlosen Verkehrs** v. 3. Juli 1934:  
 § 3 II: 2138
280. **DevisenBD.** v. 1. Aug. 1931:  
 § 32: 1814
281. **DevBD.** v. 23. Mai 1932:  
 § 4: 1830<sup>11</sup> 2071<sup>23</sup>  
 § 13: 2071<sup>23</sup>  
 § 36 I Ziff. 3: 1830<sup>11</sup>
282. **Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung** 1932:  
 II 32: 2071<sup>23</sup>
283. **DevG.** v. 4. Febr. 1935:  
 § 9: 1262  
 § 11: 1263  
 § 13: 1261  
 § 34: 1833<sup>13</sup>  
 § 38: 1262  
 § 42 I Ziff. 7: 1263 1833<sup>13</sup>  
 § 42 II: 1261  
 § 42 IV: 1264  
 § 43 I Ziff. 5: 1833<sup>13</sup>  
 § 45 I 2: 1241<sup>11</sup>
284. **DevG.** i. b. Fass. v. 1. Dez. 1936:  
 § 37a: 2138
285. **DevG.** v. 12. Dez. 1938: 1184 1936  
 § 4: 1239<sup>10</sup> 1264  
 § 5: 1520<sup>10</sup> 1830<sup>11</sup>



- § 8: 1814 1833<sup>13</sup>
- § 14: 1262 1830<sup>11</sup> 2067<sup>20</sup>
- § 15: 1363
- § 16: 1239<sup>9</sup> 1261 1520<sup>9</sup> 1832<sup>12</sup>
- § 22: 1520<sup>9</sup> 1832<sup>12</sup>
- § 28: 1520<sup>9</sup>
- § 40: 1607
- § 43: 1607
- § 46: 1363 1941<sup>8</sup> 2067<sup>20</sup>
- § 48: 2067<sup>20</sup>
- § 57: 1520<sup>19</sup> 1832<sup>22</sup> 1944<sup>9</sup>
- § 64: 1262
- § 68: 1607
- § 69 I: 1521<sup>11 12</sup> 1941<sup>8</sup>
- § 69 Ziff. 4: 1239<sup>9</sup> 1830<sup>11</sup>
- § 69 Ziff. 7: 1239<sup>10</sup> 1263 1814 1833<sup>13</sup>
- § 69 II: 1261
- § 69 IV: 1264 1944<sup>9</sup>
- § 70: 1814 1833<sup>13</sup>
- § 73: 1241<sup>11</sup>
- § 83: 1239<sup>10</sup>
- 286. Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung v. 22. Dez. 1938:
  - I 4: 1262
  - II 19: 1609
  - III 15a: 1607
- 287. B.D. über die geschäftsmäßige Hilfeleistung in Devisensachen v. 29. Juni 1936:
  - § 2 Ziff. 2: 2212
- 288. Gef. über die Gewährung von Straffreiheit bei Devisenzuwerhandlungen v. 15. Dez. 1936:
  - § 1: 2067<sup>20</sup>
- 289. B.D. über die gesetzlichen Zahlungsmittel im besetzten polnischen Gebiet vom 11. Sept. 1939: 1393
- 290. B.D. über Reichskreditkassen für das besetzte ehemals polnische Gebiet vom 23. Sept. 1939: 1393
- 291. B.D. über die Devisenbewirtschaftung für das besetzte ehemals polnische Gebiet v. 7. Okt. 1939: 1393
- 292. B.D. v. 14. Dez. 1939 und 8. April 1940 betr. Errichtung einer Bankaufsichtsstelle im Generalgouvernement: 1796
- 293. DevisenD. für das Generalgouvernement v. 15. Nov. 1939: 1796
- 294. StAnpG. v. 16. Okt. 1934:
  - §§ 1, 6: 2127<sup>33</sup>
- 295. Gef. über die Finanzierung nationalpolitischer Aufgaben des Reichs vom 20. März 1939 (Neuer Finanzplan): 1360 1512
- 296. EinkStG. i. d. Fass. v. 27. Febr. 1939: 1137 1360 1512
  - § 3 Ziff. 8: 1865
  - § 13 Ziff. 1: 1505
  - § 14: 1505
- 297. WehrsteuerG.: 1360
- 298. Anordnung betr. Sozialausgleichsabgabe für Polen v. 10. Aug. 1940: 2137
- 299. VermStG. v. 16. Okt. 1934 i. d. Fass. v. 31. Okt. 1939: 2159
- 300. GrErmStG. v. 29. März 1940: 1251 1462 2158 2159
  - § 2: 1501
  - § 3 Ziff. 2, 3: 1502
  - § 9: 1503
  - § 11 Ziff. 4, 5: 1503
  - § 13: 1501
  - § 14: 1503
  - § 15: 1504
  - § 17: 1501
  - § 21: 1500
  - § 23: 1500
- 301. GrErmStDurchfB.D.:
  - § 2: 1500
  - § 9: 1501
- 302. UrStG. v. 5. Mai 1936: 2104

- 303. UmjStG. v. 16. Okt. 1934: 2157
  - § 1: 1501
  - § 4 Ziff. 9: 1501
  - § 10: 1501
- 304. GrStG. v. 1. Dez. 1936:
  - §§ 7, 8: 2178<sup>18</sup>
- 305. BürgStG. v. 16. Okt. 1934: 1360
  - § 16: 1865
  - § 26: 1865
- 306. NfuchtStB.D. v. 8. Dez. 1931:
  - § 9 Ziff. 1: 1835<sup>14</sup>
  - § 9 Ziff. 3: 1262
- 307. B.D. v. 17. Sept. 1939 über das Zollrecht im Generalgouvernement: 1796
- 2. Verfahren**
- 308. ArbG.D. v. 13. Dez. 1919:
  - § 88: 1617
  - § 168: 1814
  - § 177: 1814
  - § 189b: 1500
  - § 242: 1629<sup>9</sup>
  - § 396: 1835<sup>14</sup> 2067<sup>19</sup>
  - § 410: 1525<sup>18</sup>

**II. Ausländisches Recht**

Schweiz

- 309. Bundesratsbeschluß über das Wehr-  
opfer v. 19. Juli 1940: 1766

**D. Sonstige Gebiete des öffentlichen Rechts**

**I. Reichsrecht**

a) Verfassungsrecht

- 310. WeimVerf. v. 11. Aug. 1919:
  - Art. 131: 1108<sup>13</sup> 1109<sup>14</sup> 1297<sup>13</sup>
  - 1571<sup>10</sup> 1632<sup>10</sup> 1687<sup>19</sup> 1734<sup>10</sup>
  - 1780<sup>12</sup> 1950<sup>20</sup> 2254<sup>26</sup>
  - Art. 153: 2018<sup>20</sup>
- 311. 1. B.D. z. NBürgerG. v. 14. Nov. 1935:
  - § 5: 1267 1668<sup>2</sup>
- 312. B.D. über die deutsche Staatsangehörigkeit v. 5. Febr. 1934: 1540
  - § 4: 1117<sup>21</sup> 1179
- 313. 2. B.D. über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich vom 30. Juni 1939: 1958<sup>33</sup>
- 314. B.D. über die deutsche Staatsangehörigkeit in den judendeutschen Gebieten v. 12. Febr. 1939: 1117<sup>21</sup>
- 315. Führererlaß über das Protektorat Böhmen und Mähren v. 16. März 1939: 1745
  - Art. 2: 1402 1656 1748
  - Art. 3: 1396 1402
  - Art. 5: 1750 2087
  - Art. 12: 1401

- 316. B.D. über das Reichsangehörigkeitsrecht im Protektorat Böhmen und Mähren vom 7. Juni 1939: 1746
- 317. B.D. über Rechtsvorschriften des Reichs für das Protektorat Böhmen und Mähren v. 3. April 1939:
  - § 1: 2086
- 318. RegierungsB.D. betr. die Protektoratsangehörigkeit v. 11. Jan. 1940: 1748
- 319. Führererlaß über Sicherung und Verwaltung der Stgebiete v. 8. Okt. 1939: 1782<sup>15</sup>

b) Beamtenrecht

- 320. Deutsches BeamtenG. v. 26. Jan. 1937: 1090 1456 1457
  - § 17: 2211
  - § 71: 2211
  - § 90: 2069<sup>22</sup>

- § 129: 2069<sup>22</sup>
- § 142: 2221
- § 143: 1091 1844<sup>27</sup>
- § 163: 1844<sup>27</sup>
- § 184: 1844<sup>27</sup> 2069<sup>22</sup>
- § 193: 1434<sup>21</sup>
- 321. 2. DurchfB.D. z. DBG. v. 13. Okt. 1938: 2254<sup>26</sup>
- 322. BfAmdG. v. 30. Juni 1933:
  - §§ 5, 6: 1644<sup>24</sup>
  - §§ 40 ff.: 1966<sup>43</sup> 1956<sup>43</sup>
- 323. Gef. z. Wiederherstellung des Berufsbeamtenrechts v. 7. April 1933:
  - § 4: 1844<sup>27</sup>
- 324. B.D. zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen v. 5. Juni 1931 i. d. Fass. v. 6. Okt. 1931:
  - Teil I Kap. II §§ 7, 8: 1533<sup>25</sup>
- 325. Gef. über das Verfahren für die Erstattung von Fehlbeträgen an öffentlichem Vermögen v. 18. April 1937:
  - §§ 1, 2: 2219
  - § 8 V: 2218
- 326. ReichsdiensftD. v. 26. Jan. 1937: 1883
  - § 13 II: 1933
  - § 49: 2210
  - § 105: 2211

c) Wehrrecht

- 327. Kaiserl. B.D. über das außerordentliche kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer v. 28. Dez. 1899: 1538
- 328. WehrG. v. 21. Mai 1935:
  - § 13: 2092
- 329. ReichsleistungsG. v. 1. Sept. 1939: 1090 1360 1934 1935
  - § 25: 2138
- 330. Gef. über das Verfahren in Versorgungssachen v. 10. Jan. 1922:
  - § 73: 1087
- 331. B.D. über die Einberufung zu Übungen bei der Wehrmacht v. 15. März 1939: 2094
- 332. B.D. über Fürsorge für Soldaten und Arbeitsmänner v. 29. Dez. 1937: 2094
- 333. B.D. über Berufsfürsorge für entlassene Soldaten und männliche Angehörige des Reichsarbeitsdienstes v. 18. Sept. 1940: 2097 2137
- 334. Einsatz-Wehrmachtgebührengesetz vom 28. Aug. 1939: 1360
- 335. FamilienunterstützungsdurchfB.D. vom 11. Juli 1939:
  - § 12: 2178<sup>19</sup>
- 336. B.D. über die während des besonderen Einsatzes geltende Fassung des FamilienunterhG. v. 26. Juni 1940: 1251 1562
  - § 12: 1921
- 337. DurchfB.D. z. B.D. über die Fortführung des Reichsarbeitsdienstes für die männliche Jugend während des Krieges v. 10. April 1940: 1183
- 338. Gef. über die freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in der Wehrmacht v. 24. April 1934:
  - Art. I § 1: 1638<sup>19</sup>
- 339. DurchfB.D. zum WehrmachtsZG. vom 3. Febr. 1936:
  - § 13: 1638<sup>19</sup>
- 340. B.D. über das Verfahren bei Zustellungen an Angehörige der Wehrmacht v. 13. März 1940: 1610
- 341. LuftschußG. v. 26. Juni 1935 und 8. Sept. 1939:
  - § 9: 1524<sup>16</sup>
- 342. 7. DurchfB.D. z. LuftschußG. v. 23. Mai 1939:
  - § 1: 1702



343. 8. Durchf. B. d. z. LuftschutzG. (Verbundungs-B.) v. 23. Mai und 1. Sept. 1939:  
 § 1: 1524<sup>16</sup>  
 § 2: 1335 1524<sup>17</sup>  
 § 5: 1334  
 § 7: 1524<sup>16</sup>  
 § 23: 1336  
 § 28: 1335

344. 9. Durchf. B. d. z. LuftschutzG. v. 17. Aug. 1939 i. d. Fass. v. 1. Sept. 1939:  
 §§ 1, 2, 9: 1702 1729<sup>6</sup>

345. B. über die Ausübung der Militärgerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren v. 8. Mai 1939: 1402 1748

346. B. über die Wehrmächtsgerichtsbarkeit gegen Zivilpersonen im Generalgouvernement v. 26. Jan. 1940: 1399

d) Öffentliches Versicherungsrecht

347. R. B. i. d. Fass. v. 15. Dez. 1924:

§ 159: 1658  
 § 162: 1646<sup>27</sup>  
 § 165: 1827<sup>6</sup> 1863  
 § 17: 1659  
 § 180: 1659  
 § 182: 1863  
 § 187: 1864  
 § 313: 1864  
 § 368 d: 1571<sup>10</sup> 1622<sup>10</sup>  
 § 383: 1862  
 § 544: 1658  
 §§ 548, 551: 1658  
 §§ 558, 559: 1658  
 § 563: 1659  
 § 565: 1659  
 § 567: 1659  
 § 569: 1659  
 § 898: 1434<sup>20</sup> 2250<sup>20</sup>  
 §§ 898 ff.: 1879<sup>10</sup>  
 § 922, 923: 1658  
 § 930 ff.: 1658  
 § 1034 Ziff. 2: 1658  
 § 1236: 1866  
 § 1267: 1862  
 § 1268: 1862  
 § 1273: 1866  
 § 1542: 1657 2263<sup>35</sup>

348. Ang. Verf. G. i. d. Fass. v. 28. Mai 1924: 1936

§§ 32, 36: 1865

349. An. nappst. G. i. d. Fass. v. 1. Juli 1926: 1415

350. B. über Arbeitslosenhilfe v. 5. Sept. 1939:

§ 1: 1863

351. 1. Durchf. B. v. 11. Sept. 1939:

§ 1 V: 1863

352. 6. Durchf. B. d. z. B. über die Gewährung von Kinderbeihilfen v. 31. Juni 1937: 2260<sup>32</sup>

§ 22: 1148<sup>20</sup>

353. 7. Durchf. B. d. z. B. über Gewährung von Kinderbeihilfen an kinderreiche Familien v. 13. März 1938: 2260<sup>32</sup>

e) Verwaltungsrecht

354. Gef. über die Einziehung kommunistischer Vermögens v. 26. Mai 1933: 2137

355. Gef. über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens v. 14. Juli 1933: 2137

356. B. über die Behandlung feindlichen Vermögens v. 15. Jan. 1940: 1273 1562 2137

§ 1: 1217  
 § 3: 1218  
 §§ 4, 6: 1219

§ 5: 1220

§ 9: 1219 1607

§§ 9 ff.: 2138

§ 10: 1219 1607

§§ 12 ff.: 1220

§ 14: 1221 2138

§ 19: 2139

357. 1. Durchf. B. v. 17. Juni 1940: 1217

358. W. des R. Z. M. v. 20. Juni 1940: 1220 2138

359. B. des Generalgouverneurs vom 18. Sept. 1940 über die Behandlung feindlichen Vermögens: 1796

360. B. über die Behandlung norwegischer, niederländischer, belgischer und luxemburgischer Vermögens v. 30. Mai 1940: 1220

361. B. über den Einzug des jüdischen Vermögens v. 3. Dez. 1938: 1455 2138  
 §§ 1—4: 1637<sup>15</sup> 2173<sup>13</sup>

§ 8: 1637<sup>16</sup>

§ 15: 1536<sup>30</sup>

362. B. betr. das Verwaltungsverfahren wegen Vertreibung von Gelbbeträgen v. 15. Nov. 1899:

§§ 2, 3: 1996

§§ 33, 35, 36, 49: 1900<sup>16</sup>

363. Deutsche Gem. D. v. 30. Jan. 1935: 1458

364. B. über die Regelung der Bebauung v. 15. Febr. 1936:  
 § 3: 1790<sup>25</sup>

365. B. über Baugestaltung v. 10. Nov. 1936:  
 § 1: 1791<sup>26</sup>

366. Polizeikosten G. v. 29. April 1940: 1252

367. Gem. D. i. d. Fass. v. 26. Juli 1900:

§ 123: 1695<sup>26</sup>

§ 133 a: 1965<sup>42</sup>

§ 133 c: 1413 1642<sup>23</sup>

368. B. über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923:  
 § 20: 1029

369. Reichsmelbeordnung v. 6. Jan. 1938:  
 § 17: 1828<sup>8</sup>

370. 3. Bef. über den Kennkartenzwang vom 23. Juli 1938:  
 §§ 1, 3: 1827<sup>6</sup>

371. Fürsorgepflicht B. v. 13. Febr. 1924:  
 § 3 a V: 1849<sup>32</sup>  
 § 21 a: 1786<sup>21</sup>  
 § 25 a: 1786<sup>21</sup>

372. Gef. über die Befreiung von der Pflicht zum Ersatz von Fürsorgekosten vom 22. Dez. 1936: 2119<sup>22</sup>  
 § 4: 1849<sup>32</sup>

373. Gef. über Kleinrentnerhilfe v. 5. Juli 1934:  
 § 10: 1849<sup>32</sup>

374. B. zur Vereinfachung des Fürsorgerechts v. 7. Okt. 1939: 1849<sup>32</sup>

375. B. über die öffentliche Fürsorge für Juden v. 19. Nov. 1938:  
 Art. I: 1827<sup>6</sup>

376. Personenschäden B. v. 1. Sept. 1939:  
 § 1: 1340

376 a. Sachschädensfeststellungs B. v. 8. Sept. 1939:  
 §§ 2, 4: 1340

377. Gef. zur Verhütung erbkranken Nachwuchses v. 14. Juli 1933:  
 § 1 II Ziff. 1: 2078<sup>31</sup>  
 § 1 II Ziff. 2: 2031<sup>34</sup>  
 § 1 II Ziff. 7: 2079<sup>32</sup>

378. Durchf. B. d. z. Erbkr. Nachw. G. und Ehegesundh. G. v. 31. Aug. 1939:  
 Art. 1 §§ 1, 2: 2080<sup>33</sup>

379. Gef. zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten v. 18. Febr. 1927:  
 §§ 2, 4: 1517<sup>6</sup>

§ 7: 1838<sup>18</sup>

§ 11: 1838<sup>18</sup>

§ 16: 1518<sup>6</sup>

380. Erlaß des Führers über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete v. 12. Okt. 1939:

§ 3: 1395

§ 4: 1396

§ 5: 1397

381. 1. B. über den Aufbau der Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete v. 26. Okt. 1939: 1395

382. B. v. 23. Juli 1940 betr. Aufhebung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Generalgouvernement: 1559

383. B. v. 13. Sept. 1940 zur Einführung des Verwaltungsstrafverfahrens im Generalgouvernement: 1794

384. B. über die Einführung einer Kennkarte für deutsche Volkzugehörige im Generalgouvernement v. 26. Jan. 1940: 1397 1794

385. B. über Waffenbesitz im Generalgouvernement v. 12. Sept., 21. Sept., 6. Okt. 1939: 1393

386. B. v. 24. Juli 1940 betr. den Begriff „Jude“ im Generalgouvernement: 1559

387. B. über die Beschlagnahme in den besetzten polnischen Gebieten v. 5. Okt. 1939: 1393

388. B. betr. Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen im Generalgouvernement v. 24. Jan. 1940: 1398

389. Fürsorge B. für deutsche Volkzugehörige im Generalgouvernement vom 27. März 1940: 1398

II. Landesrecht

a) Preußen

390. Zuständigkeits G. v. 1. Aug. 1883:

§ 56: 1212<sup>25</sup> 1214<sup>26</sup>

§ 57: 1214<sup>26</sup>

391. Landesverwaltungs G. v. 30. Juli 1883:

§ 94: 2224

392. Sparnot B. v. 12. Sept. 1931:

§ 1 Kap. VIII Teil 2: 1644<sup>24</sup>

393. Pol. Verm. G. v. 1. Juni 1931:

§ 14: 1317<sup>20</sup>

§ 18: 1317<sup>20</sup>

§ 19: 1317<sup>20</sup>

§ 21: 1317<sup>20</sup>

§ 59: 1648<sup>28</sup>

§ 70: 1317<sup>20</sup>

394. 4. B. d. z. Änderung der Verwaltungsgebühren D. v. 12. April 1934:  
 Ziff. 10: 1648<sup>28</sup>

395. Dotations G. v. 8. Juli 1875:

§§ 18, 22: 1214<sup>26</sup>

396. Gef. über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfäl. Industriebezirk v. 26. Febr. 1926:  
 § 33: 1319<sup>21</sup>

397. Komm. Beam. G. v. 30. Juli 1899:

§ 1: 1644<sup>24</sup>

398. Fluchlinien G. v. 2. Juli 1875:

§ 15: 2222

b) Sachsen

399. Verwaltungsrechtspflege G. v. 19. Juli 1900:

§ 73 I Ziff. 1: 1648<sup>28</sup>

400. Bau G. v. 20. Juli 1932:

§ 39: 1904<sup>21</sup>

c) Hannover

401. Gef. über den Chaußeebau v. 20. Juni 1851:  
 § 16: 1214<sup>26</sup>



## III. Österreich

402. GemD. für Böhmen v. 16. April 1864:  
§§ 28, 35: 1151<sup>25</sup>

E. Versailler Diktat  
und Internationale Verträge

403. Versailler Diktat v. 28. Juni 1919:  
Art. 53: 2233<sup>1</sup>

404. Haager LandkriegsD. v. 18. Okt. 1907:  
Art. 1, 2: 1538  
Art. 25: 1538 2193

405. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen v. 27. Juli 1929: 1811 1941<sup>7</sup>

406. Deutsch-französischer Waffenstillstandsvertrag v. 22. Juni 1940:  
Art. 19: 1941<sup>7</sup>

407. Italienisch-französisch. Waffenstillstandsvertrag v. 24. Juni 1940:  
Art. 21: 1941<sup>7</sup>

408. Deutsch-Schweiz. Abkommen betr. schweizerische Goldhypotheken in Deutschland v. 6. und 9. Dez. 1920: 2071<sup>23</sup>

409. Zusatzabkommen v. 25. März 1923: 2071<sup>23</sup>

410. Handelsabereinkommen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei vom 4. Mai 1921: 1182

411. Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Litauen v. 22. März 1939: 1377<sup>16</sup>

412. Vertrag über den Rechtsverkehr zwischen dem Reich und der polnischen Republik v. 28. April 1926: 1400

413. Deutsch-sowjetrussisches Rechtshilfeabkommen v. 12. Okt. 1925: 1401

## IV.

Alphabetisches Verzeichnis  
der Verfasser von Abhandlungen, kleineren Beiträgen und Entgegnungen  
(mit Ausnahme der Anmerkungen)

- Alberti, RA., Berlin: § 616 ZPO. und das neue Scheidungsrecht 1547
- Allinger-Gölllich, StA. Dr. W. Theofried, Linz a. D.: Grundgedanken der österr. Strafgesetzgebung. Strafrecht 1754
- Altmann, Assessor Carl-Heinz, Breslau: Gehören DAF-Beiträge zu den sozialen Leistungen? 1181
- Bälz, MinR., Prag: Die deutsche Gerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren 1401
- Bandmann, LGDir. Dr. G., Berlin: Haftung des Vermieters für Verletzung der Obhutspflicht eines Raummieters 1125
- Mietverträge im Wechsel der Zeiten 1701
- Beitze, Prof. Dr. G., Jena: Das Personalstatut im deutschen interlokalen Privatrecht 1539
- Bergmann, OGR., Königsberg i. Pr.: Gewährung des Vollstreckungsschutzes bei öffentlich-rechtlichen Forderungen im Rahmen des Schuldenbereinigungsverfahrens 1996
- v. Beringe, Assessor, Berlin: Das Preiserhöhungsverbot in der Kriegswirtschaft 1404
- Bernardi, RA. Dr. Guido, Mailand: Anerkennung der Rechtsgültigkeit der deutschen VO. v. 3. Dez. 1938 über den Einfluß des jüdischen Vermögens durch die italienischen Gerichte 1455
- Billig, Reichshauptstellenleiter im Reichsrechtsamt der NSDAP., Reichsgruppenwalter Junge Rechtswahrer Assessor Heinz, z. Zt. Leutn. in einem Infanterieregiment im Westen: Die Aufgaben der Reichsgruppe Junge Rechtswahrer im Kriege 1228
- Blochwitz, OGR. Dr., Berlin: Zeitgerechte Schaufensterwerbung 2141
- Boldt, Prof. Dr. Gottfried, Kiel: Zur Einführung des Jugendarrests 2033
- Breitfeld, ORegR. v. Reichskommissar für die Preisbildung Dr. Dr.: Die Anordnung über die Einwirkung der Verdunkelungsmaßnahmen auf die Entgelte für Straßenbeleuchtung 1927
- Breithaupt, OGR., RZM. Berlin, Dr.: Die Neufassung des Ges. über eine Bereinigung alter Schulden 1601
- Brückmann, GerAss., Hamburg: Zur Auslegung und Anwendung der Konnosse-
- mentsVO. v. 4. Okt. 1939 als zeitgebundenes Recht 1618
- Brunz, Prof. Dr. Hans-Jürgen, Greifswald: Zur Frage der Zulässigkeit der „Beweisantizipation“ im Strafverfahren 2041
- Bulla, stellv. Leiter des Amtes für Rechtsberatungsstellen der DAF. Dr., Berlin: Erstattung des Lohnausfalls bei Fliegeralarm und Fliegerschäden 1330 1560
- Lohnausfall infolge mittelbarer Betriebsstörung oder Beschädigung der Arbeiterwohnung durch Luftangriffe 1880
- Das Arbeitsverhältnis des kriegsdienstentlassenen Gefolgschaftsmitglieds 2094
- Nochmals: Lohnausfall durch Fliegeralarm oder Fliegerschäden, Luftschutz-Bereitschaftsdienst und Ausfall des Berufsschulunterrichts 2227
- Dahmann, OGR., Berlin: Zur Abtretbarkeit des Mietaufhebungsanspruchs 2152
- Daih, Werner: Das neue Europa, seine Lebenseinheit und Rechtsordnung 2081
- Dietrich, RA. und Notar Dr. jur. et rer. pol. Hugo, Berlin: Die Verschmelzung von Aktiengesellschaften gegen Gewährung von art- oder gattungsmäßig verschiedenen Aktien 1121
- Spruchverfahren für freihändige Aktienankaufs- oder -tauschangebote und für Gemeinschaftsverträge? 1441
- „Wo kommt das viele Geld her?“ 1447
- Dieke, Doz. a. d. Univ. Kiel Dr. jur. habil. H.-H.: Die Kriegs- und Greuelpropaganda unserer Feinde. Hintergründe und Erscheinungsarten 1073
- Deutschland -- der Feind des Völkerrechts? Entwicklung und Widerlegung einer westeuropäischen Ideologie 1905
- Dir, JKA. Dr. Rudolf, Berlin: Der Jugendverteidiger 2040
- v. Elbe, PrOVertwGR. a. D. Dr., Berlin: Der „angrenzende Eigentümer“ im Anlegerbeitragsrecht 2222
- Faber, OGR. Dr., Kassel: Wann kann eine rechtskräftig abgewiesene Klage aus § 55 EheG. neu erhoben werden? 1983
- Fond, Oberst im Oberkommando der Wehrmacht Dr. jur. h. c.: Aktuelle Fragen des Kriegsvölkerrechts 1537
- Franz, OGR. Dr., Leipzig: Die neuere Rechtsprechung des RG. zur Ehelichkeitsanfechtung (§§ 1591 ff. BGB.) 1552
- Herabsetzung der Revisionssumme oder was sonst? 2224
- Gaedefe, OGR. Dr., Berlin: Zur Frage der Kostenentscheidung bei einstufigen Anordnungen nach § 627 ZPO. 1268
- Katenarmenrecht 1615
- Die Änderung der VereinsVO. 1761 2054
- Die rechtliche Stellung des Kriegsvertreters aus Art. 2 der SchutzVO. v. 1. Sept. 1939 1870
- Gerkmeyer, RA., GehORegR. u. MinR. a. D. J., Berlin: Die Regelung der Rechtspflege in den früheren und in den künftigen deutschen Kolonien 2197
- v. Godin, RA. u. Notar Reinhard Freiherr, Berlin: Aktienauslosung bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien zugunsten der persönlich haftenden Gesellschafter 1444
- Grosch, OGR. Dr. Walter, Worms: Nochmals: Warum richterlicher Strafbefehl? 2052
- Groschuff, OARichter, Berlin: Feindvermögensverwalter im Handelsregisterrecht 2137
- Hailer, ArVertwR. im Stab des Militärchefs in Brüssel Dr.: Die Militärverwaltung in Belgien und Nordfrankreich 1916
- Haensel, RA. Dr. Carl, Berlin: Die Auskunft im Devisenstrafrecht 1814
- Hastler, RegR., Leiter des ArbU. Tetschen a. Elbe Dr.: Der strafrechtliche Schutz des nationalen Arbeitseinsatzes 1756
- Hefermehl, OGR., RZM., Berlin: Das feindliche Vermögen 1217
- Hellbach, OGR., Blauen: Unterhaltsklagen außerehelicher Kinder gegen Soldaten im Kriege 1224
- Hennerich, StA. Dr., Breslau: Warum richterlicher Strafbefehl? 1499
- Verhältnis des Sicherungsverfahrens zum ordentlichen Strafverfahren 2052
- Henrich, RA. Franz, Koblenz: Formlose Aufhebung der Schriftformklausel bei Mietverträgen 1268



- Serschel, Prof. Dr. Wilhelm, Frankfurt a. M.: Der Erfaß des indirekten Schadens. Ein Beitrag zur Frage der industriellen Lieferbedingungen 1451
- Solthöfer, OGD., Münster i. W.: Die Änderung der VereinsVO. 2054
- Sopp, OGR. und OGR. im RZM. Dr.: Kriegsrecht für Forderungen und Rechte auf wiederkehrende Naturalleistungen. Zur VO. v. 29. Juli 1940 1403
- Sornig, OGR., RZM.: Kostenrechtliche Vergünstigungen und Vereinfachungen aus Anlaß des Krieges 1612
- Szel, GerAss. Dr. Walter, Krefeld: Zst § 5 VO. v. 26. Mai 1933 auch bei jüdischen Schuldner anwendbar? 1932
- Seisen, Prof. Dr. Jens, Berlin: Übersicht über kriegswirtschaftliche, kriegssteuerverordnungen und kriegsfinanzwirtschaftliche Verordnungen nebst kurzer Würdigung 1249 2135
- Skalberlah, Assessor Dr. Curt, Hagenow, z. Zt. bei der Wehrmacht: Zum Urlaubsanspruch der Jugendlichen bei Betriebswechsel 1877
- Kallfeld, OGR. Dr. Walter, Cottbus: Strafbarer Umgang mit Kriegsgefangenen 1811
- Rempermann, Assessor, Mitgl. der Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie Dr. Karl Ludwig: Die Gemeinschaftshilfe in der deutschen Rechtsordnung 1918
- Rehler, OGR., Mitgl. des Reichsgruppenrats Richter und StA. und des Jugendrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht: Der Jugendverteidiger 2038
- Rieberg, OGR. Dr., Berlin: Unbeschränkte Beschwerdefähigkeit der Entscheidungen auf Grund des Art. 6 Ziff. 3 KriegsberVO. v. 1. Sept. 1939? 1355
- Klein, OGD. Dr. Hans, Wien: Die Vollstreckungsklausel im Rechtssystem der Exekutionsordnungen 1170
- Roeppen, OGR., Berlin: Unbefriedigendes aus der VerbrauchsregelungsstrafVO. 1508
- Rößt, RA. b. OGL. Dresden, Ewald: Verdunklungsunfälle 1335
- Krieser, ORegR., Prag: Die deutsche Gerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren. Ausübung und Umfang 1745
- Krüger, GerAss. Dr. Gerhard, Frankfurt a. M.: Das Familienstammbuch als Abstammungsnachweis im Erbscheinsverfahren 1881
- Kubisch, RA., Lübben: Vergleiche nach Rechtskraft des Urteils 1615
- Kurze, Assessor Anton, Berlin: Bausparkasse und Bausparvertrag 1925
- Kampe, ORegR. Dr., Berlin: Die Mietpolitik während des Krieges 1697
- Lancelle, Dr. jur. Georg, Berlin: Der Erfaß des indirekten Schadens. Ein Beitrag zur Frage der industriellen Lieferbedingungen 1449
- Larenz, Prof. Dr. Karl, Kiel: Der Eigentumswerb durch Austauschgeschäft 1264
- Lauterbach, OGR. Dr., Berlin: Die Pflicht der geschiedenen und getrennt lebenden Ehefrau zur Übernahme einer Erwerbstätigkeit 1543
- Lichtenberger, OStA. Dr., München: Das Strafverfahren im Kriege 2133
- v. Medcassa, Dr. Julius, Stellvertreter des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs, Berlin: Deutsche Gerichtsbarkeit in Strafsachen in den Niederlanden 1508
- Neues aus dem Rechtsleben im Generalgouvernement 1559
- Ein Jahr Generalgouvernement 1793
- Megow, RA. und Notar, Sachantw. für Steuerrecht Dr. Dr. Heinrich, Berlin: Wichtige Grunderwerbsteuerfragen aus der Praxis und zum Ges. v. 29. März 1940 1500
- Die Zustellung an den Bevollmächtigten im steuerlichen Verfahren 1617
- Merten, OGR. im RZM. Dr. Max: Die LohnpfändVO. 1940 1969
- Meier, OGR. Dr. Wolfgang, Berlin: Vergleichsgebühr und Rechtsmittelverzicht in Ehefachen 1986
- Meier-Wild, RA. Dr. S., Zürich: Zum Schweizer Wehroffer. Besteuerung ausländischen Vermögens 1766
- Mezger, Prof. Dr. Edm., München: Der Geltungsbereich des deutschen Strafrechts 1076
- Kriegsstrafrecht 1133
- Middel, OGR. Dr., Hamburg: Wohnsitzgrundsatz im deutschen interlokalen Privatrecht? 1178
- Interlokaler Geltungsbereich des deutschen Strafrechts 1498
- Mittelbach, StA. Dr. S., Berlin: Gedanken zur Konkurrenzfrage im Strafrecht 1490
- Unbefriedigendes aus der VerbrauchsregelungsstrafVO. 1509
- Möhring, RA. u. Notar Dr. Oskar, Berlin: Fragen aus dem Feindvermögensrecht 1607
- Moritz, ORegR., Wiesbaden: Ein verbesserungsbedürftiger Rechtszustand auf dem Gebiet des Strafprozeß- und Dienststrafrechts 1932
- Münzel, OGR. Dr., Stuttgart: Die Familienangehörigen des Unternehmers und die Sozialversicherung 1657
- Muth, Dr. Heinrich, Berlin: Reich und Führung 1913
- Raumann, Prof. Dr. Richard, Kiel: Allgemeine Verwaltungsrechtsordnung? 1505
- Rißig, Prof. Dr. Arthur, Kiel: Die Entwicklung des Kriegsrechts seit Beginn des Jahres 1940 1857
- Zum Urlaubsanpruch der Jugendlichen bei Betriebswechsel 1879
- Noack, ZR. Prof. Dr. Erwin, Berlin: Ordnungstrafe gegen den beratenden Anwalt 1086
- Nojsten, RA. Dr. Friedrich, Berlin: Kritische Gedanken über die höchstgerichtliche Rechtsprechung zur Wahrung der Notfristen und zu § 233 ZPO. 1663
- Nüßlein, Erster StA. Dr., Prag: Die deutsche Gerichtsbarkeit im Protektorat Böhmen und Mähren. C. Strafrechtspflege 2085
- Niehler-Drexler, OStA. Dr. Erwin, Steyr: Die VO. über den Geltungsbereich des Strafrechts in ihrer Bedeutung für die Ostmark 1079
- Grundgedanken der österreichischen Strafgesetzgebung. Strafverfahrensrecht 1801
- Neuerungen im Strafverfahrensrecht auf Grund der VO. zur weiteren Anpassung des österreichischen Strafrechts an das Reichsrecht v. 13. Aug. 1940 1803
- Pröfz, RA. Dr. Erich R., Hamburg, z. Zt. München: Neues Vertragsrecht in der Kraftfahrzeugversicherung. Bemerkungen zu den Allgem. Bedingungen für die Kraftfahrzeugversicherung 1710
- Nedelberger, Dr. Oskar, Berlin: Können Zivilgerichte in den Betrieb öffentlicher Anstalten eingreifen? 2154
- Reineke I, RA. u. Notar Dr., Münster: Zur Frage der rechtlichen Stellung der Witwe des Bauern nach dem RGG 1995
- Reuß, RA. am RG. Hermann, Lehrbeauftragter der Verwaltungs-Akademie Berlin: Der Anwalt als Rechtswahrer im Raum der Verwaltung 2209
- Noquette, RA. u. Notar Dr., Königsberg i. Pr.: Grenzen des Kündigungsschutzes für Miet- und Pachträume 1128
- Die Räumungsschädigung des Geschäftsraummieters oder -pächters 1252
- Räumungsschädigung und Streitwertbemessung 1453
- Die Rechtsstellung des StA. bei der Anfechtung der Ehegültigkeit 1555
- Neue mietrechtliche Vorschriften 1704
- Zur Abtreibbarkeit des Mietaufhebungsanspruchs 1990
- Die „gemäßbilligten Klauseln“ in alten Mietverträgen 2149
- v. Scanzoni, RA. Dr., München: Die Beidigung des Zeugen im Eheprozeß 1653
- Verührt das neue Ehegesetz alte Unterhaltsverträge? 1981
- Wiederholung der auf § 55 EheG. gestützten Scheidungsklage 2205
- Scheid, Assessor, Abt.-Leiter in der Reichsdienststelle des NSRB., z. Zt. bei der Waffen-4, Dietrich: Die geschichtliche Prüfung in der ersten und in der großen juristischen Staatsprüfung 1507
- Scherer, OGR. im Obkomm. der Wehrmacht Dr. Werner: Zur Neufassung des MilStGB. 2091
- Schmeling, RegR. Dr. Karl-Heinz, Aurich, z. Zt. bei der Wehrmacht: Der Umfang der gerichtlichen Nachprüfung im Erstattungsverfahren 2218
- Schmidt, OStA. Dr., Reichenberg: Das Gesetz zum Schutze des Deutschen Blutes und der Deutschen Ehre im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren 1655
- Schmidt-Klebenow, Dr., Berlin: Zur Frage der Unterhaltspflicht gegenüber jüdischen Angehörigen 1266
- Kann ein Jude einen Deutschen erben? 1354
- Schmidt-Dechner, OGR. Assistent an der Univ. Berlin Dr. jur. Erich: Verpflichtung des Vermieters zu vorzeitiger Weitervermietung? 1707
- Schmitz, Prof. Dr. Ernst, Berlin: Die „offene Stadt“ im geltenden Kriegsrecht 2193
- Schneider, RA. Herbert, Karlsruhe: Der Schmerzensgeldanspruch bei nachträglichem Tod des Verletzten 1340
- Kritische Gedanken über die höchstgerichtliche Rechtsprechung zur Wahrung der Notfristen und zu § 233 ZPO. 1664
- Erfahrungen mit dem Kriegsverfahrensrecht 1866
- Schneider-Luborff, Assessor Wilhelm, z. Zt. bei der Wehrmacht: Die Erteilung von Rechtsauskünften auf dem prelärischen Gebiet 1882



- Schoen, Assessor Dr. Friedrich, Krefeld, 3. Zt. Straßburg i. E.: Einzelfragen zur Mietbeihilfe für den Handel 2146
- Schoeneich, AGK., Berlin: Neue Formulare auf dem Gebiete des Vollstreckungsrechts 1180
- Schumacher, StA. Dr. Ulrich, Berlin: Der Versuch in der Rechtsprechung zum Deliktstrafrecht 1261
- Der Verbotsirrtum im Kriegswirtschafts-Strafrecht 1816
- Schüs, RA. Wilhelm, Berlin: Der Ausschluß der Abtretbarkeit bei Forderungen. Eine aktuelle Frage der Kreditbeschaffung 1175
- Schwoerer, AGK. Dr., Karlsruhe-Durlach: Generalsubstitut—Gesamtvertreter? 1766
- Sebode, AGK. Dr. Sigmar, Berlin: Die neuere Rechtsprechung auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen einschließlich der Schuldenbereinigung 1160
- Einfluß öffentlicher Wirtschaftsmaßnahmen auf die Zwangsvollstreckung in bewegliche Sachen 1258
- Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen von Angehörigen der Wehrmacht 1610
- Zustellung einstweiliger Anordnungen nach § 627 ZPO. n. F. 1997
- Seidel, RA. Dr. Helmut, Berlin: „Der berufene Vertreter und Berater“ 1355
- Sprachverhüllung 2054
- Siebert, Prof. Dr. Wolfgang, Berlin: Höchschule und Wissenschaft im Kriege 1132
- Die Einheit des Urlaubsanspruchs in der neuesten Rechtsprechung des RArbG. 1225
- Ruhegeldanspruch und Betriebsgemeinschaft 1410
- Erwerb und Durchführung eines doppelten Urlaubs in demselben Jahre 1618
- Skaupy, RA. Dr. Walter, Berlin: Die VO über das Patent- und Gebrauchsmusterrecht aus Anlaß der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich v. 27. Juli 1940 1714
- Striße, RA. Dr. jur. Otto, München: Pilsner Bier als Warenzeichen 1182
- Süßloch, AGK. b. Kommissar für die Preisbildung Dr.: Die Einwirkungen einer Preisvorschrift auf laufende Verträge 1659
- Thiesing, RA., 3. Zt. Richter beim Otsch. Obergericht, Krakau, Focher: Rechtsverkehr mit dem Generalgouvernement in Zivilsachen 1400
- von der Trend, RA., Berlin: Katenarmenrecht 1454
- Verde, Prof. Dr. Lo, Camerina (Italien): Die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen über die Stellung von Besatzungstruppen 1153
- v. Vogel, Dr. jur. Heinz: Auflockerung des Strafverfolgungszwangs bei fehlendem Sühnebedürfnis 1085
- Vogel, AGK. Dr. Hermann, Hamburg: Die Rechtsprechung zum Schuldenbereinigungsgesetz 1343
- Vogels, MinDirig. i. RZM. Dr. W.: Die Durchführung des Testamentgesetzes v. 31. Juli 1938 1649
- Feststellung des für Erbhöfe maßgebenden Erbbrauchs 1758
- Volkmar, MinDir. Prof. Dr., Berlin: Gilt § 99 ZPO., der die Zulässigkeit einer auf den Kostenpunkt beschränkten Anfechtung eines Urteils regelt, auch für das arbeitsgerichtliche Revisionsverfahren? 2099
- Wächter, StA. Wolfgang, Altenstein: Zuständigkeit der Strafgerichte, Sondergerichte und sonstige strafverfahrenrechtliche Vorschriften 1083
- Wegener, Mitgl. des Gebührenauschusses der RKA. Berlin, RA. Ernst Gustav: Gebührenrechtliche Fragen aus der Praxis 2103
- Wich, OGR., Leiter der Abt. Gesetzgebung im Amt des Generalgouverneurs, Dr. Albert, Krakau: Das Recht des Generalgouvernements 1393
- Wieder, Prof. Franz, Leipzig: Ernst Seymann zum 70. Geburtstag 1822
- Winterltn, RegR. Dr. K., Berlin: Kontrahierungszwang im Einzelhandel? 1088
- Wuffow, RA. Dr. Werner, Berlin: Ist der Schadensberechnung wegen Erwerbsausfalls der Brutto- oder Nettolohn des Verletzten zugrunde zu legen? 1862
- Die Anfechtung der Ehelichkeit nach § 1594 BGB. in der höchstgerichtlichen Rechtsprechung 1989

## V.

## Verfasser der Anmerkungen zu den Entscheidungen

## I. Ordentliche Gerichte

## A. Reichsgericht

## a) Zivilsachen

- Booß, RBAhR. Dr. S., Essen: 1949<sup>15</sup>
- Dahmann, AGK., Berlin: 2015<sup>16</sup>
- Dietrich, RA. u. Notar Dr. jur et rer. pol. Hugo, Berlin: 1463<sup>1</sup>
- Fraeb, OGR. Dr. Hanau: 1681<sup>13</sup>
- Friemann, OGR. Dr., Berlin: 1531<sup>23</sup>
- Gaedeke, AGK. Dr., Berlin: 2024<sup>24</sup> 2124<sup>26</sup>
- Groschuff, OAR., Berlin: 1198<sup>10</sup> 1465<sup>2</sup> 1469<sup>3</sup> 1728<sup>4</sup> 2012<sup>13</sup>
- Herjchel, Prof. Dr. Wilhelm, Frankfurt a. M.: 1108<sup>13</sup> 1297<sup>12</sup> 1779<sup>10</sup> 2168<sup>7</sup> 2183<sup>23</sup>
- Hopp, OGR. u. OGR. im RZM. Dr., Berlin: 1579<sup>18</sup>
- Hubernagel, Dr. jur. habil. S., 3. Zt. Richter am Otsch. Obergericht Radom (Generalgouvernement): 1636<sup>14</sup>
- Kallfelz, AGK. Dr., Cottbus: 1291<sup>9</sup>
- Kerfing, SenPräf., Berlin: 1784<sup>10</sup>
- Lampe, ORegR. Dr., Berlin: 2021<sup>20</sup> 21
- Larenz, Prof. Dr. K., Kiel: 1302<sup>14</sup> 1674<sup>9</sup>
- Lauterbach, AGK. Dr., Berlin: 1362<sup>1</sup> 1676<sup>10</sup> 1678<sup>11</sup> 1771<sup>4</sup> 1890<sup>8</sup> 2161<sup>1</sup> 2165<sup>4</sup>
- Sindemann, MinDir. Dr., Berlin: 1141<sup>2</sup> 1148<sup>19</sup> 1191<sup>6</sup> 2004<sup>4</sup> 2115<sup>18</sup>
- Wegow, RA. Dr. Dr., Berlin: 1631<sup>9</sup>

- Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 2121<sup>23</sup>
- Reuß, RA. Hermann, Berlin: 1318<sup>20</sup> 1323<sup>21</sup> 1435<sup>21</sup> 1573<sup>10</sup> 1781<sup>12</sup> 1845<sup>27</sup> 2071<sup>22</sup> 2181<sup>20</sup>
- Reyoth, OGR., Berlin: 1891<sup>4</sup>
- Roquette, RA. Dr., Königsberg i. Pr.: 1626<sup>1</sup> 2170<sup>10</sup> 2244<sup>16</sup>
- b. Scanzoni, RA. Dr., München: 1140<sup>1</sup> 1367<sup>8</sup> 1476<sup>6</sup> 1566<sup>3</sup> 1627<sup>2</sup> 1737<sup>11</sup> 1886<sup>1</sup> 1888<sup>2</sup> 2001<sup>1</sup> 2005<sup>5</sup> 2162<sup>2</sup>
- Scholl, RegR. Dr. Albert, Berlin: 1313<sup>18</sup> 1317<sup>19</sup>
- Schönke, Prof. Dr., Freiburg i. Br.: 1326<sup>22</sup> 1586<sup>27</sup> 1692<sup>22</sup> 2027<sup>25</sup> 2266<sup>37</sup>
- Süß, Prof. Dr. Theodor, Berlin: 1432<sup>18</sup>
- Vogels, MinDirig. im RZM. Dr., Berlin: 1684<sup>14</sup>
- Wagner, Geh. KriegsR., MinR. im Oberkommando der Wehrmacht Dr. M., Berlin: 1299<sup>13</sup>
- Wegener, RA. u. Notar E. G., Berlin: 1188<sup>4</sup>
- Wieder, Prof., Leipzig: 1370<sup>11</sup>
- Wuffow, RA. Dr. Werner, Berlin: 1286<sup>7</sup>

## b) Strafsachen

- Boldt, Prof. Dr., Kiel: 1516<sup>5</sup>
- Booß, RBAhR. im RVerMin. Dr. S.: 1100<sup>7</sup>
- Bruns, Prof. Dr., Greifswald: 1418<sup>2</sup> 1513<sup>1</sup> 1514<sup>2</sup> 1938<sup>1</sup>

- Dahn, Prof. Dr., Leipzig: 1421<sup>5</sup>
- Heßmann, RR. Dr., Weimar: 1235<sup>5</sup>
- Hennerici, OStA. Dr., Breslau: 1279<sup>2</sup> 2059<sup>4</sup>
- Wegow, RA. u. Notar Dr. Dr., Fachanw. für Steuerrecht, Berlin: 1836<sup>14</sup> 1944<sup>8</sup>
- Wegger, Prof. Dr. Edmund, München: 1098<sup>6</sup> 1102<sup>8</sup> 1238<sup>8</sup> 1277<sup>1</sup> 1526<sup>19</sup> 2060<sup>6</sup>
- Mittelbach, StA. Dr., Berlin: 1095<sup>2</sup> 1105<sup>10</sup> 1231<sup>2</sup> 1233<sup>4</sup> 1282<sup>5</sup> 1423<sup>7</sup> 1519<sup>6</sup> 1667<sup>1</sup> 1669<sup>3</sup> 1940<sup>6</sup> 2065<sup>15</sup> 2069<sup>21</sup> 2235<sup>3</sup> 2238<sup>7</sup>
- Schidert, OGD., Leipzig: 2057<sup>1</sup>
- Schulz, RegR. Dr. S. F., Berlin: 1521<sup>10</sup>
- Stoß, RAR. Prof. Dr., Berlin: 1842<sup>28</sup>

## B. Oberlandesgerichte

## a) Zivilsachen

- Breithaupt, AGK. Dr., Berlin: 1892<sup>5</sup>
- Fischer, OGR. Dr., Düsseldorf-Oberkassel: 1193<sup>8</sup>
- Friemann, OGR. Dr., Berlin: 1309<sup>17</sup>
- Gaedeke, AGK. Dr., Berlin: 1118<sup>22</sup> 1695<sup>25</sup> 1738<sup>14</sup> 2188<sup>30</sup>
- Groschuff, OAR., Berlin: 2009<sup>10</sup> 2174<sup>13</sup> 2186<sup>27</sup>
- Gülde, RA. Dr., 3. Zt. Referent im Amt des Generalgouverneurs in Krakau: 2260<sup>33</sup>



Serschel, Prof. Dr. Wilhelm, Frankfurt a. M.: 1185<sup>1</sup> 1778<sup>9</sup>  
 Sopp, ESHR. im RZM. Dr., Berlin: 1846<sup>28</sup>  
 Sbert, RA. Dr. Werner, Berlin: 1584<sup>25</sup> 1588<sup>20</sup>  
 Kubisch, RA., Lübben i. Spreem.: 1207<sup>19</sup> 1209<sup>20</sup> 1386<sup>13</sup> 2184<sup>24</sup>  
 Lauterbach, RGR. Dr., Berlin: 1955<sup>29</sup> 2078<sup>29</sup> 2250<sup>19</sup>  
 Lindemann, MinDir., Berlin: 2108<sup>3</sup>  
 Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 2254<sup>25</sup>  
 Roquette, RA. u. Notar Dr., Königsberg i. Pr.: 2016<sup>17</sup>  
 v. Scanzoni, RA. Dr., Berlin: 1304<sup>15</sup> 1365<sup>7</sup> 1679<sup>12</sup> 2245<sup>17</sup>  
 Schönte, Prof. Dr., Freiburg i. Br.: 1483<sup>17</sup> 1587<sup>28</sup> 2119<sup>21</sup> 2265<sup>35</sup>  
 Vogels, MinDirig. im RZM. Dr., Berlin: 1425<sup>8</sup> 1685<sup>15</sup> 1686<sup>17</sup> 1776<sup>8</sup> 2029<sup>30</sup> 2114<sup>15</sup> 2171<sup>11</sup> 2173<sup>12</sup> 2178<sup>19</sup>  
 Wegener, RA. u. Notar Ernst Gustab, Berlin: 1384<sup>28</sup> 1897<sup>12</sup> 1898<sup>13</sup>

## b) Strafsachen

Dombrowski, DRGR. b. RRGR. S.: 1841<sup>24</sup> 25  
 Mittelbach, StA. Dr., S., Berlin: 1840<sup>22</sup>

## C. Landgerichte

## Zivilsachen

Baas, SenPräf., Berlin: 2074<sup>25</sup>  
 Bandmann, LGDir. Dr. G., Berlin: 1730<sup>6</sup>  
 Friemann, LGR. Dr., Berlin: 1533<sup>24</sup>  
 Kubisch, RA., Lübben: 1390<sup>37</sup>  
 Merten, LGR. Dr., Berlin: 2259<sup>31</sup> 2260<sup>32</sup>  
 Müller, LGR., Wuppertal: 1487<sup>24</sup> 1642<sup>22</sup>  
 v. Scanzoni, RA. Dr. G., München: 2248<sup>18</sup>

## D. Amtsgerichte

Dahmann, RGR., Berlin: 2112<sup>13</sup>  
 Serschel, Prof. Dr. Wilhelm, Frankfurt a. M.: 2253<sup>24</sup>

Wegener, RA. Ernst Gustab, Berlin: 2123<sup>25</sup>

## II. Arbeitsgerichte

## Reichsarbeitsgericht

Franke, LGR. i. R. Dr. Willy, Berlin: 2272<sup>45</sup>  
 Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 1643<sup>23</sup> 2270<sup>43</sup>  
 Schönte, Prof. Dr., Freiburg i. Br.: 2030<sup>32</sup>  
 Siebert, Prof. Dr. Wolfgang, Berlin: 1488<sup>25</sup> 1854<sup>25</sup> 1903<sup>19</sup>

## III. Verwaltungsgerichte

## Reichsfinanzhof

Brandt, RA. Dr., Berlin: 1536<sup>30</sup> 2128<sup>33</sup>

## Sächs. Oberverwaltungsgericht

Reuß, RA. Hermann, Berlin: 1648<sup>28</sup>

## VI.

## Alphabetisches Verzeichnis des besprochenen Schrifttums

## A. Nach den Namen der Verfasser geordnet

Academie für Deutsches Recht, Ausschuß für GmbS.: Die Neuordnung d. GmbS. 2. Arbeitsbericht, vorgelegt von Prof. Dr. Friedrich Klaußing, Frankfurt a. M. 1229  
 — Erbrechtsauschuß: Erwerb, Sicherung und Abwicklung der Erbschaft, 4. Denkschrift bearb. von LGR. Dr. F. Bartholomeyczik, LGDir. W. Kaempf, Prof. Dr. F. Lange, GerAss. Dr. G. Ohr und GerAss. W. Reif, vorgelegt von Prof. Dr. jur. Heinrich Lange 1620  
 Alpers vgl. unter Bosse  
 American Institute of Accountants: Wie geht der amerikanische Wirtschaftsprüfer vor? 2000  
 Anrich, Ernst: Deutsche Geschichte von 1918—1939 1509  
 Ansjorge, Reichsrichter b. RZS. Dr., SenPräf. a. D. b. RZS. Arlt, Reichsrichter b. RZS. Sepp, SenPräf. b. RZS. Dr. Süßmann, Reichsrichter b. RZS. Kemmernecht, Reichsrichter b. RZS. Dr. Kraft, Reichsrichter b. RZS. Dr. Schefold und Reichsrichter b. RZS. Dr. Wahl, sämtlich München: Verjüngte Steuer-Rechtsprechung in Karteiform 1093  
 Arbeitsfront, Deutsche, Arbeitswissenschaftliches Institut: Die staatliche Altersversorgung 1138  
 — Bismarcks Erbe in der Sozialversicherung 2000  
 — Amt für Berufserziehung und Betriebsführung: Das Aktiengesetz 1621  
 Arlt vgl. unter Ansjorge  
 Bade vgl. unter Bosse  
 Bahmann, Geschäftsführer des Haftpflichtschadenausgleichs westdeutscher Städte in Bochum Stadt. Rechtsrat: Haftung für Verdunkelungsunfälle 1358  
 Barnstedt, Dr. Erich: Das Merkmal der Rechtsgrundlosigkeit in der ungerechtfertigten Bereicherung 2104

Bartholomeyczik vgl. unter Lange  
 Baumbach, SenPräf. b. RG. a. D. Dr. Adolf: Wechselgesetz und Scheckgesetz 1359  
 Baumecker, RA. u. Notar Dr. Otto, und Dr. Wolf Domke: Handbuch des Großdeutschen Erbhofrechts 1511  
 Baur, LGR. Dr. jur. habil. Fritz, Eübingen: Die Bindung an Entscheidungen 1623  
 Becker vgl. unter Soergel  
 Becker-Bender, Dr. Walter: Das Urheberpersönlichkeitsrecht im musikalischen Urheberrecht 1184  
 Beckhe Verlagbuchhandlung: Ehegesetz 1276  
 — Straßenverkehrsrecht 1276  
 — Reichsleistungsgesetz 1360  
 — EinkStG., Neuer Finanzplan, BürgerStG., WehrStG. 1360  
 — Wechselgesetz und Scheckgesetz 1360  
 — StGB. 1462  
 — StPD. und StBG. 1462  
 — Die Reichssteuergesetze 1624  
 Behnke, DRGR., Vertreter der Oberst. Dienstbehörde b. RDienststrafhof in Berlin Dr. Kurt: Reichsdienststrafordnung 1883  
 Bendermacher, RA. Dr. Amelios J., Patras: Griechisches internationales Ehe-recht 2157  
 Berghold vgl. unter Flad  
 Berlitz, RegR. im RZM. Erich: Ehestandsdarlehen 1936  
 Berndt, MinDirig. i. RPropMin. A. J., und Oberstleutn. im Oberkommando der Wehrmacht v. Wedel: Deutschland im Kampf 1456  
 Bilfinger, Prof. Dr. Carl: Der Völkerbund als Instrument britischer Machtpolitik 1460  
 Binder vgl. unter Jülow  
 de Boor, ord. Prof. a. d. Univ. Leipzig Dr. Hans Otto: Rechtsstreit 1415

Boruttan, MinR. im RZM. Ernst Paul, und RegR. im RZM. Dr. Otto Klein: Das Grunderwerbsteuergesetz 2158  
 Böttcher, RA. u. Notar Dr. Conrad, Stabshauptabteilungsleiter im Reichsnährstand Dr. Hans Merkel, Leiter der Abt. Kartellaufsicht der Reichsgruppe Industrie Dr. Heinz Müllensiefen und DRGR. Hartmann: Wirtschafts-Kartei 1094 2231  
 — u. RA. Dr. Heinz Meilide: Reichsmarkbilanzen, Umstellung, Umwandlung: Ostmark—Sudetenland—Memelland—Danzig 1622  
 Brand, LGPräf. a. D. Prof. Dr. Arthur, Mitglied des Aussch. für Beamtenrecht der Akademie für Deutsches Recht, Dresden: Das deutsche Beamtengesetz 1457  
 Brandt, Doz. a. d. Univ. Leipzig Dr. jur. habil. Hans: Eigentumsverlust und Austauschgeschäft 1275  
 Brockhaus: Taschen-Brockhaus zum Zeitgeschehen 1722  
 Brönnner, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dr. jur. e rer. pol. Herbert: Die Besteuerung der Gesellschaften, des Gesellschafterverwechslens und der Umwandlungen 1935  
 Bulla, stellv. Leiter des Amtes für Rechtsberatungstellen der DAF. Dr., Berlin: Die arbeitsrechtliche Stellung des rückgeführten Gefolgschaftsmitglieds 2232  
 Burandt vgl. unter Pabst  
 Cerutti, RegR. Dr. R. E., Dresden: Der Allgem. Teil des Verwaltungsrechts und die Verwaltungsrechtsprechung 1509  
 Cranz vgl. unter Lauterbach  
 Dahr, Oberarzt am hygien. Inst. der Univ. Köln Doz. Dr. med. habil. Peter: Die Technik der Blutgruppen- und Blutfaktorenbestimmung 2157



- Dalke, weiland GenStA., GehDfR. Dr., Begründer von Strafrecht und Strafverfahren; 31. Aufl. von LGDir. Dr. E. Fuhrmann, Berlin, MinR. i. RZM. Dr. R. Krug und DGR. i. RZM. Dr. R. Schäfer 1358
- Dandelmann vgl. unter Palandt
- Darjow, DRegR. im RM. Dr. Hubert, KRGerR. im RM. Dr. Berthold Foltken und DRegR. im RM. Dipl.-Ing. Friedrich Nicolaus: Kommentar zum Luftschußgesetz 1824
- David vgl. unter Soergel
- Dehottay, Dr. jur. Peter: Die Fremdherrschaft in Eupen-Malmédy 1934
- Demiani vgl. unter Lauterbach
- Deutsche Arbeitsfront vgl. unter A.
- Deutsche Informationsstelle vgl. unter J.
- Dombrowski, DRKR. b. KRGer. Hanns: Kriegsstrafrecht 1416
- Domizlaff, Hans: Die Gewinnung des öffentlichen Vertrauens 1459
- Domke vgl. unter Baumeder
- Drescher vgl. unter du Prel
- Düppe, Dr. A.: Die Einkommensteuer des Haus- und Grundbesitzes nebst Kriegszuschlag zur Einkommensteuer und Mehreinkommensteuer 1936
- Ebel, MinR. im RM. Dr. Martin: Der Mieterschutz im Kriege 1092
- Eckert vgl. unter Engel
- Eckhardt, RegR. Dr. W., und RegR. Dr. G. v. Rozhdi: Deutsche Verfassungsgeschichte 1090
- vgl. auch unter Müller, Heinz
- Eckstein, RegR. Hanns, Leiter der Hauptbetriebsprüfungsstelle b. FinA. für Körperschaften in München: Herausgeber der „Alphabet. Schlagwortsammlung zur Rechtsprechung des RZP.“, bearb. von Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder Hermann Gegerle, DStJnsp. Mondschlein, StJnsp. Dipl.-Volkswirt Gallena und StJnsp. Tischler: 1094
- Eber, Franz, Zentralverlag d. NSDAP.: Illustrierter Beobachter, Sonder-Nr. Frankreichs Schuld 1416
- Der deutsche Sieg im Westen 1936
- Engel-Eckert: Die Reichs-Versicherungsgesetze 1230
- Eyméß, GerRef. Dr. Volker: Die Luft-  
hoheit und ihre Beschränkungen 1666
- Fabricius vgl. unter Glad
- Feine, Prof. d. Rechte a. d. Univ. Tübingen Dr. Hans Erich: Deutsche Verfassungsgeschichte der Neuzeit 2000
- Festschrift Ernst Seymann zum 70. Geburtstag 1824
- Fischbach, GehRegR. MinDirg. i. RZM., Mitglied der Akademie für Deutsches Recht Dr. Oskar Georg: Deutsches Beamtengesetz 1456
- Glad, SenPräs. a. D., Mitglied der Akademie für Deutsches Recht Dr. Friedr., KRK. Wilhelm Gadow und KRK. a. D. Dr. Eduard Heinichen: Kommentar zum StGB. 1275
- Glad, RegR. a. D. Dr. jur. Wolfgang, DRegR. im RM. Dr. Gerhard Bergbold, Dr. jur. Helmut Fabricius: Das neue Devisenrecht 1184
- Flemming, Dr. jur. Alfred: Das Recht der Pflichtergemplare 1414
- Floegel, Reichsanwalt b. RG. Johannes: Straßenverkehrsrecht 1824
- Fuhr, Assessor Dr. Gerhard R.: Lohnzahlung bei Arbeitsverjämniß 1413
- Folken vgl. unter Darjow
- Forsthoff, Ernst: Recht und Sprache 1665
- Freisler, StSekr. im RZM. Pr. Staatsrat Dr. Roland, StSekr. i. e. R. Pr. Staatsrat Ludwig Grauert und MinR. im RZM. Dr. Karl Krug: Das neue Recht in Preußen. Bief. 43 1138
- u. Prof. a. d. Univ. Berlin Dr. Justus Wilhelm Hedemann: Deutsches Gemeinrecht im Werden 1412
- u. MinR. im RZM. Dr. R. Krug: Die neuen Kriegsgeetze 2000
- Freudling vgl. unter Ringelmann
- Friedrichs, Dr. Heinz: Marxismus und Nationalsozialismus in ihrer Bewertung der Arbeit 1768
- Frießede vgl. unter Palandt
- Fuhrmann vgl. unter Dalke
- Gadow vgl. unter Glad
- Gallena vgl. unter Eckstein
- Gafis, Dr. Andreas: Die Nichterfüllung des schuldrechtlichen Vertrags 2056
- Gegerle vgl. unter Eckstein
- Gerhardt, Prof. a. d. Univ. München Dr. Johannes: Deutsche Arbeits- und Sozialpolitik 1091
- Gerold vgl. unter Soergel
- Gerstenhauer, R. M.: Grundzüge einer deutschen Staats- und Volkskunde. 2. Bd.: Das ewige Deutschland 1998
- Gefelle, GerWf. a. D. Werner: Reichs-knappchaftsgesetz 1415
- Geise, od. UnivProf. in Frankfurt a. M. Dr. Friedr., und DRegR. UnivProf. Leiter der Devisenstelle S. in Frankfurt a. M. Dr. Engelhard Niemann: Das Devisengesetz 1936
- Glanzmann vgl. unter Haack
- v. Gleispach, Prof. Dr. jur. Dr. rer. pol. h. c. Wenzel Graf, Berlin: Das Kriegsstrafrecht, Teil II 1229
- Göbbels, Dr. med. Hans: Arzt und private Krankenversicherung 1623
- Goethe, JustJnsp. Johannes, Rechtspfleger in Hamburg: Rechtsstreit 2292
- Grauert vgl. unter Freisler
- de Gruyter, Verlag Walter: BGB. nebst EinfG. 1360
- Günther vgl. unter Soergel
- Haack-Glanzmann: Handwerkerber-  
gungsgesetz 1276
- Hagemann vgl. unter Thees
- Hahn, Dr. Werner: Neues Vorbringen in der Berufungsinstanz 1137
- Hartel, Assessor Dr. jur. Otto: Das Grunderwerbsteuergesetz 2159
- Hartmann vgl. unter Böttcher
- Hartung, KRK. Dr. jur. h. c. Fritz, und KRK. a. D. Dr. jur. h. c. Emil Niethammer, Nachtrag zur 19. Aufl. des Löwe-Hellweg-Rosenbergischen Kommentars zur StPD.: Neues Strafverfahrensrecht 2055
- Hauff, RatWfist. und Assist. am Institut für Steuerrecht a. d. Univ. Münster Dr. Joachim-A.: Konzerngestaltung im Lichte des Steuerrechts 1138
- Haugg, DGR. Werner: Das Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten 1462
- Hauptamt für Beamte der Reichsleitung der NSDAP.: ABC des Deutschen Beamtengesetzes 1090
- Heder, Landesrat Waltherr, und Dr. Erika Müller, Referentin b. d. Rhein. Provinzialverw.: Wirtschaftliche Volksfürsorge und wirtschaftliche Jugendhilfe 1884
- Hedemann vgl. unter Freisler
- Hefermehl vgl. unter Krieger
- Heinemann vgl. unter Koechler
- Heinichen vgl. unter Glad
- Hellich, MinDir. a. D. Dr. M.: Die Deutsche Eierzeugungsgesetzgebung 1138
- Henke vgl. unter Palandt
- Henze vgl. unter Jälow
- Hepp vgl. unter Anforje
- Herschel, Prof. am Staatl. Berufspädagog. Institut Berlin, Abt. Frankfurt a. M., Dr. W.: Arbeitsrecht 1999
- Heyde, Prof. Dr. Ludwig: Die Lage des deutschen Arbeiters 1999
- v. Himüber, DGR. Dr. D. L., Celle, und Reichsstellenleiter Dr. Werner Legtmeyer, München: Strafverfahrensrecht 1510
- Hirschwald, RA. u. Notar Dr. Franz: Das Testament 2157
- Höhn, Prof. Dr. Reinhard: Der Soldat und das Vaterland während und nach dem Siebenjährigen Krieg 1357
- Frankreichs Demokratie und ihr geistiger Zusammenbruch 1561
- Huebener, Bibliothekar Alfred, und Syndikus Dr. Günter Neumann: Wahlers Arbeitsrechtssprechung 1623
- Hubernagel, RA. Dr. jur. habil. Gerhard, und Syndikus Dr. jur. Karl Kühne, beide Wuppertal: Das Kriegsausgleichsverfahren 1459
- Die Vertragshilfe des Richters aus Anlaß des Krieges 1666
- Hübichmann vgl. unter Anforje
- Jacob, Mitglied des Kolonialrechtsausch. der Akademie für Deutsches Recht Dr. Ernst Gerhard: Deutsche Kolonialkunde 1933
- Jaeger, Dir. des VerA. der Hauptstadt der Bewegung Dr. jur. Heinz: Ang-VerfG. nebst Ausführungsvorschriften 1936
- Jagusch, Dr. jur. Heinrich: Die Rechtsberatungsstellen der DAF. 2056
- Jähnte, RegR. Lehrer an der Reichsfinanzschule Berlin Dr. Fritz: Betriebsprüfung 1768
- Jeferich, Dr. Kurt: Jahrbuch für Kommunalwissenschaften 2160
- Jmhof, Staatsbankdir. I. Kl. in München Dr. Wilhelm: Kommentar zur StPD., begründet von Georg Meißel 1509
- Informationsstelle, Deutsche: Dokumente polnischer Grausamkeit 1272
- Jungmichel, Prof. Dr. Gottfried, Dir. d. Inst. f. gerichtl. Medizin a. d. Univ. Göttingen: Die Bedeutung der Blutgruppen und Blutkörperchen — Merkmale (Faktoren) in der gerichtlichen Medizin 1936
- Kalle, LGDir. Dr., UrbG. Stuttgart: Arbeitsrecht-Kartei 1230 1462
- Kaenmel, DRegR. b. DFinPräs. Berlin Ernst, und RegR. am FinA. Berlin-Zehlendorf W. Schmiedele: EinfStG. und Neuer Finanzplan 1512
- Die öffentliche Finanzwirtschaft, Einführung zu den Reichssteuergesetzen 1624
- Kaempf vgl. unter Lange
- Kaßner, MinR. im PrFinMin. Georg: Die baupolizeilichen Vorschriften 1562
- Keiter, Doz. am Rassenbiolog. Institut der Univ. Würzburg Dr. pil. et med. Friedrich: Rasse und Kultur 1998
- Kempermann vgl. unter Wilhelm
- Kennernecht vgl. unter Anforje
- Kieifersauer, Dr. Fritz: Grundstücksverkehrsrecht 1562



- Kieler Professoren, Gemeinschaft der: Kieler Blätter 1138 1824
- Kirchsch, Friedrich, Köln: Die Bewertung der Mietgrundstücke 1666
- Klaußing, o. Prof. Dr. Friedrich, Frankfurt a. M.: Die Neuordnung der GmbH. 2. Arbeitsbericht des Ausschusses für GmbH. der Akademie für Deutsches Recht 1229
- Klein vgl. unter Boruttau
- Kleine vgl. unter Wilhelm
- v. Klot, Burchard: Lettlands Zivilgesetzbuch 1461
- Klüß, RegR. Alfred, Leiter der Justizpressestelle Berlin: Volksschädlinge am Pranger 2230
- Koch, SenPräs. am RStG. a. D. Dr. Friedrich Wilhelm, und ORegR. b. OStPräs. Staz Dr. Edgar Wircan: Umsatzsteuergesetz 2157
- Koch, Bürgermeister i. R. Dr. W., vgl. unter Reuß
- Köhler, MinR. im RStM. und stellv. Präs. des Oberst. Fideikommissger. Dr. Karl, und OGR. und Mitglied des Oberst. Fideikommissger. Dr. Ernst Heinemann: Das Erlöschen der Familienfideikommission 1621
- Kohlrausch, Prof. Dr. Eduard, Berlin, und Prof. Dr. Richard Lange, Jena: StGB. 2055
- Koellreuter, Prof. Dr. Otto, München: Das politische Gesicht Japans 1357
- Korintenberg vgl. unter Rittmann
- Korkisch, Referent am Institut für ausländ. und internat. Privatrecht Dr. Friedrich: Das Privatrecht im ehemaligen polnischen Staatsgebiet 1460
- Köhler, Intendanturrat im Oberkommando des Heeres Dr.: Einzahl-Wehrmachtgebührgesetz und 2. Bd. zum EWGG. 1360
- Kraft vgl. unter Ansförge
- Krieger, Dipl.-Ing. Dr. jur. Heinrich, Mitarbeiter des Rassenpolit. Amtes, RL.: Das Rassenrecht in Südwestafrika 1664
- Krieger, MinR. Karl, und OGR. i. RStM. Wolfgang Hefermehl: Behandlung des feindlichen Vermögens 1273 1562
- Krug vgl. unter Freisler und Dalde
- Krug-Nibda, MinR. im RStG. Carl Ludwig: Familienunterhalt der Angehörigen der Einberufenen 1722
- Kühne, OStPräs. Dr. Walter: Das Grundsteuergesetz 1768
- Künne vgl. unter Hubernagel
- Landfried vgl. unter Posse
- Lange, Prof. Dr. Heinrich, München, Vorsitzender des Erbrechtsausch. der Akademie für Deutsches Recht: Erwerb, Sicherung und Abwicklung der Erbschaft, Denkschrift bearb. von OGR. Dr. Bartholomeyczik, OStDir. W. Kaempf, Prof. Dr. H. Lange, GerAss. Dr. G. Ehr und GerAss. W. Reif 1620
- Lange, Kreis Syndikus Otto, vgl. unter Schlempp
- Lange, Prof. Dr. Atch., vgl. unter Kohlrausch
- Lauterbach, ORegR. a. D. Dir. des Reichsverbands der gewerblichen Berufsgenossenschaften Dr. Herbert, Friedrich Cranz und Wilhelm Demiani, RegR.: Grundriss der Reichsunfallversicherung 1276
- Lauterbach, OGR. Dr. Wolfgang vgl. unter Palandt
- Lehmann, Richard: Entwicklung und Inhalt der Fürsorgepflicht des Unternehmers 1092
- v. Leers, Prof. Dr. Johann: Deutsche Rechtsgeschichte und deutsches Rechtsdenken 2156
- Loßfelder vgl. unter Surén
- Löwe vgl. unter Hartung
- Loewich vgl. unter Soergel
- v. Lüpfé, OGR. Hans-Burghard: Schuldenrecht im Kriege 1414
- Malzahn, RegR. i. RArbM. Dr. Helmut, Berlin: Reichszuschüsse für Teilung, Umbau und Instandsetzung von Wohnungen 1276
- Mankel, Verw.-Dipl.-Ing. Wilhelm: Das neue Erbrecht 1936
- Matthed, Albert: Nachschlagewerk für das Deutsche Reichsrecht 2230
- Medicus vgl. unter Pfundtner
- Megow, RA. u. Notar, Fachanwalt für Steuerrecht in Berlin Dr. Dr. Heinrich: Grunderwerbsteuergesetz 2158
- Meißel vgl. unter Imhof
- Meißel vgl. unter Böttcher
- Menschell, RegR. Wolfg.: Das gesamte deutsche Gnadenrecht 1665
- Merkel vgl. unter Böttcher
- Mondschein vgl. unter Eckstein
- Müllersiefen vgl. unter Böttcher
- Müller, Dr. Erika, vgl. unter Hecker
- Müller, Verlagshaus Franz: Die 12 Deutschen Versorgungsgesetze 1416
- Müller, StMin. a. D. Präs. des Rechnungshofs des Deutschen Reichs, Chefpräs. der Preuß. Rechnungskammer, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, Potsdam, Dr. Heinz, und RegR. im RStM. Dr. Walter Eckhardt: Finanzwissenschaft 1138
- Münstermann vgl. unter Rohlfing
- Müthling, VerwR. in Kiel Dr. Hans: Wertzuwachssteuerrecht 2159
- Nagler, Prof. Dr. Johannes: Kriegsstrafrecht 1883
- Neefse, Dr. Gottfried: Führergewalt 1416
- Neubert vgl. unter Pfundtner
- Neumann, Syndikus Dr. Günter, vgl. unter Huebener
- Neumann, RegR. b. FinR. Dr. Siegfried: Das Grunderwerbsteuergesetz 1462
- Nicolaus vgl. unter Darßow
- Niemann vgl. unter Giese
- Niethammer vgl. unter Hartung
- Noack, Prof. Dr. Erwin, RA. u. Notar in Berlin: Reichsverteidigungsgesetze 10. bis 12. Lief. 1094; 13., 14. Lief. 1360; 15. und 16. Lief. 1512; 17. und 18. Lief. 1884
- Nüse, StA. Dr. Karl-Heinz: Das Kriegsstrafrecht und Kriegsstrafverfahren 1722
- Ohr vgl. unter Lange
- Oermann, RegR. im RStM. Dr. Josef: Die Bürgersteuer in der Rechtsprechung 1936
- Orth, Dr. Ludwig: Wissenschaft und Wettbewerb 1092
- Pabst, MinR. i. RStG. Dr. E., Oberstleutn. im DRW. W. E. von Steinwehr und MinR. im RStM. Dr. W. Burandt: Reichsleistungsgesetz 1934
- Palandt, Präs. des RJustPräs. Mitglied der Akademie für Deutsches Recht Dr. Otto, OGR. Dr. Johannes Friesede, OGR. Dr. Fritz Henke, OGR. Dr. Wolfgang Lauterbach, OGR. Dr. Claus Seibert, OGR. Heinz Rabke, RA. Dr. Eberhard Pinzger und OGR. Dr. Bernhard Dandelmann: BGB. 1414
- Patronikolas, Dr. Constantiu: Das Recht des Betriebsrisikos 1274
- Paulick, Dr. jur. Helmut: Entwicklung und rechtliche Grundlage der sogenannten dauernden Neutralität der Schweiz 1461
- Peters, RA. beim OLG. Köln Dr. F. F. H.: Kommentar zum EinkStG. 1137
- Peters, OGR. a. D. Walter: Praktische Strafprozessfälle mit Lösungen 2056
- Pfundtner, StSekt. im RStG. Hans, RA. Präs. der RRA. Dr. Reinhard Neubert, MinDirig. im RStM. Dr. F. A. Medicus: Das neue Deutsche Reichsrecht. Lief. 99, 100, 101 1138; Lief. 102 bis 105 1512
- — — — — Reichsverteidigungsrecht Lief. 9 bis 11 1184; Lief. 12, 13 1462; Lief. 14, 15 1936
- Pietrusky, o. Prof. Dr. med. Friedrich, Bonn: Technik der Blutgruppenbestimmung 2157
- Pinzger vgl. unter Palandt
- Posse, StSekt. für Sonderaufgaben im RStM. Dr. Hans Ernst, StSekt. im RStM. Dr. Fritz Landfried, StSekt. im RArbM. Dr. Friedrich Schrup, StSekt. im RStM. f. Ern. u. Landw. Herbert Bode und StSekt. im RForstamt Friedr. Alpers: Kommentar zur Reichsverteidigungsgesetzgebung 2. ErgLief. 1230; 3. ErgLief. 1722
- du Prel, Freiherr Dr., und Dr. Herbert Drescher: Die Polen vor Berlin 1561
- Quandt, RA. N.: Entscheidungsmagazin 1462
- Quensel, Chefarzt der Heilanstalt für Nerven- und Verwundkrankheiten der Knappschaftsberufsgenossenschaft Bergmannswohl, Scheubitz, Prof. Dr.: Unfallneurose und Rechtsprechung des RG. 1510
- Radtke vgl. unter Palandt
- Reif vgl. unter Lange
- Reineke, RA. u. Notar Dr. Werner, Münster i. W.: Die Reichspachtordnung 2056
- Reinhardt, StSekt. i. RStM. Fritz: Die Umsatzsteuer in der Praxis 1276
- Reuß, Bürgermeister i. R. Dr. W., und AnwAss. F. Koch: Führer durch den Familienunterhalt 1138 1884
- Reymann vgl. unter Schleicher
- Richter, OGR. Dr. Bodo, Berlin, und OGR. Hans Böcker, Raumburg a. S.: Das deutsche Eherecht 2160
- Richter, Prof. Luz: Betrachtungen zum Abschluß des Versicherungsvertrags 2160
- Riede vgl. unter Schlecht
- Ringelmann, MinR. Dr. Richard, und ORegR. Dr. Fritz Freudling, beide im BayStMin.: Urkundensteuergesetz 2104
- Ritter, Vizepräs. des Hansa-OLG. a. D. Dr. Carl, und OGR. Dr. Justus Ritter, Hamburg: Aktiengesetz 1230
- Rittmann-Wenz: GGG., bearb., herausgeg. von OGR. Dr. jur. habil. Werner Korintenberg, JustAmtm. a. D. Rechnungsrat Peter Wenz und Justinsp. Wilhelm Wenz, alle in Köln 1416
- Rohde, RegR. u. GewR. Wilhelm: Kriegsvordriften zum Arbeitszeitgesetz 1138
- Rohlfing, OGR. u. OGR. Dr. Theodor, Ord. Mitgl. des Dtsch. Handwerksinst. und Mitgl. des Aussch. für Arbeitsrecht der Akademie für Deutsches Recht, und ORegR. a. D. Dir. b. Dtsch. Spar-



- Kassen- u. Giroverband, Mitgl. der Akademie für Deutsches Recht Rudolf Schraut unter Mitwirkung von RegK. Dr. Münstermann: Die Neuordnung des Rechts in den Stgebieten 2156
- b. Nozdy vgl. unter Schardt und Studart
- b. Scanzoni, RA. Dr. G., München: Scheidung ohne Verschulden 1276
- Sauer, Landwirtschaftl., Abt.-Leiter im Verwaltungsamt des Reichsbauernführers Dr. jur. Ernst, und Landwirtschaftl., Referent im Verwaltungsamt des Reichsbauernführers Dr. jur. Fritz Steffen: Der Einheitspachtvertrag 1138
- Schäfer, OGR. Dr. R., vgl. unter Dalke
- Schäfer, GehRegK. MinDir. i. RM. Dr. jur. et rer. pol. Leopold: StGB. 1360
- Schaeffers Neugestaltung von Recht und Wirtschaft: Neues Staatsrecht II. Die Errichtung des Großdeutschen Reiches, von StSekt. im RMdZ. Dr. Wilh. Studart und RegK. im RMdZ. Dr. Rolf Schiedermaier 1456
- Straßverfahrensrecht, von OGR. Dr. O. L. v. Hinüber, Celle, und Reichsstellenleiter in München Dr. Werner Legtmeyer 1510
- Scharrenbroich, RegK. Dr. Wilhelm: Der Rückgriffsanspruch des Versicherungsträgers in der Krankenversicherung 2231
- Schäffold vgl. unter Ansoerge
- Scherling vgl. unter Soergel
- Schiedermaier vgl. unter Studart
- Schimmelpfennig, Dr. Joachim: Das Einzelfamilienunterhaltsrecht 1562
- Schlecht, ORegK. Hein, und Dr. Heinz Kiecke: Dichter auf den Schlachtfeldern in Polen 1461
- Schlegelberger, StSekt. i. RM. Hon-Prof. a. d. Univ. Berlin, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht Dr. Dr. Franz, und MinR. i. RM., Mitglied des RStG. und der Akademie für Deutsches Recht Dr. Werner Bogels: BGB. 1274
- Schleicher, HonProf. Dr. Rüdiger, und RegK. im RM. Dr. Friedrich Regmann: Nachtrag zum Recht der Luftfahrt 1138
- Schlempp, Hauptreferent im Deutschen Gemeindegtag Dr. Hans, und Kreisrichters Otto Lange: Reichsleistungsgesetz 1090 1935
- vgl. auch unter Zeitler
- Schmiedeknecht vgl. unter Kaemmel
- Schönfelder, Dr. Heinrich: Deutsche Reichsgesetze 1360
- Schönke, Prof. a. d. Univ. Freiburg i. Br. Dr. Adolf: Das Zivilprozessrecht des Krieges 1413
- Schraeder, Dir. des Reichsverbands der Landkrankenassen Mag. und Dir. a. D. der Gewerbl. Berufsgenossenschaft für das Saargebiet Franz Strich: Die deutsche Unfallversicherung 1622
- Schraut vgl. unter Koflsing
- Schulke, OGR. im RM. Dr. Fritz: Landwirtschaftliche Schuldenregelung im Altreich, in der Ostmark und in den jüdisch-deutschen Gebieten 1093
- Schwabe, Helmuth: Gerichtstag 1184
- Schwinge, ord. Prof. d. Rechte Dr. Erich: MilStGB. 1458
- Seeger vgl. unter Soergel
- Seibert vgl. unter Palandt
- Siebert, ord. Prof. a. d. Univ. Berlin, Dir. des Instituts f. Arbeitsrecht a. d. Univ. Berlin, Mitgl. der Akademie für Deutsches Recht Dr. Wolfgang: Tabellen zum Arbeitszeitrecht 1230
- Das deutsche Arbeitsrecht 1230 2104
- Arbeitsverhältnis und Kriegsdienst 1412
- Siefert, SenPräs. i. R. Dr. J., Karlsruhe: Grundbuchführung 1184
- Soergels Rechtsprechung: Jahrbuch des Zivil-, Handels- und Prozessrechts. In Verbindung mit SenPräs. UnivProf. GehJR. Dr. Becker, Köln; OGBizepräs. i. R. HonProf. Dr. David, Berlin; SenPräs. Dr. Gerold, Dresden; OGR. Dr. Günther, Leipzig; OGR. Dr. Loewisch, Jena; SenPräs. i. R. Dr. Scherling, Hamm; SenPräs. i. R. Dr. Seeger, Stuttgart, herausgegeben von BayHofrat Dr. Hs. Th. Soergel 1360
- v. Stadelberg, RA. in Berlin Freiherr Curt F.: Das bürgerliche Kriegsrecht 1273
- Steffen vgl. unter Sauer
- v. Steinwehr vgl. unter Pabst
- Strich vgl. unter Schraeder
- Stroothenne, Wolfgang: Erbpflege und Christentum 2230
- Studart, StSekt. i. RMdZ. Dr. Wilhelm, und RegK. im RMdZ. Dr. Rolf Schiedermaier: Neues Staatsrecht II. Die Errichtung des Großdeutschen Reiches 1456
- RegK. im RMdZ. Dr. Harry v. Nozdy: Die Reichsverteidigung 1767
- v. Stutterheim, Reichskabinettsrat Hermann: Die Reichskanzlei 1936
- Suren, MinDir. im RM. Dr. Friedrich-Karl, und MinR. im RMdZ. Dr. Wilhelm Loschelder: Die Deutsche Gemeindeordnung 1458
- Süß, Dir. des Berliner Hochschulinstituts für Versicherungswissenschaft. Prof. Dr. Theodor: Die Privatversicherung im Kriege 1622
- Syrup vgl. unter Poste
- Taprogge, Abt.-Dir. im Reichsverband der Ortskrankenassen Berlin-Charlottenburg: Übersicht über die Personengruppen, denen die reichsgesetzlichen Krankenkassen Leistungen zu gewähren haben 1416
- Legtmeyer, Reichsstellenleiter Dr. W., München: Arbeitsrecht 1999
- vgl. auch unter v. Hinüber
- Teubner, Verlag B. G.: Aufriß der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1509
- Thees, OGR. Hans, und OGR. im RM. Dr. Heinz Hagemann: Das Recht der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung 2160
- Thümen, Reichsrichter b. RStG. a. D. Dr. Georg: Das Vermögensteuergesetz 2159
- Tischler vgl. unter Eckstein
- Vogels vgl. unter Schlegelberger
- Völker vgl. unter Richter
- Wagemann, Prof. a. d. Univ. Berlin, Präs. d. Instit. f. Konjunkturforschung Dr. Ernst: Wo kommt das viele Geld her? 1462
- Wahl vgl. unter Ansoerge
- Walbecker, Prof. Dr. Ludwig: Borentscheid und Pensionsbescheid im deutschen Beamtenrecht 1091
- Weber, Adolf: Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik 1823
- Weber, ord. Prof. des öffentl. Rechts, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht Dr. Werner: Die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts 2000
- v. Wedel vgl. unter Berndt
- Weh, OGR. Leiter der Abt. Gesetzgebung im Amt des Generalgouverneurs Dr. Albert: Das Recht des Generalgouvernements 1183
- Weigelt, Dr. jur.: Kraftverkehrsrecht von A—Z 1416 1768
- Wenz vgl. unter Rittmann
- Westermanns Generalkarten 1230
- Wilhelmi, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, z. Zt. Abt.-Leiter in der Reichswirtschaftskammer Dr. F., Mitgl. der Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie Dr. R. L. Kempermann und Profurist Dr. R. Kleine: Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft 2232
- Wirbau vgl. unter Koch
- Zettler, Vizepräs. des Deutschen Gemeindegtags Dr. Ralf, und Hauptreferent im Deutschen Gemeindegtag Dr. Hans Schlempp: Kriegsverwaltungsrecht 1090
- Zimmerle, ORegK. Dr.: ZPD. 1138
- Züllo, MinDirig. Kurt, RegK. Dr. Odilo Binder und OStZusp. Max Henze: Die Besteuerung der Genossenschaften 1935

## B. Nach den Namen der Besprecher geordnet

- Best, MinDirig. Dr. Werner, Berlin: 1561
- Boldt, Prof. Dr., Kiel: 1722 2056
- Brandt, Prof. Dr., Kiel, z. Zt. bei der Wehrmacht: 1665
- Brandt, RA. Dr. Siegfried, Berlin: 2159
- Buchholz, OGR. Dr., z. Zt. LG. Posen: 1460
- Bühler, Prof. Dr., Münster i. W.: 1935
- Bulla, Dr., Berlin: 1999
- Bünning, RegAff. Arnold, Berlin: 2232
- Carl, RA., Düsseldorf: 1462 1510 1824 2160
- Claussen, RA. Dozent Dr. jur. habil. Hans-Kurt, Kiel, z. Zt. bei der Wehrmacht: 2156
- Dahmann, OGR., Berlin: 1138
- Dastalakis, RA. Dr. jur. habil. G. D., Athen: 2056
- Delbrück, RA. u. Notar, Fachanwalt für Steuerrecht, Berlin: 1093 1094 1137 2157 2159 2231
- Friemann, OGR. Dr., Berlin: 1562
- Gardewski, Vizepräs. Dr., Berlin: 1665
- Gebhardt, RA. Dr. Eduard, Karlsruhe: 1093
- Gerken, ODir. Dr., Hamburg: 2232
- Legtmeyer, RA. GehORegK. u. MinR. a. D., Berlin: 1933
- Gilgan, JustOZusp. Paul, Berlin: 1416 1823
- Goetze, Dr. P., Berlin: 2000
- Grimm, Prof. Dr., Berlin: 1184



- Groschuff, OAR., Berlin: 1229 1275 1621 1622
- Hartel, Assessor Dr. Otto, Wien: 2158
- Heining, Dr. Arnold, Berlin: 1272 1934
- Hennerici, OStA. Dr., Breslau: 1883
- Hensen, Schriftleiter RA. Rudolf, Berlin: 1416 1768 1936
- Herjchel, Prof. Dr. Wilhelm, Frankfurt a. M.: 1412
- Hoffmann, RA. Dr. Willy, Berlin: 1184 1414
- Hopp, OStA. im RZM. Dr., Berlin: 1511
- Hubernagel, Dr. jur. habil. G., Radom (Generalgouvernement): 2156
- Johann, RegR. Dr., Berlin: 1456
- Kallfelz, OStA. Dr., Cottbus: 1936 2157
- Kaempf, Dr., Löbau (Sa.): 1358
- Kapp, RegR. Dr., Thorn: 1935 2159
- Kersting, SenPräs., Berlin: 1415 1622 1623
- Kläffel, Präs. a. D. Prof. Dr., Berlin: 1621
- Koffka, Assessorin Dr. E., Berlin: 1666
- Korkisch, Dr. Friedrich, Berlin: 1461
- Köst, RA. Ewald, Dresden: 1358
- Krille, RA. Dr., Dresden: 2157
- Kuhnke, RA. Dr., Berlin: 1137
- Larenz, Prof. Dr. R., Kiel: 2104
- Malz, RegR. Dr., Berlin: 1457 2230
- Mahle, RA. Dr. Walter, Berlin: 1359
- Maunz, Prof. Dr. Theodor, Freiburg i. Br.: 1357
- v. Medeazza, Dr. Heinrich, Berlin: 1561
- Megow, RA. und Notar Dr. Dr., Fachanwalt für Steuerrecht, Berlin: 1276 1768 1936
- Michaelis, Prof. Dr., Leipzig: 1623
- Mittelbach, StA. Dr., Berlin: 1358 1510 2055 2230
- Möhring, RA. Dr. Philipp, Berlin: 1092
- Neumann, RegR. Dr., Berlin: 1934
- Nitisch, Prof. Dr., Kiel: 1092 1230 2232
- Oppermann, RA. Dr. W., Dresden: 1230 1623 1768 2000 2056 2104
- Oswald, RA. Dr., Fachanwalt für Steuerrecht, Tachau b. Marienbad: 2158
- Petz, RA. Dr., Berlin: 1090
- Reuß, RA. am RG. Hermann, Berlin: 1090 1091 1456 1458 1883
- Ritter, OStA. G., Berlin: 1459
- Ronneburger, Intendanturrat Dr., Berlin: 1767
- Roquette, RA. u. Notar Dr., Königsberg i. Pr.: 1092 1414
- Rudloff, OStDir. Georg, Berlin: 1459
- Scheuner, Prof. U., Göttingen: 1460 1461
- Schäfer, OStDir., Leipzig: 2055
- Schmidt, RA. Erich, Berlin: 1722
- Schmidt-Lebenow, RA. Dr., Berlin: 1664 1998 2230
- Schneider, RA. Herbert, Karlsruhe: 1413 1415
- Schoeneich, OStA. Dr., Berlin: 1414
- Schröder, OStA. Dr., Berlin: 1273
- Schulz, RegR. Dr. G. F., Berlin: 1184
- Seibold, Notar Dr., Sulzbach-Rosenberg: 1509 2104
- Siebert, Prof. Dr. Wolfgang, Berlin: 1091 1274 1413 1999
- Stark, RA. Dr. W., Berlin: 1666
- Stodt, RKRStA. Prof. Dr., Berlin: 1458
- Vogel, OStA. Dr. S., Hamburg: 1666
- Vogels, MinDirig. Dr., RZM., Berlin: 1620
- Weimar, RA., Lehrbeauftragter der Verwaltungsakademie München Dr. Wilhelm, Köln: 1273 1412
- Weader, Prof., Leipzig: 1274
- Wuffow, RA. Dr. Werner, Berlin: 2231

## VII.

## Verzeichnis der abgedruckten Entscheidungen

## A. Reichsgericht

## a) Zivilsachen

1936

30. Nov.: IV 294/36: 1552

1937

22. März: IV 310/36: 1553

1938

13. April: II 194/37: 1163 Ziff. 54

18. Mai: VI 276/37: 1161 Ziff. 7

\*23. " IV 8/38: 1554

24. Nov.: IV 107/38: 1163 Ziff. 53

1939

31. Jan.: VII 153/38: 1163 Ziff. 57

\*30. März: IV 263/38: 1554

30. " V 193/38: 1166 Ziff. 109

5. April: II 155/38: 1166 Ziff. 106

15. Mai: IV 243/38: 1555

17. Aug.: V 49/39: 1162 Ziff. 30

28. Sept.: VIII 32/39: 1168 Ziff. 135

19. Okt.: IV 241/39: 1554 1989

\*24. Nov.: III 26/39: 1086

5. Dez.: VII 111/39: 2019<sup>20</sup>19. " VII 69/39: 1432<sup>18</sup>20. " II 135/39: 1199<sup>11</sup>

1940

4. Jan.: IV 121/39: 1990

26. " III 54/39: 1534<sup>24</sup>30. " GSZ 3/38 V 76/38: 1110<sup>10</sup>

1. Febr.: IV 145/39: 1161 Ziff. 6

8. " IV B 40/39: 1168 Ziff. 148, 1350

\*8. " IV 125/39: 1114<sup>18</sup>16. " III 66/39: 1629<sup>9</sup>

\*24. " IV 375/39: 1990

2. März: IV 693/39: 1554 1990

\*4. März: IV 625/39: 1144<sup>8</sup>\*6. " II 51/39: 1533<sup>25</sup>\*6. " VI 231/39: 1109<sup>14</sup>\*7. " VIII 652/39: 1151<sup>25</sup>\*8. " III 117/39: 1288<sup>9</sup>\*13. " VI 82/39: 1324<sup>22</sup>\*14. " VIII 11/40: 1149<sup>22</sup>15. " III 80/39: 1108<sup>13</sup>\*15. " III 83/39: 1317<sup>20</sup>\*16. " II 157/39: 1196<sup>10</sup>\*18. " IV 734/39: 1194<sup>9</sup> 1555\*18. " V 169/39: 1115<sup>19</sup>

21. " V 4/40: 1163 Ziff. 36

\*28. " VIII 15/40: 1742<sup>20</sup>29. " IV 347/39: 1186<sup>3</sup>\*1. April: V 174/39: 1319<sup>21</sup>\*1. " V B 7/40: 1147<sup>18</sup>\*1. " VIII GB 22/40: 1150<sup>24</sup>3. " II 148/39: 1293<sup>11</sup>3. " VI 207/39: 1186<sup>2</sup>5. " III 89/39: 1192<sup>7</sup>5. " VII 176/39: 1201<sup>12</sup>\*8. " IV 393/39: 1365<sup>8</sup>9. " VII 186/39: 1148<sup>19</sup>10. " II 164/39: 1470<sup>5</sup>10. " II 2/40: 1292<sup>10</sup>\*10. " VI 161/39: 1190<sup>6</sup>10. " VI 204/39: 1287<sup>8</sup>\*10. " VI 216/39: 1296<sup>12</sup>\*11. " IV 529/39: 1373<sup>14</sup>\*11. " V 170/39: 1242<sup>13</sup>\*12. " III 71/39: 1297<sup>13</sup>\*13. " II 143/39: 1427<sup>12</sup>\*13. " II 163/39: 1469<sup>4</sup>\*15. " VIII 454/39: 1150<sup>23</sup>17. " IV 561/39: 1142<sup>4</sup>18. " V 162/39: 1568<sup>9</sup>\*19. " III 127/39: 1186<sup>4</sup>19. " VII 232/39: 1434<sup>20</sup>\*20. " II 156/39: 1282<sup>6</sup>\*22. April: IV 569/39: 1361<sup>1</sup>\*22. " IV 617/39: 1139<sup>1</sup>22. " V 157/39: 1535<sup>27</sup>\*24. " II 169/39: 1310<sup>18</sup>\*24. " II 1/40: 1314<sup>19</sup>24. " IV 497/39: 1143<sup>5</sup>\*24. " VI 223/39: 1434<sup>21</sup>\*25. " VIII 785/39: 1590<sup>31</sup>\*26. " III 56/39: 1571<sup>10</sup>\*26. " III 131/39: 1632<sup>10</sup>27. " IV 397/39: 1141<sup>3</sup>27. " IV 642/39: 1143<sup>6</sup>27. " VI B 2/40: 1326<sup>23</sup>29. " IV 438/39: 1140<sup>2</sup>\*29. " VIII 35/40: 1595<sup>34</sup>\*4. Mai: IV 594/39: 1474<sup>6</sup>9. " V 177/39: 1426<sup>11</sup>9. " V 193/39: 1425<sup>10</sup>9. " V B 11/40: 1332<sup>24</sup>10. " VII 184/39: 1433<sup>19</sup>\*10. " VII 230/39: 1431<sup>17</sup>\*10. " VII 246/39: 1371<sup>12</sup>\*16. " II B 4/40: 1437<sup>24</sup>17. " IV 649/39: 1362<sup>2</sup>18. " II 160/39: 1780<sup>11</sup>18. " IV 160/39: 1425<sup>9</sup>\*18. " IV 707/39: 1300<sup>14</sup>\*20. " IV 756/39: 1589<sup>30</sup>22. " II 98/39: 1629<sup>7</sup>22. " IV 232/39: 1687<sup>18</sup>22. " IV 604/39: 1363<sup>4</sup>24. " III 142/39: 1844<sup>27</sup>25. " IV 445/39: 1363<sup>5</sup>\*25. " VI 234/39: 1285<sup>7</sup>\*27. " VIII 38/40: 1326<sup>24</sup>\*27. " VIII 39/40: 1593<sup>33</sup>\*29. " IV 662/39: 2241<sup>14</sup>29. " IV 665/39: 1363<sup>3</sup>29. " VI 236/39: 1484<sup>18</sup>30. " IV 407/39: 1364<sup>6</sup>



- \*30. Mai: IV 598/39: 1564 3
- \*30. " V 204/39: 1369 11
- 31. " III 107/39: 2179 20
- \*1. Juni: IV 680/39: 1563 1
- 1. " IV 749/39: 1480 11
- \*3. " IV 690/39: 1672 9
- 3. " IV 764/39: 1675 10
- 3. " IV 800/39: 1479 10
- 3. " IV 817/39: 1480 13
- \*4. " II 171/39: 1726 4
- \*4. " VII 235/39: 1724 2
- 4. " VII 240/39: 1528 23
- 5. " IV 721/39: 1485 20
- 5. " IV 759/39: 1480 12
- 5. " VI B 5/40: 1436 23
- 5. " VI 8/40: 1628 5
- 6. " V 76/38: 1574 11
- \*6. " VIII 544/39: 1592 32
- \*6. " VIII 578/39: 1597 38
- \*8. " II 149/39: 1463 1
- \*10. " IV 697/39: 1477 8
- 10. " IV 767/39: 1438 25
- 11. " VII 214/39: 1464 2
- \*11. " VII 233/39: 1783 16
- 11. " VII 264/39: 1635 13
- 12. " IV 744/39: 1585 27
- 14. " III 120/39: 1895 10
- \*17. " IV 695/39: 1478 9
- \*17. " IV B 22/40: 1596 35
- \*17. " IV 125/40: 1480 14
- \*17. " VIII 75/40: 1959 34
- 19. " II 204/39: 1744 23
- 19. " VI 32/40: 1779 10
- \*20. " IV 706/39: 1475 7
- 21. " III 134/39: 1949 16
- \*22. " II 141/39: 1900 16
- 22. " II 10/40: 2013 14
- 22. " II 20/40: 1782 14
- 24. " VIII 800/39: 1744 22
- 24. " VIII 805/39: 1597 37
- \*26. " II B 3/40: 1467 3
- 26. " VI 219/39: 1634 11
- 26. " VI 2/40: 1629 8
- 27. " II 32/39: 1725 3
- \*27. " II 31/40: 2011 13
- \*27. " V 205/39: 1679 13
- 28. " III 63/39: 1950 20
- 28. " III 155/39: 1947 15
- 29. " IV 809/39: 1567 6
- 1. Juli: IV 818/39: 1567 5
- \*1. " VIII 667/39: 1743 21
- 2. " VII 266/39: 1683 14
- 3. " II 196/39: 1960 36
- \*4. " V 17/40: 1849 32
- 5. " III 129/39: 1780 12
- \*6. " IV 11/40: 1890 4
- \*6. " IV B 12/40: 1578 13
- 8. " IV 821/39: 1627 3
- 8. " IV 833/39: 1627 4
- 9. " VII B 6/40: 1786 19
- 9. " VII 79/40: 1847 29
- 10. " II 155/39: 2009 11
- 10. " II 13/40: 1894 9
- 10. " IV 19/40: 1567 4
- 10. " IV 145/40: 1638 19
- 10. " VI 13/40: 2112 14
- \*11. " IV 835/39: 1677 11
- \*11. " VIII 588/30: 1744 24
- \*12. " III 160/39: 1687 19
- \*13. " IV 790/39: 1625 1
- \*13. " IV 792/39: 1690 22
- \*13. " IV 73/40: 1773 7 2204
- \*13. " IV 122/40: 2078 30 2125 28
- 16. " VII 258/39: 1685 16
- 17. " VI 21/40: 1949 17
- \*18. " IV 35/40: 1736 11
- \*18. " IV 40/40: 1889 3
- 18. " V 203/39: 1949 18
- 18. " V 9/40: 2071 23
- 18. " V 29/40: 1946 13
- \*20. " II GB 82/40: 1481 15

- \*22. Juli: V 25/40: 1635 14
- \*22. " V 32/40: 2013 16
- \*24. " VI 198/39: 1734 10
- 24. " VI 42/40: 1953 24
- \*26. " III 104/39: 2069 22
- 27. " II 14/40: 1955 28
- 29. " V 199/39: 1946 11
- 29. " V 3/40: 1893 7
- \*29. " V B 20/40: 2024 24
- 29. " V 33/40: 2107 4
- 31. " II 200/39: 1960 35
- 31. " II 27/40: 2169 19
- 31. " II 28/40: 1953 23
- 1. Aug.: IV 30/40: 1770 4
- \*1. " IV 32/40: 1772 8
- 1. " IV 34/40: 1771 5
- \*1. " IV 142/40: 1626 2
- 7. " II 175/39: 2013 15
- 7. " II 176/39: 1961 37
- 7. " VI 23/40: 1950 19
- \*8. " IV 43/40: 1885 1
- \*8. " VIII 380/39: 2268 41
- 9. " VII B 10/40: 1786 20
- 13. " VII 29/40: 1851 33
- 16. " II 172/39: 2177 16
- 19. " IV 42/40: 1887 2
- 19. " IV 92/40: 1770 3
- \*19. " V B 21/40: 2073 24
- 20. " VII B 12/40: 2025 25
- 21. " II 25/40: 2177 15
- 21. " II 32/40: 2175 14
- 21. " VI 6/40: 2105 1
- 22. " V 7/40: 2115 19
- 22. " V B 25/40: 1953 25
- 27. " VII 12/40: 2019 21
- 28. " II 26/40: 2106 2
- 29. " IV 103/40: 2001 2
- 29. " IV 151/40: 1956 30
- 29. " V 28/40: 2110 7
- \*29. " VIII GB 84/40: 1958 33
- 30. " III 144/39: 2187 29
- 30. " III 158/39: 2182 21
- 30. " III 4/40: 2250 20
- 4. Sept.: II GB 99/40: 2114 17
- 4. " VI 29/40: 2116 20
- \*5. " IV 91/40: 2001 3
- 6. " III 13/40: 2254 26
- 11. " II 17/40: 2169 8
- 12. " IV B 34/40: 2124 26
- 12. " V B 27/40: 1952 22
- \*12. " VIII 425/39: 2125 29
- 13. " III 171/39: 2252 22
- 16. " VIII 776/39: 2126 30
- \*17. " VII 43/40: 2120 23
- 17. " VII 78/40: 2183 23
- \*19. " IV 113/40: 2004 5
- \*19. " IV 114/40: 2163 4
- 19. " V 23/40: 2169 9
- 19. " V 37/40: 2167 7
- 21. " II 36/40: 2251 21
- \*23. " IV 121/40: 2265 37
- 25. " II 207/39: 2190 33
- \*25. " VI 58/40: 2261 34
- 26. " IV 79/40: 2243 16
- 26. " IV 123/40: 2163 3
- 26. " IV 139/40: 2161 1
- 26. " V 38/40: 2167 6
- 30. " IV 132/40: 2265 38
- 30. " IV 137/40: 2003 4
- 30. " IV 171/40: 2001 1
- \*30. " VIII B 19/40: 2268 42
- 30. " VIII 439/39: 2191 34
- 1. Okt.: VII 259/39: 2114 16
- 3. " IV 77/40: 2162 2
- \*3. " IV 190/40: 2124 27
- \*7. " IV 130/40: 2242 15
- 8. " VII B 18/40: 2111 11
- \*10. " V B 29/40: 2114 18
- 14. " V B 31/40: 2258 30
- \*14. " VIII B 28/40: 2267 40
- 2. Nov.: IV 809/39: 2267 39

b) Straffadjen

- 1939
- 10. Febr.: 1 D 57/39: 1166 Ziff. 103
- \*7. Nov.: 1 D 848/39: 1261
- 28. " 1 D 806/39: 1261
- 1940
- 23. Jan.: 1 D 1036/39: 1279 2
- \*13. Febr.: 1 D 824/39: 1261
- 5. März: 6 D 14/40: 1520 10
- \*12. " 6 D 49/40: 1102 9
- 15. " 6 D 26/40: 1239 9
- \*18. " 2 D 16/40: 1097 5
- 1. April: 2 D 107/40: 1104 10
- \*4. " 2 D 35/40: 1234 5
- 4. " 3 D 936/39: 1239 10
- \*5. " 1 D 633/39: 1099 7
- \*9. " 1 D 161/40: 1098 6
- 12. " 1 D 68/40: 1097 3
- \*15. " 2 D 62/40: 1095 1
- 16. " 1 D 194/40: 1105 11
- 16. " 4 D 158/40: 1097 4
- \*18. " 2 D 106/40: 1237 4
- \*22. " 5 D 128/40: 1231 2
- \*25. " 3 D 40/40: 1241 11
- 26. " 4 D 138/40: 1520 9
- \*26. " 4 D 222/40: 1281 5
- \*29. " 2 D 153/40: 1101 8
- 29. " 5 D 163/40: 1521 12
- 3. Mai: 1 D 1017/39: 1095 2
- \*6. " 2 D 123/40: 1232 4 1242 12
- \*6. " 5 D 213/40: 1232 3
- \*9. " 2 D 138/40: 1236 7
- \*20. " 2 D 174/40: 1420 5
- \*21. " 1 D 220/40: 1417 2
- 24. " 1 D 77/40: 1419 4
- \*24. " 4 D 76/40: 1235 6
- 24. " 4 D 173/40: 1515 5
- 30. " 2 D 876/39: 1830 11
- 30. " 2 D 146/40: 1832 12
- 30. " 2 D 196/40: 1422 6
- 30. " 5 D 223/40: 1280 3
- 31. " 4 D 294/40: 1231 1
- \*3. Juni: C 48/40, 3 StS 4/40: 1280 4
- \*4. " 6 D 123/40: 1521 11
- 6. " 2 D 226/40: 1515 4
- 6. " 2 D 262/40: 1520 8
- \*6. " 5 D 87/40: 1277 1
- 6. " 5 D 130/40: 1524 17
- \*7. " 1 D 223/40: 1519 7
- 7. " 1 D 265/40: 1419 3
- 11. " 1 D 232/40: 1525 18
- 13. " 2 D 86/40: 1523 14
- 17. " 2 D 900/39: 1417 1
- 17. " 2 D 229/40: 1513 1
- 17. " 2 D 271/40: 1528 20
- \*18. " 1 D 290/40: 1525 19
- \*18. " 1 D 376/40: 1514 2
- \*18. " 1 D 378/40: 1523 13
- \*20. " 2 D 252/40: 1835 14
- \*20. " 5 D 214/40: 1522 13
- \*25. " 1 D 762/39: 1516 6
- 25. " 4 D 277/40: 1528 21
- 27. " 2 D 881/39: 2067 20
- 27. " 2 D 150/40: 1515 3
- \*27. " 3 D 347/40: 1423 7
- \*27. " 3 D 705/40: 1833 12
- \*28. " 6 D 235/40: 1842 26
- 2. Juult: 1 D 372/40: 1668 3
- 4. " 2 D 90/40: 1528 22
- 5. " C 38/40 (1 StS 6/40): 1839 20
- 11. " 5 D 236/40: 1944 9
- 15. " 2 D 330/40: 1668 2
- 18. " 5 D 265/40: 1671 6
- 18. " 5 D 312/40: 1836 15
- 19. " 1 D 433/40: 1671 7
- 22. " 2 D 276/40: 1671 5
- 23. " C 88/40 (6 StS 7/40): 1672 8
- 23. " 4 D 346/40: 1941 8
- \*25. " 3 D 327/40: 1667 1



- \*1. Aug.: 3 D 302/40: 1839 <sup>21</sup>
- 9. " 5 D 442/40: 1828 <sup>9</sup>
- 12. " 2 D 213/40: 1825 <sup>4</sup>
- 15. " 3 D 407/40: 1825 <sup>2</sup>
- 23. " 1 D 399/40: 1828 <sup>8</sup>
- \*26. " 2 D 394/40: 1838 <sup>18</sup>
- 26. " 4 D 409/40: 1937 <sup>1</sup>
- 27. " 1 D 870/39: 1825 <sup>1</sup>
- \*27. " 1 D 370/40: 1827 <sup>5</sup> 2059 <sup>6</sup>
- 27. " 4 D 380/40: 1939 <sup>6</sup>
- \*27. " 4 D 424/40: 1837 <sup>16</sup>
- \*29. " 3 D 202/40: 1829 <sup>10</sup>
- \*31. " 3 D 374/40: 2061 <sup>9</sup>
- 31. " 3 D 390/40: 1828 <sup>7</sup>
- 5. Sept.: C 175/40 (2 StS 4/40): 1939 <sup>4</sup>
- 5. " 2 D 234/40: 1825 <sup>3</sup>
- 5. " 5 D 447/40: 1941 <sup>7</sup>
- \*6. " 1 D 973/39: 2058 <sup>4</sup>
- 9. " 3 D 509/40: 2060 <sup>7</sup>
- \*10. " 1 D 478/40: 2062 <sup>12</sup>
- \*12. " 3 D 419/40: 1837 <sup>17</sup>
- \*12. " 3 D 570/40: 1939 <sup>5</sup>
- 16. " 3 D 314/40: 2066 <sup>17</sup>
- \*16. " 3 D 510/40: 2057 <sup>1</sup>
- 16. " 5 D 363/40: 2063 <sup>13</sup>
- \*19. " 2 D 412/40: 2064 <sup>15</sup>
- 20. " 1 D 335/40: 2062 <sup>11</sup>
- 20. " 4 D 476/40: 2058 <sup>3</sup>
- 23. " 3 D 545/40: 2236 <sup>7</sup>
- 26. " 2 D 4/40: 2067 <sup>19</sup>
- \*26. " 3 D 121/40: 2068 <sup>21</sup>
- 1. Okt.: 1 D 551/40: 2234 <sup>3</sup>
- 1. " 1 D 572/40: 2058 <sup>2</sup>
- 3. " 5 D 497/40: 2062 <sup>10</sup> 2236 <sup>4</sup>
- 7. " 2 D 471/40: 2239 <sup>11</sup>
- 7. " 3 D 617/40: 2061 <sup>8</sup>
- 10. " 2 D 460/40: 2066 <sup>18</sup>
- 10. " 3 D 526/40: 2059 <sup>5</sup>
- 10. " 5 D 525/40: 2239 <sup>10</sup>
- 21. " 3 D 469/40: 2239 <sup>8</sup>
- \*25. " 6 D 411/40: 2240 <sup>13</sup>
- 28. " 5 D 557/40: 2236 <sup>5</sup>
- 29. " C 66/40, 1 StS 4/40: 2240 <sup>12</sup>
- 4. Nov.: 3 D 448/40: 2236 <sup>9</sup>
- 4. " 3 D 520/40: 2239 <sup>9</sup>

**B. Volksgerichtshof**

1940

- 8. Juli: 1 H 93/40: 1769 <sup>1</sup>
- 12. Aug.: 1 L 11/40: 1769 <sup>2</sup>
- 24. Okt.: 1 H 178/40: 2234 <sup>2</sup>
- 28. " 4 L 55/40: 2233 <sup>1</sup>

**C. Erbgesundheitsobergerichte**

1939

- 12. Juli: Wg 220/39 Jena: 2079 <sup>22</sup>

1940

- 8. Mai: Wg 41/40 Jena: 2031 <sup>33</sup>
- 4. Juni: Wg 476/39 Jena: 2031 <sup>34</sup>
- 5. Aug.: 2 Wg 54/40 Berlin: 2080 <sup>33</sup>
- 18. Sept.: Wg 1/40 Innsbruck: 2078 <sup>21</sup>

**D. Oberlandesgerichte**

a) Zivilsachen

1937

- 21. Jan.: 1 Wx 701/36 RG.: 1881

1938

- 9. April: 8 W 1695/38 RG.: 1168  
Ziff. 141
- 30. Mai: 2 a W 30/38 Kiel: 1164  
Ziff. 61
- 17. Juni: 8 W 2447/38 RG.: 1166  
Ziff. 98

- 12. Juli: 8 W 3075/38 RG.: 1164  
Ziff. 63
- 13. " 6 W 255/38 Dresden: 1164  
Ziff. 68
- 1. Aug.: 8 W 3370/38 RG.: 1167  
Ziff. 116
- 5. " 8 W 3189/38 RG.: 1167  
Ziff. 114
- 12. " 8 W 3453/38 RG.: 1162  
Ziff. 28 1167 Ziff. 112
- 25. " 1 Wx 364/38 RG.: 1166  
Ziff. 110
- 6. Sept.: 8 W 3536/38 RG.: 1163  
Ziff. 48
- 16. " 8 W 3796/38 RG.: 1168  
Ziff. 133
- 20. " 8 W 4087/39 RG.: 1163  
Ziff. 47
- 4. Okt.: 1 W 182/38 Köln: 1168  
Ziff. 140
- 18. " 8 W 4048/38 RG.: 1166  
Ziff. 97
- 21. " 1 W 79/38 Braunschweig:  
1167 Ziff. 127
- 3. Nov.: 11 W 313/38 Hamm: 1168  
Ziff. 139
- 3. " 1 Wx 517/38 RG.: 1168  
Ziff. 146 1344 1350
- 7. " 6 W 367/38 Dresden: 1163  
Ziff. 49
- 9. " 2 W 138/38 Raumburg: 1164  
Ziff. 76
- 10. " 2 W 165/38 Hamburg: 1163  
Ziff. 41
- 11. " 2 W 817/38 Jena: 1161  
Ziff. 2
- 17. " 1 Wx 528/38 RG.: 1344 1351
- 17. " 1 Wx 554/38 RG.: 1346
- 17. " 20 W 4964/38 RG.: 1163  
Ziff. 50
- 25. " 8 W 4077/38 RG.: 1164  
Ziff. 68
- 8. Dez.: 1 Wx 555/38 RG.: 1346
- 15. " 1 Wx 534/38 RG.: 1345 1347  
1348 1351 1353
- 19. " 5 W 194/38 Hamburg: 1163  
Ziff. 45
- 19. " 31 W 2727/38 RG.: 1166  
Ziff. 108
- 22. " 1 Wx 580/38 RG.: 1345  
1351 1352
- 22. " 1 Wx 616/38 RG.: 1346

1939

- 5. Jan.: 1 Wx 609/38 RG.: 1344
- 5. " 1 Wx 645/38 RG.: 1169  
Ziff. 162 1345 1346
- 12. " 1 Wx 634/38 RG.: 1168  
Ziff. 146 1171 Ziff. 196  
1344 1352
- 18. " 6 W 15/39 Dresden: 1162  
Ziff. 33 1163 Ziff. 41
- 19. " 1 Wx 624/38 RG.: 1346
- 26. " 1 Wx 691/38 RG.: 1352
- 26. " 1 Wx 694/38 RG.: 1350
- 27. " 8 Wx 652/38 München: 1347
- 21. " 20 W 195/39 RG.: 1167  
Ziff. 128
- 21. " 20 W 239/39 RG.: 1167  
Ziff. 120
- 2. Febr.: 1 Wx 678/38 RG.: 1170  
Ziff. 173 1346 1347
- 2. " 1 Wx 687/38 RG.: 1346
- 8. " 6 W 18/39 HanfeatRG.:  
1164 Ziff. 68
- 8. " 20 W 490/39 RG.: 1986
- 10. " 6 W 21/39 Dresden: 1162  
Ziff. 34
- 10. " 8 W 469/39 RG.: 1168  
Ziff. 138

- 21. Febr.: 4 W 27/39 Kiel: 1187  
Ziff. 122
- 22. " 1 W 19/39 Darmstadt: 1163  
Ziff. 40
- 22. " 3 W 25/39 Raumburg: 1166  
Ziff. 107
- 23. " 1 Wx 708/38 RG.: 1345
- 28. " 8 W 5372/38 RG.: 1165  
Ziff. 88 90
- 2. März: 1 Wx 585/38 RG.: 1169  
Ziff. 171
- 2. " 1 Wx 586/38 RG.: 1346
- 2. " 1 Wx 42/39 RG.: 1169  
Ziff. 160 1170 Ziff. 179  
1344 1345 1347
- 4. " 20 W 905/39 RG.: 1167  
Ziff. 130
- 9. " 1 Wx 66/38 RG.: 1346 1351
- 9. " 1 Wx 16/39 RG.: 1169  
Ziff. 161 1345
- 9. " 1 Wx 70/39 RG.: 1353
- 16. " 1 Wx 20/39 RG.: 1349
- 16. " 1 Wx 80/39 RG.: 1169  
Ziff. 158 1344 1348
- 20. " 4 U 1276/38 München: 1167  
Ziff. 125
- 23. " 6 Ss 2/39 Dresden: 1171  
Ziff. 200
- 30. " 1 Wx 16/39 RG.: 1346
- 30. " 1 Wx 160/39 RG.: 1169  
Ziff. 166 1347
- 5. April: 8 W 82/39 Raumburg: 1161  
Ziff. 2
- 6. " 1 Wx 57/39 RG.: 1169  
Ziff. 166
- 6. " 1 Wx 115/39 RG.: 1171  
Ziff. 193 1348 1353
- 6. " 8 W 1510/39 RG.: 1164  
Ziff. 66
- 12. " 8 Wx 152/39 München: 1170  
Ziff. 174 1346 1347
- 13. " 8 W 1139/39 RG.: 1166  
Ziff. 99
- 13. " 8 W 1180/39 RG.: 1165  
Ziff. 85
- 19. " 20 W 1640/39 RG.: 1454
- 27. " 1 Wx 186/39 RG.: 1169  
Ziff. 159 1345
- 3. Mai: 20 W 1828/39 RG.: 1164  
Ziff. 62
- 4. " 1 Wx 188/39 RG.: 1349
- 4. " 1 Wx 264/39 RG.: 1348
- 13. " 20 W 1967/39 RG.: 1167  
Ziff. 127
- 17. " 1 Wx 155/39 RG.: 1168  
Ziff. 149 1350
- 17. " 1 Wx 250/39 RG.: 1169  
Ziff. 163 1345
- 17. " 8 Wx 246/39 München: 1168  
Ziff. 151 1350
- 26. " 20 W 3214/39 RG.: 1168 <sup>122</sup>
- 6. Juni: 1 Wx 379/39 RG.: 1168  
Ziff. 150
- 7. " 2 W 100/39 Dresden: 1167  
Ziff. 123
- 8. " 1 Wx 273/39 RG.: 1348 1350
- 13. " 8 W 1889/39 RG.: 1168  
Ziff. 136
- 15. " 1 Wx 328/39 RG.: 1352
- 15. " 1 Wx 370/39 RG.: 1170  
Ziff. 175 182 1348
- 15. " 3 W 78/39 Stuttgart: 1163  
Ziff. 144
- 16. " 6 W 109/39 HanfeatRG.:  
1165 Ziff. 89
- 17. " 20 Wa 86/39 RG.: 1167  
Ziff. 126
- 20. " 5 W 161/39 Raumburg:  
1164 Ziff. 72
- 27. " 8 D 1771/39 RG.: 1163  
Ziff. 38



28. Juni: 2 U 29/39 Düsseldorf: 1165 Ziff. 92	1940	17. Mai: 20 Wa 55/40 RG.: 1211 <sup>23</sup>
28. " 1 Wx 323/39 RG.: 1349 1350	2. Jan.: 7 W 236/39 Dresden: 1171 Ziff. 202	21. " 2 W 51/40 Königsberg: 1206 <sup>17</sup>
29. " 16 U 457/39 Breslau: 1163 Ziff. 58 1167 Ziff. 119	4. " 1 Wx 820/39 RG.: 1170 Ziff. 185 1349	22. " 20 W 1386/40 RG.: 1380 <sup>21</sup>
29. " 1 Wx 292/39 RG.: 1170 Ziff. 180 1348	4. " 1 Wx 840/39 RG.: 1161 Ziff. 13	24. " 4 W 123/40 Celle: 1436 <sup>22</sup>
29. " 1 Wx 323/39 RG.: 1348	8. " 11 U 208/39 Hamm: 1192 <sup>8</sup>	29. " 17 Y 8/40 RG.: 1431 <sup>18</sup>
4. Juli: 8 W 2418/39 RG.: 1167 Ziff. 115	11. " 1 Wx 799/39 RG.: 1169 Ziff. 153 1349 1350 1352	29. " 17 U 1704/40 RG.: 1430 <sup>13</sup>
6. " 1 Wx 361/39 RG.: 1170 Ziff. 183 1348	11. " 1 Wx 900/39 RG.: 1171 Ziff. 194 1352	30. " 2 U 219/38 Dresden: 1483 <sup>17</sup>
6. " 1 Wx 369/39 RG.: 1350	22. " 3 W 35/40 München: 1162 Ziff. 16	30. " 5 U 90/39 Hamm: 1188 <sup>5</sup>
6. " 1 Wx 379/39 RG.: 1351	24. " 14 U 173/39 Dresden: 1364 <sup>7</sup>	31. " 14 W 64/40 Dresden: 1384 <sup>29</sup>
6. " 1 Wx 445/39 RG.: 1169 Ziff. 165 167 1347	25. " 2 U 310/39 HanseatDLG.: 1185 <sup>1</sup>	31. " 4 W 209/40 Jena: 1584 <sup>25</sup>
13. " 1 Wx 396/39 RG.: 1169 Ziff. 164 1344 1347 1352	27. " 17 U 5408/39 RG.: 1145 <sup>10</sup>	1. Juni: 17 U 531/40 RG.: 1430 <sup>14</sup>
18. " 2 U 73/39 HanseatDLG.: 1106 <sup>12</sup>	1. Febr.: 1 Wx 748/39 RG.: 1203 <sup>13</sup>	5. " 14 W 99/40 Dresden: 1694 <sup>25</sup>
20. " 1 Wx 359/39 RG.: 1170 Ziff. 185 1347 1348 1351	7. " 5 U 318/39 HanseatDLG.: 1379 <sup>20</sup>	6. " 1 Wx 209/40 RG.: 1372 <sup>13</sup>
20. " 1 Wx 410/39 RG.: 1349	7. " 17 U 6397/39 RG.: 1144 <sup>9</sup> 1991	12. " 17 U 2288/40 RG.: 1578 <sup>17</sup>
24. " 21 W 2571/39 RG.: 1162 Ziff. 18	13. " 8 W 372/40 RG.: 1167 Ziff. 117	14. " 1 a Wx 430/40 RG.: 1567 <sup>7</sup>
26. " 8 Wx 327/39 München: 1351	20. " 10 W 2885/39 RG.: 1385 <sup>31</sup>	14. " 20 W 1744/40 RG.: 1387 <sup>34</sup> 1615
27. " 5 U 84/39 Hamm: 1164 Ziff. 59	20. " 8 Wx 915/39 München: 1350	19. " 14 U 5/39 Dresden: 1692 <sup>23</sup>
27. " 1 Wx 378/39 RG.: 1169 Ziff. 170 1345 1351 1353	21. " 13 W 390/40: 1147 <sup>17</sup>	19. " 13 U 3581/40 RG.: 1638 <sup>17</sup>
29. " 8 W 3143/38 RG.: 1163 Ziff. 39	22. " 4 U 265/39 Hamburg: 1368 <sup>9</sup>	19. " 20 W 1585/40 RG.: 1381 <sup>23</sup>
29. " 1 Wx 410/39 RG.: 1169 Ziff. 153	29. " 1 W 76/40 Jena: 1740 <sup>17</sup>	20. " 1 Wx 263/40 RG.: 1568 <sup>8</sup>
3. Aug.: 13 U 796/39 RG.: 1383 <sup>27</sup>	7. März: 13 U 4070/39 RG.: 1114 <sup>17</sup>	20. " 20 Wa 57/40 RG.: 1389 <sup>36</sup>
5. " 17 U 2980/39 RG.: 1268	14. " 1 Wx 790/39 RG.: 1120 <sup>26</sup>	24. " 13 U 4861/38 RG.: 1782 <sup>15</sup>
11. " 6 W 54/39 Raumburg: 1167 Ziff. 124	20. " 5 U 392/39 HanseatDLG.: 1110 <sup>15</sup>	26. " 14 W 98/40 Dresden: 1898 <sup>14</sup>
12. " 20 W 3365/39 RG.: 1167 Ziff. 131	20. " 14 W 59/40 Dresden: 1738 <sup>14</sup>	26. " 20 Wa 65/40 RG.: 1693 <sup>24</sup>
17. " 1 Wx 194/39 RG.: 1351	21. " 1 U 50/40: Jena: 1117 <sup>22</sup>	26. " 20 Wa 68/40 RG.: 1740 <sup>16</sup>
17. " 1 Wx 491/39 RG.: 1350 1351	21. " 1 Wx 12/40 RG.: 1353	27. " 4 W 60/40 Hamburg: 1733 <sup>9</sup>
19. " 20 Wa 132/39 RG.: 1986	27. " 3 U 920/40 München: 1306 <sup>17</sup>	27. " 1 Wx 220/40 RG.: 1580 <sup>19</sup>
24. " 1 Wx 518/39 RG.: 1350	28. " 9 U 239/39 Köln: 1945 <sup>10</sup>	28. " 1 a Wx 535/40 RG.: 1634 <sup>12</sup>
31. " 1 Wx 349/39 RG.: 1170 Ziff. 188	29. " 1 U 193/39 Hamburg: 1628 <sup>6</sup>	28. " 8 W 1979/40 RG.: 1438 <sup>26</sup>
31. " 1 Wx 394/39 RG.: 1171 Ziff. 191 1350 1351	29. " 1 a Wx 173/185/40 RG.: 1303 <sup>15</sup>	29. " 17 Y 10/40 RG.: 1430 <sup>15</sup>
31. " 1 Wx 532/39 RG.: 1170 Ziff. 185 1347	3. April: 14 W 42/40 Dresden: 1980 <sup>22</sup>	3. Juli: 13 U 49/39 Dresden: 1955 <sup>29</sup>
21. Sept.: 1 Wx 578/39 RG.: 1171 Ziff. 192 193 1352	4. " 4 W 30/40 Dresden: 1119 <sup>23</sup>	4. " 1 Wx 169/40 RG.: 1574 <sup>12</sup>
22. " 8 W 3714/39 RG.: 1164 Ziff. 67	11. " 1 Gen IV 2.40.4 RG.: 1117 <sup>21</sup>	5. " 1 a Wx 281/40 RG.: 1638 <sup>19</sup>
28. " 1 Wx 537/39: 1171 Ziff. 195	12. " 20 W 521/40 RG.: 1208 <sup>20</sup>	8. " 8 U 27/40 Düsseldorf: 2106 <sup>3</sup>
29. " 1 Wx 578/39 RG.: 1352	18. " 1 Wx 90/40 RG.: 1204 <sup>14</sup> 1353	10. " 20 W 2081/40 RG.: 1484 <sup>19</sup>
1. Okt.: 9 W 911/39 München: 1165 Ziff. 84	18. " 1 Wx 114/40 RG.: 1204 <sup>15</sup>	11. " 1 Wx 253/40 RG.: 1685 <sup>17</sup>
5. " 1 Wx 537/39 RG.: 1352	19. " 14 W 77/40 Dresden: 1388 <sup>35</sup>	11. " 1 Wx 274/40 RG.: 1902 <sup>17</sup>
5. " 1 Wx 477/39 RG.: 1169 Ziff. 169 1170 Ziff. 172 176 181	19. " 10 U 3/40 Düsseldorf: 1368 <sup>10</sup>	12. " 6 U 138/40 Hamburg: 2015 <sup>17</sup>
13. " 8 W 2815/39 RG.: 2023 <sup>22</sup>	20. " 17 Y 2/40 RG.: 1147 <sup>10</sup>	12. " 3 U 2018/38 RG.: 1775 <sup>8</sup>
19. " 1 Wx 665/39 RG.: 1170 Ziff. 187 1349	20. " 17 Y 3/40 RG.: 1147 <sup>15</sup>	15. " 5 AR 19/40 Jena Vertrags- hilfegericht: 1535 <sup>26</sup>
20. " 7 W 230/39 Köln: 1986	20. " 17 Y 5/40 RG.: 1146 <sup>14</sup> 1707	15. " 12 W 1445/40 RG.: 1957 <sup>32</sup>
21. " 13 U 4558/38 RG.: 1375 <sup>15</sup>	20. " 17 Y 6/40 RG.: 1146 <sup>13</sup>	15. " 21 W 2091/40 RG.: 1586 <sup>24</sup>
26. " 1 Wx 688/39 RG.: 1351	20. " 17 Y 7/40 RG.: 1145 <sup>12</sup>	17. " 27 U 1346/40 RG.: 1678 <sup>12</sup>
23. Nov.: 1 Wx 719/39 RG.: 1170 Ziff. 186 1349	23. " 7 U 9/40 Raumburg: 1207 <sup>19</sup>	18. " 1 Wx 290/40 RG.: 1581 <sup>21</sup>
25. " 20 W 4601/39 RG.: 1171 Ziff. 201	24. " 3 U 262/39 Düsseldorf: 1424 <sup>8</sup>	18. " 1 Wx 290/40 RG.: 1581 <sup>21</sup>
29. " 8 Wx 685/39 München: 1353	25. " 1 Wx 764/39 RG.: 1377 <sup>17</sup>	24. " 5 U 2174/40 RG.: 2113 <sup>15</sup>
30. " 1 Wx 577/39 RG.: 1170 Ziff. 178	26. " 1 a Wx 259/40 RG.: 1305 <sup>16</sup>	24. " 2 U 73/40 Karlsruhe: 2260 <sup>33</sup>
8. Dez.: 7 W 208/39 Dresden: 1167 Ziff. 127	26. " 8 W 1173/40 RG.: 1149 <sup>21</sup>	25. " 8 U 85 a/40 Düsseldorf: 1776 <sup>6</sup>
13. " 14 W 400/39 Dresden: 1986	26. " 20 W 1241/40 RG.: 1210 <sup>21</sup>	25. " 1 Wx 328/40 RG.: 1728 <sup>5</sup>
13. " 27 W 4811/39 RG.: 2190 <sup>32</sup>	27. " 7 AR II 18/40 Köln: 1587 <sup>29</sup>	25. " 1 Wx 377/40 RG.: 1637 <sup>10</sup>
21. " 1 Wx 702/39 RG.: 1170 Ziff. 184 1348 1349	27. " 1 W 3/40 Kiel: 1379 <sup>19</sup>	25. " 9 W 83/40 Köln: 1897 <sup>12</sup>
	29. " 17 Y 4/40 RG.: 1145 <sup>11</sup>	29. " 1 U 35/40 Düsseldorf: 2263 <sup>35</sup>
	30. " 7 U 23/40 Raumburg: 1689 <sup>20</sup>	31. " 20 W 2274/40 RG.: 1741 <sup>10</sup>
	3. Mai: 7 W 51/40 Dresden: 1143 <sup>7</sup>	31. " 1 U 212/39 Karlsruhe: 2178 <sup>18</sup>
	4. " 20 Wa 51/40 RG.: 1386 <sup>32</sup>	31. " 5 U 67/40 Köln: 2107 <sup>5</sup>
	4. " 3 U 248/39 Karlsruhe: 1384 <sup>28</sup>	1. Aug.: 1 Wx 344/40 RG.: 1637 <sup>15</sup>
	6. " 1 a Wx 400/40 RG.: 1482 <sup>10</sup>	1. " 1 Wx 369/40 RG.: 1684 <sup>15</sup>
	8. " 2 U 178/39 Karlsruhe: 1387 <sup>33</sup>	1. " 23 U 2573/40 RG.: 2116 <sup>21</sup>
	9. " 4 U 10/40 Hamburg: 2254 <sup>25</sup>	8. " 1 Wx 187/40 RG.: 1733 <sup>7</sup>
	9. " 1 Wx 20/40 RG.: 1116 <sup>20</sup>	8. " 1 Wx 248/40 RG.: 1846 <sup>23</sup>
	9. " 1 Wx 135/40 RG.: 1378 <sup>18</sup>	8. " 1 Wx 357/40 RG.: 1733 <sup>8</sup>
	10. " 20 W 1415/40 RG.: 1206 <sup>18</sup>	9. " 20 Wa 84/40 RG.: 1739 <sup>15</sup> 1987
	10. " 20 U 1688/40 RG.: 1205 <sup>16</sup>	9. " 20 W 2289/40 RG.: 1690 <sup>21</sup>
	14. " 4 W 39/40 Stuttgart: 1785 <sup>17</sup>	9. " 20 W 2335/40 RG.: 1737 <sup>13</sup>
	15. " 20 Wa 53/40 RG.: 1210 <sup>22</sup>	14. " 8 Wx 333/40 München: 1892 <sup>5</sup>
	15. " 20 W 1301/40 RG.: 1385 <sup>30</sup>	15. " 1 W 252/40 Jena: 2077 <sup>29</sup>
	16. " 1 Wx 173/40 RG.: 1377 <sup>10</sup>	15. " 1 Wx 407/40 RG.: 1849 <sup>31</sup>
	16. " 13 W 1062/40 RG.: 1383 <sup>25</sup>	16. " 1 a Wx 649/40 RG.: 1848 <sup>30</sup>
	16. " 13 W 1505/40 RG.: 1383 <sup>26</sup>	17. " 17 Y 11/40 RG.: 2017 <sup>18</sup>
		22. " 1 Wx 376/40 RG.: 1781 <sup>13</sup>
		22. " 1 Wx 396/40 RG.: 2109 <sup>6</sup>
		22. " 1 Wx 400/40 RG.: 1899 <sup>15</sup>
		23. " 1 a Wx 714/40 RG.: 2077 <sup>28</sup>
		23. " 20 W 2304/40 RG.: 1785 <sup>19</sup>
		23. " 20 W 2482/40 RG.: 1896 <sup>11</sup>
		29. " 1 Wx 417/40 RG.: 1946 <sup>12</sup>
		29. " 1 Wx 448/40 RG.: 1947 <sup>14</sup>
		29. " 1 Wx 451/40 RG.: 1952 <sup>21</sup>



2. Sept.: 6 U 31/40 Hanseat. O. G.: 2185<sup>27</sup>
5. " 1 Wx 420/40 R. G.: 2170<sup>11</sup>
5. " 1 Wx 459/40 R. G.: 2007<sup>10</sup>
5. " 13 W 668/40 R. G.: 1894<sup>8</sup>
6. " 1 a Gen IV 1.40/158 R. G.: 2076<sup>27</sup>
9. " 13 U 519/40 R. G.: 2110<sup>8</sup>
9. " 13 U 1569/40 R. G.: 2006<sup>6</sup>
9. " 20 Wa 103/40 R. G.: 1955<sup>27</sup>
9. " 20 W 2647/40 R. G.: 1956<sup>31</sup>
11. " 2 W 119/40 Nürnberg: 2178<sup>10</sup>
12. " 1 Wx 442/40 R. G.: 1893<sup>8</sup>
13. " 1 a Wx 632/40 R. G.: 2006<sup>8</sup>
16. " 3 W 350/40 Jena: 2029<sup>30</sup>
18. " 20 W 2717/40 R. G.: 2183<sup>24</sup>
19. " 1 Wx 424/40 R. G.: 2111<sup>10</sup>
19. " 13 U 2234/40 R. G.: 2006<sup>7</sup>
20. " 20 W 2758/40 R. G.: 2122<sup>24</sup>
25. " 20 Wa 112/40 R. G.: 2028<sup>29</sup>
26. " 3 U 34/39 Darmstadt: 2182<sup>22</sup>
26. " 1 Wx 431/40 R. G.: 2173<sup>13</sup>
30. " 13 U 2403/40 R. G.: 2245<sup>17</sup>
1. Okt.: 5 U 165/40 Dresden: 2188<sup>30</sup>
2. " 20 Wa 113/40 R. G.: 2028<sup>28</sup>
3. " 1 Wx 437/40 R. G.: 2007<sup>9</sup>
3. " 1 Wx 457/40 R. G.: 2075<sup>26</sup>
4. " 20 W 2935/40 R. G.: 2023<sup>23</sup>
9. " 17 U 4367/40 R. G.: 2111<sup>12</sup>
9. " 20 Wa 117/40 R. G.: 2027<sup>28</sup>
9. " 20 W 2961/40 R. G.: 2028<sup>27</sup>
10. " 1 Wx 397/40 R. G.: 2171<sup>12</sup>
11. " 20 W 2991/40 R. G.: 2190<sup>31</sup>
11. " Reg 8 Wx 615/40 München: 2248<sup>19</sup>
16. " 14 W 206/40 Dresden: 2266<sup>38</sup>
17. " 1 Wx 490/40 R. G.: 2177<sup>17</sup>
23. " 17 U 4187/40 R. G.: 2252<sup>23</sup>
25. " 1 a Wx 735/40 R. G.: 2166<sup>5</sup>
30. " 20 W 2971/40 R. G.: 2184<sup>25</sup>
30. " 20 W 3023/40 R. G.: 2185<sup>26</sup>
31. " 1 Wx 488/40 R. G.: 2256<sup>27</sup>
7. Nov.: 1 Wx 509/40 R. G.: 2256<sup>28</sup>
16. Aug.: 6 a T 674/38 Wuppertal: 1161  
Ziff. 5
7. Sept.: 1 T 470/38 Hamburg: 1352
13. " 227 T 6378/38 Berlin: 1166  
Ziff. 98
22. " 5 T 85/38 Bremen: 1165  
Ziff. 83
23. " 5 b T 341/38 Münster i. W.: 1168  
Ziff. 134
24. " 1 T 482/38 Hamburg: 1170  
Ziff. 177 1346 1347
30. " 18 T 929/38 Dresden: 1351
7. Okt.: 18 T 895/38 Dresden: 1166  
Ziff. 102
12. " 209 T 8967/38 Berlin: 1163  
Ziff. 48
12. " 12 T 20/38 Breslau: 1352
14. " 227 T 8981/38 Berlin: 1166  
Ziff. 105
19. " 3 T 65/38 Bremen: 1165  
Ziff. 89 1181
3. Nov.: 7 T 1170/38 Düsseldorf: 1162  
Ziff. 27
4. " 227 T 9411/38 Berlin: 1167  
Ziff. 111
4. " 227 T 9636/38 Berlin: 1166  
Ziff. 100
10. " 6 T 860/38 Wuppertal: 1162  
Ziff. 25
12. " 5 a T 32/38 Dortmund: 1352
14. " 18 T 977/38 Dresden: 1162  
Ziff. 23 24
14. " 1 T 599/38 Hamburg: 1350
15. " 209 T 9984/38 Berlin: 1161  
Ziff. 3 1171 Ziff. 199
15. " 7 T 534/38 Halle: 1344 1346  
1348 1351
23. " 1 T 497/38 Hannover 1344  
1346 1350
24. " 5 a T 40/39 Dortmund: 1344  
1348
28. " 266 T 10156/38 Berlin: 1161  
Ziff. 9
3. Dez.: 1 T 525/38 Hannover: 1346
6. " 18 T 1158/38: 1163 Ziff. 52
13. " 18 T 1193/38 Dresden: 1162  
Ziff. 32
17. " M 37818/38 Bremen: 1165  
Ziff. 89
17. " 1 T 618/38 Hamburg: 1344  
1351
30. " 18 T 1201/38 Dresden: 1163  
Ziff. 51
30. " 1 T 676/38 Hamburg: 1347

**b) Strafsachen**

1940

16. April: 18 Ws 102/40 Breslau: 1840<sup>22</sup>
30. " 18 Ws 118/40 Breslau: 1841<sup>24</sup>
1. Juni: 1 Ws 48/40 München: 2065<sup>16</sup>
12. " 18 O Is 23/29 g Breslau: 1897<sup>13</sup>
3. Juli: 18 Ws 131/40 Breslau: 1839<sup>19</sup>
24. " 18 Ws 189/40 Breslau: 1841<sup>25</sup>
17. Sept.: Ws 125/40 Hamburg: 1841<sup>23</sup>

**E. Sondergerichte**

1940

10. Juni: 38 a Sond 46/40 Hanseat.: 1390<sup>38</sup>
10. Sept.: (38 b) Sond G 89/40 Hanseat.: 1939<sup>3</sup>
11. Okt.: So 163/40 Düsseldorf: 2063<sup>14</sup>

**F. Landgerichte****a) Zivilsachen**

1938

25. Febr.: 12 T 3/38 Hamburg: 1162  
Ziff. 20
26. " 209 T 1656/38 Berlin: 1167  
Ziff. 113
10. Mai: 227 T 3694/38 Berlin: 1164  
Ziff. 74
10. Juni: 227 T 5158/38 Berlin: 1167  
Ziff. 118
14. " 227 T 4945/38 Berlin: 1163  
Ziff. 48

23. Febr.: 3 T 69/39 Schneidemühl: 1169  
Ziff. 152 1349
28. " 7 T 438/38 Halle: 1161 Ziff. 10
2. März: 1 T 113/39 Hamburg: 1353
17. " 1 T 18/39 Frankenthal: 1353
17. " 1 T 34/39 Hamburg: 1353
17. " 3 T 175/39 Königsberg: 1353
25. " 1 T 7/39 Frankenthal: 1351
11. April: 1 T 162/39 Hamburg: 1168  
Ziff. 152 1349
11. " 1 T 180/39 Hamburg: 1344  
1345 1348 1350
12. " 1 S 183/38 Greifswald: 1162  
Ziff. 17
13. " 1 T 149/39 Hamburg: 1348  
1350
13. " 3 T 90/39 Kiel: 1351
15. " 1 T 230/39 Hamburg: 1171  
Ziff. 197 1352
17. " 1 T 260/39 Hannover: 1161  
Ziff. 11
17. Mai: 1 T 171/39 Hamburg: 1346
23. " 1 T 731/38 Hamburg: 1168  
Ziff. 152 1349
26. " 201 T 2783/39 Berlin: 1169  
Ziff. 168 1746
13. Juni: 1 T 242/39 Hamburg: 1169  
Ziff. 157
16. " 6 T 349/39 Wuppertal: 1164  
Ziff. 64 1168 Ziff. 143
19. " 1 T 315/39 Hamburg: 1168  
Ziff. 137
2. Juli: 1 T 306/39 Hamburg: 1169  
Ziff. 156
13. " 1 T 354/39 Hamburg: 1353
14. " 1 T 408/39 Hamburg: 1169  
Ziff. 154 1171 Ziff. 189  
1349 1351
14. " 1 T 427/39 Hamburg: 1131  
Ziff. 190 1351
21. " 6 T 494/39 Wuppertal: 1161  
Ziff. 1
22. " 1 T 443/39 Hamburg: 1352
28. Sept.: 213 T 884/39 Berlin: 1165  
Ziff. 77
13. Okt.: 5 T 419/39 Zwickau: 1171  
Ziff. 203
14. " 209 T 6795/39 Berlin: 1164  
Ziff. 73
30. " 6 b T 759/39 Wuppertal: 1584<sup>26</sup>
31. " 5 T 251/39 Oldenburg: 1161  
Ziff. 11
8. Nov.: 10 T 765/39 Hamburg: 1169  
Ziff. 155 1349
7. Dez.: 6 b T 742/39 Wuppertal: 2110<sup>9</sup>
24. " 5 T 218/39 Oppeln: 1161  
Ziff. 12
30. " 9 a T 536/39 Hamburg: 1164  
Ziff. 72
30. " 6 T 268/39 Magdeburg: 1164  
Ziff. 68
- 1939
3. Jan.: 18 T 1208/38 Dresden: 1165  
Ziff. 79
3. " 18 T 1259/38 Dresden: 1162  
Ziff. 15
3. " 2/8 T 113/38 Frankfurt a. M.: 1350
3. " 1 T 167/38 Güstrow: 1162  
Ziff. 26
3. " 1 T 163/38 Nürnberg-Fürth: 1164  
Ziff. 70
4. " 1 T 703/38 Hamburg: 1168  
Ziff. 152 1349
9. " 2 T 117/38 Frankfurt a. M.: 1346 1348 1350
2. Febr.: 203 T 964/38 Berlin: 1353
3. " 4 T 44/39 Potsdam: 1165  
Ziff. 79
4. " 2/8 T 7/39 Frankfurt a. M.: 1353
9. " 18 T 54/39 Dresden: 1165  
Ziff. 89
16. " 5 T 7/39 Bremen: 1161  
Ziff. 11
23. " 3 T 63/39 Schneidemühl: 1168  
Ziff. 147 1344
29. " 1 c T 843/845/39 Hamburg: 1583<sup>23</sup>
23. März: 209 T 931/40 Berlin: 1486<sup>22</sup>
23. April: 1 K Ls 10/40 Meiningen: 1390<sup>37</sup>
30. " 227 T 2637/40 Berlin: 1639<sup>29</sup>
7. Mai: 1 c T 113/40 Hamburg: 2009<sup>12</sup>
15. " 1 c T 931/39 Hamburg: 1582<sup>22</sup>
28. " 1 c T 133/40 Hamburg: 1581<sup>20</sup>
8. Juni: 2 R 14/40 Bremen: 1564<sup>2</sup>
17. " 6 b T 147/40 Wuppertal: 1576<sup>13</sup>



19. Juni: 209 T 4172/40 Berlin: 1486<sup>23</sup>  
 24. " 10, 96/39 Stuttgart: 1531<sup>24</sup>  
 28. " 6b T 96/40 Wuppertal: 1640<sup>22</sup>  
 29. " 17 Y 9/40 RG.: 1577<sup>14</sup>  
 29. " 17 U 2432/40 RG.: 1577<sup>15</sup>  
 29. " 17 U 2632/40 RG.: 1577<sup>16</sup>  
 8. Juli: 2/3 T 525/40 Frankfurt a. M.:  
 1438<sup>27</sup>  
 10. " 1 c T 207/40 Hamburg: 1729<sup>6</sup>  
 17. " 2/3 T 521/40 Frankfurt a. M.:  
 1485<sup>21</sup>  
 3. Aug.: K Ls 16/40 Schweinfurt:  
 1740<sup>18</sup>  
 5. " 209 T 3992/40 Berlin: 1639<sup>21</sup>  
 14. " 1 T 1/40 Mannheim: 2074<sup>25</sup>  
 28. " 3 S 27/39 Nürnberg: 2246<sup>18</sup>  
 30. " 227 T 4893/40 Berlin: 1786<sup>21</sup>  
 23. Sept.: 7 T 307/40 Halle: 2119<sup>22</sup>  
 5. Okt.: 1 T 56/40 Offenburg: 2258<sup>31</sup>  
 26. " 3 T 230/40 Bielefeld: 2260<sup>32</sup>  
 2. Nov.: 1 T 324/40 Königsberg:  
 2187<sup>28</sup>  
 8. " 227 T 6935/40 Berlin: 2257<sup>29</sup>

**b) Strafsachen**

1940

15. März: 3 Is 701/39 Limburg: 1939<sup>2</sup>

**G. Amtsgerichte****a) Zivilsachen**

1938

14. Febr.: 11 M 275/38 Berlin-Tempel-  
 hof: 1161 Ziff. 5  
 27. Mai: M 3458/38 Nürnberg: 1163  
 27. Juni: 6 b M 1366/38 Wuppertal:  
 1166 Ziff. 101  
 14. Juli: 303 M 2115/38 Berlin: 1165  
 Ziff. 78  
 6. Sept.: 325 II 4/38 Berlin: 1345  
 14. " 325 II 72/38 Berlin: 1344  
 1350  
 20. Dez.: 61 II 32/38 Berlin-Schöne-  
 berg: 1347  
 1939  
 24. Juni: II 51/38 Charlottenburg: 1351  
 2. Nov.: 21 M 5724/39 Wuppertal:  
 1148<sup>20</sup>  
 28. " 46 M 197/39 Schöneberg:  
 1737<sup>12</sup>

1940

7. Febr.: 21 M 572/40 Wuppertal:  
 1120<sup>25</sup>  
 16. März: 20 M 51/40 Wuppertal: 1119<sup>24</sup>  
 9. Juli: 98 M 1570/40 Leipzig: 1536<sup>28</sup>  
 13. " M 165/40 Pegau: 1536<sup>29</sup>  
 9. Aug.: 151 C 991/39 Berlin: 1871  
 1902<sup>19</sup>  
 9. " 9 C 266/40 Jena: 2017<sup>10</sup>  
 27. " 2 C 137/40 Karlsruhe-Dur-  
 lach: 2112<sup>13</sup>  
 12. Sept.: 62 C 964/40 Köln: 2123<sup>25</sup>  
 16. " C 129/40 Kulmbach: 2253<sup>24</sup>

**b) Strafsachen**

1940

14. Juni: 8 Ds 52/40 Cottbus: 1669<sup>4</sup>  
 2. Juli: 4 Es 6/40 Zella-Mehlis:  
 1524<sup>18</sup>  
 12. " 3 Ds 14/40 Karlsruhe: 1827<sup>6</sup>

**H. Arbeitsgerichte****a) Reichsarbeitsgericht**

1938

14. Nov.: RAG 44/38: 1161 Ziff. 8  
 23. " RAG 74/38: 1164 Ziff. 65  
 1165 Ziff. 93 1166 Ziff. 94 95  
 30. " RAG 110/38: 1161 Ziff. 14  
 1165 Ziff. 79

1939

15. Febr.: RAG 135/38: 1165 Ziff. 79  
 19. April: RAG 199/38: 1163 Ziff. 56  
 1165 Ziff. 91  
 3. Mai: RAG 178/38: 1165 Ziff. 82 86  
 3. " RAG 220/38: 1164 Ziff. 60  
 6. " RAG 222/38: 1164 Ziff. 69  
 19. Aug.: RAG 277/38: 1165 Ziff. 80  
 1181  
 18. Okt.: RAG 52/39: 1227  
 7. Nov.: RAG 73/39: 1879  
 15. " RAG 72/39: 1228 1244<sup>14</sup> 1618  
 19. Dez.: RAG 110/39: 1878 1879

1940

17. Jan.: RAG 139/39: 1165 Ziff. 81 87  
 \*7. Febr.: RAG 211/39: 1326<sup>25</sup>  
 \*7. " RAG 254/39: 1246<sup>17</sup>  
 14. " RAG 172/39: 1163 Ziff. 55  
 \*28. " RAG 178/39: 1152<sup>28</sup>  
 \*19. März: RAG 270/39: 1212<sup>24</sup>  
 3. April: RAG 148/39: 1245<sup>16</sup>  
 3. " RAG 247/39: 1245<sup>15</sup> 1618  
 9. " RAG 204/39: 1597<sup>38</sup>  
 \*10. " RAG 224/39: 1391<sup>39</sup>  
 \*17. " RAG 41/39: 1248<sup>19</sup>  
 \*24. " RAG 145/39: 1642<sup>23</sup>  
 \*24. " RAG 241/39: 1695<sup>26</sup>  
 \*30. " RAG 228/39: 1328<sup>26</sup>  
 7. Mai: RAG 202/39: 1487<sup>25</sup>  
 \*7. " RAG 243/39: 1599<sup>40</sup>  
 \*7. " RAG 253/39: 1599<sup>30</sup>  
 \*21. " RAG 274/39: 1392<sup>40</sup>  
 \*21. " RAG 281/39: 1645<sup>25</sup>  
 21. " RAG 2/40: 1789<sup>24</sup>  
 \*28. " RAG 279/39: 1854<sup>35</sup>  
 \*29. " RAG 284/39: 1962<sup>39</sup>  
 \*5. Juni: RAG 265/39: 1788<sup>22</sup>  
 \*5. " RAG 7/40: 1788<sup>23</sup>  
 \*5. " RAG 16/40: 1488<sup>26</sup>  
 \*5. " RAG 17/40: 1646<sup>28</sup>  
 \*12. " RAG 205/39: 1965<sup>42</sup>  
 12. " RAG 1/40: 1903<sup>20</sup>  
 12. " RAG 6/40: 2029<sup>31</sup>  
 \*26. " RAG 48/40: 1902<sup>18</sup>  
 \*2. Juli: RAG 240/39: 1644<sup>24</sup>  
 \*2. " RAG 27/40: 1964<sup>40</sup>  
 \*10. " RAG 233/39: 1962<sup>38</sup>

- \*10. Juli: RAG 45/40: 1964<sup>41</sup>  
 \*24. " RAG 38/40: 1855<sup>35</sup>  
 \*24. " RAG 71/40: 1852<sup>34</sup>  
 \*26. " RAG B 29/40: 1856<sup>38</sup>  
 \*29. " RAG B 20/40: 1855<sup>37</sup>  
 7. Aug.: RAG 258/39: 2029<sup>32</sup>  
 \*7. " RAG 36/40: 1966<sup>43</sup>  
 7. " RAG 39/40: 1967<sup>44</sup>  
 31. " RAG 273/39: 2271<sup>44</sup>  
 \*31. " RAG 31/40: 2271<sup>45</sup>  
 \*25. Sept.: RAG 112/40: 2269<sup>43</sup>

**b) Landesarbeitsgerichte**

1939

16. Jan.: ArbRSammL 35, 114, Glei-  
 wig: 1166 Ziff. 96

**c) Arbeitsgerichte**

1940

5. Jan.: 28 Ca 93/39 Danzig: 1410  
 1438<sup>28</sup>  
 4. Sept.: 2 Ca 447/40 Frankfurt a. M.:  
 2126<sup>31</sup>

**J. Reichsrechnungshof**

1940

17. Jan.: EV Arb II 21/39: 2126<sup>32</sup>

**K. Verwaltungsgerichte und  
Verwaltungsbehörden****a) Reichsbehörden****Reichsfinanzhof**

1940

8. Juni: II 146/40: 1536<sup>30</sup>  
 25. Sept.: VI 328/40: 2127<sup>33</sup>

**Reichsversicherungsamt**

1940

16. Mai: II K 55/39 BS: 1646<sup>27</sup>

**b) Landesbehörden****Preussisches Oberverwaltungsgericht**

1939

1. Juni: IV C 29/38: 1790<sup>25</sup>  
 22. " IV C 28/38: 1791<sup>26</sup>  
 2. Nov.: IV C 89/38: 1214<sup>26</sup>  
 16. " IV C 135/38: 1212<sup>25</sup>

**Sächsisches Oberverwaltungsgericht**

1940

9. Jan.: 103 I 1939: 1215<sup>27</sup>  
 19. " 31 I 1939: 1215<sup>28</sup>  
 1. März: 216 I 37: 1647<sup>28</sup>  
 8. " 52 II 1939: 1216<sup>31</sup>  
 18. April: 2 II 1940: 1216<sup>29</sup> 1617  
 10. Mai: 124 I 1939: 1792<sup>27</sup>  
 5. Juli: 127 I 1939: 1904<sup>21</sup>







Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig